C 21734 D



# Waffen für El Salvador! S.42

# Arbeiterkampf

Jg.10 Nr. 189 17.11.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3
Förderpreis DM 5,–

## Öffentliche Gelöbnisse:

# Blamage für die Militaristen

Ja sie dachten sich das schön!... Die Herren Generale, Minister, Präsidenten, Popen und andere Chraktermasken des Systems wollten zum 25. Geburtstag der bundesdeutschen Wiederbewaffnung „Flagge zeigen". Das alte militaristische Spektakel des „öffentlichen Gelöbnisses" (z.T. sogar mit dem „Großen Zapfenstreich") sollte demonstrieren, wie eng verbunden „die Bundeswehr" mit der Bevölkerung ist. Was sich dann am (oder vor) dem 12. November in rund einem Dutzend westdeutscher Städte und Orte abspielte und z. T. auch über Fernsehen direkt übertragen wurde, stieß vielfach an die Grenze des Peinlichen bzw. Lächerlichen: Antimilitaristische Sprechchöre oder auch einfach „Aufhören! Aufhören"-Rufe übertönten zum Beispiel in Bonn das „Gelöbnis" und den schauerlichen Zapfenstreich, von den „Reden" der Politiker und Generale ganz zu schweigen. Daß n a c h den „öffentlichen Gelöbnissen" in diesem Jahr (namentlich nach dem Genuß der LiveSendung aus Bonn) promt ein Drittel der Bundesbürger (laut Umfrage) für die Abschaffung derartiger Spektakel eintritt, ist ein gutes Zeichen und Ermutigung für alle Antiimperialisten.




Ein-Mann-Demonstration gegen das „öffentliche Gelöbnis" in München

Ausführliche Berichte aus den Seiten 3 bis 5.

## Stadtbahn-West in Ffm:

# Bürgerzorn gegen selbstherrliche Landesregierung

Eine kleine Bürgerinitiative kann die mächtige hessische Landesregierung in eine Krise stürzen. So läßt sich zusammenfassen, was in den letzten beiden Wochen in den Auseinandersetzungen um die geplante „Startbahn 18 West" des Frankfurter Flughafens geschehen ist. Nie zuvor haben hessische Bürger ihrem Zorn über die Regierenden derart massiv Luft gemacht: „Arroganz der Macht", „despotische Sturheit", „mittelalterlicher Feudalismus", „Haustyrann" waren noch die mildesten Verwünschungen, die in Richtung Wiesbaden und speziell an die Adresse Holger Börners abgegeben wurden. Nie zuvor haben auch Teile der Arbeiterbewegung – und zwar gerade die kämpferischsten – in diesem Ausmaß in einen ökologischen Konflikt eingegriffen: 1.000 IG-Metaller anläßlich einer Konferenz der Verwaltungsstelle Darmstadt, 15 DGB-Ortskartelle des Kreises Groß-Gerau, die Delegierten des DGB-Kreises Offenbach und die IGM-Blockvertrauensleute bei Opel-Rüsselsheim solidarisierten sich mit den Forderungen: „Keine Startbahn West und Nachtflugverbot". In dieser Situation versuchte die SPD die Flucht aus der drohenden Zerreißprobe, die sich in den südhessischen Gemeinden abzeichnete. Da sich der rabiate Kurs der Börner (SPD) und Karry (FDP) nicht mehr durchhalten ließ, sollte eine „Auffanglinie" aufgebaut werden, wie man das im Parteijargon nennt. Von der Presse hilfreich unterstützt, wandte sich der Frankfurter OB-Kandidat, Martin Berg (SPD), mit der Forderung nach einer „Denkpause" an die Öffentlichkeit. Demnach sollte die Abholzaktion unterbrochen werden, um im Rahmen eines „integrierten Verkehrskonzepts" erneut zu prüfen, ob der Bau der Startbahn West unumgänglich sei. Von dieser Linie erhoffte sich der SPD-Bezirksvorstand, daß *„Holger Börner damit leben kann"*.

Am 15.11. fand ein Parteitag der SPD-Südhessen statt, um über dieses Thema zu beraten. Das überraschende Ergebnis: **Börner, der nach wie vor an der Flughafenerweiterung festhält, war bereit, eine Denkpause zuzugestehen. Doch dies reichte den Delegierten nicht mehr aus.** Mit überwältigender Mehrheit stimmte sie nicht nur dem schwammigen Antrag des Bezirksvorstandes, sondern auch der Ziffer 9 (formuliert vom Kreis Groß-Gerau) zu, wo ein klares Nein zur Startbahn West ausgedrückt wird. Landesregierung und Landtagsabgeordnete der SPD wurden aufgefordert, ihre bisherige Haltung zu revidieren und alle Möglichkeiten wahrzunehmen, um den Bau der Startbahn West zu verhindern. *„Börner standfest – aber allein und im Regen"*, kommentierte die „Hessenschau". Stattdessen beherrschten die Delegierten der umliegenden Gemeinden des Flughafens die Szene; weder durch Minister noch durch Partei- oder Gewerkschaftsgrößen ließ sich die Mehrheit an diesem Tag beeindrucken. „Es war wie früher" schwärmten die nicht gerade von Erfolgen verwöhnten SPD-Linken.

Eine weitere Überraschung: am Vorabend des Parteitages verkündet Karry, die FDP werde die sozialliberale Koalition in Hessen platzen lassen, falls Börner in der Flughafenfrage „wankelmütig" werde. Doch auch ein solches, vielfach bewährtes Druckmittel erwies sich diesmal als

Fortsetzung auf Seite 2

Peking:

# Prozeß gegen die ›Viererbande‹

Zunächst schon für September angekündigt und dann mehrmals verschoben, scheint nun der Beginn des Pekinger Monster-Prozesses unmittelbar bevorzustehen. Dies wird jedenfalls daraus geschlossen, daß die Übergabe der Anklageschriften an die Angeklagten kürzlich erfolgt sein soll.

Offiziell nennt das bevorstehende Spektakel sich **„Prozeß gegen die konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing"**. Die Anklage lautet auf „Aufhetzung und Anstiftung zum Sturz der politischen Macht"; „Usurpierung der Parteiführung und der Staatsmacht"; „Ausübung einer faschistischen Diktatur"; „Bildung eines Komplotts zur Ermordung des Vorsitzenden Mao und Planung eines konterrevolutionären bewaffneten Staatsstreiches" („Peking Rundschau", 7.10. 80). Unklar ist noch, ob und wie sich diese Anklagepunkte auf die Angeklagten v e r t e i l e n – oder ob es sich um eine Kollektivanklage handelt.

Fortsetzung auf Seite 2




# Eine ganze Stadt vor dem Ruin

Die Krise in der Stahlindustrie hinterläßt nachhaltige Wirkungen: 10000 Entlassungen werden offiziell eingeplant, die Konzerne sind mit den Beschlüssen und der Zustimmung der Bundesregierung zu den EG-Regelungen zufrieden. Ihre Profite für die Zukunft sind gesichert, die Zeche für die Sanierung der Stahlindustrie sollen die Arbeiter zahlen.

Welche weitreichenden Folgen die Stahlkrise für die Menschen im Ruhrgebiet hat, zeigt das Beispiel Hoesch. 10 000 Arbeitsplätze sind hier gefährdet. Ein Drittel der 600 000 Dortmunder Einwohner sind direkt oder mittelbar von der Krise des Stahlriesen Hoesch betroffen. Die Erregung ist groß. Bürgerinitiativen haben sich gebildet. Die Parole vom „Generalstreik" geht um in Dortmund: „Für Hoesch geht ganz Dortmund auf die Straße".

Die Gewerkschaft IG Metall hat bisher (der betriebswirtschaftlichen Logik folgend) Entlassungs- und Rationalisierungspläne mitgetragen. Jetzt steht sie vor den Scherben einer Politik, die unter dem Prädikat „Montanmitbestimmung" angeboten wird; denn jetzt geht es nicht mehr nur um die Arbeiter eines Betriebes, nicht mehr nur um strukturelle Auswirkungen in einer Branche, jetzt ist die Bevölkerung einer Stadt vom Ruin bedroht.

Fortsetzung auf Seite 19

## Die Grüne Partei vor neuen Zerreißproben

**Einigkeit schien nach dem deprimierenden Wahlausgang im Bundesvorstand der Grünen Partei zu bestehen: Die Partei ist durch die Wahl gestärkt worden, mit frischer Kraft und dynamischem Tatendrang geht es an die nächsten Aufgaben – und natürlich: Die Einheit der (Rest-)Partei bleibt erhalten.**

**In der Realität sieht freilich alles etwas anders aus: Als Konzertierte Aktion hat unmittelbar nach dem Wahltag eine Treibjagd aus verschiedenen Ecken auf die vom KB abgespaltene „Gruppe Z" (die in den Landesverbänden Schleswig-Holstein und Hamburg eine Rolle spielt) eingesetzt. Das Startsignal gaben vier Mitglieder des Landesvorstandes Schleswig-Holstein, die vom Bundesvorstand eine Intervention gegen die „Gruppe Z" forderten; es folgte der Landesvorstand Saar mit einem glatten Ausschlußantrag, und der Landesvorstand Niedersachsen mit einer Erklärung, daß die „Gruppe Z" gegen die grüne Basisdemokratie verstoßen habe und deshalb „die Konsequenzen ziehen" (freiwillig austreten!) müsse.**

**Die Ende dieses Monats stattfindende Sitzung des grünen Bundeshauptausschuß (höchstes Parteigremium), die sich mit all diesen Anträgen befassen muß, dürfte eine Konzentration dieser Treibjagd bringen; eine inhaltliche Debatte um den weiteren Weg der Grünen (wozu gerade die „Gruppe Z" sehr konstruktive Vorschläge gemacht hat), droht dabei auf der Strecke zu bleiben.**

**Wir berichten in diesem AK über:**

**– Zwei Bundesvorstandssitzungen der GRÜNEN im Oktober, bei denen es um den weiteren Weg der Partei und um die Kampagne gegen die „Gruppe Z" ging;**

**– Einen neuen Brief aus Schleswig-Holstein (diesmal von Mitgliedern aus dem Kreis Stormarn), der weitere Munition gegen die „Gruppe Z" liefern soll;**

**– Ein Pamphlet, das Holger Strom (Hamburg) seit dem Wahltag gegen den KB und die „Gruppe Z" verbreitet;**

**– Massenaustritte von AL'ern aus dem Westberliner Landesverband der GRÜNEN, Gründung einer rechten „Grünen Liste" in Westberlin, in der auch Rechtsradikale mitarbeiten, sowie als Antwort darauf ein Abgrenzungsbeschluß der Westberliner GRÜNEN gegen „Nationalrevolutionäre" und „Solidaristen";**

**– Neue Eskapaden der von den GRÜNEN abgespaltenen Dinne-Partei in Bremen.**

**Seiten 8 – 10**




## Bürgerzorn gegen selbstherrliche Landesregierung

Fortsetzung von Seite 1

unwirksam. Derartigen Erpressungen, die höchstwahrscheinlich mit Börner selbst abgesprochen seien, werde man sich nicht beugen, hieß es.

Wie früher allerdings, hat ein solcher Parteitag nicht den geringsten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte, zumal es sich nur um die Südhessen und nicht um die Landespartei handelte. Aber es zeigt doch, wie stark der Widerstand inzwischen geworden ist. Derzeit läßt sich in Südhessen wieder einmal anschaulich verfolgen, wie „radikal" Sozialdemokraten werden können, wenn sie eine Katastrophe bei den nächsten Wahlen befürchten müssen. Dieses schöne Erlebnis wird aber nur dann von Dauer sein, wenn sich wirklich in möglichst vielen Kommunen Wählerinitiativen und alternative Listen bilden. Denn jedes auch nur einigermaßen glimpfliche Ergebnis der SPD bei den Kommunalwahlen im nächsten März würde – das kennt man inzwischen zur genüge – von den Regierenden so interpretiert werden, daß es mit dem Widerstand der Bürger doch nicht so schlimm ist.

Optimal wäre es, wenn sich die sozialdemokratischen Startbahngegner selbst an solchen Wahlbündnissen beteiligten, als Zeichen ihrer Unnachgiebigkeit in dieser Frage.

Die Proteste gegen die Startbahn West haben immerhin eines erreicht: das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist noch nicht gesprochen. Doch bis zur Verhinderung dieses gigantischen Projektes ist es noch ein langer Weg. Alles kommt jetzt darauf an, das gewonnene Terrain zu nutzen und die Basis des Widerstandes noch mehr zu verbreitern. Die Demonstration des BBU und der Bürgerinitiative, zu der bundesweit mobilisiert werden soll – am 7.12. – in Rüsselsheim ist eine gute Gelegenheit dazu. Siehe auch den Artikel und ein Interview mit einem BI-Vertreter zu diesem Thema auf den Seiten 36 bis 37.

**KB/Gruppe Frankfurt**

# Prozeß gegen die »Viererbande«

Fortsetzung von Seite 1

Folgende 10 Personen sind angeklagt:

1. **Jiang Qing**, Mitglied des Politbüros, Witwe des Parteivorsitzenden Mao.
2. **Zhang Chunqiao**, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und einer der Stellvertretenden Ministerpräsidenten.
3. **Yao Wenyuan**, Mitglied des Politbüros.
4. **Wang Hongwen**, einer der Stellvertretenden Parteivorsitzenden.

Diese vier Angeklagten sind seit dem 5./6. Oktober 1976 in Haft und waren unter dem Stichwort „Viererbande" seither Objekte einer pausenlosen Diffamierungskampagne.

5. **Chen Boda**, Mitglied des Ständigen Ausschusses bis zum Herbst 1970, dann unter immer noch unbekannten Umständen ausgeschaltet. **Durch die gemeinsame Aktivitäten in der Kulturrevolution (1966-68) war er eng mit der „Viererbande" verbunden.**

Die übrigen fünf Angeklagten waren als hohe Militärs enge Partner des früheren Verteidigungsministers Lin Biao, der angeblich 1971 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam. Sie sollen, zusammen mit Lin Biao, damals einen Putschversuch unternommen haben. Ihre Namen:

6. **Huang Yongsheng**, Generalstabschef der Armee.
7. **Wu Faxian**, Befehlshaber der Luftwaffe.
8. **Li Zuopeng**, Politkommissar der Marine.
9. **Qiu Huizuo**, Leiter der Obersten Nachschubabteilung der Armee.
10. **Jiang Tengjiao**, Politkommissar der Luftwaffe in Nanking.

Alle 10 Angeklagten sind noch am Leben, was im Fall der 5 Militärs, denen immerhin ein bewaffneter Staatsstreichversuch vorgeworfen wird, ebenso überraschend wie seltsam ist.

Soweit es um Anklagepunkte wie Staatsstreichpläne oder Mordpläne geht, wirft der Prozeß für Chinas Machthaber wohl kaum politische Probleme auf: Das Regime hat Zeit genug gehabt, um eine lückenlose „Beweiskette" mit allerlei fragwürdigen „Dokumenten" (wie sie nach 1971 bereits gegen Lin Biao verwendet wurden) zu konstruieren.

Weit problematischer sind alle Anklagepunkte, die sich auf „Verbrechen" der Angeklagten während der Kulturrevolution und auf die „Ausübung einer faschistischen Diktatur" beziehen. Denn daß die 10 Angeklagten Staatsstreichpläne entworfen haben könnten, ist immerhin hypotetisch denkbar.

**Daß sie jahrelang eine „faschistische Diktatur" ausgeübt und sonstige Verbrechen begangen haben könnten, ist hingegen überhaupt nicht denkbar, ohne dafür die gesamte chinesische Partei- und Staatsführung auf die Anklagebank zu setzen:**

1. Die KP Chinas hat auf zwei Parteitagen, 1969 und 1973, die Politik der Kulturrevolution gebilligt und sie hat darüber hinaus auch die Wahl der jetzt als „Viererbande" Angeklagten ins Politbüro Vertrauen und Billigung gegenüber der von diesen persönlich zu verantwortenden Politik ausgesprochen. Wenn diese vier Angeklagten während der Kulturrevolution Verbrecherisches begangen haben sollten, so wäre dafür entweder die damalige Parteispitze insgesamt anzuklagen – oder das Gericht müßte zu der lächerlichen Konstruktion flüchten, daß die verbrecherischen Taten ohne Wissen der anderen Politbüromitglieder usw. begangen worden seien. Selbst diese wahnwitzige Konstruktion würde aber ein sehr negatives Bild der damaligen Partei- und Staatsführung geben.
2. Der „Viererbande" wird die „Ausübung einer faschistischen Diktatur" vorgeworfen. Dies zu begründen ist gleichfalls ein harter Brocken für die Machthaber und das von ihnen eingesetzte Gericht. Denn die „Viererbande" stellte im Politbüro nur eine kleine Minderheit, Staatsämter hatte überhaupt nur einer von ihnen (als Stellvertretender Ministerpräsident). **Wie soll eine solche Minderheitsfraktion eine Herrschaft oder gar eine Diktatur ausüben können? Über welche Machtmittel soll sie dabei verfügt haben?**

Das Gericht wird sich schwer tun, diese Anklagepunkte zu vertreten. Es wird wenig Argumente beispielsweise gegen Jiang Qing haben, die nach den vorliegenden Berichten darauf beharrt, sie habe sich nur an den Anweisungen Mao Tse-tungs orientiert. Um zu begründen, daß die Angeklagten **als Minderheitsgruppe** angeblich Partei und Staat tyrannisieren konnten, müßte das Gericht zum einen die Rolle Maos und zum anderen auch das Verhältnis der Partei- und Staatsführung gegenüber Mao problematisieren. Würde das geschehen – was zur Zeit nicht absehbar ist – wäre auch eine Abrechnung mit großen Teilen der amtierenden Partei- und Staatsführer, die diese Verhältnisse damals zumindest geduldet haben müßten, fällig.

Teilen der herrschenden Bürokratie käme eine solche Abrechnung wahrscheinlich ganz gelegen, um einen entscheidenden Schlag gegen alte, „maoistische", Parteikader und womöglich auch gegen deren Repräsentanten Hua Guo-feng zu führen. Der bevorstehende Prozeß ist also zweifellos ein politisches Kampffeld – u. a. daraus erklärt sich wohl die mehrfache Verschiebung des Prozeßbeginns.

Der Prozeß soll seiner politischen Brisanz entsprechend als Geheimprozeß laufen. Ausländische Beobachter, wie sie sogar bei den Moskauer Monsterprozessen der 30er Jahre noch zugelassen wurden, sollen in Peking total ausgesperrt werden. Den Prozeß wird nur ein ausgewähltes Publikum – hohe Funktionäre und fanatische Todfeinde der Angeklagten – verfolgen dürfen. Das chinesische Fernsehen wird passende ausgewählte Ausschnitte senden. Nichts wird durch die Türen des Gerichts dringen, das nicht vorher von den Machthabern gutgeheissen worden ist.

**Wo stecken im westlichen Ausland die Menschenrechtler und engagierten Linken, die gegen diesen Monsterprozeß öffentlich Sturm laufen?**



**Impressum**

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00;
Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 7.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

# Schwere Unruhen in Zimbabwe

Letzte Woche kam es zu den bisher schwersten Zusammenstößen zwischen internierten Einheiten der ZANLA (ZANU) und ZIPRA (ZAPU, Nkomo). In Bulawayo, der zweitgrößten Stadt des Landes lieferten sich die hier konzentrierten Freiheitskämpfer ein zweitägiges Feuergefecht mit Maschinengewehren und Raketen. Bis zum Morgen des 12.11. wurden 48 Tote gezählt, darunter ein sechsjähriger Junge und „nur" sechs Soldaten. Die meisten Opfer waren unter der Zivilbevölkerung zu beklagen, die zwischen die Linien geriet („IHT", 13.11.). Augenzeugen berichteten, daß einige der Zivilisten, die der falschen Seite angehört hatten, zu Tode geprügelt worden waren. Drei Ex-Soldaten der faschistischen „Rhodesian African Rifles" des vormaligen Ministerpräsidenten Ian Smith wurden regelrecht „exekutiert" („Guardian", 12.11.). Die Zahl der Verletzten liegt bei 300, wobei die Verletzungen z. T. aus den Partei-Auseinandersetzungen resultieren, die der Schießerei vorausgingen. Mittlerweile haben Truppen der Nationalarmee die Straßenzüge in dem Vorort Entumbane besetzt,in dem in Notunterkünften 3000 ZANLA und ZIPRA Kämpfer untergebracht sind. Sämtliche Fahrzeuge werden nach Waffen durchsucht. Repräsentanten beider Parteien, begleitet von Soldaten, versuchten im Anschluß an die Schießerei eine Entwaffnung vorzunehmen. Vermutlich ohne großen Erfolg.

Die Schuld an den schweren Auseinandersetzungen wurde vom Ministerpräsidenten Mugabe der ZAPU (die sich bekanntlich inzwischen in „Patriotische Front" umbenannt hatte) gegeben. Aufgebrachte Anhänger der ZAPU-PF hätten versucht, eine Rundreise von ZANU-Ministern zu stoppen. Unmittelbarer Auslöser scheint die Ankündigung von Finanzminister Nkala gewesen zu sein, Zimbabwe in einen Einparteienstaat umzuwandeln, in dem für die ZAPU-PF kein Platz mehr sei. Das hat in der Hochburg Nkomos einen Sturm der Empörung ausgelöst. Bereits am Anfang des Monats hatten 1200 Nkomo-Anhänger die örtliche Fernsehstation in Bulawayo gestürmt, um gegen die nach ihrer Ansicht einseitige Informationspolitik für Robert Mugabe zu protestieren: In Zimbabwe stehen in Kürze Kommunalwahlen an. Bilder Mugabes wurden zerrissen.

Zwischen den Anhängern beider Parteien existieren tiefe Widersprüche die bereits in den Vormonaten zu bewaffneten Auseinandersetzungen geführt hatten. Bei Unruhen in Mtoko (Anfang November) wurden dabei zwei (weiße) Offiziere getötet. Mitte September wurde in eine Bierhalle in der Nähe von Salisbury eine Granate geworfen – (vermutlich) von Nkomo-Anhängern. 27 Personen wurden verletzt, drei davon schwer. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten: Mit automatischen Waffen und Steinen wurden die Auseinandersetzungen fortgesetzt; 38 Verletzte und ein toter ZAPU-PF Funktionär blieben auf der Strecke („IHT", 16.9.). Diese Aufzählung ließe sich (leider) fortsetzen.

Eine der Hauptursachen dieser Entwicklung liegt in dem Unwillen großer Teile der ZAPU-PF, sich mit dem für sie recht nachteiligen Wahlergebnis vom März d. J. abzufinden.

Mugabe warf kürzlich der ZIPRA mangelnde Solidarität gegenüber der Regierung vor und sagte, die ZIPRA sei für Schießereien Anfang November verantwortlich. („Die Neue", 4.11.). Das beredte Schweigen der verantwortlichen ZAPU-PF - Führer kann nur als stillschweigendes Dulden der Ausschreitungen ihrer Anhänger bewertet werden. Sollte die Idee eines Einparteienstaates forciert auf die Tagesordnung gesetzt werden, muß mit einer weiteren Zuspitzung der Situation gerechnet werden.

Nkomo hat in den letzten 7 Jahren seiner politischen Laufbahn zu viele Manöver – z.T. in Absprache mit dem Imperialismus – gestartet (Victoria-Falls-Verhandlungen, Geheimgespräche mit Smith etc.), als daß er seine offenkundigen machtpolitischen Ambitionen zugunsten einer starken Einheitsfront gegen die noch vorhandenen rassistisch-kapitalistischen Strukturen in Zimbabwe zurückstellen würde.

Gleichzeitig stellen die rd. 23.000 noch in Lagern lebenden Freiheitskämpfer ein bedeutendes objektives Problem dar, weil ihre gesellschaftliche Integration nur langsam voranschreitet. Die jüngsten Auseinandersetzungen verschärfen die Schwierigkeiten der Verschmelzung der Armeen erheblich. Es ist vorgesehen, die Freiheitskämpfer nach Wunsch als Soldaten oder in der Landwirtschaft bei gleichzeitigem militärischen Training einzusetzen. Mugabe hat das so formuliert: „*Die Regierung ist fest entschlossen, daß jeder, der sich noch in den Sammellagern aufhält, in die nationale Armee integriert werden sollte, wenn er regulärer Soldat werden will. Wir sind bereit, genügend Geld aufzubringen für eine möglichst große Armee. In der Tat erfordert unsere gegenwärtige Situation eine große Armee. ...Um eine nützliche Funktion für unsere Streitkräfte, die in den Sammellagern auf die Fortsetzung ihres militärischen Trainings warten, zu ermöglichen, und um unser Prinzip zu verwirklichen, daß ein Soldat nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch produktiv sein muß, hat das Vereinigte Oberkommando ein Landwirtschaftsprojekt mit dem Namen Operation Seed ausgearbeitet. Ich denke, daß, welche Nationale Armee auch immer wir aufbauen, diese eine wohldefinierte produktive Rolle neben ihrer militärischen haben muß*" („DN", 19.9.).

**Afrika-Kommission**

# Protest mit viel Pfiff gegen „Öffentliche Gelöbnisse"

## Bonn

Für den 12. November stand auf dem Bonner Münsterplatz (mitten in der Innenstadt) das zentrale öffentliche Gelöbnis anläßlich des 25.jährigen Bestehens der Bundeswehr an.

Nach langen Auseinandersetzungen hatte sich ein Großteil der Linken der nationalen Demonstration der Jungsozialisten (Juso) angeschlossen, die von vornherein darauf orientiert hatten, nicht am Tage des Gelöbnisses zu demonstrieren.

Nur ein kleines Häuflein Unentwegter bastelte daraufhin weiter an einer Aktion am Tage der Militärprovokation. Und - um es vorweg zu verraten - der Außenseiter machte das Rennen.

Es hätte noch schneien sollen und die Glocken des nahen Münster den Sonntag einläuten - die Stimmung wäre perfekt gewesen, als ,,Pfarrer" Willi Piecyk vom Juso-Bundesvorstand zum Abschluß der Demonstration am 8.12. seine Entspannungsrede hielt.

Etwa 6000 Demonstranten unter einem Meer von roten Fahnen mußten sich anhören, daß Millionen von Jugendlichen gegen Strauß und für die Entspannungspolitik der Sozialliberalen gestimmt hatten. Wie auch von den ,,Friedensaposteln" in den anderen bürgerlichen Parteien und Gruppierungen vernahmen wir, daß es zur Entspannungspolitik keine Alternativen gäbe. Auf den Gedanken, das Militär überall auf der Welt abzuschaffen und hier schon mal damit zu beginnen, kam der Realpolitiker nicht, denn Piecyk meinte, daß man nicht für eine entmilitarisierte Zone in Westeuropa eintreten könne, sondern nur für eine militärisch reduzierte.

Den Bemühungen um eine demokratische Bundeswehr stünden allerdings Veranstaltungen wie das öffentliche Gelöbnis im Wege. Sie sollten doch lieber wieder in den Kasernen stattfinden. Ich war froh, in der Nähe zu wohnen, so daß ich meinen Ärger über einen solchen Apostel bald mit einem guten Essen runterbekommen konnte; aber die vielen, die von weither kamen, gegen das feierliche Gelöbnis und Militär demonstrierten und nun sich diesen Schmonzes anhören mußten, den sie ja schon aus Wahlkampfzeiten kennen, waren zu bedauern.

Was viele Linke befürchtet haben, scheint wahr zu werden: die Jusos werden die Sozialdemokraten der achtziger Jahre und eben nicht Sozialisten.

Sie bekamen denn auch eine gute Presse: ,,*Die Demonstration der Jungsozialisten ... hat gezeigt, daß politische Auseinandersetzungen sehr wohl mit der Kraft des Arguments* (?) *und nicht mit der Faust ausgetragen werden kann*" ( Bonner Rundschau"
*mit der Kraft des Arguments* (?) *und nicht mit der Faust ausgetragen wer-*
*den kann*" (,,Bonner Rundschau", 12.11.80). Sie setzten (zusammen mit dem SHB, MSB, VVN, Falken, einigen Grünen u.a.) dem ganzen noch ein Schmankerl drauf, als sie ein Flugblatt ,,*Wir lassen uns nicht provozieren*" gegen Aktionen am 12.11. verteilten.

Für den Tag des Gelöbnisses riefen sie zu einer Veranstaltung über das Thema ,,Für eine demokratische Bundeswehr" auf. Zutritt hatte man allerdings nur mit Eintrittskarte, ,,*denn so können wir uns am besten Chaoten, Rocker, Punker, Spontis und andere Störenfriede vom Hals halten*" (Bonner SPD-Vorsitzender R.Maerker, ,,BR", 8.11.80). Die ,,Bonner Rundschau" vermutete, daß sich die Bonner SPD und die Jusos damit auch ein Alibi verschaffen wollten, sollte es doch zu einer Störung des Militärspektakels kommen. Dies ist allerdings eine böswillige Unterstellung, denn Jusos brauchen kein Alibi, sie sind es.

So war der Konsens aller ,,Demokraten" wieder hergestellt: Die Meinungsfreiheit war gewahrt worden,und das Gelöbnis sollte ungestört zelebriert werden.

Wenn sich die Basis nur dran gehalten hätte ...

### Bonn wird besetzt

Am 12.11. kam dann der sozialdemokratischen Tragödie 2. Teil, nach den Piecyks nun die Apels:

Schon seit Wochen war die Stadt auf das Gelöbnis eingestimmt worden:

— Berechnungen wurden angestellt, ob es sinnvoller sei, Bänke und Blumenkübel ab und danach wieder anschrauben zu lassen oder sie von den sicherlich auftretenden Krawallmachern zerstören zu lassen. ,,Bremen" geisterte als Vokabel durch die Zeilen der Presse wie etwa ,,die Russen kommen".

— Eine große Zahl Schüler bekam - auf Antrag des Verteidigungsministeriums und Anordnung des Kultusministers - frei, damit ihre Schulen zur Lagerstatt für die einfallenden Polizisten werden konnte.

— In der Hauptpost wurde die zentrale Einsatzleitung einquartiert, die Tiefgarage mußte für eine Reservetruppe der Polizei geräumt werden ...

Und dann rückten die Polizeitruppen an: 10.000 (nach Angaben des Nachrichtendienstes in der ARD-Nachtausgabe) Polizisten verwandelten die Bonner Innenstadt zu einer Kulisse für das abendliche Militärspektakel. Schon 30 km vor Bonn auf der Autobahn wurden die ersten Kontrollen durchgeführt. Und dann gehts los:

- Stunden vor dem Gelöbnis sind im Umkreis mehrerer km Gitter mit nur schmalen Durchlässen aufgestellt worden. Von einem Ende der Innenstadt zum anderen kann man sechsmal gefilzt werden. Polizisten kontrollieren die Einkaufstüten, tasten die Körper ab, den von der Uni nach Hause gehenden Studenten werden die Büchertaschen durchsucht, Verkäuferinnen auf dem Heimweg nach Waffen gefilzt, ein pfeiffenrauchender Bonner muß sogar seine Tabakdose öffnen, berichtet am nächsten Tag der ,,Generalanzeiger".

So werden viele Bürger doch noch ,,erreicht", die die Flugblätter der Linken vorher nicht gelesen haben. Insgesamt werden an diesem Abend 88 Leute festgenommen. Besonders hervorgehoben wird in der Presse später das ,,Ausheben einer konspirativen Wohnung". Diese konspirative Wohnung fiel wohltuend auf, weil aus ihrem Fenster ein riesiges Transparent gegen das Gelöbnis und eine rote Fahne hingen.

Außerhalb der Innenstadt sammeln sich gegen fünf Uhr nachmittags 50 - 60 Demonstranten zu der nach vielen Verboten doch noch genehmigten Demo; allerdings auf einer Route, die landschaftlich nicht uninteressant ist - der Kottenforst als nördlicher Ausläufer der Eifel wäre zu sehen gewesen. Die Demo wird abgeblasen. Rings um unser lächerlich kleines Trüppchen - ein vielfaches an Polizei.

Wer jetzt nach Hause geht, hat sicherlich viel Resignation, Wut und Angst im Bauch. Doch soll der Tag nicht vor dem Abend verdammt werden.

### „Wird ein Chile-Film gedreht?"

Drei Stunden später fängt dann die Veranstaltung an:

Der ganze Platz, auf den man durch mehrere Polizeisperren einzeln durchgelassen wird (oder nicht), ist taghell ausgeleuchtet, umstellt von dem Riesenaufgebot von Polizei, Feldjägern, Zivilpolizisten, auf den Dächern um
ausgeleuchtet, umstellt von dem Riesenaufgebot von Polizei, Feldjägern,
Zivilpolizisten, auf den Dächern umliegender Banken und Kaufhäuser Leute mit Fernglas und Kamera, Militärfahrzeuge, Marschmusik und junge Gesichter unter neuen Stahlhelmen - Requisiten für einen Chile-Film. Doch hier ist es ganz nah und deshalb so erschreckend.

Doch dann erlösend: die ersten Pfiffe - Hunderte (waren es tausend?) stimmen Gesänge an, rufen Parolen und pfeiffen, was die Lunge hergibt.

Trotzig singen Burschenschaftler neben mir das Deutschlandlied mit und Hurra-Patrioten, die dem Spektakel applaudieren, fordern: Krawallmacher an die Wand, Gesichtskontrolle. Im Jargon eines Bundesligaspiels: ich bin in der falschen Kurve gelandet. Hier bin ich zwar als Pfeifer vor der Polizei sicher, aber meine Mitbürger ...

Nach einer halben Stunde ist auch unsere ,,Kurve" angenagt: Einer Reihe von Umstehenden, die nur zum Gukken gekommen waren, geht das Polizeiaufgebot und der Hurra-Patriotismus ziemlich auf die Nüsse, und sie stimmen in die Gesänge mit ein.

Die einzige Schwachstelle der Veranstalter, Bürger als Zuschauer einzuladen, wird ,,schamlos" ausgenutzt. Da der Staat gegen die ,,Chaoten" viel auffahren ,,mußte", produziert er seine eigenen Gegner - zumindest in diesem Moment, denn die Protestierenden haben eindeutig das akustische Übergewicht.

Als ich nach Hause komm, diesmal viel beschwingter als einige Stunden zuvor, kann ich gerade noch im ZDF hören: ein schwarzer Tag für die Bundeswehr ...

Tja, warum soll die Basis in diesem Land nicht auch mal einen guten Abend haben, der Tag war schlimm genug.

it (Bonn)

## Hannover: 5.000 Demonstranten

### Polizeiüberfall auf Jugendzentren

Am 12.11. konnte die Rekrutenvereidigung im hannoverschen Niedersachsen-Stadion ungestört ablaufen. Das Stadion war mit strenger Gesichtskontrolle, Computerüberwachung und einem riesigen Polizeiaufgebot hermetisch abgeriegelt. Wer im Stadion durch den geringsten Muckser auffiel, wurde von den Feldjägern hinausbefördert. Doch viele Zuschauer, darunter zahlreiche „Ehrengäste" waren gar nicht durchgekommen. „Nur 11.000 Zuschauer" schreibt die ,,Hannoversche Allgemeine" („HAZ"), 7000 die „Bild".

Angesichts der außerhalb tobenden Auseinandersetzungen fand Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) markige Worte: Wer das Spektakel kritisiere, „*aber die Bundeswehr meint, sie in Frage stellt, handelt unehrlich, gefährlich und entgegen den Sicherheitsinteressen*". Er handelte sich ein warmes Lob von Ministerpräsident Albrecht dafür ein, daß „*ein Sozialdemokrat so erfreuliche Worte für die Bundeswehr gefunden hat*".

Bereits am frühen Abend hatte eine Aktionseinheit von JZ's, BI's, SOdZDL, Falken, „illegaler AStA", TAZ-Ini, SAG, KABD, KBW und BWK zu einer Demonstration aufgerufen. Nach einem „feierlichen Gegengelöbnis" mit leicht abgewandeltem Deutschland-Lied zog ein Zug von etwa 5000 Leuten durch die Innenstadt, darunter eine Reihe „Opfer des 3. Weltkrieges" mit blutrotbespritzten Verbänden. Zum Abschluß wurde an der Marktkirche eine Militärpuppe am Galgen verbrannt, einige ins Feuer geworfene Knochen sorgten für Kriegsgestank. Am Rande der Demonstration waren bereits einige Scheiben z.B. bei der Peep-show zu Bruch gegangen, allerdings hielten sich die Bullen, die ein „lockeres Spalier" bildeten, noch zurück.

Parallel versammelten sich 200 Menschen in der Nähe des Stadions, wo sie am antifaschistischen Mahnmal einen Kranz zu Ehren der Opfer des 2. Weltkrieges niederlegten. Die Initiatoren, DFG/VK und VVN hatten sich aus der Aktionseinheit schon frühzeitig zurückgezogen (sie befürchteten, „sonst Leuten die Steine aus der Hand schlagen zu müssen" — so ein Spruch der DFG/VK). Trotz strikter Betonung der Gewaltfreiheit konnte die Kundgebung am Mahnmal erst per Gerichtsbeschluß durchgesetzt werden.



**Hannover: Zivilbulle bedroht einen Demonstranten mit der Pistole.**

Im Anschluß zogen 1000 Demonstranten in Richtung Stadion, wo sie vom Polizeiaufgebot zerstreut wurden, so daß nur 600 am Stadion anlangten. Am Haupttor erwartete sie ein Bullenaufgebot mit Wasserwerfern, Knüppeln und Hundestaffeln. Die Demonstranten warfen Steine, Feuerwerkskörper und einige Knochen. Als sie sich nach einem Einkesselungsversuch zurückzogen, begann die Polizei eine wilde Verfolgungsjagd, in Richtung Innenstadt und Linden. Es gab ein totales Verkehrschaos, auch feingekleidete Ehrengäste blieben auf der Strecke. Einige Polizeifahrzeuge, die einen Durchbruch durch eine Straßensperrung erzwangen, sahen hinterher reichlich reparaturbedürftig aus, bzw. waren mit Plattfuß erst einmal ausgefallen. Eine Funkstreifenbesatzung flüchtete nach einem Steinhagel, der Wagen lag bald wie eine Schildkröte hilflos auf dem Rücken. Für fast eine halbe Stunde gehörte daraufhin die Innenstadt den Demonstranten, rund 100 Scheiben gingen zu Bruch, es wurde zum „Nulltarif" eingekauft. Der Sachschaden wurde anfangs mit 200.000 später mit 1 Million Mark angegeben.

Anschließend griff die Polizei am Bahnhof, der mit Mannschaftswagen umstellt wurde, erneut ein. Wahllos wurde auf Demonstranten geprügelt, bei einer Festnahme hielt ein Polizist Demonstranten mit der Pistole in Schach (s. Foto). Dies war der Beginn eines Rachefeldzuges der Polizei und der Behörden, der noch ein Nachspiel haben dürfte.

Im NDR-Bericht (Funkbilder aus Niedersachsen) hieß es dazu: ,,*Was dann in den folgenden Stunden geschah, ließ die Zerstörungen in der Innenstadt fast wieder in Vergessenheit geraten. Die Polizei jagte mutmaßliche Demonstranten, die sich jedoch längst zerstreut hatten. Daraufhin wurde das Kommunikationszentrum am Raschplatz von drei Hundertschaften umstellt und seine*
*Daraufhin wurde das Kommunikationszentrum am Raschplatz von drei Hundertschaften umstellt und seine*
*20 Besucher einer Personalkontrolle unterzogen, danach war das Unabhängige Jugendzentrum Kornstraße an der Reihe, das von mehreren Hundertschaften umstellt wurde. Ohne daß ein Grund genannt wurde, ohne daß der Einsatzleiter für den Hausherrn des Jugendzentrums zu sprechen war, der vor das Haus gekommen war, brach die Polizei Fenster und Türen des Jugendzentrums auf, richtete nicht unerhebliche Zerstörungen an und begann mit Personenkontrollen und Hausdurchsuchungen. Als die Polizei gegen 2 Uhr nachts, nach dreieinhalb Stunden, endlich abzog, waren Besucher, Journalisten und Rechtsanwälte Zeugen einer Vielzahl von Willkürakten geworden. Da wurden Journalisten nicht zum Ort des Geschehens und Anwälte nicht zu ihren Mandanten vorgelassen – Begründung des Einsatzleiters mir gegenüber: Das geschehe zu unserer eigenen Sicherheit, da drinnen würden Personalkontrollen vorgenommen. Da wurden die beiden Vorsitzenden des Jugendzentrumsträgervereins, die Hausherren, unter Anwendung der Chemischen Keule, aus ihrem Haus vertrieben, und es bedurfte einer viertelstündigen Verhandlung, bis sie mit einem Rechtsanwalt wieder in das Zentrum zurückdurften, um der Hausdurchsuchung beizuwohnen, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. Da wurde eine Rechtsanwältin von einem Kriminalbeamten tätlich angegriffen. Die Dienstnummer dieses wie auch anderer Beamter wurde ihr vom Einsatzleiter persönlich verweigert. Es drängte sich der Eindruck auf, daß es sich hier um einen ziemlich planlosen Racheakt der Polizei handelte, zumal der Einsatzleiter, der keinerlei Überblick über die Aktionen seiner eige-*




**Großrazzien der Polizei nach der Demonstration in Hannover.**

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

*nen Leute zu haben schien, keinen konkreten Grund für diesen Einsatz nennen konnte, nicht sagen konnte, wonach das Haus durchsucht wurde, zumal die Polizeikräfte völlig unkoordiniert operierten und sich einige junge Polizisten über diesen, wie sie sagten, unsinnigen Einsatz beklagten ... wieder einmal ein Übergriff auf das Jugendzentrum Kornstraße, den als rechtmäßig zu begründen, der Polizei schwerfallen dürfte".*

Dieser und andere NDR-Berichte brachten erst recht die Behörden zum Kochen: ein „*unglaublicher Skandal*", so Möcklinghoff (Innenminister), „*totale Verkehrung des tatsächlichen Ablaufs*", so sein Sprecher Kloß. Pressesprecher Poser kündigte bereits „*personelle Konsequenzen*" für Journalisten an. Der verantwortliche Redakteur, Hermel habe zudem mit einer gezeigten Juso-Satire und einem Spot der Münchner Lach- und Schießgesellschaft die Bundeswehr auf „*billige Weise veralbert*". Noch bevor die Journalisten gehört, geschweige denn informiert wurden, gab die Springerpresse bereits ihren Rausschmiß bekannt (s. Protesterklärung der Journalisten).

Um dem „Scherbenhaufen" zu entkommen, trat die Polizei die Flucht nach vorne an. Die Presse überschlug sich in Kritiken: „*unfaßbar*", dem Polizeipräsidenten mangele es an „*Vorstellungsvermögen ..., um die kriminelle Phantasie von Gewalttätern nachzuvollziehen*", „*dürftige Informationen*" des VS, zuwenig Polizei, etc. etc. (im Kommentar der „HAZ", vom 14.11.). Die Polizei sprach von „*generalstabsmäßig vorbereiteten Aktionen*". „*Mit unerwartet krimineller Energie*" wären „*viele bekannte Gesichter*" aus Kreisen des KB und der Spontiszene vorgegangen. Ein „*noch ungekannter*" Ausländer (Carlos? ein KGB-Agent?) habe über CB-Funk die abgehörten Bullenfunksprüche bekanntgemacht und Einsatzbefehle erteilt. Mit „einem weinenden Auge" sprach der Polizeipräsident „Komplimente" für diesen Einsatz aus. Auch sonst war man erfinderisch: die anfangs behaupteten „Molotow-Cocktails" mußten allerdings wieder zurückgenommen werden. Allerdings konnte man auf eine Plastiktüte in der Kornstraße verweisen, in der man Autoschilder, eine Zündschnur, später sogar noch einen Zünder und ein entsprechendes „Kochbuch" gefunden haben wollte. Doch zum Pech der Polizei hatten Zeugen bei der Räumung der Kornstraße in die Plastiktüte schauen können, bevor sie von einem Polizisten rausgetragen und später wieder reingebracht wurde. Inzwischen wurde ein Ermittlungsausschuß im Jugendzentrum gebildet. Die Vertreter einer mitdemolierten Werkstatt und eines Kinderladens (dem Albrecht auch noch die Zuschüsse streichen lassen will) in der Kornstraße wollen Anzeige erstatten.

## Schleswig: Kämpferischer Widerstand in der Provinz!

Das hat die alte Regierungs-, Verwaltungs- und Garnisonsstadt Schleswig wahrscheinlich noch nie erlebt: Riesiges Bullenaufgebot, Wasserwerfer - der Polizeistaat zeigt seine widerwärtige Fratze. Der Ort des Grauens ist zum „militärischen Sicherheitsbereich" und ebensolchem Heerlager verwandelt worden.

Dann ein enthusiastischer, kämpferischer Zug von 1000 Demonstranten, wider die militaristische und polizeistaatliche Obrigkeit rufend: „*1-2-3-4-vie-le-Bre-men-schaf-fen-wir-5-6-7-8-die-Bun-des-wehr-wird-ab-ge-schafft!*"

„Nie wieder Krieg - keine Waffensegnung!" - Diese Parole hängt über dem Altar der Pauluskirche. Kirchenbesetzung in einer Kleinstadt, die „Tradition" linker Politik ist nicht gegeben, die Szene ist noch jung. Und dennoch: 20 mutige Menschen nehmen eine Kirche in Besitz als antimilitaristische Trumpfkarte gegen eine hetzerische reaktionäre Öffentlichkeit, dargestellt durch Presse, Funk, Politiker und - Kirchenleitung. Denn diese hatte sich was besonderes einfallen lassen: War in Flensburg vor 8 Monaten die Stimme des kirchlichen Protests laut hörbar und war damals dieses Vorgehen antimilitaristischer Pastoren schließlich auch vom örtlichen Probsten unterstützt worden, so hatte sich diesmal die Kirchenleitung in der Person des Bischofs Stoll selbst eingeschaltet, diesmal auf der „richtigen" Seite: Vor der Vereidigung wollte er die betroffenen Rekruten in einem Gottesdienst selbst „weihen". Entsprechend machte dieser Repräsentant der offiziellen Kirche aus seiner „positiven" Einstellung zu den „Nachrüstungs"-Beschlüssen kein Hehl!

Dann auch dies: Einzeln wurden die Demonstranten - 1000 Menschen - durch die polizeilichen Absperrungen hindurchgelassen - Sichtkontrollen der Bullen, alle Leute mit Helm, Fahnenstangen u.ä. werden nicht durchgelassen. Am Stadionaufgang innerhalb des abgeriegelten Geländes sammeln sich die Antimilitaristen. Eine Blechhütte wird bestiegen, Transparente entrollt - ohrenbetäubende Protestrufe übertönen minutenlang die Reden der Militaristen im Stadion. Der Zaun zum Stadion wird attackiert. Dann aber schlagen die „Ordnungshüter" zu. Die Menge wird auf den Stadionvorplatz abgedrängt - und bis zum Ende der Zeremonie von Bullenketten eingekesselt. Ohnmächtsgefühle breiten sich aus.

Ein Punk wird brutal aus der eingekesselten Menge herausgezerrt. Drei Ordnungsmaschinen führen den jungen Antimilitaristen ab. „Scheiß-Oberbulle" soll er gerufen haben. Beleidigung sagt die Ordnungsmacht dazu. Die Wahrheit wirkt manchmal beleidigend. In sicheren Gefilden, geschützt durch die staatlichen Kettenhunde, bejubelt eine 100-köpfige Menge diesen Vorfall: Klatschen, dann im Chor (!): „*An die Wand stellen, an die Wand stellen!*" Sprüche: „*Alle machen das Gesocks!*" „*Überlaßt ihn uns*", „*jagt sie in die Zone!*" Saubere Demokraten, diese 40-jährigen Typen, die ihre Hitlerjugend nicht hinter sich lassen wollen. Aber es gibt ja keine faschistische Massenbasis in der BRD, i wo!

Nach schier endloser Debatte mit Pastoren und Kirchenvorständlern wird den Besetzern von den Pastoren „Asyl" gewährt. Doch im Laufe des nächsten Tages haben die Besetzer einiges an Überredungskünsten, Panikmache und Gerüchteküche von Seiten einiger Kirchenvorstandsmenschen zu überstehen. Diese verschiedenen Versuche, die Besetzer zum Weichen zu bewegen, scheitern.

OK, die Vereidigung fand statt, die Reden der Militaristen wurden gehalten, das makabre Schauspiel konnte im konkreten Ablauf nur unwesentlich gestört werden. In einer bestimmten Phase war der antimilitaristische Protest zur Ohnmacht verdammt. Der Protest war auch nicht von der politischen Bandbreite getragen wie vordem in Flensburg. Er hatte nicht die Militanz wie in Bremen. Die Räsonnierer sagen: Siehste, so kann man nichts machen.

Nichts? Leute träumt ihr? 1000 Menschen, zum ganz überwiegenden Teil aus dem Landesteil Schleswig, nur ein kleiner Teil aus Kiel, Segeberg, Neumünster und von der FAU/Hamburg. Wir sagen: T O L L!

Die Vereidigung verhindern? Warum nicht gleich die Revolution! Nach der massiven Hetze, der „Gewalt"-Propaganda seit Bremen, seit Strauß/Hamburg, seit Gorleben hat die Linke sich in der Öffentlichkeit der Provinz einen großartigen Durchbruch verschafft!

Die Besetzung der Schleswiger Pauluskirche ist auch von Menschen nichtlinker Einstellung unterstützt worden. Nicht weil die Besetzer besonders nett waren, nicht weil sie so lieb waren (nebenbei: wir können versichern, das sind sie!), nicht weil sie so gewaltfrei waren, um Karls Willen, NEIN: Weil sie so MUTIG und KÄMPFERISCH waren!

Dies, unsere lieben Freundinnen und Freunde, hat auch andere zum mutigen Kampf veranlaßt, siehe Brokdorf, siehe ..., das wollten wir noch sagen!

**Drei Genossen aus Schleswig, Freiburg, Flensburg**










**In Hannover wird ein Streifenwagen von Demonstranten auf den Rücken gelegt.**

### Protesterklärung an den NDR-Intendanten Räuker

Der Sprecher der niedersächsischen Landesregierung hat auf der Landespressekonferenz personelle Konsequenzen gefordert. Wie aus der Springerpresse zu erfahren ist, haben sie erklärt, diesen Forderungen nachgeben zu wollen. Wir protestieren; Intendanten und Funkhausdirektoren einer öffentlich-rechtlichen Anstalt sind nicht die Vollzugsorgane der niedersächsischen Landesregierung.

Zwei Tage lang haben wir, Wissenschaftler und Journalisten, Medienverbraucher und Medienmacher über den Anspruch auf Wahrheit bei Presse, Funk und Fernsehen diskutiert. Die Reaktionen auf die NDR-Berichterstattung der jüngsten Ereignisse in Hannover sind ein neues skandalöses Beispiel dafür, wie berechtigt unsere Sorge um die Informations- und Meinungsfreiheit ist. Bezeichnend dafür ist die gezielte Rufmordkampagne gegen den Journalisten Goetz Buchholz. Es ist unerträglich, daß der Wahrheitsgehalt eines Beitrages am politischen Hintergrund des Verfassers gemessen wird, der sich als verantwortungsbewußter und kritischer Journalist bewiesen hat. Bezeichnend ist leider auch, daß sie, die Leitung des Funkhauses Hannover, im Fall des NDR-Redakteurs Hans-Jürgen Hermel sich dem politischen Druck beugen, anstatt sich vor ihre Mitarbeiter – feste wie freie – zu stellen. Dadurch verstärken sie das Klima der Angst im NDR. Wir fordern sie auf, Hans-Jürgen Hermel auf seinem Posten als verantwortlichen Redakteur des Nordschau-Magazins zu belassen und dem freien Mitarbeiter Goetz Buchholz eine Weiterbeschäftigung zu ermöglichen.

**Die Teilnehmer einer medienpolitischen Tagung in Hannover am 15./16.11., zu der DJU, RFFU, Humanistische Union und der Verband der Schriftsteller aufgerufen hatten.**

**Es folgen über 70 Unterschriften.**




**Frauenblock der Demonstration in Lüneburg**

## Lüneburg: 1.400 demonstrierten gegen die Vereidigung

Mit ca. 1400 Teilnehmern wurden alle Mobilisierungserwartungen weit übertroffen: Die Lüneburger Demonstration gegen die Vereidigung von 850 Rekruten wurde zur größten Aktion der letzten 10 Jahre in dieser Stadt. Erstmals wurde ein Frauenblock gebildet, der die größte Aufmerksamkeit hervorrief. Aufgerufen hatten neben dem KB, der DFG/VK, den Grünen und dem BWK (Ex-KBW) alle Basisinitiativen außerhalb des DKP-Spektrums. Auch zahlreiche Hamburger Freunde nahmen an der Demonstration teil. Während der Mobilisierungsphase erschien eine von ca. 250 Lüneburgern unterzeichnete Großanzeige gegen das Militärspektakel in der Lokalpresse, ebenso setzte eine umfangreiche Leserbriefschlacht ein, in deren Verlauf sich nicht nur die Jungdemokraten und die Grünen eindeutig gegen das Gelöbnis aussprachen, sondern beispielsweise auch 23 Mitglieder der „Herrenfußballabteiltung des MTV-Treubund", die gegen den Mißbrauch ihres Sportplatzes durch das Militär protestierten.

Aber auch die Bullen hatten ihren „großen" Tag: Damit der Bürger sieht, wie kriminell es heutzutage ist, für Frieden zu demonstrieren, erschienen sie in voller Kriegsbemalung und versuchten (vergeblich), den Demozug dauerhaft mit einem dichten Bullenspalier einzuschließen, was allerdings die kämpferische Stimmung eher noch steigerte.

Darüberhinaus wurde durch die Lüneburger Stadtverwaltung faktisch ein Ausnahmezustand im gesamten Wohnviertel verhängt, in dem die Vereidigung stattfinden sollte. Jeglicher Ansatz von Gruppenbildung bzw. Demonstrationsversuch wurde verboten oder polizeilich zerschlagen. Die aus ganz Niedersachsen herbeigekarrten Bullenverbände, die u.a. mit der berüchtigten „Pepperfog" ausgerüstet waren, machten alle Versuche zunichte, in größeren Gruppen die Vereidigung zu behindern. Trotz all dieser kriminalisierender Begleitumstände konnte gegen die Stimmen des BWK und der Grünen ein ca. 300-köpfiger Demonstrationszug gebildet und das Demonstrationsverbot zumindest teilweise (bis zur 1. großen Bullensperre) durchbrochen werden.

Abschließend noch einige Sätze zur „Partei der Arbeiterklasse", der „stärksten Kraft für Frieden und Fortschritt":

Nach erheblichen Schwankungen (siehe AK 188, S. 3) hatten sich diese Leute für den totalen Bankrottkurs entschieden. Die Abschlußkundgebung in Nähe des Vereidigungsplatzes zumindest a n z u m e l d e n, das ging der DKP entschieden zu weit. Nicht, daß sie im Friedensbündnis „Provokateure" vermuten würden, nein, die Bullen könnten sich durch die Wahl eines solchen Kundgebungsortes provoziert fühlen, und dieses Risiko einzugehen sei „politisch nicht sinnvoll", da es dazu führe, „daß die Presse einseitig schreibt."

Völlig isoliert setzten sie als zweiten Schritt einen Tag vor der Vereidigung einen „Laternenumzug" für Frieden und Abrüstung an (siehe nebenstehende Anzeige). Immerhin: 29 wackere Friedeskämpfer nahmen an dieser parodistischen Einlage teil, nebst mehren Kindern.

KB'ler und Unorganisierte jedenfalls konnten sich nicht satt sehen an dem Anblick laternenschwingender Revis und standen Spalier mit einem Riesenplakat: „Laterne, Laterne, spalten tun wir gerne... Lüneburg grüßt die Nachtwächter von der DKP"!

Der Ruf der „Laternenpartei" wird diesen Leuten noch lange anhaften; während der Großdemo ließen sie sich vorsichtshalber gar nicht erst blicken.

**KB/Gruppe Lüneburg**

**Für Frieden und Abrüstung**

Aus Protest gegen das öffentl. Massengelöbnis rufen wir auf zur Teilnahme an einem

**Laternenumzug**

durch die Lüneburger Innenstadt, am Mittwoch, den 12. 11., 17 Uhr ab Marktplatz. Teilnehmer bitte Laternen mitbringen.




**DKP (Deutsche Kommunistische Partei)**
C. Kaal, Ritterstraße 48, 2120 Lüneburg

## Oldenburg: „Wenn die Polizei Stärke zeigt ..."

Am 12.11. wurden in Oldenburg, der zweitgrößten Garnisonsstadt der BRD, im Marschweg-Stadion vor 5.000 Besuchern 1.000 Rekruten vereidigt. Für den Kommandeur der 11. Panzergrenadierdivision, Generalmajor von Sandrat, war das *,,eine sehr demokratische Tradition''*, für Regierungspräsident Dr. Schweer wäre die *,,Welt sehr arm''* ohne solche Traditionen. Weit weg vom Geschehen, *,,um die Distanz zur Feier der Bundeswehr auch schon äußerlich auszudrücken''*, bzw. alle Demonstranten *,,vom Stadion fernhalten''* zu können, rief ein Komitee zu einer Demonstration in der Innenstadt auf mit anschließender Fete in der Uni.

Zu der Demonstration riefen die Jusos, die ASF und der Vorstand des SPD-Ortsvereins-Stadtmitte auf, obwohl der Ortsvorstand der SPD ein Beteiligungsverbot ausgesprochen hatte. Die Unterschrift des DGB-KJA erklärte der DGB-Ortsverein, für den eine Demonstration ,,nicht das geeignete Mittel'' darstellte, für nichtig. Außerdem hatte das ganze DKP-Spektrum aufgerufen sowie der Grüne Kreisverband, der es auf den Vorwurf vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Milde hin, das Komitee sei von Kommunisten initiiert, *,,bedauerte''*, daß die Demo *,,zu einem großen Teil von Kommunisten getragen''* würde.

In einem Flugblatt an *,,Punks, Spontis, Anarchos, Freaks, Schubladendenker''* wurde dazu aufgerufen, kein Fest zu feiern, sondern *,,so nah wie möglich ans Stadion zu marschieren''*. Wegen dieses Aufrufes wurde der Marsch in der Innenstadt zur Uni hin verboten.

Neben 2.000 Demonstranten hatten die Bullen aus ganz Niedersachsen ein Wahnsinnsaufgebot zusammengekarrt; *,,Wenn die Polizei von vornherein ihre Stärke zeigt, braucht sie nicht zu knüppeln''* erklärte Einsatzleiter Rudolf Franke. So waren dann auch alle Möglichkeiten, in Richtung Stadion zu marschieren, durch Bullenbarrikaden versperrt. Der ,,Radikalenblock'' am Ende der Demo bog deshalb in die Fußgängerzone ein. Nach kurzer Zeit kamen 15 Mannschaftswagen hinterher, so daß die Demo von vorn und hinten eingekesselt war und die Demonstranten durch eine Seitenstraße flüchten mußten. Sehr bald löste sich die Demo angesichts totaler Bullenübermacht auf, die Demonstranten versammelten sich im Jugendzentrum Alhambra. Beim Gerichtsgebäude, in dem Verfahren gegen Oldenburger Gleisbesetzer anhängig sind, gingen noch ein paar Scheiben zu Bruch, Polizeireviere wurden mit Farbenklecksen verschönert.

**Nach Berichten aus Oldenburg**

***

## Delmenhorst: Bundeswehr zurück in die Kaserne

## Delmenhorst: Bundeswehr zurück in die Kaserne

Auch in Delmenhorst fand zum 25. Geburtstag der Bundeswehr eine antimilitaristische Demonstration statt. 200 Demonstranten forderten: ,,Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!'', ,,BRD - Raus aus der NATO!''

Aufgerufen hatte eine Bündnis bestehend aus der Gruppe Delmenhoster Antimilitaristen, DFG/VK, Initiative ,,Rock gegen Rechts'', Frauengruppe, BI Umweltschutz, KB, KBW, SDAJ und einer AG Friedenswoche.

Schon oft hatte sich die Bundeswehr in Delmenhorst öffentlich präsentiert. Sie war bei ihren Waffenschauen, öffentlichen Vereidigungen, Tagen der Bundeswehr usw. bisher jedoch ziemlich ungestört geblieben. In drei Delmenhorster Kasernen sind immerhin 5.000 Soldaten stationiert, ganz in der Nähe lagern amerikanische Atomsprengköpfe und auch Pershing II Raketen sollen nach Delmenhorst. Reichlich Anlaß also, den antimilitaristischen Widerstand gerade hier zu entwickeln.

Kaum, daß seit diesem Jahr die Delmenhorster Antimilitaristen wieder organisiert arbeiten, schreckten die hiesigen Militärstrategen vor öffentlichen Veranstaltungen - auch jetzt zum Jubiläum - zurück. Sehr zum Mißvergnügen des ,,Wehrpolitischen Arbeitskreises'' der CDU, der im ,,Kreisblatt'' Beschwerde führte, daß sich die Bundeswehr verstecke, während das Treiben einer *,,verantwortungslosen, kleinen, marxistisch unterwanderten Clique Delmenhorst terrorisieren dürfe''*. Dabei kam heraus, daß ein ursprünglich vorbereiteter Marsch durch die Delmenhorster Innenstadt aus Sicherheitsgründen abgeblasen worden war.

Ein kleiner Erfolg also für die antimilitaristische Bewegung.

KB/Gruppe Delmenhorst

## Saarbrücken: Eine große Mobilisierung, aber Ärger mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen

Am 11. November bewegte sich mit ca. 3000 Teilnehmern die größte Demonstration seit Jahren durch die Saarbrücker Innenstadt. Anlaß war das öffentliche Militärspektakel im Ludwigsparkstadion mit 1000 Rekruten, zahlreichen Gästen, CDU-Zeyer, SPD-Koebnick und einem Oberst.

Zur Vorgeschichte: Als dieser ,,Zapfenstreich'' durch die ,,SZ'' publik wurde, bildete sich ein Komitee gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung, um den Widerstand gegen diese Kriegshetze zu mobilisieren. Gleichzeitig hatten die Falken bereits eine Demonstration zum St. Johanner Markt, weit ab vom Ort des Geschehens, angemeldet. Strittig waren zunächst die Forderungen, vor allem aber die Route der Demonstration. Vor allem DFG/VK und Grüne samt Umfeld blockierten die (immer aktueller werdende) Arbeit durch die penetrant vom Zaun gebrochene Gewaltdiskussion. Schließlich blieb ein harter Kern am Ball, ca. 25 Leute, bestehend aus Vertretern von KB, KBW, ,,Volksfront'', der Völklinger Basisgruppe und zahlreiche Unorganisierte. Unter den Hauptforderungen ,,BRD raus aus der NATO'', ,,Auflösung der Bundeswehr'' und ,,Keine Mittelstreckenraketen'' sollten eine Demonstration zum Ludwigspark und eine Rockfete ,,Rock gegen Generäle'' laufen.

Die Rockfete, die im JUZ Försterstraße stattfinden sollte, wurde anfangs von SPD-Oberbürgermeister Oscar Lafontaine verboten. Dieses Verbot stieß bei den saarländischen Falken und den Sozialarbeitern verschiedener Jugendzentren auf starken Protest. Das Verbot wurde schließlich zurückgenommen. Der Juso-AStA der Uni Saarbrücken verhinderte, daß diese Antimilitarismus-Fete in einem größeren Rahmen stattfinden konnte: in der Aula der Uni. Er verweigerte machtbewußt seine Unterschrift, die für das Genehmigungsverfahren zur Benutzung der Aula Voraussetzung ist.

Trotzdem wurde die Rock-Punk-Veranstaltung im JUZ Försterstraße mit den Gruppen Kater Karlos Chaos Combo, Satt genn und Taugenichts ein duftes Fest. Auch die Redebeiträge kamen gut an. Eine vergleichbare Fete, wo nämlich nicht nur Musik konsumiert sondern auch geredet und diskutiert wurde und ein Zusammenhalt der Leute sichtbar war, lief in diesen Hallen zuletzt vor 2 Jahren.

Als nächstes schaltete sich das saarländische Innenministerium persönlich ein. Die Demosntration zum Ludwigspark wurde de facto verboten, und es wurden weitere Auflagen gemacht: Schminkverbot, Verbot von Megaphonen; unser Lautsprecher sollte nur für technische Durchsagen genutzt werden dürfen. Aufgrund dieses Verbots einigten wir uns mit den Falken darauf, als eigener Block mit unseren Forderungen auf der Demonstration zum St. Johanner Markt aufzutreten. Sie gestanden uns auf der Abschlußkundge-

eigener Block mit unseren Forderungen auf der Demonstration zum St. Johanner Markt aufzutreten. Sie gestanden uns auf der Abschlußkundge-

bung eine Rede zu; der Redner jedoch sollte ,,prominent'' sein und kein Kommunist. Sie stellten uns vor die Entscheidung, diese Bedingungen anzunehmen oder nicht reden zu können, und darauf sind wir in einer schwachen Minute eingegangen. Das war ein Fehler. Da wir keinen internen Radikalenerlaß akzeptieren und uns auch kein anderer prominenter Redner zur Verfügung stand, entschlossen wir uns, daß einer der Initiatoren von ROCK GEGEN RECHTS, gleichzeitig Mitglied des KB, u n s e r e Rede verlesen soll.

Am 11. November wurde Saarbrükken grün. Tausende von Bullen waren aufgeboten, das Militärspektakel im Ludwigsparkstadion vor den Bürgern zu sichern. Den ganzen Tag über fuhren Streifen- und Mannschaftswagen durch die Stadt, um so ihre Stärke zu demonstrieren. Ein erschreckender Zwischenfall ereignete sich kurz vor 17.00 Uhr, eine halbe Stunde vor Beginn der Demo. Da wir kurzfristig einen neuen Lautsprecherwagen benötigten, riefen wir bei Bekannten der Grünen/Saar an, die uns ihre Anlage zur Verfügung stellen wollten. Als wir 10 Minuten später dabei waren, die Anlage zu montieren, hielt plötzlich ein Mannschaftswagen vor uns an. Ziemlich aggressiv fragten die Bullen uns, wo wir die Genehmigung hätten und daß wir die Anlage so nicht benutzen dürften. Es müßte schon ein Wunder sein, wenn da niemand in der Leitung dringehangen hat...

Gegen halb sechs setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung. Mindestens seit 1973 (Chile-Demonstration) hat die saarländische Bevölkerung eine solche Demonstration nicht mehr erleben können. Aufgerufen hatten außer den Falken die Jusos, die DKP mitsamt Umfeld sowie das Komitee gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung, unter deren Parolen ,,NATO, Bundeswehr, BKA - sind zum Schutz der Bonzen da'', ,,BRD raus aus der NATO'', ,,NATO, Bundeswehr, BKA - werden enden wie der Schah'', ,,Gegen Apel, Schmidt und Strauß — wir wollen aus der NATO raus'' zahlreiche Demonstranten mitliefen.

Auf der anschließenden Kundgebung am St. Johanner Markt sprach Hajo Hoffmann (SPD-MdB) über das ,,Abschneiden alter Zöpfe'' und für ,,mehr Abrüstung''. Außer ihm redete noch ein Pfaffe und ein Typ vom Bundesvorstand der Falken, dessen Rede recht gut war.

Der Redner des Komitees durfte seine Rede nicht halten, da er ja vom KB war. Die Verhandlungen über den Redner des Komitees scheiterten am Vorabend. Da wir es angesichts der gegen uns aufgehetzten Ordner nicht schafften, über den Lautsprecherwagen der Falken unsere Rede zu halten, setzten wir die Lautsprecherbox der Falken zum Teil außer Verkehr. So war es möglich, daß sowohl ein Vertreter des Komitees als auch der Vertreter von ROCK GEGEN RECHTS ihre Reden über Megaphon halten konnten.

**KB-Gruppe Saarbrücken**

***

## Gießen: Auch kein Jubelfest für die Armee

Im Gießener Waldstadion wurden am 14.11. 300 Rekruten vereidigt. Ministerpräsident Börner (SPD) war eigens herbeigeeilt, um im Kreis von 1.000 Bundeswehrsoldaten zu feiern. Wie im letzten Jahr, als 6.000 Giessener Bürger um Einlaß drängelten, sollte es auch diesmal ein Fest der ,,Verbundenheit'' der Bevölkerung mit der Bundeswehr nach den Wünschen des Oberbürgermeisters werden. Doch daraus wurde nichts. 1.000 Bullen und auch BGSler waren aufgeboten, um die Bundeswehr vor unliebsamen Besuchern zu schützen.

Nahezu sämtliche Linken und auch zwei Kirchengemeinden riefen zum Protest auf. Jusos und DKP wollten auch hier möglichst entfernt vom Stadion in der Innenstadt demonstrieren, wer weiter wolle, sei ein Provokateur, dem es nur aufs Prügeln ankomme, bzw. ein ,,armer Irrer'', der blind ins Verderben laufe. Unbeeindruckt davon wollten die Basisgruppen, ,,Elefantenklo'' (Stadtzeitung aus Gießen), das Spontiplenum, Grün/Bunte/Alternative Liste und Sozialistisches Zentrum aus Marburg, der KB und der KBW soweit wie möglich ans/ins Stadion demonstrieren, obwohl die Demonstration verboten wurde. Es begann mit einer gemeinsamen Demonstration durch die Innenstdt mit 1.200 Leuten.

Die Hälfte der Demonstration zweigte dann schon vor der Abschlußkundgebung in Richtung Stadion ab, um dort rechtzeitig einzutreffen.

Bei der ersten Bullensperre kam es

zweigte dann schon vor der Abschlußkundgebung in Richtung Stadion ab, um dort rechtzeitig einzutreffen.

Bei der ersten Bullensperre kam es

mangels Koordination und Organisation zu einem reichlichen Durcheinander, insbesondere da sich viele in Gießen nicht auskannten. Trotzdem gelang es 50 - 100 Demonstranten, ins Stadion zu kommen, wo schon eine Menge Linker versammelt waren. Auch vor dem Stadion riefen Demonstranten lautstark ,,aufhören, aufhören''. Ein Jubelfest wurde diese Vereidigung keineswegs, Börners Rede und die Gelöbniszeremonie wurden lauthals von den Demonstranten übertönt.

**Nach Berichten der KB Gruppe/Marburg**

***

## Marburg:

Am 12.11. fand in Marburg eine Demonstration gegen Rekrutenvereidigungen und Kriegsgefahr mit 700 Teilnehmern statt. Die Demonstration kam auf Initiative der Marxistischen Gruppe (MG) zustande, die auch den Großteil der Teilnehmer stellte. Außerdem hatte die GBAL (Grün/Bunt/Alternative Liste), das Sponti Plenum und die Uni-VV aufgerufen.

Für die MG war dies übrigens die 2. Demonstration in drei Jahren — sonst ist für sie jede Form des Widerstandes ,,staatserhaltend'' und unnütz.

So verwundert es nicht, daß auch die MG unbedingt nur an einem Ort demonstrieren wollte, wo keine Rekrutenvereidigung stattfindet, so daß auch jeder Hinweis auf die Demonstration in Gießen (am 14.11) unterblieb, denn dort hätte nur der Staat die Möglichkeit, seine ,,unumschränkte Herrschaft'' und Machtfülle zu demonstrieren.

## München: Demonstrationen verboten

Die Serie der Rekruten-Vereidigungen begann am 6.11. in Bayern, dafür wurde das totale Einschüchterungskonzept seitens der Stadt herausgekehrt. Eine Kundgebung des Arbeiterbundes zum Wiederaufbau der KPD wurde vollkommen verboten, die Demonstration der Initiative für Frieden und Abrüstung radikal verkürzt; kurzfristig wurde dann noch den 2.500 Demonstranten das Tragen von Fackeln verboten.

Schon Tage vorher war der Polizeivizepräsident Wolf entmachtet worden. Die ,,Sicherheitslage'' machte es angeblich erforderlich, den Polizeipräsidenten Schreiber aus Italien aus dem Urlaub einzufliegen, hieß es trotz Wolfs Protest. Strauß, der Wolf auch schon bei seiner Wahlkundgebung kurzerhand abgesetzt hatte, will diesmal erst aus der Presse davon erfahren haben. Auch sonst wurde alles getan, um auf dem „geschichtsträchtigen'' Boden, auf dem schon die Nazis ihre Aufmärsche durchführten, nach „guter Tradition'' durchzugreifen. Der Platz wurde in ein Polizeiheerlager verwandelt, die Polizistenzahl wurde streng geheim gehalten, es seien aber über 1000 hieß es (die verblödete bürgerliche Presse machte daraus 1000 Polizisten). Den ganzen Tag lang wurden schon Einsatz, Gelöbnis und Verkehrschaos geprobt. Zwei Reihen von Absperrgittern (wenn Strauß redet üblich) sollten für genügenden Abstand sorgen. Man wolle keinesfalls *,,aus Kostengründen vor Kriminellen zurückweichen''* hieß es aus dem Innenministerium.

Als Strauß redete, war schon kriminell, wer johlte, pfiff oder „buh'' rief. Die Bullen und Feldjäger mischten sich sofort unter die Rufer, setzten Tränengas und Knüppel ein, wobei auch einige Kameras von Journalisten zu Bruch gingen. 24 Personen wurden ,,vorläufig festgenommen''. Natürlich habe man keinen Journalisten ,,absichtlich'' behindern wollen, behauptete der Bundeswehrsprecher im Anschluß. Zwei Soldaten versuchten, während der Vereidigung ans Mikrophon zu gelangen, um gegen die Vereidigung ihren Protest zu dokumentieren, Feldjäger führten sie ab.

Kurz vor dem Rekrutengelöbnis war ein Brandanschlag auf das Kreiswehrersatzamt in München verübt worden, der aber erst später entdeckt worden war.

***

## Nürnberg: Aktionseinheit aller Linken

Nach der Rekrutenvereidigung im August 1979 und der öffentlichen Polizistenvereidigung im Mai dieses Jahres blieb Nürnberg diesmal von

Nach der Rekrutenvereidigung im August 1979 und der öffentlichen Polizistenvereidigung im Mai dieses Jahres blieb Nürnberg diesmal von

einer erneuten Militärschau verschont.

Einige Wochen vor dem Bundeswehrjubiläum hatten sich Antimilitaristen in einem ,,Offenen Brief'' an Oberbürgermeister Urschlechter gewandt und gefordert bekanntzugeben, ob auch in Nürnberg ein Bundeswehr-Spektakel vorgesehen sei. In seiner Antwort betonte Urschlechter seine Bereitschaft, für Bundeswehr-Auftritte öffentliche Plätze zur Verfügung zu stellen, allerdings läge ihm zur Zeit ,,kein Wunsch der Bundeswehr'' in dieser Richtung vor. Dennoch bereiteten die Antimilitaristen eine Kundgebung als Protest gegen Säbelrasseln, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung vor.

Über alle Unvereinbarkeitsbeschlüsse hinweg kam ein Flugblatt zustande, daß von über 30 Gruppen, Organisationen und Initiativen aus Nürnberg und auch Erlangen unterzeichnet wurde. Auf der Kundgebung sprachen vor 250 Teilnehmer/innen Vertreter/innen der DFG/VK, DFU, der Grünen, Jusos und Frauengruppe gegen Militarismus und ein Bundeswehrsoldat in Uniform. Vorher hatte die SOdZDL an einem gemeinsamen Info-Stand in Form eines Straßentheaters die Bevölkerung ,,vereidigt'', im nächsten Krieg getreu fürs Vaterland zu sterben. Wegen ,,Beleidigung'' wurden die gesamten Aufrufflugblätter und die Plakate am Info-Stand beschlagnahmt und Personalien aufgenommen.

KB/Gruppe Nürnberg

40 Frauen überbrachten in Nürnberg zum 25. Geburtstag der Bundeswehr dem Zivilschutzamt ihre Verweigerungserklärung gegen eine Dienstverpflichtung. Der Chef dieses Amtes ließ sich erst aufgrund des Nachdrucks der Frauen dazu bewegen, den Frauen die Schreiben zu bestätigen.

Ihre Verweigerung habe doch eh keinen Sinn, im Ernstfalle würden sie eh mit Polizeigewalt zur ‚Erfüllung ihrer Dienstpflicht' gezwungen werden.

**(Nach einem Text der ‚Frauegruppe gegen Militarismus' aus Nürnberg)**

***

## Am 21.11. Rekrutenvereidigung in Stuttgart

Oberbürgermeister Rommel erklärte in einem Interview auf die Frage, ob er glaube, daß es anläßlich der Vereidigung von 1.000 Soldaten mitten in der Fußgängerzone auf dem Schloßplatz zu Störungen kommen werde: *,,Ich hoffe nicht. Wir haben ja immer eigentlich recht moderate Demonstrationen, und ich vertraue auf die schäbische Mentalität, die sich sehr stark durch Besonnenheit auszeichnet''*.

Auf Einladung des Stuttgarter ,,Blättle'' kam es am 24.10. zu einem Treffen von nahezu 100 Antimilitaristen und der Bildung der ,,Stuttgarter Initiative gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung''. Vertreten waren dabei folgende Gruppen: Antifa-Komitee Stuttgart und Tübingen, ,,Ohne Rüstung leben'', die Grünen, ,,Brecht statt Strauß'', Netzwerk-Ini, Initiative gegen Hochsicherheitstrakte, Frauen gegen Militär, Emaus, Kunterbunt, BI gegen AKWs, Vertreter zweier Jugendhäuser, der KB, KBW und der Spartacus.

Die im ,,Stuttgarter Initiativenkreis für Frieden und Abrüstung'' zusammengeschlossenen Organisationen (von den Jusos bis zur DKP) waren trotz Einladung nicht erschienen. In einem Brief an die ,,Blättle''-Redaktion erklärt die DFU in sprichwörtlicher Bescheidenheit: *,,Natürlich begrüßen wir es, wenn ihr und andere auch ihr Herz für dieses Arbeitsfeld entdecken. Habt aber bitte Verständnis dafür, daß wir bei den bisherigen Zusammenarbeitsverhältnissen bleiben wollen und nicht allzuviel Sinn darin sehen, neue Aktionsbündnisse aus dem Boden zu stampfen.''* Trotzdem wurde beschlossen, an diesen Kreis heranzutreten und eine gemeinsame Demo vorzuschlagen. Bereits seit längerem war tatsächlich zufällig für diesen Tag im Rahmen einer Friedenswoche vom Stadtjugendring und der kirchlichen Jugend eine Demonstration (allerdings nicht zum Schloßplatz) geplant, auf der auch Parolen der Zensur unterliegen sollen.

Ob es zu einer gemeinsamen Demonstration kommen wird, muß sich zeigen. Allerdings will der Initiativ-Kreis während der Vereidigung am Schloßplatz sein, um dafür zu sorgen, daß die Zuschauer dieses Spektakels nicht nur nationale Stimmungsmache erleben.

Am Vortag ist eine Diskussionsveranstaltung der Initiative geplant, *am 20.11., 19 Uhr Gaststätte ,,Friedenau'', Stuttgart Ost, Rotenbergstr. 127. Am 21.11. ist Treffpunkt der Musikpavillon am Schloßplatz um 15*

*denau'', Stuttgart Ost, Rotenbergstr. 127. Am 21.11. ist Treffpunkt der Musikpavillon am Schloßplatz um 15*

*Uhr.*

p.s.: die Grünen und ,,Ohne Rüstung leben'' sind aus der Initiative ausgestiegen und rufen zur Demonstration des Stadtjugendringes auf.

**KB-Gruppe Stuttgart** n

***

## Walldüren:

In der Wallfahrts- und Garnisonsstadt Walldürn (so das Ortsschild dieses 10.000-Einwohner-Städchens zwischen Mannheim und Würzburg) fand am 22.10. eine öffentliche Rekrutenvereidigung statt.

Begleitet von einem Hetzspalier ziehen 75 Antimilitaristen auf Initiative des Arbeitskreises Frieden zum Friedhof, um dort am Ehrenmal einen Kranz mit der Aufschrift ,,Nie wieder Krieg! Die Waffen nieder!'' niederzulegen.

**(Siehe dazu den lesenswerten Bericht in der „Neuen" vom 10.11.80)**

***

**Hamburg:**
15 Reservisten geben zum 25-jährigen Jubiläum der Bundeswehr ihre Verweigerung öffentlich bekannt:
*,,Wir wollen nicht ,,unsere'' Ölquellen am Persischen Golf verteidigen. Wir wollen weder für die NATO noch den Warschauer Pakt töten oder sterben, wir wollen überhaupt keinen Krieg''* (aus ihrer Erklärung, s. taz, 11.11.).

**Karlsruhe:**
In das Kreiswehrersatzamt flog zur Feier des Tages am 12.11. ein Brandsatz.

# Hätten wir nicht nach Nordhorn/Lingen aufrufen sollen?

**Eine Kritik am Aufruf und eine Antwort der AKW-Nein-Kommission**

**Liebe Genossinnen/Genossen!**

Anlaß dieser Kritik ist Euer Verhalten zur Demo gegen Rüstung und Atom am 25.10. in Lingen/Nordhorn.

Im AK 181 stand ein sehr sauberer Artikel über die Ereignisse und Ergebnisse des Vorbereitungstreffens vom 12./13.7. in Bonn, in dem Ihr im wesentlichen die Kritik der linken Anti-AKW-BI teiltet, die dazu führte, daß die anwesenden BIs am ersten Abend eine Erklärung verfaßten und am Morgen des zweiten Tages ihren Auszug erklärten. Tendenz dieses Artikels war es, das Vorgehen der BIs zu unterstützen. Dies gilt auch für die Nicht-Teilnahme in Lingen und die Konzentration auf eine Aktion in Kalkar am 13.9., die von der Landeskonferenz NRW vorbereitet werden sollte. Die wesentlichen Punkte der Erklärung waren:

— Kritik an der Vorgehensweise der Revis, was den Zeitpunkt der Lingen-Demo anging (nach den Wahlen).
— Die BIs wollten nicht Kulisse für eine reine Revi-Aktion sein.
— Für eine nationale Großdemo sei es zu früh, da das Thema in den Anti-AKW-Gruppen zu wenig diskutiert sei.
— Die Revis versuchten, die Kalkar-Aktion als Vorbereitung der Lingen-Demo herunterzuspielen, während es unser Anliegen war, sie als eigenständige Aktion anzulegen.
— Die BIs fühlten sich von den Revis, was Ort und Art der Oktober-Aktion betraf, überrollt.

Dies alles wurde von Euch so unterstützt.

Um so erstaunter waren viele AKW-Gegner/innen, als im AK 186 der KB eine überraschende Kehrtwende um 180 Grad vornahm und auf einmal die Lingen-Aktion doch für unterstützenswert befand und das Verhalten der BIs so qualifizierte: *„Bedauerlicherweise haben sich die linken Anti-AKW-BIs schon in der Vorbereitungsphase aus der Aktion herausgezogen."* (Der AK 186 liegt mir aufgrund eines kürzlich erfolgten Umzuges nach HH nicht vor, das Zitat ist also sinngemäß).

Nun habe ich nichts dagegen, wenn Menschen und Organisationen ihre Meinung ändern; das ist jedermenschs gutes Recht. Ich erwarte allerdings gerade von einer Organisation, daß sie dies dann auch begründet. Vor allem wenn sie, wie das beim KB der Fall ist, über einigen Einfluß in der Bewegung verfügt. Aber bedauerlicherweise sucht mensch im AK 186 danach vergeblich. Auch im AK 187, in dem Ihr zu der Demo in Lingen aufruft, erfährt mensch nicht, warum Ihr Eure Meinung zu dieser Aktion geändert habt.

Ich erwarte von Euch, daß Ihr — schon im eigenen Interesse — dazu Stellung nehmt. Denn gerade in der „Provinz" ist der AK eine Zeitung, die von vielen Aktivisten der BIs regelmäßig gelesen wird, die sich von solch einem Vorgehen verarscht und vor den Kopf gestoßen fühlen.

**Mit anarchistischen und atomfeindlichen Grüßen**

**Lutz**
**(ehemaliger Aktivist der BI Bonn)**

PS.: Die damals verabschiedete Erklärung sollte von der BUU Hamburg verschickt werden. Dies ist offenbar nicht geschehen. Frage: Hängt dies mit Eurer Kehrtwendung zusammen? Wenn ja, ist dies ein ziemliches Unding. Ich werde dies allerdings noch in der BUU ansprechen.

(Anm. AK: Die Erklärung ist wenige Tage nach dem Treffen von der BUU an die Hauptverteiler verschickt worden.)

***

**Lieber Lutz!**

Vielen Dank für Deinen Brief. Wir gehen davon aus, daß erhebliche Teile der Linken in den BIs Deine Meinung, nicht in Nordhorn/Lingen mitzudemonstrieren, teilen. Da es im Kreis der Organisatoren für die Zukunft Planungen für ähnliche Aktionen gibt, werden sich die Linken in den BIs auch im weiteren damit auseinanderzusetzen haben. Roland Vogt spricht sogar euphorisch von der *„Liaison von Ökologie- und Friedensbewegung"*, einem *„Unterfangen von historischer Tragweite"* (Interview in der „taz" vom 31.10.80). Bubenzer von der DFG/VK teilt zwar diese Absicht keineswegs, will aber auch zu bestimmten Friedensfragen (bei den Nachrüstungsbeschlüssen, bzw. weiteren Aufrüstungsschritten der NATO) in Zukunft erneut Bündnisse mit d e r (?) Ökologie-Bewegung schließen („taz"-Interview vom 24.10.80).

Doch nun zum Verhalten der ausgezogenen BIs bzw. unserer Position dazu. Vorweg: Du irrst in der Annahme, die BUU hätte die Erklärung zum Auszug einer Reihe von BI-Vertretern bei den Verhandlungen in Bonn (am 13.7.) nicht verschickt. Die BUU verschickte die Erklärung am 14.7. über ihren Verteiler, der Göttinger Arbeitskreis am 18.7.. Im Landeskonferenz-Info der BIs in NRW Nr. 20 vom 27.7. ist die Erklärung und der Brief der BUU abgedruckt. Richtig ist, daß die BI-Vertreter aus unterschiedlichen Motiven ausgezogen sind. Dies, weil sie auf den Verhandlungen nicht „Kulisse" für vorgefaßte Beschlüsse darstellen wollten. Bezeichnenderweise wird dies von Roland Vogt und Bubenzer in ihren „taz"-Interviews total umschifft, obwohl ständig von Zusammenarbeit d e r beiden Bewegungen (Ökologie- und Friedensbewegung) die Rede ist.

Aber ansonsten war auch Erstaunliches zu lesen: In der „taz" vom 15.7. wurde frei erfunden davon gesprochen, daß die BI-Vertreter ausgezogen seien, weil nicht die SS-20 bzw. die Atomanlagen im Osten kritisiert würden. Ähnlich blamabel argumentierten die Göttinger in ihrem „Offenen Brief", in dem sie ihre Nichtbeteiligung an der Aktion begründen. Neben den Vorgängen in Bonn wird behauptet: Der Aufruf für die Demo in Lingen verschweige *„die wichtigsten Ursachen und Hintergründe der zunehmenden Gefahr eines neuen Krieges. Er reduziert die Kriegsgefahr auf die allgemeine Aufrüstung, auf die Art der Waffen und eine nicht ausreichende 'Entspannungspolitik'"*. Das ist schlicht unsinnig: Im Aufruf kommt das Wort „Entspannung" gar nicht vor (!), im übrigen eine Tatsache, bei der ansonsten DKP-Kreise in aller Regel ein Bündnis platzen lassen würden!

Neben dem wahnwitzigen Wettrüsten in Ost und West und dem Rüstungsexport in die „Dritte Welt" heißt es im Aufruf, daß durch eine Besetzung der Ölfelder durch die „mobile Einsatztruppe" die Gefahr drohe, auch Europa in einen Krieg zu ziehen. Als „brisante" Forderung wollten die Göttinger laut ihrem Offenen Brief die Forderung „Abzug aller fremden Truppen aus der BRD" und „Auflösung von NATO und Warschauer Pakt" unbedingt vertreten sehen.

Das erscheint doch kaum eine derartige „Brisanz" zu besitzen, um damit ernsthaft eine Nichtbeteiligung in Nordhorn/Lingen zu begründen. Damit erleichtert man doch nur, daß sich Bubenzer im „taz"-Interview frech hinstellen und behaupten kann, bisher sei es nicht zu Bündnissen mit der AKW-Bewegung gekommen, weil *eher Kräfte aus dem Bereich der Neuen Linken ... auch bewußt nicht wollten, daß es zu einer Zusammenarbeit mit Gruppen der Friedensbewegung*" kommen würde. Andererseits ist dies auch eine dreiste Behauptung, wenn man weiß, daß noch vor wenigen Jahren auf KOFAZ-Demonstrationen Parolen gegen den Entspannungsschwindel aus dem Zug geprügelt wurden, oder hier in Hamburg die DKP-Kräfte schnell die Bildung eines örtlichen Bündnisses fallen ließen, nur damit der KB nicht mit unter einem solchen Aufruf steht.

Dein Vorwurf, daß der KB seine Meinung einfach geändert habe, beruht auf einem klaren „Mißverständnis". Wir haben jederzeit die Aktion der BIs unterstützt, die mit ihrem Auszug Manipulation und Machtpower der DKP-Mehrheit angeprangert haben, doch damit war für uns die Frage einer Beteiligung keineswegs gestorben. In dem Papier der Ausgezogenen BI-Vertreter heißt es dazu klipp und klar: *„Wir werden uns nicht aus der Diskussion ausklinken, im Gegenteil, wir werden sie jetzt erst richtig beginnen"*. Auf einem nationalen Treffen sollte die Frage atomare Gefahr und Kriegsgefahr diskutiert werden (wird jetzt Thema der Bundeskonferenz sein), örtlich *„sollte die Zusammenarbeit mit anderen Kräften gesucht werden, um auf gleichberechtigter Grundlage zu gemeinsamen Aktionen zu kommen"*, zudem wollte man sich an der Kalkar-Aktion beteiligen, bzw. dazu auf der Landeskonferenz in NRW am 10.8. diskutieren. Dies haben wir seinerzeit auch im AK dargestellt.

Vor dieser Landeskonferenz verschickte die BI Osnabrück, die ebenfalls in Bonn ausgezogen war, ein Schreiben, in dem noch vor der Demonstration in Lingen eine nationale Beratung der Anti-AKW-BIs gefordert wurde, *„damit so noch eine stärkere inhaltliche Beteiligung der BIs möglich wird und der Einfluß der DKP zurückgedrängt wird"*. Die Osnabrücker wiesen darauf hin, daß zumindest *„a l l e wesentlichen regionalen BI-Gruppen"* die Aktion mittragen würden. Die BI hat dann später zusätzlich mit einem eigenen Flugblatt (neben dem zentralen Aufruf) für Lingen mobilisiert.

Ansonsten war die Landeskonferenz in NRW ein Wasserschlag, was die gemeinsamen Beratungen anbelangt. Es waren überhaupt nur NRW-BIs und außerdem die BUU Hamburg anwesend, während alle übrigen gar nicht erschienen waren.

Die Mehrheit der BIs hat den Auszug in Bonn zum Anlaß genommen, sich überhaupt aus der Aktion rauszuhalten und die Hände in den Schoß zu legen. Nur wenige BIs — wie die BBA Bremen, die immerhin mit 800 Leuten zur Demonstration fuhr — haben sich dann überhaupt an der Aktion beteiligt, bzw. dazu aufgerufen.

D.h. wir halten selbstverständlich den Vorwurf aufrecht, daß sich die BIs nach ihrem demonstrativen Protestauszug in Bonn nicht stärker „eingeklinkt", sondern sich *„bedauerlicherweise ... herausgezogen"* haben (AK 186).

Im Endeffekt kommt ein solches Vorgehen lediglich den DKP-Kräften zugute, die groß vom Bündnis der Ökologie- mit der Friedensbewegung reden können, ohne von der so ungeliebten „Neuen Linken" überhaupt in die Auseinandersetzung gezwungen zu werden. Wir hatten gehofft, daß es gemäß der Auszugserklärung der BI-Vertreter zu einer gemeinsamen Diskussion, bzw. eventuell zu einem gemeinsamen Vorgehen kommen könnte. Als dies nicht der Fall war, haben wir dazu aufgerufen, örtlich gemeinsame Bündnisse dazu zu bilden.

**Ein Genosse**
**der AKW-Nein-Kommission**

# Eine Stellungnahme zum Antiimperialismus im KB

**Diesen Leserbrief hatten wir, Genossinnen der KB-Lesbengruppe, nach der Demonstration gegen die NATO-Herbstmanöver in Hildesheim geschrieben. Wir waren mit der Herangehensweise des KB an diese Demonstration nicht einverstanden und stellten unsere Position in dem Leserbrief zur Diskussion. Da wir in der ersten Fassung des Artikels mangels Information einige Dinge falsch oder unzureichend behandelt hatten, entschlossen wir uns zu einer Überarbeitung. Leider zog sich das ganze dann noch etwas länger hin, deswegen der komische Eindruck beim Lesen („zur Zeit läuft" statt lief etc.). Wir meinen, da es uns um grundsätzlichere Fragen geht, ist ein Abdruck dennoch sinnvoll.**

**Genossinnen der Lesbengruppe des KB**

Seit dem 3. September läuft in der BRD das bisher größte NATO-Manöver, bestehend aus:

– „Reforger 80": geübt wird der „Einsatz amerikanischer Truppen für den Ernstfall" in der BRD („BNN", 4.9.);
– „Sankt Georg": Korpsgefechtsübung des Heeres (Hessen);
– „Crusader/Reforger": englisch-amerikanisches Großmanöver verbunden mit dem Einsatz von Bundeswehrsoldaten (Raum Hildesheim).;
– „Certain Rampart": amerikanisch-kanadisch-deutsches Großmanöver in Bayern;
– „Cold Fire 80": NATO-Luftwaffenübung über ganz Mitteleuropa;
– „Teamwork 80": Kombinierte See-Land-Operation an der Nordflanke der NATO;
– „Crested Cap": 900 Soldaten der US-Luftwaffe überqueren im Non-Stop-Flug den Atlantik und landen in Ramstein in der Pfalz (da ist auch im Frühjahr das US-Kommando, das nach Iran geflogen ist, zwischengelandet).

Die BRD ist ja auch schon im Vietnamkrieg das Land gewesen, über das die USA ihren Nachschub organisiert haben, und für einen Krieg gegen den Nahen Osten würde das erst recht gelten: Unter der Überschrift *„NATO erörtert Flankenschutz für die USA – Bei militärischem Eingreifen Washingtons im Golfgebiet soll Verteidigung in Europa verstärkt werden"*, berichtete die „Süddeutsche Zeitung" – „SZ" vom 15.4., daß sich die Verteidigungsminister der EG und der USA einig sind über die Finanzierung zusätzlicher Waffen- und Munitionsdepots der USA in Europa. Auf derselben NATO-Konferenz wurde gefordert, *„die europäischen Alliierten der USA sollten ihre konventionellen Munitionsvorräte auf 30 Tage aufstocken und ihre Passagierluftflotten – namentlich genannt Lufthansa, Air France, British Airways – eventuell zum Transport amerikanischer Truppen nach Europa bereithalten"* („Spiegel" vom 21.4.).

Kurz vor Beginn des Manövers sind Pläne der US-Regierung für eine Invasion im Iran im Oktober aufgeflogen („SZ", 18.8.). Ebenfalls gleichzeitig wurde eine sogenannte „NATO-Feuerwehr" von 3.000 Mann an den Bosporus geschickt – eine Woche vor dem Putsch in der Türkei.

Geleitet wurde das Manöver vom US-Hauptquartier in Stuttgart, das auch schon für die Invasion in Shaba zuständig war.

Geübt wurde auch das *„Absetzen von amerikanischen Fallschirmjäger-Einheiten direkt auf dem Gefechtsfeld"* hier in der BRD („BNN", 19.8.) sowie die Versorgung von Verwundeten und der Einsatz kommerzieller Flugzeuge für Militärtransporte.

Außerdem war ein Bestandteil des Manövers die Übung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Militär.

Erstmals war auch die US-Nationalgarde im Einsatz (mit 3.000 Mann). Die US-Nationalgarde hat in den USA eine ähnliche Funktion wie hier der Bundes„grenz"schutz. D. h., die USA betrachten die BRD als ein Gebiet, innerhalb dessen sie i h r e Grenzen „verteidigen". Außerdem ist die Erprobung der Zusammenarbeit zwischen westdeutscher Polizei, NATO-Truppen und US-Nationalgarde natürlich die totale Bürgerkriegsübung.

Gleich zu Beginn von „Reforger 80" empfing der US-Kommandeur erstmal den stellvertretenden Generalbundesanwalt Kaul („BNN", 4.9.), d. h., es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der NATO und der politischen Justiz in der BRD, hergestellt über deren höchste Anklagebehörde, den „General"bundesanwalt und seinen Stellvertreter. In diesen Zusammenhang gehört auch, daß es einen Beschluß der NATO gibt (mit Zustimmung von Bundeskanzler Schmidt), daß im Kriegsfall notfalls in der BRD eine NATO-Regierung eingesetzt wird – falls wir jemals eine Regierung haben sollten, die sich den Kriegsplänen des US-Imperialismus widersetzt.

D. h., das diesjährige NATO-Manöver ist ganz offensichtlich und direkt Bestandteil der Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus gegen den Nahen Osten bzw. gegen die Länder dort, die sich für imperialistische Ziele nicht einspannen lassen, und beinhaltet sogar schon direkt die Vorbereitungen auf einen 3. Weltkrieg, der sich dann auch innerhalb der BRD abspielen würde – vorerst natürlich „nur" auf der Basis, daß die BRD das Hinterland für die Aggression des US-Imperialismus abgeben wird. Letztere hat bereits begonnen – entsprechend dem Konzept, nach einem „Deckplan" zu arbeiten, um *„die wahre Absicht zu verschleiern"* („SZ", 18.8.): mit den „kriegerischen Auseinandersetzungen" zwischen Irak und Iran. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" – „FAZ" vom 24.9. steht ganz offen, daß es dabei um die Zerschlagung der Errungenschaften der islamischen Revolution geht (Überschrift: *„Der Zerfall der iranischen Streitmacht ermutigt den Irak/Die Wirkungen der ‚Revolution'/Kriegsboote als Wohnschiffe"*), und daß es darum geht, wer den Weg zu den persischen Ölhäfen kontrolliert.

Davon ausgehend und angesichts – ganz aktuell – des Putsches in der Türkei müßte es doch eigentlich selbstverständlich sein, daß wir vom KB aus was gegen das Herbstmanöver und die Kriegsvorbereitungen organisieren.

Stattdessen haben wir erlebt, daß nicht nur vom KB aus nichts von selbst unternommen wurde, sondern daß auch für die Demonstration in Hildesheim (dem Schwerpunkt des NATO-Manövers) nicht mobilisiert wurde und daß auch vom Treffen antiimperialistischer Frauen in Hamburg sich die Frauen im KB wenig angesprochen fühlen – das alles, obwohl der KB in Hamburg eine Veranstaltung zum Putsch in der Türkei durchgeführt hat. Genauso wie der Leitartikel „BRD und NATO putschen in der Türkei" hätte auf der ersten Seite stehen müssen: „Kampf den Herbstmanövern", und darunter eine inhaltliche Untersuchung der Kriegspläne des Imperialismus, und daraus abgeleitet dann, welche Politik dagegen entwickelt werden muß!

Im Artikel zum Kongreß „Frauen gegen imperialistischen Krieg – Krieg den Palästen" kommt eine ziemliche Großkotzigkeit zum Ausdruck, indem gesagt wird, „neben ‚Counter'-Frauen" hätten sich auch Frauen vom KB beteiligt (eine!); auch in dem abqualifizierenden Begriff „Counter-Frauen" selbst drückt sich dies aus, womit ja diejenigen antiimperialistischen Frauen gemeint sind, die ihren Kampf hier in der BRD über den Kampf der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und über die Konzepte der NATO-Strategen dagegen definieren – mit dieser Position findet keine Auseinandersetzung statt.

Bezeichnend ist auch, daß die Berichterstattung über die Aktion gegen den Sexismus der „taz" fast einen größeren Raum einnimmt als die Berichterstattung über die Inhalte des Kongreßes, und die Genüßlichkeit, mit der sich über die Weigerung der „taz" ausgelassen wird, den Aufruf zum Frauentreffen und zur Hildesheimer Demonstration abzudrucken – im AK haben die Aufrufe auch nicht gestanden!

Der dickste Hammer kommt dann am Ende, wo die Verfasserin sich darüber beschwert, es sei ja gar nicht über das Thema des Kongresses, nämlich „Krieg", diskutiert worden, sondern stattdessen nur über „antiimperialistischen Kampf" – was heißt, daß die Verfasserin keinen Begriff von Antiimperialismus hat, sonst könnte sie nicht den Kampf gegen den Imperialismus und den Kampf gegen die aktuelle Kriegsgefahr gegeneinanderstellen: der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Wir möchten mit unserem Leserbrief die Diskussion über den antiimperialistischen Kampf anregen; wir halten es für dringend notwendig, daß innerhalb des gesamten KB eine Auseinandersetzung über die Aggressionen des US-Imperialismus gegen den Nahen Osten, über die aktuelle Kriegsgefahr und die Rolle der BRD dabei in Gang kommt. Wir haben diesen Leserbrief bewußt als KB-Lesbengruppe verfaßt, bewußt deshalb, weil wir insbesondere diskutieren möchten, welche Positionen und Inhalte **wir Frauen** zu der sich immer mehr zuspitzenden Lage haben, wie wir zu einem antiimperialistischen Frauenkampf kommen.

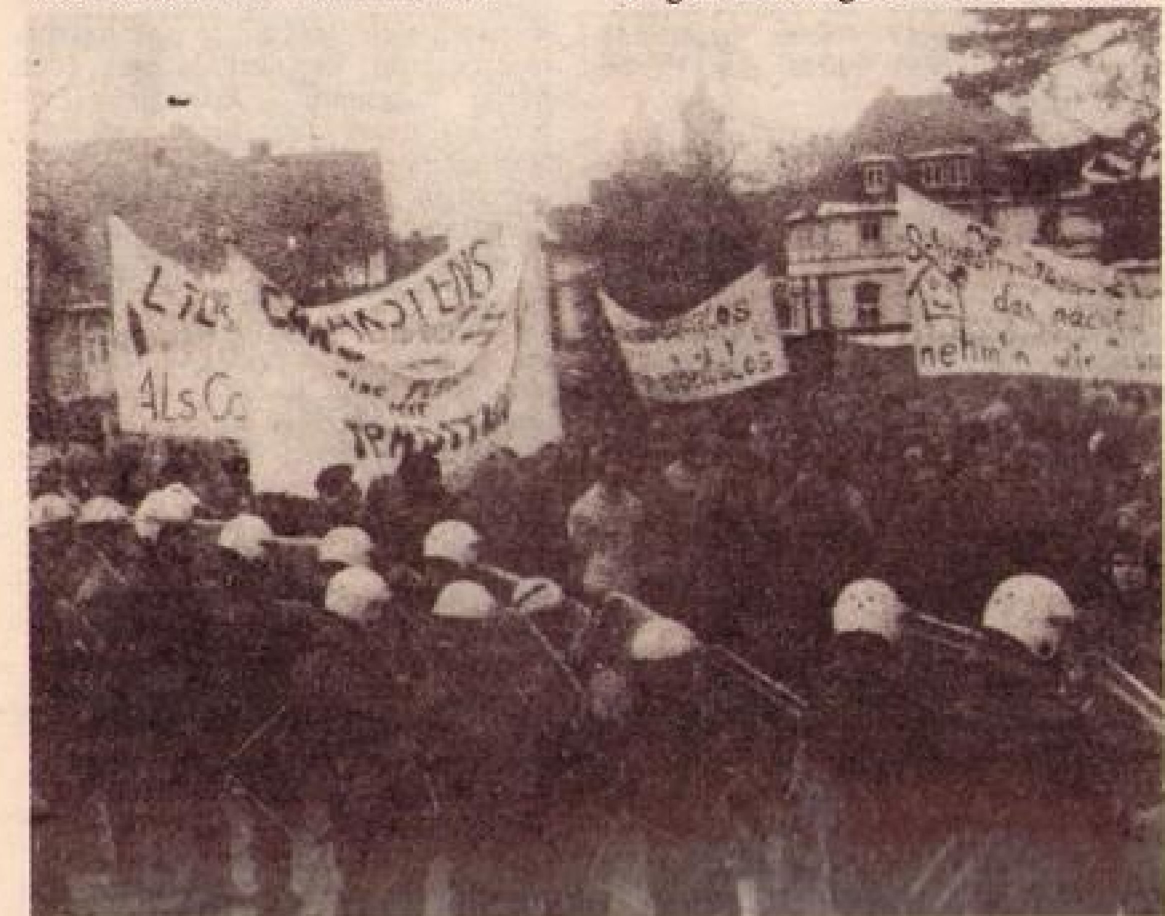
Wir wehren uns dagegen, daß wir Frauen uns darauf beschränken sollten, gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr zu kämpfen oder Friedensaufrufe zu verfassen. Wir wollen die sogenannte „große Politik" nicht länger den Männern überlassen! Genauso, wie wir im KB den Zusammenhang von Frauenunterdrückung und Kapitalismus in unsere Agitation einbeziehen, müssen wir uns erarbeiten, welche Zusammenhänge wir zum Imperialismus sehen und welche Rolle Frauen im antiimperialistischen Kampf spielen/spielen sollten!

Dieser Leserbrief soll Anregung für die Diskussion sein, d. h., daß wir unsere Gedanken/Positionen nicht als der Weisheit letzten Schluß begreifen und auch nicht vorhaben, die gesamte KB-Politik zu diesen Fragen auf den Müll zu werfen! In diesem Sinne ...

**Genossinnen der KB-Lesbengruppe**

# Bullenknüppel gegen Göttinger Häuserkämpfer

Anläßlich der Jahreshauptversammlung der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, ein Rüstungsforschungs- und Entwicklungsinstitut, zu dessen „Empfang" (das mag die Bedeutung dieser Anstalt unterstreichen) sich am 12.11. Alt-Nazi Carstens, Ministerpräsident E. Albrecht und Wissenschaftsminister Ede Pestel in Göttingen eingefunden hatten sowie anläßlich der am gleichen Tag beginnenden Prozesse gegen die Bewohner der „Inneren Medizin", die in der Folge der Kämpfe um die Augenklinik vor einem Jahr die „Innere Medizin" als Ausweichwohnraum erhalten hatten und denen inzwischen sämtlich gekündigt wurde, fand sich ein Demonstrationsbündnis gegen die eklatante Wohnungsnot in Göttingen zusammen, dessen Spektrum nahezu sämtliche linken Organisationen und verschiedene Initiativen umfaßte.



An der Demonstration beteiligten sich etwa 2.000 Personen. Vorbei an einigen leerstehenden, von einem massiven Bullenaufgebot „geschützten" Häusern, bewegte sich die Demonstration zur Stadthalle, dem Ort der „Feierlichkeiten", obwohl die ursprünglich geplante Demonstrationsroute kurzfristig verboten worden war und nur bis zum Markt führen durfte. Kurz vor der Stadthalle hinderten mehrere Polizeiketten die Demoteilnehmer am Besuch der „Feierlichkeiten". Empört und traurig bei solchen Anlässen als offenbar „nicht gesellschaftsfähig" zu gelten, machten einige ihrem Ärger darüber mit Knallern und Schneebällen Luft. Filmende Bullenspitzel mußten sich auch den einen oder anderen Farbbeutel gefallen lassen. Nach einer kurzen Abschlußkundgebung bewegte sich die Demo bereits zurück in die Innenstadt, als die Bullen begannen, den Schluß der Demo mit Knüppeleinsätzen anzugreifen, und damit die noch verbiebenen ca. 500 Menschen vor sich her trieben. Einige

damit die noch verbiebenen ca. 500 Menschen vor sich her trieben. Einige

wurden von den Bullen überrannt, in Hauseingänge Geflüchtete wurden z.T. niedergeknüppelt. Immer wieder setzten die Bullen den Demonstranten nach; ein geordneter Rückzug war kaum möglich, da nur sehr wenige entsprechend ausgerüstet waren, um die Demo vor den massiven Polizeiübergriffen, für die es übrigens nicht einmal einen scheinbaren Anlaß gab, zu schützen. Dennoch konnten durch entschlossenes Eingreifen Einzelner Festnahmen durch die Bullen zumindest während der Zeit der Auseinandersetzungen verhindert werden. Erst nach der Auflösung der Demo, die faktisch durch die Bullenknüppelei erfolgt war, wurden von Zivilbullen fünf Leute, die „so aussahen, als hätten sie dabeigewesen sein können" vorläufig festgenommen. Auf seiten der Demonstranten sind allerdings diverse Prellungen und einige Gehirnerschütterungen zu verzeichnen. Noch bis in die Abendstunden wurden Kneipen, Treffpunkte und Büros der Göttinger Linken überwacht, leerstehende Häuser durch Behelmte (wovor eigentlich?) „beschützt".

Neu, zumindest für Göttinger Verhältnisse, war der massive Polizeieinsatz (nicht nur die Präsenz), dessen einziges Ziel es war, eine sich bereits zurückziehende Demonstration zu zerschlagen, um damit die Auseinandersetzungen zu eskalieren.

Erfreulich ist allerdings, vermerken zu können, daß es bislang von keiner der am Bündnis beteiligten Organisationen, die im Göttinger Häuserkampf sonst schon fast üblichen Distanzierungen gegeben hat. Selbst die Grünen, auch am Bündnis beteiligt, fordern in einem Offenen Brief an Stadt und Polizei eine Erklärung zu den Polizeieinsätzen. Hoffen wir, daß es so bleibt!

Ein Genosse aus Göttingen

Ein Genosse aus Göttingen

# Presseerklärung/Info-Flugblatt

### Mieter helfen Mieter – Symbol

**In Hamburg gibt es eine neue Initiative: Mieterinitiativler, Mieter-Anwälte, Stadtplaner und andere engagierte Mietkämpfer gründeten „Mieter helfen Mietern e.V.", einen alternativen Mieterverein.**

**Wir arbeiten eng mit Hamburger Mieterinitiativen zusammen und wollen zur Organisierung der Mieter gegen die drückende Wohnungsnot beitragen:**

- **durch RECHTSBERATUNG für Mieter, Hausgemeinschaften und Initiativen**
- **durch INFORMATION und Untersuchungsarbeit zur Wohnungsnot, Stadtplanung, Sanierung, Mietentwicklung etc.**
- **durch Unterstützung von AKTIONEN von Hausgemeinschaften, Initiativen und Wohnungssuchenden.**

Schätzungsweise 90 000 Hamburger suchen zur Zeit eine Wohnung, darunter 50 000, die einen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben und 10 000 registrierte Wohnungsnotfälle. Wer eine Wohnung hat, ist ständig mit immer höheren Mieten und Umlagen konfrontiert, obwohl viele Häuser vergammeln, weil keine Instandsetzungen gemacht werden und die Hausbesitzer auf Modernisierungsgelder spekulieren. Immer mehr Häuser und noch billige Wohnungen werden Opfer der Sanierungspolitik, die viele Mieter an den Stadtrand vertreibt.

Der Senat denkt gar nicht daran, z.B. die Wohnraumzweckentfremdung gegen Büros und leerstehende Wohnungen anzuwenden und die „Wohnungspflege" entwickelt sich mehr und mehr zu einem Instrument der Hausbesitzer, um renitente Mieter rauszuwerfen.

Immer mehr Hamburger Mieter suchen daher Hilfe und Beratung bei Mieterinitiativen. „Mieter helfen Mietern" will dazu beitragen, zusammen mit den Initiativen fachkundige Beratung zu geben, mit dem Ziel, Mieter zur Selbsthilfe und zum Zusammenschluß zu veranlassen.

Aufgrund vieler schlechter Erfahrungen arbeiten wir nicht innerhalb des alteingesessenen Hamburger Mietervereins, dessen Strukturen derart verknöchert sind, daß eine aktive Mitarbeit gar nicht möglich ist. Abgesehen davon glauben wir nicht, daß der von ihm propagierte Partnerschaftsgedanke mit den Hausbesitzern den Mietern hilft.

Wer bei uns aktiv mitmachen will (z.B. bei der Beratung, bei der Büroarbeit oder unserer Zeitung): Wir treffen uns jeden Mittwoch, 20 Uhr in der Wohlwillstraße 18 (St. Pauli).

**Wer sich beraten lassen will, kommt am besten mittwochs zwischen 17.30 und 19.30 in die Wohlwillstraße 18; in Kürze werden wir auch Termine in anderen Stadtteilen bekanntgeben.**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich 5 Mark, eine Ermäßigung für Nicht-Berufstätige ist möglich. Der Mitgliedsbeitrag dient zur Finanzierung von Büro, Beratungs- und Infoarbeit.

**Mieter helfen Mietern**

# Freiburg: Probt die Polizei die Räumung?

Am Dienstag, den 11. November fand im Freiburger Stadtrat die entscheidende Sitzung zum Schwarzwaldhof (SWH) statt.

Schon Wochen vorher hatten wir im Häuserrat und auf den Plenen, die nun nach der versuchten Kriminalisierung gegen uns und nach den Hausdurchsuchungen regelmäßig von mindestens 200 Leuten besucht waren, darüber diskutiert, wie wir uns am 11. November, also am Tag der Stadtratssitzung, verhalten sollen. Nach den Diskussionen war klar, daß wir auf keinen Fall eine Demo in der Stadt machen werden, da mit einem großen Bullenaufgebot und Provokationen von den Bullen zu rechnen ist.

Durch ein Fest im SWH wollten wir die Stadtratssitzung würdig ignorieren.

So veranstalteten wir dann am Samstag vor der Stadtratssitzung einen Tag der offenen Tür, der mit über 1.000 Leuten wieder einmal gut besucht wurde und am Dienstag während der Stadtratssitzung fand eine weitere Fete im SWH nach einem großen Sonderplenum statt.

## Solidarisierung mit den SWH-Besetzern

Gegen die Kriminalisierung der Hausbesetzer kam eine breite Solidarisierung zustande, die vom normalen linken Spektrum wie KB, DKP usw. auch bis hin zu den Jusos, Jungdemokraten, Arbeitskreis Sozialdemokratischer Frauen, Schauspielern aus dem Stadttheater und der SPD-Gruppe Oberwiehre ging. Die Unterzeichner stellten fest: *„Mit der Abstempelung der SWH-Bewohner als ‚Kriminelle' oder gar ‚Terroristen' werden die politischen Probleme der Wohnungsnot und der Zerstörung von stadtnahem billigen Wohnraum nur zugeschüttet. Stattdessen wird mit der großangelegten Kriminalisierung der Besetzer in der Öffentlichkeit der Boden für die polizeiliche Räumung und den Abriß des Schwarzwaldhofes bereitet."* Sie forderten:

- *Keine Kriminalisierung der Schwarzwaldhof-Bewohner*
- *Einstellung der Ermittlungsverfahren*
- *Für den Erhalt des Schwarzwaldhofes!*

**Bezeichnend für die Politik der Grünen und Bunten in Freiburg ist, daß sie diese Erklärung nicht unterzeichnen konnten, die Bunten sogar meinten, daß sie sich noch mehr von den SWH-Besetzern distanzieren müßten!**

An die „breite" Öffentlichkeit wandten wir uns durch eine von uns fertiggestellte Zeitung, den „Schwarzwaldhof-Boten", der von uns in einer Auflage von 40.000 in ganz Freiburg verteilt wurde.

Wird geräumt, wird nicht ge-

## Wird geräumt, wird nicht geräumt und wenn, dann wann?

Nach den Hausdurchsuchungen, die ja abgelaufen waren, ohne die Altmieter zu stören, und die ja eigentlich eine Räumung hätte sein können, kamen auch die beliebten Räumungsgerüchte wieder auf. Argumente, die lange Zeit gegen eine Räumung sprachen, waren plötzlich nicht mehr gültig. Konnten die Bullen die Häuser zwar noch nicht abreißen, so können sie sie doch unbewohnbar machen, wobei schon ausreicht, wenn sie die Heizungen, den Strom und das Wasser zerstören bzw. abstellen. Ohne Strom und ohne Heizung wäre ein Verbleiben im SWH im Winter unmöglich! Und dann kam am 7. November auch noch ein Bebauungsplan ins Gespräch: *„In einer nicht öffentlichen Sitzung des Bauausschusses am Mittwoch kam ein am gleichen Tag eingegangener Bauantrag zur Sprache, nach dem die Freiburger „Alternativ-Baugesellschaft mbH" den mittleren Teil des Geländes mit 60 Wohnungen für Studenten bebauen will, wobei auch die Möglichkeit zur Bildung von Wohngemeinschaften berücksichtigt werden soll."* (BZ, 7.11.)

Dieser Bauantrag der „Alternativ-Baugesellschaft mbH", hinter der sich Gernot Lüwa, ein Mitglied der













„Grünen" und Makler versteckt, ist genau die Lösung, auf die die Stadt wahrscheinlich die ganze Zeit gewartet hat. Es ist ja auch bekannt, stand sogar in der BZ, daß dieser Bauantrag nach enger Absprache mit der Stadtverwaltung zustande kam. Mit diesem Antrag bietet sich der Stadt eine gute Argumentationsmöglichkeit: es werden billige Wohnungen gebaut, es ist Platz für Wohngemeinschaften und es ist alles „alternativ". Daß diese Wohnungen auf der einen Seite neben einer Tiefgarage und auf der anderen

nungen auf der einen Seite neben einer Tiefgarage und auf der anderen

Seite neben einem Appartmenthaus stehen, ist erstmal uninteressant.

Durch den Antrag bekamen die Räumungsgerüchte natürlich noch mehr Nahrung, zumal jetzt, wenn der Antrag genehmigt wird, abgerissen und vorher natürlich geräumt werden kann.

So begannen wir schon auf dem nächsten Plenum mit der Diskussion um den möglichen Widerstand. Telefonketten und Wachdienste wurden organisiert und ein gemeinsames Vorgehen beschlossen. (Kann ich natürlich hier nicht genau darlegen). Es ist aber klar, daß der Widerstand ähnlich ablaufen wird wie am Dreisam-Eck.

Wissen wir auch nicht, wann geräumt wird, so hatten wir doch beschlossen, uns auf eine Räumung einzustellen und uns auf den frühestmöglichen Räumungstermin vorzubereiten. So sind jetzt schon alle Vorbereitungen angelaufen.

## Der Tag der Stadtratssitzung: Freiburg wird wieder Bullenburg

Von unserer Seite aus wollten wir nur durch ein kleines Theaterstück, das die Abstimmung im Rathaus vor Beginn der Sitzung schon auf dem Rathausplatz vorwegnimmt, in der Stadt auftreten. Doch während wir noch bei der letzten Probe waren, kamen die ersten Horrormeldungen: So kam z.B. ein Autofahrer bei uns in der Villa vorbei und teilte uns mit, daß er aus Karlsruhe käme und er an 20 großen Mannschaftswagen der Bullen vorbeigefahren sei, die offensichtlich nach Freiburg wollten. Obwohl er eigentlich nicht nach Freiburg wollte, kam er extra, um uns zu warnen, vorbei.

Solche Meldungen kamen bis in den späten Nachmittag laufend. Und als wir gegen halb fünf unser Stück vor dem Rathaus spielten, da hatten wir die Einschätzung, daß sich ca. 1.000 Bullen aus ganz Baden-Württemberg wieder einmal in Freiburg befanden. Überall sah man Mannschaftswagen. An jeder Ecke. Ganz demonstrativ war die ganze Stadt umstellt und auch rund um den SWH standen sie in großen Mannschaftswagen Wache.

Doch für uns war dieser große Bullenaufwand auch gut. So viel Solidarität von Leuten, die man sonst selten oder gar nicht im SWH sieht, haben wir lange nicht gespürt. Durch dieses Verhalten der Leute wurde uns mal wieder klar, wie groß die Unterstützung eigentlich ist. Auf dem Sonderplenum um 19 Uhr waren ca. 400 Leute da, die mit uns über die Maßnahmen bei einer Räumung und die Widerstandmaßnahmen diskutierten, die sich an Wachdiensten und an der Telefonkette beteiligten.

## Abriß und Räumung sind jetzt jederzeit möglich

Nachdem am Dienstag der Stadtrat die Veränderungssperre (von der SPD gefordert) abgelehnt hat, ist eine Räumung möglich. Die Verwaltung hat jetzt die Entscheidung in der Hand. Stellt jetzt einer der alten Besitzer einen Räumungsantrag, werden die Bullen kommen, denn die politische Entscheidung, auf die die Bullen noch warteten, ist ja nun mit dieser Ablehnung im Stadtrat gefallen.

Die Sicherheit, die wir vor der Hausdurchsuchung noch hatten, ist jetzt zwar weg und eine Räumung jederzeit möglich, doch der Widerstand wächst. Wenn sich auf den nächsten Plenen wieder so viele Leute aktiv beteiligen, dann wird es – gleich was abläuft – nicht leicht für die Bullen, und Freiburg wird wieder heiße Tage erleben.

**Was immer auch geschieht:**
**DER HÄUSERKAMPF GEHT WEITER**
**Wilhelm Wild, Schwarzwaldhof**

## Richtigstellung:

**Die Überschrift des ersten Freiburger Häuserkampfartikels im letzten AK sollte eigentlich lauten „Chaoten fühlen sich in Freiburg pudelwohl" und somit als Zitat einer rechtsbürgerlichen Zeitung, dem Freiburger Wochenbericht, kenntlich gemacht werden. So könnte natürlich nur auf den ersten Blick der Eindruck entstehen, daß es sich bei dem Artikel um einen UZ-Artikel handelt, und das wäre doch sehr peinlich!**

# Rettet das Schröderstift!

Hand in Hand versuchen der Hamburger Senat, die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft SAGA, das Studentenwerk, uns, 120 Leute, auf die Straße zu setzen, eines der schönsten und ältesten Gebäude Hamburgs zu zerstören, das größte alternative Wohnmodell aus dem Stadtbild verschwinden zu lassen.

Weil angeblich 500.000 DM Renovierungskosten nicht aufzubringen sind, soll alles das, was von den Stiftlern in zehn Jahren aufgebaut worden ist, weg – sollen wir selber in Wohncontainern und Jugendherberge untergebracht werden. Dieselben Leute, die das planen und denen 500.000 DM zu viel erscheinen, finanzieren mit 40 bis 60 Millionen DM die Umgestaltung ihres Rathausplatzes.

Auf ein SAGA-Gutachten gestützt, wollen sie aufgrund des Paragraphs 3 des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (SOG 3 – „Gefahr für Leib und Leben im Verzug") räumen lassen, so daß wir jeden Tag damit rechnen müssen, daß Polizeitruppen auftauchen, die „unser Leben retten wollen!"

Uns geht es um den Erhalt der Gebäude und der dazugehörenden Grünfläche mitten in der Stadt. Wir wollen den Stift in eigener Trägerschaft vom Senat übernehmen, ähnlich den Ufa-Projekt-Leuten in Berlin.

Demgegenüber heißt die „Alternative" von oben: 500 Parkplätze, Betonsilos, Unmenschlichkeit.

Unterstützt uns mit Spenden (Postscheckkonto 296138-202) und Solidarität, d. h. eurem Erscheinen im Fall einer Räumung.

# Besetzt

**Bonn.** Am 23.10. besetzten einige der 1.500 wohnungssuchenden Studenten eines der über 50 leerstehenden Häuser in Bonn. Sofort anrükkende Polizei erzwang den Abbruch der Aktion.

**Marburg.** Mehr Erfolg hatten 30 Marburger Studenten, die mit der Besetzung eines seit Jahren leerstehenden Hauses von der Stadt und dem Studentenwerk die Zusicherung erhielten, daß das Haus renoviert und an Studenten vermietet wird.

**Stuttgart.** Aus ‚Notwehr' gegen die Wohnungsmisere besetzten 15 junge Leute das Haus Liststr. 29. Dies ist die dritte Hausbesetzung in Stuttgart in jüngster Zeit.

Nach der Devise: ‚Häuser sind zum Wohnen da' erstatteten die Besetzer Anzeige wegen Zweckentfremdung von Wohnraum, denn der Besitzer ließ das Haus vier Jahre leerstehen.

### Hausbesetzer verurteilt

**Frankfurt.** Bei der Räumung des besetzten Hauses Siesmeyerstr. 2 kam es am 30.8.80 zu einem brutalen Polizeieinsatz, der mit mehreren Verletzten und der Festnahme eines Hausbesetzers endete. Der Besetzer hatte nichts anderes versucht, als einen Freund vor prügelnden Bullen zu schützen.

Jetzt wurde ihm der kurze Prozeß gemacht: 9 Monate Knast mit 3 Jahren Bewährung!

**Wohnungs-Kommission**




# Hausbesetzung in Weingarten

Auch in Weingarten (30 km nördlich vom Bodensee) fand jetzt eine Hausbesetzung statt: 20 Leute besetzten in der Nacht zum Samstag (8.11.) ein seit über drei Jahren leerstehendes Haus, das früher dem französischen Militär gehörte. Eines von über 20 leerstehenden Häusern im Raum Ravensburg/Weingarten: und das bei über 2.000 Wohnungssuchenden! Zur Vorgeschichte gehört auch noch, daß trotz dieser katastrophalen Wohnungssituation das „VK", ein selbstverwaltetes Wohnheim, in dem Studenten, Lehrlinge etc. zusammen leben, im April geräumt werden muß.

Doch schon am Sonntag wurden die Besetzer, die frühestens am Montag mit Räumung gerechnet hatten, frühmorgens von den Bullen überrascht und gingen dann „freiwillig" mit den Bullen, die schon im Haus waren, wieder raus.

Dennoch hat sich die Besetzung gelohnt: Wie sogar die „Süddeutsche Zeitung" schrieb, fand die Aktion bei der Bevölkerung Unterstützung! Und so setzen jetzt, nach der Besetzung, Verhandlungen mit Stadt und Staat, die zum Stillstand gekommen waren, plötzlich wieder ein. Die Besetzer wollen weiter Dampf dahinter machen, daß das Haus und viele andere endlich wieder bewohnt werden können — wenn es sein muß, auch mit erneuter Besetzung!

Ein Sympathisant aus Oberschwaben

# Westberliner Mieter im Hungerstreik

Ende Oktober traten sechs Mieter aus dem Stadtteil Kreuzberg in den Hungerstreik. Sie protestieren damit gegen das Verhalten des Hausbesitzers, der seit Jahren das Haus Oppelner Straße 27 verkommen ließ, und jetzt das Vorderhaus modernisieren und das Hinterhaus abreißen lassen will. Das würde die Vertreibung der Mieter bedeuten, die in ihrem „Kiez" wohnen bleiben wollen.

Den nachfolgenden Protestbrief an Bausenator Harry Ristock (SPD) unterzeichneten u.a. über 50 Teilnehmer eines Kongresses für ökologische Altstadtpflege, der Ende Oktober in Westberlin stattfand.

*„Sechs Mitbürger befinden sich seit mehreren Tagen im Hungerstreik. Hungerstreik ist das letzte gewaltfreie Mittel der SCHWACHEN in unserer Gesellschaft. Wer zu diesem Mittel greift, muß verzweifelt sein. Er leidet dabei körperlich, er riskiert seine Gesundheit. Er muß damit rechnen, daß die SATTEN seine Lage nicht einmal nachempfinden.*

*Diese Bürger Berlins hungern, weil sie durch undemokratisch geplante Eingriffe in ihre Wohnsituation existentiell gefährdet sind. Statt der kostengünstigen sozialen Substanzerhaltung eines typischen Berliner Mietshauses sollen die Bewohner durch preistreibende Modernisierungsvorhaben verdrängt werden. Durch mißbräuchliche Auslegung »freien Unternehmertums« soll entgegen der Mehrheit der Mieter eine aufwendige bauliche Lösung erzwungen werden, die durch darauffolgende Mieterhöhungen einer Ausquartierung der wirtschaftlich schwachen Wohnbevölkerung gleichkäme.*

*Die vom 27.10. bis 31.10. in Berlin versammelten internationalen Experten für ökologische Altstadtpflege befürchten, daß das an sich richtige Prinzip der Stadterneuerung durch Rücksichtslosigkeiten dieser Art zum Deckmanten für gewinnorientierte Bauspekulanten pervertiert.*

*Geschehen solch undemokratische Härten mit Duldung eines anerkanntermaßen sozial gesinnten Senators und auf Betreiben eines Geschäftsmannes, der zugleich prominentes SPD-Mitglied ist, fragt die Öffentlichkeit mit Recht, was an diesem Vorgehen noch sozial oder gar demokratisch sei.*

*Zukunftsorientierte Stadtgestaltung für ein lebenswertes Berlin ist ohne Partizipation und Selbsthilfe der Wohnbevölkerung nicht denkbar — um so mehr, als die hier Betroffenen für den Fall einer vernünftigen Instansetzung das Angebot zu finanziellen Opfern und selbsttätiger Beteiligung an der Renovierung gemacht haben.*

*Die mit dem Fall konfrontierten Experten appellieren an Sie, Herr Ristock, als zuständigen Senator und an Sie, Herr Severin, als beteiligten Geschäftsmann, den Konflikt nicht durch mangelnde Gesprächsbereitschaft zu einem tragischen Ausgang zu eskalieren, und bieten nötigenfalls ihre Hilfe bei der Lösung an.*

Kontakt: Wiedemann, Firma Oekotop Paul-Lincke-Ufer41, Tel. 030/6215020

# Bericht aus Bonn: Neues vom Bundesvorstand der Grünen

**Weitere Programmdiskussion:**
Im letzten AK (S. 6) berichteten wir über den Beschluß des grünen Bundesvorstands, dem Bundeshauptausschuß eine **„Dezentralisierung und Verwissenschaftlichung"** der weiteren grünen Programmarbeit zu empfehlen. Der Vorstand sei *„der Meinung, daß es wenig sinnvoll wäre, das Saarbrücker Programm weiter textlich aufzuarbeiten. Die Programmarbeit sollte sich nach vorn an den nächsten Aufgaben orientieren, nicht nach hinten. Saarbrücken und Dortmund bleiben historische Bezugspunkte unserer Arbeit in aller ihrer Widersprüchlichkeit."* Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Wenn der Bundeshauptausschuß (tagt am 29./30.11. in Nürnberg), das höchste Gremium zwischen den Parteitagen, diesen Beschluß übernimmt (was so gut wie sicher ist), ist zu befürchten, daß das Saarbrücker Programm dann endgültig nicht mehr verbindliche politische Plattform, sondern nur noch „historischer Bezugspunkt" sein soll. Neuerdings ist auch wieder von einer *„neubesetzten und neukonzipierten Programmkommission"* die Rede.

**Wahlauswertung:** Die Bundesvorstandserklärung zum Wahlergebnis haben wir bereits in AK 188 (S. 6) dokumentiert. Inzwischen ist uns noch ein Positionspapier von Bettina Hoeltje (Bundesvorstandsmitglied aus Hamburg) bekannt geworden, in dem in enger Anlehnung an Stellungnahmen der linken Hamburger Grünen (vgl. AK 188, S. 6) eine klare antifaschistische und antimilitaristische Ausrichtung der grünen Politik gefordert wird.

**„Flügelkämpfe":** Bereits auf seiner Sitzung am Tag nach der Bundestagswahl am 6.10. hat der Bundesvorstand – zunächst in allgemeiner Form – über die weitere Orientierung der „Grünen" diskutiert. Hierzu einige Statements (zitiert nach dem Protokoll vom 6.10.).

Milan Horacek (Bundesgeschäftsstelle)*„gebraucht das Bild eines Vogels für die Grüne Partei: der Vogel war in der Vergangenheit nicht ausgewogen, der Mittelkörper war nicht da. Und ein Vogel braucht einen anständigen linken und einen anständigen rechten Flügel, um sich fortbewegen zu können. In der Vergangenheit war der rechte Flügel verkümmert, deshalb sei die Partei auch nicht vorangekommen."*

Helmut Lippelt: *„Er will einen ‚Aufstand der Mitte', eine ‚Politik aus der Mitte heraus'. Nicht nur die Frage stellen: wie halten wir es mit Gruhl, sondern an sämtliche Strömungen die Frage stellen, wie weiter. An der Verfestigung der Strömungen gehen wir kaputt. Die Strömungen müssen in*
*kaputt. Die Strömungen müssen in*
*Frage gestellt werden."*

Jan Kuhnert (Bundesgeschäftsstelle): *„Vom Bundesvorstand müßte der Rest des Jahres dazu genutzt werden, die Diskussion über die Flügel zu führen: auf Tagungen und Seminaren; die Gefahr, daß sich Strömungen verhärten, sehe er nicht."*

Erich Knapp: *„Begriffe links-rechts-Mitte sollte man nicht mehr verwenden, bis wir diese Begriffe kritisch hinterfragt haben. Die traditionelle Linke (Kommunisten, Sozialdemokraten) ist gescheitert. Eine echte Friedenspartei ist nicht möglich mit Gruhl, Gefahr von 2 Parteien müßte eingegangen werden."*

Roland Vogt (Gast): *„Der Versuch, das Gesamtspektrum zu versöhnen, kann dazu führen, daß sich Einzelpersonen abwenden. Zu den Stalinisten: Marco Panella habe zu ihm gesagt 'Ihr müßt sie schlagen'; auch wenn sich das nicht sehr gewaltfrei anhöre, er habe recht."*

Norbert Mann: *„Das Wahlergebnis habe gezeigt, daß wir mit einer Linkspartei nichts werden können. Die sog. Linken wären wieder – wie so oft – der großen Mutter SPD unter den Rock geschlüpft. Wir müssen mit allen Strömungen reden."*

Petra Kelly: „Sie fragt sich, wenn sie etwas vom 'Aufstand der Mitte' hört, was das soll, sie hätte die Erfahrung im Wahlkampf gemacht, daß sie von vielen Mittelkräften für ihre Äußerungen kritisiert wurde, die sie in der Friedensfrage getan hat. Es wurde ihre konsequente Haltung gegen die Bundeswehr und gegen die Nato kritisiert, man hätte zum Teil sogar verhindern wollen, daß sie die 'Friedenspolitik' der großen Parteien kritisiert."

Bettina Hoeltje: *„stellt vier Thesen auf: 1. ...(wie verhindern wir die ökologische und militärische Katastrophe?) dies kann nur durch eine breite Massenbewegung außerhalb der Parlamente erreicht werden... 2. im Parlament können wir eine solche Bewegung unterstützen, parlamentarischer Arm sein... 3. Es ist eine weitere Orientierung am alternativen und linken Protestpotential notwendig...* (Bettina nennt Jugend-, Frauen- und Anti-AKW-Bewegung; Anm. AK) **4. aus strategischen Gründen sind kompromißlose Aussagen z.B. in bezug auf Bundeswehr, Nato, profitorientierte Wirtschaft usw. notwendig...**

Otto Schily (Gast): **„will Bettinas Beitrag unterstützen und diesen erweitern um die Frage der Haltung der Grünen zum Faschismus... Hier hätte man die Position der Partei zugunsten von Flügeln (Milans Vogelbild) verunklart. Dies hätte der Partei nicht genützt."**

Christiane Schnappertz:*„Mit großen Teilen der GAZ und mit einem Teil der Linken kann man nicht mehr zusammenarbeiten: mit denjenigen Linken, die die Grünen zum Sprungbrett benutzen wollen, eine sozialistische Partei aufzubauen, diese Leute seien nicht mehr lernfähig".*

Lukas Beckmann (Bundesgeschäftsstelle): *„Wir wollen die Einheit erhalten. Nur welche Qualität soll diese Einheit haben? Die Vorstellungen von Erich, Petra, Otto und auch Bettina von dieser Einheit widersprechen dem ökologischen Gedanken, wir müssen ein neues Verständnis von Einheit erreichen: wir müssen uns darüber einig sein, daß es in dieser Partei unterschiedliche Meinungen geben muß".*

Nach diesem Beitrag vermerkt das Protokoll: *„Zunächst Abbruch der Diskussion, aber einhellige Meinung, daß wir hier weiterdiskutieren müssen".*

### Ausschluß der „Gruppe Z"?

Die Diskussion wurde am 18./19.10. weitergeführt und konkret auf die Problematik der „Gruppe Z" (vom KB abgespaltene Gruppe in der Grünen Partei) zugespitzt. Anlaß war der Brief von vier Landesvorstandsmitgliedern aus Schleswig-Holstein zur angeblichen *„Majorisierung"* des dortigen Landesverbandes durch die „Z"-Gruppe (vgl. AK 188, S.7).

Helmut Lippelt eröffnete die Debatte, indem er die Forderung der vier schleswig-holsteinischen Vorstandsmitglieder übernahm: Die „Z"-Gruppe solle „ihre Strukturen öffnen", d.h. generell Mitglieder der Grünen auf allen „Z"-Terminen zulassen: *„H. Lippelt ist der Ansicht, daß sich GAZ und Z-Fraktion spiegelbildlich ähneln. (Die einen boykottieren das Saarbrücker Programm, die anderen die Wahl-*
*Programm, die anderen die Wahl-*
*plattform). Er beantragt eine generelle Offenheit der Strukturen von Organisationen, die in den Grünen arbeiten".* (Zitat – wie alle folgenden – entnommen dem Protokoll vom 18./19.10).

*„Bettina Hoeltje charakterisiert die Z als politisch eigenständige Gruppe innerhalb der Linken, von der ein Teil der Mitglieder bei den Grünen arbeitet. Sie betont, daß deshalb die Z-Gruppe sich nicht in die Grünen auflösen kann. Sie weist darauf hin, daß es kaum eine Gruppierung bei den Grünen gibt, die so offen wie die Z-Gruppe über ihre eigenen Vorstellungen hinsichtlich der Grünen immer wieder Rechenschaft abgelegt habe".*

*„R. Stolz wendet sich dagegen, ein Problem, das auf Landesebene besteht, von oben herab durch den Bundesvorstand zu lösen. Er geht davon aus, daß die Basis der Grünen verbreitert werden muß und nicht durch administrative Maßnahmen verengt werden sollte."*

„N. Mann sieht eine zu weite Öffnung nach links. Schon der alte Bundesvorstand habe diesen Fehler gemacht. Weil die basisdemokratische Struktur bei der Z-Gruppe nicht gegeben ist, kann eine Mitgliedschaft bei ihr mit der Mitgliedschaft bei den Grünen unvereinbar werden, wenn sich dies nicht ändert."

*„D. Burgmann betont, daß er von einem Lernprozeß bei ‚Rechten' und ‚Linken' und von einem neuen Anfang ausgeht, und spricht sich gegen die Aussage ‚die Basis der Grünen ist zu breit' aus. In Schleswig-Holstein und Hamburg sieht er eine Bedrohung der Offenheit und des Pluralismus bei den Grünen.. Wir sollten für größte Offenheit eintreten und die inhaltliche Klärung weiter vorantreiben".*

*„L. Beckmann sieht eine Schmälerung der Basis der Grünen durch ein inhaltlich zu breites Spektrum".* Er stellt folgenden Antrag: **„.... wegen ganz wesentlicher inhaltlicher und struktureller Differenzen zu den Grünen (Wachstum, Basisdemokratie und demokratischer Zentralismus) sollten gegenüber der Z-Gruppe Konsequenzen gezogen werden. Die Mitgliedschaft derjenigen Mitglieder, die gleichzeitig Mitglieder der Z und des KB's sind, soll ruhen, bis eine Klärung der personellen Strukturen, Entscheidungsstrukturen und inhaltliche Differenzen zwischen Z bzw. KB einerseits und Grünen andererseits erreicht ist".** Unterstützt wurde dieser Antrag im Folgenden von Milan Horacek, Helmut Lippelt, Ursula Alverdes und Hannelore Saibold; eindeutig dagegen wandten sich Rolf Stolz und Bettina Hoeltje, mit Einschränkungen auch Dieter Burgmann (*„Inhaltliche Probleme können nicht durch personelle Maßnahmen gelöst werden"*). Auf Intervention von Norbert Mann und Christiane Schnappertz, die eine Beurlaubung von Z- und KB-Mitgliedern bei den Grünen *„gegenwärtig für falsch"* halten, zog Beckmann seinen Antrag zurück. Danach begann die Suche nach Kompromissen; verschiedene Anträge wurden gestellt; Einrichtung einer Kommission, die die Lage im Norden untersuchen soll; von allen Gruppierungen bei den Grünen sollten bis zur Bundeshauptausschußsitzung Stellungnahmen zu ihren weiteren Plänen eingeholt werden u.ä.

Am nächsten Tag wurden zum Komplex „Z-Unterwanderung" drei Beschlüsse gefaßt:

1. *„D. Burgmann schlägt einen Antrag vor, der durch Formulierungen von B. Hoeltje ergänzt wird. Der Antrag lautet:* **Der Bundesvorstand beschließt, damit sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Grünen entwickeln kann, die Gruppierungen innerhalb oder am Rande der Grünen aufzufordern, bis zur nächsten BHA-Sitzung ihre Vorstellungen von der Perspektive der grünen Partei und ihrer eigenen Rolle innerhalb der Grünen sowie die Strukturen und Finanzgrundlagen ihrer Organisation offenzulegen** *(einstimmig angenommen)".*
2. **„Der BV hat den Brief von vier Vorstandsmitgliedern aus Schleswig-Holstein erhalten und begonnen, darüber zu diskutieren. Er hält die darin vorgebrachten Vorwürfe für so schwerwiegend, daß er dem nächsten BHA empfiehlt, sich damit zu befassen"** (Antrag Norbert Mann; ebenfalls einstimmig angenommen).
3. Im Sinne eines „Meinungsbildes" wird schließlich noch ein Antrag von Rolf Stolz beschlossen, der sich gegen *„organisatorisch-administrative Maßnahmen"* ausspricht und die
*Maßnahmen"* ausspricht und die
Notwendigkeit eines langfristigen *„politischen Klärungs- und Lernprozesses"* betont (eine Enthaltung).

### „Kampf zweier Linien" in der Friedenspolitik

Der Streit über „Aufstand der Mitte" kontra „Z-Unterwanderung" nahm auf den beiden Bundesvorstandssitzungen im Oktober einen auffallend breiten Raum ein. Kontrovers ging es allerdings auch in der Friedensfrage zu. Dazu wieder einige Protokollauszüge (vom 18./19.10.):

**„Christiane Schnappertz stellt die Frage nach der Vermittelbarkeit unserer Vorstellung und Ziele... Sie hält es für notwendig, bestimmte Bestandteile, die nicht vermittelbar sind, herauszunehmen aus dem Programm (z.B. Austritt aus der Nato). Für viele bedeutet die Nato eine Schutzmacht, da wir Frieden haben. Sie stellen daher die Frage, wieso Abschaffung der Nato?"** Ähnlich Milan Horacek: **„Solange man nicht sagen könne, was wir statt der Nato anbieten wollen, sollten wir auf die Austritts-Forderung verzichten".** Zu den Kritikern des Saarbrücker Friedensprogrammteils gehört allem Anschein nach auch Norbert Mann. Bei der Diskussion über eine von Dieter Burgmann entworfene Presseerklärung zum Verhältnis BRD/DDR äußerte Mann – ebenso wie Christiane Schnappertz – *„Bedenken": „N. Mann hält aus eigener Betroffenheit, da er beim Tode eines Verwandten nicht in die DDR einreisen durfte, deutliche Gegenmaßnahmen der Bundesregierung für notwendig".* Eindeutig anti-militaristisch argumentierten dagegen Petra Kelly, Rolf Stolz, Bettina Hoeltje und Erich Knapp; letzterer forderte auch aus

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Gründen einer eindeutig „Nato-feindlichen" Politik organisatorische Konsequenzen: *„Die Grünen können nicht länger die Kompromisse, die in der Friedensfrage geschlossen worden sind, tragen. Vor allem den Kompromiß in puncto Nato, dieser sei der GAZ zuliebe und den Stalinisten der 99er Gruppe* (Gruppe aus der aufgelösten „KPD") *zuliebe geschlossen worden, damit müsse jetzt Schluß sein, um in der Friedensfrage glaubwürdig zu sein. Mit diesen beiden Gruppen könne es keine Zusammenarbeit mehr geben, diese müßten raus".*

Noch ein Nachtrag (war thematisch nirgendwo unterzubringen, weil sozusagen etwas aus dem Rahmen fallend): Roland Vogt kritisierte auf der Vorstandssitzung am 6.10. den Hamburger Wahlkampf, insbesondere den schwulen Spitzenkandidaten Corny Littmann: *„Homosexuelle sollen ruhig an die Spitze einer Liste, aber nicht speziell als Homosexuelle, sondern in ihrer politischen Gesamtqualität. Vergleich mit England: dort werde allgemein akzeptiert, daß Heath als Homosexueller gilt, auch Thorpe, das sei kein Problem, weil sie als Politiker agieren".*

## »Grüne Hose überm roten Arsch«

Holger Strohm macht wieder von sich reden! Der ehemalige Spitzenkandidat der Bunten Liste, der sich kurz nach der Hamburger Bürgerschaftswahl 78 mit wilden Geschichten über die Politik des KB (Tenor: *„verhindern, daß der KB nun auch die Bunte Liste für seine konspirative Arbeit vereinnahmt"*) aus dem Hamburger Initiativenbündnis verabschiedet hatte, hat wieder die politische Bühne betreten. In einem sechsseitigen Papier mit dem Titel „Grüne Hose überm roten Arsch" fordert er den Ausschluß „des KB" (gemeint ist vor allem die Z-Gruppe) aus der grünen Partei. Dieses Papier vom Juli dieses Jahres – interessanterweise mit dem Eingangsstempel der grünen Bundesgeschäftsstelle vom 6. Oktober, also ein Tag nach der Bundestagswahl – wird von eben dieser Bundesgeschäftsstelle zusammen mit anderem „Material" zur Vorbereitung der Bundeshauptausschußsitzung Ende November verschickt: dort soll u.a. die „Majorisierungspolitik" der Z-Gruppe in Schleswig-Holstein und ihr zentralistischer, „dem Gebot der Basisdemokratie widersprechender Organisationsaufbau" verhandelt werden (vgl. dazu AK 188, S. 7). Vor
der Darstellung von Strohms neue-
werden (vgl. dazu AK 188, S. 7). Vor
der Darstellung von Strohms neuesten „Enthüllungen" über die Arbeitsweise von KB und Z-Gruppe zunächst ein kurzer Rückblick auf sein bisheriges Wirken vor und hinter den Kulissen der alternativen Wahlbewegung:

– Nachdem Strohm schon im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf öffentlich eine Reihe sehr eigenwilliger Statements im Namen der Bunten Liste abgegeben hatte (u.a. die BULI hätte 20.000 Mitglieder, der KB wäre dort nur eine Randerscheinung, das BULI-Programm sei ein „menschliches", kein politisches Programm u.ä.), stellte er am 4.7.78 ein Ultimatum: die *„Majorisierungsversuche des KB"* müßten gestoppt werden; er werde sich für drei Monate aus der Arbeit zurückziehen und dann sehen, ob der KB sich gebessert habe. Die Springer-Presse griff die *„Warnung vor den Roten"* begierig auf, Strohm selbst lieferte in einem Rundfunk-Interview eine besonders originelle Begründung für den Erfolg der „KB-Machtpolitik": der unermüdliche Fleiß der KB-Mitglieder, ihre ständige Bereitschaft, unangenehme Arbeiten zu übernehmen.

– Zwei Wochen vor Ablauf seiner Drei-Monate-Frist versorgte Strohm die Presse mit neuen „Enthüllungen" über die „Unterwandertätigkeit" des KB – Strohms Beitrag zur Landtagswahl in Hessen am 8.10.78 (Kandidatur der GAZ gegen die GLH), den die „Zeit" (29.9.) mit folgenden Worten würdigte: *„Der Hamburger Streit findet Beachtung in der ganzen Bundesrepublik, weil er modellhaft eine überall wichtige Frage beantworten wird: Wie weit lassen sich Kommunisten in ein Bündnis der Umweltschützer einbinden? Kann man sich darauf verlassen, daß sie ihre Parteiziele den Entscheidungen der ‚Grünen' unterordnen?".*

– Strohms Versuch, Ende '79 bei den sich gründenden Hamburger Grünen Fuß zu fassen, mußte scheitern: die Zentrumsfraktion aus dem KB war bereits zur Stelle. Strohm verlegte sich wieder auf die Pressepolitik: als in den Wochen vor dem Karlsruher Gründungsparteitag der Grünen die Kampagne gegen die „Doppelmitgliedschaft", gegen den „roten Spaltpilz" etc. auf Hochtouren lief, war er dabei. Das „Hamburger Abendblatt" brachte aus gegebenem Anlaß eine Neuauflage der alten Majorisierungsgeschichte: *„Die ‚Grünen' wehren sich verzweifelt gegen eine kommunistische Umklammerung. Bei den ‚Bunten' in Hamburg dagegen hat der Kommunistische Bund die Zügel so straff in die Hand genommen, daß ihr Spitzenkandidat von 1978, Holger Strohm, Ende letzten Jahres von der Fahne eilte. Jetzt gehört er zu den Delegierten der ‚Grünen' für Karlsruhe. Seitdem, so hofft man bei den ‚Grünen', herrscht allmählich mehr Klarheit".* („HA", 10.1.80)

### „Grüne Hose..."

Strohms neuestes Werk „Grüne Hose überm roten Arsch – oder wie man lernt zu resignieren" enthält im ersten Teil wenig Neues. Interessant ist höchstens der Hinweis, daß er sich als Sozialist betrachtet. Ansonsten werden nur die alten Erklärungen und „Enthüllungen" referiert. Als „Dokument" enthält das Papier einen Brief von Strohm an den BULI-Vorstand (Datum: 24.11.78) zu einer heute zweieinhalb Jahre zurückliegenden „T-Shirt-Affäre": Strohm hatte damals eigenmächtig einen größeren Posten Bunte-Liste-T-Shirts geordert, die teilweise bis heute nicht verkauft werden konnten. In dem Brief bestreitet er das; Belege werden nicht geliefert; natürlich auch nicht für Strohms nicht mehr neue Behauptung, „KB-Schlägertrupps" hätten versucht, ihn zu verprügeln (wie konnten diese Versuche vereitelt werden?). Eine besondere Dreistigkeit ist, daß Strohm sich bei seinen Horrorgeschichten auf die von ihm selbst „informierte" Presse beruft.
Horrorgeschichten auf die von ihm
selbst „informierte" Presse beruft.
Zur Erhärtung seines Vorwurfs, der KB habe in Hamburg „Briefkasten-BIs" gegründet, um 70 zusätzliche Bunte-Liste-Delegierte zu bekommen, zitiert er die von ihm informierte „Zeit", die seine Erzählungen in indirekter Rede brachte.

Aufschlußreich in Bezug auf das Strohmsche Weltbild sind insbesondere seine Ausführungen zur neueren Geschichte des KB. Originalzitate (garantiert keine Satire!): *„Auch die Spaltung des KB erscheint mir als Manöver. Denn zwischen den KB-Leuten, die den Grünen formell beigetreten waren, und denen, die beim Gründungsparteitag in Karlsruhe auf der Empore zuschauen mußten, waren keine Unterschiede zu erkennen. Es gab eine ständige Absprache über Anträge und Resolutionen." (...) „Als ich in Karlsruhe vermittelnde Vorschläge zum Problem der Doppelmitgliedschaft machen wollte, kam ich gar nicht erst ans Mikrophon. Jürgen Reents schaffte es durch Tricks mit der Rednerliste, die rechten Grünen von seinen Leuten so provozieren zu lassen, daß der KB eine schlimme Abstimmungsniederlage erfuhr. Ich behaupte, daß diese Niederlage von Reents gewünscht war, damit die gesamte Linke auf dem Parteitag sich solidarisierte ... Die Linken fühlten sich nach der Abstimmungsniederlage insgesamt betroffen. Die Drohung der Verhinderung einer Parteigründung zwang die konservativen Grünen zum Nachgeben."*

Des weiteren „enthüllte" Strohm, daß er auch in Saarbrücken von der Rednerliste gestrichen wurde, und kommt dann zum Finale: *„Meine Prophezeiung heute: die KBler werden die Grünen kaputt machen, wenn sie nicht ausgeschlossen werden. Und die Grünen werden diesen Schritt machen müssen, wenn sie glaubwürdig bleiben wollen!"*

Mit dieser Position befindet „Sozialist" Strohm sich zur Zeit auf dem äußerst rechten Flügel der grünen Partei. Daß die von ihm vorgeschlagene Radikalkur („alle ausschließen") gegenwärtig kaum mehrheitsfähig sein dürfte, liegt auf der Hand. Den grünen „Zeitgeist" hat Strohm dennoch getroffen: den Strategen der gegenwärtig wieder neu angelaufenen innerparteilichen anti-kommunistischen Kampagne kommen Strohms Märchen gerade recht. Daß diese Phantasieprodukte als „wichtige Dokumente" von der Bundesgeschäftsstelle zentral verschickt werden und offenbar auf der Bundeshauptausschußsitzung ernsthaft diskutiert werden sollen, zeigt, welcher „alternativer partnerschaftliche Stil" (den die Grünen ausgerechnet in Abgrenzung zu den „verbissenen" traditionellen Linken für sich beanspruchen) in dieser Partei praktiziert wird.

## Letzte Meldung von der grünen Front

Inzwischen hat die Z-Gruppe zum Majorisierungsvorwurf der vier schleswig-holsteinischen Landesvorstandsmitglieder offiziell Stellung genommen.

In einem zwölfseitigen Papier „Zum Streit im Landesverband SH und zum Selbstverständnis der ‚Z'" weist Uta Wilke die Vorwürfe in teilweise sehr scharfer Form zurück (*„der BILD-Zeitung und ähnlichen Positionen der Herrschenden in diesem Lande entliehen"*). Sie hebt stattdessen das Engagement der schleswig-holsteinischen Z-Mitglieder im Bundestagswahlkampf und bei der innerparteilichen politischen Diskussion hervor. Zur Struktur der Z heißt es in ihrem Papier u.a.: *„Das Selbstverständnis sog. ‚K-Gruppen', mit Avantgarde-Ansprüchen, Leitungsstrukturen von oben nach unten und dergl. mehr lehnen wir für uns ab."*

Eine Auflösung der Z-Gruppe komme allerdings nicht in Betracht, u.a. wegen der *„theoretischen und analytischen Anstrengungen"* der Z, die *„nur auf Basis gemeinsamer Anschauungen und eines gemeinsam erarbeiteten Wissenstandes sowie gemeinsamer Zielvorstellungen zu leisten sind und auch nur mittels unserer gemeinsamen Organisierung praktische Relevanz erlangen können."* Ebenso wird die Forderung abgelehnt, sämtliche Z-Termine generell für Mitglieder der Grünen zu öffnen: *„Neugierde und Klatschsucht sind zwar anerkannte menschliche Eigenschaften; sie sollten indes im politischen Bereich nicht allzusehr 'ausufern."*

Auf einem von Jürgen Reents (Z) und Michael Merkel (AStA Uni Bochum, Basisgruppen) einberufenen Treffen linker Grüner am Rande des Bielefelder Kongresses sollten Gegenmaßnahmen der Linken gegen die grüne Unvereinbarkeitspolitik diskutiert und festgelegt werden.

Dazu kam es allerdings nicht. Von den anwesenden Mitgliedern der „Basisdemokratischen Undogmatischen Sozialisten" (BUS), insbesondere dem grünen Bundespressesprecher Jan Kunert, wurde jegliche Solidarität mit der Z-Gruppe verweigert. Jan Kunert war auf mehrere Nachfragen gerade noch zu der Aussage zu bewegen, er sei zwar gegen den Ausschluß der Z-Gruppe, aber für eine scharfe Kritik an der Z-Politik: die Z-Gruppe müsse unter Druck gesetzt und zur Änderung ihrer Linie gezwungen werden. Welche Änderungen Kunert und „Genossen" dabei im Sinn haben, geht aus dem neuesten „BUS-Rundbrief" hervor, der fast ausschließlich Polemiken gegen die Z zum Inhalt hat (z.B. zur Z-Politik in Hamburg, zur Selbstkritik von Jürgen Reents am opportunistischen Kurs der linken Grünen vor dem Dortmunder Parteitag). Die Position der BUS zu den Ausschlußanträgen gegen die Z unterscheidet sich in nichts von der Position, wie sie z.B. vom Landesvorstand und den BHA-Mitgliedern in Niedersachsen formuliert worden ist. Die Niedersachsen sprechen sich ebenfalls gegen administrative Maßnahmen aus, halten aber fest: *„Weder die ‚Z-Fraktion' noch die ‚AGÖP-Fraktion' kann mehr sein als eine diskussionswürdige Kleingruppe. Nach den uns vorliegenden Informationen verstößt z.B. das Verhalten der ‚AGÖP'* (Mitglieder der Grünen von dem Treffen in Ottersberg am 28.9.80 auszuschließen) *sowie das Verhalten der ‚Z-Fraktion' in Schleswig-Holstein* (siehe Brief von Anke Burmester u.a. vom 15.10.80) *gegen unser Verständnis von Basisdemokratie. Jeder, der versucht, seine Positionen undemokratisch durchzusetzen, sollte selbst daraus die Konsequenzen ziehen. Darüber hinaus haben wir alle gemeinsam zu klären, was wir unter ‚Basisdemokratie' verstehen und wie wir diesem Anspruch auf allen Ebenen gerecht werden können."*

Auf dem Bielefelder „Linken-Treffen" sprach eine Z-Vertreterin von einem bevorstehenden *„Schlachtfest"* gegen die Z auf der BHA-Sitzung. So, wie die Dinge stehen, ist das wohl realistisch.

## Neue Beschwerde über die Z

In einem Schreiben (datiert vom 2.11.) wenden sich drei Grüne aus dem Kreisverband Storman (in Schleswig-Holstein), darunter der KV-Vorsitzende Janson, an den Bundesvorstand, alle Landes- und Kreisverbände in Schleswig-Holstein. Sie erklären, die Z habe auf der KV-Sitzung am 20.10. sowohl bei den Vorstands-Nachwahlen als auch bei der Delegiertenwahl für den Landesparteitag die Abstimmung *„offensichtlich ... gelenkt"*, sodaß die mit *„ca. 45 % vertretene Gruppierung der ökologischen Sozialisten planmäßig überstimmt"* wurde. Die Z-Gruppe habe damit gegen den „Geist" der Satzung (Empfehlung des Minderheitenschutzes) verstoßen. Ein Z-Mitglied habe *„sinngemäß"* nach der Stizung ihren Streich gegen die „Sozialisten" so erklärt: *„Unter den besonderen Umständen der nächsten Landesversammlung mußten wir so handeln, wir sind doch keine Selbstmörder".* Die Schreiber wollen sich angeblich nicht in die *„inneren Angelegenheiten"* der Z einmischen, aber fordern dennoch die *„Offenlegung der Strukturen, politischen Ziele und Wege zur Erreichung dieses Zieles"* seitens der Z; sie habe *„ihren Status als Partei in der Partei endlich zu beenden".*

## Rückzug der AL-Westberlin aus der Grünen Partei?

Kaum zu glauben, aber wahr: derzeit kommt es zu 'klammheimlichen' Massenaustritten der AL-Mitglieder/innen aus den „Grünen"! Formaler Grund ist, daß 83% aller AL-„Grünen" seit ihrem Eintritt in die Grüne Partei keinen Beitrag gezahlt hatten – so jedenfalls beklagt das der grüne Landesvorstand. Am 20.10. wurde allen Nichtzahlern angedroht, sie nach 4 Wochen aus der Kartei zu streichen. Für die Westberliner Verhältnisse ist dieser Vorgang schon einigermaßen erstaunlich. Denn gerade innerhalb der AL gab es zahlreiche „Grüne" (Ernst Hoplitschek u.a.), die vor noch gar nicht allzu langer Zeit einen großangelegten Werbefeldzug für die „Grünen" starteten mit dem erklärten Ziel, die gesamte AL in die Grüne Partei zu überführen. Von verschiedenen Kräften wurde gar das „AUS" für die bunt/alternative Wahlbewegung proklamiert.

Wie zu hören ist, tragen auch prominente AL-„Grüne" den neuen Trend mit. So Johanna Mayr (ehemals „KPD"), die aus dem Westberliner Landesvorstand der „Grünen" zurücktrat, und auch Ernst Hoplitschek (Mitglied der Programmkommission der „Grünen"), der für den „Geschäftsführenden Ausschuß" der AL kandidieren wird (womit er eh für grüne Posten ausscheiden würde).

Im letzten Mitgliederrundbrief der AL gaben vier bisherige AL-„Grüne" ihren Austritt aus der Grünen Partei bekannt.

Die Austrittswelle aus den „Grünen" dürfte nicht ohne politische Folgen bleiben. Bekanntlich setzte sich der Westberliner grüne Landesverband aus rund 650 AL-„Grünen" und nur rund 100 anderen „Grünen" zusammen. Mit dieser AL-„Dominanz" wurde aber nicht das Ziel erreicht, daß die „Grünen" nicht offen mit der AL in Konkurrenz treten sollten.

Unter fadenscheinigen Begründungen lehnten Teile der rechten „Grünen" und auch der sog. „Mittelgruppe" um RA Otto Schily die Anerkennung der AL als d e r kommunalpolitischen Kraft in Westberlin ab. Im Gegenteil: die rechten „Grünen" betrieben eine regelrechte Powerpolitik beispielsweise bei der Gründung eines Kreisverbandes in Steglitz, wo sie die AL-„Grünen" majorisierten. Diese Kontroversen durchzogen und bestimmten die gesamten Aktivitäten des grünen Landesverbandes.

Inzwischen hat sich das Kräfteverhältnis offenbar verändert, worüber die „Grünen" in unverholene Freude ausbrachen. So konnte der arg geschrumpfte grüne Landesverband in einem Rundschreiben vom 1.11.80 verkünden: *„Die Grünen – LV Berlin sind jetzt kein Anhängsel der AL mehr."* Und erleichtert stellen die „Grünen" fest, daß sie *„in Zukunft endlich eine Politik mit eindeutig ökologischem Schwerpunkt beginnen können",* da der *„dominierende Al-Block... nicht mehr"* existiere.

Frech kündigt der grüne Schrumpfverband gar schon eine Gegenoffensive gegen die AL an: *„Jeder weitere Versuch dieser grünen AL'ler jedoch, jetzt noch innerhalb der „Grünen" in Berlin Einfluß auf die Bundespolitik nehmen zu wollen, ohne in den grünen Strukturen zu arbeiten,... wird in Zukunft mit öffentlicher Dokumentation und Kritik gegen die AL beantwortet werden"* (Schreiben des grünen LV vom 1.11.).

Bisher waren unter dem Deckmantel der Zusammenarbeit solche Knüppeleien noch e i n z e l n e n „Grünen" überlassen worden. So wehrte sich Günter Räcke in einem Schreiben (vom 25.6.) gegen die *„Zwangs-Vereinnahmung"* der „Grünen" durch die AL, die außerdem noch durch die Nichtwahl von Gruhl in den Bundesvorstand in Dortmund „entscheidend" dazu beigetragen hätten, die „Grünen" bei den *„eher konservativ-bäuerlich-mittelständischen Schichten personell unmöglich zu machen."*

Ähnlich wetterte ein Günter Blome gegen den *„Scheinzuwachs"* durch die AL (am 18.6.) und hatte dabei das **Verbot der Doppelmitgliedschaft** in AL und „Grünen" gefordert.

Nun scheint sich dies Problem für die „Grünen" weitgehend von selbst zu erledigen.

Im neuesten Rechenschaftsbericht des Geschäftsführenden Ausschusses der AL wird zu dem Thema erklärt, daß **„es richtig war, sich beim bundesweiten Aufbau einer Alternative zu den etablierten Parteien aktiv einzumischen, o h n e dabei die Selbständigkeit der AL aufs Spiel zu setzen... Für uns gibt es nach wie vor gute Gründe, unsere Eigenständigkeit zu bewahren...Für eine Auflösung der AL und ihr Aufgehen in die „Grünen" jedenfalls spricht nichts."**

## »Die Grünen« (Westberlin): Keine Zusammenarbeit mit »Nationalrevolutionären«!

Nach einem Vorstoß der Alternativen Liste Westberlin haben die dortigen Grünen einen Beschluß zur Abgrenzung von „Nationalrevolutionären" und „Solidaristen" gefaßt, wie es ihn in dieser Klarheit sonst im grünen Lager kaum gibt: *„Das Geschäftsführende Gremium der Grünen — Landesverband Berlin hält es ... in Auslegung des Dortmunder Antifaschismusbeschlusses der Grünen für unvereinbar, daß Grüne mit Nationalrevolutionären und Solidaristen zusammenarbeiten.*

*Einen entsprechenden Antrag werden wir auch der Bundespartei zuleiten"* (27.10.).

Der in Dortmund gefaßte allgemeine Abgrenzungsbeschluß gegenüber *„jeder Art von Faschismus"* muß — so die Begründung der Westberliner Grünen — angesichts diverser „neurechter" Aktivitäten präzisiert werden: *„Im Vergleich zum Neonazismus stellen sich Solidaristen und Nationalrevolutionäre wesentlich geschickter nach außen dar, indem sie sich von den Nazis und Neonazis abgrenzen und ihre Ideologie mit zahlreichen Versatzstücken basisdemokratischer und ökologischer Programmatik verbrämen. Diese Widersprüchlichkeit macht sie für den Normalbürger schwer als faschistisch erkennbar und dadurch noch gefährlicher".*

Als Beleg werden Aussagen und Programmpunkte von „Nationalrevolutionären" und „Solidaristen" angeführt: der angestrebte „Befreiungskampf" für die „nationale Einheit des deutschen Volkes" (einschließlich zum Beispiel Österreichs); die propagierte Ghettoisierung „nicht-deutscher Volksgruppen" in sog. „geschlossenen Siedlungsgebieten"; der Ruf nach einem „starken Volksstaat"; die Anpreisung des „Volksganzen" etc. pp.

Auf die weiteren Auswirkungen der Westberliner Stellungnahme in den Grünen und in der Öko-Szene darf man/frau gespannt sein.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

## Westberlin: Rechte gründen »Grüne Liste«

Der „Tagesspiegel" meldete am 31. 10. die Gründung einer „Grünen Liste Berlin", wobei u.a. die „Beherrschung und Lähmung" der „Grünen" durch die AL als Grund angegeben wird.

Unter den Gründern befindet sich **Sven Thomas Frank**, ein Aktivist der rechtsradikalen **„Nationalrevolutionäre"**. Initiator war **Eckhard Meyer-Hardy**, der per Leserbrief in der „Neuen Zeit", dem Magazin der „Nationalrevolutionäre", die rechten Grünen zum Ausharren aufrief; wie in Bremen und Schleswig-Holstein solle man sich von Kommunisten und anderen Linken trennen.

Im Abgrenzungspapier der „Grünen Liste" wird zur Friedenspolitik u.a. *„das Ende der Fremdherrschaft über Völker"* gefordert. *„Gegen das unbedachte Gerede, das den Frieden durch Hinnahme der Unfreiheit, Teilung und Unterdrückung sichern will."*

*„Für das Recht eines jeden Volkes auf eigene Heimat und eigene Lebensart.* **Für die Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern in ihre Heimat...** *Gegen Gettobildung, Überfremdung und daraus entstehende Konflikte... Für eine bürgernahe Polizei und die Wiedereinrichtung der Reviere. Gegen die Nachlässigkeit gegenüber Kriminalität aller Art. Gegen die Verharmlosung der Drogenszene."*

Der Landesverband der „Grünen Partei" distanzierte sich von diesem Unternehmen; die Mitgliedschaft von „Solidaristen" und „Nationalrevolutionären" sei in den „Grünen" ausgeschlossen (s. Artikel in diesem AK). Andererseits erklärt Dieter Trautmann für das Geschäftsführende Gremium der Westberliner „Grünen", daß die Gründung just zu dem Zeitpunkt erfolge, in dem *„die eigenständige Entwicklung der „Grünen" eingesetzt hat"* (durch den Rückzug der meisten AL-Mitglieder). Die Politik der AL im grünen Landesverband habe *„leider diesen Rechtsextremen ein Alibi für ihre gefährlichen Organisationsvorhaben unter grüner Tarnkappe"* geliefert. Die „Machtpolitik" (der AL) habe *„einen Nährboden bei Wertkonservativen"* für rechtsextremistische Kreise geschaffen. Als „Beleg" dafür werden ausgerechnet die braunen „Grünen" selbst angeführt, die ihre Listengründung als *„Antwort auf die zentralistische Kaderpolitik der AL"* bezeichnen.




## Bremen: Grüne Kommunalpolitik immer verrückter

**Darf man sie überhaupt noch ernst nehmen? Wenn es nach dem Willen der vier Abgeordneten der Bremer Grünen Liste (BGL) geht, sprudelt uns Bremern aus den Wasserhähnen bald nur noch aufbereitetes Weserwasser entgegen – Trinkwasser gibt es dann nur noch an zentralen Ausgabestellen oder in Flaschen beim Krämer an der Ecke bzw. im Supermark, dort wahrscheinlich um einige Pfennige billiger. Ein Scherz? Mitnichten!**

Die BGL hat nämlich festgestellt, daß die Bremer Haushalte den größten Teil des Trinkwassers im wahrsten Sinne zum Wegspülen von Scheiße benutzen. Nur zwei bis drei Prozent würden tatsächlich als Trinkwasser genutzt – alles andere rausche als Spül-, Wasch- und Badewasser in den Kanal. Reine Verschwendung, so findet die BGL (nach Bremer Nachrichten vom 7.11.80).

Wirklich nur Verschwendung? Erinnern wir uns: Es ist noch keine zwei Jahre her, da gab es in Bremen einen handfesten Skandal. Da hatte nämlich die Trinkwassergruppe aus dem Projekt „Weserwasser" an der Bremer Universität im Trinkwasser eine gefährlich hohe Konzentration sogenannter halogenisierter Kohlenwasserstoffe nachgewiesen. Auf deutsch gesagt: mit dem aufbereiteten Weserwasser gerieten damals auch organische Stoffe ins Bremer Trinkwassernetz, die sich mit dem zugesetzten Chlor zu gefährlichen, zum Teil hochgradig krebserregenden Substanzen verbanden. In einigen Stadtteilen bestand das Trinkwasser bis zu 30 % aus aufbereitetem Weserwasser. In einigen Hallenbädern war – bedingt durch die zusätzliche Chlorung – der Anteil der gefährlichen Substanzen derartig hoch, daß selbst vom Baden darin nur abgeraten werden konnte.

Wie gesagt, damals führte ein Anteil von 30 % an aufbereitetem Weserwasser in den betroffenen Stadtteilen zu wütenden Protesten. Heute nun will uns die BGL diese Suppe pur servieren – zum Spülen, Waschen und Baden. Pfui Deibel!! So weit zum (un-)gesundheitlichen Aspekt.

Nun wären wir die letzten, die abstreiten würden, daß nach der übermäßigen Verschmutzung der Oberflächengewässer (Flüsse und Seen) die Versorgung mit Trinkwasser immer problematischer wird. Die BGL hat sich allerdings mal wieder in der Tür geirrt: nicht über die Bremer Großbetriebe, die ihre Maschinen mit dem kostbaren Naß kühlen, wird sich der grüne Kopf zerbrochen. Nein, Otto Kleinverbraucher muß wieder ran, *„und da es sicher Milliarden kosten würde, ein zweites Leitungsnetz"* für Brauchwasser zu installieren, *„könnten die wenigen Liter wirklichen Trinkwassers auch flaschenweise oder kanisterweise geliefert werden"* (Weser Kurier, 7.11.). Die BGL schützt das Leben – und sei es auf Kosten unserer Gesundheit und unseres Geldbeutels.

### ... und ein „Jahr des Mannes"

Das ist die neueste Blüte der vier grünen Strategen: als Drucksache 10/330 legten sie folgenden Entschließungsantrag vor: „Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß eine geeignete Kommission zu bilden ist, die sich mit der Vorbereitung eines *„Jahres des Mannes" zur überfälligen Emanzipation desselben befaßt"*.

In der Fernseh-Sendung „Extra drei" am 12.11. konnte der interessierte Mann sich das dann näher erläutern lassen: *„Ich bin frei, aber die Männer sitzen im Gefängnis"* und müßten lernen, das Leben mit anderen Augen zu sehen – das verkündete Delphine Brox vor der Kamera, während Olaf Dinne sich mit Schürze am Herd eman(n)zipierte. Kommentar von „Extra drei": Dann hätten wir wohl auch bald Männerbuchläden, Männerkneipen, Häuser für geschlagene Männer ... Da hat wohl Esther Vilar Patin gestanden.

Olaf Dinne und Co scheinen den Bogen in letzter Zeit allerdings etwas überspannt zu haben. So gab es nach der Unterstützung der sogenannten „Schutzgemeinschaft Ostertor/Remberti" einzelne Austritte (über die 'Bürgerwehr' und Dinnes Kampf gegen „ideologisierte Hausbesetzer" haben wir ausführlich im AK berichtet) – und nun drohen – wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet – fast alle Beiratsabgeordnete der BGL ultimativ mit ihrem Austritt, wenn die „BGL-Spitze" nicht unverzüglich Gespräche mit dem Landesverband der „Grünen" aufnimmt. In Bremen war es – wie bereits berichtet – vor der Bundestagswahl zur Spaltung gekommen, seit dem bestehen in Bremen der LV der Grünen und die BGL unabhängig voneinander.

Auch aus anderen Kreisen, die den Kurs von Dinne bisher vorbehaltlos unterstützen, hagelt es Proteste. Ob sich die vier davon beeindrucken lassen werden, muß man nach den bisherigen Erfahrungen bezweifeln, aber vielleicht bietet sich hier die Chance, an Dinne und Co. vorbei zu einem wirklich alternativen kommunal-politischen Ansatz zu kommen.

**Ein Bremer Genosse**

## Die Aachener SPD schmeißt Linke raus

Die SPD in Aachen hatte bisher einen linken Anstrich. Einige SPDler waren in Bürgerinitiativen, arbeiteten in Gruppen wie der VVN und der DFG/VK, und nicht zuletzt beteiligten sich einige an den Aktionen gegen Strauß.

Jetzt räumt die SPD auch in Aachen mit Linken auf. Die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Aachener Jusos, W.Radermacher, W.Popp, W. Mercks wurden aus der SPD ausgeschlossen. Einer von ihnen war z.B. verantwortlich für ein Bündnis-Flugblatt gegen Strauß. Vorgeworfen wird ihnen, dem Sowjetbotschafter in Bonn zur Olympiade ihre Glückwünsche übermittelt und ein Flugblatt gemeinsam mit der DKP herausgegeben zu haben (nach „Aachener Volkszeitung", 8.11.).

## Grüner Wahlkampf — etwas abseits der Metropolen

**Göttingen, den 6.11.80**

**Vorbemerkung:**

Vor einigen Monaten veröffentlichte der Arbeiterkampf einen Beitrag von mir; dort hieß es u.a.: „„...Angesichts der realen Verhältnisse der Linken in der BRD scheint mir die Aufforderung, in die Grüne Partei einzutreten, als zu abstrakt. Nahezu jede linke Organisation, Gruppe etc. befindet sich in einer Krise, aus der sie nur herauskommen kann, wenn sie zunächst sich selbst stabilisiert und neu formiert, und aus ihrer Krise nicht die vielbeschworene „Krise des Marxismus" macht. Aus dieser Krise kommen wir nicht heraus, indem wir die Grüne Partei an die erste Stelle der politischen Tagesordnung setzen (was selbstverständlich nicht die Ignorierung bzw. Ablehnung jeglicher punktueller Zusammenarbeit heißen darf)."

Als dies geschrieben wurde, war ich nicht Mitglied der Grünen Partei, sondern habe es für notwendig erachtet, zum Zeitpunkt geradzu e u p h o r i s c h e r Perspektiven etlicher Linker in der BRD (Stichwort: Grüne Partei als der „Massenansatz" schlechthin), aktiv am Aufbau einer Bunten Liste in Göttingen teilzuhaben bzw. die Auseinandersetzung um ein Bunte-Liste-Konzept innerhalb der Linken nicht völlig in Vergessenheit geraten zu lassen.

Im Hinblick auf in Göttingen anstehende Kommunalwahlen (Nov. '81), entschloß ich mich — als bisher einziger Bunter — individuell im Spätsommer 1980 in den KV Göttingen einzutreten, um einen Diskussionsprozeß mit zu initiieren, der m.E. zum Inhalt haben müßte, ein möglichst breites Bündnis (Grüne/Bunte/Initiativen/Einzelpersonen etc.) zu schaffen, und zwar n i c h t n u r u n t e r r e i n t a k t i s c h e n Gesichtspunkten. Mein Eintritt also ist sozusagen auf „kommunalem Hintergrund" zu begreifen, auf nationalem Hintergrund halte ich die Partei für e i n e n Ansatz unter anderen.

**1. Der Anfang**

Der Eintritt erfolgte just zu der Zeit, als das Wahlkampfkonzept bzw. die praktische Gestaltung desselben im KV Göttingen diskutiert werden sollte. Und wie so oft war der Zeitdruck — ein Phänomen, unter dem die Partei offenbar pathologisch leidet — enorm. Vor der MV, auf der das Konzept der Basis vorgelegt wurde, hatte sich ein Kreis von ca. zwölf Parteimitgliedern an einem Wochenende zusammengefunden, um eine Wahlkampfstrategie zu erarbeiten, die meines Wissens bis zum heutigen Tage nicht in schriftlicher Form vorliegt. Es wurde der MV, auf der ca. 50 von damals ca. 100 Mitgliedern anwesend waren, in Form von Wandzeitungen vorgestellt.

**2. Das Konzept**

Die Wahlkampfführung beinhaltete im wesentlichen E i g e n a k t i v i t ä t e n der Partei, d.h. Einbeziehung von ortsständigen Initiativen außerhalb der Partei war zwar erwünscht, aber nicht der zentrale Schwerpunkt. Es herrschte auch weitgehende Unklarheit darüber vor, wie man Initiativen in ein aktives Verhältnis zur Partei bringen könne. Dies entsprach allerdings dem damaligen Charakter des KV, der kaum in kommunalen Auseinandersetzungen präsent gewesen ist. Folgerichtig wurde hier schon der Anspruch, „Sprachrohr" bzw. „parlamentarischer Arm" zu sein/zu werden, stillschweigend untergraben.

So waren denn auch vier Großveranstaltungen, mehr oder weniger festgelegt, das Gerüst des Wahlkampfkonzeptes: Veranstaltungen zur Außen- und Friedenspolitik (mit A. Haußleiter), zur Energie- und Umweltschutzproblematik (mit M. Kieper), zur „Dritten Welt" (mit der Gesellschaft für bedrohte Völker) und eine Wahlkampfabschlußkundgebung (mit G. Otto) zwei Tage vor dem magischen Datum. Hinzu kommen sollten noch einige auf Göttingen bezogene Veranstaltungen (z.B. ein Fest für Kinder/Jugendliche, das mäßig besucht wurde) bzw. „kleinere Veranstaltungen, Diskussionsrunden in Vereinen, Gruppen, Alten- und Jugendzentren" (Rundbrief/18.7.80). Des weiteren „Präsentation der Grünen im Landkreis" (ebenda) mit Ständen, Filmen etc. und schließlich „Gespräche mit Hausfrauen, auf dem Wochenmarkt z.B." (ebenda). Und selbstverständlich die übliche Agitation per Flugblatt, Plakat etc. Ein alternatives Wahlkampfkonzept gegenüber dem der bürgerlichen Parteien?

**3. Die Mitgliederversammlung**

Nachdem ca. eine dreiviertel Stunde inhaltlich diskutiert wurde (wie ist das Protestpotential national und kommunal einzuschätzen/wer ist der Hauptgegner der Grünen/wie entgeht man der Polarisierung Schmidt-Strauß/Offenlassen, ob mit der Dortmunder Wahlplattform oder dem Saarbrücker Programm als programmatischer Wahlaussage) und allgemein klar war, daß die 5 %-Hürde nicht überwunden werden könnte (»...aber trotzdem...«), ergab sich eine Schwierigkeit: Einige Unorganisierte äußerten das Bedürfnis, prinzipiellere Frage (ist es angesichts der Strauß-Kandidatur überhaupt sinnvoll, Grün zu wählen/Stichwort: verlorene Stimme) zu diskutieren. Darauf wurde jedoch kaum eingegangen, man habe keine Zeit, derartiges zu diskutieren. (Ich möchte wetten, daß diese Genossen, zumindest mit der Zweitstimme, SPD gewählt haben...). Da auch die Basis keine detaillierten Überlegungen für einen alternativen Wahlkampf entwickelt hatte, ging man allzu rasch dazu über, das vorgelegte Konzept zu akzeptieren bzw. — und dies war das „tödliche" an der MV — rein organisatorische Aspekte zu klären. Oder weniger anspruchsvoll: die Arbeit zu verteilen. Im Laufe der MV lichteten sich denn auch die Reihen rapide; zum Schluß endlich verblieb ein „harter Kern" von ca. 20 Mitgliedern, der den Wahlkampf in den folgenden Monaten hauptsächlich tragen sollte.

Die Parteibasis, vor allem die Linken, waren nicht in der Lage gewesen, ein alternatives Konzept (mit Schwerpunkt auf lokaler Ebene, nicht mit Schwerpunkt auf nationalen „Größen") zu entwickeln, geschweige denn spontan andere, a u ß e r p a r l a m e n t a r i s c h e Wahlkampfformen einzubringen.

Ein exemplarisches Beispiel: In der Hochphase des Wahlkampfes gab es in Göttingen rege antimilitaristische Aktivitäten (Demonstration in Hildesheim/Demonstration in Göttingen — über 500 Teilnehmer — gegen die NATO-Herbstmanöver). Die Grünen beteiligten sich an den Aktionseinheitsgesprächen äußerst zurückhaltend, sowohl aus wahltaktischen wie auch aus recht geringschätzigen Gründen (gegenüber den Initiativen). Statt dieses Feld zur Zusammenarbeit zu nutzen, Friedenspolitik ist schließlich ein wichtiges Standbein Grüner Politik — Schweigen im grünen Walde. Als klar war, daß in Göttingen sich ein breites Bündnis bilden würde, sprang man noch auf den Demozug auf. Man wollte ja nun nicht gänzlich im Abseits stehen. Dem Anspruch, „die geplanten Aktivitäten sollten (auch) helfen, neue Anhänger zu finden und Beziehungen zu knüpfen, wodurch wir die Arbeit n a c h dem 5. Oktober auf breiter Basis zu gründen hoffen" (Rundbrief/18.7.), konnte durch derartige Politik kaum entsprochen werden (zumal nach der MV vom 11.7. drei Monate lang keine mehr stattfand).

Die Parteibasis blieb also weitgehend passiv; der Wahlkampf wurde vom „harten Kern" bis an den Rand der physischen Erschöpfung getragen. (Die Bunte Liste beschränkte sich auf einen Wahlaufruf gemeinsam mit dem KB und der Gruppe Z, „alternativ wählen", in dem die kritische Stimmabgabe für die Grünen propagiert wurde).

**4. Nach der Wahl**

In einem Kritikpapier, das von acht Mitgliedern auf der ersten MV nach der Wahl (in Göttingen 2,2 % gegenüber 5,5 % der Europaparlamentswahlen) eingebracht wurde, heißt es: „„...der Wahlkampf in seiner formalen Struktur (Orientierung auf »Autoritäten«, wenig Beteiligung ortsständiger Initiativen) unterschied sich kaum von dem der etablierten Parteien".

Und weiter: *„Unser Anspruch, 'Sprachrohr' bzw. 'parlamentarischer Arm' derer* (gemeint sind Basisinitiativen, d.V.) *zu sein/zu werden, konnte deswegen nicht eingelöst werden, weil wir in kommunalen Auseinandersetzungen kaum präsent gewesen sind... Wir müssen lernen, uns als T e i l der Initiativenbewegung zu begreifen — mit ihr müssen wir solidarisch zusammenarbeiten und deren Autonomie müssen wir respektieren"*.

Oha, die „Kritiker" sahen sich da aber heftigsten Angriffen ausgesetzt. Sie hätten den Wahlkampf nicht mitgetragen, was nur teilweise stimmte und von daher hätten sie keinerlei Recht, Kritik zu üben. Obwohl in dem Papier richtig eine unübersehbare Tendenz benannt worden war: *„Viele von denen, die sich aus der Arbeit bei den Grünen zurückgezogen haben, engagieren sich wieder ausschließlich in 'ihren' Initiativen"*. Nichtsdestotrotz wurde ihnen entgegengehalten, es gelte nun — im Hinblick auf die Kommunalwahlen — eine Politik der Profilierung der Partei zu betreiben. Ich denke, so etwas darf getrost als im Keim wenigstens 'parteiborniert' genannt werden.

Auf einem Arbeitstreffen des KV *„über Inhalte und Perspektiven unserer zukünftigen Arbeit"* soll nochmals versucht werden, *„das enttäuschende Wahlergebnis einzuschätzen"* (beide Zitate aus Rundbrief/30.10.). Und *„wie muß ... unsre Zusammenarbeit mit den örtlichen Initiativen aussehen?"* (ebenda). Eine Frage, die eigentlich nicht mehr gestellt werden dürfte — angesichts des 'Sprachrohr'-Anspruchs, der so oft strapaziert wurde in der Vergangenheit...

**Nachbemerkung:**

Die nächsten Wochen schon werden zeigen, ob die Grünen sich aufs Neue unter den „Sachzwang" (Kommunal-)Wahlkampf stellen, also letztendlich P a r t e i - Politik machen werden. Oder ob sie endlich anfangen, die solidarische, g l e i c h b e r e c h t i g t e Zusammenarbeit mit der Göttinger Basisbewegung, auch und gerade unabhängig vom Wahltermin im Nov. '81, zu suchen. T e n d e n z i e l l wäre ich gegenwärtig eher skeptisch, was letzteres anbelangt. Quo vadis, Grüne? Die Bunte Liste hat verschiedenen Organisationen und Initiativen eine erste g e m e i n s a m e Veranstaltung vorgeschlagen, auf der „Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit" einzuschätzen wären, bzw. ein Versuch unternommen werden soll, *„eine kaum begonnene Zusammenarbeit zu entwickeln und die Diskussion darüber soweit wie möglich öffentlich zu führen"* (beide Zitate aus dem Vorschlag vom 28.10.).

* * *

*„Wir müssen kleine, aber schmackhafte Brötchen backen"* (Fritz Teufel). Und nicht zu vergessen: eine gemeinsame P r a x i s muß sich vornehmlich im a u ß e r parlamentarischen Kampf manifestieren!

**Andreas Wrede**
**Arbeitsausschuß Bunte Liste Göttingen**

# München: Wenig neue Ergebnisse

**Nicht zu fassen! Die Bundesanwaltschaft hat zum Stand ihrer Münchner „Ermittlungen" am 13.11. schon wieder eine Pressekonferenz gegeben! Damit durchbrach sie bereits zum drittenmal in nur ca. sechs Wochen die von ihr nach der Explosion auf der ‚Wies'n' verhängte Nachrichtensperre. Der Generalbundesanwalt bezeichnete seinen „Zwischenbericht" denn auch als „ungewöhnlich". Sein Ziel sei es, „dieses schwere Attentat nicht vergessen zu lassen und alles zu versuchen, um Tathergang und Täter ermitteln zu können" (FR, 14.11.).**

**„Ungewöhnlich" ist der Rebmann-Auftritt allerdings – wenn frau/man die Öffentlichkeitsarbeit der Ermittlungsbehörden in d i e s e r Sache mit den K a m p a g n e n vergleicht, die von derselben Behörde sonst gegen den linken Terrorismus geführt werden.**

Der reale Informationsgehalt des „Zwischenberichts" ist – wieder einmal – mager, wenn nicht gar Irreführung der Öffentlichkeit. In erfindungsreicher Variation zur **„Einzeltäter"**-These hält die Bundesanwaltschaft nun G. Köhler für einen **„Haupttäter"**. *„Noch nicht geklärt"* sei, ob er *„Alleintäter war oder ob er einer Gruppe angehört und gemeinsam mit deren Mitgliedern die Tat geplant und verübt habe"* („Süddeutsche Zeitung", 14.11.80). Ebenso unklar seien die evtl. Motive Köhlers. Es sei noch nicht abzusehen, wann die „Ermittlungen" abgeschlossen werden könnten ...

Zur Stützung der „Haupttäter"-These wird angeführt:

— G.Köhler soll im Besitz eines Granatkörpers von der Art des in München detonierten gewesen sein. Ein Zeuge will die Granate in Köhlers Wohnung in einer Wanne mit Rostlösungsmitteln gesehen haben. Köhler sungsmitteln gesehen haben. Köhler soll auch im Besitz eines Feuerlöschers gewesen sein wie der, in den die Münchner Bombe eingebaut war. Staub- und Splitterproben aus Köhlers Wohnung sollen unter der Spektralanalyse identisch mit Teilen sein, die in München gefunden wurden. Ob und wie ggflls. Köhler den Zündmechanismus hergestellt habe, werde noch ermittelt.

— Wenige Wochen vor dem Attentat soll Köhler *„in einem Gespräch mit mehreren anderen, die jedoch nicht rechtsradikalen Kreisen zuzurechnen seien, Gedanken über einen möglichen Anschlag in München geäußert haben. Auch von Beeinflussung der Bundestagswahlen sei in diesem Zusammenhang die Rede gewesen. Die Gesprächsteilnehmer hätten nach ihren Angaben jedoch diese Äußerungen nicht ernst genommen"* („SZ", 14. 11.).

Was die Bundesanwaltschaft zu Köhlers Kontakten mitzuteilen hat, hält sich in geradezu provokatorischen Grenzen:

Kurz vor dem Attentat soll Köhler sich „in der Nähe des Tatortes" aufgehalten haben. Zeugen haben ihn gesehen:

— *„teils in Begleitung eines jungen Mannes, bekleidet mit einem Parka, und einer jungen Frau";*

— *„dann neben einem etwa 18jährigen dunkelhaarigen Mädchen stehend";*

— *„und später mit zwei jüngeren Männern in olivgrünen Parkas sprechend"* („SZ", 14.11.).

— Eine Zeugin gibt an, *„in unmittelbarer Nähe des Tatortes zwei Personen gesehen* (zu) *haben, ‚die an einem größeren weißen Gegenstand zerrten oder zogen'".*

In der „tat" heißt es dazu genauer: *„Übereinstimmend sagten zwei bei dem Anschlag schwerverletzte Opfer, die erst jetzt vernommen werden konnten, aus, daß sie den bei dem Anschlag tödlich verletzten Gundolf Köhler kurz vor der Explosion zusammen mit einem weiteren Mann gesehen hätten. Beide hätten sich über eine am Boden stehende weiße Plastiktüte gebeugt und darin hantiert. ‚Dann ist der zweite Mann weggelaufen. Es können nur wenige Sekunden gewesen sein, bis dann die Bombe explodierte', erklärte ein Zeuge".*

Von über 800 ‚Hinweisen' sind bisher ganze 90 Zeugenvernehmungen zustandegekommen. Verschiedenen brisanten Tips wurde anscheinend bisher nicht nachgegangen, wie z.B. die Aussage eines Nürnbergers, er habe Köhler in einem Nürnberger Lokal Gleichgesinnten gegenüber das „Ding" auf der Oktoberwiese ankündigen hören und habe die Leute dann in einem TV-Film über die Hoffmann-Bande wiedererkannt. Werden hier Informationen bewußt zurückgehalten?

Nur noch als Kalauer kann wohl die Mitteilung Rebmanns am Schluß seines Berichts gewertet werden, Köhler Mitteilung Rebmanns am Schluß seines Berichts gewertet werden, Köhler habe „Verbindungen zur Wehrsportgruppe Hoffmann" sowie „Kontakte zum rechtsextremistischen Kreis um Axel Heinzmann" gehabt - wer hätte das gedacht!

Wohl mehr aus Versehen nennt die Bundesanwaltschaft schließlich e i n e n neuen Namen aus dem möglichen Kontaktfeld Köhlers: *„Odfried Hepp, der sich jetzt vor einer Strafkammer in Karlsruhe wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung mit rechtsextremistischer Zielsetzung zu verantworten habe"* („SZ", 14.11.).

Es bleibt wahr:

Wenn die antifaschistischen Kräfte nicht selbst für die Enthüllung und Bekämpfung des Nazi-Sumpfes sorgen, wird es in diesem Land nicht geschehen.

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

---

**"ALLE" TRAUERN UM DIE ZWÖLF TOTEN VON MÜNCHEN**
**WER TRAUERT UM GUNDOLF KÖHLER ?**

**Gundolf Köhler, aus Donaueschingen, 21 Jahre alt, ist am 26. Oktober 1980 in München gestorben, bei dem Anschlag auf dem Oktoberfest, der alle Züge eines faschistischen Massakers trägt.**

**Politiker und Medien, Sprecher und Nachbeter der Geheimdienste, stempelten ihn zum Urheber dieses Massakers.**

**Sie haben keine Beweise vorgelegt als die "Beweise" der Kontaktschuld, die "Beweise" der registrierten Gesinnung, die "Beweise" der Vor-Verurteilung. Die gleichen Geheimdienste haben bereits vier Selbstmorde in Stuttgart-Stammheim "bewiesen". Die Aussagen von Menschen –Eltern, Freunden– sprechen gegen die Täterschaft wie gegen die faschistische Gesinnung Köhlers.**

**Bis jetzt ist Gundolf Köhler für uns nicht Täter, sondern Opfer.**

**Zu viele Linke sind Opfer der gleichen Mechanismen, der gleichen beobachtenden Fahndung geworden, mit deren Hilfe Köhler zum Mörder gemacht wird. Und doch haben linke Medien in diese Abstempelung mit eingestimmt: Köhler war "der Bombenleger", war allenfalls kein "Einzeltäter", doch Täter war er allemal. (Auch der ID hat sich mißverständlich geäußert.) Wir schämen uns dafür. Haben wir vergessen, wie Gerard Strecker, Karl Heinz Roth, Philipp Sauber, Roland Otto, Gisela Ickler, Nora Poensgen –um nur wenige zu nennen– zur Strecke gebracht werden sollten ?**

**Wir werden die Faschisten nicht Hand in Hand mit dem Bundeskriminalamt bekämpfen.**

**Enikö Balla, Dausi Berger, Richard Herding, Gerard Strecker, Waldemar Schindowski/ID**

---

**Ohne Kommentar**

# Neo-Nazi-Szene nach »München«

**Nach wie vor ist das Münchner Bomben-Attentat offiziell ungeklärt; in der Presse findet sich kaum noch ein Wort darüber. Eine gewisse Aufmerksamkeit für derzeit laufende Prozesse gegen Neo-Nazis (Otte in Lüneburg, Kühnen in Hamburg) mag ein „München-Nachklang" sein. Von Verbindungen zwischen dem Münchner Mord-Anschlag und der gesamten braunen Szene ist allemal k e i n e Rede... Im folgenden ein Überblick über die letzten Ereignise.**

– In **Lüneburg** wurde der 26jährige Neo-Nazi Volker Heidel zu zehn Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Heidel ist außerdem Mitangeklagter im Braunschweiger Otte-Prozeß.

Das Lüneburger Gericht befand Heidel der Volksverhetzung in Tateinheit mit Aufstachelung zum Rassenhaß, „Verunglimpfung des Staates", Verbreiten von Propagandamitteln „verfassungsfeindlicher" Organisationen und Verwendung von Kennzeichen „verfassungsfeindlicher" Organisationen für schuldig. Heidel hatte im Jahr 1979 die Hetzschrift „Der Neonazi?" verbreitet. In der monatlich erscheinenden Schrift wurde Hitler verherrlicht und die Forderung aufgestellt, *„das System der parlamentarischen Demokratie müsse niedergemacht werden, damit das Deutsche Reich, ein Reich des Rechts, der Freiheit und der Ehre, wiedererstehen könne,"* („FR", 23.10.)

– In **Bielefeld** tauchte eine neue (?) Neo-Nazi-Bande mit dem Namen **„Gruppe Köhler"** auf. Sie meldete sich bei der Bielefelder Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister und teilte mit: „Um zehn Uhr fliegt ihr Rüstungsbetrieb in die Luft." Die Bombendrohung richtete sich offenbar gegen die Handelsbeziehungen der Werkzeugmaschinenfabrik mit der Sowjetunion. Bei der ebenfalls in Bielefeld erscheinenden Tageszeitung „Neue Westfälische" meldete sich die Gruppe auch unter dem Namen „Grüne Gilde". („Die Tat", 31.10.).

– Gegen den **„Freundeskreis Filmkunst e.V." Hamburg** kann ein Erfolg verbucht werden: ihm wurde die Gemeinnützigkeit entzogen; außerdem scheiterte er zum Teil in einem Verfahren vor dem Hamburger Amtsgericht. Der „Filmclub" besteht bereits seit 1962 und zeigt in seinen geschlossenen Veranstaltungen Nazifilme. In Winterhude bildete sich im Oktober 79 eine antifaschistische Initiative, die seitdem für das Verbot des „Filmclubs" kämpft. Vor Gericht versuchte nun der „Filmclub", die Initiative zum Widerruf mehrerer Behauptungen zu zwingen, die diese in einem Flugblatt aufgestellt hatte: z.B. über Kontakte des „Filmclubs" zum Hansa-Filmverleih, zur „Hansa"-Bande u.a.m. Nach dem Urteil des Amtsgerichts darf die Antifaschistische Initiative die Behauptungen zwar nicht mehr wiederholen, widerrufen mußte sie sie aber nicht.

– Am 9. November „gedachten" Neo-Nazis des gescheiterten Hitler-Putsches von 1923. In **München** marschierten etwa 20 Neo-Nazis mit Blumensträußen und zwei Gedenktafeln. Die Münchener Polizei stellte nur die Personalien fest und ließ die Neo-Nazis weiterlaufen. Für die Polizei bestanden „keine Voraussetzungen zur Festnahme". Schließlich stand auf der einen Tafel auch nur drauf: „Und ihr habt doch gesiegt – Der Kampf geht weiter " (nach „Hamburger Morgenpost" 11.11.).

– Auf dem **Frankfurter** Hauptfriedhof, am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus, legte eine Gruppe junger Männer am 9.11. einen Kranz nieder mit der Aufschrift: „Ihr Toten vom 9. November, wir schwören es Euch, es leben noch vieltausend Soldaten für das 3., das Großdeutsche Reich". („FR", 12.11.).

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

# »Die Sinne wieder schärfen«

so mahnt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Helmut Schirrmacher. In der neuesten Ausgabe der „Deutschen Polizei" (11/80) bezieht er sich auf Anzeigen, die alte Nazi-Klamotten, Waffen etc. anbieten. Er findet solche Anzeigen schlicht „unglaublich!" In Bezug auf das Münchener Attentat meint er dann: *„Für viel wichtiger halte ich jetzt die Auseinandersetzung mit dem Sumpf, in dem der oder die vermutlichen Täter offensichtlich ihre geistige Heimat haben."* Aber bei der Auseinandersetzung allein soll es nicht bleiben: *„Unser Hauptaugenmerk als Bürger dieses Staates muß darauf gerichtet sein, den Sumpf trockenzulegen, in dem Verfassungsfeinde ihre Wurzeln schlagen."* Als Bürger angesprochen, wurden wir auch gleich fündig. In der Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes „BGS" waren im Angebot Deutsche Stahlhelme aus dem 2. Weltkrieg, Kampfmesser der US-Ledernacken, Bajonette und vieles mehr, was zur Grundausstattung von „Wehrsportgruppen" gehört. Für Herrn Schirrmacher sicher ein Anlaß, den Sumpf vor seiner eigenen Haustür einmal trockenzulegen!

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**



# Stammheimer »Selbstmorde«: dementis, dementis, dementis ..

**Die Reaktion des im Fall der „Selbstmorde" von Stammheim und Stadelheim ermittelnden StA Rainer Christ und seiner Behörde auf die Forderung des „Stern" – „der Tod der Terroristen" müsse „neu untersucht werden", weil die Untersuchung „voller Schlampereien und Widersprüche" stecke – ist atemberaubend in ihrer Kaltschnäuzigkeit und Arroganz der Macht.**

Gegenüber Anfragen von Journalisten ließ Christ sich in seinem Büro als „im Urlaub" befindlich verleugnen, obwohl er anwesend war. Sein Vertreter, StA König, ließ über Anrufbeantworter ein von ihm besprochenes Tonband ablaufen, auf dem u.a. zu hören war: *„Diese Vorwürfe werden mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Sie sind unbegründet und haltlos... Die im Stern behaupteten Widersprüche existieren in Wahrheit nicht... Der Artikel enthält keine einzige neue Tatsache, die den Ermittlungsbehörden Veranlassung geben könnte, die Untersuchungen wieder aufzunehmen oder zu ergänzen...".*

Laut dann doch angegebenem telefonischen Kommentar des Anrufbeantworters StA König seien „einzelne Punkte" zwar „zweifelhaft"; das „Gesamtbild" habe aber damals die Einstellung der Ermittlungen gerechtfertigt; eine neuerliche Untersuchung würde auch heute nichts an diesem Gesamtbild ändern (lt. „taz", 4.11. 80). Manche Spuren seien eben auch nicht so wichtig gewesen...

Nicht so wichtig sind demnach:

— Die Feststellung des Todeszeitpunktes, eine in jedem Routinekriminalfall (gleich ob Mord oder Selbstmord) übliche Maßnahme, wurde versäumt. Warum?! ...

— Der Widerspruch zwischen der Behauptung, Andreas Baader habe sich durch „aufgesetzten Nackenschuß" selbst getötet und dem Ergebnis der kriminaltechnischen Untersuchung, nach der Andreas aus 30 - 40 cm Entfernung erschossen wurde; die Feststellung von Herkunft und Verlauf der bei Andreas gefundenen Patronenhülsen.

— Die Klärung des Widerspruchs, ob Jan Karl Raspe nun mit der Pistole „a n der Hand" (wie bei Selbstmördern üblich) oder „i n der Hand" (wie bei vorgetäuschtem Selbstmord üblich) gefunden wurde, und wieso entgegen der Wahrheit von offizieller Seite behauptet wurde, es habe hinter Raspes Rücken keinen Platz mehr gegeben, um ihn von hinten zu erschießen, während die „Stern"-Fotos das Gegenteil beweisen.

— Wieso im Fall Gudrun Ensslins die ebenfalls routinemäßig übliche Tatort-Sicherung und Tat-Rekonstruktion nicht vorgenommen wurde (Gewebe (Histamin)-Test/Untersuchung des Kabels/Untersuchung des Sprungstuhls).

— Wieso der Befund des Tübinger Chirurgen, der bei Irmgard Möller neben den 4 cm tiefen Stichwunden auch eine mit einer Tiefe von 7 cm feststellte, im Ermittlungsergebnis einfach unterschlagen wird.

— Die Überwachungsanlage für den siebten Stock in Stammheim war in der Nacht des 17.10.77 defekt, das unkontrollierte Eindringen anstaltsfremder Personen war also möglich.

— Der Sand an Baaders Schuhen blieb bis heute unaufgeklärt.

Nach - ebenfalls im „Stern" zitierte Kommentar - des Leiters der Sonderkommission Stammheim, Kriminaloberrat Günter Textor, gibt es einen einfachen Grund, warum diesen Spuren nicht nachgegangen wurde:

**Fortsetzung nächste Seite**

## Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Stuttgart

Die Illustrierte Stern befaßt sich in ihrer heutigen Ausgabe mit den Selbstmorden der Terroristen Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin sowie der versuchten Selbsttötung der Terroristin Irmgard Möller am 18.10. 1977 in der Vollzugsanstalt Stuttgart. Dabei wird behauptet, die Ermittlungsbehörden hätten wichtige Erkenntnisquellen bewußt nicht ausgeschöpft. Der Tod der Terroristen müsse deshalb neu untersucht werden. *Diese Vorwürfe werden mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Sie sind unbegründet und haltlos.* Staatsanwaltschaft und Polizei haben die Ermittlungen von Anfang an mit größter Sorgfalt und unter Ausschöpfung aller Erkenntnismöglichkeiten durchgeführt, wobei auch die Ergebnisse des parlamentarischen Untersuchungsausschusses verwertet wurden. Sämtlichen Spuren wurde mit größter Akribie nachgegangen. Die Staatsanwaltschaft hat nicht nur zwei deutsche Gerichtsmediziner, Professor Dr. Rauschke und Professor Dr. Mallach, sondern darüber hinaus auch noch drei ausländische gerichtsmedizinische Experten hinzugezogen. Den Verteidigern der Terroristen wurde sogar die Gelegenheit gegeben, bei der Leichenschau und den Obduktionen anwesend zu sein. Alle gerichtsmedizinischen Sachverständigen kamen zu übereinstimmenden Befunden und Erkenntnissen, an deren Richtigkeit zu zweifeln kein Anlaß besteht. *Die im Stern behaupteten Widersprüche und Unklarheiten existieren in Wahrheit nicht.* In dem Artikel werden die Fakten unvollständig und einseitig oder aus dem Zusammenhang gerissen dargestellt.

Insbesondere gibt es keinen Widerspruch zwischen der übereinstimmenden Auffassung der Gerichtsmediziner und den Gutachten des Bundeskriminalamts. Der Artikel enthält keine einzige neue Tatsache, die den Ermittlungsbehörden Veranlassung geben könnte, die Untersuchungen wiederaufzunehmen oder zu ergänzen. An den Selbstmorden gibt es nicht die geringsten Zweifel, zumal auch das Oberlandesgericht Stuttgart im Strafverfahren gegen die Rechtsanwälte Newerla und Müller festgestellt hat, daß Müller Pistolen in die Vollzugsanstalt Stuttgart eingeschmuggelt hat und den Terroristen überließ. (Ende der Stellungnahme)

Fortsetzung von vorheriger Seite

*„Als ich an diesem 18. Oktober 1977 kurz nach acht in den siebten Stock kam, war für mich schon vom Augenschein klar: das ist Selbstmord. Nach dem objektiven Befund dieses Morgens sprach nichts dafür, daß die Tat von dritten begangen wurde. In dieser Richtung haben wir nie ermittelt, und von der Staatsanwaltschaft haben wir auch keine entsprechenden, über den Selbstmord hinausgehenden Ermittlungsaufträge bekommen"* („Stern", 45/80).

Auch diese nackte Selbstenthüllung des obersten Ermittlungsleiters konnte der StA nicht einen selbstkritischen Kommentar entlocken, obwohl sich der Bundeskanzler angesichts dieser Aussage mit seiner damaligen Forderung nach einer „peinlich genauen Untersuchung" im Schlafe umdrehen und der Präsident des BKA, Horst Herold, der seine Behörde als objektivste der Welt darzustellen beliebt, zu Tode grämen müßte.

Stattdessen ermittelt die StA gegen den Informanten des „Stern" wegen Geheimnisverrats. Wahrlich eine makabre Rechts-Staatlichkeit! Bleibt abzuwarten, ob die StA jetzt auch gegen den „Stern" - so wie vor drei Jahren gleich nach den Ereignissen gegen den „Arbeiterkampf" - Anklage wegen Staatsverleumdung (§ 90a) erhebt. Das gäbe doch einen interessanten Prozeß!

Nicht weniger makaber ist die Reaktion der Presse auf die „Stern"-Enthüllung: bis auf „Morgenpost" (Hamburg), „taz" (und „Arbeiterkampf", versteht sich) bestand die Reaktion in muffigen 50-Zeilern. Da mag frau/mann sich ärgern, aber noch staatsloyaler kamen „Der Spiegel" und die „Quick" heraus:

Die „Quick" überraschte eine Woche nach der „Stern"-Enthüllung mit einer story „Zum Tod der Terroristen", in der sie sich zur Verteidigerin der staatlichen Selbstmord-Version aufschwingt unter dem Motto: *„Trotz einiger Widersprüchlichkeiten in den Fahndungsergebnissen und einiger nicht geklärter Fragen... gibt es für die internationale Kommission keinen Zweifel..."* usw.

Nun erwartet wohl niemand gerade von der CSU-nahen „Quick" in dieser Frage eine andere Position, einschließlich des dümmlichen Eifers, gleich von „F a h n d u n g s"ergebnissen zu faseln. Von unglaublicher Immoralität und faschistoider Mentalität aber zeugt die Veröffentlichung von Farbbildern der toten Häftlinge und Irmgard Möllers: Ausschnittsvergrößerungen der Köpfe mit gebrochenen Augen usw. (ich kann und will die Bilder nicht weiter beschreiben, d. Verf.). Es sind n i c h t dieselben Bilder, wie sie der „Stern" gebracht hat. Wie man hört, ist es auch nicht derselbe Informant. Aus welchen Quellen stammen diese Bilder? Wird auch der (die) Informant(en) der „Quick" seitens der StA mit einer Anzeige bedacht werden? Wir dürfen gespannt sein!

Nicht in der gleichen Mentalität, aber in derselben Entschiedenheit stellt
Nicht in der gleichen Mentalität, aber in derselben Entschiedenheit stellt
sich der „Spiegel" gegen die „Stern"-Enthüllung, die er hämisch als „bebilderte Leichenschau" charakterisiert. Dieser Anwurf verrät zunächst mehr über den klebrigen Konkurrenzgeist auf dem westdeutschen Pressemarkt als moralische Empörung - wenn ausgerechnet das Photo der nackten Irmgard Möller zum Aufpeppen dieser „Hausmitteilung" benutzt wird. Darüber hinaus nimmt der „Spiegel" für sich das perverse Verdienst in Anspruch, mit „fast dem gleichen Tatsachenmaterial", das der „Stern" jetzt vorbringe, um seine *„a b w e g i g e Forderung"* nach Wiederaufnahme des Stammheimer Ermittlungsverfahrens zu begründen, vor einem halben Jahr genau das Gegenteil bewiesen zu haben: *„Zwar hätten die eingesetzten Untersuchungsgremien in weiten Bereichen schlampig gearbeitet, aber... ‚es spricht nichts gegen die Annahme, daß es sich um Tod durch Selbstmord handelt'"*. - Das sagt n i c h t s über die Tatsachen, aber alles darüber, wie der „Spiegel" mit den Tatsachen u m g e h t.

Einziger Lichtblick in den ‚offiziellen' Reaktionen bisher: der Bundestagsabgeordneter Manfred Schmidt hat eine parlamentarische Anfrage gestellt, ob die Bundesregierung *„nach den vom STERN aufgestellten Behauptungen der mangelhaften Ermittlungsarbeit ihre Forderungen nach einer ‚über jeden Zweifel erhabenen Untersuchung' erfüllt sieht"*.

Diese Anfrage und die Enthüllungen des „Stern" werden nicht der letzte Versuch sein, Licht in das Dunkel um die „Selbstmorde" zu bringen.

Nach wie vor steht die Forderung: Einrichtung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zur restlosen Aufklärung der Vorgänge in Stammheim und Stadelheim!

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Soll am ›deutschen Wesen‹ nun auch Frankreich ›genesen‹?

**Vom Juni 1977 bis zum Mai 1980 sind 122 Attentate von französischen Faschistengruppen verübt worden.**

**Vom Juni 1977 bis zum November 1978 ca. zwei monatlich, vom Januar 1979 bis zum Dezember 1979 ca. drei monatlich, vom Januar 1980 bis zum Mai 1980 ca. sieben monatlich und vom Mai 1980 bis zum September ca. 15 Anschläge monatlich.**

**13 Anschläge, darunter zwei Morde, gehen auf das Konto der „Kommandos Delta" zurück; für 8 Anschläge übernahm die „Gruppe Peiper" die Verantwortung; für 5 die Gruppe „Charles Martel"; für 3, darunter ein Mord, die Gruppe „Ehre der Polizei". Und für 10 Attentate übernahm die am 3. September aufgelöste „FANE" die Verantwortung.**

**Zudem sind zwischen 1973 und 1978 70 algerische Arbeiter ermordet worden.**

**In Fortsetzung des Artikels *„Soweit sind sie schon..."* (AK Nr. 187) soll hier die französische Faschistenszene, ihre internationalen Verbindungen dargestellt sowie auf die sogenannte „Neue Rechte" eingegangen werden.**

Nach dem Anschlag gegen die Pariser Synagoge in der Rue Copernic ist der „Staatssicherheitshof" mit den Ermittlungen beauftragt worden.

Wie zu erwarten, ist seitdem über die Ermittlungsarbeit so gut wie nichts bekannt geworden.

Zu den Enthüllungen der autonomen Polizeigewerkschaften (s. dazu ebenfalls AK Nr. 187: *„20 % der FANE-Mitglieder sind in der Polizei beschäftigt"*) schweigt sich der französische Staatsapparat nach wie vor aus. Auf der anderen Seite werden die Polizeigewerkschaftsführer mit Repressalien bedroht, da sie den Ruf der nationalen Polizei diskreditiert hätten.

## Frederiksen zu 18 Monaten Haft verurteilt

(... davon allerdings 12 mit Bewährung).

Am 18. September begann der Prozeß gegen den Führer der ex-„FANE", Marc Frederiksen. 5 zivile Parteien hatten gegen den Herausgeber der ex-„FANE"-Zeitung „Unser Europa" Klage erhoben wegen Aufforderung zum Rassismus und Antisemitismus, Verherrlichung NS-Deutschlands u.a.m.:

die MRAP, die LICRA (zwei Bewegungen gegen Rassismus und gegen Antisemitismus), die „Nationale Föderation der Deportierten, Widerstandskämpfer und Patrioten", das „Aktionskomitee des Widerstands" und das „Komitee zur Ehre des Geistes des Widerstands".

zur Ehre des Geistes des Widerstands".

Auf der ersten Sitzung äußerte Frederiksen provozierende, zynische Sprüche wie: „... *Die Endlösung ist eine Erfindung der Juden selber, um von den Deutschen Wiedergutmachungsgelder zu erhalten"* oder: *„Neulich haben sich Juden in Baton-Rouge* (Vorort von Paris, Anm. AK) *versammelt, obwohl sie doch angeblich alle von Hitler vergast sein sollen"* („Le Monde", 18.9.80). Am Besuch der zweiten Sitzung war Frederiksen wirksam gehindert, da er sich aufgrund einer „antifaschistischen Intervention" (s. AK Nr. 187) derzeit im Krankenhaus aufhält. U.a. wegen „Verherrlichung von Rassen-Haß und Kollaboration mit dem Feind" (gemeint ist das Vichy-Regime, Anm. AK) wurde er nun am 17.10. zu 18 Monaten Knast, davon 12 mit „Bewährung" (?), verurteilt sowie zur Zahlung von 9000 Francs an die 5 Klägerparteien. Darüber hinaus dürfen alle 5 Kläger den vollständigen Text des Urteils gegen Frederiksen in einer Zeitung ihrer Wahl auf Kosten desselben veröffentlichen lassen („LM", 18.10., 19.10.).

## Die Faschisierung des französischen Staatsapparates

Als er sich noch als Maoist verstand, schrieb Andre Glucksmann (heute sogenannter „Neuer Philosoph") einmal: *„Der Faschismus von heute bedeutet nicht mehr die Einnahme des Innenministeriums durch rechtsextremistische Gruppen, sondern die Einnahme Frankreichs durch das Innenministerium"* („Neuer Faschismus, neue Demokratie", Rotbuch 1972).

Bereits im Schatten des Generals de Gaulle blühte die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und allen möglichen undurchsichtigen Elementen.

1947 gründete de Gaulle den „RPF" („Sammlungsbewegung des französischen Volkes"), wo sich zahlreiche ehemalige Vichy-Funktionäre und andere Faschisten wieder trafen.

Zum Beispiel Foccard, der später verantwortlich war für die Entführung und Ermordung des marrokkanischen Oppositionellen Ben Barka (1965). Oder auch der vor kurzem verstorbene Alexandre Sanguinetti, zur Zeit der Volksfront (1936 - 39) Mitglied in den faschistischen Organisationen „Action francaise" und „Camelots du Roi" und viele andere mehr.

Am 13. Mai 1958 schließlich organisierte diese hübsche Gesellschaft einen Staatsputsch, um de Gaulles Machtübernahme zu ermöglichen. Der erste Akt de Gaulles bestand in der Neufassung der französischen Verfassung. Durch den Artikel 16 der Verfassung von 1958 ist die Einführung des Faschismus legalisiert worden: „... *Wenn die Institutionen der Republik ... schwerwiegend und unmittelbar bedroht sind und die normale Funktionsweise der verfassungsmäßigen Behörden unterbrochen ist, trifft der Präsident der Republik die notwendigen Maßnahmen"*. Einzig und allein der Präsident der Republik entscheidet, ob und wann die Institutionen bedroht sind. Einzig und allein der Präsident der Republik bestimmt über die Anwendung des Artikel 16.

Einer der ersten Innenminister de Gaulles war Marcellin

Einer der ersten Innenminister de Gaulles war Marcellin.

Nur 5000 Franzosen bekamen die zweifelhafte Ehre, mit dem „Orden der Franzisque" von dem Hitler-Kollaborateur, Marschall Petain, dekoriert zu werden. Marcellin war unter der Matrikelnummer 2232 einer dieser 5000.

Unter Marcellin wurde 1963 die Vichy-Institution des „Staatssicherheitshofes" wieder eingeführt.

Unter de Gaulles Mannschaft wurden die diversen Parallelpolizeien aufgebaut, die sich aus Mafia-Milieu und Polizei rekrutierten: die „SAC"




**aus „Le Monde", 7.10.80 Text: Sie mißachten meine Meinungsfreiheit.**

(„Bürgeraktion-Dienst"), die „CDR" („Komitees zur republikanischen Verteidigung") und die faschistische Gewerkschaft „CFT".

In Lyon war beispielsweise der Generalstabschef der regionalen CRS (ähnlich dem BGS, Anm. AK), Rene Farge, Verantwortlicher der „SAC". Die „SAC" war darüber hinaus im Waffenschmuggel und Zuhältergeschäft verwickelt. 1968 hatte die „SAC" sich eine Kartei von Linken in Marseille aufgebaut. Sie hatten als Anweisung von „hoher Stelle" (Marcellin!!) bekommen, alle erfaßten Linken in Marseille zu verhaften und sie ins Stadion der Stadt zu bringen (seinerzeit von „Liberation" enthüllt).

Die „CDR", auf Appell von de Gaulle gegründet, wurden laut Statut (!) durch Subventionen des Staates und der Kommunen bezahlt.

1971 erschoß ein Mitglied der „CDR" in Puteaux ein Mitglied der PS beim Plakatekleben.

1972 wurde das KPF-Mitglied Michel Labroche von den „CDR" in Hirson ermordet. Schließlich, was die „CFT" betrifft: sie arbeitet mit der neofaschistischen italienischen Gewerkschaft „CISNAL" und den entsprechenden spanischen Filialen zusammen, früher ebenso mit der portugiesischen „PIDE".

Diese gaullistische Tradition ist von seinen Nachfolgern Pompidou und Giscard d'Estaing nicht gebrochen worden.

Im Ordnerdienst des Kandidaten Giscard bei den Präsidentschaftswahlen 1974 findet man nahezu alle Führungsfiguren der französischen Faschistenbewegung wieder (s. AK Nr. 187).

## Die französische Faschistenszene

1964 wird die Gruppe „Occident" gegründet. Schon ab 1951 war vom Gründungspersonal, Philippe Wolf, J.-J. Varenne und G. Marchal, eine gleichnamige Zeitschrift herausgegeben worden. Spezialisiert war diese Gruppe, die im November 68 aufgelöst wurde, in Überfällen auf Universitäten und linke Veranstaltungen.

Am 8. Januar 1967 griffen Kommandos der Gruppe „Occident" eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes in Rouen an. Es gab sehr viele Schwerverletzte. Verschiedene Führer von „Occident", darunter Alain Robert (später, 1974, im Ordnerdienst von Giscard), wurden daraufhin verhaftet, allerdings zwei Monate später wieder freigelassen.

1968 gründet „Occident" die „Vereinigte Front zur Unterstützung Süd-Vietnams", zusammen mit Roger Holleindre, den wir gleich wieder treffen werden. Am 12. Juni 1968 werden alle linken Organisationen in Frankreich für aufgelöst erklärt. Erst im November folgt die Auflösung von „Occident".

Daraufhin gründen die Mitglieder des aufgelösten „Occident" zunächst die „GUD" („Gruppen zur Einheit und Verteidigung"). Am 2. Mai 1969 verteilt die Gruppe vor dem Pariser Gymnasium „Louis-Le-Grand" einen ihrer Ergüsse. Sie haben Offensivgranaten dabei, die sie einsetzen, als es zu einer Auseinandersetzung kommt. Ein Genosse verliert dabei eine Hand.

Die „GUD" legten als ihr Generalquartier die Jura-Fakultät von Assas (Paris) fest. Assas gilt heute noch nach wie vor als „Fascho-Uni".

Ebenfalls 1969 wird die offizielle Nachfolgeorganisation „Ordre Nouveau" („Neue Ordnung") gegründet. Eine ihrer ersten Veranstaltungen mit „Gästen" aus der westdeutschen NPD, der italienischen MSI und der spanischen Falange (26.2.70) wird letztendlich verboten.

Im April 1970 veranstalten sie einen Kongreß. Finanziert werden sie laut Enthüllungen beispielsweise durch verschiedene Banken: die „Bank von Paris und den Niederlanden", die „Wormsbank" sowie die „Indochina-Bank" (die letzte ist wiederum mehr oder weniger „Privateigentum" der Giscard d'Estaing-Familie... und hatte schon das Vichy-Regime subventioniert).

„Ordre Nouveau", deren Plakate meistens in Italien gedruckt wurden, veröffentlichte damals die Liste ihrer „Bruderparteien":

*„Groß-Britannien: National Front;*
*Schweden: Nysvenska Rorelsen;*
*Finnland: Kleine Landarbeiter (damals 18 Abgeordnete);*
*Spanien: Fuerza Nueva (damals 20 Abgeordnete);*
*Italien: Movimento Sociale Italiano (damals 25 Abgeordnete);*
*Griechenland: Bewegung des 4. August;*
*Holland: Diest Volks Inie;*
*Türkei: Partei der nationalen Einheit, Türkes;*
*Belgien: Ordre Nouveau Belgique und Volks Unie (damals 22 Abgeordnete);*
*BRD: Aktion Neue Rechte;*
*Schweiz: Action Nationale und Mouvement republicain (damals 11 Abgeordnete);*
*Portugal: Legiao Nacional;*
*Österreich: NPD;*
*Kroatien: Kroatische Befreiungsfront;*
*Polen: Norodnie Silly Zbrojne;*
*Litauen: Befreiungskomitee Litauen;*
*Ukraine: Junge Ukrainer;*
*Litauen: Befreiungskomitee Litauen;*
*Ukraine: Junge Ukrainer;*
*Sowjet-Union: Norodnie Troboye Soyouz"*

(aus der Zeitung von „Ordre Nouveau", 1971).

Diese Organisation wurde 1973 aufgelöst. Ein Jahr zuvor (1972) war bereits die „Front National" („Nationale Front") von Jean-Marie Le Pen gegründet worden.

Dort sind wieder Roger Holleindre, Alain Robert und Francois Brigneau mit von der Partie.

Auszüge aus dem Programm von „Front National": *„Das Kind als König, das Kind, das alle Rechte genießt, das angeborene gute Kind – das bedeutet, aus Eltern Sklaven zu machen, Eltern, die nur Pflichten haben, die nur böse sind. ... Die Familie muß glorifiziert werden, sie muß verteidigt, geehrt werden. Wir werden kämpfen, um die Familie zu beschützen und zu stärken, gegen alle Versuche, die ihre Zerstörung wollen... Die legale Einführung der Politik an den Schulen erscheint uns als eine große Gefahr, die die Zukunft der Heranwachsenden bedroht...*

*Den Menschen muß der Geschmack an der Arbeit wiedergegeben werden... Es soll eine mutige Lohnpolitik begünstigt werden... Jeder Unternehmer hat ein Anrecht auf Respekt und loyale Zusammenarbeit aller mit ihm...*

*Die einzige Hierarchie, die der nationale Staat anerkennt, ist die der Intelligenz, des Talents, des Willens, des Mutes und des Verdienstes...*

*Zwischen dem amerikanischen Giganten und dem sowjetischen Reich können die europäischen Nationen nur durch ihre Einigung überleben...*

*Unsere Feindschaft gilt der kommunistischen Subversion und ihrer linksradikalen Abweichung, dem*

Fortsetzung nächste Seite



Frederiksen und zwei seiner Leibwächter.

Fortsetzung von vorheriger Seite

*Kollektivismus, der die Familie, das Individuum und die regionalen Besonderheiten zerstört"* (Gründungsprogramm der „FN", 1972).

Auf der öffentlichen Gründungsveranstaltung erklärte Francois Brigneau überflüssigerweise: *„Wir sind primär Anti-Kommunisten"* (7.11. 72).

Weiter existieren in Frankreich die Gruppen:

- „Oeuvre Francaise" von Pierre Sidos, eine Gruppe, die sich vorzugsweise der „Enthüllung" der weltweiten „jüdischen Verschwörung" widmet, und die eng mit der ex-„FANE" verbunden ist.
- „Action francaise" (französische Aktion), eine monarchistisch-faschistische Organisation, die dem letzten König, Ludwig XVI., nachtrauert.
- „Devenir Européen" („Europäisches Werden"), von Yves Jeanne gegründet, früher Waffen-SS und Ex-Führer des „WUNS" („Weltbund der Nationalsozialisten"), ebenfalls in engen Kontakt zur Ex-„FANE" und zum „GRECE" (s.u.).
- „Groupes nationaux revolutionnaires de base" (GNRDB: Nationale revolutionäre Basisgruppen), wovon ein Teil bereits zur Ex-„FANE" übergetreten ist.
- „Militant", eine Zeitung, die zur „harten" Tendenz innerhalb der „Front National" gehört, und die mehr oder weniger mit der ex-„FANE" identisch ist.
- „Mouvement Nationaliste Révolutionnaire" (MNR: Nationalrevolutionäre Bewegung), von Jean Gilles Malliarakis gegründet, besonders stark rassistisch ausgeprägt.
- „Parti des Forces Nouvelles" (PFN: Partei der Neuen Kräfte), 1973 gegründet, versteht sich als „Eurorechte", arbeitet privilegiert mit der MSI und mit der spanischen „Fuerza Nueva" zusammen, über Louis Pauwels dem „GRECE" verbunden.
- „Nouvel Ordre Européen" (Neue Europäische Ordnung), bereits 1951 gegründet als Filiale einer geplanten europaweiten Naziorganisation. Sie bringt die Zeitung „Europe Réelle" bzw. „Europa Aktion" heraus; heute sind nahezu alle ihre Mitglieder in Führungspositionen der Organisation der „neuen Rechten", „GRECE", beschäftigt.
- Schließlich gehört zu dieser Liste die Wochenzeitung „Minute", deren Herausgeber der schon weiter oben erwähnte Francois Brigneau ist.

## Einige Biographien

**Roger Holleindre:**
1929 geboren, wird aufgrund seines Alters als Freiwilliger für den Korea-
Alters als Freiwilliger für den Korea-
krieg abgelehnt, engagiert sich später in der Armee, um als Fallschirmjäger nach Indochina zu gehen. Während des Algerienkrieges Mitglied der OAS. 1965 beteiligt er sich an der Wahlkampagne für den faschistischen Kandidaten Tixier-Vignancourt. Später gründet er die „Vereinheitlichte Front zur Unterstützung Süd-Vietnams" (1969). Dabei beim Angriff auf die Schüler vom Gymnasium „Louis-le-Grand" in Paris, wird zwar verhaftet, aber bald wieder freigelassen. Schließlich tritt er beim „Front National" ein.

Für den „Front National" kandidierte 1978 auch Marc Frederiksen, Führer der aufgelösten „FANE". Vorher hielt er sich längere Zeit in Süd-Vietnam auf.

**Jean-Marie Le Pen:**
Geboren 1928, ist sowohl beim Indochina- wie beim Algerienkrieg dabei, spezialisiert sich dabei auf spätere Übergriffe auf algerische Arbeiter in Frankreich.

1965 unterstützt er die Präsidentschaftskandidatur von Tixier-Vignancourt (s.o.). Am 7.11.72 wird er als Führer der „Front National" proklamiert.

**Francois Brigneau:**
Geboren 1919, sein richtiger Name ist Emmanuel Allot. 1940 unterstützt er Pétain. 1944 wird er von Widerstandkämpfern gefaßt und muß 15 Monate im Knast verbringen. Arbeitet dann bei verschiedenen Zeitungen mit, wie „France-Dimanche", „Aurore" und schließlich „Minute". Dort wird er Chefredakteur. Unterstützt die Kandidatur von Tixier-Vignancourt.

Ein Zitat von ihm: *„Wenn man das Eigelb und das Eiweiß des Eis vermischt, wird alles gelb. Bleiben wir weiß!"* (aus seinem Buch „Meine Nachkriegszeit", 1966, S. 322).

1971 tritt er bei „Ordre Nouveau" ein, heute ist er Vize-Präsident der „Front National".

## Internationale Verbindungen

1951 fand im schwedischen Malmö wieder ein erster internationaler NS-Kongreß statt. An diesem Treffen nahmen unter anderem teil: der Franzose Maurice Bardèche, der Schwede Per Engdal, der Italiener Ernesto Massi. der Ex-Waffen-SS'ler Heinz Priester, der belgische Ex-SS'ler del Bault, der englische SS'ler Mosley, der Schweizer G.-A.Amaudruz (Autor des Buches „Wir Rassisten"). Jahres spaltete sich diese Gesellschaft in zwei Strömungen: eine „nationalsozialistisch-konservative" (uneingeschränkt für Hitlers Vorstellungen und Praxis) und eine „neofaschistische", die zur Gründung der „Neuen Europäischen Ordnung" führte.

Danach fanden jährlich Kongresse in größeren europäischen Städten statt: in Mailand (1965 und 1967), in Rom (1968), in der Nähe von München (1972 und 1973). Delegierte kamen aus Griechenland, Italien, Frankreich, der BRD, Portugal und Spanien.

Insbesondere bemerkte man die Anwesenheit von Pino Rauti, Delle Chiaie, Ex-Waffen-SS'ler Robert Leroy, Pierre Clementi, Rolf Guérin-Sérac und Yves Guillon. Rolf Guérin-Sérac scheint eine zentrale Figur innerhalb der internationalen Nazi-Szene zu sein. Guerin-Serac, Ex-Mitglied der OAS, flüchtete seinerzeit nach Portugal, wo er die Presseagentur „Aginter Press" leitete. Nach der portugiesischen Revolution wurde nachgewiesen, daß diese sogenannte Presseagentur nichts anderes war als eine zentrale Tarnstelle der schwarzen Internationale, die zudem eng mit der faschistischen Polizei „PIDE" kollaborierte.

Dort gefundene Dokumente zeigten zum Beispiel, daß die „Aginter Press" an der „Spannungsstrategie" in Italien mitgewirkt hatte. Andere Dokumente enthielten die Empfehlung an alle europäischen Freunde, Polizei und Armee in ihren jeweiligen Ländern zu infiltrieren.

1967 wurde auf Formosa die „Internationale antikommunistische Liga" gegründet.

Als das griechische Obristenregime fiel, wurde enthüllt, daß zahlreiche italienische und französische Nazis regelmäßig in Griechenland „trainiert" hatten. 1974 erklärte der Chef der italienischen Geheimdienste, es gebe tatsächlich so etwas wie ein „internationales Gehirn", während der Ex-Innenminister Taviani meinte, das Zentrum der schwarzen Internationale residiere in Frankreich.

In der Tat befand sich damals Rolf Guérin-Sérac wieder in Frankreich. In der Tat fanden in Frankreich am 28./29. 12. 1974 sowie am 28. 3. 1975 weitere internationale Nazitreffen statt. An diesen Treffen nahm Rolf Guérin-Sérac auch teil. Neu in der Delegiertenliste war diesmal die Anwesenheit von Argentiniern. Diese Fakten wurden seinerzeit nicht durch die französische Polizei, sondern durch die italienische Polizei bekannt gegeben.
gegeben.

Ein weiterer internationaler Treff fand am 12. 9. 1976 in New Orleans (USA) statt, 42 Organisationen hatten Delegierte entsandt.

Anläßlich des Anschlags auf eine Ausländer-Unterkunft in Hamburg (22. 8. 1980) wurde festgestellt, daß die Ex-FANE mit der Bombenleger-Gruppe (Roeder-Bande) enge Kontakte hat. Frederiksen, Chef der Ex-FANE, hat in einer „Monitor"-Sendung (14.10.80) selber seine Zusammenarbeit mit der Frankfurter VSBD, die wiederum mit der WSG Hoffmann über Doppelmitgliedschaften liiert ist, bestätigt. Die FANE hatte zu einem Treffen der VSBD in Frankfurt im Februar dieses Jahres Delegierte entsandt. Im August dieses Jahres beteiligten sich FANE-Mitglieder an einem Treffen in Hamburg. Schließlich heißt es, Hoffmann habe seinen letzten Urlaub mit FANE-Führungspersonal verbracht.

Gegenüber „Le Monde" (Ausgabe vom 2.10.80) berichtet ein Bewohner desselben Hauses, in dem die FANE ihr Büro unterhielt: *„Am 24. 11.79 organisierte Herr Frederiksen ein Bankett in meinem Lokal. Es waren ca. 50 uniformierte Menschen, sie trugen alle Hakenkreuze und verkauften Poster von Hitler für 5 Francs. Einige sprachen deutsch, andere italienisch. Es gab auch Belgier dabei. Meiner Frau gegenüber machten sie den Nazi-Gruß".*

Die oben bereits erwähnte Organisation „Nouvel Ordre Europeen" (NOE), 1951 nach der Malmö-Konferenz gegründet, existiert heute nach wie vor. Ihr Ziel ist die Verteidigung der sogenannten „weißen Rasse" und von „Hitlers Vermächtnis", nämlich den Aufbau eines nationalsozialistischen Europas zu bewerkstelligen. Sie versteht sich als ein Versuch der Zusammenfassung der verschiedenen „nationalen Kräfte" auf europäischer Ebene. Generalsekretär des Vereins ist G.-A. Amaudruz (Schweiz). Der belgische Vertreter der NOE ist Jean Robert Debbaudt, Ex-Waffen-SS'ler. Von ihm stammt ein Artikel „Faschist? Ja!", in dem es heißt: *Mit dir, Rudolf Hess, sagen wir NEIN! Es lebe Rudolf Hess! Es lebe die weiße Rasse! Es lebe das vereinte Europa! Wir werden siegen! Mit dem faschistischen Schwert!"* („Europe Réelle", Nr. 112, Februar '71).

In Italien ist ein gewisser D.A. Cruciani Korrespondent der NOE, gleichzeitig ist er MSI-Mitglied. In Frankreich arbeitet in der NOE ein gewisser Pierre Clementi mit. Clementi war bereits 1934 bei der Gründung einer faschistischen Partei dabei. Später arbeitete er in Lyon mit Klaus Barbie/Altmann zusammen. Eine zeitlang bringt er eine eigene Zeitung heraus, „Action Européenne", wobei er mit einem ehemaligen SS'ler, der in Athen bei den Obristen Zuflucht gefunden hat, zusammenarbeitet: Dr. Siegfried Schoenberg. Gemeinsam bauen sie eine Agentur auf: „World Service", die den „World Service Digest" veröffentlicht, eine monatlich erscheinende Zeitschrift in mehreren Sprachen verfaßt, in der der Führer der aufgelösten FANE, Frederiksen, seinerzeit ebenfalls mitarbeitete.

## Eine „Neue Rechte", die gar nicht so neu ist

Im Januar 1963 erscheint eine neue Zeitschrift, „Europe Action", gegründet von einem Dominique Venner. Mitarbeiter sind vorzugsweise Ex-OAS'ler, Fallschirmjäger und Konsorten. Diese Zeitung hat Korrespondenten in Portugal, Spanien und Italien.

Einen kleinen ideologischen Einblick geben folgende „Definitionen" von Dominique Venner:

*„Ehre: unübersetzbares Wort in nichteuropäischen Sprachen.*

*Fallschirmjäger: symbolisiert die männlichen Tugenden und den Lebensinstinkt des europäischen Mannes".*

Oder: *„Algerier: Menschen, die sich hier immer mehr einnisten und uns als Geschenk ihre Krankheiten, ihre Triebe und ihre Syphilis mitbringen"* (D. Venner, Oktober '64 in „Europe Action").

1966 wird eine neue Zeitschrift herausgegeben, „Nouvelle Ecole" („Neue Schule"), als Ablösung von „Europe Action". Diese Zeitschrift zählt heute neben anderen zu den Hauptorganen der Neuen Rechten, die sich dann 1969 eine Organisation namens GRECE (Gruppe zur Forschung und zum Studium einer europäischen Zivilisation) gaben.

Aber zunächst zurück zur „Nouvelle Ecole". Sehen wir uns die verschiedenen Mitarbeiter an:

- Jean Mabire, während des Algerienkrieges Offizier des ersten Fallschirmjäger-Bataillons, Mitarbeiter bei „Minute" (s.o.), Ex-Herausgeber von „Europe Action";
- Jean Cau, faschistischer Schriftsteller, fanatischer Anhänger der Todesstrafe, denn würde man sie aufheben, wäre „die Angst vor der Polizei" aufgehoben;
- A. Dauphin-Meulnier, Kollaborateur während des Vichy-Regimes;
- Thierry Maulnier, bereits 1930 Mitglied von „Action Francaise" (s.o.);
- Pierre Vial, Ex-Verantwortlicher der faschistischen Studentenorganisation FNE („Föderation der nationalistischen Studenten"), heutiger Herausgeber von „Nouvelle Ecole";
- Patrice de Plunkett, Ex-„Ordre Nouveau" (s.o.);
- Francois d'Orcival, Ex-„Occident", Ex-„Ordre Nouveau";
- Alain de Benoist, der „Ideologe" der „Neuen Rechten", ex-Redaktionsmitglied von „Europe Action", von „Fascisme francais", „Observateur européen", „Défense de l'Occident", ex-Mitglied von „Occident" und Mitarbeiter von „Ordre Nouveau".

Die wichtigsten Männer des GRECE sind heute:

- Jacques Bruyas, ehemaliger regionaler Verantwortlicher von „Europe Action" in Nizza, ehemaliger Regionalverantwortlicher der FEN im Département Alpes-Maritimes, zeitweise Direktor des GRECE, heute Präsident des lokalen GRECE-Kreises in Nizza;
- Roger Lemoine, ex-Sekretär von „Europe Action", Präsident und Kanzler des GRECE, verantwortlicher Redakteur der GRECE-Zeitschrift „Elements";
- Jean-Claude Valla, ehemaliger Regionalverantwortlicher von „Europe Action" in Lyon, Generalsekretär des GRECE und einer seiner sechs Gründer, zusammen mit Alain de Benoist Hauptinhaber des GRECE-Verlages „Editions Copernic";
- Yvan Blot, seinerzeit Chefredakteur des internen GRECE-Rundschreibens, im „ideologischen Sekretariat" des GRECE tätig, unter den Namen Michel Norey Redaktionsmitglied der „Nouvelle Ecole", Präsident des Club de l'horloge (Uhrenwerkclub):
- Jean-Claude Bardet, ehemaliger Präsident des „Instituts für westliche Forschungen" (seinerzeit von Dominique Venner gegründet), Verwaltungsdirektor der Zeitschrift „Elements", einer der sechs GRECE-Gründer;
- Yves Christen, Soziobiologe, Mitglied des Verwaltungsrates des GRECE, gehört ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern;
- Philippe Conrad, ehemaliges Mitglied von „Europe Action", Vize-Generalsekretär des GRECE, Chefredakteur der GRECE-Zeitschrift „Nation Armée" („Bewaffnete Nation");
- Michel Marmin, Vize-Generalsekretär des GRECE, Gründungsmitglied;
- Philippe Millau, ehemaliges Mitglied der FNE, Verwaltungsratsmitglied beim GRECE;
- Dominique Venner, Gründer von „Europe Action" und weiterer faschistischer Gruppierungen, Mitglied des Redaktionskomitees von „Nouvelle Ecole", tritt meistens unter dem Namen Julien Lebel auf.

### Was ist der GRECE?

Der GRECE wurde 1969 gegründet. Seine Absichten definiert er als „metapolitisch" bzw. „wissenschaftlich" oder „kulturell".

Diese Zielsetzung wird begleitet von einer Strategie des Entrismus auf hoher Ebene: *„Der GRECE ist nur von Interesse in dem Maße, wie die Ideen, die wir dort entwickeln, eines Tages im öffentlichen Leben eine Rolle spielen werden, ... Denn die Theorie entwickelt sich eines Tages zur Praxis, entweder aufgrund der Menschen, die sie entwickelt haben, oder aufgrund der Anhänger dieser Theorie... Wir ermutigen unsere Mitglieder, sich überall einzumischen, sich überall zu engagieren, vorausgesetzt, die dortigen Möglichkeiten sind groß. Ob in Kolloquien, Redaktionen, Debatten, wissenschaftlichen oder einfachen kulturellen Verbänden... Was wir brauchen, sind einfluß-*
*den... Was wir brauchen, sind einfluß-*
*reiche Männer, die ihren Platz in den heutigen Entscheidungssphären haben, und noch wichtiger, in denen von morgen"* (Zitate von Jacques Bruyas, „Nouvelle Ecole" Nr. 4).

Um den Erfolg der "Entrismus-Strategie" zu garantieren, ist eine gewisse Polierung der Sprache notwendig: *„Wir müssen sehr vorsichtig bei der Anwendung unseres Vokabulars sein. Insbesondere muß eine überaltete Phraseologie fallengelassen werden, neue Gewohnheiten müssen geschaffen werden"* (Internes GRECE-Bulletin, Februar 1969).

Die Strukturen des GRECE sind die folgenden:

- Kandidaten: Um als Kandidat akzeptiert zu werden, muß sich ein "Pate" finden;
- Mitglieder: Um Mitglied zu werden, muß der Kandidat sein Engagement für die Ideen des GRECE bewiesen haben;
- Assisten-Mitglieder: Mitglieder, denen die Fähigkeit zur Weiterentwicklung der GRECE-Theorie zugetraut wird;
- Gründer-Mitglieder: Mitglieder, die die Organisation formal mitbegründet haben oder dazu kooptiert wurden;
- Der Kanzler;
- Die Zentrale;
- Die Kommanderie;
- Zentrale Sekretariate:
  a) Sekretariat „Studium und Forschung";
  b) Finanz- und Verwaltungssekretariat;
- „Club der 100";
- Die „Traditionen-Kommission";
- Regionale Zirkel, lokale Zirkel oder spezialisierte Zirkel;
- Auslandszirkel und internationale Verbindungen (Italien, Griechenland, BRD, Skandinavien, Belgien, Großbritannien, Spanien, USA, Südafrika, Lateinamerika);

Fortsetzung nächste Seite






**Französisch-englische Faschisten-Kontakte: Carolyn Giles, Mitglied der „National Front" bei einem Aufmarsch am 17.8.80 in Nuneaton/England (links)... und auf einem Werbeplakat der französischen FANE.**

## Die Karriere des Klaus Altmann/Barbie

Der SS-Hauptsturmführer Klaus Barbie, als Vizechef der Lyonner Gestapo verantwortlich für die Deportation hunderter französischer jüdischer Kinder, in Frankreich dafür bereits zum Tode verurteilt, lebt – wie man weiß – ein gemütliches Leben in Bolivien. Ein Auslieferungsantrag ist seitens der bolivianischen Regierung immer abgelehnt worden, da man in Bolivien angeblich nur zehn Jahre lang jemanden wegen früherer Verbrechen verfolgen könne – diejenigen von Klaus Barbie/Altmann seien nun „verjährt". (Aber das bolivianische Volk können die Gleichen, die Barbie/Altmann schützen, jahrelang quälen!).

Wie schon in verschiedenen Zeitungen berichtet, gehört Klaus Barbie/Altmann zu den engsten Beratern des Innenministers Arce Gomez (welcher wiederum in das Kokaingeschäft verwickelt ist wie andere Militärs auch). Seine Tätigkeiten begrenzt der „Henker von Lyon" nicht nur auf das Inland – im Gegenteil: Er geht weltweit seinen Geschäften nach. So soll die österreichische Rüstungsfirma „Steyr-Daimler-Puch" aufgrund des persönlichen Einsatzes von Klaus Barbie in den Jahren 1978-1979 hundert Panzer des Typs „Kuirassier" an Bolivien geliefert haben. Dieser Panzertyp wird im übrigen in partieller Zusammenarbeit mit Frankreich gebaut...

Die gleiche ehrwürdige Firma war vor kurzem ins Rampenlicht geraten, als bekannt wurde, sie beabsichtige, 100 dieser gleichen Panzer dem Chile Pinochets zu liefern. (Informationen aus „Le Monde", 13.8. und 11.9.80).

### Bolivianische Faschistenkommandos in Paris

Dies enthüllte die Tageszeitung der KPF, die „Humanité", am 8.10.80. Seit ca. sechs Wochen sollen bolivianische „Netze", die schon länger in der französischen Hauptstadt existieren, auf Order von La Paz „reaktiviert" worden sein. Mindestens zwei Offiziere, schreibt die „Humanité", aus den Diensten des Generals Meza und des Kolonel Arce Gomez befinden sich nun in Paris. Das „Netz" ist personell verstärkt und in zwei Gruppen geteilt worden: eine Gruppe, die Informationen über die Wohnungen, Tätigkeiten und Aktivitäten der bolivianischen Demokraten sammelt; eine zweite, die sich der „direkten Aktion" widmet.

Als Namen werden genannt (ebda.): Fernando Monroy und Roberto Patra, beide Geheimdienstoffiziere der Junta. Fernando Monroy hat sich an dem Überfall auf die COB in La Paz am vergangenen 17. Juli beteiligt. Ebenso soll er die Operation zur Verwüstung und totalen Zerstörung der AFP-Büros in La Paz geleitet haben.

Die bolivianischen Agenten treffen sich meistens im bolivianischen Konsulat in Paris. Sie haben einen ziemlich hohen Lebensstandard. So fiel einer von ihnen, Bufalo Pacheco, auf, als er in einem Pariser Luxusgeschäft 8 Hemden und 6 Hosen bezahlen wollte (in Dollars versteht sich), und dabei sein Revolver aus Versehen auf den Boden fiel.

Die „Humanité" gibt dazu noch Autonummern an.

Man ist gespannt, wie schnell Innenminister Bonnet in Frankreich reagieren wird??!

**Frankreich-Kommission**




Pariser Demonstration vor dem Denkmal des „unbekannten jüdischen Opfers" vom 9.10.80

Fortsetzung von vorheriger Seite

– Die Veröffentlichungen des GRECE: „Nouvelle Ecole", „Elements", „Etude et Recherche" (Studium und Forschung), „Internes Bulletin", Verlag Edition Copernic.

Zu den Publikationen des GRECE gehören auch die Tageszeitung „Le Figaro" (seit 1977) und die Wochenzeitung „Le Figaro-Magazine". Inhaber der Zeitungen ist Robert Hersant, Mitglied der Giscard-Partei, der 1940 die NS-Organisation „Junge anti-jüdische und anti-freimaurerische Front" gründete. (Robert Hersant: *„Ich habe nichts Schlimmes getan. Zum Beispiel bestand meine Arbeit zeitweise nur daraus, in jüdische Läden zu gehen und die Verkäuferinnen zu ohrfeigen"*, „Etincelle-extra", Okt. 80). Generalredakteur ist Louis Pauwels, Mitglied der sogenannten „Eurorechten"-Partei PFN. Dort arbeiten auch mit: Alain de Benoist, Jean-Claude Valla, Patrice de Plunkett, Michel Marmin.

Der weiter oben erwähnte Club de l'Horloge setzt sich aus hohen Staatsfunktionären zusammen (z.B. ex-Innenminister Poniatowski) und begreift sich als „Theorie-Laboratorium".

1975 gründete der GRECE zudem den CLOSOR (Verbindungskomitee der Reservesoldaten und Offiziere) sowie die Zeitschrift „Nation Armée". Wie beim Club d l'Horloge soll es sich offiziell um eine vom GRECE unabhängige Institution handeln. Allerdings findet man im Ehrenkomitee des CLOSOR oder bei „Nation Armée" die Namen von Jacques Buryas (Gründer des GRECE) oder Philippe Conrad (Redaktionsmitglied von „Nouvelle Ecole") nebst anderen. Die Zeitschrift „Nation Armée" erscheint zudem im GRECE-Verlag Editions Copernic. Schließlich wurde im Juni 1977 der CIEL gegründet (Komitee der Intellektuellen für das Europa der Freiheiten). Einige Namen: Louis Pauwels, die Schriftsteller Ionesco und Arrabal, Raymond Aron (Journalist bei der Wochenzeitschrift „L'Express") und andere mehr.

## Die Ideologie des GRECE

Im folgenden wollen wir zu einigen wesentlichen Themen die Positionen des GRECE anhand von Zitaten kurz nachzeichnen.

**Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation:**

*„Die drei Aspekte der Bedrohung – Energiekrise, Konkurrenz der unterindustrialisierten Länder, Zusammenbruch des internationalen Währungssystems – schließen eine Lösung auf internationaler Ebene aus ... Der Rahmen der Antwort auf diese Herausforderung kann nur innerhalb bestimmter wirtschaftlicher Räume gefunden werden ... Europa ist ein solcher Wirtschaftsraum. Auf europäischer Ebene müßte die neue Wirtschaft um vier fundamentale strukturelle Aktionen organisiert werden:*

- *Die Schaffung eines semi-autarken Wirtschaftsraums,*
- *ein mittelfristiger Energieplan,*
- *der Rückzug aus dem internationalen Währungssystem,*
- *die Veränderung des Verhältnisses Staat/Unternehmen.*

*... Der europäische Mensch ist heute durch den Wohlstand der Massengesellschaft gelähmt, der europäische Mensch verliert derzeit den Faden, der ihn mit seinen Ahnen verbindet ... Die heutige Gesellschaftsform sucht nicht die Macht, sondern nur das individuelle Glück und Konsum, zuungunsten des historischen Schicksals der Völker ..."*
(aus „Elements", März 1979).

Dem GRECE schwebt eine Wirtschaftsform der Gesellschaft vor, die „höheren" Werten untergeordnet ist, die allein der Staat garantieren bzw. definieren soll.

Dabei sollte der „Konsum" (zumindest auf Massenebene) eingeschränkt werden:
*„Die Priorität, die dem Konsum gegeben wird, unterstreicht die heutige Beschränkung der Wirtschaft auf das 'Soziale' und auf die Verteilung des materiellen Komforts. Dadurch wird der Wirtschaft ihre erneuernde Funktion genommen"* (ebd.).

Die „Gier nach dem Konsum" ist laut GRECE schuld an dem Übel der Streiks: *„Es gibt eine Dekadenz der Forderungen"* (ebd.).

**Die Rassenfrage:**
Der GRECE verteidigt vehement die „Überlegenheit der weißen Rasse". Dazu hat er eine in den USA schon länger en vogue stehende „Wissenschaft", die „Soziobiologie", in Frankreich ausgebaut.
*„Die Soziobiologisten haben für einen Skandal gesorgt, indem sie den 'natürlichen' Charakter (weil das 'Interesse' der Gene begünstigend) der traditionellen Keimfamilie und des Unterschieds der weiblichen und männlichen sozialen Rollen behauptet haben. Wilson (Zoologieprofessor an der Harvard-Universität, Autor des Buches 'Sociobiology', 1975) hat auch bemerkt, daß die monotheistischen Religionen ihren Gott immer als Mann, niemals als Frau dargestellt haben ... Wird der Neofeminismus daran etwas ändern? Nein ... je mehr Feministinnen es geben wird, die keine Kinder haben wollen, desto mehr wird der Anteil an Nicht-Feministinnen bei den Nachkommen zunehmen. Jede Ablehnung von 'natürlichen' Gegebenheiten wird also tendenziell eliminiert"* (Alain de Benoist, „Le Figaro Magazine", 30.6.79).

Oder: *„Als Produkt einer außergewöhnlichen konzeptuellen Zivilisation benutzt die Intelligenz des Weißen sehr stark den Mechanismus der Abstraktion ... Sie ist in der Lage, Synthesen zu vollziehen und Konzepte zu entwerfen ... Der Schwarze ist meistens unfähig zu analysieren"* (Jean-Pierre Hébert, „Race et Intelligence", Editions Copernic). *„Eine Untersuchung an 13.500 Kindern, die in Warschau 1963 geboren sind ... hat gezeigt, daß trotz der außergewöhnlichen Angleichung der Lebensbedingungen in Polen der Intelligenzquotient dem sozioökonomischen Status der Eltern rigoros entspricht"* (Alain de Benoist, „Elements", 1978).

Die Logik dieser „Denker" ist einfach:
Auf die Frage „Gibt es schwarze Genies?" wird geantwortet: *„Das ist ziemlich unwahrscheinlich, weil wenige Schwarze wissenschaftliche Entdeckungen gemacht haben"*. Das Ganze wird in der Formel von de Benoist zusammengefaßt: *„Wir sind verschieden, aber ungleich"*.

**Der Eugenismus:**
Dieses Wort bezeichnet eine andere sogenannte „Wissenschaft" zur „Verbesserung der Rasse". Es geht dabei um Propagierung von Ehen zwischen „Qualitätsmenschen" und um die Abtreibung von „minderwertigen" Kindern bzw. um die Sterilisierung „minderwertiger" Eltern. Der Vergleich mit den Nürnberger Gesetzen drängt sich auf ...
Last not least ist eine „neue Moral" notwendig. Die „indo-europäische Zivilisation" müsse sich von der „judeo-christlichen" Ideologie befreien.

These ist dabei, daß die Indo-Europäer durch die Semiten-Völker des Nahen Ostens infiltriert worden seien.
*„Unser Ziel ist die Rehabilitierung verschiedener Werte, die wir zur Aufrechterhaltung der Zivilisation notwendig finden. Unter diesen Werten gibt es den Mut, das Recht auf den Unterschied, das die Gleichmacherei ausschließt, die Ordnung, die die Hierarchie bedingt, den Dynamismus"* (Hubert de Mirleau, Mitglied des GRECE-Sekretariats, zitiert nach „Le Matin", 25.7.79).

Auf verschiedene weitere Aspekte, auch die Überschneidung bestimmter Methoden der „Neuen Rechten", mit denen der „Neuen Philosophen", wollen wir demnächst im AK eingehen.

**Frankreich-Kommission**


**Literaturliste**

„Etincelle", Zeitung der OCT, Oktober '80;
„Le Monde", 2.-23.10.80;
„Der Weiße Terror", Untersuchung der Zeitung „Revolution!", Jahrgang 1971;
„Die bewaffneten Banden des Staates", Broschüre der LCR, 1972;
„Die Faschisierung in Frankreich", Broschüre der „Humanité Rouge", 1973;
„Elements", Zeitung des GRECE, Jahrgänge 1979-1980;
„Nouvelle Ecole", Zeitung des GRECE, Jahrgänge 1979-1980;
„Die Neue Rechte", Julien Brunn, Paris 1979, Editions Oswald.


## 17jähriger Marokkaner von CRS erschossen

Bei einer Verkehrskontrolle in einem Arbeiter- und Ausländer-Wohnviertel in Marseille wurde der 17jährige Ben Mohamed Laouri von einem CRS-Mitglied erschossen (am 18.10.80). Der Fahrer des Wagens, in dem der 17jährige saß, erklärte: *„Meine Papiere waren in Ordnung, die meiner Freunde auch. Wir haben alle unsere Papiere vorgezeigt. Derjenige, der die Kontrolle leitete, hat noch meine Aufenthaltsberechtigung nachgeprüft und hat uns dann das Zeichen zur Weiterfahrt gegeben"*. In diesem Moment gab der CRSler Taillefer durch die heruntergezogene Fensterscheibe vier Schüsse ab. Ben Mohamed Laouri war sofort tot(„Le Monde",21.10.80)

Eine Demonstration mit mehreren tausend Menschen fand daraufhin statt, wobei verschiedene Polizisten den Zorn der Massen zu spüren bekamen... Taillefer befindet sich jetzt in Untersuchungshaft.

*„Jeden Abend im Sommer sehen wir sie hier ankommen. Sobald wir mehr als zwei sind, die zusammenstehen, verlangen sie nach unseren Papieren. Wenn wir sie mal nicht dabei haben, werden wir sofort zum Kommissariat mitgenommen...: Wenn wir nachts spät wieder freigelassen werden, müssen wir 7 km zu Fuß zurücklegen. Dann reißen sie Witze, nennen uns ‚Amerikaner' oder erzählen uns, daß ihre Hunde Rassisten sind und Araber nicht mögen. Oft werden wir ‚Bougnoules' genannt"* (Schimpfwort für Araber, Anm.AK), erzählen Jugendliche aus dem Stadtteil.

Ein anderer sagte: *„Eines Abends diskutierte ich mit Freunden. Da kamen sie in einem ‚Simca' an... Sie waren gereizt und einer hat mir die Mündung seines Revolvers in den Nacken gesteckt. Ich habe sehr große Angst gehabt"* (Zitate aus „Le Monde", 22.10.80).

Die Liste der polizeilichen Exzesse ist lang. Hier einige Beispiele nur für das Jahr 1980:

– 9.1.80: Ein Polizist, Mitglied der „Zentralen Behörde zur Bekämpfung des Bandentums", erschießt im korsischen Ajaccio eine Frau und verletzt eine andere. In der gleichen Nacht wird ein weiterer Mensch bei einer Polizeisperre ebenfalls in Ajaccio erschossen.
– 13.1.80: Ein Polizist erschießt in Bischheim (Niederrhein) zwei Algerier.
– 2.2.80: In Valentom wird ein 16jähriger Algerier von einem Polizisten erschossen.
– 11.2.80: Ein Polizist erschießt „aus Versehen" einen Kollegen in Vallauris.
– 19.3.80: Ein Gendarmeriechef erschießt einen vermeintlichen Räuber in Muizon.




– 25.3.80: Polizisten erschießen einen vermeintlichen Räuber und einen Gast in einer Kneipe in Saintes.
– 9.4.80: Ein Polizist erschießt einen 18jährigen bei einer Polizeisperre.
– 30.4.80: Polizisten schießen auf ein geklautes Auto in Paris und bringen dabei eine Mitfahrerin um.
– 3.5.80: Polizisten erschießen einen 24jährigen während eines Verhörs in Lunéville.
– 7.6.80: Polizisten erschießen einen 23jährigen betrunkenen Mann in Louviers.
– 20.6.80: Polizisten erschießen einen 56jährigen in Plombières. Er hatte sich geweigert, die Polizei in sein Haus einzulassen, wo sich ein Räuber befand.

Erinnert sei hier auch an die nach wie vor „ungeklärten" Umstände der Folterungen von Heidi Kempe-Böttcher im März 1978: Heidi, die von ihrer Wohnung mit Polizeigewalt weggezerrt wurde, fand sich nach mehreren Stunden in einem Pariser Krankenhaus wieder, mit zahlreichen Schwerstverbrennungen am Körper...

**Frankreich-Kommission**

# Faschistische Anschläge in Frankreich Mai '77

– Mai 1977: Anschlag gegen die „Freundschaftsgesellschaft der Mathausen-Deportierten" in Mulhouse; verantwortlich: „Peiper-Gruppe".
– 4. Juni 1977: Anschlag gegen das Heim der „Französischen Mission", das chilenische Flüchtlinge beherbergt, in Fontenay-sous-Bois; verantwortlich: „Gruppe Hermann Göring".
– 14. Juni 1977: Sprengstoffanschlag gegen eine Arbeitslosenvermittlung in Grenoble.
– 14. Juni 1977: Anschlag gegen die „Editions Sociales" (KPF-Verlag), zwei Verletzte.
– 17. Juni 1977: Vier Anschläge gegen KPF-Büros in Paris; verantwortlich; „Gruppe Solidaristischer Widerstand".
– 18. August 1977: Anschlag gegen das Denkmal zur Ehre des Maréchal Leclerc.
– 21. August 1977: Drei Anschläge in Châlons-sur-Marne, sieben in Paris; verantwortlich: „Faschistische Aktionskomitees".
– 25. August 1977: Anschlag im Pariser Bahnhof Montparnasse; verantwortlich: „Gruppe Peiper".
– 1. Oktober 1977: Brandanschlag im Büro der „Liga für Menschenrechte" in Paris; verantwortlich: „Gruppe Peiper".
– 2. Dezember 1977: Mord an Laid Sebai, Hauswart der „Algerischen Freundschaftsgesellschaft" in Paris; verantwortlich: „Kommando Delta".
– 11. Dezember 1977: Anschlag gegen ein Ausländerwohnheim in Straßburg; verantwortlich: „Kommando Delta"; ein Mensch wird verhaftet, der Name nie bekanntgegeben.
– 14. Dezember 1977: Anschlag gegen ein Ausländerwohnheim in La Garde (Südfrankreich); verantwortlich: „Kommando Delta"; zwei Festnahmen, allerdings werden die Beiden gleich wieder freigelassen.
– 7. Januar 1978: Anschlag gegen eine Ökologie-Buchhandlung in Paris.
– 11. Januar 1978: Anschlag gegen ein Ausländerwohnheim in Nizza; verantwortlich: „Gruppe Charles Martel" (4).
– 14. März 1978: Anschlag gegen die „Algerische Freundschaftsgesellschaft" in Toulon; verantwortlich: „Kommando Delta".
– 24. März 1978: Anschlag gegen das KPF-Büro in La Garde; verantwortlich: „Kommando Delta".
– 3. April 1978: Anschlag gegen eine linke Buchhandlung in Paris.
– 4. Mai 1978; Ermordung des Genossen Henri Curiel (Mitgründer der KP Ägyptens); verantwortlich: „Kommando Delta"
– 12. Mai 1978: Anschlag gegen die Frauen-Buchhandlung „Librairie des Femmes" in Paris.
– 17. Mai 1978: Anschlag gegen die Büros des „Syndicat de la Magistrature" in Paris (Gewerkschaft der Magistratur).
– 19. Mai 1978: Anschlag gegen die „Föderation der Deportierten und Widerstandskämpfer" in Paris; verantwortlich: „Gruppe Peiper".
– 19. Juni 1978: Anschlag auf den Sitz des „Club Mediterrannée" in Paris; verantwortlich: „Französische Befreiungsfront".
– 10. Juli 1978: Ermordung eines okzitanischen Militanten.
– 17. Oktober 1978: Anschlag gegen den Buchladen „Palästina" in Paris.
– 21. Januar 1979: Anschlag gegen den Bürgermeister Karman von Aubervilliers; verantwortlich: „Kommando Delta".
– 23. Februar 1979: Schüsse auf ein jüdisches Geschäft in Bordeaux, wo auch das Büro der „LICRA" untergebracht ist.
– Februar 1979: Anschlag gegen den Sitz der sowjetischen „Aeroflot" in Paris; verantwortlich: „FANE".
– März 1979: eine Genossin der Gewerkschaft CFDT wird von Faschisten in Caen entführt. Die Nazis ritzen ihr ein Hakenkreuz in die Brust ein. Das gleiche geschieht einem Genossen der CFDT in Rennes.
– 21. März 1979: Molotow–Cocktail gegen eine Pariser Synagoge.
– 27. März 1979: 32 Verletzte, dabei 2 Schwerverletzte, nach einem Anschlag gegen ein jüdisches Wohnheim.
– 28. April 1979: Zwei Molotow–Cocktails gegen ein jüdisches Wohnheim in Paris; verantwortlich: „Bund der französischen Kämpfer gegen die jüdische Besetzung".
– Juli 1979: Anschlag auf den Wagen des jüdischen RA Serge Klarsfeld, Anschlag gegen den ehemaligen Widerstandskämpfer Paul Cacheux und den ehemaligen KZ–Deportierten Jean Lynaud.
– September 1979: Ermordung von Pierre Goldmann; verantwortlich: „Gruppe Ehre der Polizei".
– 23. September 1979: Anschlag gegen die Geschäfte „Daniel Hechter" in Paris.
– 17. November 1979: Sprengstoffanschlag gegen eine Straßburger Synagoge.
– 23. November 1979: Anschlag gegen den RA Nordman; verantwortlich: „Gruppe autonomer Neonazis".
– 18 Dezember 1979: Attentat gegen Jean-Pierre Vigier; verantwortlich: „Gruppe Ehre der Polizei"
– Januar 1980: faschistische Überfälle an Universitäten.
– 11. Januar 1980: Bombe im „Centre Pompidou", Paris; verantwortlich: „Französische Befreiungsfront".
– 14. Januar 1980: Bombe im Büro der „Liga der Vietnamesen in Frankreich" in Paris, ein Schwerverletzter.
– 17. Januar 1980: Ermordung eines Mitarbeiters der „Arabischen Buchhandlung", Paris.
– 20. Januar 1980: Verwüstung der Räume der Gewerkschaft CFDT in Marseille.
– 16. Februar 1980: faschistischer Überfall auf marokanische Schüler in Chelles; verantwortlich: „Revolutionäre faschistische Partei".
– 7. März 1980: Brandanschlag im linken Pariser Buchladen „Phoenix", drei Verletzte.
– 19. April 1980: Dynamit–Anschlag gegen das „Heim Protestantischer Studenten", Paris, vier Verletzte; verantwortlich: „Gruppe Charles Martel".
– 7. Mai 1980: Anschlag gegen das Pariser Restaurant der muselmanischen Studenten; verantwortlich: „Gruppe Charles Martel".
– 30. Mai 1980: faschistischer Überfall in Bondy auf eine Gruppe ausländischer Arbeiter, mehrere Schwerverletzte.
– 2. Juni 1980: Zwei „FANE"–Mitglieder werden bei der Vorbereitung eines Anschlags gegen ein Ausländerwohnheim in Clichy–sous–Bois verhaftet; wieder freigelassen.
– 6./7. Juni 1980: Attentat gegen ein KPF–Mitglied in Bobigny; verantwortlich: „Kommando Delta".
– 15. Juni 1980: Überfall der „FANE" auf eine Nicaragua–Ausstellung in Paris.
– 26. Juni 1980: Eine Bombe zerstört das Pariser Büro der MRAP; verantwortlich: „FANE".
– 11. August 1980: Anschlag gegen die linke Druckerei „Encre noire" in Marseille; verantwortlich: „Gruppe Ordnung und Justiz".
– 12. August 1980: Anschlag gegen die Buchhandlung „Millefeuilles", Paris.
– 14. August 1980: Anschlag gegen die Wohnung von Frau Curiel; verantwortlich: „FANE".
– 1. September 1980: Brief mit Morddrohungen an französische Juden in Nizza; verantwortlich: „FANE".
– 18. September 1980: Rechtsanwälte der MRAP und LICRA erhalten Morddrohungen eines „Kommando Mario Tuti".
– 20. September 1980: Brandanschlag in der Wohnung von Henri Noguères (Präsident der „Liga für Menschenrechte") und seiner Tochter in Paris.
– 22. September 1980: Brandanschlag bei den „Etablissements Milgroms"; verantwortlich: „FNE".
– 26. September 1980: vier Anschläge gegen jüdische Einrichtungen in Paris; verantwortlich: „FNE".
– 3. Oktober 1980: Attentat gegen die Synagoge in der Pariser Rue Copernic, 4 Tote, 12 Schwerverletzte; verantwortlich: „FNE".

**Frankreich–Kommission**

# Todes schüsse

**In Aachen erschießt die Polizei einen 19jährigen in einem Juweliergeschäft, obwohl sie schon lange vorher minutiös über den geplanten Einbruch informiert war und wußte, daß der Täter nur eine Gaspistole bei sich tragen werde.**
**In Westberlin liegt die Polizei in der Wohnung eines Verdächtigen über zehn Stunden lang auf der Lauer. Als dann ein Besucher kommt, „löst sich versehentlich ein Schuß" und trifft ihn in die Brust.**
**Selten zeigten Todesschüsse so offen wie in diesen beiden Fällen, worum es sich beim Todesschuß handelt. Aber alle polizeilichen Todesschußopfer sind ums Leben gekommen, weil die Polizei ihren Tod z u m i n d e s t bewußt in Kauf nahm. Und ebenso wie in dem ersten Fall ist die stereotype Formel „Notwehr" in der Regel nichts als eine juristische bzw. unzutreffende Konstruktion. Auf diese Weise wurden seit 1971 mindestens 150 Menschen erschossen und ihr Tod legitimiert. In weiteren 91 Fällen starben Menschen bei Verfolgungsjagden durch die Polizei, starben in Arrestzellen zumindest unter den Augen der Polizei, wurden von der Polizei erschlagen oder erwürgt u.ä. Nur in zehn Fällen wurden Polizisten wegen ihrer ‚Taten' verurteilt, in acht Fällen davon handelte es sich um geringe Geld- oder Bewährungsstrafen.**
**Wegen ihrem Beispielcharakter wollen wir die oben genannten Fälle im Folgenden näher beschreiben und im Weiteren die Todesschußbilanz der Polizei seit Mitte Mai 79 aufschlüsseln.**

## Nicht nur in Aachen...

Zwei Männer hatten einen Überfall auf ein Juweliergeschäft geplant. Am 3. Oktober ging P., einer der beiden „Täter", zur Kripo und packte aus. Er und Detlef Moysiszik hätten den Überfall geplant. Er wolle jedoch nicht mehr mitmachen. Bis ins Detail schilderte er den Polizisten ihren Plan und zeigte ihnen seine „Waffe", eine Gas-
mehr mitmachen. Bis ins Detail schilderte er den Polizisten ihren Plan und zeigte ihnen seine „Waffe", eine Gas-
pistole. Er betonte, daß auch Detlef Moysiszik eine völlig ungefährliche Gaspistole bei sich haben werde. Die Polizei könne Detlef in seiner Wohnung verhaften, einen weiteren Komplizen ebenfalls.

Die Polizei erwog vier Konzepte: *„Festnahme in der Wohnung, auf der Straße, vor dem Laden und im Geschäft.* (*Die Polizei*) *entschied sich — nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft — für den Verkaufsraum"* („Spiegel" 43/80), angeblich, um die Tat nachweisen zu können. Auf A n o r d n u n g der Polizei beteiligte sich P. zum Schein an dem Raubüberfall.

Mehrere Stunden lang veranstaltete die Polizei nun ihr tödliches „Planspiel". Zwei Beamte versteckten sich im Juweliergeschäft, einer davon mit einer Maschinenpistole. Acht Zivile waren auf der Straße davor eingesetzt — und Kriminaloberrat Franz Salewsky dirigierte alles von der Polizeiwache aus, wo noch sechs weitere Beamte bereitstanden.

Am Abend betraten P. und Detlef Moysiszik den Juwelierladen, in dem versteckt hinter einem Vorhang die beiden Polizisten waren, die per Funk über jeden Schritt der beiden informiert wurden... *„Plötzlich stürzten die beiden Polizisten hinter dem orangegelben Vorhang hervor, der eine mit einer gezogenen Walther, der andere eine Heckler&Koch-Maschinenpistole im Anschlag: »Hände hoch, Polizei!« P. ließ sofort die Waffe fallen und Detlef Moysiszik wurde in die Brust geschossen, tödlich"* („Spiegel", 43/80). Todesschütze war der 36jährige Kriminalhauptmeister Herbert Schuld.



Kriminaloberrat Frans Salewsky leitete die Erschießung von D. Moysiszik

Kriminaloberrat Frans Salewsky leitete die Erschießung von D. Moysiszik

Der „Spiegel" geht in seiner Einschätzung davon aus, daß noch bei keinem polizeilichen Todesschuß so klar war, daß k e i n e Notwehr oder Putativnotwehr vorlag. Für Oberstaatsanwalt Günter Stein dagegen war es ein klarer Fall von Notwehr.

Direkt nach der Tat begann ein auch in ähnlichen Fällen übliches Verdunkelungsmanöver durch die Polizei und Staatsanwaltschaft: *„P. wird festgenommen und vernommen. Nach seinen Angaben diktieren ihm die vernehmenden Beamten ein Protokoll, das seinen Aussagen nicht entspricht. Er unterschreibt trotzdem, denn die Beamten setzen ihn unter Druck: Er stehe schließlich noch unter Bewährung, außerdem habe er ja »noch einige Dinger offen«, z.B. wisse man, daß er an Diebstählen beteiligt gewesen sei"* („taz", 18.10.). Kriminaloberrat Salewsky meldete an das Landeskriminalamt, „aufgrund von unbestimmten Hinweisen" hätten zwei Beamte die Sicherung des Juwelierladens übernommen, und „ein Täter habe blitzschnell seine Waffe in Anschlag gebracht". Daraufhin sei er erschossen worden. *„Kein Wort von dem dreistündigen Vorgespräch mit P., kein Wort davon, daß die Täter nur Gaspistolen benutzen würden"* („stern", 16.10.), kein Wort davon, daß P. — obwohl er aussteigen wollte — von der Polizei zu dem Überfall angehalten wurde!

Es wäre wohl bei der üblichen „Notwehr" geblieben, wäre nicht P. mit einer eidesstattlichen Erklärung an die Öffentlichkeit gegangen. Aber auch dann noch, als der wahre Sachverhalt durch die Presse gegangen war, wollte Oberstaatsanwalt Stein nicht ausschließen, daß es sich doch um „Notwehr" gehandelt haben könnte. *„Im übrigen — so der Staatsanwalt gegenüber der »taz« — sei P. »nicht vertrauenswürdig und einschlägig bekannt«"*. Der Polizist habe zwar gewußt, daß P. nur eine Gaspistole hatte und daß auch Detlef Moysiszik nur eine ungefährliche Gaspistole haben würde. Dennoch konnte er *„ja nicht wirklich davon ausgehen, daß der zweite Täter nur mit einer Gaspistole kam. Sollte er dieses Risiko eingehen? Das muß ich dem Polizeibeamten abnehmen, wenn der sagt, wenn einer bei dem Anruf »Hände hoch, Polizei« gleichwohl die Waffe gegen mich erhebt, dann muß ich davon ausgehen, daß er eine scharfe Waffe hat. Mit 'ner Gaspistole gegen eine scharfe Waffe vorzugehen, das wird ja wohl kein normaler Sterblicher machen"* („taz", 18.10.). Dazu der Zeuge P.: *„Stimmt nicht, der Detlef war nur perplex"* („Spiegel", 43/80).

Drei Wochen später war Staatsanwalt Günter Stein in Münster auf der Suche nach einem Gutachter, der feststellt, ob *„die Festnahmepraxis der Polizei beim Raubüberfall auf einen Aachener Juwelier am 3. Oktober den Regeln entsprach"* („Aachener Nachrichten", 21.10.).

## ...und in Westberlin...

In Westberlin wurde ein 18jähriger Mann von der Polizei verdächtigt, das Fluchtauto für einen Raubüberfall am 23.10. gekauft zu haben. Noch am Abend nach dem Überfall drangen zwei Polizisten in seine Wohnung am Lausitzer Platz 12 ein: der 58jährige Kriminalhauptkommissar und Leiter der Fahndungsgruppe Kreuzberg und ein 43jähriger Polizeiobermeister. Außerdem wurden Beamte vor dem Haus postiert.

Die ganze Nach über lagen die beiden Beamten in der Wohnung des 18jährigen auf der Lauer. Am nächsten Morgen wollte der 19jährige Dietmar Marx seinen Freund, den verdäch-
18jährigen auf der Lauer. Am nächsten Morgen wollte der 19jährige Dietmar Marx seinen Freund, den verdäch-
tigen Wohnungsinhaber, besuchen. In dem Augenblick, als er die Wohnungstür seines Freundes aufschloß, schoß der Fahndungsleiter auf ihn. In die Brust getroffen starb der unbewaffnete Dietmar Marx sofort. Die Polizei hatte nicht einmal einen Verdacht gegen ihn gehabt.

Auf der folgenden Pressekonferenz der Polizei hieß es, der Beamte habe den „Schuß unbeabsichtigt abgegeben". Der 58jährige Kriminalhauptmeister sei bereits 24 Stunden im Dienst gewesen. Möglicherweise habe der Beamte, der bereits seit Jahren Leiter der Fahndungsgruppe ist, versagt.

**Im übrigen wurde bekannt, daß Dietmar Marx bereits seit seinem neunten Lebensjahr bei der Polizei aktenkundig ist — ganz offensichtlich besteht also eine Kinderkartei bei der Westberliner Polizei!**

*„Die Polizei verteidigte auf einer Pressekonferenz noch einmal grundsätzlich ihre Einsatztechnik in solchen Fällen. Festnahmen würden, bestehe auch nur die leiseste Möglichkeit einer bewaffneten Gegenwehr, grundsätzlich mit entsicherter Pistole im Anschlag durchgeführt"... „Bei dem Überfall, der die Polizei angeblich auf die Spur des Wohnungsinhabers brachte, war lediglich ein relativ ungefährlicher Gasrevolver verwendet worden, der zudem noch am Tatort zurückgelassen wurde"* („taz", 27.10.).

Beinahe hätte es noch einen zweiten Toten gegeben, als sich ein Fotograf mit dem Einschußloch beschäftigte: *„Wir zwei standen auf dem Hausflur in der dritten Etage und suchten nach Spuren. Ich fand auf der gegenüberliegenden Treppenhauswand in ca. 50 cm Höhe ein Einschußloch mit frisch abgeplatztem Putz. Beim Einstellen meiner Kamera auf das Einschußloch wurde plötzlich die Tür aufgerissen und eine Pistole bedrohte mich durch einen MEK-Schützen von hinten. Durch die Geistesgegenwart meines Kollegen, der gleichzeitig rief: »Wir sind von der Presse«, verdanke ich ihm, daß ich nicht auch erschossen wurde"* („radikal", 11/80).

Am 1.11. versammelten sich ca. 300 Menschen in Westberlin, um gegen die Erschießung von Dietmar zu demonstrieren.





Polizei-Scharfschütze Peter Umlauf (l.) Polizeieinsatz gegen Hlywa (r.o.)

## ...sondern auch...

Seit Mitte Mai 1979 wurden nach unseren — mit Sicherheit unvollständigen — Informationen, 21 Menschen von der Polizei erschossen. Sechs davon waren Opfer von Sonderkommandos.

Eine juristische Bestrafung wurde uns in k e i n e m Fall bekannt. Vier Verfahren wurden eingestellt, ein Verfahren wurde gar nicht erst eröffnet. Jedesmal war dabei die Argumentation des Todesschützen, „Notwehr" oder „Nothilfe", ausschlaggebend.

Außerdem starben acht Menschen bei Verfolgungsjagden durch die Polizei, zwei starben in Arrestzellen, einer wurde von einem rasenden Polizisten totgefahren und einer totgeprügelt.

Vier Menschen begingen unter den Augen der Polizei Selbstmord. Auch diese Fälle dürfen unserer Meinung nach nicht einfach nur in der allgemeinen Selbstmordstatistik erscheinen: So sprang am 5.12. der 20jährige Götz H. aus dem Fenster des Freiburger Polizeigebäudes im zweiten Stock und starb. Freiburger U-Häftlinge enthüllten darauf, *„daß Drogenabhängige nach ihrer Festnahme zunächst einer »Reifezeit« ausgesetzt seien. So würden sie »12 bis 24 Stunden« in einem »kleinen, kargen Kellerloch im Revier Süd oder in einem engen Kämmerchen in der Uferstraße eingesperrt« und erst dann vernommen, wenn sich »Entzugserscheinungen wie Depressionen, Gliederschmerzen, Verwirrtheit, Angst und Nervosität« einstellten«* („Badische Zeitung", 8.1.). Ob da einer selber springt oder heruntergestoßen wird, macht dann keinen großen Unterschied mehr und ist schwer nachzuprüfen.

Diese Frage stellt sich ebenso beim Tod des »Polizistenmörders« Hlywa der am 1.5. „Selbstmord" beging. 14 Tage lang wurde er gejagt in der *„größten Mörderhatz der Nachkriegszeit"* („Spiegel", 5.5.). Hunderte schwerbewaffneter Polizeibeamter durchkämmten die Wälder, Eltern wurden aufgefordert, ihre Kinder nicht mehr auf der Straße spielen zu lassen. Der 27jährige Hlywa flüchtete zu seiner Freundin. *„Ein halbes Hundert Polizisten vom Mobilen Einsatzkommando (MEK) und vom Spezial-Einsatz-Kommando (SEK) rückte an, mit Stahlhelm, Schußweste und MP, um 5.35 wurde das Haus gestürmt"* („Spiegel", 5.5.). Hlywa flüchtete in den Keller und erschoß sich angeblich vor den Augen der anrückenden Polizisten.

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

## Polizei auf Verfolgungsjagd

**Düsseldorf** – Wie skrupel- und hemmungslos Polizisten Menschenleben auf' s Spiel setzen, zeigt sich an den Verfolgungsjagden, die sie auf Autofahrer machen.

Oftmals werden die Autofahrer wegen relativ geringfügiger Verkehrsvergehen solange gejagt, bis sie in ihrer Panik die Kontrolle über den Wagen verlieren und verunglücken.

Drei solcher Fälle sind innerhalb von drei Wochen in Düsseldorf bekanntgeworden.

Ein siebzehnjähriger Lehrling geriet in Duisburg mit einem gestohlenen Wagen in eine Verkehrskontrolle. Er versuchte zu flüchten, wurde von der Polizei aber über 40 Kilometer verfolgt. Dabei durchbrach er zwei Strassensperren. In Mühlheim/Ruhr wurde er von einem Streifenwagen eingeholt. In höchster Not rammte er diesen und prallte gegen zwei am Straßenrand abgestellte PKWs.

Schwerverletzt wurde er mit dem Rettungshubschrauber in ein Krankenhaus geflogen. („RP", 19.10.).

Ein Vierundzwanzigjähriger, der vor zwei ihn verfolgenden Streifenwagen flüchtete, rammte zwei sich ebenfalls an der Hetzjagd beteiligende Zivilstreifen. Nach einem riskanten Wendemanöver geriet er ins Schleudern, zu seinem Glück kam der Wagen auf einem Rasen zum Stehen. („RP", 25.10.).

Ein Vierzehnjähriger hatte in Düsseldorf einen Mercedes gestohlen, in Krefeld wurde er von einer Zivilstreife entdeckt und verfolgt. Auf der Flucht raste der Junge mit 160 km/h durch Krefeld. In einer Kurve verlor er die Gewalt über den Wagen, stieß frontal mit einem Auto zusammen; der Mercedes wurde auf die Gegenfahrbahn geschleudert und stieß mit einem entgegenkommenden Wagen zusammen. („RP", 1.11.).

# »Terroristen-Prozeß« gegen Amerika-Haus-Besetzer

**In Westberlin begann am 5. November der Prozeß gegen neun Frauen und fünf Männer, denen es im letzten Mai gelungen war, das Dach des Amerika-Hauses zu besetzen. Anläßlich einer Truppenparade der „alliierten Schutzmächte" hatten die Besetzer ihre Solidarität mit der RAF und der Bewegung 2. Juni auf Tranparenten erklärt und zum „antiimperialistischen Kampf in den Metropolen" aufgerufen. Nach einem brutalen Einsatz von ca. 300 Bullen wurden die Besetzer damals verhaftet und sitzen seitdem in Untersuchungshaft (s. AK 178 und 180).**

*„Terror! Blutige Schlacht am Bahnhof Zoo!" „Größte Schlacht seit den APO-Krawallen"* („Bild", 19.5.) – So und ähnlich lauteten die Schlagzeilen nach der Besetzung am 17. Mai. *„So ähnlich fing auch die APO in den sechziger Jahren an"*, zitierte „Bild" (20.5.) einen Verfassungsschützer. Parallelen zu den „Bremer Krawallen" wurden gezogen. Für den Westberliner Staatsschutz-Chef Kittlaus war klar: hier waren *„Terrorunterstützer"* am Werk („Bild", 19.5.). Die „Welt" (19.5.) zählte gar *„200 Sympathisanten der Terror-Organisationen Rote-Armee-Fraktion und Bewegung 2. Juni"*.

Hauptvorwurf im ersten Haftbefehl war zunächst „nur" schwerer Hausfriedensbruch. Doch um Hausfriedensbruch ging und geht es hier nicht. Angeklagt sind die Besetzer/innen wegen ihrer Aktion gegen den US-Imperialismus und ihrer Solidarität mit der RAF und dem 2. Juni. So wurde denn auch der Haftbefehl – nach Intervention des Generalbundesanwalts Rebmann – um den Vorwurf der „Werbung für eine terrorristische Vereinigung" (§ 129 a StGB) erweitert.

Darüber hinaus wird den Amerika-Haus-Besetzern die „Verunglimpfung" (= Verbrennung) der BRD-Flagge, gefährliche Körperverletzung (Konkretes unbekannt) und „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" vorgeworfen.

Der Prozeß findet statt im sog. „Sicherheitsbereich" des Kriminalgerichts Moabit mit all seinen bei „Terroristen-Prozessen" üblichen Schikanen: stundenlanges Warten in eisiger Kälte, körperliche Durchsuchungen, Speicherung der Personalien, MP-bewaffnete Bullen. Sämtliche Anträge gegen diese Maßnahmen wurden abgeschmettert.

Auch am 2. Verhandlungstag kam es noch nicht zur Verlesung der Anklageschrift. Die Verteidiger stellten Befangenheitsanträge gegen drei Richter; so hatte einer von ihnen in Beschlüssen die Angeklagten bereits einer *„militant antidemokratischen Haltung"* bezichtigt und ihnen *„theoretischen Hochmut"* vorgeworfen. Die Entscheidung über die Anträge wird erst am 17.11. verkündet.

Alles deutet darauf hin, daß in den Schubladen des Gerichts Urteile mit hohen Freiheitsstrafen liegen. Die Solidarität mit den Amerika-Haus-Besetzern ist für uns auch eine Frage der eigenen Bedrohung. Die nächsten „Terrorunterstützer" sind wir.

Freiheit für die Amerika-Haus-Besetzer!

**Westberliner Antirepressions-Kommission des KB**



# Betroffen und empört

... konnte man am 6.11. erfahren, daß dem Arzt W. Panzer der Dienstantritt zur Facharztausbildung als Anaesthesist an der Uniklinik einen Tag vor dem geplanten Einstellungstermin verwehrt wurde, *„weil die Prüfung der allgemeinen Einstellungsvoraussetzungen noch nicht abgeschlossen werden konnte"* („Göttinger Tageblatt"(GT), 7.11.). Im Klartext heißt dies: die Gesinnungsprüfer beim Innenministerium in Hannover haben Zweifel an der Verfassungstreue, da Panzer als Student mehrmals von seinem demokratischen Recht Gebrauch gemacht hat, auf der Bündnisliste der LDK (Liste Demokratischer Kampf) bzw. der SBL (Sozialistische Bündnis Liste) zum Studentenparlament zu kandidieren.

Es ist daher verständlich, daß die Assistentenvertretung der Anaesthesie gegenüber dem Universitätspräsidenten mit *„Verwunderung und Empörung"* reagierte, da ihnen die Verzögerung der Einstellung auf Grund des Anhörungsverfahrens *„geradezu als Verhöhnung der Bemühungen um eine weitere Verbesserung der Patientenversorgung"* erscheint und sie insbesondere auch wegen der ärztlichen Qualifikation die baldige Einstellung ihres Kollegen Panzers fordern.

Der Vorwurf, den die Anhörungskommission gegen Panzer erhebt, scheint lapidar: *„Nach den der Anhörungskommission vorliegenden Unterlagen ist nicht auszuschließen, daß Sie Mitglied oder Anhänger des Kommunistischen Hochschulbundes sind oder waren"* (der KHB ist die Göttinger Hochschulorganisation des KB). Eine sehr aufschlußreiche Formulierung für all diejenigen, die in der Anhörkommission noch ein Gremium zum Schutz des Beschuldigten sehen möchten: W. Panzer hat der Anhörkommission zu b e w e i s e n (sie selbst kann nur *„nicht ausschließen"*), daß er weder Mitglied noch Sympathisant ist oder gewesen ist. Wie drückte es doch der Leiter der Kommission aus: *„Gerade die Anhörung sei geeignet, die Zweifel zu überprüfen, und gebe dem Kandidaten Gelegenheit,* den Eindruck zu widerlegen (Herv. v. Verf.), *der durch die Kandidatur auf einer linken Liste entstanden sei"* („GT", 7.11.). Mit anderen Worten, die Anhörung selbst dient vor allem zur Überprüfung, ob nicht evtl. aus ihr noch Material gezaubert werden kann, die die „Zweifel" an Panzers Verfassungstreue begründet sein lassen.

Es ist bezeichnend, daß allein die Kandidatur auf einer linken Liste für einen Arzt Berufs- bzw. Ausbildungsverbot bedeuten soll, denn im Falle einer Nichteinstellung dürfte Panzer Schwierigkeiten in allen Krankenhäusern erwarten, da auch die wenigen nicht-staatlichen Häuser inzwischen beim Innenministerium anfragen. In den Vorwürfen an den Arzt wird nicht in einem Wort auf konkrete Tätigkeiten im Studentenrat eingegangen. Dies veranlaßt sogar die FDP in ihrem Schreiben an die Anhörungskommission (in dem sie seine Einstellung fordert) zu der Frage, ob *„Wolfram Panzer durch sein tatsächliches Verhalten als Kandidat oder späterer Vertreter seiner Liste ... unsere freiheitlich demokratische Grundordnung nachweislich ‚bekämpft' und/oder versucht hat, politische Ziele mit Gewalt durchzusetzen."* Hierzu liegt nichts vor. Und bezüglich seiner konkreten Tätigkeit im Studentenrat müßte erst einmal öffentlich zugegeben werden, daß die SR-Sitzungen vom Verfassungsschutz (oder RCDS?) beschnüffelt werden, und es müßte zugegeben werden, daß die Wahrnehmung des politischen Mandates der Verfaßten Studentenschaft „verfassungswidrig" ist und damit müßte öffentlich zugegeben werden, in welchem Ausmaß in den Organen der Verfaßten Studentenschaft Verfassungsschutzschnüffelei betrieben wird.

Es wundert daher nicht, wenn selbst die Delegiertenversammlung der Göttinger SPD von einem *„der eklatantesten Fälle, jemand an der Berufsausübung zu hindern (spricht), den wir je in unserer Stadt hatten."* („GT", 12.11.)

Inzwischen wandten sich über eine Anzeige im Göttinger Tageblatt auch mehrere hundert Klinikskollegen, Ärzte, etliche Pastoren und Angestellte der Universität an die Öffentlichkeit und fordern die Einstellung von W. Panzer, denn sie betrachten mit Sorge, *„daß sich trotz gegenteiliger offizieller Beteuerung, an der politischen Überwachung nichts geändert hat und die Bürger einer Gesinnungsprüfung unterliegen, die immer wieder zu Behinderungen bei der Einstellung in den Öffentlichen Dienst führt."* Diesen Forderungen hat sich ebenfalls der Sekretär der ÖTV sowie der Fachschaftsrat Medizin angeschlossen und es bleibt abzuwarten, welches Ergebnis die Anhörung bringen wird.

**KB/Göttingen**

Unrechtsstaat Bundesrepublik

Der Prozeß gegen Hermann Feiling, Sybille Straub und Silvia Herzinger

Trotz massiver Proteste von Persönlichkeiten und Organisation im In- und Ausland soll nach dem Willen des Oberlandesgericht Frankfurt der Prozeß gegen den blinden und beinamputierten Hermann Feiling sowie seine Mitangeklagten Sybille Straubing und Silvia Herzinger durchge-

Wiederholung der ersten traumatisierenden Situation (der Vernehmung) den Angeklagten vor Probleme stellt, die außerhalb jeglicher normalen, ihm zumutbaren Bewältigungschance liegt." (Initiative)
Daß dieser Prozeß überhaupt stattfindet, ist ein ungeheuerlicher

3o.12.8o/6.1.81/8.1.81
Das Gericht verhandelt also jeweils dienstags und donnerstags. Weitere Verhandlungstermine werden vom Gericht ab 8.1.81 festgelegt.
Nach dem 1.Verhandlungstermin (am 25.11.) wird im Beisein der Rechtsanwälte eine Pressekonferenz

der Kommission aus: „Gerade die Anhörung sei geeignet, die Zweifel zu überprüfen, und gebe dem Kandidaten Gelegenheit, den Eindruck zu widerlegen (Herv. v. Verf.), der durch die Kandidatur auf einer linken Liste entstanden sei" („GT", 7.11.). Mit anderen Worten, die Anhörung selbst dient vor allem zur Überprüfung, ob nicht evtl. aus ihr noch Material gezaubert werden kann, die die „Zweifel" an Panzers Verfassungstreue begründet sein lassen.

politischen Überwachung nichts geändert hat und die Bürger einer Gesinnungsprüfung unterliegen, die immer wieder zu Behinderungen bei der Einstellung in den Öffentlichen Dienst führt." Diesen Forderungen hat sich ebenfalls der Sekretär der ÖTV sowie der Fachschaftsrat Medizin angeschlossen und es bleibt abzuwarten, welches Ergebnis die Anhörung bringen wird.

KB/Göttingen

# Unrechtsstaat Bundesrepublik

## Der Prozeß gegen Hermann Feiling, Sybille Straub und Silvia Herzinger

**Trotz massiver Proteste von Persönlichkeiten und Organisation im In- und Ausland soll nach dem Willen des Oberlandesgericht Frankfurt der Prozeß gegen den blinden und beinamputierten Hermann Feiling sowie seine Mitangeklagten Sybille Straubing und Silvia Herzinger durchgezogen werden (siehe AK 186).**

**Der Prozeßbeginn wurde auf den 25.11. festgelegt, die nachfolgenden Prozeßtage ebenfalls bereits bekannt gegeben. „Aus dem Timing geht hervor, daß dieses Gericht allen Ernstes davon ausgeht, daß Hermann Feiling an zwei Tagen in der Woche für bis zu acht Stunden voll verhandlungsfähig ist" (Initiative für Hermann, Silvia & Sybille).**

Hermanns Gesundheitszustand hat sich im Vorfeld des Prozesses sehr verschlechtert.

*„Nachdem der Angeklagte seit einem Jahr spürbare Fortschritte in der Erreichung einer ‚ausgeglichenen' seelischen Ökonomie durch enorme eigene Anstrengungen erzielen konnte, wird dieser Erfolg durch den Prozeß erkennbar bedroht. Dies ist nicht nur aus der Zunahme der Anfallshäufigkeit und der Tendenz zum depressiven Grübeln zu entnehmen, sondern zusätzlich auch aus den damit einhergehenden manifesten Symptomen sprachlicher Verlangsamung und Umständlichkeit, wie aus den eindrucksvollen Merk– und Gedächtnisschwierigkeiten, die' von allen seinen Beziehungspersonen bestätigt sind. . . Dabei ist die Integrität des Betroffenen während eines Prozesses nicht nur bedroht unter dem Gesichtspunkt allgemeiner neurologischer, medizinischer und psychologischer Aspekte, sondern nicht zuletzt durch die erheblichen Schuldgefühle, die ihn schon jetzt alltäglich schwer belasten.*

*Er leidet in diesem Sinne unter den angeblich von ihm stammenden 13oo Seiten belastender Aussagen über andere Personen, die nicht nur in der Lage absoluter Hilflosigkeit entstanden, sondern mit deren Gehalt er sich nicht identifizieren mag, weil er sie für ‚erfunden' hält. . . . Es ist wohl einzusehen, daß eine Wiederholung der ersten traumatisierenden Situation (der Vernehmung) den Angeklagten vor Probleme stellt, die außerhalb jeglicher normalen, ihm zumutbaren Bewältigungschance liegt." (Initiative)*

**Daß dieser Prozeß überhaupt stattfindet, ist ein ungeheuerlicher Skandal. Unter welchen Bedingungen er stattfinden soll, ist mit Worten wie Unmenschlichkeit, Zynismus u.ä. schon gar nicht mehr faßbar.**

**Der Prozeß braucht Protest und Widerstand jedes einzelnen und der gesamten linken und demokratischen Öffentlichkeit in diesem Land.**

**Westberliner Anti-Repressions-Kommission des KB**

Die Termine wie folgt:
Dienstag, 25.11.8o/ Donnerstag 27.11.8o/ 2.12.8o/9.12.8o/16.12.8o/ 18.12.8o/23.12.8o (zum „Fest")/ 3o.12.8o/6.1.81/8.1.81

Das Gericht verhandelt also jeweils dienstags und donnerstags. Weitere Verhandlungstermine werden vom Gericht ab 8.1.81 festgelegt.

Nach dem 1.Verhandlungstermin (am 25.11.) wird im Beisein der Rechtsanwälte eine Pressekonferenz stattfinden. Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben.

Die Initiative Hermann, Sybille & Silvia benötigt dringend Spenden für Gutachter, für ein Optacon-Lesegerät für Hermann, daß DM 8.ooo,- kostet und für die Öffentlichkeitsarbeit schlechthin.

Spendenkonto:
A.Häuser
Kto.-Nr. 181553-757
Postscheckamt Karlsruhe
Anschrift der Initiative:
Initiative Hermann, Sybille & Silvia
637 Oberursel 5,Postfach 35 (WISK)
Tel.: o6171/73212

### Erklärung zum Prozeß

**wir fordern,**

**die Aufhebung der Anklage gegen HERMANN FEILING, SYBILLE STRAUB und SYLVIA HERZINGER. Der geplante Prozeß stellt ein Unrecht und eine Unmenschlichkeit dar. Er basiert einzig und allein auf der nach § 136 STPO rechtsunwirksamen Vernehmung eines lebensgefährlich Verwundeten, psychisch auf das schwerste traumatisierten Menschen. Wir verurteilen solche Vernehmungsmethoden und Prozesse nicht nur in lateinamerikanischen Diktaturen, sondern genauso dann, wenn sie hier in der Bundesrepublik stattfinden.**

**Sollte ein derartiger „Prozess" dennoch stattfinden, kündigen wir unseren entschiedenen Widerstand dagegen an.**

Jean Marie Straub – Peter Lilenthal – Klaus Vack – Frank Schwalb-Hotha – Vollversammlung der Studenten der Philips Universität (MARBURG) – Jugendzentrum Bockenheim – F.K.Wächter – Gretchen Klotz-Dutsche – Ossip K.Flechtheim – Dieter Kunzelmann – Alternative Liste Westberlin – Redaktion Arbeiterkampf – Arbeiterstimme Essen – Kölner Stadtrevue – Blatt München – Radikal Berlin – Knipperdolling – Basalt Blatt – Jean Pierre Faye – Daniel Huollet – Peter Paul Zahl – Robert Jarowoy – FAU Hamburg – Jürgen Roth – Anarchistischer Föderation Ffm – Henning Rudolf – ESG Mainz – ESG Bochum – Autonome ESG Gießen – Komitee für Grundrechte und Demokratie – Jungdemokraten Baden-Würthemberg – Politischer Buchladen Bochum – Internationalismusbuchladen Hannover – Dr.Dieter Dehm – SJ Die Falken – ASH Frankfurt – Prof.Gerhard Bauer – Henning Rudolf – Prof.Mike Vester – Pfarrer Grieshammer – Heinrich Albertz – Stilett (Zürich) – Rod Verzetsfront (Holland) – Bernadette Devlin – Ensemble Schauspiel Bochum (Woyzeck Ensemble) – Komitee vor de Rechtsstaat (Amsterdam) – Hapotoc Holland – Peter O. Chotjewitz – Werner Schlegel – Fritz Teufel – Volker Schlöndorf – H.M. Enzensberger – Schülerzeitung Die Wanze – Blatt München – Dr.Ingrid Kaemmerer – Focus Verlag (Zürich) – IRSP (Dublin) – John McGuffin – Peter Brandt – Lars Brandt – Visualis Tenderenda (Berlin) – Jan van dee Loo – Prof. Edzard Obendiek – Prof.Dorothee Sölle – Red.Vrij Nederland uva.

# Nur Mut zur Wut Hungerstreik in Moabit

### Hungerstreik in Moabit

**Seit dem 1o.11.8o sind ca. 1oo Gefangene – einschließlich der im Hochsicherheitstrakt eingeknasteten – in einen zunächst auf fünf Tage begrenzten Hungerstreik getreten.**

**Nach dem Hungerstreik der Frauen in der Lehrter Straße (den Streik und seine Hintergründe werden wir im nächsten Arbeiterkampf ausführlich darstellen) ist der sich jetzt in der Untersuchungshaftanstalt Moabit wiederum artikulierende Protest ein erneuter Versuch, a l l e Gefangene im Widerstand gegen die unmenschlichen Haftbedingungen zusammenzuschließen. Nicht Geldmangel ist für die Zustände in den Westberliner Knästen verantwortlich, sondern die Politik des Senators für Justiz, Moritz Meyer (FDP), der z.B. für den Bau des Hochsicherheitstrakts (ebenso wie für den geplanten neuen totsicheren Frauenknast) genügend Finanzen zur Verfügung hat, gleichzeitig jedoch die minimalsten Forderungen nach Verbesserungen im Knast auf bewährt-demagogische Masche wegen angeblichem Geld- und Personalmangel zurückweist.**

**Die Gefangenen haben nun erneut und kollektiv den Kampf begonnen.**

**Wir dokumentieren hier ihre Hungerstreikerklärung.**

**Westberliner Anti-Repressions-Kommission des KB**

### Hungerstreikerklärung

1881-1981, hundert Jahre Knast Moabit. Ca. 3oo.ooo Gefangene haben hier in dieser preussischen Trutzburg Haß und Wut, Tränen und Sehnen und nicht wenige auch ihr Leben gelassen. Früher hatten die Gefangenen eine halbe Stunde Hofgang und mußten in Reih und Glied gehen. Wer aus der Reihe tanzte, riskierte, in den Bunker (berüchtigte, heute noch benutzte Arrestzellen) geschmissen zu werden. Die Hofgangregelungen sind zwar seit 1977 gelockert worden, aber ansonsten ist hier immer noch fast alles beim Alten geblieben.

Fast!

Denn emsige neu-preussische Sicherheitsfanatiker haben höhere Mauern und neuen Stacheldraht ziehen lassen. Und für die , die es wagen, aus der Reihe zu tanzen, hier und überhaupt die herrschende Ordnung, die immer eine Ordnung der Herrschenden ist, zu durchbrechen, anzugreifen, für die wurde für 6,3 Millionen Mark ein Hochsicherheitstrakt gebaut. Ein moderner, bestia-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

lisch-perfekter, unmenschlicher Wurmfortsatz der deutschen Tradition Menschen zu vernichten.

Aber auch der übrige Knast entwickelt sich immer mehr zu einem Hochsicherheitstrakt. Wenn es darum geht neue Alarmanlagen, ein spezielles Rollkomando, Schießübungsplätze in den Knastkellern, Fliegengitter, Sichtblenden in Moabit zu bauen, zu planen, ist die Phantasie der fanatischen Sicherheitsspezies unermeßlich. Über tausend Gefangene schmoren hier täglich 23 Stunden isoliert in einer kleinen Zelle, eine Stunde Hofgang ist der einzige zwischenmenschliche Kontakt am Tag über Monate, ja manchmal über Jahre. Wer das nicht aushält, wird vom Arzt mit Tabletten (Psychopharmaka) vollgestopft oder bekommt eventuell die „Gelegenheit" dann zu zweit auf einer 8-9 qm großen Zelle mit zwei Betten, Tisch, Schrank, Stuhl, Waschbecken und Klo hausen zu müssen. Notgemeinschaft nennt das die Knastleitung.

Das haben wir vor Augen, wenn wir jetzt einen 5tägigen Protesthungerstreik beginnen, hauptsächlich gegen den 23Stunden-Weichkoch-Vollzug und gegen den Hochsicherheitstrakt.

Schon einmal platzte vor einem Jahr ca. 25o Gefangenen hier der Kragen und sie begannen einen Hungerstreik. Justizsenator Meyer hatte damals versucht, die Proteste und die Öffentlichkeit zu beschwichtigen: wenn der Trakt belegt sei, wird es für alle anderen Gefangenen Entlastungen geben, weil die Sicherheitsvorkehrungen dann nicht mehr notwendig seien. (Senator Meyer auf einer Podiumsdiskussion am 18.1.'8o zu dem HSTrakt)

Bereits am 13.1.'79 hatte er über den Tagesspiegel an alle Gefangenen appeliert, sich nicht an den drohenden Streikaktionen zu beteiligen, da „wenn er sich mit Angelegenheiten dieser Art beschäftigen müsse – er nicht an der Verbesserung der Haftbedingungen arbeiten könne."

Verscheißern können wir uns alleine!

Die Sprechblasen von Meyer dienen nur zur Irreführung der Öffentlichkeit, sollen der Presse eine beruhigendes Bild vermitteln, zu Not auch mit lügenhaften Behauptungen wie z.B. im FDP-Parteiblättchen: Untersuchungshaft bedeute grundsätzlich 23Stunden Einschluß-Vollzug.

In anderen Knästen gibt es für Untersuchungsgefangene auch Umschluß, Sport– und andere Gruppen. Die Tiere im Zoo haben mehr Auslauf als wir hier!

Wir werden Menschen sein ! ! ! ! !

**Deswegen müssen folgende Forderungen verwirklicht werden:**

- **2 Stunden Hofgang täglich**
- **zweimal in der Woche Sport für alle**
- **Auf- oder Umschluß auf der Station**

– Auf- oder Umschluß auf der Station

- **Abschaffung der Fliegengitter**
- **dreimal duschen in der Woche**
- **1 Stunde Besuch wöchentlich/für Ausländer müssen genügend Dolmetscher vorhanden sein**
- **uneingeschränkten, unbehinderten Kontakt mit den Drogenberatungsstellen**
- **Abschaffung jeglicher Sondertrakte, Arrestzellen, vor allem aber Auflösung des Hochsicherheitstrakts (dann wären auch genügend Räume da)**
- **Naturhaarpinsel für alle Gefangenen! ! !**

Das ist das Mindestmaß an machbaren Forderungen. Wir wissen auch, das Meyer und Konsorten wieder tausend Lügen und Verdrehungen erfinden werden, um vor alllem die Presse in die Irre zu führen. ( wie beispielsweise im letzten Jahr, wo aus ca. 25o Hungerstreikenden im Tagesspiegel 37 gemacht wurden). Wir haben auch aus diesem Grund erstmal einen 5tägigen Protesthungerstreik begonnen, damit von der Justiz auf unsere Forderungen reagiert wird und Zeiträume für deren Verwirklichung bekanntgegeben werden.

Wenn sich hier nach drei Wochen nichts gerührt hat, werden wir hier weitersehen. Mit wieviel Menschenverachtung und Zynismus die Justiz reagiert, handelt, das erfahren wir jeden Tag; das haben auch die Gefangenen Frauen in der Lehrterstraße erst kürzlich wieder erfahren müssen. Ihnen, den Frauen, gilt unsere uneingeschränkte Solidarität. Wir unterstützen ihre Forderungen, denn wir wissen hier zu gut, was sie bedeuten.

Wir machen uns auch keine Illusionen, aber unsere Geduld dauert nun schon 1oo Jahre. Sie ist zu Ende! !

Wir wissen auch, daß wir eine gewisse Unterstützung brauchen und fordern nochmal alle auf, sich nicht von den Zweckbehauptungen und Lügen der Justiz einlullenzu lassen.

# ...»ob wir mit dem Erbe der Vergangenheit umzugehen gelernt haben« — Repression gegen Antifaschisten —

*„Die Behandlung ausländischer Minderheiten, die Verteidigung der demokratischen Ordnung und ihre Erfüllung mit dem Geist der Menschlichkeit entscheiden letztendlich, ob wir mit dem Erbe der Vergangenheit umzugehen gelernt haben."* – Ernst Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes auf einer Veranstaltung zum 42. Jahrestag der „Reichskristallnacht" (Pogrome gegen jüdische Bürger vom 9. November 1938). Und weiter Herr Benda: Der *„Verschleierung und Verdeckung der NS-Zeit"* müsse entschiedener als bisher entgegengetreten werden. Die jüngsten Anschläge zeigten ein *„Wiederaufleben"* neonazistischer Umtriebe. Es sei daher Aufgabe aller, niemals zuzulassen, daß auch nur in Ansätzen der *„Ungeist der Inhumanität"* wiedererstehen könne („FR", 11.11.80).

SPD-Präsidiumsmitglied Bundesjustizminister Vogel übt aus gleichem Anlaß „Selbstkritik": Er beklagt, *„daß auch die Sozialdemokraten von einer Verkümmerung des Geschichtsbewußtseins nicht unberührt geblieben sind"* („FR", 11.11.80). Andere Politiker schlossen sich dieser Tage den Äußerungen dieser beiden „Oberjuristen" der Bundesrepublik an. Ob all dieser schönen Worte könnte manch antifaschistisch gesinnter Mensch neue, starke Bündnispartner vermuten, die Annahme vorausgesetzt, hier würden auch T a t e n folgen! Doch Gedenkfeiern sind eines und die Verfolgung von alten und n e u e n Nazi-Verbrechern ist ein anderes – das ist Antifaschisten seit 1945 und seit München im Oktober 1980 bekannt. Ein Blick dieser hohen Herren in die unteren Etagen ihrer Klassenjustiz würde ihnen die Erkenntnis erstaunlicher Parallelen zur Justiz der Weimarer Zeit eröffnen, oder sollten sie gar nicht wissen, was sich da abspielt?

*„Mir reichts. Ich höre auf. Schluß mit der Justizkritik und den Prozessen. Ich lasse mich nicht länger verarschen, ich verarsche mich selbst nicht mehr. Ich habe im Augenblick keine Lust mehr. Macht da weiter, wo ich aussetze!"* Dies sind Worte von Hendryk M. Broder, dem engagierten Journalisten und Antifaschisten, der jetzt die Bundesrepublik verlassen will. *„Ganz offensichtlich rege ich mich über Sachen, Zustände und Verhältnisse auf, über die sich nur eine winzige Minderheit aufregt"* (am 13.11. auf einer Veranstaltung in Hamburg). So verbittert stellt Broder sein neues Buch: „Danke schön – Bis hierher und nicht weiter" der Öffentlichkeit vor. Vor zwei Wochen war er noch zum Harburger Antifaschistenprozeß erschienen und danach ein guter Artikel in der „Frankfurter Rundschau". Verdammt, Leute, haut nicht ab aus diesem Land, auch wenn die Klassenjustizseiten im AK und noch so vieles mehr Anlaß genug bieten. Wir alle dürfen uns nicht aus der Verantwortung stehlen! Hendryk, pack die Sachen wieder aus, lies die folgenden Spalten und Artikel von einem – verdammt noch mal – ungelernten, vierteljüdischen, von dieser BRD immer wieder angewiderten, sich jede Zeile auf der Schreibmaschine zusammensuchenden, Feierabend-bis-in-die-Nacht-rein-Journalisten, und mach dann weiter, da, wo Du eben unterbrochen hast. **Ma. IKAH**




***

## Nazi-Prozeß wird zum Justiz-Skandal

**Hamburg.** Worum geht's? Am 14./15. Mai 1977 hatten Neonazis, insbesondere Hansa-Bandenmitglieder, nachdem das Curio-Haus von Antifaschisten besetzt worden war, vor dem Lokal POM in Osdorf, wohin die faschistische DVU mit ihrer Veranstaltung ausgewichen war, protestierende Antifaschisten überfallen und zusammengeschlagen: elf Verletzte. Jetzt stehen sieben Neonazis dafür vor Gericht, unter ihnen Michael Kühnen, Lothar Wrobel, Tibor Schwarz, Uwe Rohwer, Christian Graabsch und Gerhard Pasternak.

Der Prozeß begann sofort mit einem skandalösen Lehrstück: Die Nazi-Anwälte Rieger und Sievers beantragten den Ausschluß sämtlicher Öffentlichkeit, also auch der Presse, da einer der Angeklagten zur Tatzeit noch unter 18 Jahre alt war. Der Antrag ist rechtlich zulässig; nun hätte Richter Makowa das Verfahren gegen den damals noch Jugendlichen abtrennen können, damit die Öffentlichkeit für das Verfahren gegen die anderen Neonazis gewahrt bliebe, doch nichts dergleichen: Er folgte dem Antrag der Nazi-Anwälte und lehnte eine Abtrennung aus *„prozeßökonomischen Gründen"* ab. (Vergleiche diese Begründung mit dem Prozeß-Aufwand, der gleichzeitig gegen die Harburger

gründung mit dem Prozeß-Aufwand, der gleichzeitig gegen die Harburger

Antifaschisten betrieben wird, siehe Bericht in diesem AK, und Du hörst die Justiz-Nachtigall trabsen ...). Seitdem steht die Presse vor der Tür und die Nazis haben etwas mehr Ruhe vor der demokratischen Öffentlichkeit. Diese treten im Gericht samt ihren Verteidigern mit einer Unverschämtheit sondergleichen auf. Als am 5.11. ein Pressefotograf Aufnahmen von den Angeklagten machen wollte (ein presserechtlich einwandfreier Vorgang, denn die Angeklagten gelten als „Personen des Zeitgeschehens"), wurde er dabei bedroht: *„Du kommst hier nicht heil raus!"*, *„Ich hau' Dir die Kamera über'n Kopf!"* – so der Angeklagte Lothar Wrobel. Am zweiten Verhandlungstag empfing Polizeiobermeister Claasen, der im Gerichtsgebäude den Einsatzleiter macht, die Presseleute bei der Eingangskontrolle, wobei er zu einem Fotografen sagte: *„Ich warne Sie, machen Sie hier keinen Putz!"*. Als dann ein Teil der Angeklagten vor dem Verhandlungssaal erschien, griffen die Neonazis die dort wartenden Presseleute sofort an: Christian Graabsch ging auf einen Fotografen los und drohte: *„Deine Fresse merk ich mir, für jedes Foto, das Du machst, brech' ich Dir einen Knochen!"* Gerhard Pasternak schlug einen Fotografen mit der Faust gegen die Brust und versuchte, ihm die Kamera zu entreißen. Sein Anwalt, Carlos A. Sievers, assistierte ihm dabei mit den Worten: *„Ich an Ihrer Stelle hätte ihm den Kopf abgeschlagen"*! Nazi-Anwalt Rieger behinderte derweil andere Fotografen, indem er die Linsen verdeckte und lautstark die Festnahme dieser *„Kerle"* und *„Typen"* durch die anwesenden Polizisten forderte. Nebenstehende Justizwachtmeister und ein Polizist hatten sich da zunächst fein rausgehalten; jetzt aber wurde POM Claasen aktiv: Er nahm vier Fotografen mit zur Sonderwache, um ihre Personalien festzustellen, nachdem Nazi-Anwalt Rieger auf das (hier nicht gegebene) „Recht am persönlichen Bild" gepocht hatte! Sein Kollege Sievers machte inzwischen Jagd bis auf die Toilette hinter einem älteren Herrn her, der bei Sievers „Kopf-ab"-Parole geäußert hatte: *„Sie sind doch kein Rechtsanwalt, vor Ihnen kann man nur ausspucken!"*

Die betroffenen Presseleute stellen Strafanzeigen wegen dieser Vorgänge, und dem Leiter der Justizpressestelle geht ein Protestschreiben zu.

Am Mittwoch, dem 12.11., dem dritten Verhandlungstag, gibt es bei Erscheinen des Angeklagten Wrobel sofort wieder ein Gerangel, und die Presseleute werden lautstark „belehrt", ihre *„Befugnisse nicht zu überschreiten"* und es ist die Rede von *„Behinderung der Zeugenvorführung"*. Von seiten der Justiz geht ein Klima aus, als seien die Presseleute Kriminelle. Was drinnen im Saal passiert, bleibt weiterhin unbekannt. Hamburg 1980 ...

***

## „Jeder schlechte Agitprop-Film über Klassenjustiz wird von der Wirklichkeit übertroffen"

**Hamburg-Harburg:** Obenstehendes Zitat stammt aus der Zeitschrift „Szene" und ist dem bisherigen Verlauf des Harburger Antifaschistenprozesses gewidmet. In der Tat, auch der nunmehr zehnte (!) Verhandlungstag am 10.11.80 stellte dies unter Beweis. Richter Winterstein gab sich zu-

tag am 10.11.80 stellte dies unter Beweis. Richter Winterstein gab sich zu-

nächst frohgelaunt, hoffte er doch in dem Polizeizeugen und Einsatzleiter gegen die Anti-NPD-Demonstranten H a r t w i g endlich zu einem Zeugen zu kommen, der mal wirklich was gesehen haben könnte. Es muß doch — verflucht nochmal — möglich sein, aus den angeklagten Antifaschisten simple Eierwerfer und damit Körperverletzer, Landfriedensbrecher und öffentliche Störenfriede zu machen, ohne daß im Prozeß diese ganzen politischen Verwicklungen ausgebreitet werden! Geschnitten, Herr Winterstein, Rechtsanwalt Maeffert will einen Antrag stellen und schon wird der Richter grantig. Erst nach längerem Hin und Her läßt er den Antrag zu. Als der Verteidiger gerade begonnen hat, nach § 153 (seitens der Staatsanwaltschaft zustimmungspflichtig) die Einstellung des Verfahrens zu fordern, u n t e r b r i c h t Staatsanwalt Gerhard sofort, lehnt den Antrag ab und erklärt sich ausdrücklich dagegen, die Begründung des Antrags überhaupt noch zu hören! Die Verteidigung läßt diesen Vorgang protokollieren und stellt Antrag auf Unterbrechung, um eine Entscheidung des Leitenden Staatsanwaltes herbeizuführen über diese *„eklatante Verletzung der Prozeßregeln"*. Statt diesen Antrag zu behandeln, überläßt der Richter dem vorlauten Staatsanwalt das Wort, der nun eine Begründung für seine Ablehnung zusammenkramt, gegen einen Antrag, den er noch gar nicht gehört hat! Erst d a n a c h kann RA Maeffert seinen Antrag formulieren: Er zitiert ein Einstellungsurteil (siehe Leserbrief im letzten AK) und dessen politische Begründung durch einen Richter in Hannover, weiterhin die Forderung des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin in seiner Rede zum 42. Jahrestag der Judenp ogrome am 9. November 1938, daß angesichts der jüngsten Anschläge von neonazistischen Gruppen der Kampf gegen den Rechtsradikalismus verschärft werden müsse. *„Die Politiker können sich solche Äußerungen schenken, wenn auf der untersten justiziellen Ebene solche Verfahren geführt werden"* — so Maeffert. Im übrigen sei der Vorwurf des „Landfriedensbruches" eine pure Erfindung des ermittelnden Staatsanwalts (in diesem Fall StA Reumann, bekannt aus vielen Antifaschisten-Prozessen, Anm. IKAH) und ließe sich aus keinem Blatt der Ermittlungsakten belegen.

IKAH) und ließe sich aus keinem Blatt der Ermittlungsakten belegen.

Richter Winterstein lehnt dann die beantragte Unterbrechung ab und schreitet zur langersehnten Zeugenvernehmung: *„Erzählen Sie mal, wie das war, damals, Herr Hartwig ..."*. Diese Frage an einen Polizeivorgesetzen, der x-mal mit seinen Untergebenen über deren Aussagen geredet hat, der eigenhändig Aussagebeschränkungen für diese erteilte und mit anderen zusammen Beobachtungsberichte gefertigt hatte, in denen sie selber nicht mehr auseinanderhalten können, was sie nun wirklich g e s e h e n hatten! Verteidiger Maeffert stellt sofort Antrag auf anderen Befragungsverlauf des Polizisten, nämlich zunächst die Umstände zu hinterfragen, wie er seine heutige Aussage vorbereitet hat. Richter Winterstein lehnt ab. Darauf folgt wieder ein wahres Duell, in dessen Verlauf Verteidiger Maeffert immer wieder das Wort abgeschnitten wird, ohne daß es ihm gelingt, seine Auffassung durchzusetzen, daß es rechtlich unhaltbar sei, den Zeugen zur Sache zu befragen und erst danach das Zustandekommen der Aussage zu überprüfen. Als der Polizist beginnt, wie am Schnürchen seine Aussage zu machen, war „das Faß voll": *„Gedicht, auswendiggelernt, Reproduktion einer Strafanzeige — hier steht es wortwörtlich, ich kann es selbst schon fast auswendig"*, unterbricht Verteidiger Maeffert und hält dem Richter die Akte hin. Ja, selbst die 40 Zuschauer(innen) im Saal spürten den „Hauch der Poesie", der von diesem Zeugen ausging.

Verteidiger Maeffert beantragt Unterbrechung, um mit seinem Mandanten einen Befangenheitsantrag gegen Richter Winterstein zu beraten. Richter Winterstein gesteht dies erst nach heftigem Sträuben und juristischem Rat des Staatsanwalts (!) zu. Man einigt sich schließlich, daß als Grundlage des Befangenheitsantrags das Protokoll ausreiche. Richter Winterstein will alles weitere vertagen — *„wenn es überhaupt weitergeht"*, meinte Verteidiger Maeffert. *„Es geht weiter"* — sc Staatsanwalt Gerhard in seiner üblichen Art, als sei er es, der über alles zu bestimmen habe.

**Die Angeklagten und ein Unterstützerkreis bereiten eine Solidaritätsveranstaltung vor, die voraussichtlich am 29. November stattfinden soll. Kommt zahlreich!**

***

***

## Maulkorb-Urteile in Göppingen

**Göppingen.** Am 8.Oktober hat das Amtsgericht Göppingen fünf Schülerzeitungsredakteure bzw. Artikelschreiber wegen „übler Nachrede" gegenüber einem Neonazi und wegen eines Vergehens gegen das Pressegesetz zu Strafen zwischen 15 und 30 Stunden gemeinnütziger Arbeit sowie in zwei Fällen zu Geldstrafen von DM 500 und DM 900 verurteilt. Die fünf Betroffenen hatten im Februar dieses Jahres in den Schülerzeitungen „Zuendschnur" und „Der Hammer" über neonazistische Umtriebe im Kreis Göppingen berichtet und in einem Fall einen der Neonazis namentlich genannt. Dieser hatte daraufhin Anzeige wegen „übler Nachrede" erstattet.

Das Gericht, das über die Berichterstattung der Schülerzeitungen zu (ver)urteilen hatte, ging während des gesamten Prozesses nicht ein einziges Mal auf die vielen bewiesenen neonazistischen Aktivitäten ein, für deren Veröffentlichung die Schülerzeitungen gesorgt hatten, Polizei und Staatsanwaltschaft verharmlosten diese sogar noch. Stattdessen konzentrierte es sich auf die Berichterstattung über den namentlich genannten Neonazi, der am Ende — wie sollte es anders sein — als „Einzeltäter" dastand. Immerhin konnte diesbezüglich dem Gericht noch die Auffassung abgetrotzt werden, daß dieser *„v i e l l e i c h t als Rechtsradikaler einzustufen ist und m ö g l i c h e r w e i s e zu Gewalttätigkeiten neigt."* Was der Richter nicht durchgehen lassen wollte: Daß dieser Neonazi „in schweinischer SA-Schlägertrupp-Manier" einen Andersdenkenden verprügelt habe und „Kopf einer neonazistischen Bande" sei. Auch die Behauptung, es habe „Wehr-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

sportübungen im Oberholz" gegeben, konnte für's G e r i c h t nicht glaubhaft gemacht werden. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Schülerzeitungsmacher an einigen Details vielleicht nicht genügend recherchiert haben — etwas anderes ist in diesem Zusammenhang viel wichtiger: z.B. daß die Lokalpresse vor dem Prozeß noch Schlagzeilen mit der scheinheiligen Frage bringt: *„Gibt es Neonazis im Kreisgebiet? — Schülerzeitungs-Redakteure behaupten es"*, und nach dem Prozeß die Schlagzeile: *„Es gibt keine Nazi-Bande"*, Unterüberschrift: *„Schlägerei war privater Streit — Nur Einzelperson blieb übrig"*. (Siehe „NWZ", 3.10. und 9.10.80). Dies ist auch kein Wunder, wenn man bedenkt, daß dieselbe Presse es Schülerzeitungen überläßt, die vielen Aktivitäten der ca. 15köpfigen Nazi-Bande in Göppingen öffentlich zu machen. Kein Wunder auch, wenn dieselbe Presse in den Monaten vor dem Prozeß unkritisch auf die schlampigen Ermittlungen der Polizei reagiert und mit der Schlagzeile: *„Kripo: Keine Anhaltspunkte für eine Nazi-Bande"* aufwartet („NWZ", 16.6.80).

Und noch ein Punkt deutet daraufhin, daß es berechtigt ist, bei dieser ganzen Geschichte zu schlußfolgern, daß Polizei, Justiz und bürgerliche Presse ein eifriges Bemühen zeigen, den o r g a n i s i e r t e n Neofaschismus aus der Schußlinie zu kriegen: Die Polizei — auf unbekannte Weise in den Besitz der Schülerzeitung „Hammer" geraten — vernimmt den namentlich genannten Nazi, entläßt ihn daraufhin unbehelligt, worauf dieser losgeht und gleich gegen beide Schülerzeitungen Anzeige erstattet, obwohl er nur im „Hammer" namentlich erwähnt wird. Die Polizei folgt ihm auf dem Fuße und nimmt sich auch gleich beide Redaktionen vor, wobei sich die Schüler mit Fragen konfrontiert sehen wie: *„Haben nähere Verwandte von ihnen Kontakte zu linksextremistischen Organisationen?"* oder *„Was wissen sie über das 'Antifaschistische Aktionskomitee Göppingen'?"* Auch wurden die Redakteure erkennungsdienstlich behandelt, mit Fotos und Fingerabdrücken! Doch damit nicht genug: Weil in der Zeitung „Der Hammer" auch stand: *„Es gehen*

Hammer" auch stand: *„Es gehen*

*Gerüchte um, daß es am Wirtschaftsgymnasium einige Lehrer gibt, die diese Nazis tolerieren und sogar unterstützen sollen"*, flatterte den Redakteuren noch eine weitere Anzeige ins Haus: Absender — der Schulleiter dieser Schule.

Die betroffenen Schüler brauchen jetzt erst recht Unterstützung; das „Antifa-Komitee Göppingen" hat zu diesem Zweck ein Konto eingerichtet und will Anfang Dezember eine Dokumentation über die Nazi-Szene und die Methoden von Polizei und Justiz herausgeben.

**Kontonummer: 120 330 2500, Antifa-Komitee Göppingen, Kennwort: Solidarität, Bank für Gemeinwirtschaft in Göppingen**

PS: Der Neonazi, um den es sich hier dreht, heißt Siegfried Weiß, ist aus Göppingen, Schüler der 11.Klasse des Wirtschaftsgymnasiums, fährt einen tarnfarbenen VW-Bus (GP - MU 81) mit aufgemaltem verstümmeltem Reichsadler, DVU-Aufklebern und den Buchstaben „NSDAJ" auf den Vordertüren. Sachdienliche Hinweise nimmt jede antifaschistische Dienststelle entgegen....

***

### Freundeskreis Filmkunst e.V.: Fast ausnahmslos Nazi-Filme!

**Hamburg.** Den Aktivitäten der „Antifaschistischen Initiative Winterhude" ist es zu verdanken, daß die rechtsradikalen Umtriebe des „Freundeskreises Filmkunst", der sonntägliche Matinee-Vorstellungen im Hamburger Passage-Kino veranstaltet, ins Licht der kritischen Öffentlichkeit rückten. Der Passivität der Behörden ist es zu verdanken, daß dieser rechtsradikale Verein die Verantwortlichen für ein Flugblatt der Initiative vor Gericht zerren und sogar ein Teilurteil zu seinen Gunsten durchsetzen konnte!

Der Initiative wurde mit Urteil vom 3.10.80 verboten, folgende Behauptungen aufrecht zu erhalten:

— der Verein habe die Filme „Mit dem Führer zum Sieg", „Unsere Stukas", „Hermann Göring" gezeigt,
— der Verein beziehe vom „Hansa-Filmverleih" seine Filme,
— der Verein pflege Kontakte zur „Aktionsfront nationaler Sozialisten" und zur NSDAP/AO.

Bezeichnend schon, welchen Rechtsbeistandes sich der Verein vor Gericht bediente: Nazi-Anwalt Jürgen Rieger, der z.Z. auch gerade sieben Neo-Nazis, u.a. aus der ANS - Hansabande verteidigt.

Die Rechtsradikalen nutzten Ungenauigkeiten in dem Flugblatt der Initiative, um zu diesem Urteil zu gelangen: Ein Herr Rose von diesem Verein legte eine Liste der seit 1977 vorgeführten Filme vor, in der sich die oben genannten Titel nicht befanden, auch eine Anzeige in der Zeitung „Hamburger Nationaldemokraten", in der ein Film „Stukas" angekündigt war, genügte nicht als Beweis, da eine für diesen Zeitpunkt gedruckte Einladung für den Film „Kameraden" vorgelegt wurde.

Was den „Hansa-Filmverleih" betrifft, bekundete dessen Inhaber B e e k e n, daß seine Firma nicht so, sondern „Hansa-Film GmbH" heiße, nur Schmalfilme für den privaten Gebrauch verkaufe und zu dem Verein keinerlei Geschäftsbeziehung unterhalte. Die Verteidigung der Antifa-Initiative konnte dem Gericht nicht glaubhaft machen, daß Rose vom „Freundeskreis" und Beeken von der „Hansa-Film" ihre Aussagen miteinander abgesprochen hätten, und das Gericht urteilte: *„Da die 'Hansa-Film GmbH' unstreitig zumindest zeitweilig primär NS-Filme vertrieben hat, braucht der Kläger nicht zu dulden, daß ihm Geschäftsverbindungen zu einem derartigen Betrieb unterstellt werden..."*. Warum die beiden eine Zusammenarbeit bestreiten, liegt noch im Bereich der Vermutung: Rechtsradikale haben eben unterschiedliche Ebenen der „Öffentlichkeitsarbeit"... Was kostet es den „Freundeskreis" auch, sich vor Gericht mal von ANS und NSDAP/AO abzugrenzen, je sogar kundzutun, daß deren Mitglieder (natürlich nur, wenn sie als solche e r k e n n t l i c h waren) schon Hausverbot bekommen hätten? Und eine „Distanzierung" des „Freundeskreises" vom historischen Nationalsozialismus, abgedruckt in der Zeitschrift „Die Warte", beurteilt das Gericht u.a. so: *„Daß diese Abgrenzung nicht unter freiheitlich demokratischen Gesichtspunkten erfolgt, sondern aus dem Vorwurf heraus, der Nationalsozialismus habe versagt, weil er trotz bestehender Möglichkeit den Zweiten Weltkrieg nicht gewonnen habe... ändert nichts daran, daß der Kläger mit der NSDAP und bestimmten Nachfolge-Organisationen nichts zu tun haben will und dies auch öffentlich*

*tun haben will und dies auch öffentlich*

*bekundet..."* Die rechtsradikalen sehen's eben nicht gern, wenn Antifaschisten sie „in einen Pott" werfen und kommen damit vor Gericht unter Umständen auch durch.

Womit sie allerdings n i c h t durchgekommen sind: daß der Antifa-Initiative verboten wird zu schreiben, jeden ersten Sonntag im Monat würden Original-NS-Filme im Passage-Kino durch den „Freundeskreis" gezeigt. Der „Freundeskreis" wollte dagegensetzen, daß er „künstlerisch wertvolle Filme zeige und dabei keinerlei Eingrenzung hinsichtlich des Herstellungsdatums der Filme habe.

Nach der Beweisaufnahme stellte das Gericht fest, *„daß der Kläger seine Filmvorführungen fast ausnahmslos mit Filmen bestreitet, die während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedreht worden sind. Es ist weiterhin gerichtsbekannt, daß die Spielfilmproduktion jenes Zeitabschnitts insgesamt durch das Reichspropagandaministerium gesteuert worden ist ... Im übrigen hat der Kläger keinerlei Versuch unternommen, darzulegen, daß die signifikante historische Beschränkung seines Programms nichts mit einer politischen Affinität zumindest zu einem gewissen Teil des Gedankenguts des Nationalsozialismus zusammenhängt ..."*

Ja, wenn dies alles nun sogar gerichtsbekannt ist und die Erkenntnisse von Verfassungsschutz und Polizei noch hinzugefügt würden (deren Vernehmung in diesem Prozeß als Beweisantrag abgelehnt wurde), wäre das nicht ausreichend dafür, daß sich die Staatsanwaltschaft mal mit diesem sonnigen „Freundeskreis" beschäftigt? Oder wieviele Antifaschisten müssen deswegen noch vor den Kadi?!

***

### Ehrverletzung des Ministerpräsidenten?

**Hamburg.** Seit dem 6.November läuft der Prozeß gegen Erika K. wegen Anbringen eines „Stoppt Strauß"-Aufklebers an ihrem Auto, wobei Strauß mit SS-Runen am Ende geschrieben war. Dadurch sei ehrverletzend eine Identifizierung von Strauß mit den Zielen und dem Gedankengut des Nationalsozialismus hergestellt.

Richter Rehm hatte sich womöglich auf einen „kurzen Prozeß" eingestellt, entsprechend unwillig reagierte er jedenfalls, als die Angeklagte in einer mehr als 30 Minuten langen Erklärung die Motive ihrer „Tat" darlegte. Im Saal trafen die unzähligen Fakten, mit denen sie ihre Haltung gegenüber Strauß belegte, auf gespannte Aufmerksamkeit der ca. 30 Zuschauer. Die Vorstellung, Strauß könne Bundeskanzler werden, bewirke in ihr erhebliche Furcht vor der daraus folgenden politischen Entwicklung der Bundesrepublik und auch Angst um ihre ganz persönliche Zukunft als kritisch denkende Frau — um dies zu belegen, ging sie auf die gesamte Biografie von Strauß ein, von seiner Zeit als Nationalsozialist über seine zahlreichen demokratiefeindlichen Skandale nach 1945; seine internationalen Kontakte zu Diktatoren, Faschisten und rechtsradikalen Organisationen, bis zu den unzähligen Äußerungen und Reden von Strauß. *„Durch die hier aufgeführten außenpolitischen Aktivitäten von Strauß und seine damit verbundenen Äußerungen dokumentiert er selber seine politische Verbundenheit zu den jeweiligen Diktatoren und antidemokratischen Organisationen. Er selbst läßt damit deutlich erkennen,*

*selbst läßt damit deutlich erkennen,*

*für welche innenpolitischen Verhältnisse er Sympathien hegt. Wenn ich hier im Anschluß noch eine Reihe von Zitaten anführe, so nicht nur deshalb, weil sie Dokumente seines politischen Stils und Umgangs mit Andersdenkenden sind, sondern auch, weil in ihnen politisch-programmatische Vorstellungen zum Ausdruck kommen, die jeden Demokraten zum Widerstand herausfordern müssen."*, sagte Erika und lieferte die Fakten, bis hin zu einer Analyse, woher das berüchtigte „Ratten- und Schmeißfliegen"-Zitat stammt, nämlich aus dem antisemitischen Nazi-Hetzfilm „Der ewige Jude" des Dr. Taubert, zu dem Strauß auch nach 1945 guten politischen Kontakt pflegte. Erika verband ihre Ausführungen mit einem Antrag auf Einstellung des Verfahrens. Ihr Anwalt, Hartmut Scharmer, stellte ebenfalls diesen Antrag mit der zusätzlichen Begründung, daß Strauß die Anzeige gar nicht persönlich gestellt habe, sondern die Bayerische Staatskanzlei, es läge also ein Verfahrensfehler vor. In dem anschließenden Rechtsstreit zwischen Richter Rehm und Staatsanwalt Bistry einerseits und der Verteidigung andererseits kam der unbefangene Beobachter zu der Annahme, daß hier Anzeichen für einen Verurteilungswillen seitens der Justiz vorhanden waren. Der Streit endete am ersten Verhandlungstag mit einem Befangenheitsantrag gegen den Richter.

Am zweiten Verhandlungstag wurde dieser Antrag als unbegründet zurückgewiesen. Die Verteidigung stellte dann zahlreiche inhaltlich-ausführliche Beweisanträge, die bis auf wenige Details allesamt — nach einer 3/4stündigen Pause — von Staatsanwalt Bistry als „richtig unterstellt" wurden, aber angeblich „für das Verfahren ohne Bedeutung" seien. Bei ihm schälte sich die Absicht heraus, das Verfahren formal abzuhandeln und den Prozeßgegenstand aus dem politischen Zusammenhang zu lösen. Er verstieg sich dann zu der Behauptung, den Begriff „Ratten und Schmeißfliegen" habe es wohl auch schon vor 1940 gegeben, um der Angeklagten dann anzuhängen, sie habe „die Oberkante des negativen Bildes überschritten", daß man von jemandem haben dürfe. Im übrigen sei heute nicht mehr feststellbar, welches der Bewußtseinsstand von Frau K. war, als sie den Kleber anbrachte. Was jetzt hier alles vorgebracht werde, sei nur aus Büchern angelesenes Wissen. Hier ignorierte er glattweg die langen Ausführungen, die Erika am Anfang des Prozesses gemacht hatte. Verteidiger Scharmer zeigte hieran auch die Konsequenz auf, ob nach Meinung des Staatsanwaltes alles, was nicht persönlich erfahrbar ist, z.B. Fakten aus Büchern, als Beweis nicht mehr zugänglich sei.

In einem anschließenden Streit, ob Strauß die Gefahr der Wehrsportgruppe Hoffmann verharmlost habe, griff der Richter mit der Bemerkung ein, die zitierte Äußerung von Strauß stamme aus einer Zeit vor dem Münchener Attentat, da konnte Strauß von der Gefährlichkeit wohl noch nichts wissen. Dies veranlaßte Rechtsanwalt Scharmer dazu, noch weitere Beweisanträge in Aussicht zu stellen.

Die nächste Verhandlung verspricht spannend zu werden. Eine breite Öffentlichkeit sollte dazu beitragen, daß wahr bleibt, was wahr ist: daß alle die im Prozeß genannten Untaten des Franz Josef Strauß eine Beleidigung sind — für jeden Demokraten.

**Nächster Termin: Montag, 24.11. um 9.00 Uhr im Raum 377 b des Strafjustizgebäudes**

### Ankündigung

**Am 18. November um 10.00 Uhr im Raum 1114 des Landgerichts Darmstadt beginnt der Berufungsprozeß von U. Pakleppa.**

Er war wegen Tragens einer „Stoppt-Strauß"-Plakette (Strauß am Ende mit SS-Runen) verurteilt worden. Die Plakette war in Darmstadt in Form eines „Steckbriefes" bei den Polizeiwachen eingegangen, was zu einer entsprechenden „Suchaktion" führte. Als in dem Prozeß mehrere Zuschauer aus Solidarität mit dem Angeklagten entsprechende Plaketten trugen, wurden auf Geheiß der Staatsanwaltschaft im Gericht einige von ihnen festgenommen. Ihnen droht nun auch eine Anklage. Bemerkenswert ist, daß U.Pakleppa nicht nur wegen Strauß-Beleidigung vor Gericht steht, sondern auch wegen . 86a — Verwendung verbotener Kennzeichen — aufgrund der SS-Schreibung auf der Plakette. Das stellt die antifaschistische Intention dieses . 86a mal wieder total auf den Kopf!

### Das hältste ja im Kopf nicht aus!

München. Viereinhalb Jahre(!) dauert nun schon ein Verfahren, das Franz Josef Strauß gegen den DKP-Vorsitzenden Conrad Schuhler wegen Beleidigung angestrengt hat. Schuhler hatte im März 1976 in einem Flugblatt Strauß als „CSU-Rüpel" bezeichnet. Zunächst erfolgte ein Strafbefehl, der Einspruch dagegen wurde verworfen. Dann beantragten Schuhler und ein zweites DKP-Mitglied, das die Flugblätter verteilt hatte, erfolgreich „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" und erreichten vor dem Amtsgericht Freispruch. Dieses Urteil wurde vom Bayerischen Obersten Landesgericht auf Revision der Staatsanwaltschaft aufgehoben und der Fall an das Amtsgericht zurückgewiesen. Dort erhielt Schuhler im März dieses Jahres 600 DM Geldstrafe, sein Mitangeklagter wurde freigesprochen. Im Berufungsprozeß gegen dieses Urteil wurden nun aber beide verurteilt: Schuhler muß 1800 DM und sein Mitangeklagter nunmehr 400 DM Geldstrafe zahlen. Urteilsbegründung: Der Ausdruck „CSU-Rüpel" sei *„eindeutig aus dem Rahmen fallend"*!

# Prozeß gegen 1. Mai-Demonstranten

**Richterin versucht, Widersprüche der Bullenzeugen zu vertuschen**

Wie wir schon im letzten AK berichteten, wurde der 22jährige Wolfgang P. aus Glückstadt am grünen Tisch, ohne ihn selbst vorher zu hören, zu 1.500 DM Geldstrafe bzw. 50 Tage Knast verurteilt. Wolfgang soll während der Bunte-Liste-Kundgebung am 1. Mai 1980 mit einem Pflasterstein vor dem von Bullen abgeschirmten HEW-Zentrum gesehen worden sein. Er wurde damals von einem „zivilen Aufklärungstrupp" verhaftet. Die Verurteilung Wolfgangs durch den Staatsanwalt stützte sich auf folgende Punkte: Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (Stein = waffenähnlicher Gegenstand) sowie Widerstand gegen die Staatsgewalt (bei seiner Festnahme soll Wolfgang sich gewehrt haben).

*„Am Dienstag, den 4. November fand nun mit Amtsrichterin Bosse die Widerspruchsverhandlung statt. Etwa 30 Zuhörer/innen waren erschienen... Bezeichnend für das Klima der Verhandlung war, daß nur 20 Zuhörer/innen (von insgesamt 30) in den Verhandlungssaal gelassen wurden. Diese mußten sich auf eine Bank quetschen, obwohl im Saal noch zwei Bänke leer waren. Außerdem wurde ein zusätzlicher Wachtmeister eingesetzt und auf dem Flur liefen einige unauffällige Herren rum, die sich dort mit den wartenden Polizeizeugen berieten. Von den drei geladenen Polizeizeugen gehörten zwei nach ihrer Aussage einem 'zivilen Aufklärungstrupp' an, der die Aufgabe hatte, auf der DGB-Demonstration zu beobachten, welche Leute und was für Gruppen, z.B. Punker, so dabei sind. Die Polizeizeugen verwickelten sich bei ihrer Vernehmung in unhaltbare Widersprüche. Die Glaubwürdigkeit der Zeugen wurde u.a. auch dadurch in Frage gestellt, indem einer von ihnen angab, er hätte die Ermittlungsakte vor der Verhandlung zu Gesicht bekommen, da er mit dem Namen des Angeklagten zuerst gar nichts hätte anfangen können. Sinngemäß sagte er: Er könne sich an die Festnahme zuerst nicht erinnern, er hätte schließlich so an die 100 Festnahmen im Jahr. Meist auf Initiative des Staatsanwaltes lehnte die Richterin fast alle Fragen der Verteidigung ab, da sie 'unzweckmäßig' seien und 'das Fragerecht mißbrauchen'. Damit waren Fragen nach Einsatzbefehl, Einsatzleiter, Einsatzgebiet und Einsatzgruppe gemeint. Oder die Frage, ob der Zivilpolizist der Ansicht sei, daß der Angeklagte eine strafbare Handlung begangen habe"* (zitiert aus einem Flugblatt zum Prozeß). Wegen der parteilichen Haltung der Richterin stellte der Verteidiger des Angeklagten einen Befangenheitsantrag. Den Antrag begründete der Anwalt u.a. damit, daß die Richterin den einen Bullenzeugen nach dem Aussehen des Pflastersteins befragte und einen Pflasterstein in einer Plastiktüte (mit Zettel gekennzeichnet) auf den Tisch legte. Die Richterin fragte dann den Bullen: *„War es dieser Stein?"* ja, ja, diese kleinen Eselsbrücken... Das Gericht sieht in dieser Frage jedoch keinen Beweis für die Befangenheit der Richterin. Stattdessen hatte das Gericht den Eindruck, daß diese Frage von der Richterin spontan formuliert wurde.

Auch gegen den Staatsanwalt stellte der Verteidiger einen Ablösungsantrag. Er begründete ihn u.a. damit, daß der Staatsanwalt Fragen an die Bullenzeugen mit der Begründung abblockte, der Verteidiger wolle die Zeugen nur in Rechtsgespräche verwickeln und sich persönlich profilieren. Auch dieser Ablösungsantrag wurde abgelehnt.

Am 14. November war nun der zweite Verhandlungstag. Auch auf diesem Termin wurden im wesentlichen die Bullenzeugen verhört. Anders jedoch als beim letzten Mal konnten sie sich plötzlich an bestimmte Dinge, die sie in der Verhandlung davor noch gesagt hatten, nicht mehr erinnern. Oder sie sagten nun: „Ich weiß es nicht genau". Zu den Widersprüchen in den Aussagen der Bullen kam nun noch hinzu, daß auch die Aussagen der Bullen untereinander widersprüchlich waren.

Mit der Öffentlichkeit hat das Gericht scheinbar nichts am Hut. Am zweiten Verhandlungstag tagte man in einem noch kleineren Raum und ließ die Hälfte der Besucher nicht in den Verhandlungsraum, obwohl noch Plätze frei waren. Trotzdem besteht nach wie vor die Aufforderung an alle Leute, den Prozeß zu besuchen.

**Der nächste Verhandlungstermin ist am**
**Dienstag, den 18. November**
**um 9 Uhr, Zimmer 160**
**im Strafjustizgebäude**
**Sievekingsplatz 3 (Hamburg)**

# Demos demnächst kostenpflichtig?

Während mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei den Wald um den Frankfurter Flughafen unsicher machen, macht sich ihr oberster Dienstherr, Innenminister Gries (FDP), Gedanken, wie er die Kosten der Polizeieinsätze am besten wieder eintreibt.

Gegenwärtig läßt er prüfen, ob und wie Veranstalter von Sportaktivitäten, Umzügen, Volksfesten, *Kundgebungen* und *Demonstrationen* für die begleitenden Polizeieinsätze zur Kasse gebeten werden können.

In dieser Richtung will Gries einen Vorschlag auf der nächsten Innenministerkonferenz in Westberlin einbringen. Die Kosten für ein Bundesligaspiel sollen rund 30.000 DM betragen. Kaum geringer dürften polizeiliche „Leistungsbescheide" ausfallen, die Veranstalter einer Demonstration oder Kundgebung oder eines „Rock gegen Rechts"-Festivals erhalten würden. In Frankfurt beispielsweise werden schon kleinere Aktionen im Verhältnis 1 : 1 bewacht, Einsätze bei derartigen Gelegenheiten mit weniger als 3 Hundertschaften sind selten.

Der VFL Stuttgart wurde vor kurzem von einem unteren Gericht zur Zahlung eines derartigen „Leistungsbescheides" für nicht angeforderte Polizisten verurteilt. Dieses Beispiel dürfte Gries zu seinem Vorstoß inspiriert haben.

Mit den ersten Leistungsbescheiden für die Bewohner des Grohnde-Dorfes 1977 fing es an; wann nun kostet der Protest beispielsweise gegen eine Bundeswehr-Vereidigung mal eben ein paar Tausender?

**In diesem Zusammenhang erinnern wir uns gerne einer Demonstration der AUD in Offenbach vor ca. 2 Jahren nahe der KWU-Zentrale. Einem (!) Demonstranten standen 5 Hundertschaften in vollem Wichs gegenüber. Ein Erlebnis, das die Polizisten verbittert haben soll.**

**KB-Gruppe Frankfurt**

**Die „Vorleistungen" der Belegschaft waren wirklich nicht von Pappe. Rund 4.200 Arbeitsplätze mußten die Hoesch-Kollegen der drei Dortmunder Werke Westfalenhütte, Union und Phoenix abschreiben - als Preis für den Erhalt der „Stahlbasis Dortmund". Diese Bedingung hatte das Management des deutsch-niederländischen Estel-Konzerns gestellt. Die Stillegung der veralteten Siemens-Martin-Anlagen sowie weiterer Produktionsanlagen sollte die Voraussetzung sein für neue Investitionen, in deren Mittelpunkt der Bau eines hochmodernen Oxygen-Stahlwerkes für rund 500 Millionen Mark stehen sollte. Zur Finanzierung dieses Projektes hatten der Bund und die Landesregierung in Düsseldorf 240 Millionen Mark Steuergelder zur Verfügung gestellt.**

**Doch die Konzernspitze entschied anders. Vorstandssprecher Carsten Rohwedder, ehemaliger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und immer noch SPD-„Genosse", gab Ende Oktober der Öffentlichkeit bekannt, daß der Bau des neuen Stahlwerkes auf unbestimmte Zeit verschoben werden soll. Neue Nahrung haben damit all diejenigen Vermutungen erhalten, die den Sinn der Stahl-Ehe zwischen Hoesch und dem holländischen Hoogovens-Konzern schon immer darin gesehen haben, die Stahlproduktion an profitträchtigere Küstenstandorte in Holland zu verlegen.**

**Die Auswirkungen für Dortmund wären allerdings katastrophal. Sollte das neue Stahlwerk nicht gebaut werden, gelten 10.000 Arbeitsplätze als unmittelbar bedroht. Wie kaum eine andere Großstadt in der Bundesrepublik ist das Wohl und Wehe von Dortmund mit Hoesch als dem größten Arbeitgeber der Stadt verbunden. Die Auswirkungen auf unzählige Zulieferbetriebe, den Einzelhandel und den Dienstleistungssektor lassen sich nur erahnen.**



Ein Stahlwerker fordert Hoesch-Chef Dr. Rohwedder auf, nach dem Motto „Stahlwerk jetzt" das erste Loch zu buddeln.

# Hoesch-Arbeiter machen Dortmund mobil

### „Für Hoesch geht ganz Dortmund auf die Straße"

Diese Einschätzung des IG Metall-Bevollmächtigten Werner Diederichs dürfte durchaus zutreffend sein. Den Anfang machten zunächst 1.500 Vertrauensleute und Kollegen aller drei Werke. Nach einer Vertrauensleute-Vollkonferenz am 31.10., die sich nach Ende der Nachtschicht früh um sechs getroffen hatte, marschierten die Kollegen fünf Kilometer durch die Stadt zur Hauptverwaltung nahe dem traditionsreichen Borsig-Platz, um dort um neun Uhr die Mitglieder des Aufsichtsrates des westdeutschen Teilkonzerns zu empfangen. „Stahlwerk – jetzt!" riefen die Kollegen immer wieder, und genauso lautete die Aufschrift der frischgedruckten Aufkleber, die sie an ihren Arbeitshelmen trugen. Ein Kollege hatte einen Spaten mitgebracht, den er dem Vorstandsboss Rohwedder zum symbolischen ersten Spatenstich in die Hand drückte. Die Szene erinnerte an ein Ereignis vor fast genau zehn Jahren, als der erste Spatenstich für die damals größte Investition getan wurde, die aber schließlich nur halb ausgeführt wurde: Sinteranlage und Hochofen wurden gebaut, nicht aber das Stahlwerk.

Die fünfstündige Beratung des Aufsichtsrates brachte zwar ein Votum für das neue Stahlwerk, jedoch: die eigentliche Entscheidungsebene ist Estel, also der Gesamtkonzern. Von dort muß auch das Geld für die Investition kommen. Das Votum des Hoesch-Aufsichtsrates ist somit lediglich eine Willenserklärung, die nichts kostet.

Immerhin ließen sich die Hoesch-Vertrauensleute nun zunächst dazu bringen, eine für die folgende Woche anvisierte Großdemonstration erstmal abzusagen.

### Hoesch-Frauen werden aktiv

Doch es tut sich einiges in Dortmund. So gründete sich noch am Wochenende eine Initiative von Frauen von Hoesch-Belegschaftern. Einige hatten sich schon während des Stahlarbeiter-Streiks engagiert, und telefonisch wurden die ersten Kontakte wieder hergestellt. Vier Tage später, am Morgen des 5. November, standen einige Dutzend Frauen pünktlich um sechs am Tor der Westfalen-Hütte. Eine Frau: *„Alle stehen zum ersten mal hier bei Schichtbeginn, aber die Sache ist zu wichtig, als daß man sie verschläft"*.

Eine viertel Stunde mußten die Frauen in der Eiseskälte warten, bis die Leitung des IGM-Vertrauenskörpers einen Beschluß gefaßt hatte, die Frauen wenigstens für ein paar Minuten in den Tagungsraum, den ehemaligen Fahrradschuppen, vorzulassen, damit sie auf der ansonsten für nichtöffentlich erklärten VK-Sitzung ihre Grußadresse verlesen konnten.

Mag die Bürgerinitiative der Frauen von Hoesch-Arbeitern vielleicht auch die bemerkenswerteste sein, so ist sie doch nicht die einzige. So gründeten sich zunächst zwei weitere Bürgerinitiativen, die beide das Ziel der Hoesch-Arbeiter „Stahlwerk jetzt" auf ihre Fahnen geschrieben haben. Während die eine Initiative die beiden „RGO"-Betriebsräte des Werkes Union, Siemon und Boemer, zu ihren Gründungsmitgliedern zählt, wird die andere eher DKP-nahen Kreisen zugerechnet. Durchaus bemerkenswert ist, daß beide Initiativen sich bisher deutlich bemühen, spezielle Parteianliegen herauszuhalten; es haben sogar schon gemeinsame Gespräche stattgefunden.

Wohl nicht zuletzt mit einem Seitenblick auf die erfolgreiche Arbeit dieser Initiativen sah sich die IG Metall veranlaßt, ihrerseits eine Bürgeraktion ins Leben zu rufen, die am Samstag den 8.11. mit tausenden Flugblättern in der Dortmunder Innenstadt anrückte und Unterschriften sammelte.

Unterstützer der Hoesch-Kollegenschaft finden sich jedoch auch anderswo: So kündigte der Fußballclub Viktoria Derne an, daß beim Spiel gegen den TuS Neuasseln nicht nur Tore, sondern auch Informationen über die Lage der Hoeschianer geboten werden sollten. Die evangelische Kirchengemeinde Brackel lud zu einer Informationsveranstaltung mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Westfalenhütte ins Gemeindehaus ein. Solidaritätserklärungen gingen ein von der städtischen Leitung der Katholischen Kirche und der Betriebsseelsorge der Diözese Paderborn. Logisch, daß auch die Parteien sich zu Wort meldeten, wobei es sich die CDU nicht nehmen ließ, unter dem Motto sichere und billige Energie gleich Propaganda für den Bau von Atomkraftwerken zu machen. Ernstzunehmender sind da wohl Grußadressen etwa von einer Gruppe türkischer Arbeiter und das Telegramm von Krupp-Kollegen aus Bochum.




Gewerkschafterinnen musizieren vor dem Ratssitzungssaal.

### Sondersitzung des Stadtrats

Am Donnerstag (7.11.) veranstaltete der Stadtrat eine Sondersitzung, zu der auch der Estel-Vorstand und der Hoesch-Betriebsrat geladen waren. Vor dem knallvollen Ratssaal, dessen Zuschauertribüne mit einem Transparent von Hoesch-Kollegen geschmückt wurde, entwickelten Vorständler Rohwedder und Betriebsratsvorsitzender Schrade die kontroversen Standpunkte von Kapitalinteressen einerseits und den Interessen der Arbeiter und Angestellten andererseits. Einstimmig verabschiedete der Stadtrat schließlich eine Resolution, in der er den unverzüglichen Bau des Stahlwerks fordert. *„Der Rat der Stadt Dortmund betrachtet es in dieser Stunde als seine Pflicht, sich an die Seite der Stahlarbeiter und ihrer Familien zu stellen."*

Deutlich wurde allerdings, daß die verantwortlichen Politiker große Furcht vor handfesten Kampfmaßnahmen haben. Oberbürgermeister Samtlebe forderte *„Härte und Entschlossenheit"*, aber *„alles andere als wilde Demonstrationen"*. Nach wie vor werden also die Aktionen der Kollegen denunziert, während die Mauschelei mit dem „Genossen Rohwedder" in den Himmel der Entschlossenheit und Härte gehoben werden.

Auch die IG Metall will an kämpferische Aktionen gegenwärtig noch nicht ran. Mittlerweile wurde auch die für den 13.11. angekündigte Großdemonstration wieder abgesagt. Stattdessen sollten alle Vertrauensleute am Samstag dem 8.11. mit Flugblättern und Unterschriftensammlungen „das Gespräch mit dem Bürger" suchen. So sinnvoll diese Art der Öffentlichkeitsarbeit auch sein mag, allzu deutlich zu spüren ist doch die Hoffnung auf eine Lösung durch die Politiker, bevor es zu grösseren Unruhen kommt. Denn nach wie vor steht die auf der Vertrauensleute-Versammlung am 5.11. formulierte Drohung der kampferfahrenen Hoeschianer im Raum, in einer Art Generalstreik quer durch alle Gewerkschaften das öffentliche Leben der Stadt lahmzulegen und auf diese Weise das neue Stahlwerk zu erzwingen.

### Die Situation bei Hoesch

Bis vor kurzer Zeit war Klöckner der Stahlkonzern, der in der Öffentlichkeit am stärksten den Ruf hatte, kurz vor der Pleite zu stehen. Heute sagt man dies den Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund nach. Woran liegt dies?

Klöckner hat mit der Bremer Hütte einen (trotz Fehlplanungen) relativ kostengünstigen Standort und hat mit der Schließung der Hütte Hagen-Haspe und Abbau in Osnabrück frühzeitig mit Rationalisierungen reagiert – und war als erster aus dem Stahlkartell ausgeschert.

Hoesch dagegen hat seit der Fusion mit Hoogovens zu Estel veraltete Anlagen mitgeschleppt und steht jetzt verstärkt unter dem Druck, „kostengünstig" zu produzieren. Hinzu kommt, daß beim derzeitigen Zinsniveau die Banken immer größeren Einfluß nehmen.

Die Werksbereiche von Hoesch sind in Dortmund über drei Stadtteile verteilt, sodaß hohe Transportkosten anfallen. Drei Siemens-Martin-Stahlwerke, deren Technik veraltet und kostenungünstig ist, steht nur ein modernes Oxygenstahlwerk mit moderner Stranggießtechnik gegenüber.

Die WAZ vom 1.11. faßt unter der Überschrift: „Versprechungen - und das seit zehn Jahren" in einer Zusammenstellung der Entwicklung in bemerkenswerter Offenheit die Misere zusammen (siehe nebenstehendes Faksimile).

Das Vorgehen von Estel widerspricht nur scheinbar den Profitinteressen eines kapitalistischen Großkonzerns. In Wirklichkeit hatte Estel vor, in Ijmuiden an der holländischen Küste ein neues Großstahlwerk zu bauen, Estel scheiterte aber an den Protesten holländischer Umweltschützer, die dieses Stück Natur nicht auch noch versauen lassen wollen. Außerdem bekam Estel wohl wegen der gesamtwirtschaftlichen Lage kalte Füße.

Im Sommer '79 kamen dann die Pläne zur Stillegung der SM-Stahlwerke auf den Tisch und es wurde gleich angefangen, im Bereich der Weiterverarbeitung erste Teilbetriebe stillzulegen. Als Bonbon wurde der Bau des neuen Oxygenstahlwerkes auf der Westfalenhütte angeboten, aber nur, so die erpresserischen Untertöne, wenn jede Menge öffentlicher Gelder locker gemacht werden. Der Tenor dieser Politik – es standen wichtige Wahlen an, wird deutlich, wenn man sich die SPD-Wahlkampfpostille „Zeitung am Sonntag" ansieht. Noch am Wahlsonntag wurde Optimismus verbreitet: *„Bonn rettet Stahl-Arbeitsplätze im Revier...Aufatmen können damit auch die Hoeschianer. Mit den Geldern aus dem Bonner Ministerium von Forschungsminister Hauff (SPD) und der Landesregierung in Höhe von 240 Mio. DM wird Hoesch in etwa drei Jahren über ein hochmodernes Blasstahlwerk verfügen, das energiesparender und zugleich umweltfreundlicher arbeiten wird und Hoesch wieder konkurrenzfähig machen soll."*

Das klang zwar im Wahlkampf noch gut, hatte aber mit der Wirklichkeit schon nichts mehr zu tun. Kaum war der Wahltag vorbei, ließ Hoesch-Chef Rohwedder aus dem Sack, was sich schon vorher andeutete. Hoesch wird versuchen, aus Holland und durch eine Absprache mit Krupp genügend Vormaterial so kostengünstig zu bekommen, das das Oxygenstahlwerk Westfalenhütte ersatzlos gestrichen werden kann.

### IGM: Stillhalten

Die IGM hat in dieser Zeit eine Politik des Stillhaltens und Kungelns betrieben. Gegen die Abbaupläne hat es im Sommer 1979 nur im Werk Hörde schwachen Protest gegeben. Das Oxygenstahlwerk muß mit dem Opfer von ca. 4200 Arbeitsplätzen erkauft werden, war die Linie der Betriebsräte. Und IGM-Funktionäre gingen selbst „betteln": es war die IGM, die den Zuschuß öffentlicher Gelder immer wieder gefordert und die Konzernspitze damit sogar noch bestärkt hat.

### Die Folgen für Dortmund

Grob umrissen werden folgende Zahlen genannt: Wenn das Stahlwerk nicht gebaut wird, sind 10 000 Arbeitsplätze in Gefahr, wenn das Oxygenstahlwerk in Hörde in einigen Jahren veraltet ist, werden es noch mehr sein. Diese Kollegen haben Familienangehörige, diese Familien sind Konsumenten. Beherrscht ein Konzern wie Hoesch ein Stadt, so greifen Arbeitsplatzverluste in dieser Grössenordnung weit in das wirtschaftliche und soziale Gefüge der Stadt ein.

Dazu einige Zahlen:

Die Zahl der Beschäftigten im Konzern beträgt insgesamt 32 700

Der Personenkreis, der unmittelbar mit Hoesch verbunden ist (Familienangehörige) kann mit ca. 100 000 Einwohnern angenommen werden. Bei einem Verhältnis von Industrie zum Dienstleistungssektor, das in der Regel mit 1:1 angenommen wird, erhöht sich die hoesch-bezogene Bevölkerung um weitere 100 000 Personen auf 200 000, das ist etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung Dortmunds. Das Bruttoeinkommen der aktiven Belegschaft liegt bei etwa 1 Mrd. DM. Die hierin erhaltene Kaufkraft ist ein wesentlicher Faktor für die Dortmunder Wirtschaft. Sie ist vergleichbar, wenn nicht höher, mit der Kaufkraft der Einwohner von Städten wie Wilhelmshaven, Leverkusen oder Herne. (nach Veröffentlichungen der Hoesch-AG vom Nov. 1975).

**Arbeitsgruppe Betrieb & Gewerkschaft, NRW, und Kommission Betrieb & Gewerkschaft**

## Versprechungen — und das seit zehn Jahren

Der Kampf um Erhalt und Sicherung des **Stahlstandortes Dortmund** ist stets auch ein Kampf um ein neues **Oxygenstahlwerk** auf der **Westfalenhütte** gewesen. Er währt seit mehr als zehn Jahren. Und **Versprechen**, dieses Stahlwerk zu bauen, hat es viele gegeben. Auch bei der **Stahlehe** zwischen Dortmund und den Holländern von **Hoogovens** in Ijmuiden zum inzwischen stark lahmenden **Stahlriesen Estel**. So versicherte am **17. Mai 1972** der inzwischen verstorbene Hoesch-Chef **Dr. Friedrich Harders** auf der Hauptversammlung in der Kleinen Westfalenhalle den Aktionären, das ein **Investitionsprogramm** vorliege, „das unter anderem **den Ersatz der Siemens-Martin-Werke** durch den Bau eines **Oxygenstahlwerkes** zum Ziel hat".

Wenige Wochen später, am **5. Juli 1972** bekräftigte Dr. Harders nach einer ebenfalls von **Demonstrationen** der Belegschaft umrahmten Aufsichtsratssitzung diesen Baubeschluß für den **Estel-Vorstand**. Zu diesem Zeitpunkt lag der erste **Spatenstich** bereits gut ein halbes Jahr zurück. Ihn hatte am **23. Dezember 1971** das Vorstandsmitglied **Dr. Franz-Josef Hufnagel** auf der **Westfalenhütte** vollzogen.

Aber die dringend notwendige Ablösung der **kostenintensiven SM-Öfen** unterblieb. Stattdessen liefen schon 1972 die Versuche für ein **kostspieliges Entstaubungsverfahren** an, das 1977 abgeschlossen wurde und über **100 Millionen** Mark kostete. Nicht viel später zeichnete sich bereits ab, daß die Stahlkrise neue Entscheidungen mit scharfen Kostensenkungen gerade am **schwierigen Standort** Dortmund nötig machte. Die Tage der **SM-Werke** waren endgültig gezählt, die Millionen für die **Entstaubung** in den Sand gesetzt.

Die alte Idee des **Oxygenstahlwerks** fand sich in einem neuen Plan wieder. Aber die Mittel fehlten. **Politiker** und **Betriebsräte** und **Vorstandsmitglieder** machten sich als Bittsteller auf den Weg nach **Bonn** und **Düsseldorf**. Ohne das Stahlwerk drohte der Verlust von über **10 000 Arbeitsplätzen**, ein **Todesstoß** für Dortmund und das östliche Revier.

Die Mittel, für **neue Technologien** bei der Stahlerzeugung bestimmt, wurden zugesagt. Am **6. Februar 1980** legte der Vorstand sein Programm der Öffentlichkeit vor. **500 Millionen Mark** soll das neue Stahlwerk kosten. Aber die Belegschaft muß Vorleistungen bringen: So stimmen die **Betriebsräte** einem **Programm zur Kostensenkung** zu, das die **Stillegung** der SM-Werke beinhaltet aber auch den **Abbau von 4 300 Arbeitsplätzen.** Mit der **Überraschung** über die **Stahlehe Hoesch-Krupp** [illegible]ommt das Stahlwerk wieder ins Gerede. Und dann schlägt der **Estel-Vorstand** am **29. Oktober** dem Aufsichtsrat vor, den Bau des Stahlwerkes **zu verschieben.** -ke

### Stahlindustrie:

# Neue Produktionsquoten und 100.000 entlassene Stahlarbeiter!

"Die Deutschen standen im Stahlbad", überschrieb die Frankfurter Rundschau am 1. November ihren Bericht von den Ergebnissen der EG – Verhandlungen über die Stahlkrise. Nach wochenlangen Verhandlungen über das richtige Krisenmanagement hatten die Bundesregierung und die Stahlkonzerne sich weitgehend mit ihren Vorstellungen gegen acht andere europäische Staaten durchgesetzt.

Durch die allgemeinekonjunkturelle Krise, die Produktionsrückgänge in der Automobil- und Bauindustrie beispielsweise, ist der Absatzmarkt für Stahlerzeugnisse wesentlich eingeschränkt worden. Nach einer OECD-Statistik ist die Stahlproduktion im dritten Quartal 1980 in Frankreich um 7,4 %, in der BRD um 11 %, in Belgien um 19,2 %, in den USA um 36 % und in Großbritannien um 38 % geringer gewesen als im gleichen Zeitraum 1979. Insgesamt für 1980 sank die Stahlproduktion in Großbritannien um fast 50 %. Damit waren die Stahlkonzerne der westlichen Industriestaaten von der größten Stahlkrise seit dem Zweiten Weltkrieg betroffen.

Begleitet war dieser allgemeine Produktionsrückgang von sinkenden Preisen für Stahlerzeugnisse und einem verstärkten Konkurrenzkampf um den verbliebenen Rest. So brach denn auch das freiwillig aufgebaute Produktionskartell der 12 größten europäischen Stahlkonzerne, kurz "Eurofer" genannt, in diesem Konkurrenzkampf zusammen. Der bundesrepublikanische Klöckner-Konzern und das italienische Staatsunternehmen Finsider brachen die Abmachungen und unterliefen mit Schwarzlieferungen ihre eigenen Spielregeln. Und der Chef des britischen Stahlkonzerns British Steel drohte, ab dem 1. November einen Preiskrieg zu entfachen, "wie ihr (der Rest der Konkurrenz) ihn noch nie erlebt habt"(FR. 25.10.).

Um den ganz großen Knall zu verhindern und den totalen Zusammenbruch der verschiedenen nationalen Schlüsselindustrien zu vermeiden, strebte die Mehrzahl der Staaten der EG eine formalisierte Regelung der Anteile in der Stahlproduktion an. Damit sollten für die einzelnen Staaten und die Konzerne jeweils individuell abgestimmte Produktionsquoten festgelegt werden. Dies würde möglich durch Inkrafttreten des immer wieder zitierten "Krisenartikels 58", nach dem die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) nach ‚Ausrufen des allgemeinen Notstandes' Produktionsquoten festlegen kann.

Gegen dieses Vorgehen haben sich die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Stahlkonzerne bis zuletzt gewehrt. *"Die europäische Stahlindustrie ist seit langem in einer schlimmen Absatzkrise. In den meisten Ländern haben staatliche Subventionen das Elend noch vergrößert. Überflüssige, zu alte und unproduktive Kapazitäten wurden erhalten. In der Bundesrepublik ist hingegen mit großer Energie ein Modernisierungsprozeß in Gang gesetzt, der die deutsche Industrie am wenigsten krisenanfällig gemacht hat."* So polemisierte die „Frankfurter Allgemeine" am 25. Oktober gegen die Einführung von Produktionsquoten.

(EGKS) nach ‚Ausrufen des allgemeinen Notstandes' Produktionsquoten festlegen kann.

Gegen dieses Vorgehen haben sich die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Stahlkonzerne bis zuletzt gewehrt. *"Die europäische Stahl-*

Durch umfangreiche Investitionen und Rationalisierungen haben sich die bundesdeutschen Konzerne einen Produktionsvorteil verschafft. So brauchen die Stahlarbeiter an der Ruhr *"gegenwärtig nur rund sechs Arbeitsstunden, um eine Tonne Stahl herzustellen. In Frankreich und Belgien sind es dagegen um die neun und in Großbritannien sogar rund dreizehn"*(FR,25.10.,detaillierte Darstellung im AK 187/Okt. 1980). Diesen Vorsprung wollen die bundesdeutschen Konzerne natürlich ausnutzen, um sich gegen die Konkurrenten durchzusetzen.

Nach Meinung des Hauptgeschäftsführers der Wirtschaftsvereinigung Eisen– und Stahlindustrie gibt es ein Mittel, die europäische Stahlkrise zu lösen: In Lüttich, Lothringen und in Großbritannien gebe es „abbruchreife Hütten", die 35 Millionen Tonnen Stahl produzieren (oder 17 % der gesamten EG–Produktion) und genau diese Menge müßte aus dem Konkurrenzkampf heraus, um die Absatzkrise zu lösen – vorerst, versteht sich (nach FR,25.10.).

Letztendlich wurden bei den Verhandlungen in Brüssel Produktionsquoten beschlossen, der "Krisenartikel 58" fand Anwendung. Jedoch haben die bundesdeutschen Konzerne genug Handlungsspielraum, um auch weiterhin ihren Interessen gemäß zu arbeiten. Lediglich 13 der 75 bundesdeutschen Stahlunternehmen sind überhaupt von der Regelung betroffen, 40 weniger als ursprünglich vorgesehen. Die Produktionsquote für die BRD–Konzerne beträgt ziemlich exakt so viel wie der Anteil an der EG–Rohstahlproduktion, nämlich 32,25% – und wurde um mehr als 2 Prozentpunkte über den eigentlich angestrebten Wert angehoben. Aber besonders wichtig war für die bundesdeutschen Bosse die Regelung der Edelstahlproduktion. Hier wird weit über die Hälfte der Produktion nicht von der Quotierung erfaßt. Damit wird ein Viertel der BRD–Stahlproduktion nicht quotiert – genug, um den Konkurrenzkampf zu bestimmen (Zahlen nach "NZZ",3.11.).

Offiziell sind die einzelnen Produktionsanteile der Konzerne nicht bekannt. Das ist aber vielleicht auch nicht so interessant. Wichtiger ist, wie sich nun die BRD–Industriellen zu dieser Regelung stellen. Da alle Produzenten freiwillig Lieferquoten untereinander aushandeln müssen, bleibt mehr als fraglich, ob die ‚stabilisierende Wirkung' erreicht wird. Und man fragt sich im Kreise der deutschen Werke, *"ob allen Ernstes von der deutschen Stahlindustrie erwartet werde, daß sie auch noch freiwillig einem System, das ihr nur Nachteile bringen könne, zum Funktionieren verhelfen soll"*(FAZ,1.11.).

Viertel der BRD–Stahlproduktion nicht quotiert – genug, um den Konkurrenzkampf zu bestimmen (Zahlen nach "NZZ",3.11.).

Offiziell sind die einzelnen Produktionsanteile der Konzerne nicht bekannt. Das ist aber vielleicht auch nicht so interessant. Wichtiger ist,

Weiterhin trägt die jetzige Regelung schon wieder einen Widerspruch in sich, der die gewünschte Stabilisierung außer Kraft setzen kann. Mit der EG–Regelung geht in Kürze auch eine Preiserhöhung für Stahlerzeugnisse einher – um 15 bis 20 Prozent sollen die Erzeugnisse Anfang 1981 teurer werden (FR, 10.11.). Damit werden die Importe in die EG aus anderen Ländern ansteigen, da dort weniger für die gleichen Erzeugnisse verlangt wird. *"Es ist sogar zu erwarten, daß die Hüttenwerke selbst über ihre Handelsgesellschaften diesen Sog mit ausnutzen. Zudem dürfte die europäische Autoindustrie bemüht sein, nun auf Feinblechlieferungen aus Drittländern umzuschalten"* (FAZ,1.11.).

In einem weiteren wichtigen Punkt setzte sich die Bundesregierung durch, indem sie die zeitliche Begrenzung der Produktions–Quotierung bis zum 30. Juni 1981 durchsetzte – und für Anfang Januar 1981 zwei Sondertagungen geplant werden, auf *„denen die weitere Umstrukturierung der Eisen– und Stahlindustrie und die Einhaltung der Gemeinschaftsregeln für Subventionen und Interventionen der Mitgliedstaaten erörtert werden sollen"* (NZZ, 3.11.).

Auf diesen Sitzungen wird die BRD–Regierung sicherlich auf ein Abgehen von der in den anderen EG–Staaten betriebenen großzügigen Subventionspolitik drängen, um die oben angesprochenen 17 Prozent "Überproduktionsmasse" abzubauen.



### Massenentlassungen in Europa

Viele nationalistische Töne sind während der Auseinandersetzung laut geworden, beängstigenderweise auch gerade von sozialliberaler Seite und von der DGB-Führung. Ging es gegen die „anderen", gegen die Konzerne Großbritanniens, Belgiens usw., war man sich einig: die Subventionspolitik der anderen EG-Staaten zerstöre den Wettbewerb. Daß schon hunderttausend Arbeiter in Großbritannien ihren Arbeitsplatz los sind, scheint noch nicht genug. Proletarischer Internationalismus – unbekannt! In der „Welt der Arbeit" beklagt ein Betriebsrat – gemeint als Stellvertreter für viele – die Situation: Unsicherheit des Arbeitsplatzes, *„weil rundrum, in Frankreich, Belgien, Italien, ... der Stahl auf Teufel komm raus subventioniert wird"*, („WdA", 2.10.).

ihren Arbeitsplatz los sind, scheint noch nicht genug. Proletarischer Internationalismus – unbekannt! In der „Welt der Arbeit" beklagt ein Betriebsrat – gemeint als Stellvertreter für viele – die Situation: Unsicherheit des Arbeitsplatzes, *„weil rundrum, in Frankreich, Bel-*

Vor der Jahresversammlung des Vereins „Deutscher Eisenhüttenleute" erklärte der Vereinsvorsitzende, daß die Regelungen der EG *„einen Überhang von mindestens 10.000 Arbeitsplätzen schafften"* („NZZ". 9./10.11.).

Mindestens 10.000 Entlassungen drohen damit aufgrund der aktuellen Entwicklung in der Stahlindustrie der BRD. Im Oktober mußten schon 4,3 % der Stahlarbeiter kurzarbeiten, d.h. rund 12.500 Beschäftigte. Vermutungen sind berechtigt, daß diese Zahl demnächst verdoppelt wird. „Stahlferien" sind über Weihnachten geplant usw.

Beängstigend ist schon die Tendenz, die gezeichnet wird – auch vom oben genannten Vereinsvorsitzenden Hufnagel: *„Nach Ansicht des Hüttentechnikers wird es in etwa zehn Jahren möglich sein, den Arbeitsaufwand für die Produktion einer Tonne Rohstahl von jetzt sechs Stunden um ein Drittel auf vier Stunden zu senken"* („FR", 7.11.). Ein Drittel der europäischen Stahlarbeiterschaft, das sind immerhin mehr als 300.000 Arbeiter und rund 100.000 Arbeiter in der BRD.




»Faulenzer, Quatschtanten, Nichtstuer und Aufrührer« raus

In den letzten AKs haben wir wiederholt die Folgen der Kampagne der ment. Die Kapitalisten offenbaren, daß sie mit brutaler Rücksichtslo-

# »Faulenzer, Quatschtanten, Nichtstuer und Aufrührer« raus

In den letzten AKs haben wir wiederholt die Folgen der Kampagne der Kapitalistenverbände bei der Jagd nach kranken Arbeitern und Angestellten dokumentiert. Der abgedruckte Brief der „Hunsrücker Glasveredelung" ist ein solches Dokument. Die Kapitalisten offenbaren, daß sie mit brutaler Rücksichtslosigkeit und ohne Hemmungen bereit sind, aus der Krise auf den Knochen der Lohnabhängigen ihre Profite zu erhöhen (Dokument aus: „Gewerkschaftspost", 11/80).

Hunsrücker Glasveredelung
Wagener GmbH & Co. KG
6544 Kirchberg

den 12.09.1980

Liebe Mitarbeiter!

Seit Jahren bewegen wir uns auf dem schmalen Pfad der Konjunktur, und es ist uns gelungen, eine Zukunftssicherung zu erreichen, die als Basis für weitere Jahre Gültigkeit haben kann. Die Geschäftsleitung ist nicht mehr bereit, die Bemühungen durch personelle Probleme in Frage zu stellen.

In den nächsten Wochen werden wir ohne Rücksicht auf arbeitsgerichtliche Folgen nur noch die Prinzipien eines vernünftigen wirtschaftlichen Erfolges in Betracht ziehen.

Ein Verlust von 10-15 Mitarbeitern ist bei dieser Entwicklung einkalkuliert worden. Es wurde dem Betriebsrat mitgeteilt, daß eine konkrete Auslese stattfinden wird, weil die derzeitige Arbeitsmoral und das fehlende Qualitätsdenken keine Basis für die folgenden Zeiten bilden kann.

Die Zeit für Krankfeiern, Müßiggang, Erholung auf dem Arbeitsplatz gehört der Vergangenheit an. In Zukunft werden Leistung und Nutzen miteinander verglichen.

Allen, die sich dieser neuen Ordnung nicht anpassen wollen, empfehlen wir einen sofortigen Wechsel des Arbeitsplatzes. Jedes Mitglied des Betriebes muß die äußerste Leistung erbringen. Die Zeit der humanen Beurteilung von Leistung und Nutzen ist vorbei!!!

Faulenzer, Quatschtanten, Nichtstuer und Aufrührer sollen sich rechtzeitig für einen Wechsel entscheiden. Ausländischen Mitarbeitern empfehlen wir eine wörtliche Übersetzung dieser Information.

Deutschland ist ein Land, das durch Leistung gewachsen ist. Für Faulenzer ist hier kein Platz!!! Das gilt für deutsche und ausländische Mitarbeiter.

Geschäftsleitung

**DER BRIEF DES JAHRES**

# Die FDP startet weitere Attacke auf das Ladenschlußgesetz

Das Wahlergebnis scheint der FDP zu Kopf gestiegen zu sein. Hatte sie während des Wahlkampfes relativ zurückhaltend gegen das Ladenschlußgesetz polemisiert, so fordert sie jetzt in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD eine gemeinsame Vereinbarung zur Abschaffung des Ladenschlußgesetzes. Die SPD hat sich noch nicht geäußert; man/frau darf gespannt sein.

Die FDP will weiterhin eine flexible Ladenschlußpraxis: *„Zum Ausgleich der längeren Ladenöffnungszeit, an mindestens einem Abend in der Woche, möglicherweise donnerstags, sollten einmal im Monat die Geschäfte geschlossen bleiben. Die Post und Banken werben bereits für ihre längeren Öffnungszeiten und auch in den Möbelhäusern ist der sonntägliche Beratungsservice zur festen Einrichtung geworden. Tankstellen-Shops und Bahnhofskioske stehen hier nicht nach"* (Herrenberger Herbstschau, 16.10.80).

Mit diesen billigen Propagandareden versucht die FDP mit Unterstützung der Kaufhauskonzerne das Arbeitsschutzgesetz vom Tisch zu kriegen. Für die Angestellten der Kaufhäuser, die zu 75% Frauen sind, würde das heißen, daß sich ihre Arbeitsbedingungen erheblich verschlechtern. Schicht- und vermehrte Teilzeitarbeit wäre sicherlich nur ein Teil der Auswirkungen, sollte die FDP mit ihrer Kampagne Erfolg haben. Die Gewerkschaft HBV hat zu bundesweiten Aktionen für die Erhaltung des Ladenschlußgesetzes aufgerufen. „Mit Klauen und Zähnen" solle das Arbeitsschutzgesetz verteidigt werden. Doch die Aktionen des HBV-Vorstandes und der DAG scheinen sehr halbherzig. Ende Oktober haben sie zu fünfminütigen Warnstreiks aufgerufen. Die Presse kommentiert diese Warnstreiks wohlwollend: *„Tausende von Verkäufern und Verkäuferinnen in Warenhäusern vorwiegend der Großstädte legten gestern nachmittag um 16.00 Uhr eine Protestpause ein. Alle Unternehmen billigten die Arbeitsunterbrechung von fünf Minuten"* („Welt", 30.10.80).

Die HBV will jetzt die Ladenschlußzeiten tarifvertraglich festgelegt wissen.

♀ Kommission ♀

♀ Betrieb & Gewerkschaft ♀

# Urabstimmung bei der Post



Am 8. November hat der Gewerkschaftsrat der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) die Verhandlungen mit dem Postministerium um mehr Freizeit für Schichtdienstleistende für gescheitert erklärt. Seit Mai dieses Jahres liefen die Verhandlungen. Die Forderungen der DPG sind im wesentlichen eine anderthalbfache Anrechnung von Nachtschicht- und Feiertagsarbeit. Das Bundespostministerium hatte erst in den letzten sechs Wochen unter dem Eindruck zahlreicher Warnstreiks die ersten „Angebote" gemacht: drei freie Tage für Beschäftigte, die mehr als 600 Nachtschichtstunden im Jahr leisten. Das „Angebot" wurde noch geringfügig verbessert auf drei Freischichten für 520 geleistete Nachtschichtstunden. Die Post zählt außerdem die Nachtschichtstunden erst ab 22.00 Uhr, während die DPG die Anrechnung ab 20.00 Uhr fordert. Beim bisherigen Stand des Postangebots würden allenfalls ein Viertel der Schichtdienstler in den Genuß der Freischichten kommen.

Die Urabstimmung ist für den 17. und 18. November angesetzt worden. Der Gewerkschaftsvorsitzende Breit kündigte an, daß die DPG bei einer Mehrheit von über 75 Prozent für den Arbeitskampf möglichst schnell eine möglichst große Wirkung erzielen will. Die in der DPG organisierten Beamten sind nicht mit zur Urabstimmung aufgerufen worden und werden auch in Streiks nicht miteinbezogen.

Die Postgewerkschaft hat mit ihrer Forderung Freizeitausgleich für Schichtarbeit eine Vorreiterrolle zunächst mal für den gesamten Öffentlichen Dienst übernommen. In der ÖTV, der Gewerkschaft der Eisenbahner und der Polizeigewerkschaft werden in letzter Zeit ähnliche Forderungen zu dieser Frage diskutiert.

Mutterschutz nach wie vor unzureichend

In den etablierten Parteien und Medien, aber auch in den Gewerkschaften herrscht Funkstille über die Misere des Mutterschutzes. Hin und wieder werden noch Jubelberichte über den hinzugewonnen Mutterschaftsurlaub veröffentlicht, um zu zeigen, tration des Staubes bekannt seien und inwieweit diese gefährlich für ihr Kind sein könnten. „Das hat wenig Erfolg: Für diesen Bereich gebe es keine MAK-Werte, die Konzentration möglicher Schadstoffe sei aber wohl MAK-Werte auf der Betriebsversammlung zur Diskussion und werfen der Hoechst AG vor, gegen das Beschäftigungsverbot der Arbeitsstoffverordnung zu verstoßen. Der Betriebsratsvorsitzende versucht zu beschwichti-

# Postgewerkschaftstag bestätigt Funktionsverbot für DKP-Mitglieder

Aus Frankfurt lag dem Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) der Antrag vor, die Empfehlung des Gewerkschaftsrats (das höchste Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen) *„DKP-Mitglieder, und andere Anhänger dieser Ideologie weder in gewerkschaftliche Funktionen zu wählen noch sie als Teamer, Ausschußmitglieder oder hauptamtliche Mitarbeiter zu berufen"*, zurückzunehmen. Vorausgegangen war diesem Beschluß ein Antrag des Bezirks Koblenz/Trier auf dem DPG-Kongreß 1977, die gleichzeitige Mitgliedschaft in der DPG und in der DKP für unvereinbar zu erklären. Der Gewerkschaftstag entschied damals, diese Frage an den Gewerkschaftsrat weiterzuleiten.

Die Gegner der sogenannten Empfehlung des Gewerkschaftsrates begründeten ihre Ablehnung damit, daß sie diesen Beschluß als Versuch werten, *„die organisierten Arbeiter zu spalten"*. Weiterhin erkennen diese hierin einen Versuch *„die Deutsche Postgewerkschaft in eine Richtungsgewerkschaft, in der mehr und mehr Kolleginnen und Kollegen keinen Platz und/oder keine Funktion haben dürfen, zu verwandeln."*

Nach kurzer Debatte, wobei auffiel, daß kein Antragsbefürworter zu Wort kam, wurde der Beschluß des Gewerkschaftsrats bestätigt. Lediglich Rolf Bütter vom Bezirk Hamburg brachte die „Sorgen und Bedenken" der Gewerkschaftsjugend zum Ausdruck.

Die Bundesjugendkonferenz ist der Auffassung, daß der Beschluß nicht erforderlich ist, weil sie die Satzung für ausreichend hält, um mit „Gegnern" und „Gewerkschaftsfeinden" fertig zu werden.

Bereits an dieser Stelle hielt Bütter es für angebracht, sich unaufgefordert zu distanzieren. *„Wenn wir als Gewerkschaftsjugend so argumentieren, heißt das nicht, daß wir mit den politischen Positionen der DKP übereinstimmen."*

Bütter warnte dann vor der Gefahr, daß der Beschluß die inhaltliche Auseinandersetzung zugunsten administrativer Maßnahmen verdrängt. Auch sieht er als Problem, daß dann insbesondere junge Kollegen, die leichter vorpreschen, mit Vorurteilen belegt werden.

Kritik übte Bütter außerdem an dem Zusatz „DKP-Mitglieder und andere Anhänger dieser Ideologie". Nach seiner Meinung kann diese Formulierung zur Verunsicherung beitragen und der Willkür Tür und Tor öffnen. Was auch, jedenfalls nach Bütters Überzeugung, der Gewerkschaftsrat nicht wünscht.

Nach diesem schlappen, fast peinlichen Versuch, den Delegierten die offizielle Haltung der Gewerkschaftsjugend näherzubringen, folgte dann knallhart die Rechtfertigung der Gewerkschaftsratsentscheidung. Der stellvertretende Vorsitzende Fehrenbach stellte dabei noch einmal die Besonderheit des Beschlusses heraus, daß nämlich für die DPG das Arbeiten auf dem Boden der FdGO eine Grundvoraussetzung sei. Nach den Untersuchungen der DPG-Führung ist es so, daß die DKP mit den Grundvoraussetzungen der DPG nicht übereinstimme. Fehrenbach sieht auch keine Probleme, die sogenannten Anhänger ausfindig zu machen. *„Derjenige, der gegen die Grundvoraussetzungen des Lebens in diesem Lande, gegen die freiheitliche Ordnung in diesem Staate ist"*, sei als DKP-Mitglied zu betrachten und entsprechend zu behandeln. Die „Frankfurter Rundschau" vermutet im übrigen, daß die bestätigte Haltung der DPG, wonach DKP-Mitglieder faktisch ein Funktionsverbot haben, auch vom DGB übernommen werden könnte... (alle Zitate aus „FR", 10.11.80).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

brachte die „Sorgen und Bedenken" der Gewerkschaftsjugend zum Ausdruck.
Die Bundesjugendkonferenz ist der Auffassung, daß der Beschluß nicht erforderlich ist, weil sie die Satzung für ausreichend hält, um mit „Gegnern" und „Gewerkschaftsfeinden" fertig zu werden.
Bereits an dieser Stelle hielt Bütter es für angebracht, sich unaufgefordert zu distanzieren. „Wenn wir als Gewerkschaftsjugend so argumentieren, heißt das nicht, daß wir mit
jenige, der gegen die Grundvoraussetzungen des Lebens in diesem Lande, gegen die freiheitliche Ordnung in diesem Staate ist", sei als DKP-Mitglied zu betrachten und entsprechend zu behandeln. Die „Frankfurter Rundschau" vermutet im übrigen, daß die bestätigte Haltung der DPG, wonach DKP-Mitglieder faktisch ein Funktionsverbot haben, auch vom DGB übernommen werden könnte... (alle Zitate aus „FR", 10.11.80).
Kommission Betrieb & Gewerkschaft

# Mutterschutz nach wie vor unzureichend

In den etablierten Parteien und Medien, aber auch in den Gewerkschaften herrscht Funkstille über die Misere des Mutterschutzes. Hin und wieder werden noch Jubelberichte über den hinzugewonnen Mutterschaftsurlaub veröffentlicht, um zu zeigen, wie viele Frauen ihn doch benötigen. Doch über die ursprünglichen Forderungen es einjährigen Elternurlaubs vermag keiner mehr zu diskutieren, geschweige denn neue Initiativen für diese Forderungen zu starten.

Für den Mutterschutz mußte Renate P. alle gerichtlichen Instanzen durchlaufen. Weil ihre Schwangerschaft erst in der neunten Woche erkannt wurde, wollte der Betrieb dem Kündigungsschutz nicht entsprechen. Renate P. ging vor das Hamburger Arbeitsgericht und vor das Landesarbeitsgericht. Beide Instanzen lehnten ihre Klage auf Mutterschutz ab. Erst das Bundesverfassungsgericht verhalf Renate P. zu ihrem Recht. Die Begründung lautet: *„Auch solche werdenden Mütter hätten ein Anrecht auf besonderen Kündigungsschutz, die die zwei Wochen Meldefrist bei einer Schwangerschaft unverschuldet versäumen"* (Hamburger Abendblatt, 3.11.80). Die Hansestadt Hamburg soll Renate P. auch ihre Auslagen finanzieren. Sie hat den mühseeligen Weg durch die Instanzen für ihre Rechte auf sich genommen, mit Erfolg, aber sicher ist dies nicht die Regel. Dies zeigt auch die Ärztin Claudia Schumann, die eine Untersuchung über die Misere des Mutterschutzes veröffentlichte. Der Ausgangspunkt ist folgender Paragraph im Mutterschutzgesetz: *„Werdende Mütter dürfen nicht beschäftigt werden, soweit nach ärztlichen Zeugnis Leben oder Gesundheit von Mutter oder Kind bei Fortdauer der Beschäftigung gefährdet ist"* (§ 3.1. Mutterschutz). Claudia Schumann zeigt an verschiedenen Beispielen wie es den schwangeren Frauen am Arbeitsplatz ergeht:

– Eine Jugoslawin ist zum achten Mal schwanger. Sie hatte sechs Fehlgeburten. Der Arzt verordnet ihr Ruhe und leichte Arbeit. Sie wird stationär behandelt, weil die Gefahr einer erneuten Fehlgeburt besteht. Die Kollegin arbeitet in einer Fabrik und muß dort schwere Matratzen beziehen und allein bewegen. *„Weil sie sich dem Arbeitgeber verpflichtet fühlt, der sie nur aus ‚Freundlichkeit' eingestellt habe, will sie sich auf eine streitbare Durchsetzung ihres Anspruchs auf weniger anstrengende Arbeit"* nicht einlassen (FR, 18.10.80).
– Eine schwangere Laborantin, die mit Bleistaub und anderen Mineralien arbeiten muß, will vom Betriebsrat wissen, ob die Werte und Konzentration des Staubes bekannt seien und inwieweit diese gefährlich für ihr Kind sein könnten. *„Das hat wenig Erfolg: Für diesen Bereich gebe es keine MAK-Werte, die Konzentration möglicher Schadstoffe sei aber wohl nur gering"*. Weil die Kollegin ihren Arbeitsplatz behalten möchte, unternimmt sie nichts, ist aber sehr beunruhigt.

Diese Beispiele stehen nicht allein. Schwangere Frauen werden diskriminiert und eingeschüchtert: *„Insgesamt scheint aber auch heute noch die betriebliche Reaktion auf die Mitteilung einer Schwangerschaft häufig unfreundlich auszufallen; gleichsam wie auf ein persönliches Verschulden, das Ausfallzeiten bedeutet, Umdispositionen nötig macht – eben eine Störung darstellt"* (FR, 18.10.80). Claudia Schumann hat auch festgestellt, daß Kleinbetriebe häufig schwangere Frauen nicht beim Gewerbeaufsichtsamt melden, um möglichen Kontrollen aus dem Weg zu gehen. Auch kritisiert Claudia Schumann: *„Die Vertretung gerade dieser Belange der Schwangeren scheint bei ihrer Interessenvertretung, also den Betriebsräten und in den Gewerkschaften bisher vernachlässigt zu werden: Rückenstärkung in diesen Auseinandersetzungen findet hier kaum eine berufstätige Schwangere"*. Auch die Ärzte seien zu wenig ausgebildet und informiert über das Mutterschutzgesetz, um den schwangeren Frauen für den Konfliktfall am Arbeitsplatz die nötige Rückenstärkung zu verschaffen. Unter diesen Bedingungen ist es kein Wunder, daß die schwangeren Frauen – die ja eh durch ihre Schwangerschaft ganz erheblich zusätzlich belastet sind – sich nicht trauen, ihre Recht auf leichtere Arbeit durchzukämpfen.

## Auseinandersetzungen bei Hoechst

Wie schwierig heute eine Kontrolle des Mutterschutzgesetzes ist, zeigt ein *„Bericht über (die) Auseinandersetzungen im Zweigwerk Offenbach/Main der Hoechst AG (1800 Beschäftigte) wegen der Beschäftigung von Schwangeren mit giftigen und gesundheitschädlichen Arbeitsstoffen"*. Eine schwangere Kollegin aus dem Labor ließ sich von der Hoechst AG schriftlich bestätigen, mit welchen giftigen und gesundheitsschädlichen Stoffen sie nicht arbeiten muß. *„Uns ehemaligen Jugendvertretern, zu denen auch die Kollegin B. gehört, standen die Haare zu Berge, als wir in der Stoffliste der Hoechst AG lasen, mit welchen Stoffen (z.B. Krebserregern) eine Schwangere arbeiten dürfe"*. Die Kollegen stellten die MAK-Werte auf der Betriebsversammlung zur Diskussion und werfen der Hoechst AG vor, gegen das Beschäftigungsverbot der Arbeitsstoffverordnung zu verstoßen. Der Betriebsratsvorsitzende versucht zu beschwichtigen – „man werde alles überprüfen" und die Geschäftsleitung habe „natürlich nicht gegen die Gesetze verstoßen". Eine Kollegin bringt den Vorfall im Frauenausschuß der IG-Chemie zur Sprache, allerdings nur mit dem Ergebnis, daß sich Gewerkschaftsvorständler und Geschäftsleitung einig werden *„dem Gesetzt wird Genüge getan"*. Die Kollegin wird sogar angegriffen, wie sie dazu komme zu behaupten, in der Hoechst AG verstoße man gegen das Mutterschutzgesetz. Die Hoechst AG erklärt noch einmal schriftlich, daß nachweisliche Schäden bei schwangeren Frauen nur entstehen, wenn die Arbeitsstoffe eine MAK-Wert-Begrenzung haben und diese überschritten werde. Die Kollegen stellen aber fest, daß 50% der gefährlichen Arbeitsstoffe gar keinen MAK-Wert haben bei Hoechst. Die Kollegen fordern, daß keine schwangere Kollegin mit giftigen oder gesundheitsschädlichen Arbeitsstoffen arbeiten darf. Drei Monate dauern die Auseinandersetzungen an, bis die Geschäftsleitung der Forderung nachgibt. Trotzdem sind sich die Hoechst AG und der Betriebsrat auf der nächsten Betriebsversammlung immer noch einig, daß gegen kein Gesetz verstoßen wurde. Auch der Werksarzt stellt sich auf die Seite der Kapitalisten, allerdings tritt er ins Fettnäpfchen. So behauptet er, daß er niemals eine schwangere Kollegin mit dem krebserregenden Stoff Dimethylsulfat arbeiten lassen würde. Ihm wird nachgewiesen, daß genau dieser Stoff auf der Liste der Hoechst AG steht. Nach dieser Peinlichkeit erklärte der Werksleiter, daß alle krebserregenden Stoffe von der Liste kommen. Für die Kollegen ist klar, daß hier nur manipuliert werden soll und erst ein Teilerfolg erreicht worden ist.

Das schamlose Zusammenspiel gegen schwangere Frauen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsfunktionären ist sicher kein Einzelfall. Die tatsächlichen Folgen der Schäden an Mutter oder Kind kann frau nur erahnen. Schon heute ist festzuhalten: *„Sind normalerweis 6 - 8 % aller Geburten Frühgeburten, so sind es bei den erwerbstätigen Frauen 12 - 17 %. Überdurchschnittliche Frühgeburten sind festzustellen bei Industriearbeiterinnen und Kellnerinnen"* (Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß, EVA).

♀Kommission Betrieb und Gewerkschaft♀

## Nach wie vor aktuell:

# Kampf gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Gewerkschaftsausschlüsse

Der Mehrheitsbeschluß des GEW-Gewerkschaftstages gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sollte uns wieder stärker das Augenmerk auf die nach wie vor in fast allen Gewerkschaften praktizierte Methode der Disziplinierung unbequemer Kritiker durch Gewerkschaftsausschlüsse richten lassen.

Der GEW-Beschluß hat nicht ausgereicht, die erforderliche 2/3-Mehrheit zur Streichung des UVB aus der Satzung zu erreichen. Auch in den Gewerkschaften, die sich als „linke" bezeichnen (z.B. IG Druck und HBV) gibt es diese Praxis noch:

**In der HBV sind im September '80 wieder vier Mitglieder wegen Mitgliedschaft im KBW ausgeschlossen worden.** Die Kritik eines sich als parteilos bezeichnenden HBV-Mitglieds an dieser Praxis beantwortet die Redaktion der Gewerkschaftszeitung „Ausblick": *Maßgebend für den Ausschluß von KBW-Mitgliedern ist der für die Gewerkschaft HBV seit 1973 geltende Unvereinbarkeitsbeschluß. Dieser Beschluß ist vom Gewerkschaftstag in Wiesbaden nochmals bestätigt worden. Im übrigen: Ausschlüsse aus der Gewerkschaft erfolgen immer dann, wenn ein gewerkschaftsschädigendes Verhalten vorliegt"*(Nr.11/80). So steht's geschrieben. Nur vergißt die sich auf „Liberalisierungskurs" befindliche HBV zu erwähnen, daß laut UVB bereits die bloße Mitgliedschaft im KBW „gewerkschaftsschädigend" ist!

Auch die sich noch „linker" gebende IG Druck hält am UVB fest. In Baden-Württemberg soll das Mitglied einer IG Druck-Ortsverwaltung, Harald Schöpfer, wegen Mitgliedschaft im KBW ausgeschlossen werden. Kollegen von Schöpfer argwöhnen, daß dieser Ausschluß u.a. ein Tribut an den antikommunistischen Druck ist, der mit der Kampagne gegen die „kommunistische Unterwanderung" des DGB auch und vor allem gegen die Drupa gerichtet ist.

## Neue Ausschlüsse in der ÖTV-Frankfurt

Die Frankfurter ÖTV-Führung ist berüchtigt für ihre Behinderung gewerkschaftlicher Basisarbeit. Nach dem Ausschluß der ÖTV-Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek ist jetzt ein Ausschlußantrag gegen zwei ÖTV-Kollegen aus dem Kirchenbereich gestellt worden. Neun Monate lang hatten die beiden sich innergewerkschaftlich dafür eingesetzt, daß die Betroffenen auf die Tarifpolitik der ÖTV mit der Kirche Einfluß nehmen können und wurden regelmäßig außen vorgehalten. Der Vorstand vernachlässigte gleichzeitig die Arbeit gegenüber der gewerkschaftlichen Basis, die weder Informationen erhielt, noch kompetente Ansprechpartner im Vorstand hatte.

Im März 1980 entschlossen sich die beiden an die Öffentlichkeit zu gehen und schrieben einen Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau". Dieser Leserbrief wurde nie veröffentlicht, dennoch muß er jetzt als Ausschlußbegründung herhalten: da *„interne ÖTV-Vorgänge und Informationen unbefugt öffentlich dargestellt und an außenstehende Dritte weitergegeben"* wurden. Das allein ist also schon „gewerkschaftsschädigend". Wie eine Verhöhnung der Kollegen muß es klingen, wenn gleichzeitig in der Antragsbegründung steht: *„Vorgänge, die das interne Organisationsleben betreffen, sind innerhalb der Organisation zu diskutieren, abzuklären und zu entscheiden"*. So kann man sich Satzungen basteln, die das einfache Miglied völlig rechtlos machen. Tritt es dann an die Öffentlichkeit (die in diesem Fall durch Nichtabdruck des Leserbriefs noch nicht einmal hergestellt war!), dann wird es einfach gefeuert!

(Nähere Informationen: „Gruppe ‚Gewerkschafter im Exil', Deutsche Bibliothek", Zeppelinallee 4-8, 6 Frankfurt 1).

# Niederlage für die Frister-Linie

## GEW-Gewerkschaftstag votiert gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und für Kampfaktionen

**„Der Versuch des GEW-Vorsitzenden Frister, auch die am weitesten links stehenden Landesverbände mit Hilfe des Unvereinbarkeitsbeschlusses mäßigend in den DGB einzubinden, ist als gescheitert anzusehen". Dies ist die Bilanz der großbürgerlichen „FAZ" zum diesjährigen Gewerkschaftstag der GEW, der vom 30.10. bis zum 4.11. in Mainz in gediegener gewerkschaftlicher Umgebung (Anreise 1. Klasse, Unterbringung im Hilton u.ä. Hotels, Tagegeld von 34 DM) stattfand.**

**Konnte sich Erich Frister bis dahin der Gewerkschaftstage, auf denen ihm Mehrheiten sicher waren, bedienen, um Beschlüsse zur Ausschaltung kritischer Tendenzen in einzelnen Landesverbänden durchzusetzen, so hat sich das jetzt gründlich geändert. Frister und die von ihm repräsentierte Linie (so etwa auch in Person der NRW-Vorsitzenden Ilse Brusis) kriegten Contra und hielten sich angesichts des Kräfteverhältnisses auf dem Gewerkschaftstag moderat zurück. Das Auffälligste des Gewerkschaftstages war wohl die Tatsache, daß die eher rechten Strömungen, die es ja durchaus in den Landesverbänden gibt (für Berufsverbote, für Unvereinbarkeitsbeschlüsse, gegen Streik, für AKW's, gegen die Behandlung der Homosexualität, gegen eine spezifische Politik zu Frauenfragen seitens der GEW u.v.a.), auf dem Gewerkschaftstag entweder nicht repräsentiert waren oder sich opportunistisch und kleinlaut zurückhielten. Dies drückt eine erfreuliche Veränderung des Kräfteverhältnisses und ein gestiegenes Selbstbewußtsein der eher linken und kritischen Landesverbände und Mitglieder aus.**

### Breite Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Die wichtigsten Dinge passierten zum Schluß. Erst am fünften und letzten Tag kam es zur Aussprache über die strittigen Anträge. Sicherlich völlig unerwartet für alle Teile des Gewerkschaftstages drückte die überwiegende Mehrheit der Delegierten ihren Willen aus, Schluß zu machen mit der Politik der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Mit 211 zu 134 Stimmen (ein Teil der Delegierten war wohl schon vorzeitig abgereist) nahm der Gewerkschaftstag einen entsprechenden Antrag des Hamburger Landesverbandes an. Dieser fordert die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, *„sich im DGB-Bundesvorstand für diese Aufhebung einzusetzen"*. Die mitabgestimmte Begründung ist dann jedoch ein typisches Stück sozialdemokratischer Lavierererei: **„Der DGB hat den Unvereinbarkeitsbeschluß vom 3. Oktober 1973 mit der Begründung gefaßt, Gewerkschaftsgegnern den Boden gewerkschaftsfeindlicher Agitation innerhalb der Organisation entziehen zu wollen. Die konkrete Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse hat jedoch teilweise das angegebene Ziel der Beschlüsse ins Gegenteil verkehrt: Aus-**

feindlicher Agitation innerhalb der Organisation entziehen zu wollen. Die konkrete Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse hat jedoch teilweise das angegebene Ziel der Beschlüsse ins Gegenteil verkehrt: Aus-

**einandersetzungen, Mißtrauen, Verlust an Geschlossenheit und Solidarität, selbst Gesinnungsschnüffelei in den eigenen Reihen waren die Folge. Die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften und der Gedanke der Einheitsgewerkschaft werden so in Frage gestellt."**

Mit diesem Beschluß ist die GEW die erste und bisher einzige der 17 Einzelgewerkschaften des DGB, deren höchstes Beschlußorgan eine eindeutige Ablehnung der UVBs beschlossen hat. Wie sicher und qualifiziert dieses Votum und damit der darin repräsentierte Mitgliederwille ist, drückt sich auch in den Tatsachen aus, daß diese Entscheidung gegen die ablehnende Empfehlung der Antragskommission zustande gekommen ist, daß es sich bei dem Stimmenverhältnis um eine echte absolute Mehrheit handelt (auch bei Zugrundelegen der vollen Delegiertenzahl von 400) und vor allem, daß ein grosser Teil der anwesenden Delegierten bereit war, inhaltlich auch noch einen Schritt weiter zu gehen: Der Westberliner Antrag, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der Satzung der GEW ersatzlos zu streichen und sich darüberhinaus beim DGB für die Aufhebung der UVBs auch auf dieser Ebene einzusetzen, bekam immerhin 175 Stimmen, hätte aber zur Verabschiedung einer 2/3-Mehrheit bedurft (wegen der damit verbundenen Satzungsänderung).

Da ja durch diesen Beschluß die UVBs für die GEW nicht aufgehoben sind, beschloß der Gewerkschaftstag mit sehr großer Mehrheit, ebenfalls in Revision der unseligen Beschlüsse von Köln '75, Ausschlußverfahren in Länderhoheit, d.h. in die Hände der Schiedskommissionen der jeweiligen Länder zu legen und nicht wie bisher in die Entscheidungsgewalt des Bundeshauptvorstandes.

Diese Beschlüsse sind der wohl deutlichste Sieg der fortschrittlichen Strömungen über die strikt antikommunistische Linie von Frister, Vetter und Co.

### Pfiffe für Vetter

Daß in der Zusammensetzung des Gewerkschaftstages eine gewisse Unwägbarkeit liegen würde, darüber war vorher besonders in der bürgerlichen Presse viel spekuliert worden. Ca. 50 % der Delegierten waren erstmalig auf einem Gewerkschaftstag. Daß diese Tatsache an sich schon zumindest ein gestiegenes demokratisches Verständnis vieler Mitglieder ausdrückt und insofern der Gewerkschaftstag auch eine Chance für die Linke bieten könnte, das war von den linken Delegierten zu wenig erkannt und genutzt worden. Sicherlich spielte hierbei auch die Erfahrung der fast völligen Isolierung auf dem letzten Gewerkschaftstag eine entscheidende Rolle.

Die insgesamt sehr müde Eröffnungsrede hielt der DGB-Chef Vetter (Delegiertenreaktionen: „Alt ist er geworden" oder „hat wohl schon halb seinen Hut genommen"). Munter und kämpferisch wurde er nicht etwa da, wo es galt, die Sparpläne der Bundesregierung zu brandmarken, sondern wo er sich mit den Anträgen zum Entwurf eines neuen DGB-Grundsatzprogrammes auseinander-

halb seinen Hut genommen"). Munter und kämpferisch wurde er nicht etwa da, wo es galt, die Sparpläne der Bundesregierung zu brandmarken, sondern wo er sich mit den Anträgen zum Entwurf eines neuen DGB-Grundsatzprogrammes auseinander-

setzte.

Schulmeisterlich meinte er, die GEW mahnen zu müssen, daß *„sich die Arbeit Eurer Gewerkschaft nicht nur vor dem sensibilisierten Blick der Öffentlichkeit, sondern auch und gerade vor dem kritischen Blick unserer Gewerkschaftsbewegung bewähren"* müsse. Einer Diskussion um das neue Grundsatzprogramm des DGB wolle niemand die Freiheit und Offenheit einschränken. In diesem Zusammenhang wolle er auf die Stellungnahme aus Westberlin gar nicht eingehen. (In der „Berliner Lehrerzeitung" war der Standpunkt vertreten worden, daß das DGB-Grundsatzprogramm in seiner jetzigen Entwurfsform nicht zu verändern, sondern einfach nur abzulehnen sei.)

Gerade das aber tat er im folgenden in übelster, unqualifiziert pöbelnder Weise. **„Wer dem Bundesvorstand vorwirft, er habe seinen Frieden mit den Grundprinzipien der kapitalistischen Wirtschaft gemacht, der verrät nicht nur absolutes Unverständnis für die Probleme der Gewerkschaftsarbeit, der stellt sich vor allem außerhalb einer solidarischen Diskussion. Wenn die Auffassungen dieses Landesverbandes mit denen der SEW identisch sind, dann sollte sich niemand wundern, wenn diese Auffassung auf den scharfen Widerstand der restlichen Organisation trifft. Dann kann man nur noch daran appellieren, daß die Organisation alles tut, um den Auffassungen der Mitglieder und nicht denen fehlgeleiteter Funktionäre zum Durchbruch zu verhelfen."**

Daß Vetter sich bei der Identifizierung ausgerechnet der GEW-Westberlin mit der SEW/DKP völlig „in der Kiste vergriffen hat", mußte selbst Frister öffentlich konzidieren (die SEW hatte z.B. bei der Spaltung der GEW Westberlin 1977 durch Frister diesem bedingungslos die Treue gehalten). Aber Vetter in seinem blinden Antikommunismus stört das herzlich wenig.

Er vergriff sich ein zweites Mal und stellte die GEW-Mitglieder, die das Streikrecht für Beamte fordern, und diejenigen, die *„den Kampf der polnischen Arbeiter als reaktionär verhöhnen"*, auf eine Stufe und warf sie ohne Zögern in einen Topf. Damit sollten offensichtlich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: fortschrittliche Tendenzen sollen durch die Gleichsetzung mit der DKP mundtot gemacht werden und gegen die DKP werden die ersten Schritte einer Unvereinbarkeit vorbereitet.

Mit diesen blinden Ausbrüchen hat er der Geschichte der GEW-Gewerkschaftstage ein neues Element beschert: Als eingeladener Gast und DGB-Chef bekam er die ersten Pfiffe und Buh-Rufe dieses Gewerkschaftstages zu hören.

### Ministerpräsident Börner mit Fackelzug eingeheizt

Nach diesem Auftakt kam die nächste Nagelprobe, als über mehrere Anträge abgestimmt werden mußte, das Präsidium (traditionell vom Bundesvorstand eingesetzt) nicht einfach hinzunehmen, sondern durch Wahl auf dem Gewerkschaftstag einzusetzen.

Mit dem Kompromißversuch der Antragskommission und des später zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden gewählten Vorsitzenden des Landesverbandes Niedersachsen, nur zu beschließen, daß für den nächsten Gewerkschaftstag ein Präsidium gewählt würde, wollte die Mehrheit der Delegierten sich nicht zufrieden geben. Es wurde beschlossen, sofort vor Eintritt in die Tagesordnung ein neues Präsidium zu wählen, was dann auch geschah. Personell wurde daraus zwar keine Palastrevolution, aber immerhin.

Der weitere Verlauf des Gewerkschaftstages stärkte dieses zunächst zarte Pflänzchen der Opposition und der Kampfbereitschaft. Am dritten Tag wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die der Vorsitzende von Hessen, Alfred Harnischfeger, für seinen Landesverband eingebracht hatte. In ihr wurden die Pläne der hessischen Landesregierung verurteilt und zurückgewiesen, noch in diesem laufenden Schuljahr 240 Lehrerstellen zu streichen und bis 1985 eine Kürzung um 3.500 Lehrerstellen im Landeshaushalt vorzunehmen. Au-

hatte. In ihr wurden die Pläne der hessischen Landesregierung verurteilt und zurückgewiesen, noch in diesem laufenden Schuljahr 240 Lehrerstellen zu streichen und bis 1985 eine Kürzung um 3.500 Lehrerstellen im Landeshaushalt vorzunehmen. Au-

ßerdem rief der hessische Landesverband die Delegierten auf, am Montagabend geschlossen nach Wiesbaden zu ziehen, um Ministerpräsident Börner mit Fackeln einzuheizen. Am Montag übte zur Vorbereitung dieser netten Einlage ein Delegiertenchor Kampflieder ein, die am Abend bei der Demonstration gesungen werden sollten. Nach der Mittagspause präsentierte der Chor das Ergebnis seiner Übungen den Delegierten von der Bühne herunter.

Die Unterbrechung des Gewerkschaftstages zugunsten einer Demonstration angesichts der aktuellen Ereignisse ist in der Geschichte der Gewerkschaftstage einmalig. Daß Frister sich an die Spitze des Demonstrationszuges setzte und eine „kämpferische" Rede aus dem Stand hielt, versteht sich für einen gestandenen Sozialdemokraten von selbst.

### Dämpfer für Frister und Co. bei den Wahlen

In einem Punkt haben viele Delegierte sich dennoch übertölpeln lassen. Als deutlich wurde – was jeder natürlich auch schon vorher wußte – daß nach all den Reden und Grußworten die Realisierung der Tagesordnung zeitlich unmöglich werden würde, schlug das Präsidium vor, die Wahlen der Antragsberatung vorzuziehen. Der Vorschlag fand die Zustimmung der Mehrheit der Delegierten, sodaß während des gesamten dritten Tages nur Wahlhandlungen abliefen und schließlich eine Menge auch wichtiger Anträge nicht mehr beraten werden konnte und jetzt vom Hauptausschuß behandelt werden wird.

Der Gewerkschaftstag mußte den ersten Vorsitzenden, seine beiden Stellvertreter, 16 neue Mitglieder (davon nach Satzung acht auf jeden Fall Frauen) des Hauptausschusses, sämtliche Referatsleiter, die neun Mitglieder der Bundesschiedskommission, den Vorsitzenden der AjLE-Bund und den Bundesschatzmeister neu wählen.

Bis dahin hatte der Vorsitzende des Hamburger Landesverbandes, Dietrich Lemke, die linke Opposition angeführt. An ihn war aus einigen Landesverbänden der Wunsch herangetragen worden, er möge gegen Frister kandidieren. Doch blieb Friser ohne Gegenkandidat. In guter DGB-Tradition erhält ein solcher Kandidat in der Regel 80 bis 90% der Stimmen. Nicht so in der GEW: Frister erhielt von 396 abgegebenen Stimmen nur 245 Fürstimmen. Immerhin 117 stimmten eindeutig gegen ihn, und noch 31 enthielten sich der Stimme. Das dürfte auch für Frister selber ein deutliches Zeichen gewesen sein, daß es Zeit für ihn wird, sich in den DGB-Vorstand hochzukatapultieren.

Auch Dieter Galas, als Kandidat für den ersten stellvertretenden Vorsitzenden ohne Gegenkandidat, erging es nicht viel besser: Er bekam 250 Stimmen, bei 87 Gegenstimmen und 59 Enthaltungen. Dies ist sicherlich so zu werten, daß eine nicht unbedeutende Minderheit der Delegierten es vorziehen würde, nach Fristers Abgang in zwei Jahren den neuen Vorsitzenden zu wählen und nicht einfach Dieter Galas nachrükken zu lassen.

Die spannendste Entscheidung stand bei der Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden an. Hier kandidierte der eher liberale und von den zum linken Lager zählenden Landesverbänden favorisierte ehemalige Hamburger Landesvorsitzende Dieter Wunder gegen die rechte fristertreue NRW-Vorsitzende Ilse Brusis. (Es ist allerdings auch derselbe Wunder, der innerhalb des Hamburger Landesverbandes 1975 die UVBs durchsetzte, Anm. d. Red.). Die Wahl nahm einen klareren Ausgang, als erwartet: Dieter Wunder erhielt 246 von 399 Stimmen, Ilse Brusis nur 146.

Das gestiegene Selbstbewußtsein und die Bereitschaft, sich gegen undemokratisches Verhalten und Mauscheleien aufzulehnen, bewiesen die Delegierten am deutlichsten bei der Wahl des Bundesschatzmeisters. Armin Müller, der den Gewerkschaftstag mit der längsten und arrogantesten Rede überhaupt genervt hatte und dem immer noch das nie ganz geklärte Verschwinden von 120.000 DM aus Mitgliedsbeiträgen anhängt, der sich außerdem zur Frage des Streiks und der Einrichtung eines Kampffonds sehr distanziert äußerte, erhielt im ersten Wahlgang lediglich 167 von 388 Stimmen und war damit mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Im zweiten Wahlgang, angesichts fehlender personeller Alternativen, waren die Delegierten dann gnädig und wählten ihn mit 234 Stimmen.

Einen zweiten Eklat gab es bei der Wahl des Leiters des Referats D (Lehrerbildung), bei der zunächst als einziger Kandidat Hans Clauser aus Baden-Württemberg zur Verfügung stand (ihn hatte der Hauptvorstand vorgeschlagen). Seine Vorstellung, bei der er als einzige Qualifikation für dieses Referat seinen guten Willen ausgab, disqualifizierte ihn dermaßen, daß er mit 131 Fürstimmen völlig durchfiel. Im zweiten Wahlgang bot sich die bereits bei der Wahl für den zweiten stellvertretenden Vorsitzenden unterlegene Ilse Brusis noch einmal an. Sie erhielt eine knappe Mehrheit von 218 Stimmen.

Auch die Wahl der 16 neuen Mitglieder des Hauptausschusses (höchstes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen) sorgte für einige Überraschung und wird Frister und Co. u.U. noch einiges Kopfzerbrechen bereiten. Von den 16 neugewählten Mitgliedern sind 13 - 14 eher dem linken Lager zuzurechnen. In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen wird gehandelt, daß im neu zusammengesetzten Hauptausschuß eine Pattsituation zwischen „links" und „rechts" besteht und es bei zukünftigen Entscheidungen immer sehr auf das Mittelfeld ankommen wird (wobei „links" und „rechts" jedoch im wesentlichen Flügel im sozialdemokratischen Lager angibt, Anm. d. Red.).




**„Alle werden angeschissen, weg mit Börners Sparbeschlüssen"; unter dieser und ähnlichen Parolen demonstrierte der Gewerkschaftstag der GEW am 3.11. vor der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden. Während Börner Millionen für die Startbahn West lockermacht, will er im kommenden Jahr 260 Lehrerplanstellen streichen.**

„Alle werden angeschissen, weg mit Börners Sparbeschlüssen"; unter dieser und ähnlichen Parolen demonstrierte der Gewerkschaftstag der GEW am 3.11. vor der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden. Während Börner Millionen für die Startbahn West lockermacht, will er im kommenden Jahr 260 Lehrerplanstellen streichen.

Selbst in der Bundesschiedskommission sind die neuen drei ständigen Mitglieder (die Bundesschiedskommission entscheidet im Streitfall z.B. über Ausschlüsse oder auch Wiederaufnahmen) Liberale bis Linke.

### Streikrecht bekräftigt

Eindeutiger inhaltlicher Schwerpunkt des Gewerkschaftstages war die Frage der Arbeitszeitverkürzung für Lehrer. In diesem Teil wurde die bisherige Vorstandspolitik scharf kritisiert. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund der völlig zurückweichenden sogenannten ‚Aktion 80', der Unterschriftensammlung zur Vorbereitung einer täuschenderweise so bezeichneten „Massenklage" zur Durchsetzung der 40-Stunden-Woche für Lehrer. Immerhin wurde diese von den wenigsten geliebte Aktion auf dem Gewerkschaftstag ziemlich sang- und klanglos beerdigt, auch wenn vor allem der Landesverband NRW, bzw. seine Vorsitzende, sie immer wieder als bedeutenden Kampfschritt zu verkaufen versuchten („Wir haben in kürzester Zeit 20.000 Unterschriften gesammelt.") Frister selber fand nur eine äußerst schwache Verteidigung für diese Aktion, so nach dem Motto: „Schaden kann sie ja nicht", und stellte fest, daß die Einleitung juristischer Schritte noch lange nicht abgemachte Sache sei.

Zu dem Komplex Arbeitszeitverkürzung lagen mehrere Anträge vor, von denen der weitestgehende aus Hamburg kam. Er zeichnete sich vor allem durch einen detaillierten Stufenplan für Kampfmaßnahmen aus, deren Höhepunkt in der Vorbereitung von Urabstimmungen in allen Landesverbänden für bundesweite Arbeitsniederlegungen im Mai näch-

sten Jahres liegen sollte.

Daß dieser Antrag auf dem Gewerkschaftstag keine mehrheitliche Zustimmung finden würde, zeichnete sich schon vorher ab. Um das möglicherweise dadurch entstehende Vakuum zu stopfen, fanden Frister und Wunder sich zusammen und erarbeiteten einen neuen Antrag, der erst auf dem Gewerkschaftstag den Delegierten vorlag und der ohne Abstimmung praktisch qua Autorität seiner Unterzeichner zum Leitantrag wurde. Mit einstimmiger Annahme dieses Antrags hat der Gewerkschaftstag festgeschrieben, daß am Streik als Mittel zur Durchsetzung von Forderungen festgehalten wird und daß *„für den Fall, daß im Sommer 1981 keine befriedigenden Verhandlungsergebnisse vorliegen, eine Bundesfunktionärskonferenz einberufen wird, um über Einzelheiten der Durchführung von bundesweiten Aktionen zu beraten. Die Bundesfunktionärskonferenz erarbeitet einen Aktionsvorschlag für den Herbst 1981; dabei sind die Ergebnisse der Beratungen und Beschlüsse der Landesverbände zu berücksichtigen. Auf der Grundlage der Empfehlung der Bundesfunktionärskonferenz beschließt der HV die Durchführung von bundesweiten Aktionen (einschließlich Arbeitsniederlegungen bis hin zum Streik) für den Winter 1981/82)."*

Wenn auch der Zeitpunkt dieser Kampfmaßnahmen sehr weit geschoben ist, so sind hier doch immerhin eindeutige Kampfschritte festgelegt, die auf Bundesebene durchgeführt werden sollen. Die Klärung und Entscheidung darüber, ob die Mitgliedschaft bis zu dem Zeitpunkt bundesweit in der Lage sein wird, solche Schritte auch wahrzunehmen, sollten die Linken auf keinen Fall der höheren Funktionärsebene überlassen.

In einem anderen Antrag wird noch einmal gesondert und ausdrücklich festgestellt, *„daß das Streikrecht ein Grundrecht ist, das auch Beamten zusteht".*

### Gegen Kriminalisierung von Drogenabhängigen

Nach Beratung und Beschlußfassung über diesen entscheidenden Antrag hatte die Antragskommission zum weiteren Verfahren vorgeschlagen, zunächst die unstrittigen Anträge sozusagen im Galopp ohne Beratung zu beschließen, danach die Dringlichkeitsanträge zu behandeln (was angesichts der Praxis früherer Gewerkschaftstage schon geradezu fortschrittlich war) und als letztes die strittigen Anträge, für die sie wiederum eine Prioritätenliste vorgeschlagen hatte. Nach diesem Vorschlag wurde verfahren.

Unter den unstrittigen Anträgen waren immerhin auch solche bedeutenden wie eine Feststellung zur Meinungsfreiheit der Beamten einschließlich einer Aufforderung an den Hauptvorstand der GEW, *„den DGB als Spitzenorganisation der Beamten zu veranlassen, die Abschaffung beamtenrechtlicher Vorschriften her-* *zu veranlassen, die Abschaffung beamtenrechtlicher Vorschriften her-**beizuführen, die die Meinungsfreiheit der Beamten im Vergleich zu anderen Bürgern einzuschränken geeignet sind".*

Ebenso ist der Beschluß dazuzuzählen, alle Beschlüsse des Gewerkschaftstages zu drucken und den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, die Ablehnung der Einrichtung einer Jugendpolizei, die Ablehnung der im neuen Entwurf des Betäubungsmittelgesetzes angelegten Kriminalisierung von Drogenabhängigen und die Verabschiedung einer Vielzahl von Mitteln, mit denen Drogenabhängigen sinnvoll geholfen werden kann, sowie die Aufforderung an den Hauptvorstand, *„sich aktiv und öffentlich für die gesetzliche Verankerung des Zeugnisverweigerungsrechtes für alle in der sozialen Arbeit tätigen Mitarbeiter einsetzen."*

### Einstellung der Türkeihilfe gefordert

Die Dringlichkeitsanträge wurden mit einer Ausnahme (Überweisung an den Hauptvorstand) alle, z.T. einstimmig, angenommen. Unter ihnen war eine Resolution gegen die Rotstiftpolitik der Finanzminister im Bildungsbereich, in der die Landesregierungen aufgefordert werden, Lehrerarbeitslosigkeit „zu vermeiden" und stattdessen die Lehrer so einzusetzen, daß eine Verbesserung der personellen Ausstattung der Schulen erreicht wird. Ebenso werden die Regierungen der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg „eindringlich" aufgefordert, *„die Weiterfinanzierung der Universität Bremen durch die Aufrechterhaltung ihrer Zuschüsse an die Freie Hansestadt Bremen sicherzustellen".* In einer weiteren Resolution verurteilt der Gewerkschaftstag *„die Nichtbeschäftigung des mit großer Mehrheit gewählten Präsidenten der Gesamthochschule Kassel, Prof. Dr. Michael Daxner, durch den hessischen Kultusminister".*

In drei außenpolitischen Entschließungen wird der Militärputsch in Bolivien verurteilt und festgestellt, daß *„die GEW sich solidarisiert mit den Forderungen der bolivianischen Widerstandsfront gegen das Militärregime und setzt sich für die Durchsetzung der Ziele dieser Opposition demokratischer Kräfte ein, d.h. vor allem für die Forderung, die bolivianische Militärjunta weltweit zu isolieren".*

Zum anderen beschloß der Gewerkschaftstag einstimmig die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung verfolgter Gewerkschafter in der Türkei und in allen Teilen der Welt. Die Mittel für diesen Fond sollen durch Spenden in den Landesverbänden aufgebracht werden. Außerdem *„fordert die GEW die Bundesregierung auf, sofort alle Hilfsmaßnahmen für die türkische Militärregierung zu stoppen."*

Großen Wirbel löste ein Antrag aus, der von 45 Delegierten gemeinsam vorgelegt worden war, überschrieben mit *„Polen – Eisenbahner. Demokratische Freiheitsrechte und uneingeschränktes Streikrecht in der Bundesrepublik und der DDR".* Nach einigem hektischen Gerangel um diesen Antrag, in dem auch Frister sehr deutlich zeigte, daß er diesen Antrag unterstützen würde, wurde schließlich eine leicht veränderte Fassung abgestimmt. In ihr heißt es: *„Der Gewerkschaftstag der GEW solidarisiert sich mit dem Streik der Berliner Eisenbahner für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze, die Sicherung ihrers Lebensstandards und für das Recht auf unabhängige gewerkschaftliche Organisierung, für freie Wahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Betriebsräte. Wir verurteilen den Polizeieinsatz der SED-Organe und der SEW.*

*Der Gewerkschaftstag beauftragt den HV nach Absprache mit dem DGB zur Kontaktaufnahme mit den freien Gewerkschaften in Polen, zumal die polnischen Kollegen, zu denen bisher der Kontakt bestand, sich in den freien Gewerkschaften organisieren."*

### Gegen Faschismus und Neofaschismus

Besonders erfreulich ist ein Beschluß zu werten, der nicht nur in allgemeinen Phrasen sich gegen Faschismus und Neofaschismus ausspricht, sondern eine Vielzahl von Aktivitäten in diesem Bereich festlegt. Dieser Beschluß sieht u.a. vor, daß die GEW den jährlichen Antikriegstag intensiv mit vorbereitet, daß in Zusammenarbeit mit anderen DGB-Gewerkschaften Seminare zum Thema Faschismus und Neofaschismus durchzuführen sind, daß die GEW sich gegenüber den Kul- die GEW sich gegenüber den Kul-tusministern dafür einsetzt, *„unverzüglich eine Revision der Richtlinien und Geschichtsbücher vorzunehmen, im Sinn einer exakten Darstellung der Ursachen des Nationalsozialismus"* und daß die GEW Arbeits- und Unterrichtsmaterialien zum Thema Faschismus erstellt.

### Frauen greifen ein

Sehr deutlich wurde das gegenüber früheren Gewerkschaftstagen veränderte Klima auch an der Behandlung der Anträge zum Themenkomplex Frauen und dem Umgang mit der Frauenfrage insgesamt. Sah es zunächst noch so aus, als könne sich die erdrückende Männermehrheit (von den 400 Delegierten waren nur 56 Frauen) arrogant gegenüber den Interessen der Frauen durchsetzen, so hinterließ der weitere Verlauf des Gewerkschaftstages einen etwas anderen Eindruck. Nachdem bei der Wahl der acht satzungsmäßig festgelegten Frauenmitglieder des Hauptausschusses mehrmals versucht worden war, diese Regelung mit üblen Schnacks aus rechter Ecke (*„eine extra Frauenriege braucht eine emanzipierte Gewerkschaft doch gar nicht mehr"* u.ä.) zu diffamieren, wehrte sich die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Gesamtschulen, Kirsten Schäfer (neben Ilse Brusis die einzige Frau im Bundesvorstand), in Form einer persönlichen Erklärung und sicherlich im Namen der anwesenden Frauen (und hoffentlich nicht nur der) gegen die Angriffe.

Sie betonte, daß bei einem Frauenmitgliederstand von über 50% in der GEW der Gewerkschaftstag, wie viele andere gesellschaftliche Bereiche, in keiner Weise repräsentativ ist. Auch wenn der Anstoß für tiefgreifende Veränderungen in diesem Bereich von den Frauen selber kommen müsse, so könne man dennoch noch lange nicht auf den in der Satzung verankerten Minderheitenschutz (Sie meint natürlich Mehrheitenschutz, Anm. d. Red.) verzichten. *„Die Gründe für diese Misere liegen nicht allein in den Frauen begründet, es sind gesellschaftliche Probleme, zu deren Lösung auch, und in ihrem Bereich besonders, die GEW aufgerufen ist. Die Frauen sind durch Mehrfachbelastungen wie Kinder und Haushalt stärker behindert als die Männer. Mit Kleinigkeiten könnte eine Verbesserung beginnen: Warum gibt es auf diesem Gewerkschaftstag keine organisierte Kinderbetreuung? Dies käme auch den Männer zugute. Ein männlicher Delegierter unserer Delegation hat seine Tochter mitbringen müssen. Er löste das Problem individualistisch. Wo bleibt hier die kollegiale Solidarität?*

**Antrag**

Dringlichkeitsantrag zu A 132

Papstbesuch

Anläßlich der Wiederaufnahme des Rechtsverfahrens Kath. Amtskirche / G. Galilei

beschließt der Gewerkschaftstag, dem Kollegen Galilei den Rechtsschutz der GEW zu gewähren.

Begründung: Der Rechtsstreit ist zwar nicht direkt berufsbezogen, jedoch bestehen hinsichtlich der ununterbrochenen Mitgliedschaft des Kollegen Galilei zur GEW und wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Streitsache keine Zweifel.

29 Unterschriften von ehrlichen Delegierten des Gewerkschaftstages liegen vor!

Der Versuch des Wahlleiters, ihr das Wort zu entziehen, da dies über den Rahmen einer persönlichen Erklärung hinausginge, ging in Gepfeife und Gejohle unter.

Ohne Gegenrede angenommen wurde der Antrag: *„Der Gewerkschaftstag der GEW 1980 wendet sich gegen alle Bestrebungen, Wehrpflicht für Frauen einzuführen. Er fordert den Hauptvorstand auf, sich gegen eventuelle Bestrebungen dieser Richtung auszusprechen."*

Zur Frage des internationalen Frauentages, zu dem Vetter in einem Rundschreiben in diesem Jahr allen Einzelgewerkschaften eine Teilnahme untersagt hatte, lagen drei Anträge vor, bei denen die Antragskommission in jedem Falle Ablehnung empfohlen hatte. Vor diesem Hintergrund ist es ein wirklich erfreuliches und bemerkenswertes Ergebnis, daß der Gewerkschaftstag sich hierdurch in keiner Weise beirren ließ und bei nur zwei Gegenstimmen den Antrag des Landesverbandes Hessen annahm: *„Der Hauptvorstand wird beauftragt, im DGB-Bundesvorstand zu beantragen, daß in Zukunft Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag am 8. März vom DGB selbst durchgeführt bzw. aktiv unterstützt werden."*

### Verpflichtung des DGB auf's 'Gemeinwohl' abgelehnt

Als letztes wurde das Paket Änderungsanträge zum DGB-Grundsatzprogramm behandelt. Das ging wegen der Zeitknappheit auf Kosten der Behandlung solch wichtiger Anträge wie zu den Berufsverboten, Widerstand gegen die Kernenergie oder auch Abbau der Diskriminierung von Homosexuellen. Gerade diese drei Bereiche hätten das Kräfteverhältnis auf dem Gewerkschaftstag sicherlich noch deutlicher werden lassen.

Zu den Abänderungsanträgen zum DGB-Grundsatzprogramm hatte die Antragskommission vorgeschlagen, sie allesamt an den Hauptausschuß zu überweisen. Mit diesem Ansinnen kamen sie auf dem Gewerkschaftstag nicht durch. Insbesondere zur Präambel wurden erhebliche Änderungen beschlossen.

Zu Punkt 16 der Präambel beschlossen die Delegierten die Formulierung des vorliegenden Entwurfs abzulehnen, in der die Einheitsgewerkschaft als Zusammenführung verschiedener Strömungen der Arbeiterbewegung, *„vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen"* interpretiert wurde. Statt dessen lautet der Formulierungsvorschlag der GEW jetzt: *„Die aus den gemeinsamen Erfahrungen – besonders den im Kampf gegen den Faschismus gesammelten – entstandene Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt, für die autonome Gewerkschaften unabdingbar waren und sind."*

In weiteren Beschlüssen wurden in verschiedenen Passagen die Formulierungen „totalitär" durch „undemokratisch" ersetzt. Der Gewerkschaftstag sprach sich ebenfalls dafür aus, die vorgeschlagene Feststellung, daß die Gewerkschaften *„den Erfordernissen des Gemeinwohls"* dienten (Absatz 19 der Präambel) durch eine Formulierung zu ersetzen, in der es heißen soll: *„Der Zusammenschluß aller Gruppen der Arbeitnehmer bietet die Gewähr, daß sowohl die speziellen Interessen der Arbeiter, Angestellten oder Beamten als auch ihre gemeinsamen Anliegen erfolgreich vertreten werden können."*

Insgesamt ist der Gewerkschaftstag der GEW als ein Durchbruch für im wahrsten Sinne des Wortes einheitsgewerkschaftliche Positionen, die in der Lage sind, an der alten ständischen und staatstragenden Berufsorganisation zu kratzen und die in Zukunft Frister und Umgebung das Regieren schwerer machen werden, zu werten. Bis zum nächsten Gewerkschaftstag (hoffentlich in zwei Jahren) wird es wesentlich auf eine Geschlossenheit und gute Vorbereitung der Linken ankommen, um diese Erfolge auszubauen. So könnte dann auch das eingelöst werden, was der Hamburger Landesvorsitzende Dietrich Lemke sinngemäß forderte, daß der nächste Gewerkschaftstag dann nämlich die Politik beschließt, die dieser Gewerkschaftstag gefordert hat.

**Ein Delegierter des Gewerkschaftstages**

## Fristers Reaktion auf seine Abstimmungsniederlage

In der Abschlußpressekonferenz des Gewerkschaftstages sagte Frister, was er sich in seinem Abschlußbeitrag vor den Delegierten noch nicht getraut hatte zu sagen: Die Entscheidung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen sei bedrucktes Papier, die nicht wirksam werden würde: *„Ich werde dem DGB-Bundesvorstand mitteilen, daß ein solcher Beschluß auf dem GEW-Gewerkschaftstag gefaßt wurde. Das ist alles!"* Auf die etwas weiter bohrende Frage eines Journalisten: *„Aber die Mehrheit der Delegierten verlangte doch etwas mehr vom Vorstand"*, antwortet Frister nur: *„Ich bin doch kein Schwachkopf; alles bleibt, wie es war"* („Die Neue", 6.11.). Damit machte Frister, der als Vorsitzender sich eigentlich an die Beschlüsse seines höchsten Beschlußorgans gebunden fühlen müßte, wiederum deutlich, was er vom Mitgliederwillen hält.

Es müßte jetzt darauf geachtet werden, daß die GEW auch tatsächlich einen entsprechenden Antrag an den DGB-Bundesvorstand stellt. Bei Ablehnung (Vetter: *„Ich würde sagen, ich gebe einem solchen Antrag keine Chancen"*; „Die Welt", 6.11.) gehört ein Antrag auf den DGB-Bundeskongreß. In der GEW gilt es weiterzukämpfen, daß die UVBs auch faktisch vom Tisch kommen und die Ausgeschlossenen wieder aufgenommen werden.

*entag am 8. März vom DGB selbst*

## Erich Frister empfiehlt den Arbeiterkampf

Fünf Kolleginnen und Kollegen aus Essen, die in den Ferien in Peru waren und dort *„die Entschlossenheit und die Solidarität bewundern konnten mit der sich peruanische Lehrer für ihre Rechte und die ihrer Schüler einsetzen"*, beschwerten sich bei der GEW-Bund darüber, daß sie die peruanischen Lehrer nicht solidarisch unterstützen will. Wie bereits mehrfach berichtet (vgl. AK 185 u. AK 188), verweigert die GEW die Solidarität mit der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP, da diese nicht Mitglied der Internationalen Vereinigung Freier Lehrergewerkschaften sei.

Erich Frister antwortete den Kolleginnen und Kollegen mit einem Schreiben, das u.a. die bemerkenswerte Feststellung enthält: *„Ihre Argumentation in der Sache war mir bereits durch den Artikel ‚GEW-Führung verweigert Solidarität mit peruanischen Lehrern' aus der Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB) ‚Arbeiterkampf' vom 22. September 1980 bekannt".*

Die Kolleginnen und Kollegen sahen in dieser Bemerkung den Versuch, die Kritik dadurch abzutun, daß gesagt wird, sie komme aus der kommunistischen Ecke. In einem zweiten Schreiben von ihnen an Frister heißt es: *„Keiner von den Unterzeichnern des Briefes arbeitet mit dem KB zusammen, keiner kannte den Artikel. Erich Frister benutzt die leider nicht seltene Methode, unliebsame Kritiker dadurch aus der Diskussion zu nehmen, indem man ihnen den Kommunismusvorwurf macht."*

Diesen Vorwurf wollte Frister nicht auf sich sitzen lassen. In einer Antwort an die Kolleginnen und Kollegen stellte er schlitzohrig fest: *„Ich bringe Sie nicht mit dem KB in Verbindung, sondern habe darauf hingewiesen, daß mir der Inhalt Ihrer Kritik bereits aus einer Veröffentlichung des KB bekannt war".*

Da stellt sich denn doch die Frage, welche Funktion dieser Hinweis hatte, wenn es Frister angeblich nicht darum ging, die Kritiker mit dem KB in einen Topf zu werfen. Nur eine Erklärung bietet sich an: Frister wollte den Kolleginnen und Kollegen den AK-Artikel (den diese ja nicht kannten) zur Lektüre empfehlen. Und richtig: An anderer Stelle heißt es in dem Frister-Brief, der Arbeiterkampf hätte die „politische Einseitigkeit und parteipolitische Gebundenheit der SUTEP" erneut belegt. Damit ist offenbar unser Hinweis gemeint, daß der Vorsitzende der SUTEP, Zeballos, für das revolutionäre Wahlbündnis UNIR zu den Präsidentschaftswahlen kandidierte.

Den fünf Kolleginnen und Kollegen, die ja die Verhältnisse in Peru und in der BRD kennen, wird es sicher nicht schwer fallen, zu entscheiden, in welchem Gewerkschaftsvorstand eine größere politische Einseitigkeit und parteipolitische Gebundenheit herrscht – im Vorstand der SUTEP oder beim Vorsitzenden der GEW-Bund, Erich Frister.

(Der Briefwechsel ist – in Auszügen – in der ‚Erziehung und Wissenschaft' 11/80 dokumentiert.)

**Kommission Betrieb & Gewerkschaft**

## Sozialdemokratischer Arbeitsminister entläßt 130 Sozialpädagogen

# Tausende arbeitslose Jugendliche angeschissen

Noch im August dieses Jahres erklä te der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Prof. Farthmann, daß die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Schwerpunkt seiner Jugendpolitik sein solle („Landtag intern" vom 25.8.80). Zwei Monate später, am 23.10.80, erfahren 130 Sozialpädagogen über einen „Schnellbrief" des Landesjugendamtes, wie die SPD in Wirklichkeit gedenkt, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Aus dem besagten Brief geht nämlich hervor, daß ein Sonderprojekt des Landes NRW zur „Pädagogischen Beratung und Betreuung arbeitsloser Jugendlicher" zum 30.4.81 ausläuft (wir berichteten im letzen AK darüber). Dieser Überraschungsangriff der Landesregierung ist ein harter Schlag nicht nur für die Sozialpädagogen und ihre Familien, die kaum Aussicht auf neue Jobs haben. Auch die Jugendlichen, die die Hilfe der Sozialpädagogen bisher in Anspruch nehmen konnten, hängen jetzt in der Luft.

### Unterstützung der Jugendlichen auf allen Gebieten

Das Beratungs- und Betreuungsprogramm war 1976 im Rahmen eines Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit von der Landesregierung gestartet worden. Ziel des Programms war es, arbeitslose Jugendliche, *„die nicht ausreichend motiviert sind"* Hilfen *„von sich aus in Anspruch zu nehmen"* zu unterstützen, um sie dann endgültig in den Arbeitsmarkt eingliedern zu können.

Während der Beratungstätigkeit stellte sich schnell heraus, daß es nicht ausreichte, sich nur mit dem Problem Arbeitslosigkeit auseinanderzusetzen, sondern daß es für die Jugendlichen Probleme gab, die ihnen mindestens ebenso unter den Nägeln brannten wie z.B. Wohnungs-, Erziehungs- und Sexualprobleme. *„Und nicht zuletzt"*, so schreiben einige Sozialpädagogen in einer Dokumentation, *„erstreckt sich Beratung und Betreuung auch auf einige arbeitslose Jugendliche, die straffällig wurden, Gefängnisstrafen absitzen oder Bewährungsauflagen zu erfüllen haben."*

Einige Beratungsstellen entwickelten mit der Zeit Zielgruppen, mit denen sie sich schwerpunktmäßig beschäftigten. *„So arbeitet z.B. Bottrop schwerpunktmäßig mit ausländischen Jugendlichen, Gelsenkirchen und Dortmund mit Jugendlichen aus dem Obdachlosenbereich, Gelsenkirchen und Hagen mit Jugendlichen aus BVJ- und BGJ-Klassen (1) und Datteln hat längere Erfahrungen mit einem Selbsthilfeprojekt. Gemeinsam ist allen Projekten, daß die Gruppenarbeit vor Ort, sei es in Form von Jugendclubs, themenzentrierten Arbeitsgruppen, Gesprächskreisen usw. mehr oder weniger intensiv durch Wochenend- und Wochenseminare unterstützt und ergänzt wurden."* Weiter heißt es in der Dokumentation, daß *„die Erfahrungen, gemeinsam mit anderen etwas gelernt und geleistet zu haben, der Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten, die sich bei der Arbeitssuche und Bewerbungen als nützlich erwiesen haben... zu einer sichtlichen Stärkung des Selbstwertgefühls"* der Jugendlichen führte. *„Ausgerüstet mit diesem neuen Selbstwertgefühl brachten sie ihre Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Lehrstellensuche, BVJ, Hilfe zur Arbeit, Jugendarbeitsschutzbestimmungen, ABM (2) an die Öffentlichkeit.*

*Auf diese öffentliche Diskussion und Darstellung des Problems ‚Arbeitslosigkeit' reagierten Ministerium, Landschaftsverband und vereinzelte Träger mit ungeheurer Heftigkeit. Die Sozialarbeiter der Stadt Gelsenkirchen wurden von der Beratungsstelle im Jugendheim ins Amtszimmer versetzt. Ein Mitarbeiter mit dem Vorwurf der ‚Indoktrination von arbeitslosen Jugendlichen' entlassen".*



Obdachlose in Gelsenkirchen

### Unter dem Deckmantel eines Forschungsprojekts sollen die Sozialpädagogen bespitzelt werden

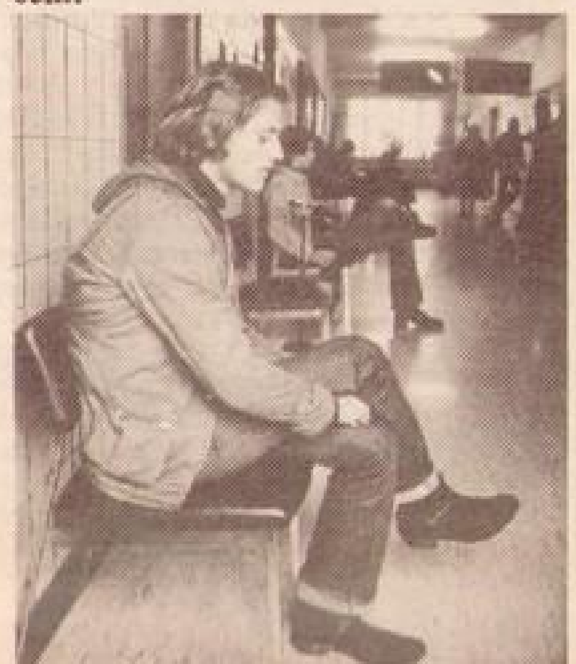
Der vorläufige Höhepunkt dieser Repressalien war dann, daß zwei Paderborner Professoren (Benseler und Franz) vom Ministerium beauftragt wurden, eine wissenschaftliche Untersuchung über die Effektivität der Beratungsstellen durchzuführen. Daß das ganze „Forschungsprojekt" dieser Professoren jedoch ausschließlich der politischen Bespitzelung der Sozialpädagogen dienen sollte, wurde u.a. aus einem Forschungspapier zur Durchführung von Interviews mit den „Sozialhelfern" deutlich: *„An sozial unauffälligen Orten, möglichst in Nähe der Arbeitsplätze, sollen ausgewählte, im Alter, Mentalität und Habitus abgestimmte Studenten mit den Sozialhelfern diskutieren und einen Arbeitszusammenhang herstellen, der die Sozialhelfer die folgenden Interviews als Teil ihrer Aufgabe erkennen läßt. Dabei darf die Angst um die Stellen keineswegs Aussagen über Träger, Organisation und allgemeine Anschauungen über Gründe der Arbeitslosigkeit verzerren oder*

*uber Träger, Organisation und allgemeine Anschauungen über Gründe der Arbeitslosigkeit verzerren oder*

*gar verhindern."* Da den Sozialpädagogen die ganze Sache nicht geheuer vorkam, lehnten sie eine Beteiligung an dem Forschungsprojekt ab. Daraufhin meint Minister Farthmann in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 5.11.80: *„Ich sehe mich nicht in der Lage, auch nur Ansätze von Erfolgen zu melden, nachdem die Sozialpädagogen nicht einmal bereit waren, sich in die Karten gucken zu lassen."*

Außerdem erklärte er in bekannter Spaltermanier, daß er sich *„für diejenigen der 130 Sozialpädagogen, die sich wirklich engagiert und bei den Trägern bewährt haben"*, nach Kräften um eine Anschlußbeschäftigung bemühen werde.

Für die Jugendlichen, die eh schon Schwierigkeiten haben, sich über Wasser zu halten, wird die Liquidierung des Beratungs- und Betreuungsprogramms ein ziemlicher Rückschlag sein.



Auf dem Arbeitsamt Gelsenkirchen

– *„Mindestens 3.500 z.Zt. betreute Jugendliche stehen in Kürze ohne sozialpädagogische Betreuung auf der Straße,...*
– *soziale Folgen der Arbeitslosigkeit – z.B. Drogenmißbrauch, Delinquenz, Selbstmordneigung, Heimerziehung – werden nach Wegfall der sozialpädagogischen Betreung schlagartig zunehmen;*
– *bereits bestehende Qualifizie-*

*sozialpädagogischen Betreung schlagartig zunehmen;*

– *bereits bestehende Qualifizierungsangebote (Sprachkurse für ausländische Jugendliche, Hauptschulabschlußkurse etc.) können nicht beendet werden;*
– *Dauereinrichtungen wie Volkshochschule, Jugendheime, Jugendverbände könnten nur mit Hilfe der sozialpädagogischen Fachkräfte geleistete Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen nicht mehr oder wesentlich reduziert weiterführen"* (Dokumentation).

Auch Teile der freien Träger, bei denen einige Sozialpädagogen beschäftigt waren, haben sich dem jetzt formierenden Widerstand gegen die Entlassungen angeschlossen. Auf einer Pressekonferenz im DGB-Haus in Gelsenkirchen Anfang November war ein recht breites Spektrum von Personen vertreten. U.a. waren dort neben den Vertretern der Betroffenen der Industrie- und Sozialpfarrer Kurt Struppek, Joachim Löns (Abteilungsleiter des Diakonischen Werks), Pfarrer Dr. Georg Schütz aus Münster und der westfälische Landesjugendpfarrer Weide anwesend. Protestresolutionen gingen außerdem ein vom Jugendpolitischen Ausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend NRW sowie von der Mitgliederversammlung der Evangelischen Heimstatthilfe NRW.

Die Gründe für die Maßnahmen der Landesregierung liegen auf der Hand. Zum einen paßt diese Maßnahme, mit der mehrere Millionen Mark eingespart werden können, ganz in die nach den Bundestagswahlen von der Bundesregierung begonnene neue „Sparpolitik". Zum anderen hat die SPD-Landesregierung sicherlich kein Interesse daran, wenn arbeitslose Jugendliche, die es ja laut den Statistiken sowieso kaum noch gibt, ihre Probleme an die Öffentlichkeit tragen. Die Sozialdemokraten setzen eben heute eher auf den Polizeiknüppel gegen Aussteiger, „randalierende Jugendliche", Punks etc., als auf kostspielige Hilfsmaßnahmen.

Wer sich für die Aktionen der betroffenen Jugendlichen sowie für die Erfahrungen der Sozialpädagogen und die wirklichen Zahlen arbeitsloser Jugendlicher in NRW interessiert, dem sei das Buch „Denk ja nicht, Du

ser Jugendlicher in NRW interessiert, dem sei das Buch „Denk ja nicht, Du

bist selber schuld" von drei an dem Beratungsprojekt beteiligten Sozialpädagogen empfohlen.

**Kommission Betrieb & Gewerkschaft**

1) BGJ = Berufsgrundbildungsjahr
BVJ = Berufsvorbereitungsjahr

2) ABM = Arbeitsbeschaffungsmaßnahme

## Delmenhorst:
# Rock gegen Rechts und Jugend-Demo

800 Besucher kamen zum 3. Rock gegen Rechts Fest in Delmenhorst. Gegen den Willen von Stadtrat und Stadtverwaltung hatte sich die Initiative „Rock gegen Rechts" per Protestaktionen und Gerichtsweg die Nutzung städtischer Säle erstritten.

So von der Stadt auf die Misere der Jugendpolitik aufmerksam gemacht, nutzten gleich mehrere Jugendgruppen und -initiativen die Veranstaltung, auf die Unterdrückung der Jugendkultur, auf Jugendproteste und Widerstand in Delmenhorst und anderswo aufmerksam zu machen. Mit zunächst 300 Jugendlichen wurde unter starkem Beifall eine Resolution an den Hamburger Bürgermeister mit dem Titel „Finger weg von den Punkern!" beschlossen. Die Vertreterin einer Jugendinitiative hielt einen Beitrag für ein „selbstverwaltetes Kulturzentrum" in Delmenhorst. Aufgerufen wurde schließlich zur Demo „Für eine bessere Jugendpolitik", die gemeinsam von verschiedenen Jugendinitiativen, Falken, Jusos, SDAJ vorbereitet worden war.

Zur Demo am 6. November kamen dann knapp 150 Jugendliche, in der Presse hieß es sogar 200. Leider waren die Jusos im letzten Augenblick von ihrem Parteivorstand zurückgepfiffen worden wegen „Zusammenarbeit mit Kommunisten". Die Demo endete vor dem Rathaus, wo ein dermaßenes Spektakel veranstaltet wurde, daß sich die „Ordnungskräfte" genötigt sahen, dem Oberbürgermeister zu empfehlen, sich dem Volk zu zeigen. Nach kurzer Debatte mit den Jugendlichen sah der allerdings ein, schlechte Karten zu haben und verzog sich unter Sprechchören: *„Keine Argumente — Jenzok geh' in Rente"*.

ein „selbstverwaltetes Kulturzentrum" in Delmenhorst. Aufgerufen wurde

chören: *„Keine Argumente — Jenzok geh' in Rente"*.




Demo in Delmenhorst am 6.11.80

An den
Bürgermeister
der Freien und Hansestadt
Hamburg

Delmenhorst, den 9.11.80

**Resolution:**
**Finger weg von den Punkern!**

Uns ist zu Ohren gekommen, daß die Hamburger Polizei mit den übelsten Methoden Punker überfällt. So sollen Spezialeinheiten im Karolinenviertel alles bedrohen, was außergewöhnlich aussieht. Sogar von schlimmen Prügeleinsätzen haben wir gehört. Jedenfalls sollen sich viele Punx aus dem Karolinenviertel verzogen haben, und das spricht für sich.

Damit Sie klar sehen: In Delmenhorst hört man sowas ganz und gar nicht gern. Wir sind hier nämlich sehr dafür, daß Jugendliche ihre Kultur leben können und nicht von euch ständig in eure Normen gepreßt werden. Also nochmal: Laßt die Punx in Ruhe! Pfeift das MEK zurück und sagt der Polizei, daß sie sich lieber um Neo-Faschisten und ähnliche Verbrecher kümmern soll!

Mit unfreundlichen Grüßen
i.A.
Edgar Meister

Diese Resolution wurde unter lautem Beifall auf dem dritten „Rock gegen Rechts"-Fest der Delmenhorster Initiative „RGR" vor rund 300 Besuchern angenommen.

# Die Krawallanten waren da

**Und dabei hatten wir uns das so schön gedacht: Eine Veranstaltung mit Züricher Krawallanten, Amsterdamer Kraakern und Westberliner Instandbesetzern. Aber dann wurde es absurd: Eine solche Veranstaltung, die ausgerechnet an der Raumfrage scheitert...**

Am 7.11. versuchte der Veranstalter, der FSR des SPZ, das - am Tage der Veranstaltung freie - kleine Audimax der Universität Hamburg anzumieten. Der Vertreter des SPZ wurde nicht mal seinen Antrag los. Denn: Die Raumvergabestelle ließ wissen, die Lage sei "kompliziert"; die Vertragsvergabeinstanz konnte "keine Zusage" machen, das Thema der Veranstaltung sei "brisant" und da sei noch etwas "in der Diskussion". Am 10.11., zwei Tage vor der Veranstaltung, ließ die Vertragsvergabestelle die Sau raus: Aufgrund einer "Anweisung von oben" (wieweit "oben" ?!!), würde die Universität wegen der "Brisanz des Themas" keinen Raum zur Verfügung stellen.

Soweit die Erhaltung der "Freiheit von Lehre und Forschung", jetzt ein Lehrstück vom Solidaritätsverständnis mancher Linker.

Am gleichen Tag und zur gleichen Zeit, an dem die Krawallanten-Veranstaltung starten sollte, hatte die mit dem Kürzel einer Schnellfeuerwaffe sich benennende "Marxistische Gruppe" einen Hörsaal zum Thema "Krieg und Frieden" angemietet. Rund 200 Interessenten dieser Veranstaltung drängten sich in einem Raum, der etwa 600 Menschen Platz bietet.

Die "MG", gebeten, doch ihren Raum für die Krawallanten-Veranstaltung zur Verfügung zu stellen (ggf. einen der zahlreichen kleineren zu dieser Zeit freien Hörsäle zu nehmen), beschied jedoch, wir könnten ja auch – da wir die Bedeutung ihrer Veranstaltung nicht infrage stellen würden – an ihrer Manifestation teilnehmen. Was schert es schließlich eine "MG", wenn vor der Tür rund 1.000 Menschen stehen, die die Krawallanten hören möchten, wenn Gäste aus der Schweiz, den Niederlanden und Westberlin angereist sind... Der Unterstützerkreis der Krawallantenveranstaltung hatte vorab entschieden, die absehbare mengenmäßige Überlegenheit nicht gegen die "MG"-Veranstaltung zu wenden – entweder wir einigen uns gütlich oder wir stecken's auf.

Von einer Besetzung des (leerstehenden) Audimax' für die Veranstaltung wurde abgesehen, da im Falle eines nicht fernliegenden Polizeieingreifens dieser Raum keine Möglichkeiten zu Entkommen oder Gegenwehr bietet. Also zogen die mittlerweile weit über 1.000 in das Foyer des Philosophenturms (vorsichtige Schätzungen ergaben, daß rund 2.000 an der Veranstaltung teilnehmen wollten, von denen die Hälfte aber gar nicht mehr in das Foyer vordringen konnte!).

Anfangs war die Stimmung noch recht heiter, die Beiträge insbesondere der Westberliner Instandbesetzerinnen (Power-Frauen!!) anfeuernd. Aber dann wurde es bald unerträglich: Die für den Fall der Fälle bereitstehende Verstärkeranlage mit eigener Stromquelle war im allgemeinen Chaos verschütt gegangen. Beiträge konnten nur über Megafone gehalten werden, was eine Verständigung über zehn Meter hinaus bei der immer stärkeren Unruhe bald unmöglich machte. Einige "Super-Aktive" witterten die Gunst der Stunde und forderten "was machen", was unter anderen Bedingungen bestenfalls auf gutmütiges Gelächter gestoßen wäre, in der allgemeinen Fruststimmung die Unruhe aber noch verstärkte. Der schließliche Versuch, durch einen besseren Megafonstandort mehr Teilnehmern zumindest die Möglichkeit des Zuhörens zu geben, brachte es schließlich auch nicht mehr – die Veranstaltung löste sich schlicht auf (und der Unterstützerkreis sitzt, nach am Anfang gesammelten rd. 500 DM, noch mit rund 1.000 Mark Unkosten da).

Der Unterstützerkreis der Veranstaltung wird eine – nach Möglichkeit – gemeinsame Erklärung erstellen, in der näher auf die Gründe des Scheiterns dieser Veranstaltung eingegangen werden soll – diese Erklärung wird voraussichtlich im nächsten AK veröffentlicht werden.

**K., Europa-Runde**

# Eine Vergewaltigung

**Ich möchte mit diesem Artikel einen Beitrag zur Vergewaltigungsdiskussion leisten, weil sich in letzter Zeit die Diskussionen über Knast für Vergewaltiger, ja oder nein, außerdem die Verteidigung von Vergewaltigern durch „linke" Anwälte, häufen.**

**Ich habe auch schon vor meiner Vergewaltigung die These vertreten, daß jeder Mann ein potentieller Vergewaltiger ist. Dies hat sich durch mein Erlebnis im Urlaub nur noch bestätigt.**

In den letzten Urlaubstagen war ich mit meinem Freund noch in Paris. Da wir nicht wußten, wo wir pennen sollten, waren wir ziemlich froh, als uns ein Algerier ansprach und sagte, daß er ein Zimmer für uns hätte, wo wir schlafen könnten. Abends kam er dann noch mal vorbei, um mit uns noch was zu trinken und ein bißchen zu „reden". Ich hatte dazu gar keine Lust, ich war total müde, und wollte schlafen. Aber jedesmal, wenn ich mich hinlegte, tatschte er mich an den Beinen an und sagte, ich solle doch noch aufbleiben, er hätte, nur um mit „uns" zusammen zu sein, seine Freundin heute abend alleine gelassen. Als er für einen Moment das Zimmer verlassen hatte, sagte mein Freund zu mir, er würde jetzt mit ihm ins Nebenzimmer gehen, wo noch 3 Marokkaner wohnten, und dort mit denen noch kurz was trinken, dann könnte ich wenigstens jetzt in Ruhe pennen.

Sie gingen dann auch rüber, und ich legte mich hin, um endlich in Ruhe zu schlafen. Ich war schon halb eingeschlafen, da kam der Typ plötzlich zurück und setzte sich an mein Bett. Er sagte auch gleich, was er wollte, nämlich mit mir schlafen. Ich dachte, der spinnt, und versuchte, ihm klar zu machen, daß da absolut nichts läuft. Er registrierte gar nicht, was ich sagte, meinte nur, er hätte sich in mich „verliebt", außerdem sähe ich sehr gut aus, deswegen müßten Männer einfach Bock haben, mich zu „bumsen", und ich müßte natürlich dann auch Lust dazu haben. Ich schrie ihn an, ich hätte aber keine Lust, Männer machten mich nun eben überhaupt nicht an, außer meinem Freund, ich hätte viel mehr Interesse an Frauen. Das war für seine Männlichkeit zu viel, er zückte ein Messer und schrie, daß er mich umbringt, falls ich das noch einmal sage!

Männlichkeit zu viel, er zückte ein Messer und schrie, daß er mich umbringt, falls ich das noch einmal sage!

Im ersten Moment habe ich das nicht ernst genommen, nur gebrüllt, er solle schleunigst verschwinden. Aber blitzschnell hatte er sich auf mich draufgeworfen und mir das Messer an die Kehle gesetzt. Ich wollte mich wehren, ich habe ihn getreten, aber er hat das Messer noch fester angesetzt und gesagt, wenn ich mich wehre und schreie, dann bringt er mich um. Dann hat er mir die Hose ausgezogen, dabei mich aber immer mit dem Messer bedroht und sich sofort wieder auf mich draufgeschmissen. Er hat mich mit dem Messer gezwungen, ihn zu küssen, meine Beine breit zu machen und seinen dreckigen Schwanz in meine Möse zu stecken. In diesem Moment war ich vom Bauch ab wie tot, meine Möse hat nicht mehr zu mir gehört, nur in meinem Kopf hämmerte es wie verrückt. Ich dachte an die Frau aus dem Film „Schrei aus der Stille". Mir sollte es nicht so gehen, ich wollte mich nicht total von diesem Schwein kaputt machen lassen. Wenn ich mich nicht körperlich wehren kann, dann zumindest psychisch. Ich wollte kein totales Opfer sein, ich wollte mich nicht auch noch psychisch vergewaltigen lassen. Ich dachte, das ist kein Mensch mehr, das ist ein Tier, der mich besteigt wie ein Hund eine Hündin. Ja, zeitweise fühlte ich mich ihm total überlegen, weil ich wußte, der zerstört meine Persönlichkeit nicht. Aber mir gingen noch ganz andere Gedanken durch den Kopf. Ich dachte voll von Wut und Abscheu an die pseudo-linken Anwälte, die solche Schweine auch noch verteidigen, die so unheimlich sozial und fortschrittlich sich geben, bei denen nicht die Frau das Opfer ist, sondern der arme Mann, der arme Ausländer, der nicht mal Geld für einen Puff hat und doch irgendwo sich abreagieren muß. Sie werfen uns Rassismus vor und verteidigen die schärfste Form der Frauenverachtung. Dann fiel mir die haarsträubende These der Z-Frauen ein, Vergewaltiger kämen meistens aus der Unterschicht, Knast für Vergewaltiger sei eine feministische Forderung, frau müßte doch das soziale Umfeld dieser armen Männer mit in Betrachtung ziehen, Knast wäre doch auf keinen Fall die Lösung des Problems. Tja, und der Typ, der sich da gerade in mir einen abwichste, war Dolmetscher, sprach mehrere Sprachen, hatte eine Freundin und genug Geld, um auch öfters einen Puff zu besuchen, ja und der vergewaltigt mich trotzdem. Es wäre mir auch scheißegal gewesen, ob mich ein total armer Ausländer vergewaltigt, es ist total egal, was für ein Typ auf mir liegt, das Opfer bin ich. In diesem Moment habe ich auch nicht mehr gedacht, der muß in den Knast, sondern ich hätte ihn am liebsten abgestochen! Ich dachte, was sind das für Frauen, die uns anmachen, wir würden keine kommunistischen Forderungen vertreten sondern feministische, die einfach nicht kapieren wollen, daß das Opfer immer die Frau ist, nicht der Mann, für die Knast für z.B. Nazis selbstverständlich ist, aber für Vergewaltiger undenkbar; verdammt, wie soll sich denn sonst frau schützen!!!

Das alles ging mir in dem Moment der Vergewaltigung durch den Kopf. Und dabei hatte ich ein Gefühl der Ohnmacht, einmal gegenüber diesem Schwein, der versucht, mich so total zu erniedrigen, zum anderen eine

Ohnmacht, einmal gegenüber diesem Schwein, der versucht, mich so total zu erniedrigen, zum anderen eine

wahnsinnige Wut gegenüber den Linken, die mehr Verständnis für diese Schweine haben als für uns Frauen. Was ich ganz beonders eklig fand, war, daß ich ihn küssen mußte. Normalerweise verbinde ich damit sehr zärtliche Gefühle, jetzt empfand ich aber nur grenzenlosen Haß und Abscheu. Pervers war auch noch, daß er dauernd verlangte, mir sollte es Spaß machen, ungefähr nach dem Motto, die Frauen wollen mit Gewalt genommen werden, denn werden sie umso geiler. Ich versuchte anfänglich, mich auch so zu wehren, daß ich mich ganz steif machte, meinen Kopf wegdrehte, um ihm zu zeigen, es macht mir keinen Spaß, ich finde dich widerlich, ich hasse dich. Aber da er mich dauernd mit dem Messer bedrohte, konnte ich diesen Widerstand nicht lange aufrechterhalten. Das Schlimmste für mich war, daß es mir nicht weh getan hat, als er in mich eindrang, meine Möse war nämlich ganz feucht, weil ich einen Ausfluß hatte. Ich dachte, hoffentlich glaubt er nicht, daß es mir auch noch Spaß machen würde, ja, ich hatte sogar Angst, zwar nur für einen kurzen Augenblick, daß es mir vielleicht doch gefallen würde.

Dann ging alles ganz schnell, er spritzte sich ab, ging dann auch gleich von mir runter und verschwand aus dem Zimmer. Ich habe mich total leer und wie tot gefühlt, ich war unnatürlich ruhig, habe mich angezogen, alles zusammen gepackt, habe nach meinem Freund gerufen, gesagt, wir gehen, der Typ hat mich gerade vergewaltigt. Wir haben dann ein Taxi genommen und im Auto geschlafen. Die Vergewaltigung hat übrigens nur circa 5 Minuten gedauert.

Erst am nächsten Tag hat sich bei mir diese Spannung gelöst. Ich konnte heulen und mit meinem Freund reden, was den Abend vorher abgelaufen war und wie ich mich jetzt fühlte.

Ich habe mich damals mit der Frau aus dem Film „Schrei aus der Stille" verglichen und gesagt, daß der Typ mich physisch vergewaltigt hätte, aber es nicht geschafft hätte, mich auch psychisch zu vergewaltigen. Er hätte es nicht geschafft, wie das Schwein in dem Film, auch meine Persönlichkeit zu zerstören. Ich fühlte mich nicht anders als vor der Vergewaltigung. Ich habe auch einen Unterschied zwischen den beiden Vergewaltigern gesehen, der darin bestand, daß ich annahm, eine Vergewaltigung sei tausendmal schlimmer, wenn der Vergewaltiger auch noch in Worten, wie in dem Film, seinen Haß über Frauen Ausdruck verleiht, und nicht, wie in meinem Fall, sagt, daß er mich liebt, daß er alles nur aus reiner Geilheit tut. Ich habe geweint, aus lauter Wut, daß ich mich nicht auch körperlich gegen diese Höchstform der Frauenverachtung wehren konnte, ich habe geheult vor Wut und Haß, ich habe geheult, weil ich so verdammt hilflos und ohnmächtig war, weil ich mich nicht wehren konnte.

Heute sehe ich das anders, denn ich weiß, er hat mich auch psychisch vergewaltigt. Oft kommt mir nämlich die ganze Situation wieder hoch, wenn ich z.B. in der Straßenbahn geil gemustert werde, oder als ich den Artikel schrieb, dann fang ich an, zu weinen voller Ohnmacht und Wut. Die Vergewaltigung hat also ganz entschieden meine Psyche beeinflußt, sie sitzt mir im Nacken, sie ist dauernd gegenwärtig, in der Straßenbahn denke ich oft, der Typ ist vielleicht

schieden meine Psyche beeinflußt, sie sitzt mir im Nacken, sie ist dauernd gegenwärtig, in der Straßenbahn denke ich oft, der Typ ist vielleicht

der Nächste!

Daß ich nicht an Selbstmord dachte, daß meine Persönlichkeit nicht zerstört ist, liegt daran, daß ich, als er mich vergewaltigt hat, schon einen bestimmten Bewußtseinsstand hatte. Ich habe versucht, mich im Kopf mit der Vergewaltigung auseinanderzusetzen, auch versucht, nicht bei mir irgendwelche Schuld zu suchen, sondern meinen ganzen Haß auf ihn zu projezieren. Daß das auch nicht vollständig gelungen ist, weiß ich jetzt. Ich habe nämlich einige Zeit danach mich dauernd geekelt, daß meine Möse feucht war, mir immer überlegt, ob er nicht doch dachte, der gefällt's. Ich war richtig fertig, daß ich keine blauen Flecke hatte, daß es mir nicht weh tat, daß ich keinen Beweis hatte, du hast dich bis zum Schluß gewehrt. Und das allerschlimmste, ich hatte Angst, mir macht das Spaß!!! Heute habe ich das überwunden, heute heule ich wirklich nur noch aus Haß, Ohnmacht und Wut, aber direkt nach der Vergewaltigung war ich d e s w e g e n auch so fertig.

Dies zeigt mir nur, wie weit ich, aber auch viele andere Frauen, die These innehaben, frau will mit Gewalt genommen werden, dann macht es ihr Spaß. Ich sage auch heute, selbst wenn ich was empfunden hätte, bleibt es eine Vergewaltigung, wenn frau nein sagt, meint sie auch nein. Wenn ein Typ sie dann mit Gewalt dazu zwingt, egal ob sie was empfindet, wenn er in ihr drin ist, oder nicht, ist es eine Vergewaltigung!!!

Ich mache heute auch keine Unterschiede mehr zwischen Vergewaltigern; daß ich nicht so kaputt war, wie die Frau im Film, liegt nicht daran, ob so ein Schwein einen aus angeblicher Geilheit, oder, weil er Frauen haßt, vergewaltigt, sondern, weil ich mit der Situation besser fertig wurde. Denn hätte der Typ gesagt, ich hasse dich, wäre ich auch damit fertig geworden. Vergewaltigung ist das Höchstmaß an Frauenverachtung. Jeder Mann, der eine Frau zwingt, mit ihr zu schlafen, haßt und verachtet Frauen, egal was er dabei sagt, egal auch, aus welcher Schicht er stammt, alle Vergewaltiger sind gleich!!!

Ich habe vor meiner Vergewaltigung, aber auch gleich danach, immer vertreten, daß man Vergewaltigung nicht isoliert betrachten darf, sie ist die Spitze, das Höchstmaß der alltäglichen Frauenverachtung. Wenn mich Typen auf der Straße mit Blikken ausziehen, wenn in sog. linken Blättern, wie der „TAZ", Ansichten über Frauen wie die von Gernot Gailer gedruckt werden, wenn Linke ihre Freundin, psychisch total fertig machen, wenn neuerdings so viele Typen sich beklagen, Linke würden ihre Sexualität nicht ausleben, sich für fortschrittlich halten, weil sie ihre total „ausleben", natürlich auf Kosten der Frauen, dann bekomme ich totale Ekelgefühle, dann bekomme ich Angst, dann fühle ich mich total ohnmächtig, dann fühle ich mich wie in dem Augenblick, als ich vergewaltigt wurde. Das Gefühl der Angst werde ich nicht mehr los, dauernd denke ich, der oder der Typ ist vielleicht der Nächste, der dich vergewaltigt. Ich habe Angst, nachts alleine nach Hause zu gehen, ich fühle mich laufend bedroht. Diese körperliche Bedrohung durch Männer, d.h. in jeder Anmache zu sehen, vielleicht vergewaltigt der dich auch, habe ich vor der Vergewaltigung nicht gekannt. Ich habe zwar schon lange vor der Vergewaltigung mit vielen Frauen darüber diskutiert, versucht mich theoretisch mit dem Problem auseinanderzusetzen, aber eine tatsächlich erfahrene Vergewaltigung ist eine t o t a l a n d e r e S a c h e!!! Das Maß an Frauenverachtung, was in einer Vergewaltigung zum Ausdruck kommt, ist einfach unvorstellbar! Daß ich „relativ" gut mit der Vergewaltigung fertig wurde, liegt daran, daß sich meine Wut, mein Haß, die Ekelgefühle nicht gegen mich, sondern gegen ihn richteten!!!

Jeder Mann wird sagen, was dir passiert ist, das ist eine Schweinerei, aber die Zustimmung, daß die alltägliche Gewalt gegen Frauen so was erst möglich macht, teilen nur wenig Männer. Aber gerade in der alltäglichen Frauenanmache liegt eine große Gefahr. Wenn Typen wie Gernot Gailer ihren chauvinistischen Rotz ungehindert, ja sogar mit großer Zustimmung der männlichen „TAZ"-Leserschaft ablassen dürfen, dann schafft das ein Klima, was Vergewaltigung fördert. Ich meine auch, jeder Mann ist ein potentieller Vergewaltiger. Das heißt nicht, jeder bedroht eine Frau mit einem Messer, damit sie mit ihm schläft, oder wendet eine andere Form der physischen Gewalt an. Aber auch psychische Gewalt, also jede Form, Frauen unter Druck zu setzen, gegen ihren Willen etwas zu tun, das muß sich nicht nur auf Sexualität beziehen, schafft ein Klima, die Vergewaltigung zur Normalität werden läßt, ist ein Schritt hin zur Vergewaltigung. Deswegen müssen wir nicht nur gegen die Vergewaltiger kämpfen, sondern genauso gegen die Männer, und das sind leider wahnsinnig viele, die Frauenanmache für die normalste Sache der Welt halten. **Denn Vergewaltigung ist die Fortsetzung der alltäglichen Gewalt gegen Frauen, in der brutalsten und schärfsten Form!**

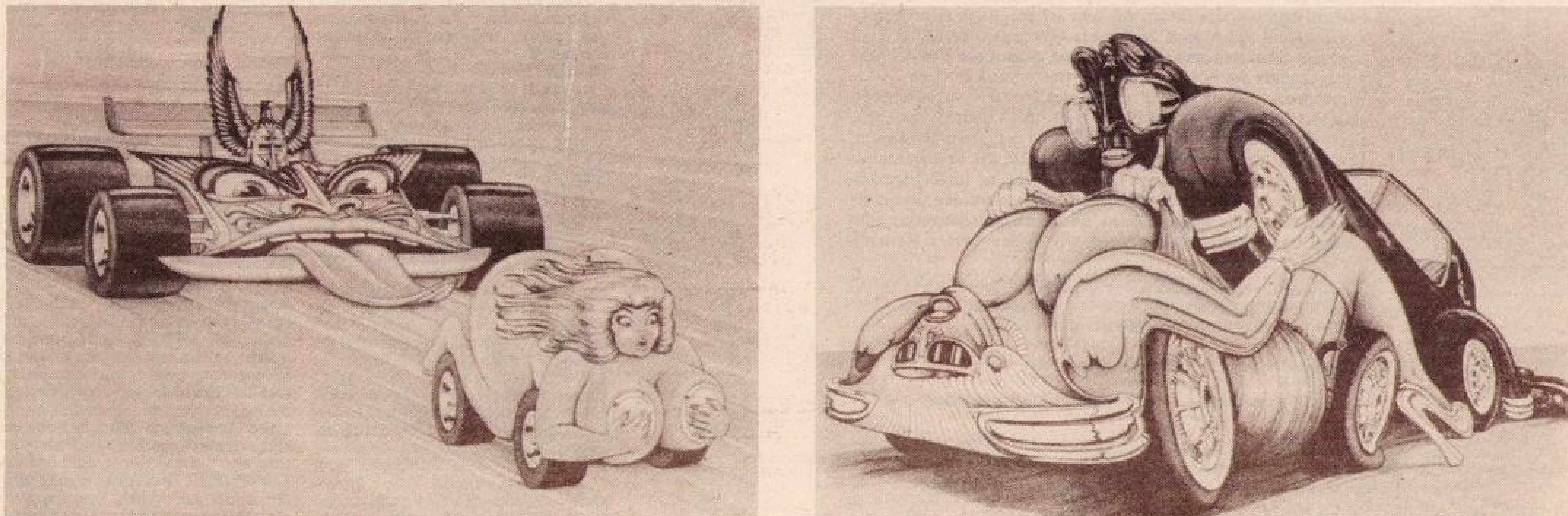
Heike

## Auch in Indien: Frauengruppen gegen Vergewaltigung

Vergewaltigungen und andere Formen von Gewalt gegen Frauen sind in Indien – entsprechend der besonders diskriminierten Stellung in der Gesellschaft – „normal" und alltäglich. Bullen und Gerichte haben kein besonderes Interesse, Vergewaltiger zu verfolgen – kein Wunder, stellen doch die Bullen einen erheblichen Prozentsatz davon. Eine indische Frauengruppe „Forum against rape" beschäftigt sich vor allem mit solchen Fällen von Vergewaltigung durch Bullen, um aufzuzeigen, wie die Vergewaltigung benutzt wird zur „Bestrafung" der ärmsten Frauen in den Slums und auf dem Land.

Ein besonders dreistes Ding erlaubten sich einige Bullen im letzten Monat: Am Schluß einer Kundgebung fielen sie über mehrere Teilnehmerinnen her und vergewaltigten sie. – Aber die Frauen beginnen sich zusammenzuschließen! Am 4.11.80 versammelten sich etwa 400 Frauen vor dem Haus des Innenministers des Unionsstaates Kerala, um gegen die schleppenden ‚Ermittlungen' gegen die Bullen zu protestieren. Sie wurden festgenommen.

Die Frauengruppe „Forum against rape" erzwang im letzten Jahr die Wiederaufnahme eines Vergewaltigerprozesses. Diese Gruppe organisierte auch letzten Monat den ersten Kongreß aller an diesen Fragen arbeitenden indischen Frauengruppen. Dabei sollte ein Komitee gegründet werden, das vor allem wichtige Fälle beobachtet. Weiter war geplant, die Diskussion um den Hintergrund von Vergewaltigungen, die gesellschaftliche Stellung der indischen Frau, aufzunehmen. (nach: „FR", 5.11. und „Big Flame", September 80).



Verherrlichung von Vergewaltigung in der Kunst

# Frauen gegen Chauvinismus in der »taz«

Die Geduld der Frauen ist die Macht der Männer – und sie hat ihre Grenzen. Ein anonym eingesandter Sado–„Comic", der vom Oberarroganzler und –chauvi Alexander (derselbe, der schon mit seinen frauenfeindlichen „Witzen" auf der „taz"–Wiese Boykottdrohungen hervorrief) auf die Diskussionsseite vom 5.11. gebracht wurde, brachte das Faß zum Überlaufen. Der „Comic", der angeblich aus einer amerikanischen Frauenzeitschrift namens „Pascaline" stammen soll, zeigte peitschenbewaffnete Frauen in schwarzlederner Reizwäsche, die einen Mann verschiedenen Torturen aussetzen, und war vom Absender untertextet, sinngemäß: „Feministinnen" bzw. namentlich benannte Leserbriefschreiberinnen foltern Gernot Gailer.

Am Tag zuvor hatten die Berliner Frauenprojekte und die „Courage" beschlossen, nicht mehr mit der „taz" zusammenzuarbeiten und hatten einen Boykott angedroht. Ca. 20 Frauen aus dieser Szene reagierten am 6. 11. auf die erneute Provokation mit einer Protestaktion in den „taz"–Räumen, in deren Verlauf das Betriebsklima und die Arbeitsmöglichkeiten in Redaktion, Layout und Satz durch die Wirkung der dort versprühten Buttersäure ganz erheblich beeinträchtigt wurden.

Am gleichen Tag begannen die „taz"–Frauen einen Warnstreik. In ihrer Streikerklärung („taz" vom 7.11.) legten sie ihre Motive dar: Letzter Auslöser sei der „Comic" auf der Diskussionsseite gewesen, als *„Ausdruck für die Unfähigkeit in der taz, klare Arbeits– und Entscheidungsstrukturen zu schaffen"*; als wesentlichen Beweggrund für ihren Streik führten sie an *„die gesamte verfahrene Organisation der Produktion, die Unlust, Unverbindlichkeit und Unzuverlässigkeit, mit der auch Politik gemacht wird"*. Die Frauenfeindlichkeiten in der „taz" wurden erst an zweiter Stelle als Grund genannt, und offenbar auch nur für *„einige"* der „taz"–Frauen.

Daß auch der Beschluß der Berliner Frauenprojekte eine entscheidende Rolle gespielt haben mag – schließlich steht und fällt die Frauenberichterstattung einer linken Tageszeitung mit ihrem Kontakt zur Frauenbewegung – wurde in der Erklärung nur im Ansatz deutlich, wenn die Frauen feststellten, damit wären *„alle Hoffnungen zerstört, in nächster Zeit verstärkt mit der Frauenbewegung zusammenzuarbeiten"*, und die *„Unverantwortlichkeit einzelner taz–Männer"*, *„die Dominanz der frauenfeindlichen Inhalte"* und *„die gesamte Situation in der taz"* dafür verantwortlich machten.

Insgesamt fällt auf, daß die Erklärung recht gemäßigt und defensiv ausgefallen ist. Die Frauen betonten, daß sie *„nicht gegen eine Geschäftsleitung oder gegen Chefs und auch nicht gegen d i e Männer"* streiken würden, und sie stellten sich gegen die Buttersäure–Aktion (*„Aktionen, die das Ziel haben, die Produktionsmittel zu zerstören"*) und gegen *„Reaktionen, deren Formen jegliche Diskussion unmöglich machen, die jegliche Souveränität und Toleranz vermissen lassen"*. Der Streik schien nicht als Mittel gedacht, um Druck auf die (bzw. auf einzelne) „taz"–Männer auszuüben – es wurden auch keine konkreten Forderungen gestellt –sondern er sollte den Frauen lediglich *„Zeit und Energie"* geben, *„neue Strukturen zu überlegen und zu erarbeiten"*.

Nichtsdestotrotz i s t so ein Streik natürlich ein Druckmittel und er zeigte Wirkung. *„Ein Teil der Männer der Taz–Redaktion"* teilte in der „taz" vom 7.11. mit, die aktuelle Produktion sei (teils wegen Streik, teils wegen Gestank) am Vortage so gut wie zum Erliegen gekommen, das Projekt „taz" befände sich auf der Kippe. Die Männer berichteten von einem für „taz"–sche Verhältnisse geradezu unerhörten Vorgang: erstmalig sei durch einen Plenumsbeschluß die Autonomie eines Seitenverantwortlichen beschnitten worden; sogar von zukünftiger Kontrolle zwecks Verhinderung individueller Ausrutscher und Aktionen wurde gesprochen. (Bei dem Beschnittenen handelt es sich übrigens um den besagten Alexander, der noch am Tag zuvor die „Comic"–Veröffentlichung unglaublich unverschämt verteidigt und die beiden „taz"–Frauen, die dagegen protestiert hatten, beschimpft hatte: *„Oh ihr Kinder ihr tut mir so leid! Für die, die nicht so bescheuert sind: Da hat sich jemand erlaubt, aus dummen (und es waren fast nur dumme) Leserbriefen dumme Zitate herauszugreifen, sie in Verbindung zu setzen mit mindestens ebenso dummen Zeichnungen ... und heraus kommt? – Eine treffende Zustandsbeschreibung ...".)*

Die Stellungnahme der Männer schloß mit ziemlich kläglichen Tönen und quasi der Bitte, es doch noch einmal mit ihnen zu versuchen: *„Das Lehrgeld zahlen wir jetzt erst einmal; wenn die angekündigten Boykottmaßnahmen greifen, für immer. Für uns ist aber Boykott der ,taz' kein Mittel der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, weil nicht notwendig in einem Projekt, das noch so offen nach außen ist, und in dem selbst eine starke Gruppe – nicht nur von Frauen – fest entschlossen ist, grundlegendes zu ändern in der Struktur der Redaktion des Projekts und im Umgang mit solchen Problemen"*.

Obwohl dieser erste Erfolg die „taz"–Frauen doch hätte ermutigen können, nun ihre Interessen noch entschiedener zu äußern und Forderungen aufzustellen, um eine frauenfreundlichere „taz" zu garantieren, nahm sich ihr erster Streikbericht („taz", 10.11.) eher wie ein Rückzug aus: viel Allgemeines und wenig Konkretes über „Strukturen", Betonung der gemeinsamen Interessen von „taz"–Frau und „taz"–Mann, die Befürchtung, der Streik könne *„als Verhärten von Fronten, als Boykott der Zusammenarbeit interpretiert werden"*.

Auch der zweite Streikbericht machte deutlich, daß es den „taz"–Frauen nicht leicht fiel, sich dem Druck, der auf sie ausgeübt wurde, dem Vorwurf, sie würden mit ihrem Streik die „taz" kaputt machen, zu entziehen, und daß sie sich auch selbst unter einen ziemlichen Rechtfertigungsdruck setzten. Aber neben allgemeineren Überlegungen zur „Krise" der „taz" fand sich in diesem Bericht auch ein positiver Ansatzpunkt bzgl. der I n h a l t e der „taz". Die Frauen griffen den sog. „Linkspluralismus" in der „taz" an: *„Daß sich unterschiedliche Positionen nicht immer ergänzen, sondern letztendlich auch gegenseitig kaputt machen können, beweist nicht allein und nicht zuletzt die sexistische Diskussionsseite von Alexander, die Auslöser unseres Streiks war. Denn damit wurde die gesamte Arbeit der Frauenredaktion gefährdet. Boykottdrohung aller Orten waren die Folge. Nur eine schon lange geforderte politische Konzeption, die endlich angibt, welche Schwerpunkte sie setzt, welche Zielgruppen sie einbezieht und anvisiert, kann hier die Rettung bringen. Zugleich wäre das auch die Möglichkeit, Redakteure festzunageln, die bisher immer nach außen hin die Ausrede hatten, sie seien für diesen und jenen Artikel nicht verantwortlich. Frei nach dem Motto: Unser Pluralismus erlaubt es, jeden Scheiß abzudrucken"* („taz", 11.11.).

Vielleicht wird aus der „taz" ja doch noch eine Zeitung, die frau/man nicht nur deshalb kauft, um bzgl. der sich in der linken Szene entwickelnden suspekten Strömungen einigermaßen auf dem Laufenden zu bleiben? Skepsis ist wohl angebracht, angesichts der Tatsache, daß es nur einen Tag vorher auf der Diskussionsseite erörtert wurde, ob Rudolf Heß freigelassen werden soll und daß Gundolf Köhler genausogut ein Linker hätte sein können, angesichts der Passage in der Streikerklärung der „taz"–Frauen vom 7.11., daß auch sie an *„Provokationen, an Kontroversen, Infragestellung von ·eigener Moral und Dogmatismus"* interessiert seien, angesichts des Umstandes, daß letztlich auch die „taz"–Frauen dem Abdruck des Gailer–Artikels zugestimmt haben.

**Eine Genossin der AG Frauen, Hamb.**

Bericht auch ein positiver Ansatzpunkt bzgl. der I n h a l t e der „taz". Die Frauen griffen den sog. „Linkspluralismus" in der „taz" an: „Daß sich unterschiedliche Positionen nicht immer ergänzen, sondern letztendlich auch gegenseitig kaputt machen können, beweist nicht allein und nicht zuletzt die sexistische Diskussionsseite von Alexander, die Auslöser unseres Streiks war. Denn damit wurde die gesamte Arbeit der Frauenredaktion gefährdet. Boykott-

Köhler genausogut ein Linker hätte sein können, angesichts der Passage in der Streikerklärung der „taz"–Frauen vom 7.11., daß auch sie an „Provokationen, an Kontroversen, Infragestellung von ·eigener Moral und Dogmatismus" interessiert seien, angesichts des Umstandes, daß letztlich auch die „taz"–Frauen dem Abdruck des Gailer–Artikels zugestimmt haben.

Eine Genossin der AG Frauen, Hamb.




**Ausschnitt der „Diskussion"seite der „taz" vom 5.11.8o, die der Auslöser für die Protestaktion der autonomen Frauenprojekte und den Streik der „taz"-Frauen war.**

Frauenleitung
Kommunistischer Bund
Hamburg den 10.11.80

Liebe taz-Frauen,
wir begrüßen Euern Streik und möchten Euch unsere ganze Frauensolidarität ausdrücken.

Frauenleitung
Kommunistischer Bund
Hamburg den 10.11.80

Liebe taz-Frauen,
wir begrüßen Euern Streik und möchten Euch unsere ganze Frauensolidarität ausdrücken.

Mit Besorgnis und Empörung haben wir die Entwicklung der taz seit einigen Monaten beobachtet und uns oft gefragt, ob wir die taz als linke Tageszeitung einschätzen sollen. Besonders empört sind wir über den zunehmenden Chauvinismus in der taz und die frauenverachtenden Artikel von und um G. Gailer. Alles hat seine Grenzen, bei einigen taz-Männern konnten wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß diese die Grenzen nicht zu kennen scheinen. Daß Frauenprojekte jetzt zu Taten schreiten, ist nicht mehr verwunderlich, und es bleibt zu hoffen, daß die Frauen aus der Linken und der Frauenbewegung weiterhin rebellieren!

Euer Streik ist ein Sonnenstrahl in der Finsternis der taz. Wir hoffen, daß die langausstehende Diskussion über Sinn und Unsinn einer linken Tageszeitung jetzt endlich geführt wird. Als Frauen haben wir natürlich ein vorrangiges Interesse, den Chauvinismus und die Frauenverachtung in der Linken zu bekämpfen und endlich Schluß damit zu machen.

Besorgt sind wir allerdings über Eure doch sehr zaghaften Kritiken an dem taz-Chauvinismus, so habt Ihr schon am zweiten Tag Eures Streiks kein Wort mehr zur Frauenfrage und wie die taz-Männer damit umgehen, geschrieben. Stattdessen beschreibt Ihr recht allgemein das Produktionschaos. Auch Eure Fragestellungen zur Diskussion um eine linke Tageszeitung klammert die Frauenfrage aus, das finden wir sehr schade. Auch interessieren wir uns (und sicher auch andere taz-Leserinnen) mehr für Eure konkrete Situation und den konkreten Ablauf des Streiks, und warum gerade die Frauen in der taz streiken und arbeiten.

Wir können uns gut vorstellen, daß der Druck – vor allem von einigen taz-Männern – auf Euch lastet und Versuche bestehen, Euch die Verantwortung für das Dilemma der taz aufzudrücken. Laßt Euch nicht unterkriegen, tretet ein für die Fraueninteressen, die ja nur Eure eigenen sein können! Eine linke Tageszeitung wird auf Dauer nur von Frauen gelesen werden, wenn sie die Frauenstimme hört und lernt, mit den Fraueninteressen solidarisch umzugehen. Beides haben wir in den letzten Monaten bei der taz vermißt.

Wir hoffen, daß Euer Frauenstreik die Frauenpolitik der taz in den Mittelpunkt stellt und Eure Forderungen und die der Leserinnen konsequent und erfolgreich erfüllt werden.

Mit solidarischen ♀ Unterstützungsgrüßen

Frauenleitung des Kommunistischen Bundes

## die Tageszeitung – LETZTE MELDUNGEN

– Die Frauen haben ein „hierarchisches" Entscheidungsmodell entwickelt, das aber noch präzisiert werden muß. Danach sollen inhaltliche Konzeptionsvorstellungen für die einzelnen Ressorts erarbeitet werden („taz", 12.11.).

– Die beiden Frauen der Berlin–Redaktion nehmen am 12.11. die Arbeit wieder auf, um die Weiterexistenz derselben nicht zu gefährden („taz", 12.11.).

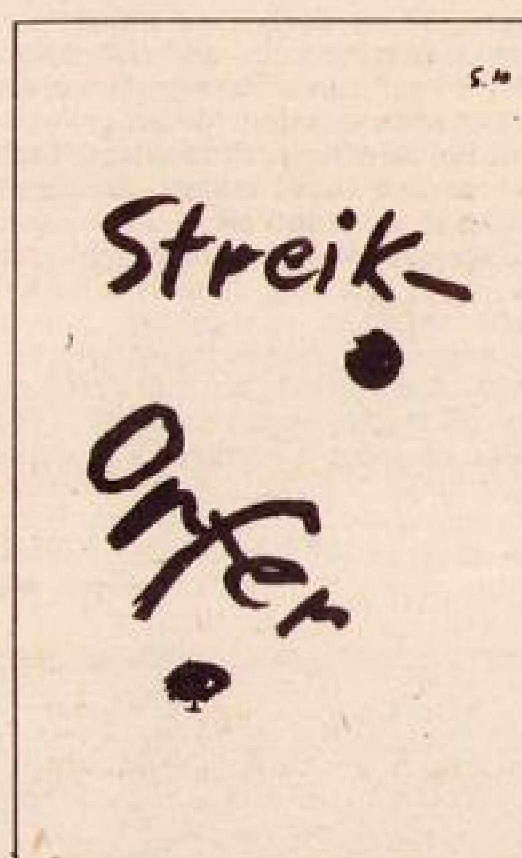
– Eine „taz"–Frau aus Bochum gibt per Leserbrief bekannt, daß sie sich an dem Streik nicht beteiligt habe, da sie sich zur Zeit an der Diskussion nicht sinnvoll beteiligen könne („taz", 12.11.).

– Die ersten Befürchtungen bzgl. Änderung der „taz"–Konzeption werden laut: von Leserbriefschreiber Thomas M., der die „taz" gerade wegen des Fehlens eines „Kontrollinstruments" in der Redaktion abonniert hat; von Johannes („taz"–Berlin), der die Gefahr in einer Krisen–Lösung sieht, die aus der „Alternativen Tageszeitung" eine einfache (?) linke Tageszeitung machen würde („taz", 12.11.).

– Der Frauenstreikbericht vom 13. 11.80 (zehn Zeilen!) meldet, der Strukturvorschlag der Frauen befinde sich in Überarbeitung.

– Streikbericht vom 14.11.: Erste Konzeptionsvorstellungen für die Ressorts „Ökologie", „Inland" und „Frauen" (warum eigentlich nicht „Frauen" an der ersten Stelle?).

Die Vorstellungen zu „Ökologie" klingen nicht gerade vielversprechend (weg von *„Atomlastigkeit"* und *„Horrormeldungen"*, hin zu den *„Auswirkungen der ökologischen Krise auf den Alltag"*, dem Aufzeigen von *„Lösungsmöglichkeiten"* und *„praktischen Alternativen"*.) Bezüglich „Inland" will frau, daß mehr in Richtung Bonn, EG, NATO gearbeitet




**Seite 10 der „taz" vom 12.11.8o**

wird, und plädiert für den Einsatz eines Ökonomie-Spezis.

Was den Punkt „Frauen" betrifft, so werden die „taz"lerinnen ihrem Vorsatz, *„den Frauen, die die taz lesen wollen, unsere Erwartungen an eine frauenbewußte taz-Berichterstattung besser (zu) formulieren"*, kaum gerecht – außerdem ist es doch wohl die Frage, ob sich nicht vielmehr die „taz"-Frauen bemühen sollten zu verstehen, welche Erwartungen die „taz"-Leserinnen und die Frauenbewegung an sie stellen.

So stellen sich die „taz"-Frauen eine frauenbewußte Berichterstattung vor: *„Nicht nur Artikel aus der und über die Frauenbewegung sollten in der taz stehen, sondern auch die Berührungspunkte von Frauen-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

*bewegung und 'normalem' Frauenalltag, Männerrealität, allgemeine Utopien, linke und bürgerliche Politik".* Was an dieser Konzeption n e u ist, wird nicht deutlich, auch nicht, was sich die „taz"-Frauen b i s h e r v o r g e s t e l l t hatten und warum es damit nicht geklappt hat. Vor allem, was heißt hier: *„Nicht nur Artikel aus der und über die Frauenbewegung ..."* – war d a s das Wesen der bisherigen „taz"-Frauenberichterstattung?

Es hört sich alles ein wenig danach an, als ob die „taz"-Frauen aus der Not (Ablehnung von Seiten der autonomen Frauenbewegung) nun eine Tugend machen wollen.

Der Streikbericht schließt mit einem frauenpolitischen Dritter-Weg-Modell (und impliziter Kritik an den autonomen Frauen): *„Nicht nur die Realität in ihrer Gespaltenheit abbilden, nicht nur die Festschreibung: Hier chauvinistische Männerpolitik, dort emanzipatorische Frauenbewegung, dazwischen Diffuses, bestätigen, sondern Lücken, Übergänge, Verbindungspunkte finden, notfalls noch selber eine Bresche schlagen"* („taz", 14.11.80).

– Die „taz" vom 14.11. druckt den „Offenen Brief zur 'Diskussionsseite' am 5.11." der „Courage"-Frauen ab. Die Frauen schreiben u. a., daß sie beschlossen haben, ab sofort jede Zusammenarbeit mit der „taz" einzustellen, und fordern alle Frauen auf, die „taz"-Chauvis ökonomisch unter Druck zu setzen: *„Kauft die taz erst wieder, wenn feststeht, daß Pornos weder in Text noch Bild erscheinen werden".*

– Die „taz"-Frauen selber haben mit dem „ökonomischen Druckmittel" dagegen wenig im Sinn; in ihrer Danksagung an die Verfasserinnen von Solidaritätserklärungen beklagen sie sich, daß einige davon mit einer Abo-Kündigung verbunden waren!

# Melden sich die Neo-Chauvis auch in Düsseldorf zu Wort?

Der „Überblick", Düsseldorfer Stadt-Illustrierte, entwickelt sich seit einigen Monaten immer mehr zu einem Blatt der Schickeria-Linken. Da kann es natürlich nicht ausbleiben, daß Themen, die in der „taz" lang und schlapp verbraten werden, eine zweite Auflage im „Überblick" erleben. Nach der „nationalen Frage" im Oktober-Heft folgt nun in der neuesten Ausgabe die „Sexualitätsdebatte". Bei beiden Themen produzierte der „Überblick" eher Banal-Belangloses. In der „Sexualitätsdebatte" gibt es allerdings eine Ausnahme. Peter Glaser schreibt, wie Gewalt seiner langweiligen Sexualität wieder den richtigen Pep verleiht: *„Einen Moment lang hatten unsere Zärtlichkeiten etwas sehr banales, wie wenn jemand abendlich sein Gebiß in das Glas am Nachttisch versenkt. Plötzlich kriegte ich etwas Heißes, Heftiges, ohne Haß, ohne Zerstörungslust. So erzählt der Dichter davon: 'Er zwang sie mit Gewalt und rang mit ihr bis zum letzten Augenblick. Als er, vollkommen außer Atem, bereits begann, sich seiner Brutalität zu schämen, traf ihn zur Belohnung ein bewundernder Blick von ihr. An dem Abend war sie ihm restlos ergeben' [I.Svevo]. Sollten andere Regeln für sich aufstellen und katholisch-unbarmherzig darauf beharren. Ich wußte: ich bin kein Hippie mehr".*

Nein, auf deutsch heißt das wohl auch nicht Hippie, sondern klipp und klar: VERGEWALTIGER!

Es ist zu befürchten, daß Peter Glaser in der weiteren „Überblick"-Diskussion nicht der Einzige bleibt, der seine chauvinistische Gewaltideologie an den Mann zu bringen sucht.

Detlef/Düsseldorf

# Frauen verweigern den Kriegsdienst

## Kriegsdienstgegnerinnen sollen keine Ausbildung als Schwesternhelferinnen erhalten

Immer mehr Frauen, die eine Ausbildung als Schwesternhelferin machen möchten, sind durch die Öffentlichkeitsarbeit gegen eine Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr und in die „zivile" Militarisierung aufmerksam geworden; sie verweigern ihren Einsatz im Kriegs-, Krisen- und Verteidigungsfall. So auch B. aus Hannover, die im September dieses Jahres eine Schwesternhelferinnen-Ausbildung bei der Johanniter-Unfallhilfe machen wollte, um im Krankenhaus als Nachtwache arbeiten zu können. Die Johanniter-Unfallhilfe ist ein Fachverband des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche; zu ihren Aufgaben gehört auch die Ausbildung von Schwesternhelferinnen. Gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz, dem katholischen Malteser-Hilfswerk und dem Arbeiter-Samariterbund nimmt sie dabei eine Monopolstellung ein.

Die ganze Ausbildung wird neben diversen anderen Finanzquellen auch von der Bundesregierung erheblich gefördert, „um dem Mangel an geeigneten Hilfskräften im pflegerischen Dienst in Notständen abzuhelfen".

Was mit „Notständen" gemeint ist, sollte B. gleich zu Anfang des Lehrgangs erfahren. Ihr wurde ein Fragebogen überreicht, in dem sie unter der Rubrik „Einsatzwunsch" wählen sollte zwischen „Zivilschutz", örtlich oder überörtlich, und dem Sanitätsdienst der Bundeswehr, ebenfalls örtlich oder überörtlich. Der Aufforderung, „Nichtzutreffendes bitte durchstreichen", folgte B. und machte einen Strich durch die Bundeswehr mit dem Zusatz: „Ich verweigere hiermit den Kriegsdienst".

Interessant ist, daß die oben genannten Einrichtungen jetzt immer mehr dazu übergehen, gleich zu Anfang eines Lehrgangs die entsprechenden Formulare zur Unterschrift vorzulegen. In der Vergangenheit wurden diese Formulare in der Regel erst am Ende eines Lehrgangs vorgelegt. Frau sieht, daß die begonnene Arbeit gegen diesen „heimlichen Kriegsvorbereitungsdienst" bereits von der Gegenseite registriert worden ist.

Dem zivilen Bereich hatte frau/man in der Vergangenheit viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. *„Die zivile Verteidigung ist neben der militärischen Verteidigung ein unverzichtbarer und gleichwertiger Teil der Gesamtverteidigung. Ohne funktionierende zivile Verteidigung ist auch eine militärische Verteidigung nicht möglich".* (Weißbuch zur zivilen Verteidigung der BRD.) Auch auf dem zivilen Sektor wird verstärkt eine Vorbereitung für die sogenannten „Notstände" vorgenommen; der Einsatz von Frauen für den Kriegsdienst wird gewiß hauptsächlich gerade auf diesem Gebiet laufen und läuft in Wirklichkeit ja schon seit langem. –

Doch mit ihrer Reaktion auf den Fragebogen hatte B. die Rechnung ohne die christliche Unfallhilfe des Johanniter-Ordens gemacht: Sie wurde vom Lehrgangsleiter aus dem Lehrgang ausgeschlossen. Zuvor wurde ihr noch Hartherzigkeit und Unmenschlichkeit in lautstarkem Ton vorgeworfen. Eine weitere Lehrgangsteilnehmerin, die kurze Zeit später eine gleichlautende Erklärung abgab, gleichzeitig aber anbot, die Kosten des Lehrgangs zu übernehmen, wurde ebenfalls aus dem Lehrgang ausgeschlossen. Auch sie wurde davor im lautstarken Ton vom Lehrgangsleiter angeschrien. Bemerkenswert ist noch, daß der zuständige Arzt für diese Lehrgänge und der Dezernent beide zuvor in der Bundeswehr fest gedient haben.

B. schaltete eine Rechtsanwältin ein und ließ die Johanniter-Unfallhilfe darauf hinweisen, daß schließlich zwischen ihr und dem Orden ein Vertrag bestände, den letzterer noch einlösen müsse und zwar zum nächstmöglichen Termin. Schließlich habe sie auch keiner Unterlage entnehmen können, daß der Verband unter Hilfe auch einen Einsatz bei der Bundeswehr im Spannungs- und Verteidigungsfall verstehe.

Die Rechtsanwältin wies außerdem darauf hin, daß die Johanniter-Unfallhilfe zusammen mit den anderen Verbänden über eine Monopolstellung verfüge und somit vom arbeitsrechtlichen Standpunkt diese Ausbildung nicht verweigern dürfe.

Weiterhin erklärte sie, daß ihre Mandantin mit ihrer Äußerung, im Kriegsfalle die Einsatzbereitschaft zu verweigern, lediglich ihr Recht auf Gewissensfreiheit nach Art. 4 Abs. 1 GG wahrgenommen habe. *„Zur Gewissensfreiheit gehört nicht nur die Freiheit der Gewissensbildung und die Freiheit der Gewissensentscheidung, sondern Art. 4 Abs. 1 GG stellt in seiner Ausgestaltung als Gewissensfreiheit tatsächlich auch eine ethisch fundierte und verfassungsrechtlich*

Fortsetzung nächste Seite

# Aktivitäten der hannoverschen Frauen-Aktionseinheit zu den Wahlen

Die anläßlich des 8. März-Festes in diesem Jahr entstandene Frauen-Aktionseinheit faßte kurz nach dem Internationalen Frauentag den Plan einer Veranstaltung zu den Wahlen ins Auge.

Die Vorbereitung wurde für das Bündnis (Frauen gegen Militär, Frauen gegen § 218, Notrufgruppe, DFI, Frauenhaus, Frauengruppe der Grünen, Frauenzentrum, ASF, Antirepressions-Frauen, ausländische Frauengruppen und KB-Frauen-AG) eine wichtige inhaltliche Diskussion. Es sollte keine konkrete Wahlempfehlung gegeben werden, sondern Schwerpunkt sollte die Information über die Praxis der Parteien sein. Frauen sollen erkennen, daß wir unsere Interessen selbst in die Hand nehmen müssen, um die Bedingungen für uns zu verändern.

Das Bündnis einigte sich auf eine offene (also auch für Männer) Veranstaltung, mit Podium, auf dem die beteiligten Frauengruppen kurz ihre Stellungnahme zu den Wahlen abgeben sollten.

### Die bittere Pille, als K-Frau aufzutreten

Vor einer der Vorbereitungssitzungen nach der Sommerpause diskutierten wir in der KB-Frauen–AG über unser offizielles Auftreten im Bündnis, 2 Genossinnen arbeiteten von Anfang an im Bündnis mit und waren informell als KBlerinnen bekannt.

Angesichts unserer Erfahrung mit dem 218-Tribunal und der daraus resultierenden Diskussion entschlossen wir uns, endlich mal unseren Mut zusammenzunehmen, offen als KBlerinnen aufzutreten, aber auch unsere Ängste damit zu vermitteln.

Die Reaktionen waren grundsätzlich positiv, jedoch bestand etwas Mißtrauen, warum wir erst so spät damit rausrückten und ob wir wohl nur aufs Flugblatt und Plakat wollten. Diese Bemerkung ist nicht recht verständlich, da 2 Genossinnen seit Bestehen des Bündnisses aktiv dort mitarbeiten. Ist vor diesem Hintergrund der Anspruch, auf Flugblatt und Plakat namentlich zu erscheinen, nicht sehr berechtigt?

Die DFI-Frauen hatten zunächst Befürchtungen, wir verträten gewerkschaftsfeindliche Positionen, konnten sich aber in einer Diskussion darauf einigen, daß sie an Fragen, in denen Übereinstimmung herrscht, mit uns zusammenarbeiten wollen, eben auch in diesem Fall. Bei einem der letzten Treffen trat plötzlich eine neue Frau aus dem Frauenzentrum auf (die beiden anderen Vertreterinnen, mit denen wir seit längerer Zeit wieder gut zusammenarbeiten, waren leider nicht anwesend), die sich auf den Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die KB-Frauen, den das Frauenzentrum vor ca. 3 Jahren im Zusammenhang mit der damaligen Walpurgisnacht- und Schwarze-Botin-Diskussion beschlossen hatte, berief und Mißtrauen hinsichtlich unserer „Definition über Männer" äußerte. Aufgrund dieses Widerspruchs wurde festgehalten, daß wir zunächst nicht auf Flugblatt und Plakat auftauchen sollten, daß aber nach der Veranstaltung diese Frage grundsätzlich geklärt werden sollte.

### Ein Frauenseminar zur Wahl

Eine Woche vor der Veranstaltung fand ein Seminar statt, auf dem Frauen der im Bündnis vertretenen Gruppen und interessierte unorganisierte Frauen miteinander diskutierten.

Nach dem Einstieg anhand einer Sketch-Skizze von Käthe Ledig-Schön (SPD) über das Gelaber der drei Parteienvertreter in einer Fernsehdiskussion wurde die Frage aufgeworfen, wie es den Frauen denn bei den Grünen und im KB ergeht. Wir KB-Frauen konnten unseren jüngsten Erfolg, unser autonomes KB-Frauen-Statut und auch unsere gelungenen Versuche (sofortiges Rederecht für Frauen, Diskussionsleitung von Frauen), auf KB-Terminen den Frauen gerechter zu werden, vorstellen. Diese Erfolge wurden von fast allen Frauen begrüßt, lediglich eine der Grünen Frauen gab ihre Bedenken preis, daß uns das doch nicht viel hülfe und wir uns doch qualifizieren müßten, um mitreden zu können. Von einigen Frauen wurde diese Position als an Männern orientiert abgelehnt.

Leider verrannte sich dann die Diskussion ziemlich in diesen Widerspruch, der die Grünen-Frauen immer mehr in eine Verteidigungshaltung brachte. In den anschliessenden Arbeitsgruppen konnten wir mit den Grünen Frauen klären, daß es nicht darum geht, zueinander Konkurrenz aufzubauen. Die Grünen-Frauen waren schließlich auch der Meinung, daß ein autonomes Frauenstatut bei den Grünen ein Ziel für Frauen sein muß.

Schließlich wurde auch von den anwesenden Frauenzentrums-Frauen, die die „KB-Frage" nochmal diskutiert hatten, der Einspruch gegen unser Erscheinen auf dem Plakat aufgehoben. Eine schöne Erfahrung!




### Die Veranstaltung: „Haben wir Frauen eine Wahl bei den Wahlen"

Zur Veranstaltung waren trotz gleichzeitiger Feste der DKP und der Grünen und der Anti-Kriegs-Demo am Nachmittag in Hildesheim, 500 - 600 Leute, vorwiegend Frauen, gekommen. Voran gingen 2 Sketche, einmal das 'Gelabere der Parteien-Vertreter' nach der Idee von Käthe Ledig-Schön, dargestellt von Frauen aus der AE, und von „Hammer und Harfe" die Situation an der Urne, die Stimme für 4 (in Worten: vier !!) Jahre abzugeben und dann erst wiederzubekommen, um sie erneut für vier Jahre abzugeben? Damit konnte sich die darstellende Frau doch nicht abfinden, ging wieder weg und behielt ihre Stimme.

Kurze Referate gab es zu
- Überblick und Vergleich der Programme von SPD, CDU, FDP, Grüne und DKP zu Frau und Familie, Ausbildung und Beruf (Frauengruppe gegen Militär)
- Militarismus und Plänen zur Einbeziehung der Frau in die Bundeswehr (Frauen gegen Militär)
- zur Diskriminierung von Ausländerinnen in der BRD (eine spanische und eine türkische Frau)
- „Reform" des § 218 und zum internen SPD-Pressedienst-Papier gegen Alice Schwarzer (Frauen gegen § 218)
- der ASF; die gegen den ehemaligen Juso-Bundesvorsitzenden zurückgestellte ehemalige Bundestagskandidatin Monika Ganseforth ging hauptsächlich auf die Wahlboykott-Position ein („wir sollten unser schwer erkämpftes Wahlrecht nicht freiwillig aus der Hand geben") und betonte die Möglichkeit, die SPD von innen heraus zu verändern, indem sie das Zusammenhalten der SPDlerinnen in ihrem Fall als Erfolg wertete. Die Niederlage gegen Schröder, also den Mißerfolg, erwähnte sie leider nicht. Auch auf das SPD-Papier gegen A.S. ging sie leider nicht ein.
- Die Grünen-Frau stellte im wesentlichen das Programm der Grünen vor.
- Die Zentrumsfrauen begründeten ihre Wahlboykott-Position im wesentlichen mit der Ablehnung jeglicher Organisierung und auch der Ablehnung der bürgerlichen Parlamente.

Anschließend an das Podium waren kleine Diskussionsgruppen in verschiedenen Räumen vorgesehen, die aber mangels Organisierung leider nicht zustande kamen. Angesichts der inhaltlichen Brisanz wäre es sicher auch sehr spannend gewesen, im Plenum zu diskutieren, aber das ist wohl keiner von uns eingefallen.

So kam dann doch noch eine recht große Diskussionsgruppe in einem Nebenraum zustande, die hauptsächlich über die Frage der Grünen-Wahl bzw. Wahlboykott diskutierte.

Viele Frauengruppen hatten Infostände und Büchertische aufgebaut und zum Abschluß spielte die „Schedderhecks" ihr berühmtes Stück von „Marie". Dazu folgt demnächst eine Besprechung.

### Resumée

Seit langem zum ersten Mal haben hannoversche Frauengruppen mit verschiedener politischer Ausrichtung eine so große inhaltliche Veranstaltung gemeinsam angepackt. Dies ist, vor dem Hintergrund, daß keine andere linke oder fortschrittliche Gruppe eine solche Veranstaltung auf die Beine gestellt hat, eine hervorragende Leistung. Weiterhin war es auch eine qualitative Steigerung der Arbeit von Frauengruppen zu solch einem Thema und einer starken Betonung auch der Gefahr des zunehmenden Militarismus.

In Zukunft sollte es im Frauenbündnis auch eine Auseinandersetzung über die inhaltliche Arbeit und Ausrichtung der einzelnen Frauengruppen geben, um noch mehr Frauen in dieses Bündnis einzubeziehen. Es hat Spaß gemacht, trotz aller Schwierigkeiten. Hoffentlich werden wir noch viel viel mehr.

**KB-Frauen-AG Hannover**

**Anmerkung der für den Frauenteil Verantwortlichen:**

Dieser Artikel lag schon für den AK 187 vor, ist aus Platzgründen auf den nächsten AK verschoben worden und wurde dann verschlampt. Obwohl er deshalb inzwischen nicht mehr aktuell ist, drucken wir ihn noch ab, weil er Aspekte enthält, die auch für unsere Arbeit n a c h den Wahlen von Interesse sind.

Fortsetzung von vorheriger Seite

*privilegierte Sonderform der Handlungsfreiheit dar"* (vergl. Maunz-Dürig-Herzog, Bd. 129).

Falls die Johanniter-Unfallhilfe der Aufforderung von B., an dem nächstmöglichen Kurs teilnehmen zu dürfen, nicht nachkommt, will sie gerichtliche Schritte einleiten. Ein solcher Prozeß hätte große Bedeutung, da dann erstmals eine Frau gegen diese seit langem praktizierten Methoden der einzelnen Verbände klagen würde.

Diesen Fall haben Frauen aus Hannover aufgegriffen. Die „Frauengruppe gegen Militär" will eine Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Fall und Zivilen Diensten machen.

KRIEGSDIENST – NEIN DANKE. WEDER IM ZIVILEN BEREICH NOCH IN DER BUNDESWEHR!

**Eine Genossin aus Hannover**

# Zum Streit um die Frauenpartei ...

In der „Courage" Nr. 10 schreibt Sybille Plogstedt in einem Artikel mit der Überschrift „die Männer, die Männer, die Männer" u.a. über die Frauenpartei. Interessant sind folgende Zahlen:

Eine Umfrage der „Brigitte" ergab: *„22 % aller Frauen wären für die Gründung einer Frauenpartei. Von den 14-17jährigen Mädchen wären es sogar 51 %. Und die dürfen 1984 auch ihr Kreuzchen machen. ‚Emma' hatte Ende letzten Jahres 44 % ihrer Leserinnen ausgemacht, die eine Frauenpartei unterstützen würden. Das waren immerhin fast 20 % mehr als die, die den Wahlboykott für sinnvoll hielten".*

Sybille Plogstedt folgert:
*„Daß die Frauenpartei es nicht geschafft hat, liegt an internen Streits, über die wir nur etwas aus der bürgerlichen Presse erfahren konnten: Einmal ging es um die Rolle der Männer, ein andermal um die der KB-Frauen".*

Dazu haben Sybille Helferich, 1. Vorsitzende der Frauenpartei aus Warendorf und Beatrix Dirk aus Münster folgenden Leserinnenbrief an die „Courage" geschickt:

*„Liebe Sybille Plogstedt!*
*Manchmal haben wir Angst!*
*Z.B. vor falscher Berichterstattung in den Medien. Diese Angst beschlich uns auch leider bei der 'Courage' Nr. 10, wo du auf Seite 6 schreibst:*
*'Daß die Frauenpartei es nicht geschafft hat, liegt an internen Streits, über die wir nur etwas aus der bürgerlichen Presse erfahren konnten: Einmal ging es um die Rolle der Männer, ein andermal um die der KB-Frauen'. Seit wann beschränkst du dich auf Informationen aus der bürgerlichen Presse? Warum hast du hier so einseitig und offensichtlich nur bei der Eva-Rath-Fraktion recherchiert? So bist du einem ausgestreuten Gerücht aufgesessen (die 'K'-Gruppe, die mal wieder Schuld hat; E. Rath in den 'Kieler Nachrichten' vom 13.2.80), dessen Plumpheit auch nicht durch ewiges Wiederholen besser wird ...*

*Es ist nicht wahr, wenn du behauptest, daß es u.a. an dem Streit um KB-Frauen gelegen habe, wenn es die FP nicht geschafft hat. Diesen Streit hat es nie gegeben, sondern vielmehr folgenden:*

*Auf einer Mitgliederveranstaltung am 17./18. November '79 in Mühlakker wurden folgende Beschlüsse, die Eva Rath nicht paßten und den Stein ins Rollen brachten, gefaßt:*
- *die Frauengruppen der Frauenpartei werden vor Ort autonom;*
- *d.h. z.B., daß sie über Neuaufnahmen selber entscheiden (bisher hatte E. Rath – teilweise telefonisch – aufgenommen, ohne jede Absprache mit den Frauen in betreffenden Orten);*
- *die Frauengruppen entscheiden selber, ob sie Typen aufnehmen oder nicht (auch das entschied jeweils E. Rath in Kiel ...);*
- *Vollversammlungen sollen beschlußfähig sein. E. Rath wollte nur den Parteitag entscheiden lassen.*
- *Rundschreiben sollten neu organisiert werden, da bisher nur E. Rath dafür zuständig war, die sie auch ständig mit ihrer persönlichen Meinung spickte (siehe 'Courage' Nr. 12/79, Leserinnenbrief);*
- *es gab Differenzen um den Begriff Pazifismus. Z.B. lehnte die E. Rath-Fraktion die Formulierung 'Aktionsformen gegen Gewaltanwendung gegen Frauen' ab (das würde den Pazifismus in Frage stellen ...).*

*Außerdem lehnt E.R. ab:*
- *den militanten Feminismus (was auch immer sie darunter verstehen mag);*
- *Doppelmitgliedschaft (z.B. DFI und Frauenpartei);*
- *das imperative Mandat;*
- *eine Aussage zu Berufsverboten, wenn es nicht nur Frauen betrifft.*
- *Am 8.2.80 ernannte E. Rath sich und H. Wohlers zum 'geschäftsführenden Vorstand', behielt die Kasse ein und warf 16 Frauen raus (u.a. die gewählte 1. Vorsitzende). Das alles im Alleingang.*

*Leider erschien sie hiernach nie wieder zu einem gemeinsamen Treffen, trotz ständiger Einladungen. Sie weigerte sich, mit dem Teil der Frauenpartei, der ihr nicht paßte, zu reden, sondern zog leider statt dessen vor, über Anwälte zu verhandeln.*

*Uns erschien das alles zu peinlich, wir wollten erst alles nach Beendigung des Konfliktes veröffentlichen. Das war wohl ein Fehler?*

*Die kleine oben angeführte Auswahl zeigt den wirklichen Streit in der Frauenpartei; es ging um Basisdemokratie und GEGEN eine Eva-Rath-Partei.*

**Beatrix Dirk**

# »Kommst du heute noch mit in den Sub?«

**Eine der wohl am häufigsten gestellten Fragen, Freitagsabends im Frauenzentrum, in der Frauenkneipe, oder wo Lesben sich sonst so treffen. Der Sub, eigentlich d i e , nämlich Subkultur, das sind sie, all die kleinen Bars und plüschigen Discotheken, meistens versteckt in einer Seitenstraße, ohne auffallende Beleuchtung und mit viel zu hohen Preisen.**

**Der Sub, der Ort, zu dem es auch Bewegungslesben hinzieht – natürlich aus ganz anderen Gründen als die so wenig geachteten „Sublesben", die den Weg in die Lesbengruppe noch nicht gefunden haben – , der Ort, der auf Männer eine geradezu magische Anziehungskraft ausübt, der Ort, um den die biedere Hausfrau einen Bogen macht.**



### Ein bißchen was zum gesellschaftlichen Hintergrund

Bereits um 1900 gab es eine homosexuelle Subkultur. Magnus Hirschfeld, Sozialwissenschaftler und selbst homosexuell, berichtete über Kaffeegesellschaften, die von und für Homosexuelle/n organisiert wurden, Konditoreien, in denen sich lesbische Frauen trafen, Kontaktanzeigen von Lesben u.ä.

Der Sub, meistens eine Bar, eine Discothek oder eine Mischung aus beidem, ist häufig gar nicht als solcher zu erkennen. Lesben müssen den Sub in 'ihrer' Stadt oft erst suchen, wenn sie nicht in der Frauenbewegung sind. Da die meisten Lesben keinen Kontakt zur Frauenbewegung haben, leben sie in der Gesellschaft ohne eine Gemeinschaft, ohne eine Gruppe, der sie sich zugehörig fühlen. Während Heteros praktisch ständig die Möglichkeit haben, eine/n Partner/in kennenzulernen (zumindest potentiell), ist für Lesben die Partnerinnen-Suche mit dem Risiko des sich zuerkennengebens verbunden. Es gibt kein äußeres Merkmal, an dem eine Lesbe die andere erkennen kann. Insofern bietet alleine der Sub einer Lesbe, die nicht offen lebt (und das tun die wenigsten!) und nicht in der Frauenbewegung aktiv ist, die Möglichkeit, andere Lesben und eventuell eine Freundin kennenzulernen.

Hinzu kommt, daß Lesben nur im Sub miteinander flirten, tanzen und schmusen, sprich sich normal verhalten können.

### "...nicht die Freiheit, die ich meine..."

Für eine Lesbe, die glaubte, all der Druck, all die Angst, all die Strukturen der Heterogesellschaft würden vor der Tür des Subs abgestellt, die glaubte, an diesem ver-

würden vor der Tür des Subs abgestellt, die glaubte, an diesem ver-schwiegenen Ort nun ganz sie selbst sein zu können, muß der erste Subbesuch geradezu ein Schock gewesen sein. Druck und Angst aus der Heterogesellschaft entladen sich im Saufen, aufgesetzt-ausgeflipptem Verhalten und den festgelegten Verhaltensschemata.

Die Angst, enttarnt zu werden, macht auch vor der Tür des Subs nicht halt, dafür sorgen schon die Bullen mit Razzien und schikanösen Personenüberprüfungen.

Nicht zu vergessen sind die Heteromänner, die zu den meistens Subs Zugang haben. Oft geilen sie sich an den miteinander tanzenden/schmusenden Frauen auf. Die Vorstellung eine lesbische Frau zu 'erobern', scheint für die Ficker einen nicht zu überbietenden Reiz darzustellen.

Jugend und gutes Aussehen sind, ganz wie in Heterodiscos, d i e Voraussetzungen, um im Sub jefrau kennenzulernen. Das Bedürfnis, nicht alleine nach Hause zu gehen, scheint geradezu zwanghaft. Niefrau kenngelernt zu haben, hinterläßt den Makel des Sitzengebliebenen-Seins, verschlechtert die Chancen für's nächste Mal.

Häufig gibt es eine Art Elite, das ist die Bar-Clique. Für 'Neue' im Sub ist es oft d a s Ziel, jefrau aus der Bar-Clique zu kennen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist z.B., eine der 'Bardamen' zu kennen. Mit dem Disjockey auf du und du zu stehen, bedeutet schon fast den Endsieg.

Feste Beziehungen werden im Sub kaum geschlossen, meist überdauern die Erlebnisse nicht einmal den nächsten Morgen, denn zum Kennenlernen, zum Miteinanderreden, bietet der Sub keine Möglichkeit, dazu ist es viel zu laut. Und weil die Lesben das wissen, weil sie nur zu deutlich merken, wie entwürdigend die Strukturen im Sub sind, distanzieren sie sich davon. „Eigentlich gehe ich nicht hierher", ist einer der Sprüche, die frau im Sub am häufigsten zu hören kriegt. Ein verständnisvolles Lächeln ist die Antwort auf derartige Distanzierungen, denn natürlich wissen alle, daß es nicht stimmt, sind alle in der gleichen beschissenen Situation:

Es gibt keinen anderen Ort, an dem frau Lesben kennenlernen kann, sie sind auf den Sub angewiesen.

### „Bei bewußten Lesben ist das etwas ganz anderes, die gehen

„Bei bewußten Lesben ist das etwas ganz anderes, die gehen

### nur zum Spaß in den Sub"

Nach all den wohl alles andere als reizvollen Beschreibungen des Sub, könnte frau zu der Ansicht kommen, Bewegungslesben würden den Sub meiden. Als in der Frauen-, und Lesbenbewegung engagierte Lesbe lehnt frau Strukturen wie die oben geschilderten natürlich ab, ist lesbe natürlich nicht darauf angewiesen, sich im Sub eine Freundin zu suchen. Natürlich nicht! – Und trotzdem, die allermeisten Bewegungslesben gehen mehr oder minder regelmäßig in den Sub! Nur wenige Bewegungslesben gehen alleine hin, meist trifft frau sie zu zweit oder in größeren Gruppen. Auch nehmen sie nicht alles so kritiklos hin, beschweren sich z.B. über die viel zu hohen Preise, ärgern sich über die Heteropärchen und machen sich schon mal' nen Spaß daraus, einen Typen von der Tanzfläche zu vergraulen.

Nicht selten führt das unangepaßte Verhalten der Bewegungslesben dazu, daß sie aus den Subs 'rausgeschmissen' werden. Beispiele dafür gibt es in West-Berlin und Hamburg. In Hamburg wurde auf einen Frauenkneipen-Plenum ein Boykott des „Camelot" beschlossen, nachdem einige Bewegungslesben von dem neuen Geschäftsführer geschlagen worden sind. Klare Sache! – Und trotzdem, lange hat dieser Beschluß nicht gefruchtet. Nach wie vor sind Bewegungslesben dort zu treffen!

‚Drauf angewiesen sind wir natürlich nicht; wir Bewegungslesben haben das Frauenzentrum, die Frauenkneipe und unsere Freundinnenkreise. Aber: Lesbe hat nicht jeden Abend Lust, in der Frauenkneipe ‚rumzuhängen', hat eben auch manchmal Bock, tanzen zu gehen und – nicht jeden Samstag ist in der Frauenkneipe 'ne Disco! Schlimmer noch: In vielen Orten gibt es nicht einmal eine Frauenkneipe!

Ja, und die Frauenfeste? Die sind auch nur ein paar mal im Jahr – und außerdem, für viele ist der Sub eine akzeptable Alternative zu den Frauenfesten.

Okay, die Frauen gehen in den Sub, um dort eine Freundin zu finden, trotzdem (vielleicht gerade deswegen) fühle ich mich ihnen oft viel näher als den Frauen, die ganze Frauenfeste damit verbringen, einander zu erzählen, wie toll das doch ist, mal ohne Männer und so, die auch schon mal mit der besten Freundin ‚rumschmusen', und denen lesbe an der Nasenspitze ansieht, daß sie heute Nacht wieder zu ihrem Typen ins Bett krabbeln!

Um nicht falsch verstanden zu werden: das ist kein Vorwurf, niefrau will den Frauen absprechen, daß es ihnen mit den Frauenfesten sehr ernst ist, nur – als Lesbe fühlt frau sich dort nicht unbedingt zu Hause, ist frau oft ganz schön froh, daß es den Sub gibt!

### Die andere Seite der Medaille?

Mal abgesehen von den Frauen, die mit ihrem Typen in den Sub gehen, weiß frau im Sub, woran sie ist, ein Faktor, der auch für Bewegungslesben nicht zu unterschätzen ist.

Auch wenn viele Subs von Heteropärchen überlagert sind, das Gefühl, das hier ist unser Laden, hier sind w i r und nicht die anderen normal, tut, ehrlich gesagt, ganz gut!

Es liegen oft Welten zwischen den sogenannten Sublesben und den Bewegungslesben, weil wir uns nicht mehr verstecken wollen, uns unserer

wegungslesben, weil wir uns nicht

mehr verstecken wollen, uns unserer Unterdrückung bewußt sind, etc. dennoch besteht ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, ein Fitzel Vertrautheit in diesem miesen Krumen, den uns die Heterogesellschaft gelassen hat, fühlen wir uns hier mehr zu Haus, als in allen noch so linken noch so alternativen Kneipen, in denen wir zwar toleriert werden, aber eben anders sind.

Richtig, wir sind anders, deswegen ist es für uns auch etwas Anderes, ob wir solchen Strukturen in einer ‚normalen' Kneipe/Disco ausgesetzt sind oder eben im Sub. Und obwohl wir Disco-Musik (eigentlich) verabscheuen, im Sub ist das etwas Anderes. Hier können wir zusehen, wenn Frauen sich kennenlernen, 'was miteinander anfangen, auch wenn's nur für eine Nacht ist, hoffentlich wird's dann eine schöne Nacht!!!

Richtig, wir lehnen Schönheitsideale ab, aber es ist etwas Anderes, wenn eine Frau im Sub Brigitte-Moden vorführt, mit 'nem tiefen Dekollete 'rumläuft, oder mit dem Arsch wackelt. Ich will beileibe nicht behaupten, daß diese Frauen nicht mehr angepaßt sind (wie jetzt vielleicht einige erwarten), bestimmt nicht, aber sie tun das für Frauen, für uns, für mich – und ehrlich, es gefällt mir, gefällt mir mehr als die alternative lila Latzhose der Aktivistin aus der § 218-Gruppe!!

**Es gibt keinen Grund, warum wir, die 'bewußten, linken' Lesben, uns vom Sub distanzieren sollten, wir sind durchaus nicht so anders als die 'Sublesben'. Aber wir sind anders als die Leute in linken Kneipen – dafür brauchen wir uns nicht zu schämen, darauf bin ich eher stolz! Ausdruck spätkapitalistischer Dekadenz? Na klar! Wenn schon pervers, dann auch richtig!!!!!!!!**

**P♀♀, Lesbengruppe des KB**

FRAUENFEST

ZUR ENTSTEHUNG EINES FRAUENZENTRUMS

- BRIGITTE VON GKHN CANNILLE
- AACHENER FRAUENKABARETT
- FRAUENBAND "CARAMBOLAGE"
- FRAUENFILME – MEDIENLADEN
- INFOSTÄNDE

22. NOV. 17[00] UHR EINTRITT 6,- ♀

MARTIN-LUTHER-KING-HAUS
GRINDELALLEE 9

# Richtigstellung

Der offene Brief von Svende Merian an die Lesbengruppe des KB, der im ARBEITERKAMPF Nr. 188, S. 22, abgedruckt war, bezog sich nicht – wie leicht mißverstanden werden konnte – auf den Leserbrief von Bx. im ARBEITERKAMPF Nr. 187, S. 34, sondern auf eine Passage im Protokoll der Frauenleitung, die auch dem „Buntbuch"-Verlag zur Kenntnis gegeben wurde.

**In Hamburg findet am 22.11. 80 in der ESG ein Frauenfest zur Unterstützung eines geplanten neuen Frauenzentrums statt. Das Frauenzentrum befindet sich vorläufig in den ehemaligen Räumen der F.R.A.U., Geschwister-Scholl-Str.**

# Das »Weiße Kreuz« – und sein Kreuzzug gegen Schwule

**Seit Anfang dieses Jahres feiert eine der schwulenfeindlichsten Vereinigungen ihren neunzigsten Geburtstag: Das „Weiße Kreuz". Ein freies christliches Werk nennt es sich, gehört also weder zur evangelischen noch zur katholischen Kirche. Als Geburtstagsüberraschung hat es sich dieser Club nicht nehmen lassen, quer durch (West)Deutschland zu ziehen und auf Veranstaltungen mit dem Zeigefinger zu drohen.**

**Gottseidank ging das nicht so einfach,denn zumindest in Westberlin und Nürnberg widersetzten Schwule sich dieser Drohung und verteilten Protestflugblätter. Aber wenn das „Weiße Kreuz" selbst zu Wort kommt, juckt es schwulem nicht nur im Zeigefinger ...**

So sieht das „Weiße Kreuz" seine Aufgabe: es *„wirkt Entartungserscheinungen entgegen, die den einzelnen – ebenso Ehe und Familie – gefährden und die Gesellschaft zersetzen"*. Zu den Entarteten zählen zuerst und vor allem die Homosexuellen, darin sind sich beim „Weißen Kreuz" alle einig.

Generalsekretär ist der Pfarrer Naujokat, für den Schwule *„stark gehemmte, in ihrer seelischen und geistigen Entwicklung zurückgebliebene Menschen"* sind, die – da sie es beim anderen Geschlecht nicht schaffen – der Einfachheit halber beim *„vertrauten, naheliegenden, eigenen Geschlecht"* bleiben. Und das kommt so: *„Narzistische Handlungen verleiten häufig zur sexuellen Selbstbefriedigung, die oft genug übergangslos in das Vorfeld gleichgeschlechtlicher Praktiken führt."*

Doch damit nicht genug! Mutter, gib acht: sie darf sich nicht wundern, *„wenn ihr Sohn, den sie geboren hat, durchaus weiche, feminine Wesenszüge tragen wird"*, falls sie sich während der Schwangerschaft *„fortwährend wünscht, ein Mädchen zu bekommen, schon seinen Namen hat und bereits entsprechende Babysachen kauft"*.

Irgendwelche Einwände? Aber doch bitte nicht wissenschaftlich werden! Die einzig zuverlässige und rettende Quelle ist die Bibel, da *„jede noch so exakte, entwicklungspsychologische Deutung beileibe nicht alles sagt, sondern allzu oft in menschlich beschränktem Wissen stecken bleibt"*. So einfach ist das also.

Und was sagt die Bibel, äh,Pfarrer Naujokat? Die „Zweigeschlechtlichkeit" ist „Schöpfungssinn und Schöpfungsauftrag Gottes". „Schöpfung ist auf Leben angelegt".

Sterilität (sprich: Schwulsein) kann da natürlich nicht durchkommen und ist „als Schuld zu bezeichnen." (Apropos: Wie war das doch gleich mit dem Zölibat?)

Hilfe findet Pfarrer Naujokat beim „Evangeliums-Rundfunk" in Wetzlar (Berliner Ring 62, Postfach 1444), der z. B. am 4.10.79 um 21.30 Uhr dem geneigten Hörer die Naujokat-Ergüsse über „Die gleichgeschlechtliche Neigung" servierte.

Hilfe findet jedoch auch schwuler bei Pfarrer Naujokat. *„Ich weiß, daß Homosexuelle seelisch äußerst labil und wenig belastbar sind." „Homosexuellen geht es darum, daß ihre gleichgeschlechtlichen Triebneigungen einen akzeptierten gesellschaftlichen Rang erhalten"*. Das sollte schwuler aber lieber lassen, sondern stattdessen auf Naujokat hören: *„Im Prozeß der seelischen Heilung und Stabilisierung ist die Mitarbeit des Homosexuellen unbedingt erforderlich, der radikale Abbruch sämtlicher fragwürdiger Beziehungen und eine feste Selbstdisziplin unverzichtbar"*. Also reißt euch mal am Riemen!?

Covergirl und Posaunenengel des „Weißen Kreuzes" ist die berüchtigte Christa Meves. Auch sie hat es faustdick hinter den Ohren, wenn sie säuselt: *"Homosexualität ist ein in der Kindheit erworbener Defekt, Jugendliche wurden zur Homosexualität v e r f ü h r t, Homosexualität ist eine Abweichung von der Schöpfungsordnung"*.

Als flammendes Schwert in ihrer Hand steht Christa Meves mit dem von ihr mitherausgegebenen „Rheinischen Merkur" vor jeder Schwulität. Nicht Psychagogin, sondern Demagogin wird sie darin: *„Homosexualität als Vorbild?"* betitelt sie einen Artikel am 3.8.79, in dem sie sagt, was Sache ist – das *„Suchtelend, dem Sypton ihres (der Homosexuellen) Unglücklichseins"*. *„Gemessen am Anteil der Gesamtbevölkerung stellen sie etwa dreibis viermal mehr Drogen- und Alkoholsüchtige."* Na, das ist ja wohl kein Wunder, wenn schwuler neben dem eigenen auch noch ein „Weißes Kreuz" tragen muß.

Christa Meves will ja auch nichts schlechtes, nur eben mehr „gerade Gewachsene" ... Hört, hört!

Aufgeräumt werden soll also. Der Meinung ist auch der sicher nicht nur zerstreute Professor Dr. Joachim Illies, wenn er in einem Kommentar der Zeitschrift des „Weißen Kreuzes" zum Thema *„Homosexualität als Schicksal"* düster phantasiert: *„Gleichgeschlechtlichkeit bedeutet Tod im Rahmen der Schöpfung. Dieser Satz ist nicht nur biblisch zu belegen, sondern auch biologisch völlig einwandfrei ... Wer diese Konsequenzen bestreiten will, muß auf Bakterien, Knollengewächse und niedere Tiere zurückgreifen. Alles höhere Leben steht ... unter dem Schöpfungsauftrag der geschlechtlichen Fruchtbarkeit"*. Liebe Heteros, laßt euch warnen! Wieviel besser haben es doch da die Schwulen: *„Niemand (auch das Weiße Kreuz nicht) diffamiert heute noch die Homosexuellen. Aber mit drängendem Geltungsbedürfnis wird von diesen in aufgeblasener Wehleidigkeit immer wieder behauptet, sie seien unterdrückt, weil das offenbar in ihren Augen die einzige Möglichkeit für eine Gruppe Gleichgesinnter ist, heute gesellschaftlich interessant zu sein. Schwules Selbstbewußtsein? Es scheint davon bereits mehr als genug zu geben, wenn man nach dem Auftreten der Homosexuellen in Nürnberg, Frankfurt und Berlin urteilen will. Was sie so lautstark verlangen, ist aber gar nicht die menschliche Anerkennung (die sie längst haben), sondern die moralische und christliche Billigung ihres Verhaltens, die wir nicht geben können."* Das ist aber auch zu schade ...

(Die Zitate sind wiedergegeben im „rosa flieder" Nr.18 vom 13.10.80 und im AKP-Rundbrief Oktober 1980).



Titelbild des "rosa flieder" zum "Weißen Kreuz"

schaft „fortwährend wünscht, ein Mädchen zu bekommen, schon seinen Namen hat und bereits entsprechende Babysachen kauft".
Irgendwelche Einwände? Aber doch bitte nicht wissenschaftlich werden! Die einzig zuverlässige und rettende Quelle ist die Bibel, da „jede noch so exakte, entwicklungspsychologische Deutung beileibe nicht alles sagt, sondern allzu
Hand steht Christa Meves mit dem von ihr mitherausgegebenen „Rheinischen Merkur" vor jeder Schwulität. Nicht Psychagogin, sondern Demagogin wird sie darin: „Homosexualität als Vorbild?" betitelt sie einen Artikel am 3.8.79, in dem sie sagt, was Sache ist – das „Suchtelend, dem Sypton ihres (der Homosexuellen) Unglücklichseins". „Gemessen am Anteil der Gesamt-
moralische und christliche Billigung ihres Verhaltens, die wir nicht geben können." Das ist aber auch zu schade ...
(Die Zitate sind wiedergegeben im „rosa flieder" Nr.18 vom 13.10.80 und im AKP-Rundbrief Oktober 1980).

# 1981 ein Rosa Kalender

Schwule aus Aachen, Hamburg, Heidelberg, Köln, Berlin sowie Peter Schult und andere Liebhaber von kleinen Jungens haben einen schwulen Kalender gemacht. Außer Platz für Termine und Freunde hat der Kalender eine Menge Bilder und

Ansonsten gibt es den ROSA KALENDER in allen guten linken Buchläden und beim ROSA WINKEL VERLAG.

**U., Aachen**
**Schwulengruppe des KB**

# 1981 ein Rosa Kalender

Schwule aus Aachen, Hamburg, Heidelberg, Köln, Berlin sowie Peter Schult und andere Liebhaber von kleinen Jungens haben einen schwulen Kalender gemacht. Außer Platz für Termine und Freunde hat der Kalender eine Menge Bilder und
Zeichnungen, Geschichten und Gedichte.

„Schwule Projekte"; ein Päderast erzählt; von Schwul an Hetero; Bilder einer Beziehung; aus der DDR; als Schwuler wohnen – das sind einige der Themen. Das, was ich an Bildern gesehen, an Geschichten und Gedichten gelesen habe, fand ich z.T. witzig, schön und interessant.

Aber auf eines möchte ich noch besonders hinweisen: Die Geschichte von Alexander, einem Mann der Jungens liebt. Er schreibt: *„Kein Mensch hat mehr Grund als ich, diesen Protest zu unterschreiben – 19 Jahre Zuchthaus, 3 KZ, 6 Jahre Gefängnis, drohende Sicherheitsverwahrung, das ist mehr als zuviel, um jeden Staat und seine Berechtigung anzuerkennen!"*

Der ROSA KALENDER 1981 wurde von den Aachener Printenschwestern herausgegeben und kostet DM 8,50 (+ 0,80 Porto). Er kann gegen Vorkasse auf Postscheckkonto Köln Nr. 241539-509 bestellt werden:

**Dietmar Castro**
**Oppenhoffallee 112**
**5100 Aachen**

Ansonsten gibt es den ROSA KALENDER in allen guten linken Buchläden und beim ROSA WINKEL VERLAG.
U., Aachen
Schwulengruppe des KB




# Eiszeit bei der »taz«

**In der ihr mittlerweile eigenen schnoddrigen, zynischen Art hat es die Redaktion der „tageszeitung" bisher noch nicht einmal für nötig erachtet, ihren (immer noch treuen) Lesern klipp und klar zu erklären, daß und warum sie die Schwulenredaktion und die Lesbenredaktion aufgelöst und die Frauenredaktion auf eine „Planstelle" zusammengestrichen hat.**

Nachdem die ‚taz' im Sommer noch recht warme S(z)eiten hatte, machte sich zum Herbst eine deutliche Abkühlung bemerkbar. Und mit dem ersten Laub fiel dann auch das Feigenblatt, als Olaf Stüben (ehemaliger Schwulenredakteur, jetzt Leserbriefseite) alles offenlegte. *„...außerdem bin ich gerade im Rahmen der ‚Gesundschrumpfung' der taz wegrationalisiert worden..."* (taz, 25.9.).

Dies wäre wohl auch dann noch nicht bekanntgeworden, wenn nicht Karlheinz A. Barwasser geschrieben hätte: *„Frage: Warum und wofür ist dann überhaupt 'ne Schwulenstelle eingerichtet worden? Man kann hingucken, wo man will, überall in den linken Redaktionen das gleiche: Die dortige Ignoranz gewisser Vorfälle übertrifft manchmal sogar noch die der ‚bürgerlichen' Presse."*

Nun, die ‚taz' ignoriert inzwischen auch – die schwulen Meldungen im Oktober können an den Fingern einer Hand abgezählt werden. Damit hat sich die ‚taz' in die Reihe der Blätter begeben, für die Schwule absolut b e d e u t u n g s l o s sind. Daran konnte auch eine kritische Anfrage von Corny Littmann nichts ändern, der die Sache wunderbar auf den Punkt brachte: *„Obwohl ich mit der Berichterstattung der Schwulen- und Lesbenredaktion wahrlich nicht immer einverstanden war: von Hetero-Redakteuren totgeschwiegen zu werden, ist tausendmal schlimmer"* (taz, 17.10.).

Die Antwort darauf von der Leserbriefredaktion läßt an Zynismus nichts zu wünschen übrig. Da ist von Personal-„Abspeckung" die Rede und vom „Mut zur Lücke". Genau diesen Mut hat die ‚taz' jedoch nicht, wenn es darum geht, nun folgerichtig auch die „Schwulen/Lesben" aus der Liste ihrer Hausredaktionen zu streichen.

Die Einrichtung einer Lokalredaktion für eine Berliner Extrabeilage zeigt, daß hier von „Mut zur Lücke" gar keine Rede sein kann, sondern eher vom Schielen auf Abo-Gelder. Mit dieser Prämisse hat die ‚taz' endgültig den Schwenk gemacht hin zu einer nach rein bürgerlichen Maßstäben gelenkten Zeitungsarbeit. Völlig entgegen ihrer ursprünglichen Konzeption wird „rationalisiert" und den Lesern großherzig angeboten, *„die wenigen Agentur-Tickermeldungen vermutlich sporadisch abzudrucken"*.

Anscheinend geht der taz-Ticker nicht richtig?! Bleibt zu hoffen, daß die (schwulen) taz-Leser diesen Tick nicht so mitmachen...

**Hei., Hamburg**
**Schwulengruppe des KB**

# Offener Brief der VDS

An linke und alternative Blätter mit der Bitte um Abdruck
An homosexuelle Gruppen

Bonn, im Oktober 1980

Liebe Leute,
die Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften, dem Dachverband der Studentenvertretungen in der Bundesrepublik Deutschland, ist im Frühjahr dieses Jahres einem Antrag des Liberalen Hochschulverbandes gefolgt, nach dem der Themenbereich Homosexualität in das Arbeitsprogramm der vds aufzunehmen ist.

Der damals gefaßte Beschluß hatte folgenden Wortlaut:

*„Die Situation schwuler und lesbischer Studenten ist nach wie vor der Reform des §175 im Jahre 1969 in erster Linie geprägt von*
- *der Angst der Betroffenen, zu ihrer Identität zu stehen,*
- *der Diskriminierung derjenigen, die das coming-out vollzogen haben.*

*Die vds treten in Wahrnehmung der studentischen Interessen für die Gleichberechtigung aller Kommilitoninnen und Kommilitonen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung ein.*

*Daraus ergibt sich, daß die vds die Arbeit zum Problemkreis Homosexualität aufnehmen müssen.*

*Als erste Schritte dazu werden die vds eine Bestandsaufnahme der bereits laufenden Arbeit in den Allgemeinen Studentenausschüssen (ASten) leisten und einen ständigen Erfahrungsaustausch herstellen."*

Meine an die ASten gerichtete Bitte um die entsprechenden Berichte blieb jedoch ohne jede Resonanz. Sei es, daß niemand Lust hatte zu schreiben, sei es – was zu befürchten bleibt –, daß es kaum entsprechende Arbeit gibt: dieses Ergebnis ist kein Ergebnis. Und darum wende ich mich jetzt ohne Umweg über die ASten an die „Basis":

Um die Studentenvertretungen für die Problematik ein wenig zu mobilisieren, um ihnen Argumente und Handlungsvorschläge an die Hand zu geben, soll jetzt ein vds-Info produziert werden. Dafür benötige ich Berichte über die Arbeit von Schwulen-Gruppen an den Hochschulen, „Muster"-Flugblätter aus der Öffentlichkeitsarbeit, Aktionsberichte, aber auch Darstellungen über das Dasein, das schwule Studenten an den Hochschulen so haben, wie die Diskriminierung erfahren wird etc.

Ich hoffe auf Eure Unterstützung.

**Christian Walther**
**Referat Homosexualität im vds-vorstand**
**Postfach 1829**
**Kaiserstr. 71**
**5300 Bonn 1**
**Tel.: 0228/22 30 75 und 22 30 76**

# Chinesisches »Sexbuch« — als wär's ein Stück vom Papst

In der VR China geht jetzt ein Sexbuch um. Bisher waren die Regierenden noch so züchtig, daß selbst in Schulen kaum Sexualkundeunterricht gegeben wurde.

Das Buch soll eine Auflage von 2 Millionen haben und ist ein Nachdruck von 1963. Da wird empfohlen, wie der Selbstbefriedigung vorzubeugen ist, nämlich *"weder rauchen noch trinken, keine pornographischen Bücher lesen und keine enganliegenden Unterhosen tragen"* (Süddeutsche Zeitung, 10.11.80). Nymphomanie sei gefährlich, da sie die Arbeitsleistung beeinträchtige. Die "Häufigkeit ehelicher Pflichten" (ohnehin erst ab 25 Jahren möglich) wird auf ein bis zweimal pro Woche genormt; *"wer jedoch morgens mit Kopfschmerzen aufwacht, der habe sich zu häufig dem Sex hingegeben"*.

Soweit – so schlecht. Bliebe noch zu bemerken, daß Lesben und Schwule in so einem Buch wohl nur als Teufel/innen einen Platz haben könnten. Aber darüber wird nichts berichtet.

U., Aachen
Schwulengruppe des KB

## Einiges zur Antwort der »Peep und Puff«-Artikel- Schreiberin (AK 188, S. 22)

Hatten wir uns schon über die Zuordnung der Pädophilie zum neochauvinistischen Rollback in der Linken in dem „Peep und Puff"-Artikel der AG Frauen (AK 187) geärgert und entsprechende Leserbriefe dazu verfaßt, so mußten wir uns beim Aufschlagen des AK 188 mehrere Male die Augen reiben, um zu verstehen, was dort stand: wir meinen die Antwort der „Peep und Puff"-Artikel-Schreiberin.

Die Genossin beschreibt dort, wie es zu jenem „Ausrutscher" in dem „Peep und Puff"-Artikel gekommen ist. Die Genossin erklärt zu dem Anführen der besagten Schwarzer-Zitate im AG-Frauen-Artikel, daß es ihr dabei zwar nicht um eine generelle Zustimmung in der Pädo-Frage mit A. Schwarzer ging, sie dennoch aber Schwarzers Aussagen „...*über den Zustand der Männerwelt und die Fluchtstrategien so treffend*" fand (Anm. Schwulengr. des KB), „*daß ich ihn gerne zitieren wollte, o b w o h l* (Hervorh. im Original/KB-Schwulengruppe) *er sich in diesem Fall nicht auf den Neochauvinismus, sondern die Pädophilie bezog*".

Da stockt einem doch der Atem! Die Genossin meinte also, die Schwarzer-Zitate vom konkreten Thema, nämlich Pädophilie, t r e n n e n zu müssen, weil sie „so treffend" waren. Was, bitteschön, hat das denn noch mit einer konkreten B e w e i s f ü h r u n g zu tun?

Apropos „Fluchtstrategien": Wo „f l ü c h t e n" denn die Männer vor den Emanzipationsbestrebungen der Frauen zu irgend etwas (nach A. Schwarzers Meinung zu den Kindern)? Ihr/du beschreib(s)t auf 1 3/4 Seiten in deinem/eurem Artikel zur „taz" genau das Gegenteil, nämlich ein R o l l b a c k v o n s e i t e n d e r M ä n n e r ! (Siehe dazu auch Fr.'s Leserbrief, der noch n i c h t abgedruckt wurde). Die Genossin gibt im Anschluß zu, daß sie sich wegen dieser
wurde). Die Genossin gibt im Anschluß zu, daß sie sich wegen dieser
„*Bezugnahme*" nicht „*die Mühe gemacht*" habe (Ergänzung von uns), „*die gesamte 'taz'-Berichterstattung zum Thema Pädophilie durchzuarbeiten*"; im Anschluß meint sie: „*Was bei mir auf so einer relativ o b e r f l ä c h l i c h e n E b e n e darüber h ä n g e n g e b l i e b e n ist* (Hervorh. von uns) *stützt allerdings ihre* (A. Schwarzers/Anm. von uns) *Einschätzung in dem Sinne, daß dort durchaus Typen schreiben, die auch Pädophilie sehr nach ihren eigenen Bedürfnissen beurteilen*". Weiter schreibt sie: „*Dein Vorwurf* (gemeint ist Ul.'s Leserbrief in AK 188, auf den sie sich bezieht) *bzgl. schlampiger Recherchierung ist also insofern berechtigt, als ich mir hätte ein oder zwei Beispiele solcher 'taz'-Artikel raussuchen sollen*". Im gleichen Atemzug wird dieser Hauch von Selbstkritik mit folgender Bemerkung wieder „zurechtgerückt": „*Meiner Meinung nach ist es allerdings irrelevant, ob in der 'taz' zur Pädo-Frage a u c h* (Herv. im Original) *gute Artikel gestanden haben* (??); *es gibt darin a u c h gute Frauenartikel, Antichauvistellungnahmen usw.*"

Wir finden es allerdings keineswegs irrelevant, wenn du aufgrund von Sachen, die bei dir auf „*einer relativ oberflächlichen Ebene hängengeblieben*" sind, schwerwiegende Vorwürfe aufbaust. Du stümperst hier an einem Thema herum, zu dem du ansonsten anscheinend noch gar nicht gearbeitet hast. Hinzu kommt noch, daß die „taz"-Berichterstattung zu Pädophilie natürlich nicht das einzige Material ist, das es zu diesem Thema gibt.

**Wir fordern deshalb von dir eine Stellungnahme, ob du die obigen Vorwürfe selbstkritisch z u r ü c k n i m m s t, oder aber mit F a k t e n b e l e g s t.**

**Außerdem möchten wir von den anderen Genossinnen der AG Frauen wissen, inwieweit sie hinter der Pädo-Passage des „Peep und Puff"-Artikels stehen. Schließlich wurde der Artikel mit „A G F r a u e n" unterzeichnet.**

**St., U., Fr., Hei.,**
**Schwulengruppe des KB**

# S/M-Debatte – schon wieder?



„*Ist die hohe Zeit der Sterilisationsdebatten? Oder der SM-Diskussionen? So lebhaft die Debatte über diese Fragen geführt wird, geht doch von ihr ein penetranter Leichengeruch aus. – Der AK-Redaktion muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie diese Entwicklung unterstützt und vorangetrieben hat (privilegierter und unkommentierter Abdruck von Leserbriefen zu solch idiotischen Themen wie ‚Zu viert in einem Bett', Forcierung der SM-Debatte etc.)*".

Dies ist ein Zitat aus einem Leserbrief eines Genossen des KB zur Krisendebatte – „Die Scham ist vorbei" von Kl. aus Göttingen (AK 156, S. 62).

Nun, mal davon abgesehen, daß sterilisierte Männer noch lange keine Leichen sind; was daran idiotisch sein soll, wenn Genoss/inn/en auch noch im Bett Genoss/inn/en sind und als solche ihre Probleme lösen wollen, ist uns rätselhaft. Absolut zurückweisen müssen wir allerdings den Vorwurf gegenüber SM-Diskussionen.

Zuletzt wurde dieses Thema vor eineinhalb Jahren im Arbeiterkampf behandelt. Die schwulen Genossen, die damals die Debatte öffentlich gemacht hatten (die AGS - Arbeitsgruppe Schwule im KB) sind jetzt allesamt bei der abgespaltenen Gruppe Z. Aber seit der Neugründung einer „Schwulengruppe des KB" vor fast einem Jahr haben sich anfangs zwei, dann drei Genossen in einer Arbeitsgruppe zusammengefunden, um zum Thema SM zu arbeiten.

Mittlerweile gibt es eine umfangreiche Materialsammlung und mehrere Arbeitspapiere als Ergebnis der Diskussionen während der Zusammenkünfte der SM-Arbeitsgruppe. Diese Papiere wandten sich stets auch an die gesamte Schwulengruppe. Trotz dieser recht effektiven und intensiven Arbeit konnten wir aber keinerlei „Leichengeruch" feststellen.
tensiven Arbeit konnten wir aber keinerlei „Leichengeruch" feststellen.

Aber wir wollen die Argumentation von Kl. nicht ins Lächerliche ziehen. Denn er zeigt hier einen Widerspruch auf, der sicherlich nicht nur für ihn, sondern auch für andere Mitglieder und Sympathisanten des KB zutrifft. Nämlich: dies sei kein Thema für den AK, es mache nur die Verkommenheit der Diskussionsbeiträge im AK deutlich, habe schließlich mit „Politik" im eigentlich Sinne nichts mehr zu tun. Im Gegensatz dazu stehen die Genossen der SM-AG und die Genossen der Schwulengruppe des KB, die sehr wohl hierzu im AK diskutieren wollen.

Trotzdem sind wir Kl. an sich dankbar, daß er sich damals so offen zu dem Thema geäußert hat, denn das macht die Sache besser diskutierbar. Was Kl. stellvertretend für andere in seinem Leserbrief geschrieben hat, ist zwar alles andere als eine sachliche Auseinandersetzung; wir würden ihm auch erstmal unterstellen, daß er noch nie mit einem praktizierenden SMler gesprochen hat. Aber er sagt wenigstens offen, daß er dies Thema im AK nicht diskutiert sehen will. Wir sind da eben anderer Meinung und werden den AK zur Auseinandersetzung auch mit Kl. nutzen.

Eine weitere sehr verbreitete Einstellung (auch im KB) zu SM ist die sog. „Pseudo-Toleranz". Sie geht von einer gerade in „linken" Kreisen ausgeübten verbalen Akzeptierung bestimmter Sexualverhalten aus. Aber eben nur verbal, denn wenn es zur Auseinandersetzung auf theoretischem Gebiet oder zur direkten Konfrontation mit SMlern kommt, zeigt sich die wahre Einstellung. „Laßt mich in Ruhe, ich hab damit nichts zu tun" oder „Macht doch eure Sachen woanders".

Beide Haltungen machen die offensive Auseinandersetzung im AK, die Standpunktbildung in der Schwulengruppe und im KB noch notwendiger. Wir wollen hierzu einen Ansatz liefern. Dies können und wollen wir nicht mit einem riesigen Grundsatzartikel, der ein für alle Mal die Sache klarstellt. Bewußtsein ändern geht ja bekanntlich nicht an einem Tag. Deshalb wollen wir vielmehr dazu beitragen, daß im AK eine Diskussion stattfindet, zu der wir mit unserem erarbeiteten Sachwissen und unserer persönlichen Betroffenheit beitragen.

In diesem ersten Artikel wollen wir etwas über die Schwierigkeiten berichten, die wir als praktizierende SMler im KB haben und eine Diskussion wiedergeben, die während eines Treffens der Schwulengruppe des KB zum Thema SM stattgefunden hat.

### Persönliche Betroffenheit

Es gibt neben der politischen Notwendigkeit, sich über die verschiedenen Arten der Unterdrückung in der Sexualität auseinanderzusetzen, die persönliche Betroffenheit. Zwei Genossen der SM-AG stehen (zumindest innerhalb der Schwulengruppe) ganz offen zu ihrer SM-Sexualität. Beide hatten und haben aber große Schwierigkeiten, auch in der Öffentlichkeit dazu zu stehen.

In einer Diskussion der SM-AG haben wir dies unter dem Begriff des „2. coming out" definiert. Nach dem 1. coming out, öffentlich zum Schwulsein zu stehen, ist das SM-coming out u.E. ungleich schwieriger. Das hängt nicht zuletzt mit den stärkeren Vorurteilen zusammen, die nicht nur in linken Kreisen gegenüber SM bestehen.

Der sehr verbreitete Vergleich von SMlern mit Nazis und Konzentrationslagern ist da nur die Spitze des Eisbergs. Da ist es also nicht verwunderlich, wenn wir linken SMler erstmal davor zurückschrecken, als tendenzielle Faschisten zu gelten.

Außerdem spielt die Angst vor den eigenen Genoss/inn/en eine sehr große Rolle. Die Angst, als SMler abgestempelt zu werden und die guten und freundschaftlichen Verbindungen in und auch außerhalb der Organisation durch ein offenes Bekenntnis zu verlieren. Schließlich bedeuten die Kontakte und Beziehungen zu Genossen und Genossinnen auch einem Schwulen sehr viel.

Letzen Endes haben die beiden „Betroffenen" (eigentlich ein blöder Ausdruck!) Jahre gebraucht, bis sie jetzt in ersten Diskussionen in der Schwulengruppe über ihre Sexualität geredet haben. Das ist ein weiterer Ausdruck der sexualfeindlichen Gesellschaft, die sich besonders verschärft auf diesem Gebiet zeigt.

Und das ist genau das, was wir bekämpfen wollen: Die bürgerlichen Tabus, die benutzt werden zur Diskriminierung von Schwulen im allgemeinen und SMlern im besonderen.

### Auseinandersetzung

Die Gleichsetzung von SM-Sexualität mit Gewalt bzw. faschistischen Allüren schlägt sich trotz aller Klarheit auch bei uns nieder. Aber es ist sehr schwer verständlich zu machen, daß es grundsätzlich andere Voraussetzungen gibt für eine Beziehung zwischen SMlern und der gewalttätigen faschistischen Ausmerzung von Menschen. Bei einer SM-Beziehung spielen Vertrauen und das gegenseitige „Wollen" eine entscheidende Rolle, die nicht gesehen wird. Außerdem spielt sich diese Art von „genehmigter Gewalt" auf dem rein sexuellen Gebiet ab.

Wir wehren uns darum dagegen, mit Faschisten oder ähnlichem gleichgesetzt zu werden – denn genau dieser Vergleich ist der politische Ansatzpunkt, wo die Verhetzung anfängt. Wir haben daher zur Frage der „Gewalt" und zur Frage der Gleichsetzung mit faschistischen Praktiken ausführlich gearbeitet und wollen beides später gesondert aufgreifen.

Aber um überhaupt in eine Auseinandersetzung treten zu können, die nicht einseitig von uns als SM-AG geführt wird, sind Reaktionen von Genoss/inn/en erforderlich. Und das ist ein weiteres wichtiges Problem. Seit über einem halben Jahr arbeiten wir in der AG zusammen; dabei sind insgesamt vier Papiere für die Schwulengruppe entstanden. Diese gingen jeweils mit der Aufforderung an die Genossen, dazu Stellung zu nehmen bzw. ihre Meinung zu den angesprochenen Fragen zu äußern.

Außer einem Genossen hat aber keiner reagiert. Daraufhin wurde ein Treffen der Schwulengruppe ausdrücklich unter dieses Thema gestellt.

In der Diskussion sind wir so verfahren, daß zuerst die Genossen, die nicht in der AG arbeiten, ihre Sicht dargestellt haben und anschließend die drei Genossen der AG begründet haben, warum sie zu dem Thema SM arbeiten bzw. zwei Genossen haben sich konkret zu ihrer Sexualität geäußert.

### Diskussion in der Schwulengruppe

Wir wollen nun auszugsweise aus dem Protokoll dieses Treffens berichten. Wir tun dies deshalb, weil wir meinen, daß in den Darstellungen deutlich wird, wie das Thema selbst unter Schwulen noch völliges Neuland ist.

Auf der anderen Seite haben sich zumindest für die AG gute Ansatzpunkte für die weitere Diskussion ergeben. Als interessantestes Ergebnis stellten wir am Schluß fest, daß fast alle Genossen irgendwelche Gedanken, entweder in ihrer Kindheit oder später, entwickelt haben, die an sich
ken, entweder in ihrer Kindheit oder später, entwickelt haben, die an sich
sehr viel mit SM zu tun haben.

Es wäre sehr aufschlußreich, festzustellen, ob da die Schwulengruppe des KB eine Ausnahme ist...? Auf jeden Fall liegt die Theorie nahe, daß wir SMler diese Gedanken nur konsequenter ausleben als andere.

Im einzelnen äußerten sich die Genossen so zu SM (Auszüge aus dem Protokoll):

*F.*
*hat ein recht distanziertes Verhältnis zu S/M und ein ungutes Gefühl, was den Zusammenhang von Sexualität und Gewalt betrifft. S/M ist eine Form von Sexualität, die gesellschaftlich reproduziert wird und in der Gewalt, Schmerz, Erniedrigung im Herr-Knecht-Verhältnis eine große Rolle spielen.*

*Wie weit geht S/M? Wo hört S/M auf? Wo liegt die Grenze? ... Für F. wird es an bestimmten Punkten besonders kritisch, und völlig unvorstellbar ist es für ihn, daß ein Linker für seine S/M-Phantasien faschistoide Vorstellungen (z.B. KZ-Situation, rassistische Pornos) verwendet.*

*Es sollte hinterfragt werden, wo S/M herkommt (im Gegensatz zur Frage nach der Entstehung der Homosexualität, deren Beantwortung er ablehnt), da Schmerz und Gewalt und das Rollenspiel Herr-Knecht-Verhältnis konkret gesellschaftlich vorhanden sind und sich dort widerspiegeln. F. stellte die Frage, ob auch im Kommunismus S/M-Sex noch vorhanden wäre. Der Schwerpunkt muß sein, die Ursachen von S/M zu bekämpfen, ähnlich den Ursachen von Frust und Alltagsstreß.*

*F. ist jedoch prinzipiell bereit, mit S/Mlern zusammenzuarbeiten, Kampagnen gegen Repressalien gegen S/Mler zu unterstützen, da der Staat kein Recht hat, sich in Sexpraktiken einzumischen, der tagtäglich Gewalt produziert. Solidarität mit S/Mlern ja, dennoch kritisches Hinterfragen der S/M-Sexualität.*

*S.*
*hat noch keine Einstellung zu S/M, weder in die eine noch in die andere Richtung. Er stellt sich die Frage, wo und in welchem Zusammenhang S/M-Praktiken auftreten, und welche Leute S/M praktizieren. Gibt es über-*

**Fortsetzung nächste Seite**

## SM – was is'n das?

Zur Erklärung zitieren wir aus AK 149: Sadomasochismus (SM) ist ein Begriff, der die g e m e i n s a m e n Komponenten des Sadismus und des Masochismus eines Menschen auszudrücken versucht. Der SM-Mensch hat beide Komponenten in sich vereinigt, sowohl den Sadismus als auch den Masochismus. In diesem Begriff wird die sexuelle Lust an der Schmerzempfindung gemeinsam zum Ausdruck gebracht.

„*Bei der Umkehrung (!) des aktiven Ziels des Quälens wird das passive Ziel des Gequältwerdens erreicht. Die Wendung gegen die eigene Person bringt einen Wechsel des Objekts bei ungeändertem Ziel. Der Masochist ist jedoch nur zum Schein unterwürfig. Denn er fordert, daß der andere ihn unterwerfen solle. In dem eigentümlich paradoxen Verhältnis zwischen dem Sadisten und dem Masochisten ist es also der Masochist, der befiehlt, während der Sadist, der Quälende, eigentlich nur den unausgesprochenen Befehl des Masochisten ausführt... – Der Außenstehende begreift nur schwer, daß der Fokus (Brennpunkt, Anm.AK) des sexuellen Sadomasochismus weniger auf Schmerzzufügung und Schmerzduldung als auf die symbolische Darstellung der Machtbeziehung ausgerichtet ist. Wichtiger ist beim Masochismus das Sich-selber-aufgeben, das Sich-ausliefern, der Verzicht auf das eigene Recht, während es beim Sadisten auf die Besitzergreifung, die absolute Herrschaft über ein anderes Wesen ankommt. Dabei spielt der Schmerz eine geringere Rolle als Scham. Worte wie Pranger, Richtholz, Schafott, Schambock, Schandpfahl, die immer wieder im sadomasochistischen Vokabular auftauchen, sind nur dann verständlich, wenn man Scham und Beschämung als Brennpunkte der Algolagnie (Schmerzgeilheit, Anm. AK) erfaßt*" (E. Bornemann, Lexikon der Liebe, Band 4, S. 1191f.).

Fortsetzung von vorheriger Seite

*haupt eine Trennung zwischen S/M-Sexualität und Nicht-S/M-Sexualität? Sexualität spiegelt die gesellschaftlichen Zustände wider, es besteht ganz klar ein Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Sexualität. Er könnte sich vorstellen, daß S/M bedeutet, sich mehr in Abhängigkeit zu geben. S/M ist eine offene Form von Abhängigkeit. S. findet dies ganz angenehm, je nach seiner Grundstimmung. Alle, die kein S/M praktizieren, sind von daher sehr unoffen mit ihrer Sexualität, denn die Abhängigkeiten bei Nicht-S/M werden kaschiert, Sexualität hat hier was mit Emotionen und Gefühlsduselei zu tun. Bei S/M-Praktiken wird die Abhängigkeit offen gezeigt und sich nicht dahinter versteckt. So befindet sich S. in einem persönlichen Widerspruch, da er eine Form der Sexualität betreibt, die die Abhängigkeit kaschiert.*

*Sich als S/Mler zu bezeichnen, würde S. als Steigerung des Coming outs bewerten und damit der These des 2. (S/M) Coming out beistimmen. Die Übergänge von Nicht-S/M zu S/M sind auf jeden Fall fließend. Als Kind hat es ihm Spaß gemacht, beim Indianerspielen oder ähnlichem gefesselt und geknebelt zu werden, wobei er dabei auch sexuelle Wünsche hatte (z.B. man würde ihm doch an den Schwanz fassen).*

*U.*
*empfindet S/M als sehr vielschichtig; z.B. die Lederkleidung, das Bild vom harten Mann, „dirty sex" (Urin und Kot): Sachen, die für ihn nicht unbedingt mit Unterdrückung zusammenhängen. Früher hat er sich beim Onanieren selbst Schmerz zugeführt und empfand das Schmerzgefühl als recht aufgeilend. Obwohl er Schmerzzuführung als geile Athmosphäre empfinder, kann er dies inzwischen jedoch nicht mehr gut finden. Er lehnt diese Stimulanz für sich jetzt ab; nicht aus schlechtem Gewissen, sondern aus der besseren Einsicht und der Zuwendung zu einer positiveren Einstellung. Die ideale Sexualität ist für ihn dann gegeben, wenn keine Unterdrückung und Gewalt in der sexuellen Handlung mitspielt. Dennoch ist U. nicht total weg von den Phantasien, hat sie heute nur ab und zu, während er sie früher regelmäßig hatte. Gewaltphantasien hat er jedenfalls länger als schwule Phantasien.*

*Die Lust am Schmerz und der Gewaltzuführung sollte überwunden werden; nicht auf der Ebene der Tabuisierung, sondern über intensive Diskussionen der gesamten menschlichen Beziehungen. Gewalt in der Sexualität verschwindet, wenn die Gewalt in der Gesellschaft verschwindet. Grundsätzlich macht er jedoch einen Unterschied zwischen der gesellschaftlichen Gewalt und der Gewalt, die in einer S/M-Beziehung angewandt wird.*

*D.*
*hat selbst noch widersprüchliche Ge-*

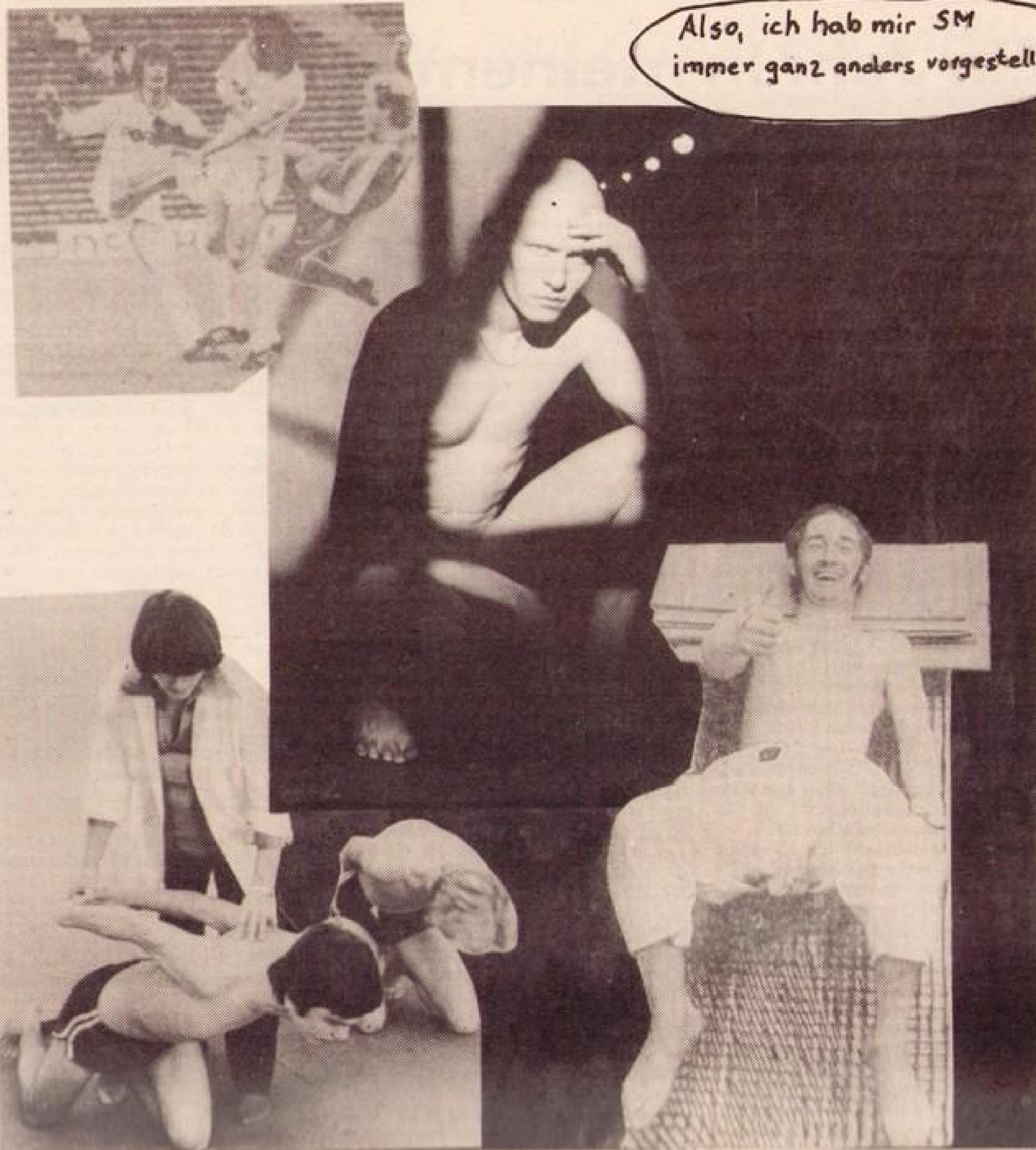
*D.*
*hat selbst noch widersprüchliche Gedanken zu S/M. Er hat masochistische Vorstellungen beim Onanieren, schreckt jedoch bei Darstellungen von bestimmten S/M-Praktiken zurück (s. AK 149).*

*Als positiv empfindet er die Direktheit und Offenheit von S/Mlern und wie sich dies in der Praxis niederschlägt. Die Kluft zwischen Phantasie und Wirklichkeit ist nicht so groß, S/Mler kommen ihren Phantasievorstellungen näher als andere. Jedoch hat er manchmal den Eindruck, daß S/Mler sich in der S/M-Szene ihre durch ihr Schwulsein verlorengeglaubte Männlichkeit zurückholen wollen. S/M ist wie alle anderen Sexualpraktiken ein Ausfluß des Systems, jedoch viel weniger offensichtlich als bei anderen Sexualpraktiken und -beziehungen. In der Normalehe wird das Dominanzverhalten des Mannes viel deutlicher als in einer S/M-Beziehung. Ähnlich wie S. hat auch D. Indianerspiele mit seinen Freunden gespielt. Sie haben sich gegenseitig gefesselt und ausgepeitscht, was ihm auch gewissen Spaß bereitete. Z.T. kamen auch sexuelle Wünsche und Phantasien durch.*

*K.*
*stellt sich die Frage, wo S/M anfängt und wo es aufhört. Vor einer intensiven S/M-Diskussion müßten die Begriffe erstmal einheitlich geklärt werden, denn für einen S/Mler bedeutet Schmerzzuführung etwas anderes als für ihn. Er akzeptiert Schmerz als Stimulanz, nicht aber als Pein. K. hat Angst vor dem völligen Ausgeliefertsein, hat jedoch Spaß an Masochismusvorstellungen, am Gefesselt-sein und dem Sich-völlig-hingeben. Ein gewisser Masochismus und auch Schmerzzuführung bis zu einem gewissen Grad machen ihm Spaß, er hat aber Angst vor der Stigmatisierung als S/Mler. Er will keine Gewalt praktizieren und empfangen, hat aber dennoch Phantasien von Abhängigkeit, die er ausleben möchte.*

Nach dieser ersten Runde in der Diskussion haben wir festgestellt, daß fast jeder S/M-Phantasien und masochistische Gedanken hat, die aber noch lange nicht ausgelebt werden. Dies ist eine direkte Folge der Unterdrückung und Tabuisierung ähnlich der Homosexualität in dieser Gesellschaft. Interessant ist die Tatsache, daß „S/M-Spielchen" in der Kindheit relativ weit verbreitet waren, daß sie fast jeder von uns mit ambivalenten Gefühlen erlebte, sexuelle Phantasien und Wünsche dabei entwickelte, die aber heute weitgehend zensiert, verdrängt und tabuisiert werden. Während Indianerspiele und „Folterspiele" bei Kindern geduldet werden, werden eben diese Spiele z.B. in S/M geächtet und zur krankhaften Perversion abgestempelt.

Wir geben jetzt Protokollauszüge von den Genossen der SM-AG wieder.




*H.*
*Als Kind hat er auch ähnlich wie D. und S. Indianer- und Fesselspiele gespielt, die ihn sehr gereizt haben, aber die er nur mit denen spielen konnte, zu denen er schon Sympathien und ein gewisses Vertrauen hatte. Mit 18/19 hat er die ersten S/M-Magazine kennengelernt, die ihn sofort fasziniert haben. Anhand dieser Magazine hat er für sich selbst verwirklicht, was er bis heute autosexuell fortsetzt. Zunächst hat er jedoch auf Kontaktanzeigen geantwortet, ist mehrere Briefwechsel mit S/Mlern eingegangen und hat so Einblick in die S/M-Szene erhalten. Die ganzen Rituale, Verhaltensmuster und Rollenverhalten bei S/M sind ihm so klar geworden. Die sich hieraus später ergebenden S/M-Bekanntschaften waren anfangs nicht anonym oder gefährlich. Erst in den USA hat er auch anonymen Sex mit S/Mlern gehabt. Diese Anonymität hatte zwar ein gewisses Prickeln erhöht, aber danach leicht beängstigend gewirkt.* (Zur Erläuterung: Unter „anonymem Sex" ist die nicht nur unter S/Mlern oder Schwulen übliche Form der heimlichen Partnersuche in Parks, Bars oder Klappen zu verstehen, die in meist nur einmaligen Sexualkontakten enden – eben anonym, ohne Namen, ohne Kennenlernen.)

*H. hat kein schlechtes Gewissen wegen seiner Art der S/M-Sexualität, sondern nur eine Abwehr, gegenüber anderen Menschen von dieser Sexualpraktik zu berichten bzw. dazu zu stehen. ... Inzwischen lehnt er es ab, sich zu rechtfertigen, weshalb er diese Phantasien und Wünsche hat, genauso wie er es ablehnt, zu begründen, weshalb er schwul ist. ... Die Äußerungen der anderen Genossen über ihre Phantasien haben ihm eine neue wertvolle Grundlage gegeben: er steht mit den S/M-Phantasien nicht alleine da.*

*P.*
*Seine Motivation, über S/M zu arbeiten, lag primär darin (nach der letzten Auseinandersetzung im AK über S/M]*

*P.*
*Seine Motivation, über S/M zu arbeiten, lag primär darin (nach der letzten Auseinandersetzung im AK über S/M] einen Standpunkt dazu zu finden, nachdem er in Diskussionen mit Frauen festgestellt hatte, wie wacklig seine Argumentation bzgl. S/M war. Doch während der Auseinandersetzung mit S/M hat er festgestellt, daß ihn S/M über die inhaltliche Beschäftigung hinaus fasziniert und anregt. Während ihn Abbildungen von Geräten und S/M-Utensilien in Zeitschriften recht wenig aufgeilen, so üben doch Zeichnungen und bildhafte Darstellungen genauso eine Faszination auf ihn aus wie das Beißen und Gebissenwerden, das Kneifen und Gekniffenwerden. In seinen Phantasien spielt sich zwar keine Gewalt ab, doch tauchen in ihr schon Ledertypen und harte Männer auf, deren Anblick ihn dann weiter aufgeilt. Auch gibt er sich gerne einem totalen Masoverhalten hin und könnte in diesem Zustand zerfließen, während sein Sexpartner ihn „bedient".*

*einem totalen Masoverhalten hin und könnte in diesem Zustand zerfließen, während sein Sexpartner ihn „bedient".*



*N.*
*Seine erste S/M-Beziehung war in diesem Jahr. Dennoch wurde eine andere Beziehung intensiver, obwohl diese erst danach begann und sich in dieser jetzigen Beziehung kein S/M abspielt. Seit ungefähr 15 hat N. S/M-Bedürfnisse (als Kind hat er sich gerne fesseln lassen) und schon ab diesem Alter hat er angefangen, sich Utensilien zu beschaffen und sich öfter selbst zu fesseln. Es war dann mit seinem schwulen Coming out immer stärker der Wunsch da, mit einem anderen partnerschaftlichen S/M zu betreiben, da das eigentliche Gefühl der Unterwerfung und des „Ausgeliefertseins" allein nicht herstellbar ist. Einmal hat er S/M mit einer Freundin problematisiert. Das endete jedoch für beide mit ziemlichen Widersprüchen. – Ihn hat dies in dem Eindruck verstärkt, er sei pervers veranlagt. Die Vorstellung, allein mit diesem Problem dazustehen,*

*chen Widersprüchen. – Ihn hat dies in dem Eindruck verstärkt, er sei pervers veranlagt. Die Vorstellung, allein mit diesem Problem dazustehen,*

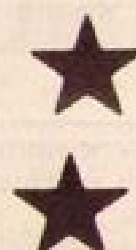
*förderte diese Vorstellung noch. Daher gab ihm auch das Gespräch mit Genossen recht viel, die über ihre Phantasien und Erlebnisse berichteten. Für N. wäre es interessant zu erfahren, wie die Phantasien von Leuten außerhalb des Kreises aussehen.*

*Das S/M-Coming out empfindet N. als schwieriger als das schwule Coming out, da gerade in der linken Szene massive Vorbehalte gegenüber S/M bestehen, während Schwulsein allgemein hier akzeptiert wird. Zu Beginn seiner S/M-Praktiken bestand immer Angst, innerhalb der Wohngemeinschaft „entdeckt" zu werden. Bis jetzt hat er mit seinen WG-Gen. auch nicht über seine Sexualpraktik gesprochen. Erst durch die Arbeit mit den Genossen in derS/M-AG und durch die Beziehung zu seinem S/M-Freund hat er auf diesem Gebiet eine starke Entwicklung in der letzten Zeit machen können. Dennoch hat er Schwierigkeiten, in einem AK-Artikel offen über seine S/M-Praktiken und über seine persönliche „Betroffenheit" zu schreiben. Sein hauptsächlicher Widerspruch liegt hier dabei, seine Gedanken und Erfahrungen zu S/M mit seinem kommunistischen Anspruch bzw. seinem politischen Anspruch in Einklang zu bringen. Ist es wert, diese „Bettgeschichten" in den AK zu bringen? Es erfordert für ihn sehr große Anstrengung, diese S/M-Problemdarstellungen immer wieder politisch zu rechtfertigen, denn er kippt immer wieder leicht um und erachtet S/M-Arbeit als relativ untergeordnet gegenüber z.B. Antifa-Arbeit.*

*Anonyme S/M-Beziehungen hat er noch keine gehabt; davor hat er auch ein bißchen Schiß, kann sich aber vorstellen, daß Anonymität das Prickeln erhöht.*

Soweit die Auszüge, die auch als Anregungen zur weiteren Diskussion verstanden werden sollen. Wir sind jedenfalls gespannt auf Stellungnahmen und sonstige Reaktionen. Dies soll erstmal als Einstieg genügen. Wir haben uns als nächstes Thema im AK vorgenommen, etwas über den angeblichen Zusammenhang von S/M und Faschismus zu schreiben.

**Bis dahin grüßt**
**zart oder hart**
**duftig oder deftig**
**mild oder wild**
**Kuß und Schluß**
**die S/M-Arbeitsgruppe der Schwulengruppe des KB – N., P., H.**





**Eine gelungene Aktion ...**

Köstlich kostümierte Mitglieder Hamburger Schwulen-Gruppen veranstalteten am 15. November in der Hamburger Innenstadt ein Happening, das viele Menschen amüsierte und begeisterte.

Anlaß (wie auf dem Bild zu sehen) war der Besuch des Eiligen Vaters in der BRD, der bedauerlicherweise die Hansestadt mied.

# Ein Jahr in meinem Leben mit S.



Ein Jahr ist S., unser Kind, jetzt auf der Welt. Ein Jahr hat es gedauert, bis ich endlich in der Lage war, Bilanz zu ziehen. Damit meine ich, e h r l i c h Bilanz zu ziehen, zuzugeben, daß unser Kind ein ungewolltes Kind war.

Ich konnte einfach nichts mit ihm anfangen. Ständig war ich genervt. Sein Schreien — ich habe oft gewünscht, daß ein Knopf an ihm wäre zum „An- und Abstellen", wohl eher zum „Abstellen".

Er war oft so unglücklich, meine Ablehnung hat er wohl deutlich gespürt. In der Ini das „Problemkind", oder eher ein Kind mit problematischen Eltern. Nach der Geburt, ich war froh, wenn ich weg konnte — krank war. Ich brauchte meine Krankheiten und Termine auch, um nicht meiner „Pflicht als Mutter" nachkommen zu müssen, nämlich was mit S. zu machen. H. (mein Freund) war in der Regel zur Stelle. Er hat sich liebevoll gekümmert und „einigermaßen" gut in seiner „Rolle als Mutter" funktioniert. Doch auch H. hat damit seine Probleme. Doch beim Typen fällt's ja nicht so auf. Bei ihm ist es schon etwas „Besonderes". Wenn eine Frau als Mutter nicht „funktioniert", ist das dann schon eher Gesprächsstoff.

Angefangen hat alles mit dem Tag, an dem ich von meiner Schwangerschaft erfuhr, es war im fünften Monat. Spontane Reaktion war, ich will das Kind nicht. Doch ich hatte tierische Angst vor einer Abtreibung. Gedanken, was läuft, wenn das Baby da ist, habe ich mir so gut wie keine gemacht. Nur ganz kurze, in der ebenso kurzen Zeit, wie ich mich entscheiden mußte. Dann habe ich verdrängt, bis S. auf der Welt war.

Ich hatte Kaiserschnitt, womit ich lange vor H. „krank" spielen konnte. H. hat dann gleich von Anfang an immer was mit S. gemacht.

Ich war meist nur genervt, wenn ich dann doch mal meinen Ansprüchen (was mit S. zu machen) nachgehen wollte. Nachts, wenn S. wach wurde, ist meistens H. aufgestanden. Ich war nur „bedient" und habe gedacht, „welches Recht" hat S., mich nachts zweimal aus dem Schlaf zu holen. Schlimmer war es für mich dann noch, als ich wieder arbeiten mußte.

S. wurde älter und seine Ansprüche an uns größer. Ich habe es immer weniger gepackt. Ich war froh, wenn ich zum Termin abhauen konnte. Doch damit wurden die Probleme natürlich eher größer. Das schlechte

natürlich eher größer. Das schlechte
Gewissen hat gedrückt. Ich habe mir immer gedacht, irgendwann mußt du alles jemandem erzählen. Ab und zu habe ich mal hier und dort ein „Bröckchen an Problem" hingeschmissen. Dann wurde mal kurz diskutiert und mein Gewissen war erstmal wieder ein wenig bereinigt. Doch all die „Erfolge" waren wegen meines Opportunismus immer nur von kurzer Dauer. Ich hatte auch ständig Angst, wenn ich ein Wort zuviel sage; fängt irgendjemand an, intensiver nachzuhaken, und sie hätten rausbekommen, daß S. ein ungewolltes Kind ist. Ab und zu habe ich allerdings schon mal gedacht, daß „die" nichts merken? ... Wie ich mich kenne, hätte ich allerdings auch mit totaler „Abwehr" reagiert. Mit H. mochte ich auch nicht darüber reden. Er ist doch ziemlich gut als Papi. Ich glaubte, ihn mit dem „Bekenntnis" total unter Druck zu setzen. Er hat doch schließlich alles gemacht, was eigentlich auch meine Aufgabe gewesen wäre. Aber ich hatte auch Angst, daß H. „es" öffentlich macht. Durch diese Unehrlichkeiten hat sich bei uns in der Beziehung der blanke Opportunismus breit gemacht, was unserer Beziehung und der zu S. einige Sprünge verpaßt hat. Hier hatte sich bei mir die Eifersucht auf S. „eingeschlichen". S. wollte natürlich auch fast immer nur zu H.. Wegen meiner „Abwehr" wollte S. von mir bald auch nichts mehr wissen. So war ich also sauer auf beide.

Monat für Monat habe ich weitergeschwiegen. Mir war so im „Unterbewußtsein" eigentlich immer einigermaßen klar, daß das nur im totalen Chaos enden kann, wo S. am Ende kaputt ist und H. und ich genauso.

Dazu kam, daß ich in der Ini von einem Vater (übrigens ein Genosse) noch zusätzlich durch die Scheiße gezogen wurde, weil S. immer Schnupfen hat, HIPP-Brei ißt, nicht gestillt wurde ...,„und dann ist die Mutter auch noch politisch aktiv". Die Angriffe galten immer mir als Frau (frei nach dem Rabenmutterprinzip). H. wurde niemals angesprochen. (Betreffender Genosse wird sich wohl jetzt in die Hände klatschen). Ich war nur noch damit beschäftigt, mich zu verteidigen. Im Elternkreis hätte ich es nicht mehr gepackt, die Sachen offen anzusprechen. Im Stillen habe ich es H. auch immer übelgenommen, daß er mich bei diesen Angriffen niemals öffentlich unterstützt hat. Obwohl andere Genossinnen mir beistanden, so fühlte ich mich trotzdem von H. alleingelassen. Seine Unterstützung war mir besonders wichtig.

Mit den ganzen Ansprüchen in meiner politischen Arbeit gings dann langsam auch bergab. Eigentlich wollte ich immer Frauenarbeit weiter machen, auch wenn S. da ist. Ich war immer so einigermaßen aktiv und habe gedacht, ich kann so weitermachen wie bisher. Ich wußte zwar von anderen Eltern, daß es so nicht läuft, aber wahrhaben wollte ich es nicht. Ich hab auch gedacht, so viele Mütter geben „alles" auf, sie sind „nur noch Mutter". Mir war klar, daß ich das „so" nicht aushalte. H. hat auch immer gesagt, daß er es wichtig findet, daß ich meine Arbeit weitermache. In dieser Sache hat er mich auch wirklich nach s e i n e n Kräften unterstützt. In der Regel machen ja immer die Väter die „große Politik" weiter im KB. Ich bin da schon ein bißchen stolz auf H. Doch hat das leider auch dazu geführt, daß wir unsere Widersprüche „verschluckt" haben und uns immer auf dieser Art von „Knüllern" ausruhten.

Ich bin selber nicht damit klar gekommen, daß ich als Mutter so „versage". Der Höhepunkt all dieser Probleme war unser gemeinsamer Urlaub mit S. Ich dachte so bei mir, gemeinsam mit S. im Urlaub, nicht zur Arbeit, da würde sich unser Verhältnis schon verbessern. Doch so lief es natürlich nicht. Überwiegend war wieder H. mit S. zusammen. Ich hatte auch keinen Bock auf S. und wäre lieber mit H. allein in den Urlaub gefahren. Ich bin absolut nicht damit fertig geworden, 24 Stunden mit Kind. Mir hat's gereicht.

Heute ist mir klar, daß es so wohl auch die denkbar schlechteste Lösung war. Hier stand ich ständig unter dem Druck, nicht von den anderen Miturlaubern in meiner „Unfähigkeit", mit Kindern umzugehen, entdeckt zu werden. Diese haben allerdings schon bemerkt, daß bei mir irgendwo der Hase im Pfeffer liegt. Sie haben's natürlich auch angesprochen. Aber durch meine ganze Unehrlichkeit war in S. und in

ganze Unehrlichkeit war in S. und in
meinem Sinne keine Lösung möglich. Wir haben's im Sinne der anderen Genossen „geklärt", formale Regelungen getroffen (z.B., daß H. und ich morgens abwechselnd aufstehen, damit mal einer von uns auspennen kann), damit es den Anschein erweckt, es wäre jetzt alles klar zwischen mir und meinem Kind. — „Bloß keine Clinche im Urlaub" —

In der Ini ging es S. aufgrund unserer Probleme oftmals schlecht. Es sollten zig Male Elterngespräche stattfinden. Ich war froh, daß sie immer ausfielen, um so dem „Entdecktwerden" zu entweichen. Für S. war's große Scheiße, das ist mir heute klar. Es ist mir an unserem Beispiel ziemlich klar geworden, daß die Erzieher in Initiativen große Schwierigkeiten haben, an die „häuslichen Probleme" der Eltern ranzukommen.

Zur politischen Arbeit muß ich noch sagen, daß ich sie oft gegen S. ausgespielt habe. Früher habe ich oft zu H. gesagt, ich muß mich mal zwei Stunden an den Schreibtisch setzen. Tür zu und los ging's. Heute sage ich das auch zu H. Bloß mit dem Unterschied, daß ich bei mir im Zimmer rumhänge und eigentlich bloß Pause von S. haben wollte. H. hat mir jetzt erzählt, daß er sich davon sehr angeschissen fühlt. Mit dem Argument der politischen Arbeit schiebe ich S. ab, um zu pausieren. Und das sage ich noch nicht mal ehrlich.

## Lang dauert's, das Maul zu öffnen

S. war 14 Tage bei meiner Mutter, da die Ini zuhatte. Er hatte 14 Tage Einzelbetreuung, viel viel Liebe und Zärtlichkeit. S. ging es also prächtig, als er wieder in die Ini kam. Er hat sehr viel Selbstbewußtsein gewonnen, sich mit einem anderen Kind angefreundet und ist auch nicht mehr so auf Erwachsene fixiert. Das hatte auch wie derum dazu geführt, daß S. zuhause total gute Laune hatte, trotz meiner oftmals schlechten. Er ist von selber auf mich zugekommen, wollte endlich auch mal zu mir. Ich dachte so bei mir, daß ich jetzt eigentlich ziemlich klar sehe, was er bei meiner Mutter hatte und bei mir nicht. Da ich mir sehr wünsche, daß sein Zustand von langer Dauer ist und S. ja auch schließlich ein Recht darauf hat, daß es ihm gut geht, bin ich endlich mal darauf gekommen, darüber nachzudenken, daß bei uns wohl einiges radikal verändert werden muß. In diesen Tagen hatte ich auch gemerkt, daß ich S. sehr gerne habe, aber eine Beziehung nicht vorhanden ist. Es bedarf also einiger Diskussionen, um Bedingungen für uns zu schaffen, die es überhaupt ermöglichen, „ungehindert" auf S. eingehen zu können „und ihm ein Zuhause aufzubauen, wo er sich wirklich wohl fühlen kann. Wir haben jetzt auch sehr liebe Genossinnen und Genossen gefunden, die uns unterstützen. Allein sahen wir uns hierzu wirklich nicht mehr in der Lage. Gerade wenn frau und man mit Kind allein wohnen, werden viele Widersprüche nicht erkannt. Hier mußten wir auch feststellen, daß wir in unserer „Familie" schon ziemlich isoliert waren, was die Situation meist noch verschlimmert.

Zuerst bin ich ziemlich zusammengebrochen bei all diesen Überlegungen. Ich habe gedacht, wie ist ein Mensch bloß dazu in der Lage, sich so etwas vorzumachen und vor anderen stilles Glück und trautes Heim vorzuspielen (sind natürlich manchmal „heimliche Wünsche") und das ein ganzes Jahr lang auf Kosten von S.

In den Diskussionen mit Erziehern und Genossen hat es eigentlich nie ehrliche Ausgangsbasen gegeben, da ich und auch H. die Dinge nie öffentlich gemacht haben. Diese ganzen Umstände und der immer stärker werdende Druck haben mich endlich dazu veranlaßt, unsere Situation mit anderen Genossinnen und Genossen zu diskutieren. Zuerst hatte ich ja auch ganz schön „Schiß", alles auszupacken, aber so spontan hatten wir auch gar keine Leute.

Das hat auch dazu geführt, daß in unserer Beziehung das Licht wieder angegangen ist. Viele Fragen über uns und unser Kind haben wir ja lange „verschluckt". Dafür konnten wir an unwesentlichen Fragen übelste Streite entfachen. Z.B. hat H. seinen Kummer immer in halben Litern ertränkt. Daß er trinkt, darüber sind mir häufig die Nerven geplatzt (was natürlich nicht i m m e r falsch ist), aber warum, das haben weder er noch ich uns gefragt. Wir haben nie überlegt, daß wir beide Probleme mit unseren „Rollen" haben und uns darüber eigentlich auseinandersetzen können müßten. Wir haben uns nur noch angemacht. H. hat auch nie seine anderen Bedürfnisse angesprochen, geschweige denn in die Tat umgesetzt. Wenn er Termin hatte und ich gesagt habe, ich muß aber auch weg, bin ich gegangen und er hat seinen Ärger „geschluckt". Von der Manier her wohl typisch mackerhaftig. Oft habe ich mich ertappt, daß ich mich eher mit seinen als mit meinen Problemen beschäftigt habe.

Dazu kommt, daß wir wenig Zeit füreinander haben. Wir arbeiten beide. Abends sind wir oft viel zu gestreßt, um noch dicke Debatten zu führen. Wir schaffen's dann knapp, noch die Initiativensachen zu regeln. Oder wir haben uns erst spät abends im Bett getroffen, aber nur noch, um frustriert die Köppe aneinanderzulegen. Es hat so allein in unserer Beziehung eigentlich nie eine Zuspitzung der Probleme stattgefunden. Ich hatte auch immer Angst davor, oder besser gesagt, Angst vor den Konsequenzen.

Manchmal denk ich, daß es fast unvereinbar ist, daß beide voll arbeiten, ein Kind haben und dann noch Termine.

Aber noch ätzender ist, daß kaum Diskussionen zwischen den Eltern stattfinden, wo über die Probleme geredet wird. Im Gegenteil, es ist eher Konkurrenz vorhanden. Keine/r mag ehrlich über seine Probleme und Erziehungspraktiken reden. Jede/r meint, er packt's am besten mit seinem Kind. Bloß keine Probleme durchschimmern lassen. Doch wer in dieser Gesellschaft (und im KB) wagt, sich hinzustellen und zu behaupten, seinem Kind geht's am besten und im KB gibt es heute auch keine „kaputten" Kinder mehr, da muß ich sagen, dem nehm ich nicht ab, daß er ehrlich ist. Gerade wenn man unsere Babygruppen sieht, kann man behaupten, daß es fast eine Anmaßung ist, von unseren „oh so prächtig gedeihenden Kindern" zu reden. Dort liegen, wie wohl in jeder Kindergeneration, sehr viele Probleme begraben.

Jetzt werden sich wohl viele Leute fragen, wie wir gedenken, unsere Probleme zu lösen. Da kann man nur erstmal sagen, daß wir angefangen haben zu diskutieren und hierbei eine längerfristige Unterstützung gefunden haben. Und daß wir versuchen, uns nicht mehr in Konkurrenz zu anderen Eltern zu sehen. Klar ist wohl, daß es ein längerer Prozeß ist, aber daß auch sofortige Konsequenzen in Angriff genommen werden müssen. Auf jedenfall geht's mir durch die Diskussion schon um einiges besser und einiger Druck ist weg. Das merkt frau/man auch an unserem Quitschie. Daß es bei solchen Diskussionen „Höhen" und „Tiefen" gibt, ist wohl auch ziemlich klar.

So, von diesem Artikel soll sich kein Elternteil angemacht fühlen, es soll sich keiner aufgefordert fühlen, sich über uns und unser „ungewolltes Kind" das Maul zu zerreißen, sondern alle Eltern und Kinderfreunde sollen es als Aufforderung betrachten, ehrlich über ihre Probleme und Erziehungspraktiken zu reden und darüber eine breite Debatte im AK zu entfachen.

**Br., eine Müttergenossin**

## Kinder- und Jugendbuchausstellung in Frankfurt:

# Vorsicht ist geboten!

Am 1. November wurde im Frankfurter Römer die 20. Kinder- und Jugendbuch-Ausstellung eröffnet. Träger dieser Ausstellung, die von vielen Eltern, Lehrern und Schulklassen, Kindern und Jugendlichen besucht wird, sind das Jugendamt, das Stadtschulamt, die Stadtbücherei, der Stadtelternbeirat und der Hessische Verleger- und Buchhändlerverband. Die Ausstellung umfaßt etwa 750 Titel, die in einem Katalog, den jede(r) Besucher(in) kostenlos erhält, zusammengefaßt sind.

Die Ausstellung, die immerhin 4 Wochen dauert, hat für den Kinder- und Jugendbuchsektor, für die Bewußtseinsentwicklung der Kinder und der Jugendlichen in Frankfurt eine nicht unerhebliche Bedeutung. In diesem Jahr war ich in diesem Zusammenhang und nach dem Münchner Anschlag, nach der Sochatzky-Studie über die große Sympathie vieler Jugendlicher für die faschistische Propaganda der WSG und der VSBD (die hier in Frankfurt ein Zentrum haben), den Anschlägen auf Ausländerheimen und und und, von der Annahme ausgegangen, Bücher zum Thema Neofaschismus zu finden.

Aber für die Träger dieser Ausstellung scheint in diesem Jahr überhaupt nichts passiert zu sein! Waren im vorigen Jahr noch 3 Titel (PDI-Bericht 79 zu neonazistischen Aktivitäten; ‚Neofaschismus' von Jan Peters; Pomorin ‚Die Neonazis') auf der Ausstellung, so sind es in diesem Jahr sage und schreibe — K E I N E !

Dafür wurde andererseits Ausgleich geschaffen: Empfohlen werden zum ersten Mal: Franz-Josef Strauß mit „Gebote der Freiheit" und Helmut Schmidt mit „Unser Kurs heißt Frieden". Solche Titel habe ich in keiner Jugendbuchhandlung bzw. Jugendbuchabteilung gesehen. Allzu deutlich spiegeln sich hier Partei-Interesse, Proporz und eine Sichtweise etablierter Kulturverwalter, die die Interessen der Kinder, der Jugendlichen Hintenanstellt.

Empfohlen wird außer Strauß und Rudolf Walter Leonhardt: Lieder aus dem Krieg. Zuerst vermutete ich: Aha, antimilitaristische Lieder usw.; wenigstens etwas Gutes! — Aber weit gefehlt: Eine Sammlung militaristischer und faschistischer Lieder, frauenfeindlicher und ekelerregender Kotz-Verse. Das ganze ummäntelt mit dem Flair der Objektivität, umfassenden Sicht und Wissenschaftlichkeit: „*Der Zweite Weltkrieg ist ein Teil unserer jüngsten Geschichte — sollten wir die vergessen? Die Lieder sind ein Teil des Zweiten Weltkrieges, ein Teil, der sich dadurch auszeichnet, daß er weniger widerwärtig ist als andere Teile und daß er interessante, unverfälschte Informationen enthält*" (S.12).

Eine kleine Auswahl: Lied der „Legion Condor", Stuka-Lied, Kreta-Lied, „Bomben auf Engelland". Im Kapitel „Obszönitäten und Blödeleien" bemerkt der von den Veranstaltungsträgern zum Jugendbuchautor gekürte: „*Manchmal erinnert mich die Obszönität mancher Soldaten an die zerstörerische Pseudo-Emanzipation mancher Frauen von heute: Macht kaputt, was euch kaputt zu machen droht*"... Kaputter gehts nicht mehr! Und dann wird im Versmaß „*der Schwanz rausgerissen*", „*das Nümmerchen geschoben*", „*gerumst*", „*dem Mädchens Loch verschmiert*"..

Ich war heilfroh, daß noch andere Kollegen diese Dinge bemerkt haben. Diese Schweinerei muß für die Verantwortlichen Folgen haben!

Ein Buchhändler aus Frankfurt

## *Kongreß »Frau und Sucht« vom 27. - 30. Oktober in Saarbrücken*

# *»Die Herren Wissenschaftler wissen nicht, was das Weib will!«*

Die diesjährige „wissenschaftlich-praktische Fachtagung" der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren (DHS) zum Thema „Frau und Sucht" fand in der Öffentlichkeit große Beachtung. In der DHS sind fast alle bürgerlichen Koryphäen für Drogenprobleme organisiert, und ihre Kongresse beeinflussen in starkem Maße bundesweit die offizielle Meinungsbildung. Zudem haben Drogen- und Suchtthemen zur Zeit sowieso Hochkonjunktur, auch das diesjährige Thema scheint ein ganz besonderes Interesse geweckt zu haben.

Denn obwohl inzwischen allgemein bekannt sein dürfte, daß bei der steigenden Anzahl von Drogenabhängigen gerade Frauen einen immer größeren Anteil stellen, gibt es hierzu bislang kaum wissenschaftliche Untersuchungen. Dabei sprechen schon die offiziellen, allerdings mit Vorsicht zu genießenden Zahlen für sich: Über 400.000 der ca. 1,8 Millionen bundesdeutschen Alkoholabhängigen sind Frauen, bei den Medikamentenabhängigen (ca. 500.000) stellen Frauen gar Zweidrittel der Betroffenen und bei Heroinabhängigen wird vermutet, daß ca. ein Drittel Fixerinnen sind, wobei regierungsamtlich als Gesamtzahl 60.000 gehandelt wird, realistischerweise jedoch von 160.000 auszugehen ist.

### Akademische Chauvis

In Saarbrücken versuchten nun über 700 Therapeuten, Mediziner usw. aus dem gesamten Bundesgebiet, die Ursachen und Hintergründe für das sog. weibliche Suchtverhalten etwas aufzuhellen. Die Ergebnisse sind in der Tat sehr bemerkenswert.

Vor allem drei „Drogenpäpste" taten ihr Bestes, der bislang ahnungslosen Öffentlichkeit eine Erklärung dafür zu liefern, warum in dieser Gesellschaft gerade Frauen immer mehr zur Flasche, zur Pillenpackung oder auch zur Fixe greifen.

Ein Prof. Dr. med. Wanke, Direktor der Nerven- und Poliklinik der Uni Homburg/Saarland, erzählte in der Eröffnungsrede: *„Die Frau mit ihrer Emotionalität und Sensibilität stellt eine Grundfeste unserer Gesellschaft dar"*, um dann auszuführen: *„In bestimmten Bereichen des Gehirns könne frau leider nur mit einer geringeren Hirnleistung aufwarten, sie produziere im Gegensatz zum Mann zyklische Sexualhormone, ihre Alkoholverträglichkeit stehe etwa im Verhältnis 1 : 3 zum Mann, außerdem reagiere frau viel eher psychosomatisch. Es gebe biologische Unterschiede, die wesentlich ihre Suchtdisposition mitbestimmen. Fazit des Professors: da das ‚biologische Programm' nicht zu verändern sei, der Konsum von Drogen bei Frauen jedoch zunehme, müsse überlegt werden, wie das seelische Gleichgewicht dieser ‚Grundfeste' der Gesellschaft wieder herzustellen sei"* (zit. nach „taz", 3.11.80).

Nun ja, diese biologische „Erklärung" mit der geringeren Hirnsubstanz ist ja nicht neu und hat schon oft zur Legitimation des männlichen Herrschaftsanspruchs herhalten müssen.

### Aggressive Emanzen und ihre Haltungssackgassen

Auch Herr Prof. Dr. med. Keup, Ex-Chef der Karl-Bonhoeffer Nervenklinik in Westberlin, Vorstandsmitglied der DHS und dafür bekannt, zu fast allen Fragen über Sucht, Drogen, Therapie usw. Grundsätzliches abzulassen, war der Meinung, *„das erlernte soziale Rollenverhalten der Geschlechter (müsse) auf biologische Gegebenheiten zurückgeführt werden. Der Mann, mit seiner Muskel- und Nervenstruktur für eine hohe Kurzzeit geschaffen, reagiere in Konflikten nach dem Muster ‚Flucht oder Angriff', die Frau dagegen sei mehr auf eine Langzeitbelastung ausgerichtet, auf passives Durchstehen auch von Schmerzen, sie gerate bei einer Isolierung und bei einer Nichterfüllung von Erwartungen eher in die Gefahr, in depressive Stimmungen zu verfallen und damit in die Gefahr einer Suchtmittelabhängigkeit besonderer Art"* (zit. nach „FAZ", 1.11.80).

Wes Geistes Kind der Herr Professor ist, zeigt sich deutlichst an seinen Therapievorstellungen für abhängige Frauen: *„Gruppentherapie mit diesen Frauen bringt die überwiegend passive Haltung zutage, neben wenigen aggressiv-‚emanzipierten' Gruppenstörern"* (zit. nach seinem Kurzreferat). Um diese aggressiv-emanzipierten Gruppenstörerinnen, die sich ach so unweiblich verhalten, im Zaum halten zu können, empfiehlt er vorsichtshalber E i n z e l therapie, und um den Frauen wieder ein konfliktfreies und rollengerechtes Verhalten zu ermöglichen, will er mittels seiner Therapie *„Lebensbewältigung, Nachreifung, Einstellungsänderung, Rückkehr aus Haltungssackgassen"* erreichen (zit. nach seinem Kurzreferat).

Mit der Emanzipation der Frau scheinen diese herrschenden Wissenschaftler ihre Schwierigkeiten zu haben.

Eine gesellschaftspolitische Erklärung, die es wirklich in sich hat, gab der Erlanger Prof. Gerhard Wurzbacher: Früher habe die Frau stärker unter der *„sozialen Führung und Kontrolle des Mannes"* gestanden. *„In der Gegenwart lockern Emanzipationsprozesse diese Kontrolle in erheblichem Maße. Sie erleichtern auch den Zugang zu Suchtmitteln"*. Weiter fand er heraus, daß die größer gewordene Empfindsamkeit der Frauen für ihre Unterdrükkung geradewegs zur Verdrängung mit Drogen führe! Aufgrund der herrschenden Erziehung von Mädchen zu Emotionalität und der Orientierung auf persönliche Beziehungen reagieren Frauen auf Störungen in diesem Bereich auch viel stärker als Männer und – schwups – schon wieder sind sie bei der Flasche!

Eine gleichermaßen Mann und Frau betreffende Gefahrenquelle entdeckte er auch noch: *„ ...der zunehmende Wertwandel von einer vorwiegend arbeits- und pflichtorientierten zu einer mehr egozentrisch konsum- und genußorientierten Einstellung. Er verringert die Fähigkeit des nüchternen Durchstehens von Mißerfolgen, Enttäuschungen, Verzichtssituationen, Konflikten"* (zit. nach dem Kurzreferat).

Da haben wir es: Die Werte sind falsch, die Leute und speziell die Frauen mit ihrer Emanzipation, ihrem Wunsch nach Selbstverwirklichung (= egozentrisch???) wollen einfach zu viel! ...

Da hilft dann nur eine „Erhöhung der Frustrationstoleranz", wie es ein anderer Teilnehmer in schöner Offenheit als Therapieziel nannte, oder gleich eine Änderung der „Einstellung", wie es Herr Keup mit einem Begriff aus dem „Wörterbuch des Unmenschen" ausdrückte.

### Eine alternative Diagnose

Es ist ja durchaus richtig beobachtet, daß Frauen sich einerseits noch immer den vielfältigsten, traditionellen Anforderungen (Sexobjekt, Mutter, Arbeitskraft u.ä.) ausgesetzt sehen, die bereits zu immer wiederkehrenden Rollenkonflikten führen. Weiterhin wird der Versuch der Frauen, gesellschaftliche, berufliche und persönliche Selbständigkeit zu erobern, ständig abgeblockt, gebermst. Dies führt zu noch massiveren Konfliktsituationen, die oftmals ausweglos erscheinen und lediglich unter Zuhilfenahme von Drogen „erträglich" werden.

Aber die Schlußfolgerung dieser „Drogenpäpste", die Frauen sollten

Fortsetzung nächste Seite




„Es ist ein Brauch von Alters her, wer Sorgen hat hat auch Likör"
(W.Busch)

**ZUR LAGE DER NATION Z.B. DROGEN**

**Leben lernen mit Zwangsjacke?!**

**Veranstaltung am 29.11.80 ab 15.00 Uhr in der Fabrik**

- Informationen und Materialien zur Situation Hamburger Drogen-Einrichtungen und zur staatlichen Drogenpolitik
- Wo der Mohn wächst ... Die Ware Heroin, vom Mohnfeld bis nach Altona (und wer daran verdient).
- Film über jugendlichen Alkoholiker (Helmut, 18 Jahre) und anschließende Gesprächsrunde
- 21.00 Uhr das „trotztheater" spielt das Stück „Die Mühle mahlt ..."

## Von Polizisten gelegt, von Richtern gebrütet

# Hanseatische Kuckuckseier

Im August des Jahres erschien im ECON-Verlag ein Buch mit dem Titel „Weltmacht Droge". Der Autor und Drogenfachmann Hans-Georg Behr hatte darin umfangreiches Material über die Kultur- und Wirtschaftsgeschichte der Opiate zusammengetragen. U.a. warf er die Frage auf, inwieweit zwischen Bürgerkriegen, dem zuliefernden Waffenhandel und der augenscheinlichen Tatsache, daß gerade in der BRD der Markt für Heroin aus diesen Ländern am größten ist, ein Zusammenhang besteht. Er hatte auch die Ergebnisse langjähriger Recherchen über die Verknüpfungspunkte zwischen Rauschgifthandel und Polizei am Beispiel Hamburg aufgezeigt.

Jetzt stehen er und sein Mitbewohner Eckhard D. vor Gericht, ihnen werden Besitz und Handel mit Betäubungsmitteln vorgeworfen.

### Der Fall

Die Tips kamen aus de Szene von St. Georg: *„Zivilfahnder kassieren in der Sperrzone, vor allem um den Steindamm herum, unregistrierte Prostituierte ab. Die Mädchen dürfen auf ihren Plätzen bleiben, müssen dafür aber bezahlen, ohne daß sie eine Quittung bekommen. Diese Mädchen sind meist heroinabhängig. Und es soll auch Zivilfahnder geben, die selbst mit Heroin in kleinen Mengen handeln, ebenfalls an diese Mädchen. Das Heroin sollen sie dadurch bekommen, daß sie ihnen bekannten Fixern das Zeug abnehmen, besser gesagt halbe-halbe machen"* (aus der Prozeßerklärung von Eckhard D.).

Persönliche Recherchen von Behr bestätigten diesen Sachverhalt und ergaben darüberhinaus, daß ein Ziviler mit dem Spitznamen „Schmidtchen Schleicher" am Hauptbahnhof und im Sperrgebiet in dieser Weise tätig ist.

Einer der Informanten Behrs, ein gewisser „Didi", entpuppte sich als Spitzel – nach einem seiner Besuche im Hause Behr traten der inzwischen nervös gewordene Schmidt und sein Kollege Többen die Tür von Behrs Wohnung ein, die außerhalb ihres Dienstbereiches liegt und nahmen Behr und Eckhard D. fest.

Bei der anschließenden Durchsuchung in Abwesenheit der Bewohner wurden eine geringe Menge Haschisch und ein paar Hanf-Pflanzen beschlagnahmt. Außerdem „fanden" die Beamten 0,8 g Opium, das vor dem Besuch „Didis" nicht in der Wohnung gewesen war. Darüberhinaus verschwanden auch Unterlagen über St. Georg. In der polizeilichen Vernehmung gab Eckhard D. den Hanf als seinen Besitz an, eine relativ belanglose Menge, die in der Regel mit geringer Geldstrafe geahndet wird.

Vier Tage später schoben die Beamten nach: Ihr Informant hatte nun plötzlich angegeben, Behr habe ihm 0,5 g Haschisch als Probe für eine angeblich größere Handelsmenge übergeben. Aus dem Vorwurf des Besitzes war nun zusätzlich der des Rauschgifthandels geworden.

### „Hamburger Landrecht"

Die angeblich „angespannte Geschäftslage" des Gerichts ergab einen kurzfristig angesetzten Prozeßtermin, obwohl Behr durch Fernsehtermine in Österreich verhindert war. Das Hamburger Landesrecht nahm seinen Lauf: Nach sechs Stunden Verhandlung entschied Richter Soltmann, den Prozeß zu trennen. Begründung: Behr habe erklärt, *„sein Strafverfahren sei ‚nur vor dem Hintergrund verständlich, daß er vor einer Sonderkommission als Zeuge über die Zusammenarbeit zwischen Polizei und organisiertem Verbrechen aussagen soll'* " („Welt", 13.11.). *„Angesichts des in Aussicht gestellten Umfangs und der Zielrichtung der Beweisaufnahme ist dieses Verfahren nicht mehr geeignet, mit dem Verfahren gegen D. verbunden zu werden"* (aus dem Ablehnungsbeschluß des Amtsgerichts, die Verfahren zusammenzulegen).

Gegen Behr wurde umgehend Haftbefehl erlassen, bevor irgend etwas zur Sache gesagt werden konnte.

Einen Tag später sorgten die beiden Hauptbelastungszeugen „Schmidtchen Schleicher" und Kollege Többen für eine besondere Öffentlichkeit: Offensichtlich mit Rückendeckung von höherer Stelle gaben Sie einem BILD-Redakteur eine private „Pressekonferenz" und spickten ihn mit bis dahin nicht öffentlichen Informationen aus den Polizeiakten. Diese Art von „Selbstjustiz" ergab einen diffamierenden Artikel (siehe Faksimile), das Foto des. Angeklagten konnte auf St. Georg als Steckbrief Verwendung finden. Überdies waren durch den Haftbefehl weitere Recherchen auf St. Georg unmöglich geworden.

Zum zweiten Prozeßtag – nun allein gegen Eckhard D. – war Behr gegen Zahlung einer Kaution Haftverschonung gewährt worden. Die Bemühungen der Rechtsanwälte Maeffert und Jipp, die Verfahren wieder zusammenzulegen, waren vergeblich. Nach Antrag auf Einstellung des Verfahrens wegen der „Selbstjustiz" der Hauptbelastungszeugen hätte der Prozeß eigentlich platzen müssen. Flugs wurde er gemäß der harten Linie des Gerichts auf einen Termin verlegt, an dem Eckhard D.'s Anwalt Maeffert verhindert ist. Das Verfahren gegen Behr soll im Januar aufgenommen werden, obwohl in beiden Prozessen Hintergründe und Zeugen identisch sind. „Angespannte Geschäftslage"...

### „Ist der Ruf erst ruiniert – richtet sich's ganz ungeniert"

Die vermutliche: Absicht des Gerichts, Hans-Georg Behr als unerwünschten Ausländer (er ist Österreicher) auf die Schnelle abzuschieben, ist vorerst gescheitert. Allerdings ist es offensichtlich, daß hier ein unbequemer Autor diffamiert und in seiner Glaubwürdigkeit als Drogenexperte getroffen werden soll. Überdies steht jetzt den belasteten Zeugen und ihren Kumpanen die Möglichkeit offen, Spuren zu verwischen und den aufgewirbelten Dreck unter den Teppich zu kehren. Es wird schwer sein, in Hamburg einen Teppich dieser Größe aufzutreiben.

Antifa-Kommission und Drogen-Kommission / KB Gruppe Hamburg

**Rauschgift bei Hamburger Schriftsteller gefunden**

In seinem Buch „Weltmacht Droge" prangert Autor Hans-Georg Behr (38) das miese Geschäft mit Rauschgift an. Jetzt sollte der Schriftsteller aus Winterhude selbst wegen Drogen vor den Richter: „Besitz und Abgabe von Betäubungsmitteln", lautete die Anklage. Die Polizei hatte in Behrs Wohnung (4 Zimmer, Altbau) 12 Dosen mit Haschisch und Haschischöl und Marihuana in Blumentöpfen gefunden. Autor Behr kam nicht zum Prozeß: Unabkömmlich, dringende Geschäfte in Wien. Er schickte seinen Anwalt.

Bild, 7.11.80

Ein Fall für den Presserat

Fortsetzung von vorheriger Seite

von der Emanzipation deshalb ablassen, bzw. mittels der biologischen „Erklärung" eine höhere Suchtanfälligkeit zu konstruieren, ist nichts anderes als ein Musterbeispiel von bürgerlicher u n d chauvinistischer Wissenschaft. An einer Klärung der eigentlichen Ursachen gehen diese Beiträge weit vorbei.

Sehr viel zutreffender finden wir die Definition von Frau Soltau, Dipl. Psychologin in einem bayrischen Frauengefängnis und früher im Frauenknast Lehrter Straße beschäftigt: **„Die Drogenabhängigkeit der Frau läßt sich zwar nicht prinzipiell von der des Mannes unterscheiden. Sie ist jedoch eine stärkere, tiefere und ausweglosere Abhängigkeit, weil die Frau bei uns aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung durch ihren jeweils ganz konkreten Sozialisationsprozeß von vornherein abhängiger ist. Das bringt sie einerseits leichter zum Suchtmittel und andererseits verstärkt das Suchtmittel wiederum ihre allgemeine Abhängigkeit"** (zit. nach Kurzreferat).

Dies wird besonders bei Alkoholikerinnen deutlich: Durch die ihnen nach wie vor zudiktierte Rolle als Gefühlsnudel in der Familie befinden sich Frauen in einer besonders fatalen Lage: Als Ehefrauen kümmern sie sich oft unter Aufgabe ihrer selbst ganz um ihren alkoholkranken Mann, halten trotz Schlägen, Demütigungen etc. zu ihm. Sind sie jedoch selbst irgendwann süchtig (Untersuchungen ergaben, daß Frauen sehr oft erst in der Folge einer Ehe mit einem Alkoholiker abhängig werden), reichen Männer viel häufiger die Scheidung ein. Hier trifft die gesellschaftliche Ächtung trinkende Frauen ungleich stärker als Männer, denen bis zu einem gewissen Grad die Konfliktlösung mittels Alkohol durchaus zugestanden wird. Eine Folge davon ist u. a. das heimliche Trinken bzw. der überproportionale Anteil der Frauen am unauffälligerem Medikamentenmißbrauch. Die so bewirkte äußere und innere Vereinsamung verschlimmert noch die Lage, so daß leicht ein Teufelskreis entsteht.

Auch die anerzogene Orientierung von Frauen auf emotionale Bindungen, auf Ehe und Kinder, wirkt sich entsprechend aus. So geben alkoholabhängige Frauen auffallend oft immer wieder einen Grund für ihre Sucht an: Probleme mit ihren Männern. Weiter werden die Isolierung als Hausfrau oder allgemeiner auch die Leere und Sinnlosigkeit ihres Lebens genannt.

### Frauen und illegale Drogen

Zur Frage „Heroinsucht und Frauen bzw. Mädchen" wurden leider wieder nur altbekannte Klischees hervorgekramt. So meinte Herr Dr. Hünne-
bzw. Mädchen" wurden leider wieder nur altbekannte Klischees hervorgekramt. So meinte Herr Dr. Hünne-
kens, leitender Medizinaldirektor und Arzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie, unter dem Thema *„Pubertätskonflikte – Auslöser süchtigen Verhaltens?"*, daß Jugendliche einen Hang zur *„abenteuerlichen Rolle des Revolutionärs, des Illegalen"* hätten und so zu Drogen verführt würden. Dem „schwachen Geschlecht" drohe dabei eine besondere Gefahr, nämlich: *„Die Besonderheit der Gefahr für Mädchen liegt in ihren stärkeren Gefühlsbetonungen, ihrer Sehnsucht nach Geborgenheit und Anlehnung und damit auch durch die erwachende Sexualität in der engen Bindung bis zur Hörigkeit an den ihnen imponierenden jungen Mann. Ist er ein Drogentyp, werden sie oft aus der persönlichen Abhängigkeit angefixt und hineingerissen oder versuchen, aus ihrer Liebe die Rettung oder gar Heilung ihres Freundes zu erreichen, mit dem Erfolg, daß sie selbst angesteckt werden"* (zitiert nach Kurzreferat).

Auch in den übrigen Referaten zu diesem Themenkreis erinnerten die „wissenschaftlichen Erörterungen" mehr an ein Stochern im Nebel als an wirkliche Ursachenforschung. Kein Wort zur Lage der Jugendlichen, speziell der Mädchen, die von der Perspektivlosigkeit doppelt betroffen sind.

### Zaghafter Widerstand

*„Die Herren Wissenschaftler wissen nicht, was das Weib will"*, faßte eine Teilnehmerin ironisch das Ergebnis dieses Kongresses zusammen, und erfreulicherweise setzten sich teilnehmende Frauen gegen den behaupteten ursächlichen Zusammenhang zwischen Emanzipation und Sucht zur Wehr: In einzelnen Arbeitsgruppen, aber auch auf der Abschlußveranstaltung machten sie ihrem Ärger über diese akademischen Chauvis Luft.

Vielleicht ist dies der Beginn einer intensiveren Auseinandersetzung, von den Fachmännern ist jedenfalls nichts Konstruktives zu erwarten.

**Drogenkommission**

# Heim für Behinderte ein Schonraum, der nicht existiert

Der folgende Artikel ist ein Auszug aus einer Arbeit über die Situation körperbehinderter Kinder. Dabei wird kein Unterschied gemacht zwischen den verschiedenen Arten der Behinderung. Die Aussagen treffen so auch mehr oder weniger auf z.B. die geistig Behinderten zu.

Ich bin kein Heimkrüppel. Mir fehlen Erfahrungen im Heimleben, die über die Stunden der Besuche hinausreichen. Ich bin gegenüber den Insassen privilegiert als einer, der frei darüber entscheiden kann, wie lange er sich im Heim aufhält. Als einer, der von „draußen" kommt, schreibe ich ü b e r die da „drinnen". Ich kann diesen Widerspruch nicht auflösen, nur verringern, indem ich mich auf Aussagen von Heiminsassen stütze. Meine gezogenen Schlüsse mögen die wirklich Betroffenen als die eines ‚Outsiders' beurteilen.

Dieser Artikel erscheint auch in der Hoffnung, dem staatlichen Jubel-„Jahr des Behinderten" etwas entgegenhalten zu können, das über die berechtigten Forderungen nach bspw. Arbeitsplätzen für alle Behinderten hinausgeht.

Wenn dem Körperbehinderten eine schulische oder später berufliche Ausbildung versagt bleibt, wenn gleichzeitig die Eltern aus physischen oder psychischen Gründen das körperbehinderte Kind nicht weiter unterstützen wollen oder können, dann bleibt als letzter Schritt die Einweisung in ein Heim. Dieser Weg bedeutet für das körperbehinderte Kind die völlige Isolation, der Kontakt zur Außenwelt ist nicht zuletzt durch die ausgegliederte Stadtrandlage fast aller Heime abgerissen. Daß Heime in aller Abgeschiedenheit liegen, bestärkt die Vermutung, daß durch ‚beschützende' Anstalten eher der Nichtbehinderte vor dem Anblick der Insrssen und nicht der Körperbehinderte vor der sie überrollenden Umwelt beschützt werden soll.

Das Heim bildet die Endstation für diejenigen, die sich nicht nützlich in den Beruf oder in der Familie verwerten ließen. Wer einmal abgeschoben ist, um den kümmert sich niemand mehr. Jahrelange Mißstände werden erst durch Zufall öffentlich,
schoben ist, um den kümmert sich niemand mehr. Jahrelange Mißstände werden erst durch Zufall öffentlich,
Konsequenzen für die Verantwortlichen der Heimleitung oder des Pflegepersonals bleiben aus. Folgende Beispiele stammen nicht aus dem Mittelalter, sondern aus jüngster Vergangenheit.

*„So sollen Kinder mehrfach mit dem Kopf so lange an die Wand gestoßen worden sein, bis sie blutüberströmt waren. Auch seien die Behinderten geschlagen worden. Der Körper eines Jungen sei von Striemen und Blutergüssen übersät gewesen ... Bereits 1973 geführte Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung an Behinderten in dem Heim waren von der Staatsanwaltschaft wegen widersprüchlicher Aussagen eingestellt worden"* (1).

Daß das menschenunwürdige Leben der körperbehinderten Kinder nicht nur der Staatsanwaltschaft, sondern auch den zuständigen Behörden nicht besonders am Herzen lag, zeigt sich an der Tatsache, *„daß sich das Landessozialamt in Niedersachsen, das für die 60 behinderten Kinder zuständig war und die Bezirksregierung der Oberpfalz in Regensburg, der die Heimaufsicht oblag, in keiner Weise gekümmert hätten. Der Richter fand es merkwürdig, daß erst nach dem Aufdecken der Skandale die ersten Kontrollen stattfanden"* (2). Da die Heimleiter nicht überwacht werden, können sie ihre Macht den von ihnen abhängigen Körperbehinderten unbesorgt demonstrieren, diese haben den Schikanen der Heimmitarbeiter nichts entgegenzusetzen: *„Ich war im Schlafsaal nicht ruhig. Da hat mich der Onkel Karl herausgeholt und in den Bauch und ins Gesicht geschlagen. Dann mußte ich mich hinknien. Aufs Klo ließ er mich nicht gehen. Da hab' ich in die Hosen gemacht"* (3).

Welches Gedankengut hinter derartigen Behandlungsmethoden steckt, machen Aussprüche eines Prof. Göb deutlich, der das international als vorbildlich geltende Spastikerzentrum in München leitet. Zur Vernachlässigung eines Kindes bemerkt er, *„daß eine Therapie sinnlos sei und das betreffende Kind nur Geld kosten würde und weil später es dann doch nicht in einen Produktionsprozeß eingesetzt werden könnte"* (4). Außerdem vertritt Göb den Standpunkt, *„wonach ein Behinderter nicht unbedingt lernen müsse"*. Von derartigen Denkansätzen ist es nur noch ein kleiner Schritt zur Ideologie der Vernichtung „unwerten Lebens". Ohne breite öffentliche Empörung zu erzeugen, werden diese Sätze verbreitet, persönliche Folgen sind ohnehin Fehlanzeige (Göb bleibt Heimleiter, Landesbehindertenarzt, Medaillenträger für soziale Dienste)!

Die Existenz von Heimen wird oft damit begründet, daß in ihnen eine spezielle Betreuung der Körperbehinderten gewährleistet sei, daß geeignete therapeutische sowie pädagogische Maßnahmen ergriffen werden könnten. Besonders in großen Ghettos wie den Hamburger Alsterdorfer Anstalten wischt die Realität diese Argumente vom Tisch. *„Die ärztliche Betreuung gründe sich in unverantwort-*



*licher Weise auf die Ruhigstellung der Behinderten mit Medikamenten. Die*
*licher Weise auf die Ruhigstellung der Behinderten mit Medikamenten. Die*
*Nebenwirkungen sind kaum zu kontrollieren. Es gäbe in vielen Fällen keine medizinische Rechtfertigung für diese chemische Beruhigungstherapie.*

*So große Anstalten wie Alsterdorf (1350 Behinderte) machten die dort Lebenden erst wirklich krank und unfähig für eine anzustrebende soziale Integration. ... Je weniger Personal die Behinderten betreuen, um so massiver entwickele sich der verordnete Medikamentenverbrauch ... In der streng hierarchisch gegliederten Anstalt sei Zusammenarbeit ein Fremdwort. Kritiker würden eingeschüchtert ... Die Behörden seien in der Vergangenheit aus finanziellen Gründen wenig an einer Veränderung des Anstaltselends interessiert gewesen, denn: je mehr Behinderte zusammen lebten, desto billiger sei ihre Betreuung"* (6).

Die Reaktion der Anstaltsleitung ist hilflos und die Erklärung gerät ungewollt zu alles sagender Offenheit: Denn *„trotz dieser ‚Misere' seien die Alsterdorfer Anstalten unverdient ins Schußfeld geraten, weil die Heil- und Pflegebedingungen im ganzen Bundesgebiet kaum besser seien"* (7).

Wenn aufgrund der behördlichen finanziellen Einsparungen die Personalnot steigt, hat das die Vernachlässigung der Kinder zur Folge. Kommt dann noch rücksichtsloses Handeln der Heimleitung hinzu, entstehen unglaubliche Zustände. *„Gefüttert wurden während meiner Anstellungszeit nur einfachste Breie. Die Mengen waren für die Kinder zu gering. Die offene Milch stand mit Fliegen besetzt im Treppenhaus bei total verschmutzten Schuhen ... Des öfteren, als ich meinen Dienst antrat, fand ich Michaela, genannt die Puppe, mit Stuhl und Erbrochenem verschmutzt im Bett vor ... Die Kinder wurden nur alle drei bis vier Wochen gebadet, es sei denn, die Eltern kamen zu Besuch"* (8).

Die herausgesuchten Mißstände dokumentieren, daß Heime nur ein Ort sind, in denen körperbehinderte Kinder abgeschoben werden. Hier siechen Menschen dahin, um die sich niemand kümmert, weil sie in dieser Gesellschaftsordnung nicht nützlich sind, und das allein zählt heute.

Aber auch Heime ohne Skandale sind um nichts besser. Hier wird genauso voller Fürsorge ein Schonraum propagiert, der in Wirklichkeit keiner ist. *„Meine Schwierigkeiten als Kind in der Behinderten-Anstalt hatte ich durch den brutalen Mechanismus, der alle Insassen beherrschte. Jeder versuchte, sich an der vermeintlichen Normalität von Nichtbehinderten zu orientieren: Die ‚Normalen' wurden zu Halbgöttern, an denen wir unsere interne Hierarchie ausrichteten, die Hierarchie der Körper. Wir rauften ständig. Dabei schlug derjenige mit zwei Armen den Einarmigen, der Einarmige schlug den mit den Armstümpfen! Es ist also illusorisch zu glauben, daß der ‚Schonraum', den man uns gewährt, wirklich Schonung bedeutet. Abgesehen von der Unterdrückung, die Anstaltsleben an sich schon ausübt, setzt sich die Repression der Normalität im Heim fort"* (9).

Auch die Konkurrenz und der Machtkampf untereinander setzt sich
Auch die Konkurrenz und der Machtkampf untereinander setzt sich
im Heimalltag fort. Körperbehinderte schildern: *„Das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Heimbewohnern ist nicht das Ideale. Einige sind sehr egoistisch. Es gibt einzelne Cliquen, die meistens unter sich sind. Streit gibt es fast jeden Tag und das aus den nichtigsten Gründen ... Es gibt leider auch — und das ist besonders schlimm und unheimlich deprimierend — unter uns einige, die andere ohne besonderen Grund ablehnen und es auch offen zeigen"* (10).

*„Mein erstes Radio, später ein Plattenspieler und noch später ein Tonbandgerät waren die Werkzeuge, mit denen ich mir Anerkennung, ja sogar Macht verschaffte ... Ich war der einzige im ‚Kleinjungensaal', der mit 10 oder 12 Leuten belegt war, der ein Radio hatte. Einer von ihnen war geradezu versessen auf Schlager. Das nutzte ich natürlich aus, zumal er laufen konnte. Ich konnte ihn also als Laufburschen benutzen, und wenn er nicht tat, was ich wollte, blieb das Radio aus ... Persönliche Interessen mußten um des lieben Friedens Willen aufgegeben werden, da nicht selten vier Rollstuhlfahrer in einem Zimmer lagen. Nur wer starke Ellenbogen hatte, bzw. wer seinen Mund weit genug aufriß, bekam einen relativ großen Freiraum"* (11). Ansätze zur Selbstfindung der Heiminsassen werden von der Leitung repressiv beantwortet, da der Körperbehinderte sich aus seiner unmündigen Stellung erheben könnte. *„Das zweite größere Projekt, an dem ich beteiligt war, war ein Film, der das Heim aus der bewußt subjektiven Sicht des Bewohners zeigte. Es braucht sicher nicht erwähnt zu werden, daß wir mit diesem Streifen Schwierigkeiten und Ärger hatten"* (12).

Die ständige Ghettoisierung führt dazu, daß der Körperbehinderte wegen mangelnder Auseinandersetzungsmöglichkeiten tatsächlich unfähig wird, mit Menschen in sozialen Kontakt zu treten. Diese Störungen in der Persönlichkeitsentwicklung werden bereits mit der Einweisung in ein Heim festgelegt. Kinder, die in Heimen aufwachsen, unterscheiden sich in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit von Kindern, die in der Familie erzogen werden. Wirtschaftliche und soziale Not, Streit der Eltern oder Ablehnung des Kindes bilden Gründe für die frühzeitige Trennung von der Bezugsperson Mutter. In der Massenpflege der Heime können Pflegepersonen selbst bei gutem Willen Schädigungen beim Kind nicht verhindern.

*„Die Auswirkungen einer Trennung sind dann besonders stark, wenn das Kind gerade eine innige Beziehung zu seiner Mutter aufgebaut hat. Das geschieht im allgemeinen zwischen dem 6. Lebensmonat und dem 2. Lebensjahr ... Die Auswirkungen sind umso stärker, je enger vorher die persönlichen Bindungen zwischen Mutter und Kind waren ... Die Auswirkungen sind umso geringer, je besser eine geeignete Pflegeperson für gute persönliche Beziehungen zum Kind, für angemessene Anregungsbedingungen und für eine ausreichende Befriedigung der kindlichen Bedürfnisse sorgt ... Die Auswirkungen sind weniger gewichtig, wenn eine persönliche Beziehung zu den Eltern während einer vorübergehenden Trennung aufrechterhalten werden kann. Sie sind besonders stark, wenn die Trennung plötzlich und vollständig erfolgt ... Die negativen Auswirkungen verstärken sich im allgemeinen mit der Dauer der Trennung ... unter ungünstigen Lebensbedingungen; sie nehmen ab als Folge angenehmer und zufriedenstellender Erlebnisse"* (13).

Das körperbehinderte Kind lebt im Heim unter Bedingungen, die die Folgen einer frühen Mutter-Kind-Trennung fast ausnahmslos negativ verstärken. Da es keine Zuwendung bekommt, hat es Schwierigkeiten, mit anderen Menschen Verbindungen aufzunehmen. Neben seelischen zieht der frühkindliche Heimaufenthalt zusätzlich körperliche Entwicklungsstörungen nach sich. *„Angesichts der Schäden, die die Kinder während ihres Aufenthaltes in dieser Anstalt in allen Persönlichkeitsbereichen erlitten, halten wir die Annahme für vertretbar, daß ... ihre Widerstandskraft gegen Krankheiten ebenfalls allmählich untergraben wurde. Auf der Station der Kinder zwischen 18 Monaten und 2 1/2 Jahren sprechen nur zwei von 26 überlebenden Kindern ein paar Worte. Die gleichen Kinder können auch laufen; ein drittes Kind fängt gerade damit an. Fast keines der Kinder kann allein essen; sie sind noch nicht sauber und alle nässen noch ein"* (14).

Diese beängstigenden Entwick-
*essen; sie sind noch nicht sauber und alle nässen noch ein"* (14).

Diese beängstigenden Entwick-
lungsrückstände wurden bei nichtbehinderten Kindern festgestellt. Wenn bereits eine körperliche Behinderung von Geburt an vorhanden ist, läßt es sich leicht vorstellen, daß sich die kindliche Entwicklung des Körperbehinderten in Heimen nur stark verzögert vollzieht, in Extremfällen sogar im kindlichen Stadium stagniert. Dieser Zustand des Körperbehinderten dient dann wiederu ı als Argument, ihn lebenslang in den Anstalten aufzubewahren, da er unfähig zum selbständigen Leben unter der nichtbehinderten Bevölkerung sei. Daß gar nicht erst die Chance zur Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit, die sich in der Umwelt zurechtfinden könnte, gegeben wurde, wird dabei verschwiegen.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann meines Erachtens der sein, daß innerhalb der Stadt Wohnungen entstehen, in denen elternlose Kinder betreut werden. Pflegepersonal muß hier ausreichend zur Verfügung stehen, um die kindlichen Wünsche zu befriedigen. Körperbehinderte Kinder werden nicht mehr durch das Warten auf eine freundliche Geste, auf das Gefühl, daß sich auch um sie gekümmert wird, in eine unterwürfige Stellung gedrängt. In der Wohnung müssen nichtbehinderte und körperbehinderte Kinder zusammenleben, nur so kann beidseitige ehrliche Konfliktfähigkeit erlernt werden.

### Anmerkungen

1 ‚Frankfurter Rundschau', 7.9.78
2 FR, 13.3.80
3 ‚Zeit', 13.9.79
4 ‚Zeit', 27.4.79
5 -entfällt-
6 ‚Hamburger Abendblatt', 16.5.79
7 HA, 19.5.79
8 FR, 29.4.79
9 Christoph, Franz in: Sozialmagazin, März 1980
10 ‚Krüppelzeitung', Nr. 1/1979
11 ‚Krüppelzeitung', Nr. 1/1980
12 ebenda
13 Pädagogische Psychologie, hrsg. von Franz E.Weinert u.a., Fischer Verlag, Frankfurt 1977, S. 373 f.
14 Spitz, René, Hospitalismus, zit. bei a.a.O. S. 372

# Östrogenskandal – Der Verbraucher zahlt die Zeche




35 Mio. DM wird der bundesdeutsche Steuerzahler wegen des derzeit laufenden Kalbfleischboykotts allein im nächsten Monat zahlen müssen. Diese Strafe verordnete das Bundeskabinett in seiner Sitzung vom 12.11. Noch zwei Tage vorher fragte die „Hamburger Morgenpost" reißerisch: *„Feuert der Kanzler FDP-Minister Ertl?"*, nachdem Ertl in Brüssel dem Beschluß zugestimmt hatte, das boykottierte Kalbfleisch auf Staatskosten aufzukaufen und in Kühlhäusern aufzubewahren. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), Günter Döding, nannte den EG-Beschluß *„einen Skandal ohne Beispiel ..."*, *„im Normalfall"* würden *„Drogen vernichtet und die Hersteller und Händler vor Gericht gestellt"*, anstatt solche *„Lebensmittelkriminellen für ihre Untaten auch noch mit öffentlichen Mitteln"* zu belohnen (1).

Diese Lagebeurteilung hätten auch in einer Ressortbesprechung „Bundeskanzleramt, Finanz- und Wirtschaftsministerium" getroffen („Hamburger Morgenpost", s. o.). Doch zwei Tage später war davon nichts mehr zu hören. Jetzt heißt es nur noch lautstark, einer weiteren Östrogen-Kalbfleischfinanzierung würde im Dezember nicht mehr zugestimmt werden. Für Landwirtschaftsminister Ertl war die Kritik des Sprechers der Bundesregierung an dem EG-Beschluß von vornherein *„eigentümlich"*; es seien *„unberechtigte Emotionen geweckt worden ... Der Sinn der Maßnahme liege doch darin, den Mästern zu helfen, die nicht gegen die Gesetze verstoßen hätten, jetzt aber unter den Folgen der Hormonskandale leiden müßten"*. Er hätte sich *„versichern lassen"*, daß nur „einwandfreie Ware" eingelagert würde (2).

Beruhigend wurde hinzugefügt, daß die EG-Kommission gleichzeitig vorgeschlagen hat, ab 1. Januar 1981 in allen EG-Staaten eine Regelung einzuführen, *„die etwa den deutschen Gesetzen entspricht"*, die *„die Anwendung von Hormonen nur in veterinärmedizinischen Fällen erlaubt"* (s. o.).

Diese Art der Beruhigung kann man getrost als kriminell bezeichnen. Denn obwohl in der BRD die Verwendung des synthetischen Östrogens (Diäthylstilböstrol – kurz DES) streng verboten ist, platzte die skandalöse Östrogenspritzerei bei Kälbern erst, nachdem in der Babynahrung von Hipp und Alete bei einer Untersuchung in Nordrheinwestfalen auf Initiative des Landwirtschaftsministers Bäumer (SPD) in jeder zehnten Flasche Östrogen gefunden wurde (siehe hierzu auch den letzten AK,
ten Flasche Östrogen gefunden wurde (siehe hierzu auch den letzten AK,
S. 23).

In Italien ließ am 23.9. der Amtsrichter Mancini aufgrund von Östrogenfunden sämtliches Kalbfleisch und Babynahrung mit Kalbfleisch beschlagnahmen, bei Kleinkindern männlichen Geschlechtes waren schon sechs Wochen zuvor Anzeichen eines Busens aufgrund von Östrogen festgestellt worden (3). Das landesweite Verkaufsverbot wurde zwar wieder aufgehoben, aber seit dem 20. Oktober wird in Italien für sämtliche Kälberimporte eine „amtsärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigung" in bezug auf Östrogen verlangt (4). Franz Moser erklärte noch prompt für den bayrischen Bauernverband, *„daß die Italiener schlicht und einfach die Gelegenheit wahrnehmen, durch Importhindernisse ihre Devisenbilanz zu entlasten"* (5), eine solche Bescheinigung würde *„wenigstens einige Tage in Anspruch nehmen und mindestens pro Tier 275 Mark"* kosten. Kein Tierarzt könne im übrigen solche Bestätigungen geben, sondern nur der Bauer – in der Tat, es gibt ja keine Kontrolle.

Kein Wunder, daß hauptsächlich zukünftige Skandale vertuscht werden sollen. Bund und Länder wollen bei *„Verstößen gegen das Lebensmittelrecht nicht mehr umgehend informieren, es sei denn, eine unmittelbar drohende Gefahr müßte abgewendet werden"*, heißt es in einer Übereinkunft von den Lebensmittelexperten der zuständigen Länder und dem Bundesgesundheitsamt in Westberlin (7). NRW-Landwirtschaftsminister Bäumer, der den Skandal mit an die Öffentlichkeit brachte (s. o.), erklärte, man *„werde auch künftig die Bevölkerung offen und ehrlich informieren ..."* (8). BGA-Chef Wolter mußte inzwischen seinen Hut nehmen. Die bayrische Landesregierung hingegen verlangte vom Bundesgesundheitsamt sogar, einen *„gesundheitlich unbedenklichen Grenzwert"* festzulegen (9), was hieße, das bisherige Östrogen-Verbot trotz möglicher Krebsfolgen, insbesondere für Kinder und Frauen, aufzuheben.

Immerhin kann man durch eine einzige Östrogen-Spritze 15 % Futter sparen, mit 6 Pfennigen werden damit an jedem Kalb 60 bis 80 Mark „verdient" (12).

Doch das Östrogen ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Seit gut zehn Jahren ist ein Skandal nach dem anderen in die Öffentlichkeit gedrungen. 1970 wurde die Hälfte der Weltjahresproduktion von Antibiotika an Großvieh und Geflügel verfüttert. 1975 wurde es dann verboten.

Obwohl heute neben Antibiotika auch Psychopharmaka und Hormone nur noch zu t h e r a p e u t i s c h e n Zwecken eingesetzt werden dürfen (letzteres teilweise noch als Futtermittelzusatz), hieß es im Bericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft, daß jährlich Tierarzneimittel im Wert von rund 185 Mio. Mark entgegen den Vorschriften gespritzt und verfüttert werden (13).

Aber nicht nur Kälber werden gedopt. Da der Bauer seine Mastrinder nach Lebendgewicht vermarktet, *„sorgt er mit Schilddrüsenhormon (Thyreostatika) dafür, daß die Kuh vorher Verstopfung bekommt. Im Verdauungstrakt eines Rindes ist ja viel Platz. Und so kauft der Schlachter Schwerwiegendes mit"* (14).

Auf diese und ähnliche Weise ist in der Bundesrepublik das durchschnittliche Gewicht von Drei-Monats-Kälbern z. b. von 33 Kilogramm im Jahre 1950 auf heute 107 Kilogramm gestiegen (15)!

Die Folgen solcher hochgezüchteten „Wasserbullen" beschreibt der „Spiegel" so: *„Wenn Schweine, damit es sich lohnt, innerhalb von 180 Tagen zu Zwei-Zentner-Fleischbergen hochgepäppelt werden, wächst das Knochengerüst nicht schnell genug mit, die Tiere brechen häufig unter dem eigenen Gewicht zusammen. Zu Tausenden in Großställen zusammengepfercht, auf kahlem Betonboden ohne Stroh, mit wundgescheuerten Füßen, sind die Tiere so aggressiv und derart enerviert, daß sie mit Medikamenten ruhiggestellt und gegen Aussenreize abgeschirmt werden müssen. Wenn jemand die Stalltür allzu heftig schließt, fällt schon mal ein Schwein, vom Herzinfarkt getroffen, tot um"* (16).

Dank tierärztlicher Kunst, die mit Psychopharmaka und schwersten Herzdrogen – diese sind seit 1977 erlaubt – die streßanfälligen Borstentiere am Leben erhalten, sterben „nur" 400.000 Tiere jährlich auf dem Weg zum Schlachthof! Die Mastschweine sind noch weniger lebensfähig. Von dreißig Millionen Schlacht-
Weg zum Schlachthof! Die Mastschweine sind noch weniger lebensfähig. Von dreißig Millionen Schlacht-
tieren im Jahr verenden allein vier bis fünf Millionen Ferkel (17)!

Insgesamt, so laut Schätzungen der „Süddeutschen Zeitung", **sind rund ein Viertel der Mastkälber mit Östrogen gedopt worden** (18).

Angesichts dessen ist es schon eine Zumutung, wenn jetzt einige „kriminelle" Bauern, die aus „raffgierigem Umsatzdenken" die „Volksgesundheit" gefährdeten, für den Zustand verantwortlich gemacht werden sollen. Kein anderer als Josef Ertl erklärte: *„Die Wirtschaftlichkeit des wettbewerbsorientierten tierischen Veredelungsbetriebes"* sei nur *„durch den Einsatz von bestimmten Wirkstoffen"* in der Tierernährung gewährleistet, der erst *„das rationelle Produktionsergebnis möglich"* mache (19).



**Östrogen-geschädigter Mann: Auch zuviel gespritztes Fleisch kann den Menschen verändern.**

Die jetzt in der Öffentlichkeit laufende Aussonderung einiger „Schwarzer Schafe" dient mehr der Beruhigung, ohne daß dadurch generelle Änderung herbeigeführt würde. So wurde kürzlich der Geschäftsführer einer „Lohnmastgesellschaft" in Vechta zu 70.000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er 120 Kälber mit Östrogen gedopt hatte. Der Bauer hingegen wurde freigesprochen.

Wie gut der Handel mit gedopten Kälbern funktioniert, macht gerade dieses Beispiel deutlich. Obwohl der Tierarzt die Kälber mit Ohrmarken versehen hatte und somit für den Verkauf sperrte, konnten diese in der selben Nacht verladen und auf einem Schlachthof in Nordrhein-Westfalen zu barer Münze verarbeitet werden (20).

## Der Drogenmarkt floriert

Schon im Januar dieses Jahres waren Vertreter der Tierärzteschaft im Bundesgesundheitsministerium auf eigenen Wunsch vorstellig geworden, um darzustellen, wie hervorragend der Pharmaschwarzmarkt funktioniert bzw. um Vorschläge zu unterbreiten, wie dies abgestellt werden könnte (21). Von diesem Gespräch wurde öffentlich kein Sterbenswörtchen verbreitet.

*„Ich überlege, ob ich mich selbst anzeige ..."*, berichtet einer der Schwarzmarkthändler – ein Futtermittelvertreter einer westdeutschen Firma – der sich im Düsseldorfer „Spiegel"-Büro meldete und nun ausgepackt hat! Nach seinen Angaben kommen die Östrogene illegal über die Grenzen Frankreichs, Belgiens und Hollands in die Bundesrepublik. Aber nicht nur die Futtermittelindustrie verdient sich hieran eine goldene Nase. Einige Tierärzte haben bei diesem schwunghaften Handel keine weniger guten Verdienstmöglichkeiten. In sogenannten „Betreuungsverträgen" sichern sie die gesetzliche Legalität. *„Laut Arzneimittelgesetz darf die Pharmaindustrie Tierärzte d i r e k t mit Medikamenten beliefern.*

*Tierärzte wiederum dürfen Landwirten, falls die Ärzte deren Tiere betreuen, Arzneimittel in ‚veterinärmedizinisch gerechtfertigten' Mengen verkaufen ..."* (22). Und ob der Tierarzt wirklich alle acht Wochen, wie es die Betreuungsverträge vorschreiben, das Vieh untersucht, ist schwerlich nachprüfbar.

Solche Art der „Betreuung" hat mittlerweile derart groteske Formen angenommen, daß es sogenannte „Autobahntierärzte" gibt, die Rezepte ohne Behandlung ausstellen (was erlaubt ist) und sie der Apotheke übergibt, die – wenn sie dieses Geschäft mitmacht – die vorgeschriebenen Waren an die Landwirte liefert. Durch diese Art und Weise kann der Betreuungsbereich um einige hundert Kilometer erweitert werden.

Auf diese Weise hatten die Gebrüder Hellmeier, bis zu ihrer Verurteilung durch ein Landshuter Gericht im Jahre 1977 zu zwölf und zehn Monaten, in ihrer Funktion als Tierarzt und Tierheilpraktiker in *„dreieinhalb Jahren für mehr als neun Millionen Mark Tierarzneimittel umgesetzt"* (23).

Gegen diese Art der „Betreuung" hat jetzt die Detmolder Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen die Tierarzneimittel-Firma Proco-Pharma im westfälischen Lage eingeleitet. Ihr wird vorgeworfen, *„einen Betreuungsvertrag mit einer Schweine-Erzeugergemeinschaft in Nordrhein-Westfalen abgeschlossen (zu haben). Erfüllt wird der Vertrag von einem einzigen Tierarzt, der bei Proco-Pharma angestellt ist und der in Berlin wohnt. Montags fährt er zur Abrechnung in die Firmenzentrale, den Rest der Woche besucht er die Schweine-Bauern des Erzeugerrings im ganzen Bundesgebiet – 900 insgesamt"* (24).

Aber nicht nur Fertigprodukte, sondern auch Rohmaterialien werden von der Industrie für den Schwarzmarkt geliefert, die von Zwischenhändlern ihrerseits zu Präparaten zusammengepanscht, abgepackt und verdealt werden.

Der Schwarzmarkthändler berichtete dem „Spiegel" auch, daß *„ ... der Pharma-Gigant Hoechst zwei Veterinäre innerhalb von zwei Jahren mit 208.220 Flaschen des rezeptpflichtigen Eisenpräparats ‚Myofer' im Verkaufswert von 2,8 Mio. Mark versorgte und ihnen dabei den kulanten Rabatt von 50 Prozent einräumte"* (25).

Vor einer Verurteilung können diese Kreise sicher sein. Zwar verteidigte sich der bayrische Innenminister Tandler mit den Worten, die BRD habe *„das strengste Lebensmittelrecht der Welt"*. In Bayern jedoch sind seit 1978 wegen unerlaubten Tierarzneimittelgebrauchs in 298 Fällen Ermahnungen (wie beruhigend!) ausgesprochen worden und in 64 Fällen wurden sogar Strafverfahren eingeleitet, die bislang zu k e i n e r Verurteilung geführt haben (26).

## Der Penicillin-Skandal

Wie wenig sich durch frühere Skandale verändert hat, soll hier exemplarisch am Penicillin-Skandal (Anfang der siebziger Jahre) dargelegt werden.

Wir hatten bereits erwähnt, daß seinerzeit die Hälfte der Jahresproduktion an das Vieh verfüttert wurde. In der englischen Stadt Manchester starben in einer Kinderklinik 41 Babys an Durchfall, kein Antibiotika half, *„ein neuer, durch Tierfutter-Beimengungen resistent gewordener Erregertyp hatte mutmaßlich den Tod der Kinder verursacht"*, hieß es seinerzeit (27). Die Futterpraxis führte dazu, daß bereits zwischen 5 und 10 % der Bevölkerung der BRD allergisch auf Penicillin reagierten bzw. 10 % der Coli-Bakterien immun gegen zahlreiche Antibiotika wurden. Doch erst 1975 wurde Penicillin als Futtermittel in der BRD überhaupt verboten.

## Alle Lebensmittel sind vergiftet

In der Nahrung haben Lebensmittelchemiker inzwischen 3.000 verschiedene chemische Verunreinigungen gefunden (28). Inzwischen werden Mastproben neben Hormonen und Antibiotikas neuerdings auch auf Blei, Cadmium und Quecksilber untersucht (29). Immerhin hatten die USA schon ihren Quecksilberskandal: In New Mexico waren mehrere Personen nach dem Genuß von quecksilberhaltigem Schweinefleisch erblindet. Dem Skandal folgte 1976 das Verbot quecksilberhaltiger Pflanzenschutzmittel (30). Denn neben dem verseuchten Viehfutter durch Medikamentenzusätze kommen die Umweltverseuchungen der Pflanzen hinzu: radioaktive Stoffe, die durch Skandale bekannte HCH-Milch in Hessen, das Cadmium-Gemüse in Hagen, die Bleiverseuchung der Äcker um Goslar, die Dünnsäure in den Fischen, um nur einige bekannte Beispiele zu nennen, ganz abgesehen von den chemischen Konservierungsmitteln, bei denen es seit Jahren einen zähen Kampf seitens der Verbraucherverbände gibt, damit diese immerhin auf den Verpackungen angegeben werden.

Aus all diesem schließt die letzte Zeitschrift der IG Metall, daß es „**in fast allen Bereichen des täglichen Lebens bald um die Überlebensfrage für alle**" **gehe**. Dem ist wohl kaum etwas hinzuzufügen.

**AKW-Nein-Kommission**

**AKW-Nein-Kommission**

**(Unter Verwendung eines Artikels einer Genossin aus Nürnberg)**

## Ein Opfer berichtet

*„...Im Jahre 1973 fing es an. Ich bekam plötzlich juckende Ausschläge am ganzen Körper, zugeschwollene Augen und Kreislaufbeschwerden. Hinzufügen möchte ich, daß ich damals 29 Jahre alt war und im übrigen kerngesund. Die Symptome traten immer häufiger, doch völlig unregelmäßig auf..."*, so ein Betroffener in einem Leserbrief, den er über seinen Rechtsanwalt (wohl wissend was passieren könnte) in der „Süddeutschen Zeitung" veröffentlichen ließ (31).
sieren könnte) in der „Süddeutschen Zeitung" veröffentlichen ließ (31).
Nach einigem Rätselraten bestätigte sich der Verdacht einer Nahrungsmittelallergie durch Kalbfleisch – am heftigsten bei Kalbsnieren –, die *„...neuerdings auch bei dem Genuß von Spanferkeln, Lammfleisch (!) und Jungrindfleisch auftrat..."*

Um die Gesundheitsgefährdung halbwegs einzudämmen, ließ sich der Betroffene von einem Tierarzt am Ort eine Liste zusammenstellen, *„...in welcher die zulässigen Beimengen zum Kälberfutter aufgeführt sind – man höre und staune, es war eine Auflistung von über vier Seiten, wobei der Tierarzt angab, daß manche Kälberzüchter noch eine Anzahl unzulässiger Stoffe verabreichen."* Nicht immer konnte der Betreffende mit solcher Hilfe rechnen. Ein Facharzt für Allergologie, den er aufsuchte.
der Betreffende mit solcher Hilfe rechnen. Ein Facharzt für Allergologie, den er aufsuchte,
*„...weigerte sich, den für mich kritischen Stoff aus dieser Aufstellung ambulant herauszutesten..."* erklärte ihm aber, *„ daß ein allergischer Anfall zum Kreislaufstillstand (Schock) und zum Tode führen kann..."*.

**Quelle/Anmerkungen:**

1) Hamburger Morgenpost, 6.11.8o
2) FR, FAZ, 12.11.
3) Münchner Merkur, 25.9.
4) SZ, 16.10.
5) SZ, 16.10.
7) FR, 24.10., Abdruck in Arbeiterkampf 188, S.23
8) SZ, 27.10.
9) SZ, 27.10.
10) Im Umweltgutachten der Bundesregierung von 1978 heißt es: „Die Behandlung schwangerer Frauen mit Diäthylstilböstrol führte bei deren weiblichen Nachkommen im Alter von 15 bis 23 Jahren zu Scheidenkrebs". Das Hormon war in den USA in den 40er und 50er Jahren zur Verhütung von Fehlgeburten eingesetzt worden.
11) 1979 meldete die US-Arzneimittelbehörde, daß das Hormon DÄS Gebärmutterkrebs bei Frauen um das Sechsfache erhöhe (nach Spiegel, 27. 10.)
12) Stern, 9.10.
13) SZ, 27.8.
14) SZ, 10.10.
15) Spiegel, 27.10.
16) ebenda
17) SZ, 10.10.
18) SZ, 27.8.
19) Spiegel, Nr.26/1971
2o) Hamburger Morgenpost, 4.10.
21) Metall, Zentralorgan der IG-Metall, 5.11.8o
22) Spiegel, 27.10.
23) 24) 25) 26) 27) ebenda
28) Koch, Vahrenholdt, „Seveso ist überall", S.205
29) SZ, 10.10.
30) SZ, 27.10.
31) SZ, 18.10.80

Der Betroffene sucht händeringend einen Hautarzt bzw. Allergologen, der ihn gegen diese Nahrungsmittelallergie unempfindlich machen kann; Hinweise an: Dr. Hermann Reuter, Notar, Am Bach 1, 8716 Dettelbach

## Interview mit einem Mitglied der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung

# Der Wald bleibt besetzt

*Über den Kampf gegen die geplante Startbahn West des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens sprachen wir mit Leo Spahn, Mitglied der Bürgerinitiative Kelsterbach und deren Delegierter im Leitungsteam der Gesamt-BI.*

***

**AK: Seit der Großdemonstration am 2. November hat sich einiges ereignet. Ministerpräsident Börner hat sich bereit erklärt, am 6.11. mit einer Delegation der Bürgerinitiative in Wiesbaden zu sprechen; der Frankfurter Spitzenkandidat der SPD für den Oberbürgermeisterposten, Martin Berg, hat eine „Denkpause" im Startbahnbau gefordert, und auch Jochen Richert vom DGB Hessen hat sich mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit begeben, wo er meint, der DGB sei bislang immer mißverstanden worden; es haben sich auf dieser politischen Ebene einige neue Äußerungen ergeben. Wie schätzt ihr das ein?**

Leo: Zunächst müßte ich mal was richtig stellen. Das, was der Börner in Wiesbaden empfangen hat, war nicht eine Delegation der Bürgerinitiative. Diese letzte Demonstration in Wiesbaden war eine Sache der Parteien-Aktionsgemeinschaft, und empfangen hat Börner eine Delegation von Bürgermeistern. Wir hatten die Möglichkeit gehabt, einen Vertreter der BI am Gespräch teilnehmen zu lassen, was wir auch gemacht haben. Aber zu deiner Frage: Was die Politiker auf Landesebene angeht, glaube ich, daß man mit Zusagen, wie beispielsweise vom Umweltminister, daß vorm Herbst '81 kein Wald fällt , sehr spielsweise vom Umweltminister, daß vorm Herbst '81 kein Wald fällt , sehr vorsichtig umgehen muß. Gerade wir haben in den letzten Jahren erfahren können, was von derartigen Zusagen zu halten ist.

Es ist natürlich im Moment politisch unheimlich wichtig, daß so ein Mann wie der Oberbürgermeister-Kandidat Berg für den gesamten Unterbezirk der SPD mobil macht für eine Abstimmung in der SPD gegen die Startbahn West.

Ich kenne Herrn Berg nicht; ich kenne aber einige führende Politiker der SPD. Deshalb ist hier ein gewisses Maß an gesundem Mißtrauen nach wie vor angebracht, inwieweit das nicht mehr ein taktisches Verhalten ist, um die Kommunalwahlen in Frankfurt zu gewinnen. Aber um es nochmal zu sagen, für den politischen Kampf in der jetzigen Situation ist so eine Entscheidung, wie sie der Unterbezirksparteitag der SPD in Frankfurt getroffen hat, und so eine Aussage, wie sie der Herr Berg trifft, der ja schließlich noch Wirtschaftsdezernent hier in Frankfurt ist, von ziemlicher Wichtigkeit für uns und für die ganze Bewegung.

Zum DGB mit seiner neuen Stellungnahme wäre zu sagen, daß wir diese Stellungnahme natürlich zunächst mal begrüßen und sehr aufmerksam den Wandel in der Position des DGB beobachten und verfolgen. Dieser Wandel kommt ja auch nicht von ungefähr. Er ist mit darauf zurückzuführen, daß die vielen Gewerkschaftsmitglieder, die Repräsentanten der DGB-Ortskartelle, 15 an der Zahl im Kreis Groß-Gerau, in entsprechenden Resolutionen, Anträgen und auch persönlichen Schreiben von Gewerkschaftern an Jochen Richert, an den Landesvorstand des DGB und auch innerhalb ihrer Einzelgewerkschaften soviel Druck gemacht haben, daß die ursprüngliche Stellungnahme des DGB hier ein bißchen ins Wanken gerät. Und nachdem, wie ich jetzt hören konnte, der Herr Börner wohl den DGB-Landesbezirk durch seine jüngste Stellungnahme derart brüskiert hat, könnte ich mir vorstellen, daß der DGB in nächster Zeit auch zu einem klaren Nein in Sachen Startbahn-West kommt.

Börner hat nämlich auf einen ersten Brief des DGB Hessen vom August erstmal gar nicht geantwortet. Nachdem Jochen Richert brieflich erneut vorstellig geworden ist, hat Börner – ich glaube, es war in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk – erklärt, daß er es garnicht für nötig hält, eine Stellungnahme zu den vom DGB gestellten Fragen abzugeben.

**AK: Aus deinen Äußerungen geht ja hervor, daß für euch der Kampf selbstverständlich weiter geht. Nun ist es so, daß sowohl die Landesregierung, als auch Gebhardt von der SPD-Frankfurt (Vorsitzender des Unterbezirks) oder Rudi Arndt, der frühere Frankfurter Oberbürgermeister, ganz klar sagen, die Auseinandersetzung dauert jetzt schon über zehn Jahre, sie hat alle politischen und juristischen Instanzen durchlaufen, die vorliegenden Gerichtsurteile sprechen eine eindeutige Sprache: Jetzt sei es zu spät, sich zu wehren.**

**Es gibt auch in den Reihen von Bürgerinitiativen, auch hier in Frankfurt, einzelne Stimmen, die nun sagen, wenn die Landesregierung und die FAG es darauf anlegen, dann ist der Wald weg. Seht ihr eigentlich reelle Chancen, dieses gigantische Projekt wirklich noch zu verhindern?**

Leo: Der Widerstand bei uns in der Region ist so alt wie die Pläne selbst. Natürlich war er anfänglich begrenzt. Er hat sich auf die Leute begrenzt, die Zeit und Interesse hatten, sich mit den vielen Plänen, den Planfeststellungsverfahren usw. zu beschäftigen. Aber um mal nur eine Zahl zu nennen: Nachdem das Planfeststellungsverfahren 1969/70 eingeleitet worden ist, gab es mehr als 80 Privatkläger bei uns im Kreis Groß-Gerau und einige Gemeinden, die bereits damals dagegen geklagt haben. Und in dieser Zeit sind auch die ersten Bürgerinitiativen im Landkreis Groß-Gerau entstanden, die sich teilweise nicht speziell um das Problem Startbahn-West gekümmert haben, aber um ökologische Probleme im Allgemeinen. Sei es nun um die Fragen der Stadtzerstörung oder Autobahnbau oder auch Atomkraft, siehe Biblis, IC-Strecke durch den Kreis Groß-Gerau usw. Man kann sagen, daß der Widerstand im Kreis Groß-Gerau darüber hinaus genau in dieser Zeit auch gewachsen ist. Die jüngsten




Ereignisse, also der Entscheid Karrys, den sofortigen Vollzug anzuordnen, haben natürlich den Widerstand dann unheimlich verbreitert. Was die Einschätung der tatsächlichen Verhinderung der Startbahn West angeht, meine ich: Je größer diese Bewegung wird – und sie ist immens im Moment und wird noch größer werden – ,um so größer ist die Chance, daß politisch noch eine andere Entscheidung fällt. Aber darauf können wir uns nicht verlassen als Bürgerinitiative, das ist für uns selbstverständlich; wir werden, das, glaube ich, kann man heute schon sagen, wenn die politische Wende nicht kommt, wenn es beim Baubeginn für die Startbahn-West bleiben sollte, einen Widerstand leisten, den es – ohne selbstüberheblich zu sein – in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben hat, wenigstens nicht in dieser Form und in dieser Breite. Da war selbst Gorleben, wenn das erlaubt ist, in „ein Klacks". Die hessische Landesregierung wird, wenn sie dieses Projekt durchzieht, hier ihr Nirwana erleben.

**AK: Gesetzt den Fall, eine Wende würde nicht eintreten, und es werden weitere Waldrodungen angesetzt, wozu wird die Bürgerinitiative dann aufrufen? Die Waldhütte ist besetzt. Wie geht es dort weiter? Soll dort überwintert werden, trotz der ganzen Strapazen, die das in dieser Jahreszeit bedeutet? Es war ein bundesweiter Sternmarsch im Gespräch; bleibt es dabei?**

Leo: Du fragst nach unseren mittelfristigen Perspektiven während der nächsten Monate. Inzwischen ist es ja so, daß nicht nur eine Hütte da steht. Ich war heute nochmal draußen. Täglich entstehen neue Häuser und Hütten, inzwischen sind es an die 30. Und es wird mindestens auch eine 31. geben, wenn wir Kelsterbacher da Dienst haben. Wir wollen nämlich ein Kinderhaus dort bauen. Über den Winter hinweg wird, selbst bei strengster Kälte, ein Großteil dieser Häuser bewohnt und besetzt. Dafür garantieren allein die vielen örtlichen Gruppen der Bürgerinitiative. Natürlich ist es so, daß die meisten Leute berufstätig sind; deshalb gibt es bei uns sowas wie einen Wochenenddienst. Jedes Wochenende wird verteilt auf jeweils eine Bürgerinitiative.

Geplant ist auf Vorschlag des BBU eine Sternfahrt, eine zentrale Kundgebung am 7.12., und nachdem das Leitungsteam der Bürgerinitiative und auch das letzte Plenum diese Sache begrüßt haben, werden wir von den örtlichen Bürgerinitiativen diese Bestrebung des BBU voll unterstützen, mitorganisieren, mittragen. Diese Demo wird in Rüsselsheim stattfinden. Von der Größenordnung her wird so etwas in unserer Region und gerade in Rüsselsheim noch nie zuvor gelaufen sein. Ich schätze, daß mindestens 40 - 50.000 Leute kommen werden.

Noch eine Sache, die mehr auf die politische Ebene geht. Im Frühjahr haben wir Kommunalwahlen. Mir ist bekannt, daß im ganzen Kreisgebiet Groß-Gerau und darüber hinaus die Frage nach alternativen Wahlmöglichkeiten, nach Alternativen Listen und Wählerinitiativen gestellt ist und überall vor Ort breit diskutiert wird. Konkret für Kelsterbach, wo ich zu Hause bin, und aus welcher BI ich komme, kann ich sagen, daß wir bereits zwei Treffen hatten, und daß die Entscheidung hier eigentlich schon gefallen ist, eine Kommunalwahlliste für '81 zu machen.

**AK: Sind das Listen, die überparteilich gebildet werden und werden daran auch solche Leute teilnehmen, die jetzt z.B. aus der SPD ausgetreten sind oder zumindest in größerer Zahl mit ihrem Austritt drohen?**

Leo: Ich glaube, daß vor allem in anderen Orten im Kreis Groß-Gerau sehr wohl Leute teilnehmen werden, die in dieser heißen Phase der Auseinandersetzung um den bedrohten Wald aus der SPD ausgetreten sind. In Kelsterbach haben wir auch Sympathisanten für diese Kommunalwahlliste, die im Moment noch in der SPD sind. Ich selbst bin 1977 bereits aus der SPD ausgetreten. Insofern bin ich auch ein SPD-Geschädigter. Solche Leute gibt's also auch noch, die bereits seit einiger Zeit aus der SPD ausgetreten sind. Das Bündnis jedenfalls ist ein recht breites Bündnis, in erster Linie nicht von Parteien oder Parteimitgliedern sondern ein Bündnis von verschiedenen Personen in der ganzen Breite. Auch von ihrem sozialen Herkommen. Es wird Arbeiter auf der Liste geben, Angestellte, Hausfrauen und Rentner.

**AK: Vor gut zehn Jahren hatte die Region Südhessen das Image, der röteste SPD-Bezirk in der Bundesrepublik zu sein. Glaubst du, daß sich diese Entwicklung im Kreis Groß-Gerau auf ein einmaliges Aufbäumen gegen ein solches Wahnsinnsprojekt beschränkt oder zeigen sich darin Anzeichen, daß sich die parteipolitische Landschaft in einem für Hessen zentralen Bezirk umgruppiert?**

Leo: Von Umgruppierungen würde ich nicht reden. Es ist schwierig, Begriffe zu finden für das, was da zur Zeit abläuft. Einmal meine ich, daß die Bewußtseinsprozesse, die im Moment bei vielen, vielen Bürgern ablaufen, schon auch Langzeitwirkung haben werden. Selbst wenn es der Landesregierung gelingen würde, mit Hilfe von massivem Polizeieinsatz usw. diese Startbahn-West zu bauen, dann wird sehr viel Protestpotential im Bewußtsein der Bürger verbleiben, und es würde auch Konsequenzen haben, was Parteienstrukturen und was insbesondere die SPD angeht.

Bundesweit gesehen würde ich schon sagen, daß Hessen, insbesondere Hessen-Süd, ein linker Bezirk, wenn man das so nennen kann, innerhalb der SPD ist. Das wird's auch sicher noch bleiben. Aber auf der anderen Seite ist spätestens, seit dieser Holger Börner Ministerpräsident und die Führungsperson in dieser hessischen Partei ist, auch klar, daß diese SPD heute nicht mehr die Partei ist, die sie früher 'mal war. Denn Börner steht nun mal für die Fraktion der Kanalarbeiter in der SPD.

**AK: Kommen wir zurück zur BI. Die BI hat eine sehr erfolgreiche Phase hinter sich und hoffentlich auch noch vor sich. Das steht doch in einem erkennbaren Widerspruch zu den Klagen, die man vielfach hört, die BI-Bewegung sei erlahmt oder fast schon am Absterben. Nun liefert ihr hier ein lebendiges Gegenbeispiel. Kannst du was sagen zu dem Geheimnis eures Erfolges oder vielleicht einfach konkret zu eurer Arbeitsweise?**

Leo: Ich will zu beidem was sagen. Es gibt kein Geheimnis des Erfolges. Es gibt Leute, die betroffen sind, betroffen werden, und die diese Betroffenheit quasi übern Bauch auch erfahren. Daß das eben sehr viele Leute bei uns sind, und daß das sehr viele Leute wahrnehmen, das macht die Breite der Bewegung aus. Ich habe in Diskussionen, die über die Region hinausgehen, was die Frage von Bürgerinitiativen angeht, auch gehört, daß sowas andernorts erlahmt. Ich selbst habe diese Erfahrung nicht gemacht. In Kelsterbach haben wir seit 1974/75 eine BI, wobei der Kern der Leute gleich geblieben ist. Es sind sogar neue Leute hinzugestoßen und heute ist unsere BI in Kelsterbach in der Lage, statt früher 50 Leuten das Doppelte und Dreifache auf unsere Veranstaltungen zu bringen. Das macht eigentlich deutlich, was hier passiert.

**AK: Wie ist die Gesamt-BI gegen die Flughafenerweiterung strukturiert?**

Leo: Im Moment ist eine Diskussion über eine neue Struktur im Gange, auf dem nächsten Plenum wird eine Satzungsänderung anstehen. Im Moment sieht die Struktur so aus, daß es ca. 15 Ortsgruppen gibt. Diese hatten die Möglichkeit, jeweils einen Delegierten in ein sog. Leitungsteam zu wählen. Das Leitungsteam hat die Diskussionen vorstrukturiert und mußte, wenn es notwendig war, auch manchmal kurzfristige Entscheidungen treffen. Jetzt ist folgender Organisationsvorschlag in der Diskussion: Neben der Vollversammlung und dem Leitungsteam noch einen BI-Ausschuß von sieben Mitgliedern einzurichten. Diese hätten die Aufgabe, vor allem Entscheidungsprozesse voranzutreiben und so etwas wie eine Geschäftsführung zu machen.

Ihr müßt euch auch mal vorstellen, was hier an Verwaltungsaufwand passiert, ist immens: wir bekommen tagtäglich Briefe aus ganz Europa, wir bekommen Spenden, den Leuten wollen wir wenigstens Dank sagen. Das ist eine immense Schreibarbeit. Es wird ein Büro geben, das wahrscheinlich Ende dieser Woche eingerichtet werden wird. Es gibt Koleg(inn)en von uns, die sich bereit erklärt haben, kostenlos in diesem Büro zu arbeiten. Ich glaube, dies alles macht die BI noch schlagkräftiger, und es gab halt auch einige Probleme in der Vergangenheit, die wir versuchen müssen, in den Griff zu kriegen. Ich selbst war wie viele andere Mitglieder des Leitungsteams drei, vier Tage und Nächte lang ununterbrochen auf Achse, ich hatte keine Gelegenheit zu schlafen, und wir waren dementsprechend kaputt. Das hat auch zum Teil zu Aggressionen geführt, die nur aus so einer Situation auch zum Teil zu Aggressionen geführt, die nur aus so einer Situation entstehen können.

**AK: Die BI hat mehrfach alle Teilnehmer an ihren Aktionen gebeten, sich gewaltfrei zu verhalten und hat darauf großen Wert gelegt. Ist das für die Bürgerinitiative eine Art Glaubensbekenntnis, oder ist das mehr eine pragmatische Tagespolitik mit der Überlegung, daß das eben notwendig ist, um den Widerstand auf eine möglichst breite Basis zu stellen.**

Leo: Glaubensbekenntnis klingt natürlich ziemlich negativ, wenn du die Frage schon so formulierst. Nach den Diskussionen, die wir in den letzten Monaten und vor allem in den letzten 14 Tagen miteinander geführt haben – und mit miteinander meine ich die ganzen Bürger, die in den BI's mitarbeiten – hat sich herausgestellt, daß Gewaltfreiheit natürlich ein Prinzip ist, das mit Inhalt gefüllt werden muß. Da sind natürlich auch noch Diskussionen im Gange. Es gibt m.E. verschiedene Arten von Gewaltfreiheit. Bisher war das eine defensive Gewaltfreiheit, die wir praktiziert haben. Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß es auch eine offensive Form von Gewaltfreiheit gibt. Dazu brauchen wir allerdings sehr viel Phantasie. Aber die haben wir! Wir haben vor allem die vielen Leute, die bei uns mitkämpfen und mitstreiten. Für mich persönlich ist es, das kann ich in aller Offenheit sagen, auch ein Problem, mit dem ich in meinem eigenen Kopf fertig werden muß. Ich vertrete dieses Prinzip der Gewaltfreiheit, weiß aber in meinem praktischen Handeln nicht, wie ich beispielsweise reagieren würde, wenn mich einer der Polizisten zwei-dreimal mit n'em Gummiknüppel auf den Kopf haut. In so einer Situation liegt es dann letztlich in der Entscheidung des einzelnen Menschen, wie er reagiert. Ich glaube aber auch, daß er dann nur noch sehr schwer eine Kontrolle über seine Reaktion hat.

**AK: Nun ist es wahrscheinlich sowieso ein bißchen Abenteuerspielerei, sich Überlegungen über große Auseinandersetzungen mit der Polizei zu machen, wenn auf der anderen Seite noch gar nicht mal alle Möglichkeiten genutzt sind, die einfach der Wald und das Gelände bieten, um das Fortschreiten der Rodungen wirksam zu behindern...**

Leo: Man darf vor allem nicht vergessen, daß der Widerstand bei uns in der Region auch nur so breit werden konnte, weil wir dieses Prinzip der Gewaltlosigkeit auch in der Praxis durchgehalten haben.

Als politisch handelnder und denkender Mensch, der ich spätestens seit meinem 18. Lebensjahr bin, als nämlich damals hier in Frankfurt die Sachen gegen die Bild-Zeitung liefen, habe ich einige Polizeieinsätze selbst erlebt, weiß also sehr wohl einzuschätzen, von welcher Seite hier

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Gewalt ausgeübt worden ist. Die Situation in einer Großstadt wie Frankfurt ist, glaube ich, mit der Situation bei uns im Moment nicht vergleichbar. In Frankfurt habe ich erleben müssen, daß es vor allem ältere Bürger waren, die aus was für Gründen auch immer, vielleicht durch Äußerlichkeiten, vielleicht durch entsprechende Pressekampagnen beispielsweise in der Bild-Zeitung, beeinflußt von Langhaarigen geredet haben, von Berufsdemonstranten, Radikalinskis usw. Diese Situation gibt es bei uns draußen in der Region nicht. Es gibt zwar ab und zu entsprechende Bemerkungen von dem einen oder anderen Bürger, aber in der Widerstandsaktion selbst, in der Auseinandersetzung erlebt er am eigenen Leib einmal den Gewaltapparat der Polizei und auf der anderen Seite aber auch die vielen jungen Leute, die eben lange Haare und Bärte haben, wie sie gemeinsam mit ihm die gleichen Interessen vertreten. Auch dieser Prozeß ist sehr wichtig. Ich weiß nicht, ob die Frankfurter Bürger diese Chance jemals gehabt haben. Bei uns draussen ist die Chance da, voneinander zu lernen und auch miteinander zu handeln. Es ist meine theoretische Einschätzung, die sich im Verlauf von vielen Jahren gebildet hat, daß es eine Führungsrolle von städtischem Kampf nicht gibt und nicht geben kann. Ich glaube einfach aus eigener Erfahrung, daß gerade draußen auf dem Land sich sehr viel entwickelt, – wie die Großstädter evtl. meinen mögen: etwas später, womit sie das schon negativ bewerten und glauben, sie seien die Vorreiter hier in den Städten. Der Widerstand bei uns jetzt hat aber eine andere Quantität und auch in vielen Dingen eine andere Qualität, so daß ich meine, daß der städtische Kampf, Häuserkampf beispielsweise oder ähnliches, durchaus auch das eine oder andere von uns lernen kann.

**AK: Wie ist die soziale Basis der Protestbewegung? Es gibt da eine Reihe von Mißverständnissen: Manche Leute, das haben wir in Diskussionen erlebt, gehen davon aus, daß da der kleine Einfamilienhausbesitzer protestiert, der befürchtet, daß sein Grundstück wegen der Startbahn West an Wert verliert.**

Leo: Dieses Mißverständnis, wie du es nennst, ist nach meiner Erinnerung zuerst von Herrn Karry und Herrn Börner in die Welt gesetzt worden. Diese sprachen nämlich davon, daß wir eine kleine privilegierte Minderheit wären. Das mal zuvor. Für die tatsächliche Zusammensetzung will ich mal einige Beispiele anführen: Opel liegt ja sehr nahe am Flughafen. Wir müssen einfach feststellen, zu unserer großen Freude, daß es gerade sehr viele Opel-Arbeiter sind, der Lackierer vom Band, der Montagearbeiter, der Betriebsschlosser, die aktiv bei uns im Widerstand mitarbeiten und mitkämpfen. Wir stellen fest, beiter, der Betriebsschlosser, die aktiv bei uns im Widerstand mitarbeiten und mitkämpfen. Wir stellen fest, daß es kleinere Angestellte sind, daß es Hausfrauen sind, die aus Arbeiterfamilien kommen usw. Einmalig ist an diesem breiten Bündnis, daß alle Schichten der Bevölkerung in der Bewegung repräsentiert sind, entsprechend der sozialen Schichtung in dieser Region. Natürlich gibt es bei den kleineren Gewerbetreibenden und Selbständigen, die auch sehr aktiv am Widerstand teilnehmen, einige besondere Interessen. Beispielsweise, nicht qualifizierte Arbeitskräfte an die FAG zu verlieren. Das wird aber auch so offen diskutiert und ist kein Problem. Bei uns ist jeder willkommen, der unsere beiden Hauptforderungen unterstützt, und da spielt es gar keine Rolle, ob das ein Pfarrer ist, ein Bundeswehrhauptmann, wie der Herr Preißler aus Mörfelden, oder Arbeiter, Hausfrau, Rentner, Schüler oder Student.

**AK: Du hast schon darauf hingewiesen, daß die größten Arbeitsplätze Opel-Rüsselsheim und eben der Flughafen selber sind. Gibt es in den Betrieben selber Diskussionen und Äußerungen zur Startbahn-West?**

Leo: Natürlich wird in den Betrieben diskutiert. Tagtäglich wird in den Betrieben diskutiert. Und zwar in allen Betrieben, nicht nur beim Opel. Selbst in den kleinen Klitschen, weil die Leute ja Zeitung lesen, weil sie auf der Fahrt zum Arbeitsplatz beispielsweise in die Polizeisperren geraten sind. Die Leute diskutieren intensiv in den Betrieben, was im Moment läuft, wie man das einzuschätzen hat, was man vielleicht tun kann usw. Ich erlebe das tagtäglich bei uns selbst. Mir scheint bloß, daß ihr vom KB so ein bißchen Probleme habt, wie das nun eigentlich einzuordnen ist in die Klassenkämpfe usw. Das Problem haben auch andere, und mir ist das durchaus klar, daß Leute, die von einem klaren Klassenstandpunkt ausgehen, besondere Probleme damit haben.

**AK: Es ist für uns insofern schon von ganz besonderem Interesse, weil sich ein gewisser Unterschied zu den sonstigen Öko-Kampf-Schauplätzen andeutet; etwa zu Brokdorf, Wyhl, Gorleben. Selbstverständlich würden wir den Kampf gegen die Startbahn-West auch dann unterstützen, wenn dem nicht so wäre, weil wir wissen, welche katastrophalen Wirkungen dieser Bau hat. Aber man muß als Linker doch solche neuen Entwicklungen aufmerksam verfolgen.**

Leo: Für uns stellt sich diese Frage gar nicht so sehr theoretisch, für uns stellt sie sich immer ganz praktisch und sie wird auch immer ganz praktisch beantwortet. Für die Leute, die sich mit Theorie beschäftigen, kann ich mir vorstellen, daß das eine ganz interessante Geschichte ist, die da abläuft.

**AK: Wie ist es mit dem Arbeitsplätze-„Argument" ? Das wird ja immer wieder zentral gebracht. Holger Börner sagt, wenn wir nicht den Flughafen erweitern, verliert Hessen seine Führungsposition.**

Leo: Es gibt sicher einen realen Hintergrund für eine derartige Argumentation. Allerdings muß man einfach sehen, wenn man sich die von der FAG und von Börner genannten Zahlen anguckt, daß sie an den Haaren herbeigezogen sind. Man muß wissen, daß die Zahl der neuzuschaffenden Arbeitsplätze, die die FAG ins Spiel gebracht hat, erst bei 20.000 lag, dann reduziert wurde auf 15.000, jetzt sind wir so in der Gegend von 10.000 angelangt. Diese Zahl ist auf Basis einer Umfrage zustande gekommen, die die FAG selbst im Bereich der Betriebe gemacht hat, die irgendwo was mit dem Flughafen zu tun haben. Das sind die ganzen Autovermietungen, die es da gibt, die Speditionen, alle Betriebe, die im Moment gerade etwas für den Flughafen bauen, also Bauunternehmen etc., die Kleinklitschen, die im Flughafen selbst einen kleinen Gewerbehandel haben, Souveniere usw. Auf Grund einer solchen Umfrage sind diese Zahlen zustande gekommen, und ich haben, Souveniere usw. Auf Grund einer solchen Umfrage sind diese Zahlen zustande gekommen, und ich kann mir gut vorstellen, daß jeder dieser Unternehmer optimistisch in die Zukunft gesehen hat und groß gemeldet hat, welchen Arbeitsplätzebedarf er in den nächsten Jahren haben wird.

**AK: Kommt das Argument an ?**

Leo: Das Argument kommt bei den Bürgern in dieser Region nicht oder nicht mehr an. Im ersten Moment waren diese Zahlenspielereien natürlich verblüffend, aber es gelingt uns in zunehmendem Maße auch mit Hilfe von Leuten, die von derartigen Untersuchungen was verstehen, die Argumente der FAG auch in dieser Hinsicht zu widerlegen.

Die Entscheidung der Lufthansa, nach München zu gehen, wie es in der jetzt veröffentlichten Studie heißt, liegt eigentlich schon Jahre zurück. Die Lufthansa wird nicht als ganzes nach München gehen, sondern sie wird einen Teil ihres Betriebes nach München verlegen. Diese Entscheidung wurde unabhängig von der Frage Startbahn-West getroffen. Sie ist nur von der FAG in diesem Zusammenhang gebracht worden. Aber auch das konnten wir ganz gut deutlich machen und widerlegen.

**AK: Es gibt auch die Vermutung, daß die ganze gigantische Flughafenerweiterung vielleicht gar nicht so sehr mit der Expansion des zivilen Flugverkehrs, sondern mit einer Expansion des militärischen Luftverkehrs zu tun hat. Also die Rhein-Main-Air-Base, die ja ein unvergleichlicher Luxus ist, der da den Amerikanern gestattet wird.**

Leo: Also ich sag' Euch jetzt was ganz Exklusives: ein paar Informationen, die ich heute erst erhalten habe und zwar in einem Gespräch mit einem Fluglotsen. Vielleicht vorneweg noch ein paar bemerkenswerte Einzelheiten: Am Flughafen in Frankfurt sind über 260 Fluglotsen beschäftigt und von diesen haben 103 sich zusammengefunden, um eine gemeinsame Erklärung gegen die Startbahn-West herauszugeben, in der sie nachweisen, daß diese Startbahn sowohl ökonomisch als auch in erster Linie flugtechnisch unsinnig sei. In dem Gespräch, daß ich heute mit dem Fluglotsen hatte, sagte der mir, daß diese 103 Unterschriften mehr oder weniger zufällig zustande gekommen sind. Das waren halt die, die in diesen zwei Tagen erreichbar waren, und er sagte mir, daß er der Meinung sei, daß etwa 90% der Fluglotsen dort diese Entscheidung mittragen würden.

Was die Militärfrage angeht: Der Fluglotse wie auch ich glauben, daß der Flughafen Rhein-Main für die Zukunft gesehen die gleiche Bedeutung behalten wird, die er eh schon hat. Ich glaube nicht, daß, wie bei einigen wenigen Diskussionsbeiträgen in den vergangenen Wochen zu hören war, hauptsächlich die Amerikaner diejenigen sind, die ein Interesse an der Startbahn-West haben.

Ich will Euch jetzt erzählen, was ich heute erfahren habe. Ihr habt vielleicht der Presse entnommen, daß die Kairoer Regierung in Ägypten angekündigt hat, daß sie den Widerstandskämpfern in Afghanistan gegen die Sowjetunion Hilfe leisten will. Wenn man jetzt weiß, daß in der vergangenen Nacht von diesem Frankfurter Flughafen 14 Militärmaschinen der Amerikaner nach Kairo geflogen sind, dann kann man, wenn man will, einen Zusammenhang herstellen. Daß da ein Zusammenhang besteht, kann jedem, der die Sache verfolgt, aufgehen.

Es sind übrigens hauptsächlich die Amerikaner, die nachts starten. Es gibt 7 Postflüge, die nachts abgehen und die Amerikaner sind's, die nachts fliegen und ihre Turbinen-Probe-Läufe machen. Dies ist es vor allem, was die Nachtruhe der Bürger stört. Deshalb muß man vielleicht auch noch einmal an dieser Stelle die Forderung bekräftigen, nicht nur **„Keine Startbahn–West"** sondern auch **„Nachtflugverbot von 22 – 6 Uhr"**.

**AK: Wir danken Dir für das Gespräch.**

**ACHTUNG !**
**Neues Spendenkonto der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung: Volksbank Mörfelden Nr. 28690**

## IG-Metall-Funktionäre: Makabres Spiel mit der Angst

GROSS-GERAU / DARMSTADT. In einer Resolution forderten über tausend Funktionäre der IG Metall, Verwaltungsstelle Darmstadt, bei nur wenigen Gegenstimmen die Landesregierung auf, ihren Einfluß als Hauptaktionär auf die FAG dahingehend zu nutzen, daß vorläufig auf den Bau einer zusätzlichen Startbahn verzichtet wird. Dieser Beschluß wurde bei Anwesenheit des IGM-Vorsitzenden Eugen Loderer im Bürgerhaus Wixhausen von den als für etwa 50 000 Mitglieder IG Metall repräsentativ geltenden Teilnehmern angenommen. Starke Zweifel werden in der Resolution an den Angaben der FAG über die Schaffung neuer Arbeitsplätze angemeldet.

Anfangs seien bis 1990 etwa 20 000 neue Arbeitsplätze angekündigt worden, was sich über 12 000 und 10 000 zu der „übriggebliebenen Androhung" reduziert habe, ohne Bau der Startbahn wären auch die vorhandenen 30 000 Arbeitsplätze gefährdet. „Hier wird in unverantwortlicher Weise mit den Hoffnungen auf neue und den Ängsten auf den Verlust vorhandener Arbeitsplätze spekuliert", heißt es wörtlich. Diesem makabren Spiel solle man als Gewerkschafter entschieden entgegentreten.

Die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze am Flughafen hänge entscheidend davon ab, wieweit die gewonnene Arbeitsproduktivität in Form von Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich an die Beschäftigten weitergegeben werden. Abschließend werden die Vertreter der IG Metall im DGB-Landesbezirksvorstand aufgefordert, unverzüglich eine Sondersitzung dieses Gremiums zu fordern, „um den verhängnisvollen Beschluß vom Januar dieses Jahres aufgrund der neuen Entwicklungen zu korrigieren". cas

"FR"-Lokalbeilage im Kreis Groß Gerau 8.11.80

# Der Landgraf und sein Vogt

**Besoffen, bestochen oder einfach bekloppt? Das fragen sich viele Bürger Hessens, wenn sie besorgt nach Wiesbaden schauen, um zu sehen, welche neusten Tiraden ihre Landesregierung wieder von sich gegeben hat. Da verkündet ein Börner (Ministerpräsident, SPD), schuld am Scheitern der Schulreform sei die Faulheit der Lehrer, da sie sich weigern würden, in Ganztagsschulen zu arbeiten. Da denkt ein Gries (Innenminister, FDP) laut darüber nach, die Kosten von Polizeieinsätzen den Veranstaltern von Demonstrationen aufzubürden. Ein Krollmann (Kultusminister, SPD) verweigert dem gewählten Präsidenten der Gesamthochschule Kassel die Anerkennung. Ein Karry (Wirtschaftsminister, FDP) gibt als Geistesblitz bekannt, die Ursache für die Wohnungsnot in den Städten sei der übertriebene Mieterschutz und die Unrentabilität (wegen zu niedriger Mieten!). Aber der Gipfel von allem bleibt die Auseinandersetzung um die geplante und zum Bau freigegebene Startbahn West des Frankfurter Flughafens.**

Just an dem Tag, an dem 15.000 Bürger im Wald von Mörfelden-Walldorf gegen den Beginn der Abholzaktion, die 3 bis 4 Millionen Bäume treffen soll, demonstrierten, erklärte Börner auf einer Tagung der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer (AfA), er sei nicht zum Nachdenken, sondern zum Handeln gewählt. In der Frage des Startbahnbaus seien die Würfel endgültig gefallen und jeder Widerstand borniert und aussichtslos. In dem Bedürfnis, sich vielleicht immer noch nicht deutlich genug ausgedrückt zu haben, warf er am 5.11. vor dem hessischen Landtag noch noch nicht deutlich genug ausgedrückt zu haben, warf er am 5.11. vor dem hessischen Landtag noch einen Hammer hinterher. Notfalls werde die Landesregierung den Ausbau des Flughafens auch mit Gewalt durchsetzen. Dies war offensichtlich an die Adresse der Kommunalpolitiker in den direkt betroffenen Gemeinden gerichtet. Wenn sie es zu weit treiben würden mit ihren Protesten, könne es zu einer Entwicklung kommen, die der hessischen Regierung am Ende nur noch ein gewaltsames Vorgehen übriglasse („FR". 6.11.).

Kein Wunder, daß dieses wenig behutsame Vorgehen den lokalen Politikern der SPD den Angstschweiß auf die Stirn trieb, da ja in Hessen im März des nächsten Jahres wieder Kommunalwahlen stattfinden. „*Sie werden den grünen Wald gegen einen Wald grüner Stimmen eintauschen*", schrieb ein aus Protest gegen den Startbahnbau zurückgetretener SPD-Kreistagsabgeordneter (dem wir auch die Überschrift dieses Artikels „geklaut" haben). Von „grauen Haaren" der Kommunalpolitiker war die Rede, von einer „parteipolitischen Aufbruchstimmung" in Südhessen, von einem „Denkzettel", den die Bürger der SPD verpassen würden, einem „Waterloo" der SPD im nächsten März usw. Vergleiche zu dem für SPD und FDP verhängnisvollen Experiment der „Kunststadt Lahn" wie auch zu den in Frankfurt vor dreieinhalb Jahren erdrutschartig verlorenen Kommunalwahlen wurden laut. Da der Protest der Bevölkerung sich keineswegs auf einige wenige Gemeinden beschränkt und schon gar nicht auf „ein paar profilierungssüchtige Provinzpolitiker" (Börner) zurückführen ließ, sondern sich lawinenartig in Südhessen verbreiterte und aus der ganzen BRD zunehmend Unterstützung erfuhr, sahen sich sozialdemokratische Kommunalpolitiker, allen voran der Frankfurter OB-Kandidat Martin Berg, genötigt, die „Notbremse" zu ziehen. Mit großem Trara forderte Berg auf einer Pressekonferenz am 5.11. eine „Denkpause" beim Flughafenausbau, was in der Presse entsprechend als Sensation gefeiert wurde. Seine Begründung: Der Ausbaubeschluß beruhe auf veralteten Plänen, die neu überdacht werden müßten. Zudem müsse ein „integriertes Verkehrskonzept" für Schiene und Luftfahrt vom Bundesverkehrsministerium erarbeitet werden, um zu prüfen, ob es nicht eine überflüssige Konkurrenz zwischen einem Teil des innerdeutschen Luftverkehrs und dem Intercity-Netz der Bundesbahn gebe. Vorher solle man den Bau nicht fortsetzen.

Bergs „Denkpausen"-Vorstoß gab einer ganzen Reihe von Leuten, die sich bislang stets für die Startbahn West ausgesprochen hatten, Gelegenheit, diese unpopuläre Position zu verlassen, um mehr „Bürgernähe" zu demonstrieren – ohne sich andererseits die massenhaft geforderte Ablehnung der Flughafenerweiterung zu eigen zu machen. Die „FR" lobte Herrn Berg über alle Maßen, da er sich um die „*Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik in Hessen und im Bund*" verdient gemacht habe. Unsere „linken" Bundestagsabgeordneten sahen die willkommene Gelegenheit für eine entsprechende Erklärung, und selbst die hessische DGB-Spitze kann nun guten Gewissens auf vorsichtige Distanz zur Landesregierung gehen, ohne der Partei zu schaden.

Immerhin hat es die Frankfurter SPD auf diese Weise geschafft, aus einem zwar biedermännisch-freundlich wirkenden, aber dennoch völlig farb- und profillosen Kandidaten über Nacht gewissermaßen einen bekannten Mann zu machen. Fraglich bleibt indes, ob sich Martin Berg als über Nacht gewissermaßen einen bekannten Mann zu machen. Fraglich bleibt indes, ob sich Martin Berg als würdig erweist, mit solchen Ehrungen überhäuft zu werden. Klopft man seine Aussagen zur Startbahn West auf ihren eigentlichen Kern hin ab, so haben die Gegner des Flughafenausbaus keinerlei Grund zum Jubeln. Berg stellt zur Diskussion, ob es eine „*kürzere Startbahn nicht auch tut*".

Davon verspricht er sich eine Minderung der Flächeninanspruchnahme von „mindestens 35%". Diese „Idee" ist keineswegs originell (und noch weniger ökologisch!). Denselben Vorschlag machten nämlich am gleichen Tag zwei CDU-Landtagsabgeordnete in einem Brief an Börner. Weiter Berg: Durch eine Verlegung einer Hochspannungstrasse könne man erreichen, daß weitere 40 Hektar Wald verschont bleiben. Dies hatte Hessens Umweltfeind Nr.1, Karry, eine Woche zuvor den Gemeinden angeboten. Auch dieser Vorschlag ist nicht gerade „ruhmreich". Im übrigen erscheint es nicht logisch, wenn Berg die Hoffnung erweckt, Hilfe könnte jetzt vom Bundesverkehrsministerium kommen („integriertes Verkehrskonzept"). Nur weil Herr Hauff erst vier Wochen im Amt ist (als Verkehrsminister), schon Illusionen in die Haltung der Bundesregierung setzen? Obwohl sich Berg also keineswegs gegen die Startbahn West ausgesprochen hat, bliebe wenigstens noch die Forderung, jetzt nicht mit der Abholzaktion und dem Bau der Startbahn fortzufahren. Doch auch hier sind Zweifel an der „Glaubwürdigkeit" dieser sozialdemokratischen Politik angebracht. Nur einen Tag nach Bergs Vorstoß war nämlich Börner – ganz im Gegensatz zu seinen sonstigen Unverschämtheiten – bereit, zusammen mit seinem „Umwelt" - Minister Schneider eine Delegation von Bürgermeistern aus den Flughafengemeinden zu empfangen. Erstmal nahm Börner seine Gewaltandrohung großzügigerweise zurück. Schneider gab dann die Zusage, vor dem Herbst '81 werde mit Waldrodungen für den Bau der Startbahn West nicht fortgefahren (ob er wohl noch so lange im Amt ist?). 20 weitere Hektar allerdings müßten demnächst für das bereits existierende Start- und Landebahnsystem geopfert werden. Damit bleibt also zweierlei unter'm Strich:

1. Es soll weiter abgeholzt werden - und zwar mehr als die 7 Hektar, deren Vernichtung die massiven Proteste ausgelöst hatte. Dies hat aber angeblich mit der Flughafenerweiterung überhaupt nichts zu tun (?).
2. Die SPD versucht, sich über die Kommunalwahlen hinweg zu retten und diesen Konflikt kurzfristig einzudämmen.

Wie in der SPD bei derartigen Anlässen üblich, beginnen nun auch die SPD-Landtagsabgeordneten, die noch vor einem Monat mit 95%iger Mehrheit uneingeschränkt dem Startbahnbau zustimmten, „nachzudenken". Mit welch drittklassigen Tricks bei diesem Geschäft gearbeitet wird, zeigt sich z.B. an der Vorbereitung eines Parteitags der SPD Südhessen zu dieser Frage. Der Bezirksvorsitzende Görlach, früher „Umwelt"-Minister (was ihn ebenfalls nicht daran hinderte, der Flughafenerweiterung zuzustimmen), sieht nun auf einmal die Tendenz in seiner Partei, sich der Forderung nach einer „Denkpause" anzuschließen. So will man sich in einem vorbereiteten Antrag dafür verwenden, daß die Landesregierung alle Möglichkeiten wahrnimmt, „*einen unnötigen Bau*" der Startbahn West zu unterlassen. Offen bleibt bei dieser Formulierung, ob die Flughafenerweiterung nötig oder unnötig ist. In einer Vorlage des Kreisverbands Groß Gerau hatte es dagegen an der- erweiterung nötig oder unnötig ist. In einer Vorlage des Kreisverbands Groß Gerau hatte es dagegen an der- selben Stelle geheißen: „..., *den unnötigen Bau zu verhindern*".

Abschließend sei – um nur ein Beispiel herauszugreifen – an die Versprechungen Börners vor der letzten Landtagswahl erinnert, ein zusätzlicher Block C im Atomkraftwerk Biblis solle, dürfe oder brauche nicht gebaut werden. Vergleicht man dies mit den heutigen massiven AKW- und WAA-Vorhaben der hessischen Landesregierung, so kommt man, ohne groß spekulieren zu müssen, zu der Feststellung, daß es sich bei dem „Denkpausen"-Vorschlag nur um ein klassisches Betrugsmanöver der üblichen Art handelt, eine der Seifenblasen, wie sie vor Wahlen aller Art von der SPD-Führung fabriziert werden. Nicht umsonst hat diese Partei jahrzehntelange Erfahrungen mit diesem Geschäft. Und nicht umsonst dürfte der „glaubwürdige" Martin Berg vor seiner Pressekonferenz zunächst einmal Holger Börner zum klärenden Gespräch aufgesucht haben...

**KB/Gruppe Frankfurt**

### Wenn schon, denn schon

Als Börner am 6.11. eine Delegation der Flughafengemeinden in Wiesbaden empfing, gab er ihnen nicht nur zu verstehen, daß er von den Argumenten gegen die Startbahn West keineswegs „überzeugt" sei. Er eröffnete ihnen gleich dazu, es gebe Pläne für ein Kohlekraftwerk „in ihrem Raum". Und außerdem würde er sich freuen, wenn's mit dem Block C in Biblis bald losgehen könnte. Die „FR" (Lokalbeilage Groß Gerau) dazu: „*Die Vertreter aus dem Kreisgebiet sahen sich ziemlich betroffen an... Kommentar eines Delegationsmitgliedes auf dem Heimweg: ,Der meinte, wenn schon, denn schon*" („*FR*", *8.11.*).

# Fessenheim-Analyse (I)

**Seit etwa einem Jahr leben wir hier in ständiger Angst vor einem „China-Syndrom". Seit dieser Zeit wissen wir von Rissen im AKW Fessenheim, u.a. an den Aufhängestutzen des Reaktordruckgefäßes. Dringen diese Risse durch die Edelstahlhülle durch, würde der Reaktordruckbehälter abreißen und nicht mehr gekühlt werden können – ein Super-GAU. Ein ehemaliger Ingenieur der französischen Reaktorfirma FRAMATOME, S. Etemad, hält diesen Zeitpunkt schon nach 3-5 Jahren Netzbetrieb für möglich (1). Fessenheim aber ist schon seit 1977 auf Vollast ...**

**Der Kampf gegen ein l a u f e n d e s Atomkraftwerk ist schwierig und langwierig. Obwohl gegen das AKW Fessenheim ein stärkerer Wiederstand besteht als gegen jede andere derzeit betriebene Nuklearanlage, sind wir von unserem Ziel noch weit entfernt. Für mächtige politische und vor allem wirtschaftliche Interessengruppen ist Fessenheim ein wichtiger Bestandteil ihrer Pläne, auf die sie nicht verzichten wollen.**

**Fessenheim ist damit ein Pardebeispiel dafür, wie der Ausbau der Kernenergie und die brutale Industrialisierung einer ganzen Region sich gegenseitig bedingen.**

### Warum wird Fessenheim eigentlich nicht stillgelegt?

– Die Stillegung würde die Profite der Atombetreiber vermindern. So schreibt die französische Botschaft in Bonn in dankenswerter Offenheit in einer Stellungnahme vom 3.12.1979: *„Das durch diese Fabrikationsfehler (die Rißbildung, Anm. AK) entstandene Problem ist viel mehr ein wirtschaftliches als ein technologisches Problem oder gar ein Sicherheitsproblem. (...) Angesichts der dramatischen Erhöhung der Erdölpreise erschien die zweite Lösung (kein Abschalten des AKW, Anm. AK) als die vernünftigste, um k o s t e n g ü n s t i g und mit einem Höchstmaß an Zuverlässigkeit den Strombedarf Frankreichs zu decken."*

– Das AKW Fessenheim deckt 6% des gesamten Strombedarfes von Frankreich (2).

– Auch die Westdeutschen haben ein direktes finanzielles Interesse am Weiterlaufen der Anlage. Das Land Baden-Württemberg ist Miteigentümer des Badenwerks; das Badenwerk seinerseits hat eine 30%ige

gentümer des Badenwerks; das Badenwerk seinerseits hat eine 30%ige

Stromabnahmegarantie für Fessenheim gegeben und diesen Strom im voraus bezahlt (3).

– Ein Abschalten von Fessenheim hätte auch Auswirkungen auf das übrige Atomprogramm, sowohl auf französischer als auch auf deutscher Seite. Durch Enthüllungen der französischen Gewerkschaft CFDT wissen wir, daß ähnliche Risse auch in 4 Reaktoren des AKW Bugey sowie in den neuen AKWs in Tricastin und Gravelines vorhanden sind.

– Über die Verhältnisse in westdeutschen AKWs schreibt der Physiker Dr. H.G. Otto (4):

*„Bereits vor ein paar Jahren hatte man bei uns in der BRD das gleiche Problem mit dem ehedem hochgelobten deutschen Reaktorbaustahl 22 NiMoCr 37, der besonders anfällig für Spannungsrisse ist. Nach langen Versuchen entschloß man sich, doch lieber auf den etwas weicheren Mangan-Stahl 20 MnMoNi 55 überzugehen, den die Franzosen von dem amerikanischen Lizenzgeber Westinghouse übernommen hatten (...) Jetzt zeigt sich allerdings an den französischen Enthüllungen der Ausweichstahl als ebenso gefährdet. Das ist der Grund, warum die deutsche Reaktorindustrie so daran interessiert ist, die französischen Nöte herunterzuspielen – es sind auch die eigenen."*

Solche Risse konnten zwischenzeitlich z.B. im AKW Gundremmingen nachgewiesen werden, allerdings erst nach der Stillegung! (5)

Vielleicht muß man den Hinweis der Landesregierung, der sicherheitstechnische Standard im AKW Fessenheim sei ebenso hoch wie der im AKW Neckarwestheim (6), ähnlich zu verstehen?

heim sei ebenso hoch wie der im AKW Neckarwestheim (6), ähnlich zu verstehen?

### Im Hintergrund: Ein zweites Ruhrgebiet am Oberrhein

Im Dreieckland Nordschweiz-Baden-Elsaß wird eine gigantische Industrieansiedlung geplant: *„An den Ufern des Oberrheins wächst eine Riesenstadt, die eines Tages die größte Europas sein könnte."* (7)

Und: *„ 'Kernkraftwerke', so heißt es denn auch in der Fachzeitschrift 'Wirtschaft und Standort', 'sind die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung des Oberrheins'."* (7)

Die ökologische Katastrophe wird dabei in Kauf genommen: *„Ob dann noch Platz für den Umweltschutz ist, muß bezweifelt werden. Sachverständige sind (...) heute der Ansicht, die (Rhein-)Ebene sollte für die gewerbliche und industrielle Nutzung freigegeben werden, während die Funktionen Wohnen, Erholung usw. in der Vorbergzone und in den Seitentälern des Rheins angesiedelt werden sollen."* So ein Kommentator des „Staatsanzeigers Baden-Württemberg" im Jahre 1975.

Daß sich daran wenig geändert hat, beweist ein Blick in den neuen Regionalplan „Südlicher Oberrhein" von 1979. Unter Ziffer 1.1. heißt es da: *„ ... ist insbesondere ein Zusammenwirken zwischen Rheinebene und Vorbergzone als Räume überdurchschnittlicher Standortgunst für die Erhaltung und Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen und dem Schwarzwald in seiner Eignung als hochrangige Erholungslandschaft von überregionaler Bedeutung anzustreben."* Der Unterschied ist der, daß jetzt auch die sog. „Vorberzone" industriell zubetoniert werden soll ...

Das AKW Fessenheim hat in diesem Rahmen gesonderte Aufgaben: *„Im Süden der Region soll für flächenextensive neu anzusiedelnde Betriebe in erster Linie der Standort Müllheim/Neuenburg genutzt werden."* (8) Genau gegenüber auf der anderen Rheinseite liegt unser Schrott-AKW ...

Die Funktion der Atomkraftwerke kommt insbesondere bei einer Analyse der Entwicklungspläne im Elsaß klar zum Vorschein: Sämtliche künftigen Industrieballungszentren liegen in der Nähe geplanter AKWs (s. Karte) (9). Daß der produzierte Strom n i c h t den privaten Haushalten nützt, beweist auch folgende Zahl: Schon 1972 wurden im Elsaß über 70 % des gesamten Stroms von der Industrie verbraucht (6).

der Industrie verbraucht (6).

### Die Kriegserklärung an eine ganze Region

Gab es 1975 erst 18 Quadratkilometer Industriefläche auf linksrheinischem Gebiet, soll dies in den nächsten Jahren auf 65 qkm aufgestockt werden – das ist 1/3 der französischen Rheinlandschaft (11).

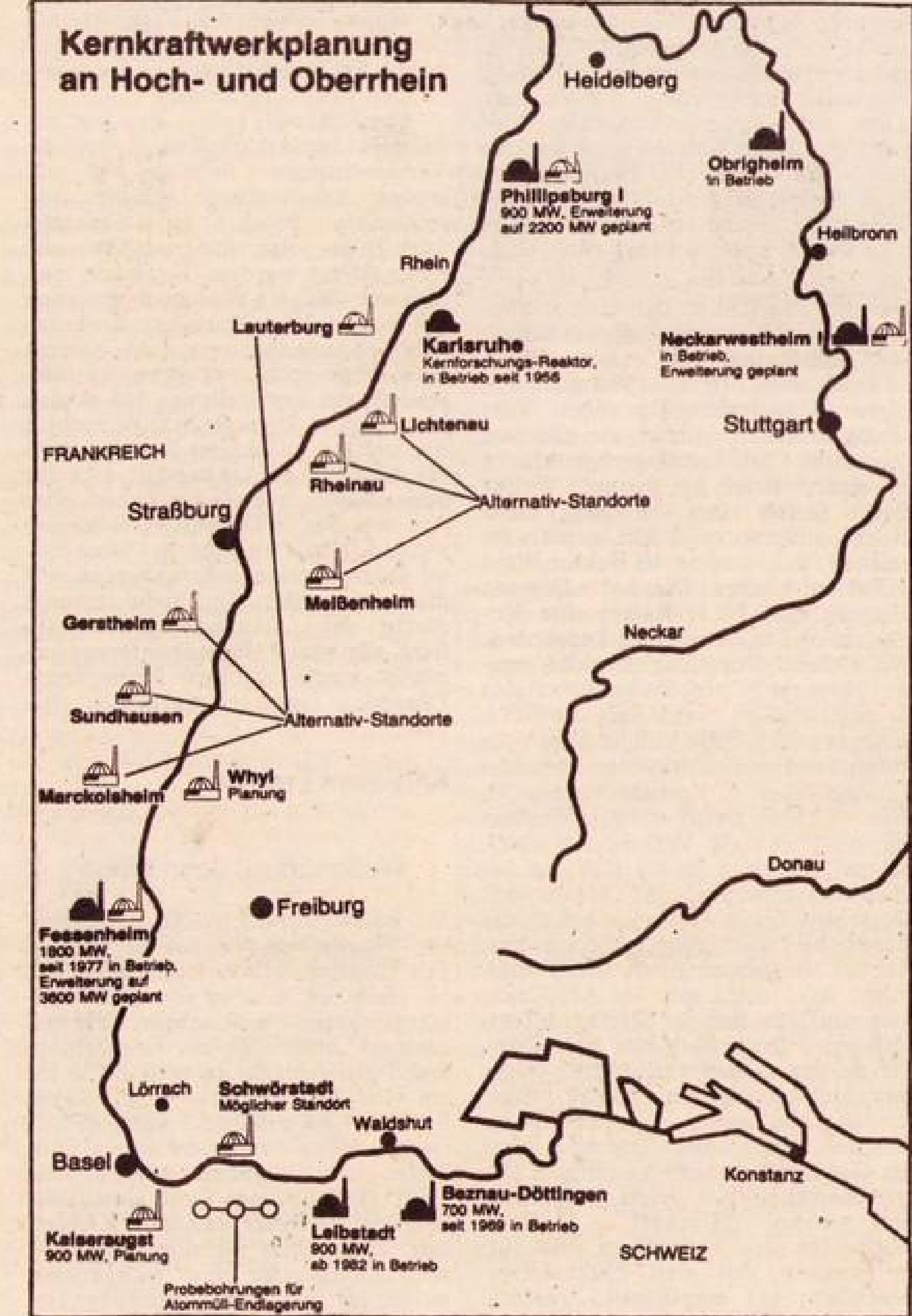
Insbesondere ist mit einer weiteren Ansiedlung von chemischer Industrie, Aluminiumwerken und Ammoniakverarbeitung (zu Düngemittel und Sprengstoff) zu rechnen, sowie mit einer Zunahme des Kalibergbaus.

Bei der Kraftwerksplanung halten sich – neben den bekannten Projekten (s. Karte) – auch Vermutungen über den Bau eines „Schnellen Brüters" in Fessenheim (12) und eines AKWs in der Gegend von Donaueschingen (13).

Die Attraktivität des Elsaß für kapitalistische Investitionen faßte der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Freiburg 1975 in 5 Punkten zusammen:

– Das Lohnniveau ist bis zu 30 % niedriger als im benachbarten Baden.
– Die französischen Umweltschutzauflagen sind noch nachlässiger.
– Die Konkurrenz auf dem französischen Binnenmarkt ist geringer.
– Die Steuervergünstigungen und Investitionshilfen sind großzügiger.
– Die Infrastruktur der zukünftigen Industriestandorte wird vom Staat gleich mitgeliefert (14).

Mittlerweile haben die westdeutschen Behörden versucht, gleichzuziehen. Ein Symptom dafür ist die Freigabe des wichtigen Freiburger Naherholungsgebiets Mooswald für den Gödecke-Konzern, damit der nicht ins Elsaß abwandert.

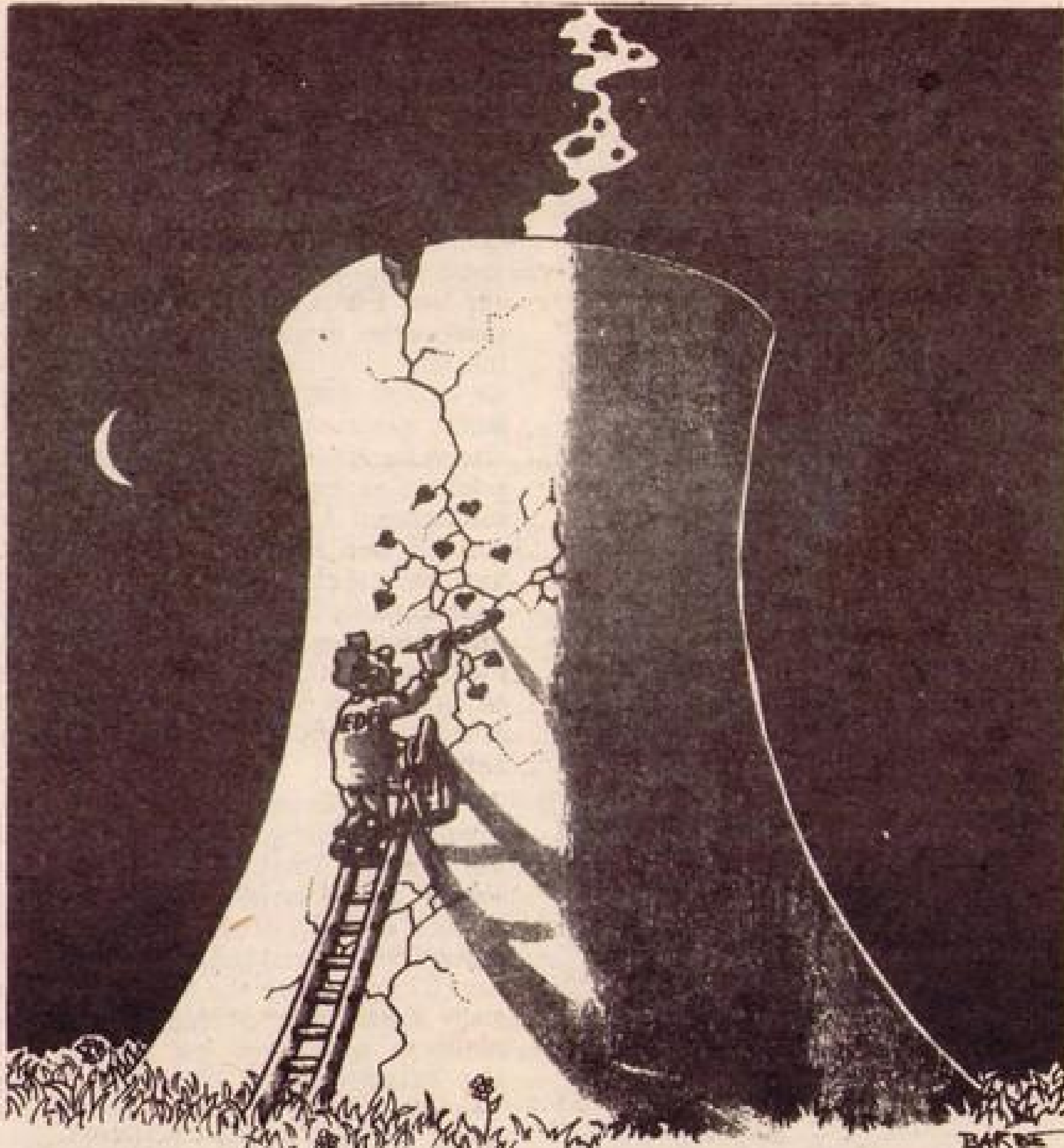



Aus: Süddeutsche Zeitung

Auch ein Blick auf die geplanten infrastrukturellen Maßnahmen beweist, daß die Behörden auf b e i d e n Rheinseiten mit allen Mitteln um kapitalkräftige Investoren werben. Dazu gehöre unter anderem:

– Die Zerstörung des Schwarzwaldes durch eine Autobahnverbindung zwischen Rheintal, Bodensee und dem Stuttgarter Raum. Circa 500 ha landwirtschaftliche Nutzfläche werden diesem Projekt zum Opfer fallen – und eines der größten Erholungsgebiete der BRD (15).

– Ein Luftkissenzug Genf-Brüssel mit Halt in Mühlhausen, Metz und Nancy. Dieser „Traumzug Europole" soll mit 500 km/h die Landschaft zerpflügen (16).



– Die Aushöhlung eines ganzen Berges, des Blauen, um darin 100.000-150.000 qm Mineralöl zu lagern, damit die Industrie auch in „Krisenzeiten" weiterarbeiten kann. Der Blauen ist eines der zentralen Ausflugs- und Skigebiete im Südschwarzwald (17).

– Eine zusätzliche Schnellbahntrasse Karlsruhe-Basel, nur für Züge mit einem Spitzentempo von 300 km/h (16).

– Eine Ausweitung des Flughafens Basel-Mulhouse.

– Den Bau des Rhein-Rhone-Kanals, der dem Großkapital eine direktere Anbindung zwischen Nordsee und Mittelmeer (Frachtkostenersparnis!) bringen würde. Für den Bau dieses Kanals müßten 4.700 ha Ackerland enteignet, 65 Millionen Kubikmeter Erde bewegt und mit 3 Millionen Kubikmetern Beton ausgegossen werden (18).

– Der Uranabbau im Elsaß (evtl. im Weilertal) und im Schwarzwald (Menzenschwand/evtl. Blauen). Das dort abzubauende Uran könnte über einen kleinen Umweg über die erweiterte Anreicherungsanlage Pierrelatte im Rhonetal dann gleich die oberrheinischen AKWs versorgen (19).

– Eine weitere Stadtzerstörung. So soll Freiburg als „Regionales Oberzentrum" bis zum Jahr 2000 mit 8 % mehr Bevölkerungszuwachs verzeichnen als jede andere bundesdeutsche Großstadt. Klar, daß hier mit der Wohnungsnot der Menschen ein großes Geschäft zu machen ist ... Weiterhin droht durch den infrastrukturellen Ausbau der Stadt weitere Wohnraumvernichtung: Die Stadtautobahn als letztes Teilstück der Schwarzwaldautobahn; die Überbauung (!) des Hauptbahnhofs durch ein riesiges Kongreßzentrum; eine städtische Schnellbahn soll die dort tagenden Manager dann rasch in die Naherholungsgebiete bringen ...

So hängt der Widerstand gegen das AKW Fessenheim also auch mit dem städtischen Mietkampf und den Hausbesetzungen zusammen, genauso wie mit den Bemühungen der Naturschützer um den Erhalt der oberrheinischen Natur und der Bauern im Schwarzwald und in den Vogesen um die Sicherung ihrer Existenzgrundlagen.

**Im nächsten AK wollen wir auf die Entwicklung des Widerstandes eingehen, und auf die Tricks der Atommafia, diese breite Bewegung zu spalten und zu verarschen (z.B. durch die Veröffentlichung der Katastrophenpläne).**

**Jü. und Ma./Freiburg**

## »Kritische Tage« 1980

**Als erste Zeitung können wir hier eine Übersicht über die „Störfalltage" des AKW Fessenheim in diesem Jahr geben.**

**29.1.:** Block 1 wird abgeschaltet wegen einer Leckage im Primärkreis. Das Wasser wird im „Sumpf" des Reaktors gesammelt. Ein Tag Stillstand.
**31.1.:** Wegen erhöhter Vibrationen im Lager des Hauptgenerators wird Block 1 für eine Stunde abgeschaltet.
**12.3.:** Wegen Fehlfunktionen am Zwischenüberhitzer wird Block 1 mehrmals abgeschaltet, darunter mindestens eine Schnellabschaltung.
**13.3.:** Erneute Abschaltung von Block 1 wegen derselben Ursache. Während der gesamten Reparaturarbeiten am 13.3. wird Dampf aus dem Sekundärkreis abgegeben.
**19.3.:** Block 1 wird abgeschaltet, weil die Primärkreisleckagen von 100 l/Stunde auf 800 l/Stunde ansteigen!
**24.3.:** Erneuter Störfall. Näheres unbekannt.
**11.5.:** bis Ende Juli: „Routineabschaltung Block 1 mit Brennelementewechsel". Wegen einer defekten Halterung müssen die neuen Brennstäbe wieder ausgebaut werden: drei Wochen Zusatzpause!
**14.7.:** Erdbeben im tektonisch anfälligen Oberrheingraben. Stärke 5,5 (Richterskala). Was wäre gewesen, wenn das Bebenzentrum n i c h t in 20 km Tiefe gelegen hätte?
**30./31.7.:** Abschaltung von beiden Blöcken. Bei Block 1 trat aus dem radioaktiven Primärkreislauf „etwas Wasser" (Werksleitung) aus, Block 2 wurde angeblich im „nichtnuklearen Teil" bei einer „Versuchsreihe" defekt. Eine Woche Stillstand.
**29.8.:** Reaktorschnellabschaltung bei Block 1. „Nichtradioaktiver Dampf" wird abgelassen.
**10.10.:** Werksleitung spricht von Schwierigkeiten mit „undichtem Ventil". Anfang Oktober gibt es jedes Wochenende Dampfwolken...
**21.10.:** Block 2 wird abgeschaltet, um einen Turbinendampfregler auszuwechseln. Über zwei Wochen Stillstand.

### Anmerkungen

(1) Arbeitsgruppe Fessenheim: Risse in Fessenheim. Freiburg 1980. S. 72
(2) Badische Mieterzeitung, Juli 1980
(3) s. (1), S. 96
(4) s. (1), S. 47/48
(5) s. (1), S. 43
(6) Innenministerium Baden-Württemberg: Katastrophenschutzbroschüre, Oktober 1980. S. 17
(7) „Badische Zeitung", 20./21.12.1975
(8) Regionalverband Südlicher Oberrhein: Regionalplan 1979. S. 168
(9) Jean: Elsaß – Kolonie in Europa. Wagenbach Politik 74. S. 70 ff.
(10) Thierry Jund: Le nucleaire contre l'Alsace. Syros Paris 1977. S. 34
(11) = (9)
(12) „Was Wir Wollen" 8/78
(13) „Badische Zeitung", 7,9,78
(14) zitiert nach (9)
(15) Juso-AG: Industrieansiedlung im südlichen Oberrheintal. Freiburg 1974. S. 16
(16) „Badische Zeitung", Beilage vom 3.12.1975
(17) „Was Wir Wollen" 13/78
(18) s. (10), S. 45
(19) „Was Wir Wollen" 11/78

# Vorbereitungstreffen zur Bundeskonferenz

**Am 8.11. trafen sich auf einem letzten Vorbereitungstreffen zur Bundeskonferenz in Göttingen Vertreter/innen aus über 20 BIs, Gruppen und Initiativen. Nach einer Kontroverse, welchen Raum dem Plenum und damit der Diskussion über weitere Aktionen eingeräumt werden solle, einigte sich das Vorbereitungstreffen (ohne Gegenstimme) auf folgenden Vorschlag zur Tagesordnung:**

| | | |
|---|---|---|
| Samstag | 11 Uhr | Beginn der Bundeskonferenz |
| " | 12 Uhr | Eröffnungsplenum, Begrüßung, kurze Vorstellung der Arbeitsgruppen durch einzelne AG-Vertreter, Diskussion zur Tagesordnung. |
| " | 13 Uhr | Arbeitsgruppen. Alle AG's werden aufgefordert, einen oder mehrere Vertreter zu bestimmen und Protokoll zu führen. Zu den bisherigen AG's (siehe Einladung) werden noch eine oder mehrere Arbeitsgruppen zum Thema „Perspektiven unseres weiteren Widerstandes, welche erfolgversprechenden Widerstandsformen können wir nach den Erfahrungen der letzten Jahre anwenden?" |
| " | 20 Uhr | Ende der Arbeitsgruppen |
| " | 21 Uhr | BuKo-Fete |
| " | 21 Uhr | Besprechung der AG-Vertreter, Mitgliedern des Vorbereitungstreffens und aller Interessierten, Bericht und erste Auswertung der Arbeitsgruppen, Vorstrukturierung der Plenumsdiskussion auf der Grundlage der AG-Berichte und des allgemeinen Diskussionsstandes. Vorschlag für die Podiumszusammensetzung für das Plenum. |
| Sonntag | 9 Uhr | Beginn des Bundeskonferenz-Plenums<br>Berichte der Arbeitsgruppen mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „Vorschläge für unsere weitere Arbeit"<br>Plenumsdiskussion zu der Frage:<br>„Wie arbeiten wir weiter? Welche Schwerpunkte für unseren Widerstand und unsere inhaltliche Arbeit setzen wir uns für die nächste Zeit?" |
| " | 12.30 | Mittagspause |
| " | 15.30 | Zusammenfassung der Ergebnisse der Bundeskonferenz, gleichzeitig ist das die Pressekonferenz |
| " | 16 Uhr | Ende des Plenums und der Bundeskonferenz. |

Materialmappe: Eine 160 Seiten umfassende Materialmappe mit Beiträgen zu den einzelnen Arbeitsgruppen und zu allgemeinen Fragen der Bewegung kann bestellt werden bei: BBA Ostertorsteinweg 43, 2800 Bremen, Tel. 04217327530. Die Materialmappe kostet 6,- DM plus 2,- DM Porto.

Materialmappenanhang: Bis zum 24. November können noch Beiträge für die Bundeskonferenz an die BBA geschickt werden. Diese Beiträge werden als Anhang zur Materialmappe auf der Bundeskonferenz vorliegen.

Nachbereitung der Bundeskonferenz: Die Protokolle der Arbeitgruppen und die Ergebnisse der Plenumsdiskussion

6,- DM plus 2,- DM Porto.

Materialmappenanhang: Bis zum 24. November können noch Beiträge für die Bundeskonferenz an die BBA geschickt werden. Diese Beiträge werden als Anhang zur Materialmappe auf der Bundeskonferenz vorliegen.

Nachbereitung der Bundeskonferenz: Die Protokolle der Arbeitgruppen und die Ergebnisse der Plenumsdiskussion sollen zu einer Ergebnismappe zusammengestellt werden. Dazu wird am Wochenende des 13./14. Dezember in Darmstadt ein BuKo-Nachbereitungstreffen stattfinden, auf dem auch eine erste Auswertung der Bundeskonferenz diskutiert werden soll. Weiteres Thema dieses Treffens wird die Frage einer weiteren Bundeskonferenz und die Verbesserung der Kommunikationsstrukturen der Anti-AKW-Bewegung sein. Alle interessierten Gruppen sind dazu eingeladen, insbesondere die Protokollanten der Arbeitsgruppen.

Also, auf geht's zur Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung am 29./30. November in Bremen.

Und nicht vergessen: ANMELDEN !!!!! sonst gibt's keinen Schlafplatz! und: Teller, Tasse und Löffel mitbringen (Plastikgeschirr wird nicht zur Verfügung gestellt)

# Kein AKW in Wölfersheim und auch nicht anderswo

Schon vor der symbolischen Platzbesetzung des Standortes Wölfersheim hatten sich die Vertreter der BIs im Wetteraukreis auf ihrer monatlichen Plenumssitzung für eine Informationsveranstaltung in Wölfersheim entschieden. Thema: „Gesundheitliche Gefahren durch Kernenergie".

Wir bildeten einige Arbeitsgruppen, die mit Eifer daran gingen, Flugblätter und Plakate zu entwerfen. Um den Abend etwas lockerer zu gestalten, hatten wir außer der Referentin eine Theatergruppe aus Gießen eingeladen.

Die einzelnen BIs waren sofort bereit, sich jeweils einen Ortsteil vorzunehmen. So hatten wir selbst Mühe noch eine Ortschaft zu „ergattern", in der wir unsere Flugblätter verteilen „durften".

Am 16.10. war es dann soweit!

Gespannt und etwas unruhig warteten wir auf das Ergebnis unserer umfangreichen Vorarbeit. Und tatsächlich: Sie kamen! Etwa 150 Interessierte drängten sich in den viel zu kleinen Raum.

Bei der Begrüßung waren wir einigermaßen platt, daß auch der Bürgermeister mit 2 „Honoratioren" der Gemeinde unter den Anwesenden waren. Der Bürgermiester, der angeblich kein Kernkraftwerk-Befürworter sein soll, fiel uns durch seinen Dauerschlaf während der Veranstaltung auf. Das gleiche tat seine „Bodyguard". Aus dem Dornröschenschlaf gerissen, verließen sie dann während der Diskussion den Raum. Das heißt aber keineswegs, daß unser Informationsabend auf die übrigen Zuhörer ebenso einschläfernd wirkte.

Nach Beiträgen, die mit viel Beifall bedacht waren, fand eine lebhafte Diskussion statt, bei der deutlich wurde, daß vorwiegend AKW-Gegner gekommen waren. (Ein Befürworter-Typ war bald gegangen).

Alles in allem können wir diese erste Veranstaltung als einen Erfolg ansehen. Dies beweisen auch die vielen Gespräche, die am Rande geführt wurden, wenn auch die Wölfersheimer selbst noch zurückhaltend waren, was in der Tatsache begründet ist, daß jeder 3. von ihnen im Kohlekraftwerk arbeitet.

Anfang nächsten Jahres möchten wir mit dem Thema „Atomenergie und Arbeitsplätze" diese Informationsreihe fortsetzen.

S. + E.
**KB-Sympathisanten Butzbach**
**(redaktionell gekürzt)**

# 10.000 AKW-Gegner in Mol

Belgien/Holland: 10.000 AKW-Gegner, davon je die Hälfte aus Belgien und den Niederlanden, versammelten sich am 25.10. im belgischen Mol (nahe an der Grenze zu den Niederlanden), um gegen die Wiederaufnahme des Betriebes der Wiederaufbereitungsfabrik Eurochimic zu protestieren.

Seit 1974 hatte diese lebensgefährliche Anlage stillgestanden, jetzt soll sie wieder arbeiten, wobei der anfallende Atommüll in unterirdische Schächte wandern soll.

Mol glich durch den Aufmarsch der ‚Rijkswacht' eher einer Festung, die regionale Presse hatte mit der Hetze über die erwarteten „gewalttätigen" Demonstranten für „Stimmung" gesorgt. Die Polizeitruppen mit Hubschraubern und gepanzerten Fahrzeugen hatte durchaus „Kalkar-Format". Die „Schlacht" fand dann allerdings nicht statt, jedoch mußten einige Absperrgitter „dem Druck der Straße" weichen.

# Anklage gegen Stoltzenberg-Chef zurückgezogen

Bereits vor Verhandlungsbeginn zog die Staatsanwaltschaft Hamburg die Anklage gegen Martin Leuschner – den letzten Inhaber der Giftfabrik Stoltzenberg – zurück, die auf fahrlässige Tötung, fahrlässige Körperverletzung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion gelautet hatte.

Begründung: *„Nach Ansicht der Mediziner und Sachverständigen ist Leuschner zur Zeit nicht verhandlungsfähig und wohl auch in Zukunft nicht".*

Leuschners Anwalt, der gleichzeitig Mitglied der Anti-Stoltzenberg-BI ist, vermutet hier – sicher mit Recht – weitergehende Gründe. Er nennt die Rücknahme eine politische Entscheidung. *„Auch wenn über die*

*Leuschner zur Zeit nicht verhandlungsfähig und wohl auch in Zukunft nicht".*

Leuschners Anwalt, der gleichzeitig Mitglied der Anti-Stoltzenberg-BI ist, vermutet hier – sicher mit Recht – weitergehende Gründe. Er nennt die Rücknahme eine politische Entscheidung. *„Auch wenn über die* *Verhandlungsunfähigkeit Leuschners keine Zweifel bestehen, wenn ich Staatsanwalt wäre, hätte ich die Entscheidung darüber dem Gericht überlassen."* In der Regel gehe die Staatsanwaltschaft mit der Verhandlungsunfähigkeit Beschuldigter nicht so großzügig um wie in diesem Fall. Es dränge sich daher der Verdacht auf, daß die Staatsanwaltschaft auf Weisung gehandelt hätte. Rechtsanwalt Niese: *„Es war eine gute Gelegenheit, die Affäre Stoltzenberg endgültig unter den Teppich zu kehren. Kein Gericht ist jetzt mehr gezwungen, Beweisanträgen nachzugehen, die über den Bericht der Untersuchungskommission hinaus noch etwas hätten aufdecken können."* („Hamburger Abendblatt", 4. 11.80).

„Zufällig" fällt diese Vertuschungsaktion zusammen mit der Beendigung der Räumungsarbeiten auf dem Werksgelände. So wird also kein Beamter des Hamburger Senats mehr wegen dieses Themas schlecht schlafen müssen.

Es wurden insgesamt etwa 13.000 Kubikmeter Erde abgetragen. Davon sind 100 Kubikmeter chemisch derart verunreinigt, daß sie in einer Sondermülldeponie gelagert werden müssen. Geborgen wurden rund 16.000 Stück Nebelmunition, 100 Kilo Munitionsschrott, fünf Kubikmeter Penicillin sowie Nebel- und Tränengasbomben. Außerdem verschiedene chemische Kampfstoffe wie Lost, Levisit, Per-Stoff und der Nasen-Rachen-Reizstoff Dick.

Etwa fünf Tonnen Gift- und Kampfstoffe wurden der Bundeswehr übergeben!

Der Steuerzahler darf natürlich die Kosten der Räumung bezahlen. Sie belaufen sich auf acht Millionen Mark.

* * *

**Während „im Namen des Volkes" der kriminelle Kapitalist Leuschner weiter frei herumlaufen kann und nicht einmal seiner offensichtlichen Verbrechen wegen angeklagt wird,**

Mark.

* * *

**Während „im Namen des Volkes" der kriminelle Kapitalist Leuschner weiter frei herumlaufen kann und nicht einmal seiner offensichtlichen Verbrechen wegen angeklagt wird,**

**hat dieselbe Staatsanwaltschaft die Dreistigkeit, den Vater des von einem Stoltzenberg/Leuschner-Sprengkörper getöteten Kindes wegen „fahrlässiger Tötung" vor Gericht zu stellen.**

**Dies ist der skandalöse Höhepunkt eines Verbrechens, an dem Kapitalisten, Bundeswehrgeneralität, SPD-Senat und ein einäugiger Staatsschutz beteiligt waren und sind.**

**Der Prozeß gegen die Eltern, der am 2. Februar 1981 im Hamburger Amtsgericht eröffnet werden soll, muß zu einem Tribunal der demokratischen- und Umweltschutzbewegung gegen das o.g. Gangstersyndikat gemacht werden.**

**AKW-Nein-Kommission**

**Der Prozeß gegen die Eltern, der am 2. Februar 1981 im Hamburger Amtsgericht eröffnet werden soll, muß zu einem Tribunal der demokratischen- und Umweltschutzbewegung gegen das o.g. Gangstersyndikat gemacht werden.**

**AKW-Nein-Kommission**




## Demonstration gegen das AKW Leibstadt

Das fast fertiggestellte AKW Leibstadt liegt an der Grenze zur BRD am Hochrhein gegenüber der bundesdeutschen Stadt Waldshut. Dieses AKW soll 1983 in Betrieb genommen werden, in der Schweiz würden dann ca. 50% des Stroms aus AKW's kommen. Zu der Demonstration am 8. November hatten einige Initiativen aus der Region aufgerufen, es kamen aber nur 300 Atomgegner/innen.

Viele haben Leibstadt – im Schatten der Kämpfe gegen Kaiseraugst, Gösgen oder Graben – immer mehr aufgegeben, je mehr der Kühlturm wuchs. Die Stimmung war daher auch nicht besonders kämpferisch, direkt Betroffene waren fast nur am Straßenrand zu finden; sie sind durch Steuererleichterungen eingekauft worden. Darum auch die passende Parole: „Mir sin doch nit so blöd, das AKW wäm'r nöd, und nit im Gartä, uf d'Schtrahlä wartä."

„In nächster Zukunft", hieß es im Aufruf, „werden Aktionen, die die Inbetriebnahme des AKW Leibstadt verhindern sollen, stattfinden. Wir werden Sie früh genug informieren, weil wir auf Ihre Beteiligung angewiesen sind." – Also war diese recht magere Demonstration nicht das Ende, in Kaiseraugst ist schließlich auch das ganze Info-Zentrum in die Luft geschwirrt.

f., Konstanz

# Protest gegen Atommüllager?

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg versucht zur Zeit, die BIs der BRD zu einem gemeinsamen Protest gegen die zwei geplanten oberirdischen Atommüllager in Gorleben zu gewinnen - und zwar in Form einer Unterschriftensammlung gegen die Zwischenlager in Gorleben, Ahaus, Würgassen und Stade. Die Unterschriftensammlung wird auch vom BBU getragen.

Die BI Lüchow-Dannenberg begreift diese Aktion als einen Höhepunkt des Widerstandes; zum Teil versucht sie, diese Kampagne als über die Besetzung von 1004 hinausgehend zu verkaufen.

Die ersten Reaktionen waren der „TAZ" vom 31.10.80 zu entnehmen.

Die BI Kalkar stellt dar, daß für sie Unterschriftenaktionen ein sinnvolles Mittel des Widerstandes waren - Anfang der siebziger Jahre. Die Landesregierung erklärte, bei Abgabe der 10.000 gesammelten Unterschriften, daß es sich bei den Einsprüchen um Einzelinteressen handle, der Brüter sei hingegen von allgemeinem Interesse, und das gehe vor. Auf die Unterschriftenkampagne folgten in Kalkar Großdemonstrationen. Nach Meinung der BI Kalkar sind gerade die direkten Aktionen - wie die Besetzung von 1004 - eine bessere Ebene, auf die Pläne der Betreiber einzugehen. Sie fordert die Lüchow-Dannenberger auf, nicht hinter die aktiven und praktischen Widerstandsformen zurückzufallen und Aktionen zu propagieren, die am Anfang der Bewegung standen. Für sie liegt die Vermutung nahe, daß die Unterschriften in den Papierkorb wandern.

Die BI „Landkreis Wedding", Westberlin, lehnt es rigoros ab, selbst Unterschriften zu sammeln, weil sie Unterschriftensammlungen nicht als adäquates Mittel ansieht. Sie ist der Ansicht, daß die BI Lüchow-Dannenberg die Anti-AKW-Bewegung einmal mehr funktionalisieren will. Weiterhin wird gefordert, daß bundesweiten Aktionen eine gemeinsame, gleichberechtigte Diskussion vorangehen müßten.

Ein Vorschlag zur Kopplung von Unterschriftensammlung und daran anschließenden Aktionen liegt von der „Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen" (NIGA) als Antrag für die Bundeskonferenz (29./30.11. in Bremen) vor: *„Wir meinen, daß eine Unterschriftenkampagne allein zuwenig ist, um auf die unerhörten Frechheiten der Atombetreiber die entsprechende Antwort zu geben. Eine Unterschriftenkampagne mag zu einem bestimmten Zeitpunkt [z.B. „Für sofortige Stillegung aller Atomanlagen" nach dem Harrisburg-Unfall] und in einer entsprechenden Situation der örtlichen Anti-AKW-Bewegung ein gutes Mittel sein, um eine Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Als einzige Aktion derzeit bundesweit das Problem der Atommüllagerung ins Gespräch zu bringen, erscheint uns eine Unterschriftenkampagne zur Zeit etwas mickrig. ... Wir schlagen vor, ein Gegen-Hearing [zum Anhörungsverfahren] bundesweit zu unterstützen und auch zu weiteren Aktionen im Landkreis Lü-Da aufzurufen [welche das im einzelnen sind, soll der weiteren Diskussion überlassen bleiben - Großveranstaltungen, Einzelhearings, Demonstration?]!!!"*

Wie diese Aktion aussehen kann, wird ein Diskussionspunkt der Bundeskonferenz sein. Vorschläge wie: eine Großaktion bei Nichtbeachtung der Forderungen der Unterschriftenlisten oder eine Großdemo bei Übergabe der Unterschriften wären zwei Möglichkeiten. Ein weiterer Vorschlag wäre auch, in den Text der Unterschriftenlisten eine Aufforderung an den Kreistag Lüchow-Dannenberg aufzunehmen, sein Ja zum Zwischenlager zurückzunehmen.

**PROTEST GEGEN ATOMMÜLLAGER**

*In Gorleben hat das Genehmigungsverfahren für den Bau von zwei oberirdischen Atommülllagern begonnen. Es handelt sich dabei um jeweils ein zentrales Lager für hoch- und schwachradioaktiven Müll aus der gesamten Bundesrepublik.*

*Schon bei Beginn dieses Verfahrens wurde amtlich bekanntgegeben, daß die Bürger dabei keine Rechte haben. Trotzdem nehme ich die Auslegung der Unterlagen zum Anlaß, gegen diese Atommüllager durch meine Unterschrift zu protestieren!*

*Gleichzeitig wende ich mich gegen die geplanten Atommülllager in Ahaus, Würgassen, Stade und an anderen möglichen Standorten!*

# VDS — knapp an der Spaltung vorbeigesegelt

**Mehrere ASten der Basisgruppenfraktion hatten gemeinsam einen Forderungskatalog an die Vereinigten Deutschen Studentenschaften, den Dachverband der westdeutschen und Westberliner Studentenvertretungen, erarbeitet. Für den Fall der Nichterfüllung ihrer Forderungen drohten sie mit ihrem endgültigen Austritt aus den VDS.**
**– 40 % ihrer Mitgliedsbeiträge an die VDS sollen zur Unterstützung der unabhängigen Studentenvertretungen in Baden-Württemberg und Bayern dienen.**
**– 15 % dieser Beiträge sollen für einen Rechtshilfefonds für juristisch verfolgte Student/inn/en verwandt werden.**
**– 20 % sollen lokalen Projekten, die die einzelnen ASten benennen, zugute kommen.**
**– 25 % der Beiträge stehen den VDS zur Deckung ihrer laufenden Kosten zur Verfügung.**

**Nach langwierigen Verhandlungen konnten die Vertreter der Basisgruppen in den wesentlichen Punkten eine Zustimmung durch den VDS-Vorstand und den Zentralrat erzielen. Die Basisgruppen-ASten werden also in den VDS verbleiben und ihre bisher zurückgehaltenen Beiträge nachzahlen. Ihr Austritt hätte einerseits bewirkt, daß die jetzige VDS-Mehrheit (MSB, Jusos, SHB, LHV) in ihrem Anspruch, die gesamte Studentenschaft zu repräsentieren, gänzlich unglaubwürdig geworden wäre. Die VDS wäre damit nicht weiter versteckt, sondern für jeden offensichtlich zum Juso-MSB-Richtungsverband geworden.**

**Auf der anderen Seite hätten die VDS einen immensen finanziellen Verlust hinnehmen müssen. Allein der mehrheitlich von den Basisgruppen geführte AStA der Universität Bochum zahlt jährlich 10 % des gesamten Beitragsaufkommens der VDS.**

Seit jeher bilden die Basisgruppen in den VDS eine oppositionelle Minderheit gegenüber der Mehrheitsfraktion, die sich zusammensetzt aus Jungsozialisten, MSB, SHB und Liberalem Hochschulverband. Diese Verbände haben es gut verstanden, ihre Mehrheitsposition zu einer M a c h t position auszubauen und den Apparat des Dachverbandes weitgehend dazu benutzt, i h r e speziellen politischen Pläne durchzusetzen — recht unabhängig von den Studenten und Studentinnen an den Hochschulen. Auf den jährlichen Mitgliederversammlungen fanden schon lange keine offenen Diskussionen um die Lage an den Hochschulen mehr statt; sie wurden mehr und mehr heruntergewirtschaftet zu einer Abstimmungsmaschinerie über ein — bereits vorher zwischen diesen vier Organisationen ausgemauscheltes — Aktionsprogramm.

*„Aus dem ‚Bündnis der Linkskräfte' ist eine bürokratische Entpolitisierungsmaschine geworden, die funktionslos und abgehoben für die basisorientierte Politik der Studentenschaften geworden ist — eine ‚real existierende Studentenbewegung' sozusagen, an der alles real ist, nur nicht die Bewegung."* So fassen es die Basisgruppen in einer Erklärung zu ihrem Austritt zusammen.

Auf der Mitgliederversammlung 1978 weigerte sich die VDS-Mehrheit, die Vertreter der Tübinger Studentenschaft (sie gehören zur Basisgruppenfraktion) als rechtmäßig anzuerkennen. Die Bereitschaft der Basisgruppen, in einem derartigen Dachverband weiterhin mitzuarbeiten, sank in der Folgezeit gen Null, wenngleich sie (mehrheitlich) immer an der Notwendigkeit eines einheitlichen Zusammenschlusses aller Studentenschaften festgehalten haben. Aus der Mitgliederversammlung dieses Jahres zogen sie aus und beschlossen, ihren Platz im Vorstand (vorläufig) nicht zu besetzen und noch ausstehende Beiträge an die VDS erstmal zurückzuhalten. Der VDS-Vorstand wird seitdem nur noch aus Vertretern der Jungsozialisten, des MSB, des SHB und des LHV gebildet.

## Die Forderungen der Basisgruppen

Die Forderungen der Basisgruppen-ASten wurden der Mehrheitsfraktion der VDS in Form eines Vertrages vorgelegt, der zwischen dem Dachverband und den ASten der Basisgruppen-Fraktion abgeschlossen werden sollte. Der Vertrag sieht die Zweckbindung von Beitragszahlungen der BG-ASten vor. Damit soll sichergestellt werden, daß längst fällige Aufgaben der VDS endlich in Angriff genommen werden, daß das Geld nicht weiterhin ausschließlich zur Selbsterhaltung des Apparates und zur Finanzierung von speziellen Juso- und MSB-Vorhaben dient.

Nur 7 % der Ausgaben der VDS sind z.B. 1979 für unmittelbar politische Aktivitäten — Projektbereiche, Fachtagungen und anderes — ausgegeben worden, also ca. 45.000 Mark von insgesamt 640.000. Etwa die gleiche Summe wurde nochmal für Rundbriefe an die ASten verwandt. Der gesamte restliche Betrag, sage und schreibe 550.000 Mark, diente ausschließlich dazu, den VDS-Apparat in Bonn am laufen zu halten — Gehälter, Reisekosten usw. (nach Bochumer Studentenzeitung Nr. 217).

Zu den Forderungen der Basisgruppen im einzelnen:

**1. Unterstützung der unabhängigen Studentenschaften in Bayern und Baden-Württemberg.**

Nach der Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft in diesen Ländern, haben sich dort an vielen Hochschulen unabhängige Studentenvertretungen gebildet, die (häufig von Basisgruppen getragen) ihre Arbeit allein durch freiwillige Beiträge und Spenden finanzieren müssen, was höchstens 5 - 10 % der Haushalte offiziell anerkannter ASten ausmacht.

Bereits im Juli 79 hatten die VDS eine finanzielle Unterstützung dieser Vertretungen beschlossen. Doch mit Ausnahme weniger, der VDS-Mehrheit nahestehender Studentenschaften hat niemand dort Geld erhalten.

Heute stellt sich der VDS-Vorstand zwar selbstkritisch zu dieser *„ungenügenden Umsetzung"*, schreibt aber gleichzeitig den Basisgruppen den Hauptteil der Schuld zu, da durch i h r e Beitragsverweigerung die finanziellen Mittel nicht aufzubringen gewesen seien. Tatsächlich sind allerdings in einer Spendensammlung 4.000 Mark aufgebracht worden, die nie an ihren Bestimmungsort weitergeleitet wurden. Eine zweckgebundene Beitragszahlung des AStA der Universität Bochum von 15.000 Mark für den Solidaritätsfonds Bayern/Baden-Württemberg wurde nicht weitergegeben. **Das Angebot der Basisgruppen-ASten, 40 % ihrer Beiträge für diesen Solidaritätsfonds bereitzustellen, wurde von der Mehrheit der VDS ausgeschlagen.** Mahnungen der Tübinger Studentenschaft wurden nicht einmal beantwortet. Erst auf jener Vorstandssitzung, auf der ein Austritt der Basisgruppen zur Diskussion stand, wurde der Auftrag erteilt, mal eine Liste der zu fördernden Studentenvertretungen zusammenzustellen.

**2. Rechtshilfe-Fonds.**

Nach den massiven Studentenprotesten der Jahre 76/77 haben politische Prozesse gegen mehrere hundert Studenten und Studentinnen stattgefunden. Außer verbalen Protesterklärungen, die teilweise noch mit Distanzierungen verbunden waren, haben die VDS keine Solidaritätsmaßnahmen ergriffen. Die Einrichtung eines Projektbereiches „Politische Repression" wurde lange Zeit hinausgezögert. Ein Beschluß vom März 79 über eine Solidaritätsspende für kriminalisierte Tübinger Studenten wurde - trotz mehrerer Anmahnungen - bis heute nicht in die Praxis umgesetzt. Ein Dringlichkeitsantrag der Uni Tübingen, 10.000 Mark Solidaritätszuschuß zu gewähren, wurde von der Mitgliederversammlung dieses Jahres abgelehnt, obwohl die drei verurteilten Antifaschisten Kosten in Höhe von 150.000 Mark zu tragen haben. Die VDS-Mehrheit hat auf dieser Versammlung zwar noch die Einrichtung eines Rechtshilfefonds beschlossen, bis heute allerdings keine konkreten Schritte eingeleitet.

**3. Unterstützung örtlicher Projekte.**

Diese Projekte sollen von den jeweiligen ASten benannt werden. Bereits einmal hatte sich die VDS-Mehrheit gezwungen gesehen, einem örtlichen Projekt Unterstützung zuzusagen, nämlich der Rock gegen Rechts-Initiative. Doch von den versprochenen 5.000 Mark hat diese Initiative nie etwas gesehen. Sie sollen nun „nachgereicht" werden.

**4. 25 % der Beiträge der Basisgruppen-ASten sollen weiterhin für die laufenden Kosten der VDS zur Verfügung stehen. Als Bedingung stellten die Basisgruppen jedoch, daß sie den *Büroraum* kostenlos nutzen dürfen und daß ein *Referent*, der ihr Vertrauen besitzt und politisch autonom arbeiten kann, von den VDS eingestellt wird.** Das Geschrei der VDS-Mehrheit war nicht gering - ein autonomer Referent auf Kosten des Dachverbandes, wie schrecklich.

Nun mag man sich grundsätzlich darüber streiten, ob es richtig ist, in einem Bündnisverband autonome Mitarbeiter zu beschäftigen, doch die Empörung der VDS-Mehrheit ist angesichts ihrer Praxis rein lächerlich. Fordern die Basisgruppen doch nur offen und ehrlich das, was diese Organisationen tagtäglich praktizieren. Ihre Referenten arbeiten schon seit Jahren - auch auf Kosten des Verbandes - für die Umsetzung der Politik ihrer Verbände.

### Dem VDS-Vorstand muß man erst einen Scheck vor die Nase halten...

Insgesamt gab sich der VDS-Vorstand äußerst betrübt darüber, daß es den Basisgruppen *„noch immer nicht gelungen ist, eine über finanzielle Forderungen hinausgehende Positionsbestimmung gegenüber der praktischen VDS-Arbeit vorzunehmen"* (Stellungnahme des Vorstands).

Eine konkret gefaßte Kritik fehle noch immer. Sicher hat die Arbeit der Basisgruppen in den VDS ihre Mängel, doch jenen Vorwurf aus dem Munde derjenigen zu hören, die semesterlang alles darangesetzt haben, aufkommende Kritik möglichst rasch durch Geschäftsordnungsanträge und Mauscheleien vom Tisch zu bekommen, ist wohl ein schlechter Witz. Vorschläge zur Solidarität der VDS mit den Studentenvertretungen in Bayern/Baden-Württemberg liegen schon seit Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft dort vor. Sie haben bisher keinerlei Beachtung gefunden. Und nun plötzlich, wo die Basisgruppen mit einem 100.000 Mark Scheck wedeln, setzen die Herren des Vorstanes auf einmal bedauernde Mienen auf, wünschen sich endlich (!) eine Auseinandersetzung, und ganz plötzlich können die Forderungen der Basisgruppen - wenn auch nach anfänglichem Protest - erfüllt werden. Ein paar Geldscheine bewirken, was eine jahrelange politische Diskussion nie erreichen konnte.

Auf der Vorstandssitzung Ende September wurde nochmals die finanzielle Unterstützung für Bayern/Baden-Württemberg zugesagt, die Einrichtung eines Haushaltstitels „Unterstützung dezentraler Projekte" wurde beschlossen. Zur Vorbereitung der Einrichtung des Rechtshilfefonds und des Projektbereiches Repression soll von den VDS ein Mitarbeiter eingestellt werden, der aus den Reihen der Basisgruppen kommen wird.

Die anwesenden Basisgruppenvertreter erklärten im Namen von sechs ASten, daß sie ihren Beitragsverpflichtungen im Falle der Erfüllung ihrer Forderungen umgehend nachkommen würden.

Einer Realisierung der beschlossenen Vorhaben dürfte eigentlich nichts mehr im Wege stehen.

**SSB/Hamburg**

# Hannover: AStA — illegal, aber legitim

Der ASTA der Universität Hannover wurde von 4.500 Studenten und Studentinnen gewählt, seine Büroräume darf er allerdings trotzdem nicht beziehen. Denn dort hat sich der sogenannte Mini-ASTA breit gemacht, bestehend aus RCDS und seinen Anhängern, von sage und schreibe 380 Student/inn/en (bei 18.000 Wahlberechtigten) gewählt. Der RCDS okkupiert nicht nur die Räume des „ASTA - illegal, aber legitim", sondern auch das Geld, welches die Studentenschaft für ihre Vertretung bezahlt hat. Er hat zudem Strafantrag gegen den ehemaligen ASTA-Sprecher wegen *„Veruntreuung und Unterschlagung"* studentischer Gelder gestellt.

In den Sattel gehoben wurde der RCDS vom niedersächsischen Wissenschaftsminister Eduard Pestel (CDU). Dieser erließ - über die Köpfe der Studentenschaft hinweg - eine neue Wahlordnung. Doch sämtliche demokratischen Organisationen an der Universität waren nicht bereit, diese Einschränkung studentischer Selbstbestimmung hinzunehmen und riefen zum Wahlboykott auf. Nur 2% folgten diesem Aufruf nicht. 30% der Studentenschaft sprachen sich einige Monate später für eine Auflösung des 2%-Parlamentes aus. Doch der RCDS erwirkte vor Gericht, daß dieses Begehren für null und nichtig erklärt wurde, ebenso die bereits eingeleiteten Neuwahlen. Die bis dahin abgegebenen Stimmen wurden dennoch ausgezählt, über 4.500 waren es. Auf dieser Grundlage bildete sich der „ASTA - illegal, aber legitim", der seine Arbeit nun in einem angemieteten Bauwagen vor der Mensa aufgenommen hat.

Der RCDS-ASTA ist inzwischen kräftig dabei, studentische Gelder zum Fenster hinauszuwerfen. Er bewilligte sich auf einer Sitzung des Studentenparlamentes Ausgaben in Höhe von 600.000 Mark. Eine Reihe von Haushaltsposten haben bei der Studentenschaft besondere Empörung hervorgerufen. So die deftigen Gehaltserhöhungen, die die ASTA-Mitglieder sich gewährt haben, und die Erstattung privater Wohnungsmieten. Für 20.000 Mark sollen die ASTA-Räume saniert werden, und Bücherspenden im Werte von 30.000 Mark sollen an Universitäts- und Landesbibliothek gehen, weil die Landesregierung nicht in der Lage ist, diese Bibliotheken ausreichend auszustatten. (Demnächst soll die Studentenschaft wohl auch noch ihr Lehrpersonal aus der eigenen Tasche bezahlen ?) 18.000 Mark für die Arbeit der Fachschaftsräte nehmen sich daneben mehr als bescheiden aus. Ein Austritt aus den studentischen Dachverbänden auf Landes- und Bundesebene (VDS) wurde ebenfalls beschlossen.

Diese Beschlüsse wurden zwar formal auf einer öffentlichen Sitzung des Studentenparlaments gefällt, aber die eigentliche Verhandlung über den Haushalt lief schon vorher auf einer nicht-öffentlichen Sitzung in den Räumen einer Burschenschaft.

Überhaupt scheint der RCDS-ASTA „ seiner Basis" nicht recht zu trauen. Er verlegt die Sitzungen des Studentenparlaments nicht nur in die Räume einer Burschenschaft sondern auch in den Niedersächsischen Landtag. Bis auf eins sind alle Zimmer des ASTA verschlossen, aus Angst vor einer Besetzung.

Seine Arbeit beschränkt sich auf Serviceleistungen wie Zimmervermittlung. Zur Novelle des niedersächsischen Hochschulgesetzes hingegen hat er keinen Ton gesagt.

Es ist dem RCDS jedoch nicht genug, daß er Räume, Gelder und Namen des legitimen ASTA mit Beschlag belegt. Er hat darüberhinaus Strafantrag gegen den ehemaligen ASTA-Sprecher gestellt wegen angeblicher *„Veruntreuung und Unterschlagung"* studentischer Gelder. Ein erster Versuch dieser Art war bereits gescheitert. Denn der Präsident der Hochschule hatte die Haushaltsführung des alten ASTA für *„ordnungsgemäß und transparent"* gehalten; per Gerichtsbeschluß wurden dem RCDS derartige Unterstellungen untersagt. Nun meint der RCDS in den Unterlagen des alten ASTA neue „Beweise" gefunden zu haben. Einzelnen Ex - ASTA-Mitgliedern werden persönliche Unterschlagungen vorgeworfen. Beanstandet werden Überweisungen an *„aus illegalen Wahlen hervorgegangene"* Fachschaftsräte, an den niedersächsischen Dachverband und angebliche Abzweigungen für die jetzige *„Untergrundarbeit"* des „ASTA - illegal, aber legitim".

S e l b s t w e n n dies so wäre, - den *„illegalen"* Fachschaftsräten und dem *„illegalen"* ASTA würden die studentischen Gelder allemal mehr zustehen, als dem 2%-ASTA, der ausschließlich für den RCDS und seinen engsten Umkreis sprechen kann.

**SSB/Hamburg**

### Trick 17a: Einführung des inneren Numerus Clausus

**Nach Streichung der Zwangsexmatrikulation aus dem Hochschulrahmengesetz haben sich SPD- und CDU-Politiker auf die eigenen Schultern geklopft. Nun hatten sie der unzufriedenen und parteienverdrossenen Studentenschaft mal wieder gezeigt, wie gut sie's eigentlich meinen. Doch die Umsetzung dieses bundesweiten Beschlusses auf Länderebene macht immer wieder deutlich, daß es den Regierenden nicht um eine Abschaffung der vorgenommenen Reglementierungen geht, sondern daß sie nur nach neuen, weniger steinigen Wegen suchen, diese durchzusetzen. Wir dokumentieren zur Ansicht den § 17a, der in das niedersächsische Hochschulgesetz eingefügt werden soll. An die Stelle der Zwangsexmatrikulation tritt nun als gesetzlicher Bestimmung ein innerer Numerus Clausus:**

*§ 17a*
*Besuch von Lehrveranstaltungen mit beschränkter Teilnehmerzahl*

*Zu Lehrveranstaltungen mit beschränkter Teilnehmerzahl ... sind vorrangig solche Studenten zugelassen, die innerhalb dieses Studiengangs diese Lehrveranstaltung besuchen müssen, um sich zu einer Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung melden oder eine andere Lehrveranstaltung besuchen zu können, die für die Meldung zu einer derartigen Prüfung erforderlich ist. Dabei haben diejenigen Studenten den Vorrang, die sich im höchsten Fachsemester befinden und nachweisen, daß sie ordnungsgemäß studiert oder eine Verzögerung ihres Studiums nicht zu vertreten haben. Die Studienordnung kann nähere Regelungen über das Auswahlverfahren treffen.*

Original-Begründung:

*Das Erlöschen der Rechte aus der Immatrikulation bei Überschreiten der Prüfungsfristen soll entfallen. Es wird jedoch – gewissermaßen als flankierende Maßnahme – eine gesetzliche Regelung des inneren Numerus Clausus (§ 17a) für erforderlich gehalten.*

# Bremen: Studenten streiken!

**Mit der deutlichen Mehrheit von 74,8 % sprachen sich bei einer hohen Urabstimmungsbeteiligung von 66,2 % die Student/inn/en der Bremer Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie (HfSS) für einen Streik ab 10. November aus. Die Auseinandersetzungen um ein abgesichertes Lehrangebot und die Einhaltung des offiziellen „Schlüssels" von einem Hochschullehrer für 15 Student/inn/en erreichen damit eine neue Zuspitzung.**

### „Manchmal müssen wir sogar stehen"

Mit Beginn des Wintersemesters stießen die Student/inn/en, speziell die Erstsemester, auf ein katastrophales Lehrangebot, das nicht einmal die Pflichtfächer ausreichend abdeckte oder den Anfänger/inn/en Veranstaltungen mit bis zu 150 (!) Leuten zumutete. Dies ist die zwangsläufige Folge einer Hochschulpolitik, die vorschreibt
— daß Lehrbeauftragte sich jedes Semester neu bewerben müssen (was die Student/inn/en zwingt, einen Großteil Zeit mit dem Hinterherlaufen hinter Lehrbeauftragten zu verbringen);
— daß diese normalerweise nur eingestellt werden, wenn sie eine fünfjährige Praxis vorweisen können;
— daß sie nur bis 4 Wochen nach Semesterbeginn eingestellt werden dürfen;
— daß Ausfälle durch Forschungsfreisemester nicht ersetzt werden.

Vor diesem Hintergrund fand am 28.10.80 eine Vollversammlung statt, auf der Maßnahmen beraten wurden, diese unzumutbare Lage der Student/inn/en schnellstmöglich zu verändern. Die VV beschloß eine Urabstimmung über Streik vom 3. - 7.11. durchzuführen und ein der Streikvollversammlung rechenschaftspflichtiges Streikkomitee zu bilden, das alle Protestaktionen zusammenfassen soll.

Es muß sich in den folgenden Wochen zeigen, ob der Beschluß für aktiven Streik tatsächlich bis zur Erfüllung der studentischen Forderungen durchgehalten werden wird, wie es ein Teil der Studentenschaft fordert, oder ob sich die Kräfte durchsetzen werden, die zwar jetzt auf der Streikwelle mitschwimmen, für die aber, wie dem MSB, Streiks nicht mehr als symbolischen Charakter haben.

**KB/Gruppe Bremen**

# Irland: Hungerstreik der politischen Gefangenen

## Solidaritätsaufruf der »Sinn Fein«

**Am 27.10. begannen sieben Gefangene im nordirischen Konzentrationslager Long Kesh mit einem Hungerstreik, um nach Jahren des Protestes nun ihre Forderungen durchzusetzen oder zu sterben. (Siehe Bericht im letzten AK.)**

**Die „Sinn Fein" (Provisional), der politische Flügel der irischen Republikanischen Bewegung, ruft mit der folgenden Erklärung zur Solidarität mit den kämpfenden gefangenen Genossen auf:**

Die Lage in den H-Blocks von Long Kesh kann knapp wie folgt beschrieben werden: Nach einem Protest, der nun fast fünf Jahre gedauert hat, haben die Blanketmen (Blanket = Decke, einzige Bekleidung der Gefangenen, die sich weigern, Sträflingsuniformen zu tragen; Anm. AK) beschlossen, einen Hungerstreik bis zum Tode zu beginnen, um die britische Regierung zur Erfüllung ihrer fünf Forderungen zu zwingen:

- Das Recht, ihre eigene Kleidung zu tragen.
- Das Recht auf Zusammenschluß mit anderen Gefangenen.
- Das Recht, die Gefängnisarbeit abzulehnen.
- Das Recht, Bildung und Erholung zu organisieren und wöchentlich ein Paket, einen Brief und einen Besuch zu erhalten.
- Wiedereinführung des vollen Straferlasses.

Die Entscheidung, einen Hungerstreik zu unternehmen, wurde nicht leicht gefaßt. Mehrmals in den letzten zwei Jahren hatten die Gefangenen die Republikanische Bewegung von ihrer Absicht unterrichtet, einen Hungerstreik zu beginnen. Sie wurden gebeten, dies zumindest nicht zu tun, bis Kardinal O'Fiaich die H-Blocks besichtigt und Gespräche mit (dem britischen Nordirlandminister. Anm. AK) Humphry Atkins geführt habe.

Die Republikanische Bewegung war aus einer Reihe von Gründen nicht bereit, zuzustimmen, daß die Männer einen Hungerstreik beginnen.

In den vergangenen Jahren gefiel es den Briten, den Republikanern „Konzessionen" zu gewähren, denn bis Sunningdale (Versuch einer

war aus einer Reihe von Gründen nicht bereit, zuzustimmen, daß die Männer einen Hungerstreik beginnen.

In den vergangenen Jahren gefiel es den Briten, den Republikanern „Konzessionen" zu gewähren, denn bis Sunningdale (Versuch einer

„friedlichen Lösung" 1973/74; Anm. AK) hatte die britische Regierung die verschiedensten politischen Lösungen für das irische Problem gesucht. Damit diese „Lösungen" erfolgreich sein könnten, mußte eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein. Eine davon war eine gewisse Unterstützung durch die nationalistische Bevölkerung. Also durch Zugeständnisse einerseits erkauften sich die Briten politische Zusammenarbeit andererseits.

Das hat sich nun alles gewandelt, die Briten versuchen zur Zeit keine politische Lösung, so daß es wenig Raum für Manöver gibt. Seit dem System der direkten Herrschaft (der Briten über Nordirland; AK) war es nun ihre Strategie, die Republikanische Bewegung durch eine Politik der Ulsterisierung (Vietnamisierung auf irisch; AK), Kriminalisierung und Normalisierung zu schlagen.

Kriminalisierung, das ist ihr Versuch, die Republikanische Bewegung von ihren Unterstützern, der nationalistischen Bevölkerung, zu trennen. Die Antwort derer, die wegen ihres andauernden Kampfes eingesperrt wurden, ist der Blanket-Protest. Es ist notwendig für die britischen Pläne, die Republikanische Bewegung von der nationalistischen Bevölkerung zu trennen, und der Blanket-Protest symbolisiert den Kampf, der als Kraftprobe der Entschlossenheit zwischen Briten und Republikanern verstanden wird.

Unter diesen Voraussetzungen ist es unwahrscheinlich, daß die britische Regierung den Forderungen der Gefangenen nachgibt. Die meisten Beobachter sind der Meinung, daß die Briten entschlossen sind, die Gefangenen eher sterben zu lassen als nachzugeben.

Mit diesem Wissen haben die Gefangenen den Hungerstreik bis zum Tode beschlossen. Die Republikanische Bewegung hat, nachdem sie von diesem Beschluß unterrichtet wurde, ihre ganze Kraft für die Sache der Gefangenen aufgeboten.

Die Entscheidung, einen Hungerstreik zu beginnen, muß aus der Sicht der Gefangenen beurteilt werden. Fast fünf Jahre lang leben sie nun nackt in ihren Zellen, gehüllt in eine Decke. Sie entbehren jeder einfachen Annehmlichkeit, Lesestoff, Möbel usw. Sie werden immer wieder geschlagen und bestraft, erstens,weil sie sich dem Gefängnissystem nicht anpassen wollen und zweitens,weil die Gefängnisverwaltung andauernd versucht, sie von ihren Protest abzubringen. Speziell die jüngeren und verwundbareren Gefangenen werden in Behandlung genommen.

Sie standen deshalb vor der Entscheidung, entweder unter diesen Bedingungen 10, 15 oder 20 Jahre weiterzumachen oder den Protest aufzugeben und sich mit dem Status von „Kriminellen" abzufinden, oder, wie sie sich nun entschieden haben, unter Bedingungen zu leiden, die sie selbst unter Kontrolle haben und nach einer kurzen Zeit zu sterben.

Ihre Situation ist gleichzeitig neu und sehr ernst. Sie ist ernst, weil man sie einen qualvollen Tod sterben lassen wird, und sie ist neu, weil Gefangene bei früheren Hungerstreiks aus einem Zustand relativ guter Gesundheit oder mit einigen körperlichen Reserven angefangen haben. Die Gefangenen des H-Blocks jedoch leben zum Teil von Strafrationen, so daß ihre Reserven sehr klein sind und deshalb zu erwarten ist, daß ihr Zustand innerhalb von drei Wochen nach Beginn des Hungerstreiks (27.10.; AK) kritisch sein wird.

Es ist wichtig, der britischen Regierung klarzumachen, daß es inter-

ihre Reserven sehr klein sind und deshalb zu erwarten ist, daß ihr Zustand innerhalb von drei Wochen nach Beginn des Hungerstreiks (27.10.; AK) kritisch sein wird.

Es ist wichtig, der britischen Regierung klarzumachen, daß es inter-

nationale Aufmerksamkeit und eine breite Unterstützung für die Forderungen der Gefangenen gibt. Die Briten sind sehr empfänglich für internationalen Druck. Die sind leicht bereit, Demonstrationen in Belfast, Dublin und anderswo in Irland zuzusehen, aber Demonstrationen europäischer und internationler Unterstützung sind wichtiger.

Auf diese Weise kann die Bildung des nationalen Komitees „Zerschlagt den H-Block" in Irland, das sich auf eine breite Basis stützt, auf andere europäische Länder übertragen werden. Es ist nicht nötig, daß die Menschen in einem solchen Komitee mit den Handlungen der Gefangenen oder sogar mit ihren Zielen übereinstimmen. Durch die Unterstützung der fünf Forderungen der Gefangenen aus humanitären Gründen kann schon genug Druck auf die britische Regierung ausgeübt werden, damit sie den fünf Forderungen nachgibt.

Des O'Donnell
Sinn Fein

**Ende des Monats werden Vertreter des H-Block-Komitees, ehemalige Gefangene und Sprecher der Sinn Fein auf Solidaritätsveranstaltungen sprechen. Voraussichtliche Termine:**

**Bochum, 21.11.**
**Frankfurt, 22.11.**
**Heidelberg, 23.11.**
**Westberlin, 25.11.**
**Hamburg, 26.11.**
**Bremen, 27.11.**

### Erklärung der europäischen Koordination revolutionärer Organisationen und Gruppen, Kopenhagen, 8.11.80

Wir unterstützen den Kampf der irischen republikanischen Kriegsgefangenen in ihrer Forderung auf Anerkennung als politische Gefangene. Wir betrachten sie als gefangene Kämpfer in dem andauernden Kampf für die irische nationale Befreiung, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit.

Wir verurteilen die Anwendung von unterdrückerischen Gesetzen und Ausnahmegerichten und die Versuche, den irischen nationalen Kampf zu kriminalisieren und zu entpolitisieren. Wir verlangen die Beendigung der britischen-imperialistischen Einmischung in Irland und fordern das Recht des irischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung.

Wir senden besondere Grüße an unsere kämpfenden Genossinnen im Gefängnis von Armagh und an die Kriegsgefangenen im H-Block von Long Kesh, die sich für ihre gerechten Forderungen im Hungerstreik befinden.

Wir rufen die fortschrittlichen europäischen Organisationen und demokratischen Kräfte auf, ihre Unterstützung für den irischen Befreiungskampf zu verstärken.

Für einen Abzug der Briten und eine vereinigte sozialistische Republik in Irland.

**Big Flame (England), Förbundet Socialisterne (Dänemark), Kommunistischer Bund, Movimiento Comunista (Spanien), Organisation Communiste des Travailleurs (Frankreich), Pour le Socialisme (Belgien), Sinn Fein (Irland), Sosialistik Ungdom (Norwegen), Venstresocialisterne (Dänemark)**

# Militärputsch in Spanien nach türkischem Muster?

Mit der Möglichkeit eines Militärputsches in Spanien beschäftigt sich die spanische linke Organisation MC („Movimento Comunista") in ihrer Zeitung „Servir al pueblo" vom 23. 10.80. Weil die Zusammenhänge, in der diese Fragestellung aufgeworfen wird, nachdenklich machen können, wenngleich natürlich einiges dabei spekulativ bleibt, möchten wir die wichtigsten Gedanken dieses Artikels vorstellen.

Ausgangspunkt des Artikels war ein konspiratives Essen ultrarechter Politiker mit Generälen, das ebenso wie einige seltsame Truppenbewegungen (am 9.10.) und das angebliche Kursieren von streng geheimen, verschlüsselten Tonbändern von den angesprochenen spanischen Regierungsverantwortlichen heruntergespielt wurde.

Im Einleitungsartikel der MC-Zeitung heißt es unter der Überschrift: *„Gerüchte über Vorbereitung eines Militärputsches – Türkei in Madrid": „Der Staatsstreich, der vor einem Monat die Türkei erschütterte, fand nur wenig Beachtung in der spanischen Presse. Obwohl dieses Ereignis eine regelrechte politische Bombe in gewissen uniformierten Kreisen des spanischen Staates war. Ein diskreter Staatsstreich, ohne viel Lärm; eher ein pronunciamiento (= Militärrevolte), durch die sich die Armee die direkte Kontrolle über die Situation verschaffte und sich sogar den Luxus erlaubte, eine Regierung mit einigen zivilen Mitgliedern zu bilden. Ein vollständiges Programm für einen Putsch hier. Ein doppelt attraktives Programm, wenn man bedenkt, daß die westlichen Mächte sich beeilten, die vollendete Tatsache zu akzeptieren, wenn nicht gar zu begrüßen. Der Putsch in der Türkei ist die Aufforderung zu einem Putsch in Spanien."*

Die Vorfälle vom 9. Oktober werden als ein Test gesehen, wie die Parteien und die demokratischen Kräfte auf Putschanzeichen in der Armee reagieren. MC zieht die traurige Bilanz, daß die Nicht-Reaktion der bürgerlichen Parteien für die Putschisten sehr befriedigend war. Die Wiedereroberung von politischem Land durch die Rechten in den USA (Reagan als Präsident der Vereinigten Staaten) und der Sieg des rechten Präsidentschaftskandidaten Sa. Carneiro in Portugal sind u.a. Ermutigungen zu militärischen Abenteuern für die Ultrarechten in der alten Franco-Armee.



**Für ihren Plan, den Regierungspalast Moncloa im Handstreich zu nehmen und einen Staatsstreich durchzuführen („Operation Galaxia" vom November 1978) bekamen diese beiden Armeeführer im Mai 1980 nur milde Strafen: ein halbes Jahr, das durch ihren Hausarrest schon abgegolten war!**

## Die „objektiven Bedingungen"

Bei der Frage, wie wahrscheinlich ein Militärputsch in Spanien ist, setzt sich MC mit der Argumentation auseinander, daß die „objektiven Bedingungen" für einen faschistischen Militärputsch nicht günstig seien, daß z.B. die wirtschaftlichen und politischen Probleme der herrschenden Klasse auf diese Weise nicht besser lösbar seien, daß die politischen, sozialen und wohl auch ökonomischen Folgen nur negativ seien, daß es keine ausreichende soziale Basis für den Faschismus gebe ebensowenig wie die nötige internationale Unterstützung für einen solchen Schritt.

Sicher haben diese Argumente eine gewisse Realität, aber sie dienen nur dazu, die S t a b i l i t ä t eines Militärregimes infrage zu stellen, nicht jedoch die M ö g l i c h k e i t d e s S t a a t s s t r e i c h s s e l b s t zu leugnen.

Was die „objektiven Bedingungen" betrifft, so haben sie sich gegenüber der Situation von vor drei Jahren nicht unerheblich geändert und zwar zugunsten der reaktionären Kräfte: *„Die parlamentarische Linke (gemeint sind PSOE/Sozialdemokraten und PCE/Eurorevisionisten, AK) haben einen Grad der Demobilisierung des Volkes erreicht, der allgemein und auf den ganzen Staat gesehen, sehr bedeutend ist. Die Wachsamkeit und die Reaktionsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung sind heute, offen gesagt, schwach. Im Gegensatz dazu hat sich der Handlungsspielraum für die ultrarechten Kräfte vergrößert. Das parlamentarische System ist weit davon entfernt, Enthusiasmus bei den Massen auszulösen, aber seine Glaubwürdigkeitskrise hat keine linke Radikalisierung, sondern politische Indifferenz zur Folge, was der Nährboden für faschistische Demagogien ist. Nicht nur UCD, sondern das parlamentarische System als Ganzes sind weit davon entfernt, fähig zu erscheinen, die ‚destabilisierenden' Grundprobleme in den Griff zu bekommen (reden wir erst gar nicht davon, sie zu ‚lösen') als da sind: Euskadi, die wirtschaftliche Krise, die Arbeitslosigkeit ..."*

## Ein „türkischer" Staatsstreich

Bei der Frage nach der Möglichkeit eines Militärputsches geht es laut MC nicht in erster Linie darum, die Wahrscheinlichkeit einer gradlinigen Rückkehr zu faschistischen Verhältnissen wie unter Franco zu untersuchen. Weil ein Militärputsch viel mehr Varianten haben kann.

Es wird auf Äußerungen des Ex-Franco-Ministers und heutigen Führers des rechten Bündnisses „Coalicion Democratica", Fraga Iribarne, hingewiesen, der den Ausnahme- und Belagerungszustand für das Baskenland gefordert hat sowie Maßnahmen, die *„die 2.000 oder 3.000 wichtigsten Aktivisten der baskischen Parteien außer Gefecht setzen"*. Fraga Iribarne hat ebenfalls vor kurzem geäußert, daß er zwar keinen Staatsstreich wünscht, daß dieser aber „leider unvermeidbar" werden könnte, wenn die Situation sich nicht ändert.

*„Es gibt Anhaltspunkte zu glauben, daß die Gedanken bestimmter spanischer Putschisten heute mehr in Richtung einer ‚türkischen' Wende zielen als einer einfachen Rückkehr zu den Methoden, der Ideologie und den äußeren Merkmalen des Frankismus. Ein Putsch, der sich z.B. darauf beschränkt, die demokratischen Verfassungsrechte v o r ü b e r g e h e n d a u ß e r K r a f t z u s e t z e n, oder sich selbst einen Zeitpunkt setzt, an dem er z u r N o r m a l i t ä t z u r ü c k k e h r t, nachdem die paar tausend A k t i v i s t e n a u ß e r G e f e c h t g e s e t z t sind, die die Situation destabilisieren ... Ein Putsch, der im übrigen die derzeitige Monarchie respektieren würde und die ‚Hintergrundsphilosophie der politischen Reform...' Vielleicht sind für einen Militärputsch in diesem Stil auch noch nicht alle objektiven Bedingungen gegeben. Vielleicht wird er noch nicht als opportun angesehen: dies jedenfalls scheint aus der vorherrschenden Stimmung der hohen Militärhierarchie in diesen Augenblicken hervorzugehen".*

## Die Armee ist vorbereitet

Der angebliche militärische Verteidigungsauftrag der spanischen Armee wird widerlegt, wenn man sich die Stationierung der wichtigsten Einheiten, die unmittelbar einsetzbar sind, anschaut. Die Einheiten mit der besten Ausrüstung sind in der Nähe der wichtigsten Industriezentren Spaniens stationiert: Madrid, Barcelona, Valencia, Sevilla und Burgos. Burgos ist der vorgeschobenste Posten an der „Nordfront" (Baskenland), weil eine unmittelbare Anwesenheit der Armee in Euskadi zuviel Konfliktstoff bedeuten würde.



**Der rechtsradikale Fraga Iribarne spricht unverhohlen von der Möglichkeit eines Militärputsches in Spanien**



**Der rechtsradikale Fraga Iribarne spricht unverhohlen von der Möglichkeit eines Militärputsches in Spanien**

Es ist weitgehend bekannt, daß die heutige spanische Armee in ihrer gesamten Struktur und personellen Zusammensetzung (es gab sehr wenige führende Militärs, die im Rahmen der „Demokratisierung" ausgetauscht wurden) dieselbe Franco-Armee ist, die aus dem Bürgerkrieg (1936 - 39) hervorgegangen ist, eine Armee, die gegen die spanische Republik putschte. Eine Armee, die zudem eine ausgesprochene Putsch-Tradition hat: Im vorigen Jahrhundert (von 1814 - 1886) hat es allein 26 Militärrevolten gegeben!

Die spanische Armee hatte schon im vergangenen Jahrhundert einen aufgeblähten hierarchischen Wasserkopf von Offizieren und Chefs, die ihre Orden und Posten für „Verdienste in den Kolonialkriegen" bekommen hatten (Cuba, Philipinnen, Nordafrika).

Sie ist eine Armee, die sich traditionell als politisch handelnde Kraft versteht. Ihre rechtesten Führer haben solide Erfahrungen im Unterdrücken von Volkskämpfen, sei es in den Kolonien, sei es im eigenen Land (erinnert sei an die Massaker 1917 in Sabadell und Oviedo, 1919 in Barcelona, das Zusammenschießen der streikenden Bergarbeiter Asturiens 1934...).

Unter Franco wurde die Militärhierarchie weiter aufgebläht, die Armee wurde zur wichtigsten politischen Reserve der Diktatur, mit unzähligen Befehlshabern, die eng mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen der siegreichen Oligarchie verbunden war. 1971 kamen in der spanischen Armee auf jeden einfachen Soldaten 5 militärische Dienstgrade.

Die militärische Verteidigung nach außen war tatsächlich niemals im wirklichen Sinne Sache des spanischen Militärs, sondern nach dem 2. Weltkrieg (bzw. 1953 – den ersten Militärbündnissen mit den USA) war sie unter Kontrolle der USA, die ihren Militärschrott teuer an Franco verkauften und Militärbasen auf spanischem Boden unterhalten durften.

Die spanische Armee ist insofern eine Armee, die fast ausschließlich oder doch in erster Linie für den Einsatz im Innern ausgerüstet, ausgebildet und ausgerichtet worden ist und wird.

Spanien-Kommission

# Waffen für El Salvador

**Das Volk von El Salvador braucht für seinen Befreiungskampf dringend unsere Unterstützung.**

**Die Großoffensive des herrschenden Militärregimes in der Provinz Morazan, die einem Ausrottungsfeldzug glich, scheint ihr Ziel, nämlich die vollständige Liquidierung des bewaffneten Widerstands (verkörpert in der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti", in der alle relevanten Befreiungsorganisationen zusammengeschlossen sind) nicht erreicht zu haben.**

**Am Freitag den 7.11.80 starteten Guerilla-Kommandos eine Gegenoffensive, indem sie die größte Garnison des Landes, San Carlos, und einige strategische Punkte in San Salvador angriffen.**

**Um die Befreiung in El Salvador so schnell wie möglich zu erreichen, rufen wir auf, das Volk von El Salvador auf allen uns möglichen Ebenen zu unterstützen, sowohl politisch als auch materiell.**

**Am 11.11.80 fand in Nürnberg eine Solidaritätsveranstaltung statt; wir hatten dabei die Gelegenheit, mit einem Delegierten der FDR (Frente Democratico Revolutionario) ein Interview zu machen.**

**AK: Lieber Genosse, würdest du dich selbst vorstellen.**

C.F.: Mein Name ist Carlos Fuentes, ich bin Militanter des Revolutionären Volksblocks BPR, dies ist eine Massenorganisation, die in der FDR vertreten ist.

**AK: In welcher Phase befindet sich der Befreiungskampf in El Salvador? Sowohl auf der politischen als auch auf der militärischen Ebene?**

C.F.: Ja, die letzten Ereignisse deuten darauf hin, daß der Kampf sich in der letzten Phase befindet. D.h. man bereitet sich schon auf die Endphase, auf die Großoffensive vor. Allerdings ist nicht vorauszusehen, wann die Befreiung da sein wird. Man kann natürlich keine genauen Daten nennen, man weiß nur, daß durch die militärischen Aktionen, die jetzt durch die „Nationale Befreiungsfront nennen, man weiß nur, daß durch die militärischen Aktionen, die jetzt durch die „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FFLMN) unternommen wurde, der Kampf sich in der letzten Phase befindet.

**AK: Kannst du etwas zur Zusammensetzung und den verschiedenen Strömungen der Opposition in deinem Land sagen? Welche politischen Widersprüche gab es in der Vergangenheit zwischen den verschiedenen Befreiungsbewegungen, sind diese Auseinandersetzungen mit dem Zusammenschluß in der FFLMN abgeschlossen?**

C.F.: Zunächst einmal zur FDR. Vom Namen her läßt sich schon ableiten, daß es in dieser Front sowohl revolutionäre, als auch demokratisch-fortschrittliche Strömungen gibt. Genauer gesagt: bei der revolutionären Strömung sind die größten Massenorganisationen vorhanden. Ich nenne mit Namen: die FAPU, die Volksligen des 28. Februar, die Demokratische Nationalistische Union, die UDN und der Revolutionäre Volksblock (BPR) und noch dazu die Volksbefreiungsbewegung MLEP, die neuerdings der CRM (Koordination der revolutionären Massen - Anm AK) eingegliedert ist. Diese 5 Organisationen bilden die revolutionäre, die marxistisch-leninistische Strömung in der FDR. Auf der anderen Seite befinden sich demokratische, fortschrittliche Organisationen, wie z.B. die Sozialdemokratie, die in der Revolutionär-Nationalen Bewegung (MNR) vertreten ist, die Volkstendenz der Christdemokraten, d.h. die Basis der Christdemokraten, die gegen die herrschende Militärjunta ist. Dann haben wir den fortschrittlichen Sektor der katholischen Kirche, der im CONIP dargestellt ist. Dann gibt es auch die unabhängige Bewegung von Freiberuflern und Technikern, dann sind dabei die beiden Universitäten des Landes, die katholische und die nationale Universität, dann gibt es verschiedene Gewerkschaften und das kleine Unternehmertun.

In Bezug auf die revolutionären Strömungen - du hast nach den Differenzen und Widersprüchen gefragt - können wir sagen, daß es eine Phase gab in El Salvador, in der der ideologische Kampf sehr notwendig war. Notwendig in dem Maße, daß die falschen Richtungen, die falschen Methoden irgendwie durch diesen ideologischen Kampf geklärt werden mußten. Diese 5 Organisationen, die ich vorhin genannt habe, berufen sich auf den Marxismus-Leninismus, diese Organisationen haben im Lauf der Jahre durch ihre Methoden versucht, die subjektiven Bedingungen für den Befreiungskampf bei der Bevölkerung zu schaffen. Durch die revolutionären Forderungen, die ökonomischen Forderungen wurde das Bewußtsein der Massen gesteigert. Immer im Hinblick auf die Tatsache, daß das Volk auch kleine Siege braucht, um den Mut für den Kampf, der notwendig ist, zu steigern. Was ich jetzt gesagt habe, gehört bereits zur politischen Geschichte El Salvadors. Wir können sagen, daß der ideologische Kampf abgeschlossen ist - zunächst einmal durch die Bildung der CRM, die Revolutionäre Koordination der Massen, durch die Bildung der politischen-militärischen Organisationen, die jetzt in der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" zusammengeschlossen sind. Man hat gesehen, das Volk hat von den verschiedenen Organisationen die Einheit verlangt. Also der ideologische Kampf war bis zu einem bestimmten Zeitpunkt notwendig, aber jetzt hat sich gezeigt, daß alle Organisationen das gleiche Ziel erreichen wollen. Es gab Unterschiede in der Methodik und in den kurzfristig-strategischen Zielen, aber jetzt können wir sagen, daß wir




ein gemeinsames Konzept haben und für den revolutionären Sektor in der FDR können wir sagen, daß der Kampf einen antioligarchischen und in hohem Maße antiimperialistischen Charakter hat.

**AK: Wie ist die Oligarchie in El Salvador strukturiert? Welche gleichen oder verschiedenen Ausgangsbedingungen für den antiimperialistischen Kampf ergeben sich daraus, im Vergleich zum Nikaragua vor der Befreiung?**

C.F.: In Nikaragua war es so, daß nur eine Familie das ganze Land als ihre Hazienda betrachtet hat. Das heißt, die Familie Somoza war überall, in den Banken, in der Industrie, im Export usw.. . In EL Salvador ist die Oligarchie dargestellt in den berühmten 14 Familien, obwohl es natürlich mehr sind, können wir sagen, daß diese 14 Familien die wichtigsten, die mächtigsten sind. Die Oligarchie hatte anders als in anderen Ländern ihren Ursprung in den Ländereien, sie waren Großgrundbesitzer, Terratenientes nennen wir sie. Nach der Umwandlung der Landstruktur auf Kaffeanbau, baute die Oligarchie auf den Kaffeeexport auf. Diese Oligarchie sah sich durch den 1960 eingeleiteten Industrialisierungsprozess gezwungen, ihren Mehrwert in der Industrie einzusetzen, d.h. von den Großgrundbesitzern kam das Kapital, das in der Industrie, im Handelswesen verwendet wurde. Wir können sagen, die Oligarchie hat ihre Interessen sowohl im Agrarsektor, als auch in der Industrie. Überall wo du hinschaust, sind diese mächtigen 14 Familien.

**AK: Was kannst du zu den geographischen Bedingungen für den bewaffneten Befreiungskrieg in El Salvador sagen? Was bedeutet beispielsweise die Tatsache, daß El Salvador doppelt soviele Einwohner hat wie Nikaragua, aber nur ein Drittel der flächenmäßigen Größe Nikaraguas - hat dies Auswirkungen auf die Strategie des bewaffneten Kampfes? Eine weitere Frage, was macht der Umstand aus, daß es in El Salvador kaum Berge gibt, welche eigentlich bei bisherigen Befreiungskriegen wie in Kuba oder Nikaragua beispielsweise immer eine wichtige Ausgangsbasis für die Guerilla waren?**

C.F.: Wir betrachten unseren Kampf als einen politischen - militärischen Kampf, d.h. wir können sagen, daß wir auf der politischen Ebene die Junta bereits besiegt haben. Indem wir tatsächlich das Manöver des US-Imperialismus zum Scheitern gebracht haben. Wenn wir den Putsch im letzen Jahr betrachten (am 15. Oktober '79 wurde das Regime des Generals Humberto Romero durch einen Staatsstreich gestürzt - die „demokratische und fortschrittliche" Regierungsjunta, die damals eingesetzt wurde, war nur allzu offensichtlich vom amerikanischen CIA aufgebaut worden - Anm. AK), können wir sagen, daß dieser Versuch nur die Hauptaufgabe hatte, die Massenbewegung zu stoppen. Es wurde versucht, die Maske des Diktators Romero wegzunehmen - man hatte aus Nikaragua auch gelernt - der Vergleich von Romero und Somoza war allzu direkt. Als dieses Manöver unternommen worden ist, mußten die revolutionären Bewegungen eine neue Taktik verwenden, der Feind war zwar der gleiche, hatte jetzt aber eine andere Maske. Dieses Manöver wurde zum Scheitern gebracht, indem man die politischen und ökonomischen Forderungen der Bevölkerung stellte und da hat sich sehr schnell herausgestellt, daß die Junta dazu nicht in der Lage war, die politischen und ökonomischen Forderungen der Massen zu befriedigen. Stattdessen hat die Repression zugenommen und so fällt im Januar dieses Jahres die erste Junta. Bei der zweiten Junta wurde dann versucht, mit der Beteiligung der christdemokratischen Partei dem Regime einen demokratischen Schein zu geben. Wenn der Feind Wert legt auf demokratische Werte, dann müssen auch wir mit demokratischen Sachen kommen. So hat man dann aber gesehen, daß die demokratischen Reformen der Junta nur ein Vorwand waren, um die Repression zu verstärken, so z.B. die Landreform und die Verstaatlichungen - Repression durch Reformen. Da hat man gesehen, auch das zweite Gesicht der Junta ist nur im Interesse des US-Imperialismus und der Oligarchie. Politisch haben wir die Junta besiegt, indem wir den wahren Charakter aufgedeckt haben.

Militärisch können wir sagen, wir haben natürlich nicht die Rückendeckung wie in anderen Ländern Lateinamerikas oder wie im Fall Nikaraguas durch die Berge, aber unsere Rückendeckung, unsere Nachhut sozusagen, unsere Berge sind die Bevölkerung. Deswegen können wir nicht von Experimenten, von Aufständen sprechen, wenn wir nicht sicher sind, daß wir den Sieg erreichen werden. Wenn wir einen Aufstand wie in Nikaragua 1978 in Estelli durchführen würden, hätte nach einer derartigen Offensive der Feind einen Grund, die ganze Bevölkerung umzubringen, da sie ja tatsächlich unsere Nachhut darstellt. D.h. wir müssen natürlich eine andere Taktik verwenden als im Fall Nikaraguas. Durch unsere geographischen Bedingungen müssen also andere Faktoren berücksichtigt werden.

Vielleicht ist der Unterschied zwischen Nikaragua und El Salvador der, daß wir über Massenorganisationen verfügen, die bewußt kämpfen, die wissen, daß hinter der Oligarchie, hinter den Militärs der wahre Feind El Salvadors und Lateinamerikas überhaupt und der Welt, also der US-Imperialismus steckt, d.h. wir haben den Feind erkannt und wir verfügen über eine soziale Basis, die uns unterstützt in diesem Kampf. In Nikaragua war es anders. In Nikaragua war die erste Offensive eine Probe, also ein Test, ob die Bevölkerung für den bewaffneten Kampf ist. Wir brauchen dieses Experiment nicht zu unternehmen, wir wissen, daß die Bevölkerung für den bewaffneten Kampf ist. Ich glaube, daß dies der große Unterschied zu Nikaragua ist. Ich möchte damit nicht sagen, daß die FSLN also die politische Avantgarde in Nikaragua nicht wußte, wer der wahre Feind ist, aber ich rede hier von der Bevölkerung. Denn wie gesagt, wir sind der Meinung, daß nur das Volk der Autor der Geschichte ist. Ohne Unterstützung des Volkes können wir den Kampf gegen den Imperialismus nicht gewinnen.

**AK: Heißt das, daß das politische Bewußtsein breiter Teile der Bevölkerung auf einem höheren Niveau ist, als noch vor einigen Jahren in Nikaragua und dies eigentlich noch bessere Ausgangsbedingungen sind, den Imperialismus zu schlagen?**

C.F.: Ja, wenn wir von den Massenorganisationen reden, ja. Es gab natürlich in Nikaragua Massenorganisationen, aber nicht in dem Maße wie in El Salvador. Die Bedingungen dafür sind auch anders. In Nikaragua hatte man irgendwie den Feind in der Figur Somozas repräsentiert, Somoza war der tatsächliche Feind, sowohl der nationalen Bourgeoisie als auch für den Rest der Bevölkerung. In El Salvador nicht. Durch den Wechsel von Militärs zu Militärs (und immer zu wissen, daß die Oligarchie die ökonomische Macht hat und dahinter immer der US-Imperialismus steht) haben sich andere Motivationen entwickelt in der Bevölkerung. D.h. in Nicaragua ging der Kampf mehr um Somozismus oder nicht Somozismus, in El Salvador gehts stärker um Kapitalismus oder Sozialismus.

**AK: Kannst du uns die Rolle der USA bei der direkten und indirekten Intervention in El Salvador schildern? Welche Bedeutung hat ein befreites El Salvador für die Entwicklung in Mittel- und Lateinamerika?**

C.F.: Die Bedeutung El Salvadors für den US-Imperialismus liegt natürlich nicht auf dem ökonomischen Sektor, sondern auf dem politischen Sektor. Man weiß, daß El Salvador irgendwie die Hoffnung in Mittelamerika darstellt; wenn El Salvador fällt, dann ist Guatemala, das jetzt unter den gleichen Umständen zu leiden hat, das nächste Land, das sich befreit. Also die politische Bedeutung von einem befreiten El Salvador ist für den US-Imperialismus in Mittel- und langfristig in ganz Lateinamerika nicht absehbar. Was man von El Salvador lernen kann, das wird nur gegen den US-Imperialismus verwendet. Und das heißt, daß sich die USA mit allen Mitteln dagegen wenden, nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch und militärisch in dem Sinn, durch Militärberater und durch die ganze Ausrüstung der Streitkräfte. Es ist ganz klar, es geht in El Salvador um die Zukunft Mittelamerikas und langfristig gesehen um die Zukunft Lateinamerikas.

**AK: Wie verhalten sich derzeit die Staaten, die in der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) zusammengeschlossen sind?**

C.F.: Es ist so, heutzutage kann man nicht mehr von einer uneingeschränkten Hegemonie der Vereinigten Staaten sprechen in dieser Region. D.h. es gibt jetzt auch andere Interessen, z.B. Mexiko und Venezuela und andere „demokratische" Länder, die Interessen einer nationalen Bourgeoisie vertreten, oder das imperialistische Interesse lediglich mit anderen Me-
sen einer nationalen Bourgeoisie vertreten, oder das imperialistische Interesse lediglich mit anderen Me-
thoden vertreten.

Die Rolle der OAS-Staaten ist natürlich von großer Bedeutung. Die OAS-Staaten können darüber entscheiden, eine sogenannte „Friedenstruppe" nach El Salvador zu schikken, was natürlich eine Direktintervention bedeuten würde. Es ist den Amerikanern (also dem US-Imperialismus) noch nicht gelungen, dies durchzusetzen. Es gibt Staaten wie Mexiko und Ecuador, die sich eigentlich gegen eine solche Art der Intervention ausgesprochen haben.

**AK: Welche Bedeutung hat für euch die „Diplomatische Offensive", die derzeit von der FDR unternommen wird?**

C.F.: Die „Diplomatische Offensive" bedeutet für uns sehr viel, denn wie ihr wißt, wird der Kampf nicht nur in El Salvador entschieden. Wir wissen, daß auch andere Kräfte mitspielen. Deswegen messen wir der „Diplomatischen Offensive" eine wichtige Rolle bei. Denn am Beispiel Europa könnte man zeigen, daß Europa ein Hindernis für eine direkte Intervention in El Salvador sein könnte. Deswegen versuchen wir, daß die FDR als wahrer Vertreter El Salvadors anerkannt wird und die „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" als politisch-militärische Avantgarde. Deswegen streben wir danach, objektiv die Situation darzustellen, daß es in El Salvador weder einen Bürgerkrieg im wahren Sinne des Wortes gibt, noch einen Krieg zwischen „Links-" und „Rechtsextremismus" gibt. In El Salvador gibt es einen Befreiungskrieg, ein Volk gegen die dort herrschende Struktur. Deswegen müssen wir auch im Ausland die Verdrehungen und das Totschweigen in den Massenmedien klarstellen und wir müssen die Regierungen mit Fakten überzeugen, daß es sich bei der Junta um nichts anderes als um eine mörderische und repressive Junta handelt.

**AK: Welche konkreten Erfolgschancen bestehen derzeit für den Befreiungskampf?**

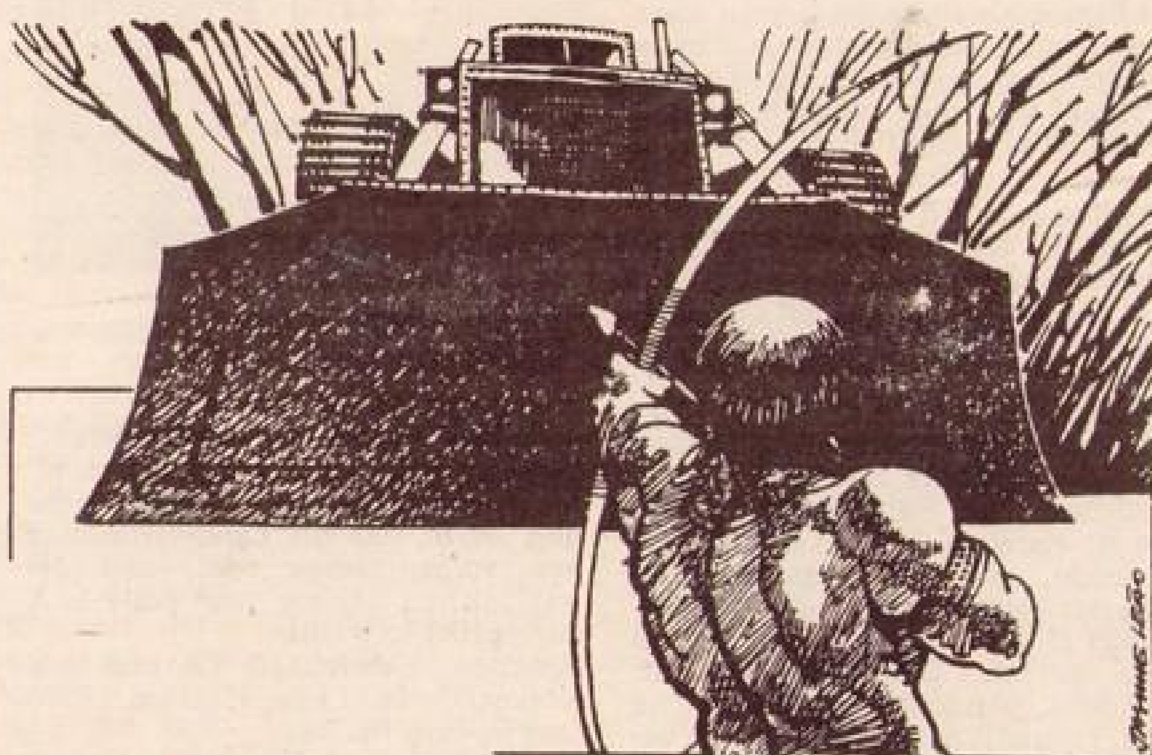
C.F.: Ich würde sagen, jeden Tag nähern wir uns dem Sieg. Nicht daß wir in einer Siegerpose wären, d.h. nicht, daß wir den Sieg schon in der Hand hätten, wir müssen noch kämpfen, aber wir wissen, daß wir für eine gerechte Sache kämpfen. Wir wissen auch, daß die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte der Welt auf unserer Seite sind und das wird uns die Sache erleichtern. Wir denken natürlich nicht an eine Niederlage, denn wir wissen, daß das Volk entschlossen ist, und wenn ein Volk entschlossen ist für die Freiheit, und Gerechtigkeit zu kämpfen, gibt es keine Macht der Welt, die das stoppen kann. Und das Volk von El Salvador hat sich entschieden,bis zum Tod oder zum Sieg zu kämpfen.

**AK: Genosse, Carlos, vielen Dank für dieses Interview.**

# IV. Russell-Tribunal über die Rechte der Indianer

# Über die Bedrohung der Indianer Lateinamerikas

**Wer sich mit den Problemen der Indianer befaßt, muß genau unterscheiden zwischen den kleinen Stämmen, die als soziale Enklaven innerhalb der nationalen Gesamtbevölkerung leben, und den indianischen Bevölkerungsgruppen, also großen sozialen Gebilden. Letztere sind Nachfahren der präkolumbianischen Hochkulturen; sie konzentrieren sich auf einige Länder, in denen sie die ländlichen Massen bilden; in einigen Fällen bilden sie die Mehrheit der Gesamtbevölkerung (Guatemala und Bolivien), in anderen Fällen (Peru, Mexiko, Ecuador) die Mehrheit der Bevölkerung ausgedehnter Regionen; ihre Zahl schwankt dabei zwischen einigen Hunderttausend und mehreren Millionen.**
**Das Hauptmerkmal der kleinen Stämme besteht in ihrer großen Zahl: Es lassen sich mehrere Hunderte von verschiedenen Stammesgruppen aufzählen. Trotzdem machen sie nur einen kleinen Teil – nämlich weniger als 10 % – der gesamten indianischen Bevölkerung Amerikas aus, während die kaum mehr als ein Dutzend zählenden großen indianischen Völkerschaften 90 % ausmachen und in absoluten Zahlen annähernd 20 Mio. erreichen (aus: Darcy Ribeiro „Unterentwicklung, Kultur und Zivilisation", S. 255 – Ribeiro ist Mitglied der Jury des Tribunals).**
**Beide von Ribeiro unterschiedenen Gruppen, die großen Volksstämme ebenso wie die kleinen Familienverbände sind seit Jahrhunderten Opfer der weißen bzw. kreolischen Herrschaft. Landraub, Versklavung im Bergbau oder auf den Plantagen, gezielte Ausrottung, Zerstörung ihrer Tradition und Kultur, politische Entrechtung und soziale Ungleichberechtigung sind Schlagworte, die man nicht beruhigt in die Zeit der spanischen Kolonisation verbannen kann, sondern die den Umgang der Herrschenden mit den Indianern bis heute kennzeichnen.**
**Im folgenden einige Fälle, die dem Russell-Tribunal vorliegen und zum Teil direkt verhandelt werden:**



## Die Jury des IV. Russell-Tribunals

**Hortensia de Bussi Allende, Chile**
Frau Allende ist eine bekannte Verfechterin der Menschenrechte; Teilnehmerin des II. Russell-Tribunals; sie lebt zur Zeit in Mexiko.
**Guillermo Bonfil Batalla, Mexiko**
Anthropologe, schreibt über die Indianer in Südamerika; Unterzeichner der Barbados-Deklaration.
**Domitila Barrios de Chungura, Bolivien**
Minenarbeiterfrau, Teilnehmerin der UN-Frauenkonferenz 1975 und des Forums 1980; schrieb „Wenn man mir erlaubt zu sprechen...".
**George Casalis, Frankreich**
Theologe, lehrte in Berlin und ist z.Z. Dozent an der Freien Fakultät für Protestantische Theologie in Paris; Teilnehmer am ökumenischen Dialog der Dritte-Welt-Theologen; Teilnehmer des II. und III. Russell-Tribunals.
**Josy Chipenda Esq., Angola**
Mitglied des Weltkirchenrats, Vorsitzender des Programms zur Bekämpfung des Rassismus.
**Eduardo Galeano, Uruguay**
schrieb „Die offenen Adern Lateinamerikas". Herausgeber und Mitarbeiter verschiedener Zeitungen, u.a. „Crisis" (Buenos Aires). Lebt in Spanien.
**Trevor Griffiths, Großbritannien**
Autor, Dramaturg, Filmemacher; Mitglied des III. Russell-Tribunals.
**Robert Jaulin, Frankreich**
Anthropologe; Dozent für kulturelle Anthropologie an der Universität Paris.
**Robert Jungk, Österreich**
Philosoph und Futurologe; schrieb u.a. „Der Atomstaat" und „Die Zukunft hat schon begonnen".
**Mario Juruna, Brasilien**
Xavante-Leiter, des Indianerdorfs Namunkura (Sao Marcos Reservat), 38 Jahre alt; aktiv für die Indianergemeinschaft auf eigene, bemerkenswerte Weise.
**Lolle Nauta, Niederlande**
Philosoph, Dozent in Groningen an der H.H.S. Fakultät der Universität von Sambia; Mitglied des III. Russell-Tribunals.
**Lucio Lombardo Radice, Italien**
Wissenschaftler; Mitglied des ZK der KPI; Dozent an der Universität von Rom; Mitglied des III. Russell-Tribunals.
**Darcy Ribeiro, Brasilien**
Ethnologe und Soziologe. Schrieb ein grundlegendes wissenschaftliches Werk über die Indianer und einen Roman; Dozent in Uruguay, Venezuela, Chile und jetzt in Brasilien.
**Stan Steiner, USA**
Spezialist für indianische Kultur; Publizist und Dozent in Paris, Colorado, Idaho, Universität von Paris, Kalifornien und Mexiko; aktiv für die Rechte der Indianer.
**Josephine Richardson, Großbritannien**
Juristin, Labour-Parlamentsmitglied; Mitglied des Exekutivkomitees im Nationalrat für Bürgerrechte; Mitglied des III. Russell-Tribunals.
**Stefano Varese, Peru**
Anthropologe, Autor, Unterzeichner der Barbados-Deklaration, Mitarbeiter von INA-Oaxaca. Mitglied der revolutionären Velasco-Regierung von Peru; lebt z.Z. in Mexiko.

### Beiratsmitglieder

I. Internationaler Beirat:
Noam Chomsky, USA, Sprachwissenschaftler
Shelton Davies, USA, Anthropologe und Schriftsteller
Ole Espersen, Dänemark, Jurist und Abgeordneter im Parlament
Lord Tony Gifford, Großbritannien, Jurist, Abgeordneter im Oberhaus, Mitglied des III. Russell-Tribunals
Robin Hanbury, Tenison, Großbritannien, Anthropologe, Vorstand von Survival International.
Francois Houtart, Belgien, Theologe und Soziologe
J.W. van Hulst, Niederlande, Historiker, Parlamentsabgeordneter, Mitglied des Europarats.
Torkel Opsahl, Norwegen, Jurist
Alfonso Ortiz, USA, Anthropologe.
James F. Petras, USA, Soziologe
Francois Rigaux, Belgien, Philosoph und Soziologe.
Edward W. Scott, Canada, anglikanischer Kirchenführer
Elliot Taikeff, USA, Jurist und Autor, Mitglied des III. Russell-Tribunals.
II. Niederländischer Beirat:
Arend Hilhorst, Partei der Arbeit
Ata Kando, Schriftsteller und Fotograf
Michiel van de Kasteelen, P.P.R.
Dr. Marga Klompe, Vorsitzende von Justitia & Pax
Dr. Jan Pronk, Mitarbeiter UNCTAD
Ton Regtien, C.P.N.
Dr. Susanne Bischoff, D'66
A.G. van der Spek, PSP
Phili Burgers, CDA

## Liste der zu verhandelnden Fälle

**Hotevilla Hopi**
Kläger: Independent Hopi Village of Hotevilla;
Fall: Indian Reorganisation Act (1934), Regelung der Regierungsform in ‚Reservaten'.
**Big Mountain Dine (Navajo)**
Herbert Blatchford im Namen von B.M.D.; Souveränität und Bergbau: Ein Fall von Ethnozid.
**Lakota**
Lakota Treaty Council; Verletzung ihrer Unabhängigkeit durch die US-Regierung.
**Irokesische Konföderation**
Grand Council of the Iroquois Confederacy; Verletzung der Vertragsrechte und Landannektionen.
**Indianer in Ontario**
Häuptlinge des Grand Council Treaty No. 9; Jagd- und Fischrechte.
**Guatemala-Fall**
Frente Democratico-contra la Represion;
Völkermord (Mord an 23 indianischen Bauern in der spanischen Botschaft).
**Cauca (Columbien)**
El Consejo Regional Indigena del Cauca (CRIC);
Völkermord, Ethnozid, Unterdrückung und Landraub.
**San Juan de Ondores (Peru)**
Comision Nacional de Derechos Humanos;
Landraub und Angriffe gegen die Gemeinde von San Juan de Ondores.
**Campa (Peru)**
Centro de Investigacion y Promocion Amazonica;
Ethnozid und Völkermord.
**Rio Negro (Nordbrasilien)**
Marcio Souza;
Ethnozid und Landraub gegen die Aruake- und die Yanomamo-Völker.
**Conseil Attikamek-Montagnais (Canada)**
Bruce Allison, Jurist;
Landrechte und geplante Wasserkraftwerke.
**Nambiquara (Brasilien)**
Comissao de Defensa ao Povo Nambiquara;
Vorsätzlicher Völkermord durch Autobahnbau durch die Indianerreservation, finanziert durch eine internationale Entwicklungsorganisation.

Außer diesen zwölf Fällen liegen der Jury noch 28 weitere Anklagen von indianischen Nationen, Völkern und Anwälten vor. Diese Fälle konnten für die Sitzungen der Jury nicht berücksichtigt werden, sollen aber in einem Schlußdokument behandelt werden.

In begleitenden Veranstaltungen kommen außerdem Sprecher anderer bedrohter Völker zu Wort: Aboriginals (Australien), Maori (Neuseeland), Kurden, Papuas (Indonesien), Inuit und Samen u.a.

Das genaue Programm werden wir im nächsten AK veröffentlichen.

# Ein Fall aus Peru:

**Das alte Siedlungsgebiet der Campa im zentralen Amazonasland in Peru ist schon seit etwa 100 Jahren immer weiter eingeschränkt worden. In den letzten Jahren wurden sie weiter in Richtung Selva (peruanisches Urwaldgebiet) getrieben. Heute gibt es noch ungefähr 400 000 Campa, die in etwa 300 Eingeborenengemeinden (communidades nativas) zusammengeschlossen sind.**
Sie leben jedoch verstreut in Familiengruppen zusammen, ihre Wirtschaftsweise ist die der Jäger und Sammler, Ackerbau wird nur dort betrieben, wo der Raum für die alte extensive Wirtschaftsweise nicht mehr ausreicht, wie z.B. am Perene, wo der Landbesitz auf 3 - 10 ha schlechten Landes pro Familie zusammengeschrumpft ist, was die Subsistenz nicht mehr deckt. Das Gebiet am Fluß Ene ist also heute das letzte zusammenhängende Siedlungsgebiet der Campa, dessen Verteidigung eine Überlebensfrage für das Volk ist. Etwa die Hälfte der Campa lebt heute in dieser Region, viele Familien aus Apurimac und Satipo kommen jährlich hinzu.

### Die Rechtslage

Das 1979 erlassene Decreto Ley 22 175 gewährt den comunidades nativas zwar keinen automatischen Rechtsschutz vor Übergriffen auf ihr angestammtes Siedlungsgebiet, gibt ihnen aber die Möglichkeit, Landtitel beim Agrarministerium zu beantragen. Das Verfahren dieses „linderamiento" läuft wie folgt: Ein Beamter des Ministeriums oder einer Unterbehörde desselben kommt in das Stammesgebiet und vermißt das beantragte Land. Binnen drei Monaten nach Beendigung der Vermessung müssen den comunidades dann schriftliche Landtitel überreicht werden, die das Gebiet als schutzwürdiges Eigentum der Antragsteller ausweisen. Außer den comunidades können selbstverständlich, und darin liegt die Gefahr, auch andere Interessenten Land beantragen.

### Warum werden die Indianer verdrängt?

Es gibt vier Elemente einer Erklärung, warum die Indianer in zunehmendem Maße von Landraub – wenn nicht gar Vernichtung – bedroht sind.

Erstens wird das Gebiet der Campa bedroht durch in- und ausländische Unternehmen und Plantagenbesitzer aus den Gebieten Ayacucho, Satipo, Chanchamayo. Durch irrationale Überausbeutung ihrer Kaffee- und Obstplantagen sinken deren Erträge. Als Ausweg sieht man die Eroberung des benachbarten Campa-Gebietes an. Außerdem lockt der Holzreichtum große Holzunternehmen an.

Zweitens brachte die ökonomische Krise Perus zunehmende Arbeitslosigkeit mit sich und die katastrophale landwirtschaftliche Entwicklung vermehrte die Zahl der landlosen, hungernden Bauern. Arbeitslose und landlose Bauern werden von obskuren Siedlungsunternehmen als Speerspitze benutzt, um den Indianern das Land abzujagen, zum Nutzen skrupelloser Geschäftemacher und kapitalistischer Unternehmen.

Drittens beginnen wie andere Indianerstämme Perus auch die Campas sich zu organisieren. Damit wächst die Gefahr für die eindringenden Unternehmen, daß die Campas die Besitztitel für ihr Land erhalten.

Viertens möchte die neue peruanische Regierung Belaunde das oben dargestellte Gesetz über die comunidades nativas ändern. Dieses Gesetz habe nach Belaunde nicht in genügendem Maße zur gewünschten Anziehung und Investition großer Kapitalmengen geführt. Belaunde wird nicht müde zu behaupten, daß die Eroberung Amazoniens eine Lösung für einen Großteil der peruanischen Probleme bedeutet. Wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß die Urwaldgebiete unterbesiedelt und Anden- und Küstengebiet meist überbevölkert sind, so bedeutet die Eroberung Amazoniens für Belaunde jedoch nichts anderes als Auslieferung an das Großkapital und Vernichtung des Lebensraums der Indianer.

### Konflikt am Fluß Ene

Im Sommer 1979 erfolgt in den 40 Campasiedlungen am Fluß Ene die Landvermessung durch die Agrarverwaltung von Huancayo, die im August/September abgeschlossen war. Die Siedlungen wurden zu 12 comunidades zusammengefaßt, denen nun 45.000 ha Land zu beiden Seiten des Flusses zustehen sollten, davon über die Hälfte Waldgebiete. Sie erhielten jedoch trotz der 3-Monats-Frist im Gesetz bis heute keine Besitzurkunde vom Agrarministerium. Statt dessen drangen im Winter 1979/80 sieben Unternehmen in ihr Gebiet ein: Die Firma Santo Domingo drang im No-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

vember 1979 mit etwa 250 Siedlern in das Campa-Gebiet ein, woraufhin diese sich beim Agrarministerium beschwerten. Das Agrarministerium untersagte die „Invasioh" und Sto. Domingo zog sich zurück. Dafür aber kamen kurz darauf vier andere Siedlungsunternehmen, eins davon hat zur Einschüchterung der Campa sogar Feuerwaffen eingesetzt. Die Campa wandten sich wieder ans Ministerium, welches sich aber weigerte, einzuschreiten oder den Campa endlich ihre Besitzurkunden auszustellen. Sie erhielten lediglich einen schriftlichen Bescheid, daß ihre Akten sich in Bearbeitung befänden. Noch gefährlicher für die Campa aber ist das Holzunternehmen FASA, an dem der ehemalige Wirtschaftsminister Saenz Barzallo beteiligt ist. FASA besitzt nämlich eine Genehmigung, am linken Ufer des Ene eine Studie über holzwirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten zu erstellen. Diese kam dadurch zustande, daß ein Ingenieur der Agrarverwaltung über das Campa-Gebiet flog und dabei zu dem Schluß kam, das linke Ufer sei unbewohnt.

FASA versucht, für 96.000 ha eine Holzschlaggenehmigung zu bekommen, indem es die Landvermessung des letzten Jahres angefochten




Campa-Gebiet

hat, was möglich ist, da die Besitztitel ja noch nicht überreicht sind. Die Hoffnung des Unternehmens liegt darin, daß die Landvermessung neu vorgenommen wird, und die waldreichen Gebiete dann der FASA zugesprochen werden.

(Quellen: Gesellschaft für bedrohte Völker/Marka, Lima, 12. Juni 1980)
(aus ila-Info Nr. 38)

Der Fall der Campa wird vor dem Tribunal behandelt.

# Ein Fall aus Panama:

Das Guaymi-Volk, etwa 60 000 Menschen und die größte Eingeborenengruppe innerhalb der 1,8 Mio Bevölkerung Panamas, ist in seinem Lebensraum bedroht, seit auf seinem Gebiet große Kupfervorkommen gefunden wurden und das Gebiet zum Bau von Wasserkraftwerken vorgesehen ist.

Die Guaymi leben in Familienverbänden in verschiedenen Provinzen verstreut. Sie leben hauptsächlich vom Ackerbau, sie arbeiten überwiegend mit Messer und Eisenstange, ihre Böden sind durch die tropischen Regenfälle, Unebenheit des Geländes und fehlende Düngemittel schwer bebaubar und wenig ergiebig. Die Männer der Guaymi übernehmen vielfach landwirtschaftliche Saisonarbeit bei der Kaffee- und Zuckerernte oder auf den Bananenplantagen der United Fruit Company, um den Lebensunterhalt zu sichern. Auf Grund der harten Lebensbedingungen sind schätzungsweise 60 % der Kinder unterernährt, 20 % der Bevölkerung leiden an Tuberkulose, ein Viertel aller Schwangerschaften der Guaymi-Frauen enden mit Totgeburten, bzw. die Kinder sterben vor dem 5. Lebensjahr.

Seit 1971 ist man sicher, daß sich im Cerro Colorado große Kupferlager befinden: mitten im Gebiet der Guaymis. Es soll eine der größten Kupferminen im Tagebau der Welt werden, die jährlich mehr als 180 Mio Tonnen Kupfer fördert. 1975 gründete die panamesische Regierung die „Vereinigung zur Entwicklung des Bergbaus von Cerro Colorado" (CODEMIN), viele internationale Gesellschaften interessierten sich für das Projekt. Schließlich wurde die nordamerikanische Texasgulf beteiligt.

Die panamesische Vereinigung CODEMIN sollte 80 %, die Texasgulf 20 % der Aktien besitzen. Weltbank und Entwicklungsbank forderten nach den Vorstudien, daß Panama seine Anteile verringern müsse, weil es nicht finanzkräftig genug sei, um das Risiko und die hohen Entwicklungskosten zu tragen.

Im Juni 1980 schloß die panamesische Regierung Zusatzverträge mit einer englischen Gesellschaft, die panamesische Beteiligung soll auf 51 % reduziert werden. Im Februar 1981 wird entschieden, ob die Forderungen der Interamerikanischen Entwicklungs- und der Weltbank erfüllt und das jetzt vorgeschlagene Verfahren „genehmigt" wird.

Gleichzeitig laufen Versuchsprojekte mit Wasserkraftwerken, die im Rahmen eines staatlichen Elektrifizierungsplanes, der von IRHE (staatliche Gesellschaft für Elektrifizierung und Wasserwirtschaft) und der Weltbank ausgearbeitet wurde, und dessen Gesamtkosten über 1,7 Mrd Dollar betragen. Ziel des Plans ist, die steigende Nachfrage nach Energie in Panama zu befriedigen und den enormen Strombedarf, der durch die Kupfergewinnung anfällt, zu decken. Die Kupfermine von Cerro Colorado allein wird einen Energiebedarf haben, der dem gesamten nationalen Bedarf Panamas von 1977 entspricht.

Die Existenz der Guaymi wird bei diesen Planungen völlig ignoriert. So wurde der Kupfergesellschaft die Verfügung über 720 $km^2$ Guaymi-Land schlicht zugesprochen, 20 $km^2$ gingen direkt in ihren Besitz über. Straßen, die bereits gebaut wurden, zerteilen das Guaymi-Gebiet, zerstörten Felder und Weiden. Der Hauptteil des Gebiets sei sowieso *„unbewohnt und für die landwirtschaftliche Nutzung ungeeignet"* und deswegen würde kein *„größerer Schaden verursacht"* – so die Kupfergesellschaft CODEMIN.

Aus dem Gebiet, das auch laut CODEMIN nicht „unbewohnt" ist, sollen mehrere Familien umgesiedelt werden, keiner weiß wohin.

Die indianischen Führer sind bisher an keiner Entscheidung beteiligt worden, obwohl die CODEMIN-Programme den Indianern ein Mitspracherecht einräumen. Die indianischen Gemeinden haben Kongresse durchgeführt und rechtliche Schritte eingeleitet. Eine im Februar von knapp 500 Indianern unterzeichnete Resolution lehnt das gesamte Projekt ab, *„da es für das indianische Volk keinerlei Nutzen bringen würde."*

Die Bedrohung der Guaymi ist nur einer von zahllosen Fällen, in denen das Recht der internationalen Gesellschaften auf die Verwirklichung von Großprojekten das einzig geltende Recht ist. Der Fall der Guaymi wird nicht direkt vor dem Russelltribunal verhandelt, aber das Problem wird durch das Tribunal stärker in die Öffentlichkeit gebracht werden.

**(Informationen nach einer Vorlage der Gesellschaft für bedrohte Völker)**



# Ein Fall aus Brasilien:

Indianer aus Manaus im brasilianischen Amazonasgebiet haben in einem offenen Brief an den Papst, der 10 Tage lang auf Brasilienrundreise war, die Regierung und die staatliche sogenannte Indianerschutzorganisation FUNAI angeklagt. In dem Brief, der im Monatsbulletin des indianischen Missionsrates der brasilianischen Bischofskonferenz abgedruckt war, heißt es, daß das Familienplanungsprogramm der Regierung vorsieht, Frauen von Indianern und Mischlingen aus der Gegend um Manaus *„als Versuchskaninchen für empfängnisverhütende Spritzen zu benutzen."* Nach einer Experimentierphase in dieser Region soll die Methode dann in ganz Lateinamerika Anwendung finden. *„So will man die Armen mit einer empfängnisverhütenden Spritze beseitigen, damit das bestehende gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche System nicht verändert zu werden braucht"* (aus dem offenen Brief). Weiter heißt es in dem Brief, daß die brasilianische Luftwaffe anläßlich des Papstspektakels Indianer aus dem Landesinnern herangeflogen habe, da die Indianer, *„die am Rande von Manaus leben, gar nicht mehr fähig seien, vor dem Papst zu tanzen. Ihnen sei die Freude am Leben, ihr Land und die Kraft, sich als Indianer auszuweisen, abhandengekommen. Der Rassismus in Manaus sei so stark, daß sich die Indianer dort nicht mehr als solche zu erkennen geben wollen."*

Nebenbei bemerkt: Von mehr als 5 Mio Indianern, die es vor der Eroberung gab, leben heute noch 210.000.
(nach FR, 9.7.80)

# Hungerstreik im bolivianischen Konsulat — großer Erfolg

Hamburg. Eine so breite Öffentlichkeit wie sie durch die Solidaritätswache und den Hungerstreik im Konsulat erreicht wurde, hat es wohl seit der Fußballweltmeisterschaft in Argentinien in der Lateinamerikasolidarität in der BRD nicht gegeben. Nicht nur die Hamburger Presse, sondern die meisten überregionalen Zeitungen haben ebenso wie Radio und Fernsehen relativ ausführlich bereichtet. Ein mindestens ebenso großer Erfolg liegt aber darin, daß viele Leute zu selbständigen Aktivitäten für die Boliviensolidarität mobilisiert werden konnten. Täglich sind Vertreter von Gewerkschaften, Schülerräten, Jugendgruppen etc. im Konsulat, besorgen sich Flugblätter, Unterschriftenlisten und Informationen, um in ihren Bereichen damit zu arbeiten. Dies ist ein wirklich beachtlicher Erfolg und sicher auch auf die sehr kontinuierliche und breite Öffentlichkeitsarbeit des Bolivienkomitees CONADE zurückzuführen. Am 7.11. setzten der Konsul und die anderen Hungerstreikenden ihren Streik — nach über zwei Wochen Hungerns — vorläufig aus, weil wichtige Ziele des Streiks erreicht waren. Dazu gehört vor allem die außerordentlich breite Berichterstattung in den Medien, aber auch, daß bezüglich der Bundesregierung und der Parteien einiges in Gang gekommen ist:

- Hamburger FDP-Vertreter haben sich bei ihrem Chef und Außenminister Genscher persönlich für eine Änderung seiner Bolivienpolitik eingesetzt.
- Es gibt Zusagen, daß zukünftig keine Hermes-Kredit-Versicherungen für Geschäfte mit Bolivien vergeben werden sollen.
- Der Bundesvorstand der SPD hat die Bundesregierung aufgefordert, Wirtschafts- und Entwicklungshilfe einzustellen, den deutschen Botschafter zurückzurufen und die gewählte Regierung (Regierung der nationalen Einheit) als einzig legitime Vertretung des Volkes anzuerkennen.
- Genscher hat zugesagt, jeden Antrag auf Auslieferung des Generalkonsuls Sanchez kategorisch abzulehnen.
- Es wurde offiziell bekanntgegeben, daß die westdeutsche Botschaft in Bolivien einen rein humanitären Auftrag zu erfüllen habe und zu keinerlei politischen Kontakten befugt sei.

(nach Presseinformation Nr. 7 von CONADE)




Die Arbeit in der Boliviensolidarität hört damit natürlich nicht auf. Es wird auch weiterhin reichlich öffentlicher Druck notwendig sein, damit die Zusagen der Bundesregierung und der Parteienvertreter nicht mit der Zeit in Vergessenheit geraten. Das Generalkonsulat bleibt erstmal weiterhin besetzt, Informationen und Agitationsmaterial können dort jederzeit geholt werden.

Besonders dringend ist zum Beispiel die Sache der politischen Gefangenen. Innenminister Gomez hatte angekündigt, daß alle politischen Häftlinge, die bis zum 10. November nicht ins Asyl ausgereist sind, erschossen werden sollen. *„Mir wird die Hand nicht zittern, eine Unzahl von Taugenichtsen an die Wand zu stellen"*, so Gomez im Originalton (laut „Viva Bolivia libre", Broschüre von CONADE-Hamburg). Ob und wieviele Häftlinge ausreisen durften, bzw. ob Gomez' martialische Ankündigung realisiert werden soll, ist noch nicht bekannt. Die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen bleibt zentrale Forderung.

# Renaissance des linken Reformismus?

## Die »Sozialistische Konferenz«, die SOST und die Gewerkschaftsfrage

**In der Hamburger Vorbereitungsgruppe für die 2. Sozialistische Konferenz haben sich lebhafte Debatten um die Gewerkschaftsfrage entwickelt. An dieser Debatte sind verschiedene politische Strömungen beteiligt (die Z, die Gruppe Arbeiterpolitik, die Sozialistischen Studiengruppen – SOST, das SB, das Komitee für Demokratie und Sozialismus, der KB, Trotzkisten, Mitglieder der Grünen und der Bunten Liste sowie unorganisierte Linke).Erfreulich ist, daß eine solche Diskussion unterschiedlicher politischer Strömungen kontrovers, aber solidarisch verläuft.**

**Die Diskussion ist sehr stark geprägt von der These in Teilen der Linken, daß der Marxismus-Leninismus gescheitert sei. Die Versuche, dieses Scheitern zu verarbeiten, begünstigen längere Zeit in der nicht-revisionistischen Linken für überwunden geglaubte Theorien. Dabei scheint sich eine Entwicklung herauszukristallisieren, die eine stärkere Öffnung gegenüber reformistischen Vorstellungen propagiert. Wilfried Maier von den „Komitees für Demokratie und Sozialismus" hat dies beim Versuch der Überwindung der Fehler des KBW folgendermaßen festgeschrieben:„*Der Reformismus ist keine Veranstaltung der Bourgeoisie zwecks Täuschung der Arbeiterbewegung, sondern ein notwendiger Ausdruck in der Bewegung der Arbeiterklasse selbst.*" (in „Hefte für Demokratie und Sozialismus", 4-5/80). Will Maier damit darauf hinweisen, daß der Reformismus nichts der Arbeiterklasse äußerliches ist, sondern seine Existenz materiell in ihr begründbar ist, ist ihm zuzustimmen. Will er damit aber bestreiten, daß der Reformismus auch seine personellen und institutionellen (Gewerkschaften, SPD) Träger hat, die Garanten und politisch ideologische „Wächter" dieser Strömung in der Arbeiterbewegung sind und sie bewußt als Alternative zu einer sozialistischen Entwicklung organisieren, so ist durchaus eine Abkehr von Positionen des Marxismus-Leninismus zu befürchten. Die Entwicklung bei den „Komitees" ist so klar nicht, als daß sich hier bereits Eindeutiges sagen ließe. Immerhin stimmt es nachdenklich, wenn Maier in der gleichen Ausgabe der „Hefte" in der Diskussion um das DGB-Grundsatzprogramm aus fast schon banalen Aussagen der DGB-Führer zu staatlicher Wirtschaftsplanung trotz scharfer Kritik an dem Programmentwurf feststellt:„*Stärker als zuvor wird offenbar die Notwendigkeit empfunden, den Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion planvoll und bewußt zu gestalten, also – wenn man so will* – die Notwendigkeit des Sozialismus empfunden". Diese ‚Empfindungen' werden – wohlgemerkt – dem von der Führung des DGB erstellten Entwurf unterstellt! Da ist möglicherweise noch einiges an Revision alter Vorstellungen zu erwarten, und die Diskussion sollte mit Interesse verfolgt werden.**

**Auf der Sozialistischen Konferenz selber und in der Hamburger Vorbereitungsgruppe versuchen sich die SOST der orientierungsuchenden Linken als Alternative anzubieten. Ihre Positionen sind Auseinandersetzungsgegenstand in diesem Artikel. Nicht unerwähnt bleiben sollte, daß die eingangs beschriebene Entwicklung auch unsere Genossen von der „Gruppe Z" erfaßt; wie weit und in welchem inhaltlichen Ausmaß, können wir noch nicht beurteilen. Zumindest pflegt die „Z" derzeit die SOST als bevorzugten Bündnispartner in der gewerkschaftspolitischen Diskussion. Diese Bevorzugung drückt sich derzeit hauptsächlich in eher peinlichen Umarmungsversuchen der „Z" gegenüber der SOST aus und in ihrer bisher ‚zentristischen' Rolle in der Hamburger Diskussion zwischen den Polen der Diskussion – Unorganisierte und KB einerseits und SOST andererseits. Die „Z" hat mehrfach zu verstehen gegeben, daß sie die SOST gegen falsche Kritiken beschützen müsse (deutlich an die Adresse des KB gerichtet) und ihrerseits großes Interesse an den „bedeutenden Gedanken" habe, „die die SOST transportieren". Derzeit läßt sich nur spekulieren, was dies bedeutet. Allerdings haben die Genossen von der „Z" eine Konkretisierung ihrer Vorstellungen von Alternativen linker Gewerkschaftspolitik angekündigt. Auch hier sollte mit Interesse und Aufmerksamkeit die Entwicklung neuer Positionen verfolgt werden. Wir sind gespannt.**

Wer sind die SOST?

ten, „*die oft bis zur prinzipiellen Ablehnung der gewerkschftlichen Organi-*

### Wer sind die SOST?

Vielen sind die „Sozialistischen Studiengruppen" vielleicht eher über den Verlag VSA (Verlag zum Studium der Arbeiterbewegung) bekannt. Sie begreifen sich als Zirkel, der sich auf wissenschaftlicher Grundlage „*mit verschiedenen Aspekten der marxschen Theorie und ihrer Anwendung auf gegenwärtige kapitalistische Verhältnisse*" beschäftigt. Sie sind nach eigenen Angaben in neun Arbeitsgruppen à 25 Mitglieder organisiert. Aus diesen Studiengruppen werden Vertreter in eine Redaktion ihres Organs, der „*Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus*", gewählt. Diese Zeitung, die sechsmal im Jahr erscheint, ist der Hauptorientierungspunkt der Arbeit der SOST. Über eine politische Praxis der SOST als Gruppe ist uns nichts bekannt. Unverkennbar ist die Nähe der SOST zu eurorevisionistischen Positionen, insbesondere aus der KPI (so publizieren sie im Verlag VSA Schriften von Lama, Trentin, Ingrao u.a.). Die Gruppen der SOST sind „*auf gemeinsame Diskussion, kollektives Arbeiten und Anerkennung des politischen Pluralismus innerhalb der Arbeiterbewegung verpflichtet*" (1).

Seit einiger Zeit sehen die SOST, wichtige „Umgruppierungsprozesse" in der Linken, die zu einer sozialistischen Alternative außerhalb der SPD führen könnten. Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl hat es dabei ein Mehrheitsvotum für die Wahl der Grünen (1976: DKP) und ein Minderheitsvotum für „*illusionslose Wahl der SPD*" gegeben. Zu den Grünen heißt es im Mehrheitsvotum: „*Die Grüne Partei, die Bunten und Alternativen Listen sind aber Elemente des gewachsenen Protestpotentials in unserer Gesellschaft, sind Bestandteile der Linken; die Verbreiterung dieser Bewegung hat zum Wachstum der Diskussionsbereitschaft und zur Vermehrung kritisch-konstruktiver Auseinandersetzung innerhalb der Gesamtheit der Linken geführt.*" Positiv an den Grünen wird vermerkt, daß die Ökologiefrage die „*Grünen und Alternativen schrittweise zur Vorstellung eines alternativen Entwicklungsmodells der Gesellschaft geführt* (hat), *das allerdings noch vage und widerspruchsvoll ist*". Die Hauptschwierigkeit der Zusammenarbeit mit den Grünen ergebe sich aus ihrer Kritik an den Gewerkschaften, „*die oft bis zur prinzipiellen Ablehnung der gewerkschftlichen Organisation geführt wird*" (2). Die SOST erhoffen sich offensichtlich, vom derzeitigen Umgruppierungsprozeß in der radikalen Linken und dem Eingreifen in die Diskussion der Grünen einen Erfolg für ihre in den letzten Jahren erarbeiteten theoretischen Konzepte. Entsprechend haben sie sich gegenüber einer Diskussion mit „Linksradikalen" geöffnet und engagieren sich stark in der Sozialistischen Konferenz.

### Die politischen Grundpositionen der SOST

Wir wollen hier in Kürze die Grundposition der SOST vorstellen, bevor wir uns im einzelnen mit ihrer Analyse der Gewerkschaften beschäftigen.

Im Gefolge der Wirtschaftskrise 1973/74 habe sich vor allem 1974/75 eine „ökonomische Wende" in der BRD ergeben. Die alte Vorstellung eines ständigen, ungebremsten Wachstums der Wirtschaft sei an ihre Grenzen gestoßen. Sozialdemokratische Reformpolitik und gewerkschaftliche Lohnpolitik alten Stils seien gestoppt worden. Innerhalb der Gewerkschaften habe eine Diskussion um die zukünftigen Perspektiven begonnen, die als „*tendenzieller Ablösungsprozeß der Gewerkschaften von der SPD*" (3) gewertet werden. Diese „*Neuorientierung*" im DGB (4) komme vor allem in der Diskussion um das DGB-Grundsatzprogramm zum Ausdruck. Nun gehen die SOST nicht davon aus, daß dieses Programm bereits die gesellschaftliche Alternative enthalte, wohl aber wird festgestellt: „*Angesichts der zurückliegenden Erfahrungen haben jedoch die Kräfte, die auf einen programmatischen Gegensatz zum herrschenden Wachstumstyp drängen, ihr Terrain ausbauen können*" (4). Es mangele ihnen allerdings an einem „*tragfähigen Konzept alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik ... mit dem sie überzeugen könnten*" (4).

Dieses umfassende Konzept einer „Alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik" wollen die SOST anbieten. Statt bloßen „Verteilungskampfes" – von den SOST auch „aggressive Lohnpolitik" genannt – statt vom Staat Subventionen und Importbeschränkungen zu fordern und damit über die Staatsverschuldung nur die Krise zu verschärfen, sei „*die Lösung der heutigen und der kommenden gesellschaftlichen Antagonismen nur durch die Verwirklichung eines alternativen Konzepts der Wirtschafts- und Sozialpolitik möglich, ... das auf zwei Fundamenten basiert: erstens den Bruch mit der kapitalistischen Logik wirklich wagt, und zweitens nicht Korrekturen des Verteilungsmechanismus in den Mittelpunkt rückt, sondern die Stärkung und Ausdehnung der produktiven Basis der Gesellschaft*" (5).

Dieses Konzept alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik müsse vom DGB übernommen werden. Dem DGB komme die entscheidende gesellschaftsverändernde Bedeutung zu. Er habe die Aufgabe, die „*innere Klasseneinheit*" gegen alle Sonderinteressen einzelner Schichten (den berufsständischen oder gruppenegoistischen „*Korporativismus*") herzustellen. Ansonsten werde angesichts der Krise die Kluft zwischen der „*Besserstellung bestimmter Teile der Lohnabhängigen*" und den „*Marginalisierten*" – *den an den Rand der Gesellschaft gedrängten* (Frauen, Ausländer, Arbeitslose, Rentner etc.) – immer größer und berge die Gefahr einer Spaltung der Klasse in sich. SOST zu den Aufgaben der Gewerkschaften: „*Die materiellen Interessen der beschäftigten Lohnabhängigen, ihr Interesse an Arbeitsplatzerhalt und Lohnzuwachs kann nicht allein zum Orientierungspunkt gewerkschaftlicher Politik gemacht werden. Die Gesamtinteressen der lohnabhängigen Bevölkerung erfordern, daß die Arbeitsplatz- und Beschäftigungsinteressen des noch beschäftigten Teils der arbeitenden Klassen verbunden werden sowohl mit den Interessen der Arbeitslosen, Erstbeschäftigung Suchenden und Marginalisierten, als auch mit den Aspekten, die die Verteidigung der verschiedenen Elemente des Soziallohns* (Anm.: Renten-, Sozialversicherung etc.) *einschließt*" (6).

Das zitierte „Gesamtinteresse der lohnabhängigen Bevölkerung", das über den DGB herzustellen sei, werde sowohl durch das „Problem des Korporativismus" als auch durch „aggressive Lohnpolitik" gefährdet. Angesichts stagnierenden wirtschaftlichen porativismus" als auch durch „aggressive Lohnpolitik" gefährdet. Angesichts stagnierenden wirtschaftlichen Wachstums und zunehmender Krisenerscheinungen sei in der Tendenz eine „*revolutionäre Austeritätspolitik*" (Verzichtspolitik) (7) – revolutionär in Abgrenzung zur bürgerlichen Austeritätspolitik, wie sie derzeit par excellence von der Regierung Thatcher in Großbritannien vorgeführt wird – notwendig. D.h.: Es wird notwendig werden, „*'Opfer' zu erbringen bei der gerechteren Verteilung der Belastungen, die unbedingt erreicht werden muß, um einen gesellschaftlichen Konsens zwischen allen Gruppen herzustellen, und zu einer inneren Klasseneinheit zu gelangen, die selbst wieder notwendig ist, um die Entwicklung des Landes im Sinne der Arbeitnehmer zu beeinflussen*" (8).

Wir wollen uns im folgenden weniger mit dem Modell „Sozialistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik" der SOST auseinandersetzen (für Interessenten siehe die Publikation unter Anmerkung 9), als vielmehr mit ihrer falschen Einschätzung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik und einigen gefährlichen, zurückzerrenden Konsequenzen ihrer Einschätzung.

### Der DGB als „Ansatzpunkt für eine alternative Gesellschaftspolitik"?

In ihrer Strategie der Sozialisten zur Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse bauen die SOST auf die Gewerkschaften und den DGB. „**Die Gewerkschaften in der BRD begreifen wir nicht als Teil der überlebten traditionellen Arbeiterbewegung.... Die Gewerkschaften stellen vielmehr Ansatzpunkte der Entwicklung einer alternativen Gesellschaftspolitik für die Bundesrepublik dar**" (6).

Diese Aussage der SOST zur fortschrittlichen Rolle des DGB und seiner Einzelgewerkschaften basiert auf einem idealistischen Automatismus. Die Führungen der BRD-Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg seien Ausdruck des jeweiligen Bewußtseinsstands der Basis. Sie würden keinen Verrat an Arbeiterinteresse begehen, sondern jeweils die unmittelbar gewünschten Interessen der Basis vertreten. Da durch die ökonomische Entwicklung aber die Interessenslage an der Basis sich verändere, sei damit zu rechnen, daß sich entsprechend auch die Führung verändere. Dieser unterstellte Zusammenhang läßt die SOST zu der Aussage kommen, „*daß unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen der Apparat* (*des DGB*) *eine progressive Funktion ausübt*" (6). Es ist angesichts solchen Automatismus' fast müßig, entlang zahlreicher konkreter Beispiele aus der jungen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung der BRD den Nachweis zu führen, daß der DGB-Apparat systematisch von seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung benutzt worden ist, andere politische Positionen und Initiativen von der Basis zu zerbrechen. Die SOST bestreiten schlicht, daß die Gewerkschaften in der BRD eine staatserhaltende und die Arbeiterklasse in das System der „freien Marktwirtschaft" integrierende Funktion haben (siehe dazu auch unsere nebenstehend abgedruckten Thesen zur Entwicklung der Gewerkschaften).

Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen der letzten Zeit sind für die SOST „*nicht per se ein Beleg erneuten Verrats der Führung, sondern* dersetzungen der letzten Zeit sind für die SOST „*nicht per se ein Beleg erneuten Verrats der Führung, sondern* *Ausdruck eines gestärkten Selbstbewußtseins der Basis*" (Lohnmaschine, S. 9); die Blockade der Führung gegen neue Forderungen seien quasi notwendige „Reibungsverluste" bei der Umstellung auf veränderte Bedingungen.

Diese Entwicklung sei „zwangsläufig": „*Die Wiederaneignung der politischen Diskussion und Initiative durch die Gewerkschaften läßt sich aber nicht aufhalten. Die ökonomische und soziale Entwicklung in der BRD läßt den Gewerkschaften keine andere Wahl, als sich nach umfassenden gesamtgesellschaftlichen Strategien für eine alternative Entwicklungsrichtung der Gesellschaft umzusehen*" (10). Ähnliche Formulierungen, daß die geänderten ökonomischen Verhältnisse die Gewerkschaften „*zum Umdenken zwingen*" (10), daß „*die negativen Erfahrungen mit kapitalistischem Wachstum ... die Gewerkschaften in Richtung eines Bruchs mit dem kapitalistischen Wachstumstyp* (*zwingen*)" (4) sind typisch für das idealistische Bild, auf dem die SOST ihre Theorien aufbauen. Vor diesem Hintergrund bieten sich dann die „Sozialistischen Studiengruppen" und ihr abgerundetes Modell einer „Alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik" als diejenigen an, die in die entstehende Lücke eines fehlenden, „*tragfähigen Konzepts*" (4) für eine andere Strategie reinspringen.

### Zum Verhältnis Führung/ Basis

In ihrer Broschüre „Lohnmaschine DGB?" (6) stellen die SOST die These auf, daß „*das Bemühen der Gewerkschaften, die veränderte sozio-ökonomische Situation für sich zu fixieren, und die Suche nach alternativen Strategien zur Beseitigung der sozialen Gegensätze ... ihren Ausdruck im Alltagsbewußtsein der Lohnabhängigen*" finden (S. 5). Auf fünf Seiten wird dann versucht, diese These zu belegen. Die verschärfte wirtschaftliche Lage habe das Bewußtsein wachsen lassen, sich im DGB zu organisieren. Beweis: steigende Mitgliederzahlen in den DGB-Gewerkschaften. Insbesondere bei den Industriearbeitern sei die Einsicht gewachsen, daß „*es verstärkt persönlichen und gewerkschaftlichen Engagements bedarf, weil die gesellschaftlichen Probleme sich zuspitzen*" (S. 8); zudem registrieren die SOST aufgrund steigender Mitgliederzahlen „*eine deutliche Bewußtseinsveränderung der Lohnarbeiter, die verstärkte Wahrnehmung der mit der Wachstumsschwäche des Kapitals aufbrechenden sozialen Widersprüche des Systems der sozialen Marktwirtschaft*" (S. 7).

Was aber beweisen steigende Mitgliederzahlen über das Bewußtsein, wenn man sie nicht gleichzeitig verbindet mit der Qualität gewerkschaftlichen Engagements, mit den Aktivitäten und vor allem den Möglichkeiten für eine aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften? Zu alledem ist bei den SOST nichts zu lesen. Die Statistik genügt als Beweis. Dabei spricht die konkrete gewerkschaftspolitische P r a x i s dafür, daß von der Masse der gewerkschaftlich Organisierten die Gewerkschaften eher als eine Art „Versicherung" betrachtet werden (und als solche bieten sich diese ja durchaus an), denn als Kampfverband, in dem man sich zur aktiven Vertretung seiner solche bieten sich diese ja durchaus an), denn als Kampfverband, in dem man sich zur aktiven Vertretung seiner Interessen organisieren muß. Die voluntaristisch unterstellte Bewußtseinsveränderung seitens der SOST entpuppt sich allerdings als Trick, mit dem der Status quo in den Gewerkschaften gerechtfertigt werden soll. Das vielzitierte „Alltagsbewußtsein" wird auf der anderen Seite als Grund und Rechtfertigung gering entwickelter gewerkschaftlicher Aktivitäten angeführt, denn „*die konkreten Ausdrucksformen gewerkschaftlicher Aktivität sind Ausfluß von Willensverhältnissen der Lohnabhängigen - und zwar nicht einem irgendwie fiktiven freien oder revolutionären Willen, sondern die Bestimmtheit ist mit dem Alltagsbewußtsein gegeben und wie dieses durch die ökonomisch-sozialen Verhältnisse bedingt*" (S. 9).

Wer vielleicht noch über die Inhaltsschwere dieser Aussage herumrätselt, dem wollen wir diese SOST-These gern übersetzen: So wie die Gewerkschaften in der BRD agieren, entspricht dies dem Willen und den Inter-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

essen der Mitglieder. Die Führung kann nicht mehr tun, da die Basis nicht mehr will. Daran ist auch nur soweit etwas zu verändern, wie sich die objektiven Bedingungen verändern. Der von den Linken immer wieder angeführte Konflikt Führung/Basis existiert in dieser Form gar nicht, sondern ist ein Hirngespinst der „linken Gewerkschaftskritiker" und ihres Ziels, der *„Rückkehr der traditionellen Arbeiterbewegung zu klassenkämpferischen Zielen"* (S. 2). Im Gegenteil beklagen die SOST *„mangelnde gewerkschaftliche Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen"*, die *„zu einer zwangsläufigen Betonung der stellvertretenden Funktion der gewerkschaftlichen Aktion für alle Lohnabhängigen geführt"* habe (S. 10).

Stattdessen erklären sie die Führung der Gewerkschaften sogar zum vorantreibenden Faktor gegenüber der Basis: *„Jede kritische Betrachtung etwa der unter Otto Brenner verfolgten Politik der IG Metall und des Alltagsbewußtseins der Arbeitnehmer in der Metallindustrie wird aber eher zu dem Schluß kommen müssen, daß die Gewerkschaftsfunktionäre oder -spitze oft ihren Einfluß in Richtung auf Unterstützung fortschrittlicher, wenn auch reformerischer Politikansätze genutzt haben"* (S. 9).

Wollten die SOST damit darauf hinweisen, daß es durchaus Fälle in der Gewerkschaftsgeschichte gibt, in denen die Führungen Schwierigkeiten hatten, die Basis für durchaus sinnvolle Kampfziele zu mobilisieren, würden sie das noch aus dem Umstand folgern, daß dies die Folgen einer Linie in der Gewerkschaftspolitik ist, die hauptseitig auf Stellvertreterpolitik und Demobilisierung der Basis orientiert, man könnte den SOST-Genossen folgen. Aber weit gefehlt: laut SOST steht fest, daß der DGB *„die unmittelbare Assoziation der Lohnabhängigen ist, sie d a h e r organisatorischer Ausdruck ihrer Interessen ist, die Gewerkschaftsführung sich d a h e r nie in ihrer Gesamtheit von diesen Interessen verselbständigen k a n n. Sie repräsentiert wegen dieser organisatorischen Verknüpfung mit den Interessen der Lohnarbeiter auch stets die Seite des Vorantreibens und der organisatorischen Stärkung ihrer Belange"* (12).

Gegen Glaubensbekenntnisse dieser Art läßt sich allerdings kaum mit konkret belegbaren Beispielen argumentieren.

Vor dem Hintergrund der Theorie, daß das rückständige „Alltagsbewußtsein" keine andere Organisation zuläßt als die jeweils bestehende, erteilen die SOST auf der einen Seite den Gewerkschaftsführern den wohlmeinenden Rat, *„die größere Selbstaktivität der Lohnabhängigen"* nicht durch *„Behinderung der Diskussion"* zu blockieren, da dies *„die Gefahr von Brüchen innerhalb und Abspaltungen von der Gewerkschaft erhöht"* (10).

blockieren, da dies *„die Gefahr von Brüchen innerhalb und Abspaltungen von der Gewerkschaft erhöht"* (10).

Auf der anderen Seite befürchten sie durch Behinderung freier Diskussion *„eine unsinnige Personalisierung der Diskussion und eine Begünstigung irrationaler Entladungen von aufgestauten politischen Konflikten"* (Lohnmaschine ..., S. 25).

Man kann sicher zu Recht darüber spekulieren (und leider muß man dies, weil die SOST exzellente Meister im Andeuten von Kritiken sind, ohne diese näher zu definieren), daß mit dieser Kritik sowohl der Konflikt im Stahlarbeiterstreik (in dem die Forderung nach Rücktritt des Bezirksleiters Herb und Angriffe gegen IGM-Vorsitzenden Loderer von der Opposition geführt wurden), als auch der in der IG Chemie (Hauenschild-Mafia kontra Plumeyer, Patschkowski etc.) gemeint sind. Die SOST vermeiden es in der Regel, sich konkret zu solchen Konflikten zu äußern, ihre ablehnende Haltung gegenüber den radikalen Teilen der Arbeiter ist allerdings nicht zu übersehen. Appelle an die „Harmonie" im DGB und den „Goodwill" auf beiden Seiten sind angesichts der realen Machtverhältnisse in den einzelnen DGB-Gewerkschaften eher lächerlich. In der Konsequenz würden sie allerdings auf ein Bremsen der innergewerkschaftlichen Opposition hinauslaufen - die SOST-Hinweise auf den Status quo und das „Alltagsbewußtsein" der Massen sprechen dafür.

## „Verschiebung der Mehrheitslinie im DGB"?

Eine *„Verschiebung der Mehrheitslinie"* (9) wollen die SOST bereits auf der DGB-Konferenz 1978 entdeckt haben; sie habe ihren Ausdruck in dem Motto des Gewerkschaftstages, „Auf die eigene Kraft vertrauen", gefunden. Was sie dann allerdings nicht machen, ist die gewerkschaftliche Praxis der Jahre an solchen Phrasen zu messen. Die großen Niederlagen gerade aus dieser Zeit im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung (bis 1984 auf Eis gelegt), im Kampf gegen die Aussperrung, im Kampf um die Mitbestimmung etc., d.h.: die konkreten Erfahrungen mit gewerkschaftlicher Praxis, werden nicht zum Kriterium solcher Einschätzungen gemacht, sondern schlichte programmatische Floskeln, in die zudem Phantasien hineininterpretiert werden. So wird dem DGB-Kongreß 1978 die gewonnene Einsicht angedichtet, *„daß die gewerkschaftlichen Interessenvertreter sich nicht mehr auf die Initiativen anderer sozialer Kräfte - vor allem der Sozialdemokratie - verlassen können und wollen."* Weiter wird festgestellt, *„die alte traditionelle Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie* (werde) *unter der Formel der Rückbesinnung auf die eigene Kraft tendenziell in Frage"* gestellt (9).

Wer die Beweisführung sucht, muß schon auf die Ausführungen zum DGB-Grundsatzprogramm warten. Der Grundsatzprogrammentwurf vom Oktober 1979 - der auf dem DGB-Kongreß 1981 verabschiedet werden soll - sei der Beginn eines *„Prozeß der Neuorientierung im DGB"* (9).

So heißt es: *„Im Unterschied zum 63er Programm, in dem das ‚optimale Wachstum' angestrebt wird, orientiert der Entwurf auf ein qualitatives Wachstum, das der ‚Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Hebung des gesellschaftlichen Wohlstands dient'. Die im 63er Programm unterliegende Vorstellung, allein die Ergebnisse des Wachstums gerechter verteilen zu müssen, wurde fallengelassen. In Ansätzen stehen die Fragen Was, Wie und für Wen produzieren zur Diskussion"* (9). Der hier registrierte *„Bruch mit der Logik der kapitalistischen Entwicklung"* wird wiederum nicht konkretisiert, sondern durch die Wunschbrille der SOST in nichtssagende programmatische Aussagen hineininterpretiert.

Wir allerdings messen diese Aussagen an der konkreten Politik der Gewerkschaften. Im Grundsatzprogramm von 1963 und im vorliegenden Programmentwurf wird gleichermaßen *„von einer grundsätzlich am Wettbewerb orientierten Wirtschaftsordnung"* ausgegangen. Das 63er Programm baute auf den damaligen Erfahrungen des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs auf und verdeutlicht das damalige Konzept sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik: Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am stetigen wirtschaftlichen Wachstum. Diese Beteiligung erfolgte über die gewerkschaftliche Lohnpolitik, die in diesen Jahren relativ erfolgreich war. In dieser Zeit der Partizipation an der kapitalistischen Wachstumswirtschaft wurde das tiefsitzende Bewußtsein der „Sozialpartnerschaft", des „wir sitzen alle in einem Boot" geschaffen und verankert. In dieser Zeit wurde das bis heute übliche Ritual gewerkschaftlicher Lohnkämpfe geboren. Das dahinterstehende Konzept ist uralt und

heute übliche Ritual gewerkschaftlicher Lohnkämpfe geboren. Das dahinterstehende Konzept ist uralt und

wird, seit es den Kapitalismus gibt, von seinen Verteidigern vertreten: zwischen Kapital und Arbeit muß ein Ausgleich der Interessengegensätze hergestellt werden; diese „Harmonie", auch „der soziale Frieden in unserem Land ist gesichert" genannt, soll die Bedingung dafür sein, daß auch für die lohnabhängige Bevölkerung etwas vom großen Kuchen abfallen kann. Für den Sozialisten dürfte klar sein, daß dies nur unter der Bedingung des sich entwickelnden Imperialismus möglich ist: auf der Grundlage der Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Lande, relativer Ruhe im Inneren und der Ausbeutung der Arbeiterklasse in anderen Ländern und der Völker der 3. Welt. Die Voraussetzungen für die Durchsetzung einer hierauf basierenden Gewerkschafts-Politik der „Sozialpartnerschaft" waren in der BRD nahezu ideal. Gewerkschaften in imperialistischen Ländern mit anderer Entwicklungsrichtung, wie beispielsweise Großbritannien, könnten aufgrund der objektiven Bedingungen keine annähernd gleich erfolgreiche Politik betreiben wie dies den DGB-Gewerkschaften in der BRD möglich war. Die Tatsache, daß es dem BRD-Kapital gelungen ist, in der Arbeiterklasse das Bewußtsein - und über lange Zeit auch faktisch durch Verbesserung der materiellen Lage - zu vermitteln, in dieser Gesellschaft sei materielle Not eine Ausnahme, jeder könne Arbeit bekommen, ist eine wichtige Bedingung dafür gewesen, daß sozialistische Vorstellungen von der Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse in der Arbeiterklasse zunehmend weniger Resonanz fanden. Die DGB-Gewerkschaften haben an dieser Entwicklung tatkräftig mitgewirkt und ihre Programme sind hierfür Beleg.

Das neue Grundsatzprogramm in seinem vorliegenden Entwurf trägt den veränderten ökonomischen Bedingungen Rechnung. Die Wachstumswirtschaft als „Quelle des Wohlstands" hat in den 70er Jahren ihre Grenzen erreicht. Profite waren für das Kapital nicht mehr wesentlich über ständig steigende Produktion und entsprechend steigenden Konsum zu realisieren. Seit der Krise 1974/75 hat ein Prozeß wirtschaftlicher Umstrukturierung begonnen, der zu Lasten des Konsums und der sozialen Leistungen geht und der hohe Profite hauptsächlich aus der Herstellung hochwertiger Investitionsgüter zieht. Förderung neuer Technologien, Förderung des Exports und des Kapitalexports gewannen für die Wirtschaft Priorität. Löhne, in den Jahren des ständigen Wirtschaftswachstums durchaus auch als wichtiger Faktor für den Konsum - und damit verstärkter Nachfrage nach produzierten Waren - geschätzt, werden zunehmend zu Kostenfaktoren. Eine Wende in der Lohnpolitik, seit 1973 von den Kapitalisten massiv gefordert, trat mit diesem Umstrukturierungsprozeß ein. Die Gewerkschaften - der kapitalistischen Logik folgend - paßten sich der neuen Entwicklung an. Lohnerhöhungen reduzierten sich auf den Inflationsausgleich. In den Jahren 1976 und in diesem Jahr hat es sogar eine Senkung des Reallohns gegeben.

Die vom DGB im wirtschaftlichen Aufschwung entwickelte Theorie, Lohnerhöhungen würden die Massenkaufkraft erhöhen und damit könnten Konsumenten und Produzenten gleichermaßen davon profitieren, verschwand zunehmend aus seinem gewerkschaftspolitischen Repertoire. Die Kaufkrafttheorie dient heute nur noch der Abwehr als überzogen angesehener Forderungen der Kapitalisten nach Lohnsenkungen.

Die SPD-geführte Bundesregierung hat diese Entwicklung der Wirtschaft durch ihre Politik gefördert (insbesondere über ihr Forschungsprogramm zur Förderung neuer Technologien). Gleichzeitig war sie bemüht, die gröbsten Auswirkungen dieser Politik einzudämmen. Investitionshilfen, Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungsprogramme sowie breitgestreute Subventionen haben auch weniger profitable Wirtschaftszweige am Leben erhalten und der zunehmenden Tendenz der Arbeitsplatzvernichtung teilweise entgegengewirkt. Diese Politik hat zwangsläufig eine höhere Kreditaufnahme und damit eine Steigerung der Staatsverschuldung nach sich gezogen. Die SPD verweist darauf, daß sie so die sozialen Folgen des auch von ihr gewollten Prozesses der wirtschaftlichen Umstrukturierung hat in „Grenzen" halten können (ohne daß damit ein dauerhafter Anstieg der Massenarbeitslosigkeit verhindert werden konnte). Das Kapital fordert jetzt aber einen steigenden Anteil an diesen Geldern für zukunfts(profit-)trächtige Privatinvestitionen, d.h. Begrenzung der Staatsausgaben zu Lasten der Lohnabhängigen.

Der DGB-Grundsatzprogrammentwurf enthält eine Reihe von Forderungen nach Beteiligung an Investitionsentscheidungen, nach Konjunkturhilfen, nach staatlicher Strukturpolitik,

wurf enthält eine Reihe von Forderungen nach Beteiligung an Investitionsentscheidungen, nach Konjunkturhilfen, nach staatlicher Strukturpolitik,

nach Garantie der Vollbeschäftigung etc. Alle diese Forderungen sprengen nicht den Rahmen der bisher schon unterstützten Politik der SPD. Zusätzlich widmet der Programmentwurf mehr Aufmerksamkeit den Verbesserungen der Arbeitsbedingungen („Humanisierung der Arbeit"). D.h., der Programmentwurf hat den veränderten Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung Rechnung getragen.

Statt wie die SOST hier eine „Neuorientierung" zu entdecken, halten wir uns lieber an die DGB-Führer selbst, die mit dem Grundsatzprogrammentwurf ein ausdrückliches Bekenntnis zu diesem Staat verbinden, die formulieren, daß *„die Vorteile des Systems erhalten, die Nachteile und Fehlentwicklungen aber vermieden werden"* müssen. *„Wo immer aber solche Fehlentwicklungen zu erwarten sind, muß aber nach Auffassung des DGB der Staat diesen Fehlentwicklungen entgegenwirken und Wirtschaftsplanung praktizieren"* (Alois Pfeiffer, DGB-Vorstandsmitglied, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik in Gewerkschaftliche Monatshefte, 7/80). Was ist daran neu? Schlimmer noch: Vor dem Hintergrund, daß dieser Staat, auf den der DGB orientiert, sich gerade anschickt, sein neuestes Sparprogramm gegen die Bevölkerung zu realisieren, nimmt sich eine solche gewerkschaftspolitische Orientierung als die vorprogrammierte Niederlage der Gewerkschaften für die achziger Jahre aus.

## SOST kontra „aggressive Lohnpolitik"

In einer *„aggressiven Lohnpolitik"* der Gewerkschaften sehen die SOST eine große Gefahr. Zum einen stellen sie fest, daß eine solche Politik *„den Interessen der arbeitslosen Jugendlichen, den in die Familie zurückgeschobenen Frauen, den steckengebliebenen Auszubildenden u.a. ... wenig oder gar nicht"* hilft (10). Aber es ist darüberhinaus zu befürchten, *„daß es trotz dieses allgemein zunehmenden Drucks auf den Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung einigen Teilen der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten auf Kosten anderer, schwächerer Teile der lohnabhängigen Bevölkerung gelingen wird, ihren Lebensstandard zu halten und weiter zu verbessern"* (5). Lohnpolitik, so die Alternative der SOST, müsse daher mit der Beschäftigung, der Sozial-, Wohnungs- und Bildungspolitik etc. verknüpft werden.

Diese SOST-Position wirft mehrere Fragen auf: Wo wird eine „aggressive Lohnpolitik" registriert, die die zitierten Gefahren real macht? Die aktuelle gewerkschaftliche Lohnpolitik kann da wohl kaum als Beleg herangeführt werden! Zum anderen steht natürlich die Frage, wie denn die Alternative zu einer „aggressiven Lohnpolitik" in dieser Gesellschaft und beim gegebenen Kräfteverhältnis aussehen soll. An anderer Stelle warnen die SOST, wiederum ohne dies zu konkretisieren, vor *„rücksichtslosem Durchsetzen von Sonderinteressen"* (11).

Man muß schon auf die Vorbilder der SOST im Ausland zurückgreifen, um den Sinn solcher vieldeutigen Warnungen zu verstehen. Sie liebäugeln mit einer *„gewerkschaftlich bestimmten und kontrollierten Politik alternativer Austerität"* (8). Zwar ist *„das Wirtschaftssystem der BRD noch keineswegs so geschwächt, daß entweder eine bürgerliche oder eine revolutionäre Austeritätspolitik im Bewußtsein breiter Teile der Bevölkerung als notwendig erscheint"* (3), aber die SOST sehen aufgrund der ökonomischen Entwicklung die Bedingungen hierfür heranreifen. Wenn die SOST auf der einen Seite ihre Verzichtspolitik bereits mit der Forderung verbinden, daß bessergestellte Teile der Arbeiterklasse „Opfer" (das Wort steht auch bei den SOST in „...") zu bringen — und das bedeutet auch eine Schlechterstellung in Kauf zu nehmen — auf der anderen Seite beteuern, es gehe nicht um eine *„generelle Schlechterstellung"*, sondern um eine *„gerechtere Verteilung der Belastungen"* (8), dann muß ein solches alternatives Konzept sich auf seine Realisierung und Konsequenzen hin untersuchen lassen. Erahnen läßt sich im Konkreten nur, daß die SOST sich damit auch gegen fortschrittliche Forderung stellen, wenn sie beispielsweise bei ihren ständigen Warnungen vor dem „Korporativismus" zu der Feststellung kommen, daß Forderungen der Lehrer nach *„Einkommensverbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen keine grundlegenden Verbesserungen bringen"* können für Schüler, Jugendliche und alle vom Bildungssystem erfaßte (3).

Diese Aussage ist zwar richtig, aber folgt daraus, daß Lehrer darauf verzichten sollten? Folgt aus der Feststel-

Diese Aussage ist zwar richtig, aber folgt daraus, daß Lehrer darauf verzichten sollten? Folgt aus der Feststel-

lung, daß Lohnerhöhungen der Beschäftigten nicht die Lage der Nichtbeschäftigten verbessern, daß der Lohn keine oder geringere Bedeutung hat? Drehen wir doch einfach mal die Verhältnisse um: Würde nicht ein freiwilliger Verzicht der Betroffenen allein den Kapitalisten zugute kommen, es sei denn, diese würden freiwillig die Belastung „gerecht" verteilen (was die SOST wohl kaum annehmen), oder aber es gibt eine Instanz, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt. Diese Rolle sollen im SOST-Konzept die DGB-Gewerkschaften übernehmen. Drei Voraussetzungen stimmen dabei nicht:

1. Unterstellen die SOST, daß in einer Klassengesellschaft eine gerechte Verteilung der Lasten möglich ist und ignorieren dabei, daß der Zweck kapitalistischen Unternehmens im Erringen von Profit besteht. Die sich auf den Marxismus berufenden SOST setzen dabei kurzerhand von Marx erkannte Gesetze außer Kraft, indem sie eine Verfügung der Arbeiterklasse über die Produktion des Mehrwerts im Kapitalismus als möglich ansehen.
2. anerkennen sie die vom Kapital diktierte Grenze der Umverteilung, die als gegebene Größe hingenommen wird. Marx hat darauf hingewiesen, daß der Anteil, den die Arbeiterklasse für sich am Mehrwert beanspruchen kann, letztendlich vom Kräfteverhältnis in den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit bestimmt wird.
3. gehen die SOST von einer falschen Einschätzung des DGB und der BRD-Gewerkschaften aus. Ihnen wird allein durch ihre Existenz die Vertretung der Klasseninteressen der Arbeiterklasse zugestanden. Die Weigerung der SOST, DGB-Politik konkret auf ihren Charakter hin zu untersuchen, sondern ihr eine am Schreibtisch entworfene Funktion zuzuweisen, mißachtet, daß die Gewerkschaften in der




BRD eine von ihnen selbst proklamierte staats- und systemerhaltende Funktion einnehmen, die mit Eintritt der SPD in die Regierung sogar zu einer systemtragenden geworden ist.

Das SOST-Modell einer umfassenden Alternative unter der Bedingung der Weiterexistenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist eine weitere Variante reformistischer Modelle der schrittweisen Umwandlung (Zurückdrängung der Macht der Monopole?) dieser Gesellschaft in eine sozialistische. Im Gegensatz etwa zu den Konzepten der Stamokaps oder der DKP baut allerdings das SOST-Modell auf völlig illusionären Vorstellungen auf, da es sich um ein reines Schreibtischmodell handelt, das gar nicht in der Lage sein kann, Einfluß zu gewinnen, da es sich nicht mit realen Machtfaktoren wie etwa den bestehenden Gewerkschaften auseinandersetzt, sondern diese einfach in seine Vorstellungen einpaßt.

Im Gegensatz zu den SOST gehen wir gerade davon aus, daß eine „aggressive" Politik in den Gewerkschaften und eine Orientierung auf klassenkämpferische Vertretung der Arbeiterinteressen (und das nicht nur beschränkt auf die Lohnpolitik), die einzig sinnvolle Alternative in der BRD darstellt. Selbstverständlich spielt dabei die Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften die entscheidende Bedeutung. Wir gehen davon aus, daß die Gewerkschaften, so wie sie real existieren, eher ein Hindernis bei der Verwirklichung einer solchen klassenkämpferischen Linie darstellen. Sie funktionieren systemintegrierend. Eine aktive Gewerkschaftspolitik muß daher diesen Machtblock sprengen. Dies wird sich weder durch ein Gesamtkonzept realisieren lassen, noch durch eine Grundsatzprogrammdiskussion von oben. Vielmehr liegt es gerade an den fortgeschrittensten und kämpferischen Teilen der Arbeiterbewegung, diesen Machtblock aufzubrechen. Das wird zunächst einmal an Einzelfragen der Fall sein und nicht umfassend.

Nehmen wir das Beispiel des Stahlarbeiterstreiks: Im Sinne der SOST

zunächst einmal an Einzelfragen der Fall sein und nicht umfassend.

Nehmen wir das Beispiel des Stahlarbeiterstreiks: Im Sinne der SOST

durchaus als „rücksichtsloses Durchsetzen von Sonderinteressen" interpretierbar. Als die Stahlarbeiter in den Kampf für die 35-Stunden-Woche eintraten, taten sie dies im Bewußtsein, für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen. Sie waren nicht so weitsichtig wie die SOST, dabei auch mit einzubeziehen, ob dieser Kampf auch den „Marginalisierten" nützt — die Frage an die SOST bleibt: Was wäre die Alternative gewesen — außer, auf diesen Kampf zu verzichten? Die Stahlarbeiter handelten auch nicht im Sinne der gesamten Klasse, die weder damals noch heute auf das Ziel Arbeitszeitverkürzung vereinheitlicht ist. Trotzdem hat dieser Kampf wichtige Aspekte gehabt: Er hat die Diskussion um und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung vorangebracht. Man darf hier gerne spekulieren: Was wäre gewesen, wenn dieser Kampf sogar erfolgreich gewesen wäre? Er hätte mit Sicherheit eine Ausstrahlung auf andere Teile der Arbeiterklasse gehabt, er hätte über die Vermittlung von Kampf- und Erfolgserfahrungen eine Stärkung des kämpferischen Potentials bedeutet und er hätte das konkrete Ziel der Verkürzung der Arbeitszeit als Kampfmittel gegen Entlassungen und Rationalisierung, gegen zunehmende Ausbeutung der Arbeitskraft verwirklicht. Damit wäre natürlich nichts gelöst, aber eine Bresche in die Offensive des Kapitals geschlagen. Auf der anderen Seite hat sich gerade in diesem konkreten Kampf gezeigt, daß die Arbeiter sich nicht auf ihre Gewerkschaften verlassen können, sondern daß diese im entscheidenden Moment sogar gegen sie agieren. Dies war die Grundlage für einen tiefen innergewerkschaftlichen Konflikt (SOST: „unsinnige Personalisierung", „irrationale Entladungen"). Erst über

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

solche Konflikte lassen sich unseres Erachtens real Veränderungen erreichen, lassen sich auch in den Gewerkschaften Machtstrukturen verändern, ohne daß wir uns dabei große Illusionen über Gradlinigkeit und Leichtigkeit einer solchen Entwicklung machen.

Die reale Bedeutungslosigkeit der SOST-Position wird sich gerade vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Konflikte erweisen. Die anlaufende neue Welle von Einsparungen und Sozialabbau seitens der herrschenden Klasse wird unvermeidlich Konflikte solcher Art produzieren, vor denen die SOST warnen (zu ,,aggressiv"). Die Gewerkschaften werden dabei zunehmend in schwierige Situationen geraten, sich auf der einen Seite als Interessenvertretung zu beweisen und auf der anderen Seite ihre Bindung an dieses System durch Begrenzung der Konflikte zu realisieren. Sozialisten wären töricht, wenn sie in dieser Konstellation nur Gefahren heraufbeschwören, statt die Chancen zu erkennen, die hieraus resultierenden Konflikte zum Gegenstand von Auseinandersetzungen um Alternativen zur herrschenden sozialdemokratischen Politik in der Arbeiterbewegung zu machen. Dies ist der einzige ,,Automatismus", den wir akzeptieren. Damit ist überhaupt nichts über die Entwicklungsrichtung ausgesagt, die diese unvermeidlichen sozialen Konflikte politisch nehmen werden. Allerdings wird eine ganze Menge davon abhängen, wie weit die Linke ihre Positionen gegenüber den fortschrittlichen Teilen der Arbeiterklasse ausgebaut hat und in einen Diskussions- und Zusammenarbeitsprozeß mit diesen eintritt.

Derzeit ist bei Teilen der Linken eher zu befürchten, daß sie auf Alternativen à la SOST (inklusive ihrer Verzichtspolitik) oder ökologischer Strömungen abflippen. Der kurze Atem der westdeutschen Linken, ihr Bemühen, die Fehler der ,,ML"-Bewegung zu verarbeiten, hat eher den Charakter, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Die Sozialistische Konferenz muß sich dieser Kontroverse annehmen. Droht eine Renaissance des Reformismus vor dem Hintergrund von Resignation und Kurzatmigkeit?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

nation und Kurzatmigkeit?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

(1) Redaktioneller Vorspann in „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus" — im folgenden „Sozialismus" — Nr.5/80

(2) Stellungnahme zur Bundestagswahl, „Sozialismus", 5/80

(3) Korporativismus und sozialdemokratische Hegemonie, VSA 1980

(4) Strukturpolitik als Ausweg aus der Krise? Beitrag der SOST in „Hefte für Demokratie und Sozialismus", 4-5/80

(5) Sozialistische Politik im Sozialstaat. „Sozialismus", 3/80

(6) Lohnmaschine DGB? ,,Sozialismus"—Extra, 1980

(7) Alle nicht näher gekennzeichneten Zitate in diesem Abschnitt aus: Korporativismus...(siehe Anm.(3))

(8) Gewerkschaftliche Politik in Italien. „Sozialismus", 4/80

(9) Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik — Programmatische Leitsätze und Kapitalismusanalyse der Linkssozialisten in der BRD, VSA 1980

(10) Diskussionspapier der SOST für die Hamburger Vorbereitungsgruppe zur 2. Sozialistischen Konferenz zur Gewerkschaftsfrage, Sommer 1980

(11) Streitgespräch mit Ernest Mandel, „Sozialismus", 4/80

(12) „Die Gewerkschaftsfrage", ,,Sozialismus" 5/80

**Anmerkungen:**

**Aktuelle Literatur zur Diskussion der Gewerkschaftsfrage auf der Sozialistischen Konferenz:**

* Lohnmaschine DGB? „Sozialismus" — Extra. Die geeignetste Fassung, sich in die Positionen der SOST einzulesen
* Linksentwicklung im DGB? von Rainer Trampert, Z-Extra
* Diskussion um das DGB-Grundsatzprogramm in „Hefte für Demokratie und Sozialismus" Nr.4-5/80
* Beiträge zur Hamburger Gewerkschaftsdiskussion in „Rundbrief 2 zur Sozialistischen Konferenz"
* „Stand und Entwicklung der Arbeiterbewegung" in „Arbeitsmaterial '80" der Kommission Betrieb & Gewerkschaft des KB
* Thesen zur Entwicklung des DGB von R. aus Hamburg in AK 185

# Zur Europa-Koordinierung

Vor genau zwei Jahren, anläßlich der Wahlen zum Europa-Parlament, konstituierte sich die Europa-Koordinierung, bestehend aus verschiedenen westeuropäischen revolutionären Organisationen. Während dieser Zeit fanden zahlreiche Treffen statt wie zum Beispiel zur Situation der Frauen in linken Organisationen, zur Gewerkschaftsarbeit und zur Krise innerhalb der westeuropäischen Linken.

Ziel dieser Treffen ist:

,,*1. Die Organisierung theoretischer Debatten und Diskussionen über Fragen von allgemeiner Bedeutung für die revolutionären Kräfte...*

*2. Die Schaffung von Voraussetzungen für ein besseres gegenseitiges Kennenlernen der verschiedenen Organisationen über die Organisierung des Erfahrungsaustausches, von praktischer Zusammenarbeit und aktueller Solidarität in verschiedenen Aktivitäts-Bereichen,*

*3. Die Ermöglichung ... gemeinsamer konkreter Initiativen auf internationaler Ebene. Die Grundlage solcher Aktivitäten ist der Konsens zwischen den Mitglieds-Organisationen der Koordinierung, wobei von Fall zu Fall andere Kräfte, wie bereits geschehen, miteinbezogen werden können.*"

(Dokument der Europa-Koordinierung vom Mai 1980).

Um über die weitere Arbeit zu beraten, trafen sich am 8./9.11. in Kopenhagen Sinn Fein (Irland), OCT (Frankreich), MC (Spanien), Big Flame (England), VS (Dänemark), FS (ebenso), SU (Norwegen) und PLS (Belgien) sowie der KB.

DP (Italien) war leider verhindert. Diskutiert wurden die Bedingungen für ein effektiveres Funktionieren der Europa-Koordinierung sowie die Schwerpunkte der nächsten Treffen. Alle anwesenden Organisationen waren sich einig, den bisher noch ungleichmäßigen Veröffentlichungsaustausch zu verstärken. Beschlossen wurde die Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden internen Informationsbulletins.

Angesichts der Vermehrung faschistischer Aktivitäten, ob in Belgien, Italien, Frankreich, England oder der BRD und der internationalen Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Nazibanden wurde beschlossen, speziell auf diesem Gebiet die Zusammenarbeit zu forcieren. Ziel wäre dabei die Schaffung einer regelrechten Arbeitsgruppe. Ein erstes Treffen, um den Materialaustausch sowie die Beratung über die Arbeitsschwerpunkte zu initiieren, soll recht bald stattfinden. Darüber hinaus soll das Thema des nächsten regulären Treffens der Koordinierung die Frage des Faschismus und des Rassismus behandeln (findet im Februar statt).

Weitere Treffen im nächsten Jahr sind geplant zu:

— Frauenfrage (dieses Treffen soll logischerweise von den Genossinnen der verschiedenen Organisationen ausgerichtet werden; es versteht sich von selbst, daß es sich um eine Frauenversammlung handelt);
— Neue Technologie,
— NATO, starker Staat, bzw. Rechtsstaat.

Weiterhin soll auf dem Februar-Treffen das Selbstverständnis der Koordinierung in einer neuen Plattform festgehalten werden.

Im folgenden drucken wir eine Erklärung zur Kriegsgefahr der Europa-Koordinierung ab:

,,*Die gegenwärtige internationale Situation ist durch ein Anwachsen der Spannungen charakterisiert. Der neue Kalte Krieg zieht seine Ursachen aus der Krise des internationalen imperialistischen Systems. Er ist allerdings auch nicht nur ein konjunktur-gebundenes Phänomen. Er begann auch nicht erst mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan und hat durch das jüngste Scheitern des US-Unternehmens im Iran keineswegs an Bedeutung verloren. Wir sind heute mit einem Klima konfrontiert, wo eine globale Konfrontation wieder möglich ist. Die Propaganda dazu stützt sich auf eine angebliche sowjetische militärische Überlegenheit. Sie dient der Legitimierung der Aufrüstung, dem Militarismus, der verstärkten 'Verpolizeilichung' der Gesellschaft sowie der Vollendung eines ideologischen Konsens auf der Basis der Interessen der herrschenden Klasse, um imperialistische Aggressionen zu rechtfertigen.*

*Die aktuelle Spannungssituation ist Produkt der Krise des imperialistischen Herrschaftssystems (insbesondere der amerikanischen Führungsrolle), ein System, das erschüttert worden ist durch die Erfolge der nationalen Befreiungskämpfe in Ländern der sogenannten 'Dritten Welt', durch das Anwachsen der Klassenkämpfe in den imperialistischen Metropolen, und das heute von einer weltweiten ökonomischen Krise gekennzeichnet ist. Diese resultiert aus dem Wirtschaftskrieg zwischen den verschiedenen Mächten (Japan, Europa, USA) und den Widersprüchen innerhalb der internationalen Arbeitsteilung.*

*Nichtsdestoweniger ist es den imperialistischen Bourgeoisien in den letzten Jahren gelungen, in gewissem Maße ihre Macht zu stabilisieren, indem sie den reaktionären Charakter ihrer Herrschaft verstärkt haben, in der Entwicklung eines aggressiveren Kurses und in der Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse.*

*Auf der anderen Seite erfährt auch das im sowjetischen Lager existierende Herrschaftssystem eine soziale, ökonomische und politische Krise (die durch die Rückwirkungen der Krise des imperialistischen Systems verschärft wird). Dies begünstigt aggressive und militärische Tendenzen innerhalb dieses Systems.*

*Die Materialisierung sozialistischer Alternativen gegenüber der imperialistischen Barbarei erscheint heute für viele weniger glaubwürdig aufgrund der ideologischen Offensive der Bourgeoisie und der Krise der sogenannten 'sozialistischen Modelle'.*

*Diese Situation erschwert denen die Aufgabe, die gegen Kriegsgefahr, kapitalistische Ausbeutung und imperialistische Herrschaft kämpfen — das gilt besonders für uns als Revolutionäre in Westeuropa. Angesichts der heutigen Pressionen ist die Gefahr einer Abkehr von diesem Kampf groß, um die Reihen der Bourgeosie zu verstärken im Namen der Bekämpfung der sogenannten 'sowjetischen Bedrohung'. Wir müssen uns gleichzeitig bewußt sein über die umgekehrte Gefahr einer — ohnehin kritischen — Unterstützung des sowjetischen Blocks. Ebenso müssen wir uns über die Gefahr klar sein, die Problematik der internationalen Situation (heute) aufgrund von Ignoranz zu verkennen.*

*Im Gegenteil müssen die Revolutionäre die Notwendigkeit des Kampfes gegen den westlichen Imperialismus, und dabei insbesondere gegen den US-Imperialismus, der nach wie vor die Hauptgefahr für die Massen ist, betonen sowie die Notwendigkeit des Kampfes gegen ihre jeweiligen Bourgeoisien. Das bedeutet Kampf gegen die NATO, Kampf gegen die Stationierung von Cruise Missiles in Europa, gegen die europäische Militarisierung, gegen die Entwicklung von ziviler und militärischer Atomenergie, gegen die Ideologie der 'nationalen Sicherheit', die Ideologie des Rassismus und der Verteidigung des 'freien Westens', gegen die Unterstützung reaktionärer Regimes wie in der Türkei, gegen die Aggressionspolitik gegen die europäischen Völker wie in Irland und alle Völker der Welt (zum Beispiel die französische Intervention in Afrika) und allgemein gegen die Kriegspropaganda und -politik von Carter (Reagan) und seiner Verbündeten (zum Beispiel gegen Iran). Dieser Kampf schließt die Unterstützung der demokratischen, nationalen und sozialen Forderungen der Völker Osteuropas und die Solidarität für diejenigen, die sie verteidigen, ein. Insbesondere solidarisieren wir uns mit dem Kampf der Arbeiterklasse dieser Länder, verurteilen sowjetische Aktionen wie den Einmarsch in Afghanistan, und fordern die Beendigung aller Aggressionen gegen das eritreische Volk.*"

Frankreich-Kommission

Krisendebatte in der DKP? H.-J. Klein: »Ich habe

# Krisendebatte in der DKP?

Uwe Knickrehm, Chef der DKP-Studentenorganisation MSB-Spartakus, befaßt sich in der MSB-Zeitschrift ,,Rote Blätter" (Nr. 11/80) mit dem für die DKP äußerst kläglichen Wahlergebnis (die Zweitstimmenzahl der DKP sank bei dieser Bundestagswahl im Vergleich zu 1976 um 50000 auf 72000 Stimmen, von 0,3 auf 0,2 Prozent).

Nach dem Wahlausgang, den Knickrehm als ,,bitter" für die DKP einschätzt, bestehe ,,*die Gefahr, daß auch bei Anhängern und Mitgliedern der DKP Fragen nach dem Sinn der Kandidatur auftauchen*". Denn schon bei dieser Wahl hätten manche Anhänger, ,,*evt. sogar manches Mitglied der DKP*", SPD gewählt. Dennoch hält Knickrehm die Kandidatur der DKP für richtig — anderenfalls hätte sich Helmut Schmidt ,,*gleichzeitig als ,Mann der Mitte' und als ,Links außen' ausgeben*" können — eine wirklich kuriose These!

Im Gegensatz zum Präsidium der DKP, das den Wahlausgang mit der bekannten Selbstgefälligkeit dieser Partei kommentierte, schlägt Knickrehm ungewohnt selbstkritische Töne an. Die DKP habe sich zwar als ,,*linke und sozialistische Alternative zu profilieren gesucht*", aber, so meint Knickrehm, ,,*dazu, was der Sozialismus für unser Land, die Bundesrepublik, bedeuten würde, was konkret anders und besser wäre, ist m.E. zu wenig gesagt worden*". Ansätze zur ,Sozialismuspropaganda' hätte es genug gegeben, z.B. die Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung, die Gewerkschaftstage, die Politik der Ölmultis etc.

Die Forderung nach ,verstärkter Sozialismus-Propaganda' ist in der DKP freilich nicht neu. Willi Gerns, einer der Chef-Ideologen der DKP und Mitglied ihres Präsidiums, machte sich bereits vor 4 Jahren dafür stark (vgl. W.Gerns, Krise der bürgerlichen Ideologie und der ideologische Kampf in der BRD, Berlin/DDR, 1976, S.16ff).

N e u ist allerdings die Begründung dieser Forderung. So meint Knickrehm: ,,*Verständliche Sozialismuspropaganda ist auch deswegen nötig, weil durch die wachsenden Schwierigkeiten, kleine Erfolge zu erzielen, mehr Motivation für den politischen Kampf — auch für das Wahlverhalten — aus dem ,Grundsätzlichen' heraus erforderlich ist . . .*"

Bislang stemmte sich die DKP vehement gegen die Einsicht, daß es in der BRD wachsende Schwierigkeiten für die Linke gibt, konkrete Erfolge zu erzielen; stattdessen behauptete sie, eine Krise der Linken gebe es nicht, sondern nur eine Krise ,,linkssektiererischer" Organisationen wie des KB. Die Äußerung Knickrehms kann darüberhinaus als unfreiwilliges Eingeständnis des völligen Bankrotts der jahrelangen DKP-Dauerlutscher-Kampagnen a la ,,Aktion Preisstopp" angesehen werden. — Mit verstärkter ,Sozialismus-Propaganda" von Seiten der DKP kann nur eine verstärkte Propaganda für den ,,realen Sozialismus" der RGW-Länder gemeint sein. Wir würden es durchaus begrüßen, wenn die DKP zukünftig das Schwergewicht ihrer Propaganda darauf legen würde zu erklären, wie es im ,,realen Sozialismus" konkret aussieht, in Bezug auf das Streikrecht, Meinungsfreiheit, Atomkraftwerke usw. Ob sich dadurch allerdings das magere Stimmenaufgebot der ,,einzigen Partei der Arbeiterklasse" über den Null-Komma-Schrumpf-Bereich hinaus erweitern ließe, wagen wir zu bezweifeln.

### Knickrehm gegen Sektierertum der DKP?

Der Mangel an ,Sozialismuspropaganda' ist nicht der einzige Kritikpunkt Knickrehms. Er wirft darüberhinaus einige interessante Fragen zur Bündnispolitik der DKP auf. So fragt er, ob die Mitglieder der DKP ,,*in den Anti-Strauß-Bewegungen immer mit dem erkennbaren überparteilichen Engagement, das hier erforderlich war, aufgetreten*" und ob sie ,,*ohne Berührungsangst an wichtige außerparlamentarische Bewegungen, wie etwa die Frauenbewegung, herangegangen seien.*"

Das Wahlergebnis und die jedem MSB'ler ,,*aus eigener Erfahrung bekannten Schwierigkeiten, sich hier eine richtige, von Sektierertum freie Praxis zu erarbeiten, verweisen darauf, daß es hier noch viel zu tun gibt*". Diese Kritik müßte in der Konsequenz darauf hinauslaufen, die gesamte seit der Gründung der DKP vor 12 Jahren betriebene Abgrenzungs- und Abschottungs-Politik gegenüber ,,Maoisten", ,,Spontaneisten", ,,Trotzkisten" etc. (These 41) zu Grabe zu tragen. Daß sich die DKP dazu wird durchringen können, ist allerdings schwer vorstellbar.

U., RGW-Kommission

# H.-J. Klein: »Ich habe mehr erreicht als das BKA«

**„Zerfällt die RAF ?"** fragte der „Spiegel" am 3.11. — offensichtlich mit dem Interesse, genau diesen Eindruck zu erwecken. Und weil die F a k t e n für die Zerfalls-Prognose herzlich wenig hergeben, wird hilfsweise wieder einmal der Berufs-„Aussteiger" H.J.Klein vorgeführt, der sich 1976 öffentlich vom Terrorismus distanzierte und seither sein Leben als freier Mitarbeiter des BKA fristet.

Das Interview im „Spiegel" benutzt Klein dementsprechend dazu, den Nutzen seiner Person für die Polizeistrategie anzupreisen. Seine Motto: **„Die Gruppen können nur von i n n e n zerbrechen, die Polizei wird das mit i h r e n Mitteln nie schaffen"**. Von den traditionellen Methoden staatlicher Terroristen-Bekämpfung halte er wenig. „*Viel wichtiger ist, daß sich die Guerilla inzwischen immer mehr von innen zersetzt*". Dazu möchte er gern weiter beitragen und schätzt seinen bisherigen Beitrag recht selbstbewußt ein: Mit seinen Aufrufen zum ,,Aussteigen" habe er „*mehr erreicht als das BKA mit seinen hundert Millionen Mark*".„*Ein paar Tausend Mark*" hat er — dessen e i g e n e Existenzquellen nebulös sind — persönlich investiert, um anderen „Aussteigern" weiterzuhelfen. — Unzufrieden ist er, daß die westdeutsche Linke keine Kampagne zur Unterstützung der Polizeistrategie in Gang bringen kann oder will. Besser läuft es in Italien, meint Klein: Dort haben in Rom 8 ooo Menschen „*gegen den Terrorismus*" demonstriert — wovon BKA-Herold ja nur träumen kann — und Klein durfte eine Grußadresse verfassen. Wie schön. Und die Ergebnisse können sich sehen lassen, meint Klein: Bei der Terrorgruppe „Prima Linea" habe es „*fast schon so etwas wie Massenaustritte gegeben. Rund 8o Mann sind da ausgestiegen. Der Haufen existiert praktisch überhaupt nicht mehr*". Da freut sich der Klein. Genau genommen ist die „Prima Linea" zwar gar nicht durch „Massena u s t r i t t e, sondern durch Massenv e r h a f t u n g e n (dutzendweise !) zerschlagen worden, und die Massenverhaftungen waren in erster Linie Produkt von V e r r a t — aber was macht das schon ?! . . . Man weiß ja: Klein ist kein Verräter. Das sagt er jedesmal, wenn er sich als ,,Aussteiger" vorführen läßt. Logisch, daß er darauf Wert legt: **„Ich will meine Glaubwürdigkeit behalten. Nur so kann ich was bewirken"**. Freilich, was Klein da „bewirken" will, entspricht genau der Polizeistrategie. Dabei ist Klein gar keine A l t e r n a t i v e zu herkömmlichen Polizeimethoden (auch wenn er sich selbst gern so anpreist), sondern nur eine willkommende E r g ä n z u n g. Daß Klein behauptet, mehr erreicht zu haben als das BKA, ist allenfalls Größenwahn. Denn gelegentliche Erschießung von Terroristen, langjährige Haftstrafen, HS-Trakt usw. sind selbstverständlich e b e n s o Teil der Polizeistrategie zur „Demoralisierung" und ,,Zersetzung" der Gruppen wie das Gelaber von Klein.

## Arbeitskonferenz der Komitees für Demokratie und Sozialismus

# „Mit überlieferten Gedanken brechen!"

**Unter diesem Motto stand eine Veranstaltung am Vorabend der Arbeitskonferenz der KDS (Komitees für Demokratie und Sozialismus) am 1. und 2. November in Bremen. Damit ist auch ziemlich genau der Kurswechsel umrissen, den die KDS mit dieser Tagung einleiteten.**

**Hauptgegenstand der Konferenz, an der etwa 100 Mitglieder der KDS sowie als Gäste die Gruppe „Z", die SOST, die GIM und der KB teilnahmen – die „99iger-Gruppe" der ehemaligen „KPD" war zwar eingeladen, aber nicht erschienen – war die Diskussion des in den „Heften" Nr. 4/5 (Zeitschrift der KDS) veröffentlichten Berichts von Willfried Maier an die Versammlung. Die folgende Darstellung stützt sich im wesentlichen auf dieses Dokument, unter Anfügung weitergehender Diskussionsbeiträge von seiten der Mitglieder der „Hefte"-Redaktion.**

Ausgangspunkt der gegenwärtigen Diskussion ist die Feststellung des Scheiterns ausnahmslos *„aller Organisationen, die am Ausgang der Studentenbewegung gegründet wurden mit der Absicht, die kommunistische Partei aufzubauen"* (Kommitee-Flugblatt). Die Ursache der *„tiefen Krise, in der die sozialistisch-kommunistische Bewegung steckt"*, wird dabei nicht in *„diesem oder jenem taktischen Fehler, einer sektiererischen Aktionseinheitspolitik, dem Konkurrenzkampf der Grüppchen usw."* gesehen, sondern in den fehlerhaften theoretischen Grundlagen („Hefte", S. 50). Diese These hatte bisher in der Schärfe hauptsächlich Ralf Fücks vertreten, der in der Übernahme der Positionen der *„vollständig gescheiterten"* III. Internationale durch die ML-Gruppen die wesentliche Krisenursache und in der „hilflosen Verteidigung" dieser *„Sammlung von Prinzipien"* – etwa durch den KB – ein entscheidendes Hindernis für den Durchbruch zu den neuen Ufern einer sozialistisch-kommunistischen Sammlungsbewegung sieht und dabei so weit ging, kommunistischen Organisationen ihre Existenzberechtigung abzusprechen. Die Arbeitskonferenz machte deutlich, daß die Abnabelung von den Traditionen des KBW zugleich mit der Gefahr verbunden ist, das Kind (die Grundlagen des Marxismus-Leninismus) mit dem Bade (der notwendigen konkreten Kritik der Politik der ML-Gruppen) auszuschütten. So wird auch reichlich undifferenziert mit der Kritik des KBW-Programms gleich die gesamte „ML-Bewegung" – einschließlich des KB – mitabgefertigt. Charakteristisch ist

gramms gleich die gesamte „ML-Bewegung" – einschließlich des KB – mitabgefertigt. Charakteristisch ist

dabei, daß nicht einmal der Versuch gemacht wird, die unterschiedlichen Ansätze der kommunistischen Zirkel zu untersuchen. Z.B. sind die KDS in ihrer Kritik am KB oft bei 1972 stehengeblieben.

### Neue Auffassungen über den Imperialismus

Das KBW-Programm versucht in allgemeiner Weise ausgehend von der Schilderung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sowie der Grundzüge ihrer gegenwärtigen imperialistischen Gestalt die Aktualität der sozialistischen Revolution nachzuweisen. W. Maier kritisiert dieses Verfahren vollständig richtig, indem er darauf hinweist, daß man sich schon auf die Analyse der *„konkret-historischen Umstände, in denen man sich bewegt"*, einlassen muß, will man *„den Beweis über die Entwicklung in näherer Zukunft führen"*. Über die Aktualität der sozialistischen Revolution kann nur dann diskutiert werden, wenn die Umstände analysiert sind, die *„in einem bestimmten Land und in einer bestimmten Weltsituation die allgemeinen Tendenzen modifizieren"* (S. 51). Das ist nun alles so neu nicht – in der Auseinandersetzung um das KBW-Programm vor 8 Jahren hat der AK diese Argumentation gegen Willfried Maier selbst ins Feld geführt. Um diese „modifizierenden Umstände" geht es ihm im wesentlichen: Die gesamte Kapitalismuskritik des KBW (und mitgedacht aller ML-Organisationen) ist für ihn vor allem deshalb falsch, weil sie die *„durch die Bewegung des Kapitals selbst notwendig hervorgerufenen Gegentendenzen"* vollkommen vernachlässige. Er meint damit die vor allem durch die Kämpfe der Arbeiterbewegung erzwungenen, z.T. aber auch durch die Kapitalistenklasse im Interesse der Systemsicherung über den Staat vermittelten Eingriffe in den spontanen Verlauf der kapitalistischen Entwicklung: *„Begrenzung des Normalarbeitstages, Sozialversicherungen, das Versammlungsrecht im Betrieb, das Recht, Betriebsräte zu wählen, die allgemeine Schulausbildung, gewerkschaftliche und politische Rechte, der historisch durchgesetzte Wert der Arbeitskraft"* sind die Stichworte (S. 58). Deshalb könne nicht – wie vom KBW vorexerziert – eine behauptete dauernde Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen als Begründung für die Notwendigkeit sozialistischer Umgestaltungen herangezogen werden. **Diese ergäbe sich im Gegenteil vielmehr aus der Notwendigkeit der Verteidigung des Erreichten:** *„Der Kampf für den Sozialismus kann nur von diesen schwer errungenen Positionen aus stattfinden, durch ihren Ausbau und ihre Erweiterung hindurch"* (S.58). Mehr noch: die oben genannten „Errungenschaften" müssen als *„im Schoß der alten gebildete Elemente der neuen Gesellschaft"* begriffen werden, deren Freisetzung den hauptsächlichen Anknüpfungspunkt sozialistischer Politik darstellte, schlußfolgerte W. Maier, denn es handele sich ja dabei um nichts Anderes als die Verkörperung der Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterbewegung, wenn auch in verzerrter und verkrüppelter Form.

Entsprechend verfehlt gilt W. Maier die KBW-Rezeption der Lenin'schen Imperialismus-Theorie. Weder von der Unvermeidlichkeit imperia-

er die KBW-Rezeption der Lenin'schen Imperialismus-Theorie. Weder von der Unvermeidlichkeit imperia-

listischer Kriege noch von der schwindenden Fähigkeit zur Entwicklung der Produktivkräfte noch dem Anwachsen des Staatsapparats und damit der Unterdrückung könne ohne weiteres die Rede sein, auch hier müßten die entsprechenden Gegentendenzen berücksichtigt werden.

Gerade diese Gegentendenzen sind es aber wiederum Maier zufolge, die die eigentlichen Antriebe für den sozialistischen Kampf hervorrufen:
– **Nicht die Hemmung, sondern die schrankenlose Entwicklung der Produktivkräfte sei charakteristisch für den Imperialismus.** Mit dem wachsenden Reichtum der Gesellschaft seien in der Arbeiterbewegung *„auch neue Ansprüche hervorgerufen worden, die auf Erfüllung drängen"* (S. 53).
– **Von einer wachsenden Bedeutung des staatlichen Unterdrückungsapparats könne keine Rede sein.** Er sei zwar noch „Kern" des Staatsapparates, aber *„wachsendes Gewicht gewinnen gerade die Bereiche der Staatstätigkeit, die aus veränderten ökonomischen Reproduktionsbedürfnissen des Kapitals und des Arbeiters entspringen"* (S. 53), beispielsweise die Organisierung der allgemeinen Schulbildung.

Für die nächste Ausgabe der „Hefte" ist eine Auseinandersetzung mit der „Staatstheorie der ML-Bewegung" angekündigt, von der man sich eine Konkretisierung dieser „neuen" Theorie erwarten darf.

Nun ist es sicherlich berechtigt und notwendig, angesichts der Entwicklung seit der Oktoberrevolution die These vom Imperialismus als „Vorabend der sozialistischen Revolution" daraufhin abzuklopfen, was sie zur Erklärung der aktuellen Situation taugt. Dies gilt gerade angesichts des Unfugs, der damit von verschiedenen „ML-Gruppen" getrieben worden ist, wenn auch hinzugefügt werden muß, daß von einer ständigen Verschärfung der Widersprüche und einem daher ständig wachsenden Druck in Richtung Revolution nur vom KBW, sonst von keinem ernstzunehmenden Menschen, geredet worden ist.

Nur eine auf den Augenblick und den Augenschein verengte Blickweise kann darüber hinwegsehen lassen,
– daß sich die These von der verstärkten Aggressivität des Imperialismus nach außen und seiner Tendenz zur Reaktion nach innen gerade in Deutschland dramatisch bestätigt hat und droht, sich ein weiteres Mal zu bestätigen;
– daß der relative Wohlstand der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern auf der extremen Ausplünderung der unterentwickelt gehaltenen Länder beruht und in dem Maße gefährdet ist, in dem der ungehinderte Zugriff des Imperialismus auf diese Länder eingeschränkt wird;
– daß Rüstungsproduktion und Krieg nach wie vor eine ungeheure Vergeudung und Vernichtung von Produktivkräften darstellen. Lenins Kennzeichnung des reaktionären Wesens des Imperialismus und der drohenden Perspektive eines *„jahrzehntelangen bewaffneten Kampfes der Großmächte um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder Art von nationaler Unterdrückung"* (LW Bd. 21, S.302) ist sicherlich gerade n i c h t durch den Hinweis auf den relativen Wohlstand der Arbeiter in den imperialistischen Metropolen zu widerlegen.

### Neubewertung des Reformismus

Auch in diesem Punkt hat W. Maiers Kritik an den KBW-Positionen eine doppelte Bedeutung. So richtig es ausgewiesenermaßen ist, Auffassungen zu kritisieren, die den Reformismus ausschließlich aus dem Interesse der Kapitalisten an der Desorientierung der „an sich revolutionären" Arbeitermassen erklären und darauf eine entsprechende „Agenten"-Agitation aufbauen, so fragwürdig wird die Argumentation dann, wenn der Reformismus allein als *„zwar inkonsequenter und widersprüchlicher Ausdruck der Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Klasse"* gefaßt wird. Eine derartige These erscheint wenig realitätstüchtig, konfrontiert man sie mit der Tatsache, daß „der Reformismus" hier von der SPD organisiert wird – ein Umstand, der von den Thesen selbst gar nicht angesprochen wird, in der Diskussion über die Neubestimmung sozialistischer Strategie allerdings dann eine wesentliche Rolle spielte. Dort wurde nämlich bruchlos von dieser allgemeinen Reformismus-Definition (*„bürgerlicher Form der Vertretung von Arbeiterinteressen"*) zu entsprechenden Ableitungen für die zukünftige Politik gegenüber der SPD übergegangen. Ralf Fücks steuerte der Reformismus-Diskussion die These bei, daß von einer „Arbeiteraristokratie" als sozialer Basis des Reformismus nicht gesprochen werden könne, eine systematische Bezahlung eines Teils der Arbeiter über den Wert ihrer Arbeitskraft hinaus sei empirisch nicht nachzuweisen. Damit wird der ökonomische Kern der Leninschen Auffassung des Reformismusproblems verworfen, der davon ausging, daß *„jede imperialistische Großmacht kleinere* (als in England 1848-1868 – hier war es aufgrund des englischen Kolonialmonopols möglich gewesen, die gesamte Arbeiterbewegung eine Zeitlang zu korrumpieren, d. Verf.) *Schichten der Arbeiteraristokratie"* (LW Bd. 23, S.113) zu bestechen in der Lage ist.

Offen bleibt, ob Fücks auch die politische Korrumpierung eines Teils der Arbeiter über einträgliche Posten in den politischen Institutionen und Apparaten, die Herausbildung einer „Arbeiterbürokratie" als Teil der Klassenbasis des Opportunismus bestreitet. **Politisch gibt die Neubetrachtung des Reformismus nur einen Sinn, wenn man auf eine neue Politik gegenüber dem reformistischen Lager, speziell der SPD, hinauswill und dies nur dadurch möglich scheint, daß die SPD-Führung nicht mehr als jenseits der Klassenbarikade stehend angesehen wird.**

Einige Diskussionsbeiträge auf der Konferenz ließen sich nicht anders interpretieren – etwa wenn W. Maier auf *„zu scharfe Kritik an der SPD-Spitze"* verzichten will, um besser an die SPD-nahen Arbeiter heranzukommen: **„Im Kampf gegen die Kapitalistenklasse muß die Scheidelinie rechts von der SPD gezogen werden"!**

Diese „neue" Position ist die alte der DKP, die schon immer versucht hat, durch Abschwächung der Kritik an der SPD-Führung und der Gewerkschaftsführung an die Mitglieder dieser Organisationen heranzukommen. Fast paradox erscheint es jedoch, daß diese „Neu"betrachtung der SPD zu einem Zeitpunkt einsetzt, da die SPD-Führung immer deutlicher erkennen läßt, daß die Verteidigung der freien Marktwirtschaft ihr oberstes Ziel ist.

### Das Programm der Sozialisten

Seine 6 Thesen im Rahmen des Rechenschaftsberichts will W. Maier als Beitrag für die anzukurbelnde „gesamtsozialistische Programm-Diskussion" verstanden wissen. In Abgrenzung zu bisherigen Programmen dürfe sich diesmal nicht auf die Aufzählung von Arbeiterschutzforderungen und Forderungen nach demokratischen Rechten beschränkt werden, sondern *„man wird sich einlassen müssen auf das Feld der Wirtschaftspolitik, auf dem sich bisher nur die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie bewegen und auf diesem Feld die Notwendigkeit von bestimmten Eingriffen in das Privateigentum plausibel machen müssen. Eingriffe, die notwendig unzulänglich bleiben und bloßen Durchgangscharakter haben können, über die aber doch der Angriff auf das Privateigentum in Gang kommen kann"* (S. 55). Eine schnel-

*können, über die aber doch der Angriff auf das Privateigentum in Gang kommen kann"* (S. 55). Eine schnel-

le Loslösung der Arbeiter aus dem „Stabilitätsblock" um die SPD sei allerdings nicht zu erwarten.

W. Maier entwickelte dann, anknüpfend an die schon oben erwähnte Kritik an der These von der zunehmenden Bedeutung des Unterdrükkungsapparates, Ansatzpunkte für eine Strategie gegenüber dem Staat, die eine nur „abstrakte Stellung der Machtfrage" überwinden soll. Denn mit der zunehmenden Bedeutung der Staatseingriffe in die Reproduktionsbedingungen wachse auch die Bedeutung der Kämpfe in diesen Bereichen – etwa in der Auseinandersetzung über die Gestaltung des Schulwesens. In diese Kämpfe mit der Forderung nach Selbstverwaltung einzugreifen und sie bis zum „qualitativen Bruch" weiterzutreiben, sei Aufgabe der Sozialisten. Das gelte sogar für die staatlichen Sektoren, die direkt Unterdrückungsfunktionen wahrnehmen, womit die Möglichkeit der Paralysierung dieser Apparate entstünde.

Insgesamt kann – so wieder W. Maier – diese Strategie *„nicht an der SPD vorbei entwickelt werden"*, sondern es muß versucht werden, auf den „Stabilitätsblock" um die SPD einzuwirken. Das soll in der Form einer aufzubauenden Sozialistischen Partei und des Versuchs der Parlamentsbeteiligung mit entsprechendem „Koalitionsdruck" auf die SPD geschehen. Über diese konkrete Frage wurde jedoch auf der Konferenz nicht diskutiert.

### Die Sozialismusvorstellungen

Die Thesen 4 und 5 beinhalten eine scharfe Kritik der „ML-Vorstellungen" über die Gestalt des Sozialismus, die bei *„der Enteignung privater Kapitalisten und der Bildung von Staatskapital"* stehenblieben, was keineswegs mit Sozialismus identisch sei. *„Von Sozialismus läßt sich erst reden, wenn das Lohnsystem überwunden ist"*, d.h., die *„tatsächliche Aneignung der Produktionsmittel durch die freie Assoziation der Produzenten"* erfolgt sei (S.56). Eine *„bloße Kritik der politischen Unfreiheit und bürokratischen Gängelung der arbeitenden Klassen"* trifft demnach nicht die Verhältnisse des „Realen Sozialismus".

Oberster politischer Grundatz bei der Schaffung sozialistischer Verhältnisse müsse die „Volkssouveränität" sein, d.h.
– die Existenz umfassender politischer Rechte;
– wirkliche Selbstverwaltungsgremien auf allen Ebenen;
– keine institutionaliesierte Monopolstellung der KP, sondern Parteienpluralismus;
– die Gültigkeit von „Rechtsnormen" auch über die Entscheidungen der höchsten politischen Gremien hinaus. (Dieser Punkt wurde allerdings nur angedeutet. Gerade der liefe aber – konsequent zu Ende gedacht – auf die Abkehr von den Prinzipien der Pariser Kommune (als den Grundlagen der „Diktatur des Proletariats") hinaus; denn wesentlicher Bestandteil dieses ersten „proletarischen Staats" war die Aufhebung der nur formalen Unabhängigkeit der Justiz und die Einführung der Wählbarkeit der Richter).

Während Maier und Fücks ihre Vorstellungen nicht als Abkehr vom Begriff der „Diktatur des Proletariats" gewertet wissen wollten, sondern als *„Korrektur falscher Ansichten darüber"*, sahen andere Diskussionsredner den Fortschritt in der Entwicklung der KDS gerade in der ihrer Meinung nach vollzogenen Abkehr von diesem Stück „ML-Theorie" und feierten das als Beweis der Ernsthaftigkeit der Neuorientierung der Komitees.

### Erst ein Anfang der Diskussion in den KDS

Angesichts des in den Thesen enthaltenen Zündstoffs war es nicht verwunderlich, daß die Diskussion von kritischen Stimmen geprägt wurde. Vor allem aus den Reihen der Bremer Komitee-Mitglieder wurde davor gewarnt, im Zuge der notwendigen KBW-Kritik und der Entwicklung einer „revolutionären Realpolitik" das Kind mit dem Bade auszuschütten. Kritisiert wurden dabei insbesondere die Neubetrachtung des Reformismus, die Auffassungen über den Staat und die Auffassungen über die Mitbestimmungsgremien als Kern-

Reformismus, die Auffassungen über den Staat und die Auffassungen über die Mitbestimmungsgremien als Kern-

stücke sozialistischer Umgestaltung.

Trotzdem ging erstaunlicherweise die seitens der Redaktion energisch geforderte Abstimmung der entsprechenden Thesen ohne Gegenstimme über die Bühne.

### Suche nach der Sozialistischen Partei?

Beschlüsse mit praktisch-politischen Auswirkungen hat es auf der Konferenz nur wenige gegeben. Schwerpunkt waren Festlegungen bezüglich der weiteren Schulungs- und Untersuchungsarbeit sowie der mit den „Heften" zu verfolgenden Publikationsstrategie. Denn: der „Revolutionäre Block" sei als Vorschlag deswegen nicht zum Zuge gekommen, weil es nicht ausgereicht habe, die alten Grundlagen zu beschwören, diese müßten eben erst neu entfaltet werden. Für eine Neuauflage des „Revolutionären Blocks" taugen die neuen Grundlagen allerdings kaum etwas, die sind offensichtlich auf Zusammenschlüsse anderer Art zugeschnitten. So soll der Vorschlag der „Z" bezüglich der Schaffung einer gemeinsamen Diskussionszeitschrift, an dem sich bisher die SOST und Teile des SB interessiert zeigen, daraufhin abgeklopft werden, ob diese Zeitung einen Beitrag zur Bildung eines „linkssozialistischen Blocks" leisten kann, bevor man sich daran beteiligt.

Mehr nebenbei wurde noch eine Frauenkommission gebildet. Deren Arbeitsschwerpunkt müßte unserem Eindruck nach erstmal innerhalb der eigenen Organisation liegen; denn waren schon nur etwa ein Fünftel der Delegierten Frauen, so gestaltete sich das Mißverhältnis noch extremer am Punkt der Diskussionsbeteiligung – ganze zwei Beträge von Frauen im Rahmen der zweitägigen Konferenz waren zu zählen!

a., Bremerhaven und fo., Bremen